

## **Außerordentlicher PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS\***

vom 15. – 18. Februar 1921, im Volkshaus zu Gotha<sup>1</sup>

ERSTER TAG, DIENSTAG, DEN 15. FEBRUAR, VORMITTAGS 9 1/2 UHR.

Genosse BOULLION<sup>2</sup> – Gotha:

Die Ortsgruppe Gotha der K.A.P.D. hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, die Teilnehmer des Parteitages zu begrüßen. Wir heißen Sie alle willkommen, allerdings nicht in der sonst bei derartigen Veranstaltungen üblichen Weise in einem mehr oder weniger geschmackvoll dekoriertem Saal, sondern in dem einfachen schlichten Raum, in dem die Gothaer Arbeiterschaft mit Ausnahme der Allgemeinen Arbeiter-Union ihre Versammlungen abhält. Man gewährt der Allgemeinen Arbeiter-Union die Räume des Volkshauses nicht (*Hört, hört!*), weil man befürchtet, daß die Vorstände der gewerkschaftlichen Organisation daraus den Schluss ziehen könnten, daß durch das Zusammenarbeiten eine die Gewerkschaften schädigende Tätigkeit entstehen konnte. Diese Tagung hier in Gotha findet auf historischem Boden statt. Gotha war zunächst der Zufluchtsort für viele, die von der bürgerlichen Gesellschaft geächtet, verfolgt und gehetzt wurden, vor allem zurzeit des Sozialistengesetzes. Gotha wurde besonders gern von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und auch von der Sozialdemokratie wiederholt als Tagungsort ausersehen. So traten schon 1848 in der bürgerlichen Revolution hier die fortgeschrittensten Männer zusammen, um ihre Grundsätze und Taktik für die in Frankfurt tagende deutsche Nationalversammlung festzulegen. Ihre Tätigkeit ist bekannt unter dem Namen der Gothaer Richtung. Als dann 1863 der Allgemeine Deutscher Arbeiterverein in Leipzig gegründet wurde, fand er hier in Gotha sofort günstigen Boden und eine Mitgliedschaft, von der heute noch einige geborstene Säulen von längst verschwundener Pracht zeugen. Als man dann im Laufe der Jahre eingesehen hatte, dass mit der von Lassalle propagierten Anschauung, mit den Produktivgenossenschaften, mit Selbsthilfe die Befreiung der Arbeiterklasse nicht erreicht werden konnte, trat man in unserer Nachbarschaft, in Eisenach, zusammen und gründete die sozialdemokratische Partei und stellte das sich heute ebenso als untauglich erwiesene Mittel, das Stimmrecht, in den Vordergrund, das man im Jahre 1861 nicht mehr zu erobern brauchte, das aber noch nicht ein allgemeines gleiches damals war. Man verlegte sich damals also mehr auf den Parlamentarismus. Bei der ersten Wahl zum norddeutschen Reichstag im Jahre 1869 erhielt die Sozialdemokratie hier in Gotha 700 Stimmen. Im Jahre 1875 trat man dann hier in Gotha zu einem Versammlungskongress zusammen, auf dem sich die bis dahin feindlichen Brüder, die Lassallianer und die sogenannte Eisenacher Richtung verschmolzen und sich den Namen gaben Sozialdemokratie Deutschlands. Mit diesem 1875 hier festgelegten Programm der deutschen Sozialdemokratie ging man nun unter die Massen, um sie mit dieser Illusionspolitik zu verseuchen. 1896 fand hier nochmals ein Kongress statt. Die Politik des Parlamentarismus hat hier in Gotha hohe Wellen geschlagen. 1871 erhielt die Sozialdemokratie hier 1.400 Stimmen, 1875 schon bereits über 7.000. Das Mandat ging

---

\* Das Maschinenschriftliche Manuskript des 3. Kongresses der KAPD (15. – 18. Februar 1921) befindet sich im Bestand der Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main (Siehe: Clemens KLOCKNER, *Protokoll des außerordentlichen Parteitages der KAPD vom 15. bis 18. Februar 1921 in Berlin*, Darmstadt, 1984). Die Überprüfung dieses Protokoll sowie die deutschen und englischen Anmerkungen wurden von Philippe Bourrinet gefasst. [Ph. B.]

<sup>1</sup> Das Volkshaus zum Mohren in Gotha, Mohrenstraße 18, war ein historischer Gasthof und ein wichtiges Versammlungslokal der Arbeiterbewegung in Thüringen. Das Volkshaus wurde Tagungsort und Waffendepot des Gothaer Arbeiter- und Soldatenrates sowie des Rates der Volksbeauftragten der Republik Gotha. 1920 tagte am 13. März im Mohren der Vollzugsrat der KPD zur Abwehr des Kapp-Putsches.

<sup>2</sup> Franz PFEMFERT in seinem Bericht über dem KAPD Kongress gibt den Namen POILLON (Gotha). (*Die Aktion*, Heft 11/12, 19. März 1921, p. 159).

damals bei den Septennatswahlen im Jahre 1887 verloren, fiel dann aber endgültig im Jahre 1893 der Sozialdemokratie zu, die es bis auf eine kurze Zeit infolge der Hottentotten-Wahlen<sup>3</sup> bis auf den heutigen Tag innehatten; heute hat es die Unabhängige Partei. Sofort nach der Abstimmung im Reichstage am 4. August 1914 trat hier in Gotha die Opposition gegen die Abstimmung der Sozialdemokratie hervor, die dann immer mehr zum Durchbruch kam. 1917 trat dann hier der Kongress zusammen, der den Spartakusbund und die Unabhängige Partei vereinigte. Schon damals auf diesem Vereinigungskongress zeigte sich, dass diese morganatische Ehe nicht von langer Dauer sein würde, denn der Vertreter des Spartakusbundes, Heckert, erklärte damals bereits, dass der Spartakusbund allerdings die Verbindung eingehen werde, sich aber vorbehalten müsse, seine Ideen auch fernerhin in der neuen Partei zu propagieren. Kaum in Jahresfrist trennten sich beide auch wieder. Als dann der Heidelberger Kongress kam, und die Trennung innerhalb des Spartakusbundes vor sich ging, traten auch wir Gothaer Genossen auf die Seite der Opposition. Wir haben bis heute auch in diesem Sinne gewirkt. Wir sind allerdings nur eine kleine Gruppe, sind aber fest und bereit, jederzeit zu kämpfen und selbst das Leben zu lassen. Gotha wurde auch in der Nachrevolutionären Zeit von den Märker-Truppen<sup>4</sup> besetzt. Man besetzte damals die Waggonfabrik,<sup>5</sup> und hier floss zugleich auch das erste Blut in Gotha. Bei Ausbruch der Revolution traten auch die Arbeiter zusammen, erklärten die Regierung ihres Amtes enthoben und wählten drei Volksbeauftragte und einen Arbeiter- und Soldatenrat.<sup>6</sup> Die Volksbeauftragten standen aber auf dem Boden der Legalität und beseitigten nicht den bürgerlichen Bürokratismus. Manche schöne Reform hätte man damals durchführen können. Es ist die Schuld der Volksbeauftragten, daß sie nicht durchgeführt wurden. Nach dem Kapp- Putsch kam es hier in Gotha auch wieder zu Kämpfen, Truppen erschienen wieder in der Stadt. Wir bekamen aber von außerhalb Unterstützung und schlugen die Truppen in zwei Tagen wieder heraus. Diese günstige Situation auszunutzen gelang aber nicht infolge Verrats der Gewerkschaftsführer hier am Orte. Man hat auch hier wieder die Geschichte abgewürgt, die einen guten Anfang genommen hatte. Die Revolution im März kostet den Gothaer Arbeitern 104 Tote und 120 Verwundete. (*Hört, hört!*) Daran können Sie ersehen, wie die Gothaer Arbeiterschaft auf dem Posten ist und auch weiter sein wird.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Die Reichstagswahl 1907 fand am 25. Januar 1907 statt und wurde von den Zeitgenossen auch als „HottentottenWahl“ oder „Hottentottenwahlen“ bezeichnet, weil ihre Ursache und der Wahlkampf durch den Hererokrieg in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika bestimmt waren. Der Hererokrieg war die erste Rebellion in DeutschSüdwestafrika, dem heutigen Namibia: Der Stamm der Hottentotten erhebe sich gegen Kolonialtruppen. Jakob Morenga, der „schwarze Napoleon“, war ihr Anführer. Von 1904 bis 1907 lieferte dieser Minenarbeiter mit seinem Stamm den deutschen Kolonialtruppen einen erbitterten Guerilla-Krieg. Morenga wurde durch Mitarbeit zwischen deutschen Truppen und britischer Polizei nachgespürt, und wurde schließlich getötet in einem Kampf zwischen seinen Kräften und den vereinigten deutsch-britischen Kräften am 20. September 1907. Das Ergebnis war ein Völkermord: Vom um 1904 auf rund 80.000 bis 100.000 Personen geschätzten Hererovolk lebten 1911 nur noch 15.130 Personen.

<sup>4</sup> Wenige Wochen nach dem Ende des Krieges, am 6. Dezember 1918, beschloss der Generalmajor Maercker – der nahm in den Jahren 1904 bis 1907 an den Herero- und Hottentottenfeldzügen teil –, auf Anregung der Obersten Heeresleitung, ein Freikorps zu bilden. Die Initiative zur Gründung ging wohl auf den MSPD Reichskanzler Friedrich Ebert und den späteren Reichswehrminister Gustav Noske zurück.

<sup>5</sup> Die Gothaer Waggonfabrik war eine bedeutende Metallbaufirma für den Flugzeug und Straßenbahnwagenbau in Gotha. Das Firmengelände befand sich am Gothaer Ostbahnhof. Dort arbeiteten rund 900 Beschäftigte.

<sup>6</sup> Am 9. November 1918 erklärte der Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat Herzog Carl Eduard Sachsen-Coburg und Gotha für abgesetzt. Damit zerbrach das Doppelherzogtum Sachsen-Coburg und Gotha in die beiden Freistaaten Coburg und Gotha. Diese gingen getrennte Wege, als sich Gotha 1920 dem neu geschaffenen Land Thüringen anschloss, während Coburg dem Freistaat Bayern beitrug.

Der Herzog Carl Eduard unterstützte ideell als auch materiell den Freikorpsführer Hermann Ehrhardt nach dessen maßgeblicher Beteiligung am Kapp-Putsch und zeigte schon früh öffentliche Sympathie und Unterstützung für die NSDAP und Adolf Hitler, den er schon in Oktober 1922 kennen lernte. 1923 trat er in den paramilitärischen Bund Wiking (ehemalige Brigade Ehrhardt). Am 1. Mai 1933 trat er in die NSDAP ein, im selben Jahr in die SA. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurde er verhaftet und bis 1946 interniert. Anfangs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, wurde Carl Eduard 1950 zu einer Sühneleistung von 5.000 DM verurteilt.

<sup>7</sup> In Gotha setzte der Generalstreik gegen den Putsch bereits am Vormittag des 13. März ein. Arbeiter der

Sie haben hier auf dem Parteitag Fragen zu erledigen, die nicht nur von Bedeutung für die K.A.P.D. sein werden, sondern vielleicht für die ganze Internationale. Mögen Ihre Beschlüsse hinsichtlich der 3. Internationalen ausfallen, wie sie wollen, jedenfalls ist es Aufgabe der K.A.P.D. die 3. Internationale, der noch viel Opportunität anhaftet, dahin zu drängen, daß sie zu dem wird, was sie sein muss die Internationale der Tat, die sich endlich aufrafft, die Arbeiter aller Länder aufzufordern, den Kapitalismus und die sich darauf aufbauende bürgerliche Gesellschaft zu zertrümmern und an ihre Stelle die klassenlose Gesellschaft zu setzen. Ich habe die Hoffnung, daß der Parteitag alle Fragen im Sinne unserer Prinzipien, im Sinne der Kommunistischen Arbeiter-Partei lösen wird. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen, und wünsche Ihren Arbeiten den besten Erfolg. *(Beifall)*

Vorsitzender Genosse RASCH:<sup>8</sup>

Die freundliche Begrüßungsansprache unseres Genossen Boullion wird dem Parteitag gezeigt haben, daß auch die Gothaer Parteigenossen alles tun werden, um die Organisation in Groß-Thüringen auf der Höhe zu erhalten.

Im Auftrage des Geschäftsführenden Hauptausschusses erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

Die Tagesordnung lautet:

- 1) Bericht.
- 2) Politische Lage.
- 3) Die Aufgaben der Partei
  - a. Allgemeines
  - b. 3. Internationale
  - c. Allgemeine Arbeiterunion
  - d. Räte
- 4) Arbeitslosenfrage.

---

Waggonfabrik stürmten die Fliegerwerft und verbrachten die dort vorgefundenen 500 Gewehre in das Volkshaus zum Mohren, wo sich ein Vollzugsrat aus der USPD und der KPD angehörenden Betriebsräten konstituierte. Derselbe veröffentlichte folgenden Aufruf: „In Berlin haben die Generäle Lüttwitz und Konsorten die Militärdiktatur aufgerichtet. Das bedeutet den weißen Schrecken Ungarns auf Deutschland verpflanzt! (...) Wahrlich, nicht den Ebert, Bauer und Genossen zuliebe appellieren wir an die schon mehrfach bewiesene Kraft des Gothaer Proletariats in Stadt und Land. Es gilt, dem Sozialismus durch die völlige Niederwerfung der Reaktion endlich, endlich die Bahn frei zu machen! Auf dem Boden des revolutionären Rätessystems sammeln wir jetzt unsere ganze Kraft. (...) Genossen! Mitbürger! Es geht ums Ganze! Es lebe die Revolution! Hoch der Sozialismus!“ (Erwin KÖNNEMANN & Gerhard SCHULZE, *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002). Am 25. März zogen Reichswehr- und Freikorpsverbände – ohne auf Widerstand zu stoßen – in Gotha ein.

<sup>8</sup>Fritz Rasch (13/2/1889-1933?), geboren in Berlin; lernte Schneider. Er lebte zunächst in Hamburg und trat vor 1914 der SPD bei. Während des Weltkriegs gehörte er zu den Bremer Linksradiakalen, die in Hamburg eine größere Gruppe hatten, in der er wirkte. Rasch übersiedelte 1916 nach Berlin und war in der Spartakusgruppe aktiv. 1918 Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, nahm als Vertreter des Spartakusbundes aus Berlin-Lichtenberg am Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 teil. Er gehörte zum radikalen Flügel der Berliner Kommunisten und war im April 1920 einer der Mitbegründer der KAPD. Von 1920 bis Oktober 1922 in der Führung der KAPD tätig. Der inzwischen politisch indifferente Fritz Rasch lebte nach 1923 als Metallarbeiter in Hamburg. Vielleicht aus jüdischer Herkunft, war er im Juni 1933 von den S.A. während der „Köpenicker Blutwoche“ grausam gefoltert.

- 5) Jugendfrage.
- 6) Frauenfrage
- 7) Agrarfrage.
- 8) Organisation

- a. Kassenbericht
- b. Entwicklung der Partei
- c. Wahlen
- d. Unterstützungswesen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich um Vorschläge zur Bureauwahl und zur Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Genosse MÜHLE - Berlin schlägt für die Leitung vor die Genossen RASCH, HELLWIG - Leipzig, und KNUDEL - Berlin; und für die Mandatsprüfungs-Kommission: die Genossin FASSAUER<sup>9</sup> - Braunschweig, Genossin CHEMINTZ - Berlin, und Genossin HAMLAU.

*Die Vorschläge werden en bloc angenommen.*

Genosse MANNSFELD<sup>10</sup> beantragt, daß alle Referenten der Partei und alle Genossen, die eine Zeitschrift, die im Interesse der Partei bisher gearbeitet hat, vertreten oder redigieren, an dem Parteitag mit beratender Stimme teilnehmen dürfen.

Genosse ??? (Leo Fichtmann???) - Berlin beantragt, daß die Vertreter der revolutionären Arbeitslosenräte mit beratender Stimme zum Parteitag zugelassen werden.

## 1. Bericht

Genosse RASCH:

Genossen! Die K.A.P.D. hat sich im April 1920 gegründet, die jüngste Partei in

---

<sup>9</sup> Minna FASSAUER (1875-1949) wurde am 10. November 1918 im Rat der Volksbeauftragten zur „Volkskommissarin für Volksbildung“ ernannt. Als Ministerin schaffte sie am 22. November 1918 die kirchliche Schulaufsicht ab, setzte die Religionsmündigkeit auf 14 Jahre herab und trat für eine weltliche Einheitsschule ein. Darüber hinaus engagierte sie sich für die Einrichtung von Volkskindergärten und Volksschulen. Ihre Ministerzeit endete jedoch bereits am 22. Februar 1919, als die Räteregierung in Braunschweig durch eine Koalition aus USPD und SPD abgelöst wurde. Von Dezember 1918 bis Mai 1919 saß sie als USPD-Landtagsabgeordnete im Braunschweigischen Landtag. Im Januar 1919 wurde sie in den Bezirksvorstand der USPD gewählt und kandidierte erfolglos für den Reichstag. Von April 1920 bis Februar 1933 war Minna Faßhauer Mitglied der KAPD und in der FAUD aktiv. Wegen kommunistischer Terrorakte gegen Kirchen und bürgerliche Institutionen wurde sie zwischen 1920 und 1924 mehrfach verhaftet und vor Gericht gestellt.

<sup>10</sup>Heinz MANSFELD, KAPD/AAU, Leipzig. Er verließ rasch die KAPD und wurde ein der Schöpfer der AAUE in 1922. Er war ein Anhänger des Föderalismus in dem Rahmen der Betriebsorganisationen: „Die Keimzellen der Allgemeinen Arbeiterunion sind die Betriebsorganisationen... Die Betriebsorganisationen schließen sich föderativ, im Sinne des Rätessystems, von unten nach oben, zur AAUE zusammen. Jede B.O. ist selbständig und wählt ihre Vertreter, die jederzeit zurückberufbar sind, in die Räte selbst... Die Betriebsorganisation ist aber auch die Keimzelle der kommenden proletarischen Gesellschaft... Sie kämpft nicht für ihre Mitglieder, sondern für die proletarische Klasse...“ (*Die Aktion*, Heft 29/30, 1. August 1922, Heinz Mansfeld, „Die Einigung des Proletariat“, S. 425-426).

Deutschland, trotzdem eine politische Organisation, deren Tendenzen, deren Programm, deren Grundsätze weit über die deutschen Grenzen gedrungen sind, und von der jede revolutionäre Bewegung des Auslandes Kenntnis genommen hat, und die heute nach nicht einem Jahre ihre Prinzipien überall, in allen Reihen versucht hat auszumünzen und einzudringen, und die in den vordersten Reihen der Kämpfe des deutschen Proletariats gestanden hat. Ihr wisst alle, wie damals die K.A.P.D. aus der Opposition des Spartakusbundes heraus sich im April 1920 konstituierte als kommunistische Arbeiterpartei; Ihr wisst alle, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Gründung der Partei vorgenommen wurde: keine baren Mittel vorhanden, keine Tagespresse, und die bestehende Presse teilweise überschuldet, sodass der Zusammenbruch der wenigen vorhandenen Organe stündlich, täglich zu erwarten war. Es war damals als Parteipresse vorhanden die kommunistische Arbeiterzeitung Hamburgs, die kommunistische Arbeiterzeitung Berlins, von Ostsachsen der *«Kommunist»*; und nachträglich wurde in Westsachsen ein Organ geschaffen. All diese Zeitungen aber erschienen nur in gewissen Zeitläufen, es war keine Tagespresse, sie erschien nur zwei Mal oder höchstens drei Mal in der Woche, einzelne sogar einmal in der Woche. Hinzu kam, Genossen, daß materielle Mittel nicht vorhanden waren, als die Partei sich gründete. Aber die nachfolgende Zeit zeigte, wo ein Wille ist, wo eine ernsthafte revolutionäre Auffassung besteht, über alle diese Dinge, über diese technischen Schwierigkeiten der Idealismus, die Überzeugung der Genossen im Reich hinweghilft. Und innerhalb kurzer Frist war eine Organisation aufgebaut, die sich über das gesamte Deutsche Reich erstreckte.

Während auf dem Gründungsparteitag 1920 nur die Bezirke Norden, Groß-Berlin, Ostsachsen, Nordwesten vertreten waren, dauerte es nicht lange, daß die Bezirke Mitteldeutschland und die übrigen deutschen Bezirke mit Ausnahme Bayerns und Württembergs für die K.A.P.D. gewonnen waren. Das, was dem Spartakusbund noch übriggeblieben war, waren nur wenige; das wurde nur künstlich aufrechterhalten mit seinem Beamtenapparat, mit der großen Kasse, der wir allerdings nach dieser Richtung hin nichts entgegenstellen konnten. Aber was wir entgegenstellen konnten, das war, wie gesagt, die innere Überzeugungskraft der Genossen in Deutschland.

Und wie es natürlich bei einem derartigen neuen Gebilde immer ist, es dauerte einige Zeit, bis auch die K.A.P.D. den inneren Klärungsprozess zu überstehen hatte. Die Opposition, die sich zur K.A.P.D. gebildet hatte, war keine einheitlich geschlossene Richtung; und so kam es denn, daß der erste Parteitag der K.A.P.D., der illegal stattfinden musste, sich auseinandersetzte über die Tendenzen des Nationalbolschewismus, der von den Genossen Laufenberg und Wolffheim aus dem Bezirk Norden vertreten wurde. Die Partei reinigte sich davon. Wolffheim und Laufenberg und ihre Anhänger stellten sich aufgrund der Beschlüsse des Parteitags außerhalb der K.A.P.D. Der Bezirk Nord allerdings war durch diese Stellung seiner geistigen Vertreter vollständig ruiniert, der Auflösung nahe; und so musste dort hineingegriffen werden, um wieder eine aktionsfähige Organisation auch im Bezirk zu haben. Dadurch, daß Wolffheim und Laufenberg nachher sich mit ehemaligen Offizieren, Divisionspfarrern, Landjunkern wie v. Bismarck zusammen eine Studiengesellschaft für Kommunismus gründeten, erkannten die Arbeiter in Hamburg erst den Weg, den diese beiden Führer einschlugen. Und so kam es denn, daß innerhalb kurzer Frist jene, die dort als Anhänger Laufenberg und Wolffheims standen, wieder zur Partei zurück kehrten und dort jetzt der Bezirk Nord wieder im Aufbau begriffen ist und in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht hat. Wir wollen hoffen, daß innerhalb kurzer Frist der Bezirk Nord wieder auf der alten Höhe stehen wird, auf der er früher gestanden hat.

Auf der einen Seite ist einer jener Bezirke, die sich mit ganz primitiven Mitteln aus sich selbst heraus eine gute Organisation geschaffen haben, der Bezirk

Mitteldeutschland. Auch dort wuchsen die Kräfte; und so sahen wir überall jene Bezirke, die vorher uns noch fernstanden, sich der K.A.P.D. anschließen.

Die Aufgabe des Geschäftsführenden Hauptausschusses in der Zeit, Genossen, war nicht leicht. Wir konnten nicht mit einem solchen Apparat arbeiten wie die übrigen Parteien. Alle Mittel fehlten. Und so mussten oft Ansprüche, die die einzelnen nicht fest fundierten Wirtschaftsbezirke stellten, außer Acht gelassen werden. Aber es hat sich gezeigt, daß dadurch jene Wirtschaftsbezirke etwas selbständiger wurden, mehr auf ihre eigene Kraft gestellt waren und mehr aus eigener Initiative die Organisation aufbauten ohne irgendwelche Hilfe von außen zu haben.

Wir haben versucht, durch Herausgabe einzelner Flugblätter in bestimmten Situationen die Stellungnahme der K.A.P.D. in die Massen hinein bekanntzugeben. Aber, Genossen, es besteht ein Unterschied zwischen der Arbeit der kommunistischen Partei und den alten Parteien. Ihr wisst ja alle, jeder einzelne Wirtschaftsbezirk gab aus sich heraus Flugblätter heraus, nicht so, wie es in den anderen alten Parteien war, daß von oben herab das bestimmt und aufoktroiert wurde. Das bestand nicht in unseren Reihen, sondern die eigene Initiative war das, was mit erstrebenswert und erkämpfenswert für unsere Partei ist.

Unsere politische Stellungnahme seit dem Tage der Gründung unserer Partei war klar und unzweideutig. Bei allen Auseinandersetzungen, bei allen Kämpfen, die das Proletariat im letzten Jahre zu führen gezwungen war und die die K.A.P.D. förderten, wurden klare und unzweideutige Parolen herausgegeben. Und wenn diese Parolen die Massen nicht schon gewonnen haben, so ist aber heute zu verzeichnen, dass in den verschiedensten Arbeiterparteien auf Grund unserer Tätigkeit langsam eine Erhellung einzutreten beginnt, sodass unsere Arbeit nicht nutzlos war.

Genossen, hinzu kommt noch, dass die Auseinandersetzung in Bezug auf die 3. Internationale für die Partei von wesentlicher Bedeutung gewesen ist. Scharfe Auseinandersetzungen über die Richtlinien der 3. Internationale fanden statt, und einhellig ohne Ausnahme standen sämtliche Wirtschaftsbezirke geschlossen gegen die opportunistischen Leitsätze der 3. Internationale. Diese Auseinandersetzungen haben wesentlich zu einer Klärung der Geister beigetragen. Und auch weit über den Rahmen unserer Partei hinaus ist durch die scharfen Kritiken an diesen opportunistischen Leitsätzen ein gutes Werk geschaffen worden. Wir hoffen, dass auch in zukünftigen Zeiten eine gewisse Geschlossenheit und in theoretischer Beziehung eine noch größere Klarheit eintreten wird in unseren Reihen.

Eine der Fragen in allen Wirtschaftsbezirken, die auch eines Eingreifens des Geschäftsführenden Hauptausschusses sehr oft bedurfte, war das Fehlen guter Agitatoren. Es hat sich aber auch hier gezeigt, dass die anfänglich wenig vorhandenen Kräfte innerhalb der Partei in kurzer Zeit durch die eigenen geistigen Kräfte in den einzelnen Wirtschaftsbezirken nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht worden sind, sodass heute schon die Partei über eine große Anzahl von Rednern verfügt, die eben sich langsam aus dem Kreise der Arbeiterschaft heraus entwickelt haben. Wir haben in den letzten Monaten versucht, eine intensive Agitation, eine intensive Belebung der Organisation zu erstreben dadurch, dass ein Austausch der Referenten des einen Wirtschaftsbezirks zum anderen ermöglicht wurde. Soweit sich bis heute übersehen lässt, ist diese Art der Arbeit von guter Wirkung für die Wirtschaftsbezirke gewesen, und wir hoffen, das auch in Zukunft durchsetzen zu können. In Preussen selbst, wo die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen von Seiten der übrigen parlamentarischen Arbeiterparteien stattfinden, haben wir durch eine Große Propaganda in Wort und in letzter Zeit auch

durch Herausgabe eines Flugblattes entgegengearbeitet. Ihr habt ein derartiges Flugblatt vor Euch, und Ihr seht daran, dass alles das, was in unseren allerdings wenigen Kräften stand, getan wurde. Wir wollen hoffen, Genossen, dass auch die kommenden Zeiten dazu angetan sind, einen derartigen Austausch von Kräften zu ermöglichen - zum Vorteil der Organisation. Dadurch, dass die einzelnen in den Wirtschaftsbezirken tätigen agitatorischen Krete in einen anderen Wirtschaftsbezirk auf drei, vier Wochen versetzt werden, wird es ermöglicht, dass sie ihre Kenntnisse erweitern, ihren Gesichtskreis erweitern und dadurch ein Vorteil für den in Frage kommenden Wirtschaftsbezirk eintritt. Wir müssen aber dieses noch bedeutend mehr handhaben, als es bisher geschehen ist. Manche Fehler haben sich noch nach der Richtung hin gezeigt, diese müssen eben unter allen Umständen in Zukunft vermieden werden.

Das ist im großen und ganzen das, was sich in letzter Zeit abgespielt hat. Ich möchte nicht den einzelnen Punkten, die als besondere Punkte auf die Tagesordnung gesetzt sind, im Bericht vorgreifen, um nicht eine unnötige Diskussion in zersplitterter Form hervorzurufen. Ich will verhüten, dass über die einzelnen Fragen jetzt diskutiert wird. Das kann in ausgiebiger Weise bei den Tagesordnungspunkten geschehen, die dafür vorgemerkt sind.

Allgemein kann man sagen, Genossen, dass unsere Partei heute zwar klein an Zahl aber theoretisch fest da steht. Und die Dinge, die noch zu überwinden sind, wird die Partei auch bestehen, sie wird darüber hinwegkommen und wird für die deutsche Arbeiterbewegung und weiter darüber hinaus den Vortrupp des revolutionären Proletariats binden. Ich hoffe, Genossen, dass sich die K.A.P.D. innerhalb kurzer Frist in dem Kreise des Proletariats durchsetzen wird und dass die Anschauungen unseres Programms mehr und mehr in die Köpfe der Arbeiterklassen eindringen werden.

Damit wäre das, was ich Ihnen zu Punkt «Bericht» sagen konnte, erledigt. Ich will nicht in Einzelheiten eingehen und bitte nun, Genossen, dazu Stellung zu nehmen.

*Stellvertretender Vorsitzender Genosse HELLWIG:*

Der Antrag von Genosse MANNSFELD liegt jetzt in folgender schriftlichen Form vor:

«Um zu einer Vertiefung der geistigen Auseinandersetzungen gelangen zu können, beantrage ich, dass alle Referenten der Partei sowie alle sich in den Dienst der Prinzipien der K.A.P.D. gestellt habenden Redakteure von Zeitungen auf dieser Tagung ihre aus der praktischen Arbeit in der revolutionären Bewegung gewonnenen Erfahrungen mit beratender Stimme zu allen Tagesordnungsfragen vertreten dürfen.»

Genosse MÜHLE<sup>11</sup> - Berlin:

Wir sind der grundsätzlichen Auffassung, dass auf diesem Parteitag die Delegierten aus den Wirtschaftsbezirken die Meinung ihrer Mitglieder zu vertreten haben. Wir können in der Beziehung keine Ausnahme zulassen und sind gegen den Antrag.

Genosse MANNSFELD [Heinz MANSFELD]:

Die heutige Tagung hat so außerordentlich wichtige Fragen zu erörtern, dass es notwendig ist, die Auseinandersetzung auf eine möglichst breite und tiefe Basis zu stellen. Redakteure und vor allem Referenten kennen die Bewegung am allerbesten.

---

<sup>11</sup> Mühle, oder Müller (pseudonym), Berlin-Neukölln, Mitglied des GHA in Berlin.

Sie haben keine Möglichkeit, hier mit einem Mandat zu erscheinen.

Eine revolutionäre Organisation sollte in keiner Weise die geistige Auseinandersetzung einschränken. *(Sehr richtig!)*

*Der Antrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.*

Es wird gegen zwei Stimmen der Antrag angenommen, dass die Vertreter der revolutionären Arbeitslosenrate mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen.

Genosse MANNSFELD:

Nach Ablehnung des ersten Antrages beantrage ich in strikter Durchführung der Beschlussfassung, daß die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die nicht im Besitz von Mandaten sind, nur zu den Tagesordnungspunkten der Geschäftsführung das Wort erhalten.

#### AUSSPRACHE ÜBER DEN BERICHT

Genosse MANNSFELD:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn man in einem Parteiprogramm für die Selbstbewusstseinsentwicklung der Mitglieder eintritt, ein Geschäftsführender Hauptausschuss keinerlei andere Funktionen hat, als eben Geschäfte zu führen und als eben den Ausdruck der prinzipiellen politischen Einstellung seiner Mitgliedschaften zu vertreten und Parolen zu formulieren, die nicht über den Willen der Mitgliedschaften hinausragen. In verschiedenen Fällen hat aber der Geschäftsführende Hauptausschuss eine Politik vertreten, die eine Bevormundung der Mitgliedschaften war und im Wesentlichen über den Willen einzelner Wirtschaftsbezirke hinausgegangen ist. Der Geschäftsführende Hauptausschuss hat auch versucht, durch Flugblätter usw. eine Beeinflussung der Mitgliedschaften im Sinne der politischen Einstellung des Geschäftsführenden Hauptausschusses hervorzurufen, und zwar einmal in der Frage der politischen Arbeiterräte, die vom Geschäftsführenden Hauptausschuss in einzelnen Punkten so formuliert worden ist, durchaus nicht mehr der Wille der Wirtschaftsbezirke und auch nicht mehr sein programmatisches Prinzip vertreten worden ist. In einem Aufruf zur Wahl revolutionärer Arbeiterräte erklärt der Geschäftsführende Hauptausschuss, auf den Wahlmodus komme es überhaupt nicht an. Also wäre es dem Geschäftsführenden Hauptausschuss durchaus gleichgültig, ob in diesen, aus den Betrieben heraus zu wählenden revolutionären Arbeiterräten, auch nicht im Betriebe stehende Parteibonzen der V.K.P.D. oder anderer historisch überwundener Parteirichtungen vertreten sind. Man hat es allerdings dialektisch sehr geschickt dahin erklärt, daß man mit dem Wahlmodus nur die Zahl gemeint habe. Des ferneren ist auf der erweiterten Reichsaussitzung das Verhalten der Genossen Rühle und Merges in Moskau gebilligt worden. Trotzdem haben verschiedene Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses die Mitgliedschaften der Wirtschaftsbezirke mit Parteimitteln versucht, in ihrem Sinne zu beeinflussen. In einem Schreiben an die Ortsgruppe Bitterfeld, das von dem Genossen Erdmann [Emil Sach] unterzeichnet ist, hat der Geschäftsführende Hauptausschuss eine durchaus entstellte Schilderung der Tätigkeit der Genossen Rühle und Merges in Moskau gegeben. In Bezug auf Rühle hat sich der Geschäftsführende Hauptausschuss nicht einer objektiven Berichterstattung befleißigt. Infolge dieser nur einseitigen Aufklärung innerhalb der Mitgliedschaften ist auch wahrscheinlich der Parteitag besetzt. Ein Rundschreiben an die Mitgliedschaften in der Frage Ostachsen war in keiner Weise objektiv und vertrat nur die ganz persönliche politische Einstellung des Geschäftsführenden Hauptausschusses. Das

kann in keiner Weise gebilligt werden. Der Geschäftsführende Hauptausschuss hat als die Zentralinstanz der Partei in durchaus objektiver Weise alle aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken sich gebärenden politischen und taktischen Fragen den Mitgliedschaften zu unterbreiten und hat durchaus keine Berechtigung, besondere politische Parolen herauszugeben und besondere politische Maßnahmen, wie die Entsendung eines Vertreters nach Moskau, vorzunehmen. Das letztere rüge ich auf das allerschärfste, weil der Parteitag eine Stellung in der Beziehung noch gar nicht genommen hat, und wir gar keine Ursache hatten, über die Köpfe der Mitgliedschaften hinweg schon einen besonderen Vertreter zwecks Information nach Moskau in das Exekutiv-Komitee der 3. Internationale zu entsenden. Die Stellungnahme der Mitgliedschaften Mitteldeutschlands, die ich vertrete, ist die, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss weiter keine anderen Funktionen auszuüben hat, als eben zu vermitteln, zu berichten, objektive Massnahmen vorzunehmen und die Geschäfte zu führen. Die politischen Massnahmen werden aus den Wirtschaftsbezirken heraus geboren, werden zur Einheit geschweißt und von den Mitgliedern kraft der Selbstbewusstseinsentwicklung unserer Mitgliedschaften und des Proletariats in genügender Weise selbst vertreten werden.

Genosse HEMPEL [Jan APPEL]<sup>12</sup> - Berlin:

Nach dieser Auffassung wäre der Geschäftsführende Hauptausschuss nur Schreibersknecht. Das müssen wir ganz entschieden ablehnen. Genosse Mannsfeld will das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsgruppen, letzten Endes der Mitglieder so weit ausdehnen, dass sie überhaupt keine Bindung mehr über sich anerkennen. Das würde soweit gehen, dass jede Ortsgruppe vollständig für sich ihren Weg geht und zur Vermittlung der Briefsachen usw. nur den Geschäftsführenden Hauptausschuss eingesetzt hat. So sieht unsere Partei nicht aus. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass wir uns mehr und mehr zusammenbinden und fester uns Zusammenschließen müssen, und dass wir etwas über uns anerkennen müssen, nämlich unser Parteiprogramm. Der Geschäftsführende Hauptausschuss soll uns auch in politischer Hinsicht vertreten. Es ist richtig, wir sollen ein möglichst großes Gewicht auf die Selbstbewusstseinsentwicklung legen, und wir sollen möglichst viel Tätigkeit und vieles Handeln in die Hände der einzelnen Personen letzten Endes legen. Aber andererseits gibt es nur eine Bindung, und das ist die Bindung im Kampfe. Allein kann nicht jeder kämpfen, denn sonst brauchen wir uns nicht zu organisieren. Die Organisationsform darf nicht zu einer Beherrschung der Mitgliedschaften führen,

---

<sup>12</sup> Geboren 1890 in einem Dorf in Mecklenburg, übersiedelte früh nach Hamburg, wurde Schiffbauer und fuhr einige Jahre zur See. Seit 1908 Mitglied der SPD, gehörte Appel im Weltkrieg zu den führenden Linksradiكالen in Hamburg. Er war Vorsitzender der Revolutionären Obleute und leitete Anfang 1919 kurz die Hamburger Kommunisten. Auf dem II. KPD-Parteitag vertrat er die Opposition gegen die Levi-Führung und gehörte im April 1920 zu den Mitbegründern der KAPD. Gemeinsam mit Franz Jung kam er auf dem (damals u. a. von Hermann Knüfken gekaperten) Schiff »Senator Schröder« nach Moskau, wo er Lenin, Bucharin, Radek, Zinoviev begegnete. Nach seiner Rückkehr vor dem II. Kongress der Komintern als Jan Arndt oder Hempel für die KAPD in Mitteld- und Westdeutschland aktiv. Er vertrat, mit Schwab, Reichenbach, Ludwig Meyer und Anna Classe, die KAPD auf III. Kongreß (Juni/Juli 1921) der Komintern in Moskau. Auf dem außerordentlichem Parteitag der KAPD im September 1921 in Berlin ergänzte er den Bericht von Alexander Schwab über die Erfahrungen bei der Komintern und hielt das Referat zur Arbeitslosenfrage. Bis 1923 versuchte Appel (vergeblich), die AAU zu reorganisieren. Ende 1923 wegen der Kaperung des Fischerboots »Senator Schröder« verhaftet, saß er bis zur Amnestierung 1925 im Gefängnis. Danach Schiffbauer in Holland und führend in der dortigen KAP. Appel war im Widerstand gegen die deutsche NS-Besatzung aktiv. Nach Mai 1945 gab er, mit Henk Canne-Meijer und B.A. Sijes, die kleine räte-kommunistische Wochenschrift »Spartacus« heraus. Appel hatte es nach der Befreiung unterlassen, in die Legalität zurückzukehren. Infolge eines Verkehrsunfalls kam er schwerverletzt in ein Krankenhaus, wurde aufgrund seines Akzents als Deutscher ohne gültige Papiere festgenommen. Angehörige des niederländischen Widerstandes bürgten für ihn, er erhielt eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, es wurde ihm jedoch eine politische Betätigung verboten. Im Jahre 1969 erhielt er eine ständige Aufenthaltsgenehmigung. Jan Appel starb am 4. Mai 1985 im niederländischen Maastricht. Hubert van den Berg veröffentlichte 2001 den Beitrag: Jan Appel – ein deutscher Rätekommunist im niederländischen Exil und Widerstand 1926-1948.

sondern muss den einzelnen Personen möglich machen, ihren Willen nach oben hin zur Durchführung zu bringen. Diese Organisationsform nennen wir das Rätssystem. Auf eine andere Art ist es nicht möglich, sich zusammenzufinden und zu binden und zusammenzuarbeiten und sogar zu kämpfen. Wer will denn sagen, dass wir nur einen Franktireurkrieg gegen das Kapital zu führen haben? Wer will bestreiten, dass eine wohldisziplinierte, fest zusammengebundene und zusammengeschweißte Armee mächtiger ist als einzelne Personen, die hier und da nach ihrem eigenen Ermessen kämpfen! Der Standpunkt von Ostsachsen, der da sagt, sie machen für Ostsachsen allein die Revolution, sie erkennen über sich nichts mehr an - das sind die Fürstentümer und Königreiche, allenthalben verteilt, wo dann der einzelne über seinen kleinen Kreis herrscht und über sich nichts mehr anerkennen will. Das ist das Höchste aber in der proletarischen Revolution, dass wir uns unterordnen, nicht irgendwelchen Bonzen, sondern der Revolution. Wir geben der Partei die Form, dass wir nicht beherrscht sind, sondern mittels dieser Organisation unseren Willen zur Durchführung bringen. übrigens steht in den Anträgen des letzten Parteitages klar und deutlich, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss beauftragt ist, Flugblätter herauszugeben. Wenn diese dem Genossen Mannsfeld nicht passen, so ist es sein gutes Recht, dagegen anzugehen, aber er darf die Dinge nicht so verkehren, dass er sagt, der Geschäftsführende Hauptausschuss hätte überhaupt keine Funktionen. Wir sagen, der Geschäftsführende Hauptausschuss hat unsere Meinung zu vertreten, und wir legen entschiedenste Verwahrung dagegen ein, dass der Genosse Mannsfeld uns als Heloten hinstellt, die nur das zu tun haben, was uns der Geschäftsführende Hauptausschuss eingibt, als ließen wir uns den persönlichen Willen des Geschäftsführenden Hauptausschusses aufoktroieren, um uns in ein falsches Geleise zu bringen. In Bezug auf die politischen Arbeiterräte bin ich allerdings auch der Meinung, de, nachdem die Parole herausgegeben war und wir uns einig waren, Aktionsausschüsse in den Betrieben zu wählen, der Geschäftsführende Hauptausschuss nicht ohne weiteres zu einer Änderung der Parole kommen konnte. Diese Wandlung der Parole habe ich ganz misstrauisch betrachtet. Ich habe mich aber durch den Erfolg dieser Dinge überzeugt, dass es nichts geschadet hat. Die Begründung des Hauptausschusses für seine Stellungnahme hatte eine gewisse Berechtigung, nämlich dass er sagte, es waren die Dinge soweit gediehen, dass es zum offenen Kampf kommen konnte, und es war in den Tagen des August, wo die roten Truppen an der Grenze standen und wir uns mehr und mehr darauf eingerichtet hatten, den Rahmen weiterzuziehen. Denn wir stehen sicher auf dem Standpunkt: läuft die Bewegung in das Fahrwasser hinein, wo wir in die offenen Kämpfe hineinkommen, nun, dann brauchen wir eben die politischen Arbeiterräte. Die Erfolge haben wenigstens in Berlin gezeigt, dass die Taktik des Geschäftsführenden Hauptausschusses richtig war, denn es ist uns möglich geworden, damit gerade die Parole des Spartakusbundes, die nicht ehrlich gemeint war, niederzuschlagen.

In Bezug auf Rühle sagen wir, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss allzu lange gezaudert hat, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen (*Sehr gut!*), denn sonst hätten sie sich nicht so auswachsen können und nicht eine solche Irreführung von Seiten Rühles bringen können, der die Dinge tatsächlich auf den Kopf stellt und seinen persönlichen Standpunkt vertritt. Zu dieser Erklärung hat uns unsere Mitgliedschaft beauftragt.

Der Geschäftsführende Ausschuss hat da nicht einen Vertreter nach Moskau entsandt, sondern in allen Ortsgruppen, in allen Bezirken ist zu dieser Frage Monate hindurch Stellung genommen worden, und dann ist in Berlin, wo aus allen Wirtschaftsbezirken Vertreter zusammenkamen, beschlossen worden, von diesen Vertretern einen Vertreter nach Moskau zu entsenden. Der Geschäftsführende Hauptausschuss hat sein Mandat durchaus nicht missbraucht, sondern hat so

gehandelt, wie er handeln musste.

Genosse SCHNEIDER<sup>13</sup> - Ost-Sachsen:

Wir Genossen von Ost-Sachsen billigen durchaus die Stellungnahme des Hauptausschusses in der Frage Rühle. Auch uns hat der Hauptausschuss viel zu lange mit einer Stellungnahme gewartet. Ich muss dem Genossen Rühle den Vorwurf machen, dass er nicht mehr revolutionär, sondern gegenrevolutionär handelt. An Hand von Tatsachen können wir darlegen, dass Genosse Rühle nicht den Standpunkt der Genossen vertritt, sondern seinen eigenen. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Diktator. Er hat es sich verscherzt, sich noch revolutionär nennen zu können. Wir klagen den Genossen Rühle sogar an, daß er schuld ist, daß während der ganzen Revolutionszeit gerade in Sachsen so viele Revolutionäre in die Gefängnisse gewandert sind. Er hat seinerzeit bei der Revolution einen Aufruf als Arbeiterrat unterschrieben, in dem es hieß: die bürgerliche Gerichtsbarkeit bleibt bestehen. Das war in der Zeit der Revolution, wo vor allen Dingen die bürgerliche Gerichtsbarkeit verschwinden muss, und die Revolutionsgerichte an ihre Stelle treten mussten. Der Genosse Rühle hat heute seine Hauptaufgabe darauf hingerichtet, die Parteien in Ost-Sachsen zu zerschlagen. Nachdem ihm das gelungen war, ist er wie vom Erdboden verschwunden und macht keinen Finger krumm im Interesse seiner Organisation, die er als kommunistische Gruppe in die Arbeiter-Union hineintragt, was wiederum dazu beiträgt, die Arbeiter-Union in Ost-Sachsen zu zerschlagen. Es haben sich heute bereits zwei Gruppen innerhalb der Arbeiterunion entwickelt, die im schärferen Kampfe gegeneinander stehen. Genosse Rühle steht auf dem Standpunkt, die Allgemeine Arbeiterunion soll die Partei ersetzen. Diese ganze Propaganda ging von Dresden aus, und Dresden hat sich am allerunfähigsten in der ganzen Revolutionszeit gezeigt. (*Sehr richtig!*) Viele sehen auch den Fehler ein, den Genossen Rühle gemacht hat, und kehren wieder zu uns zurück. Ich muss weiter feststellen, daß der Genosse Rühle Überhaupt niemals Mitglied der K.A.P.D. war. Er ist als Delegierter in dem Hauptausschuss gewesen, er ist als Delegierter in Moskau für die Partei gewesen und war nie Mitglied der Partei! Damit will ich natürlich nicht sagen, daß das Mitgliedsbuch den Revolutionär ausmacht.

Genosse JELLINECK<sup>14</sup> - Zwickau:

Die letzten Ausführungen meines Vorredners muss ich ganz entschieden zurückweisen. Er hat sich persönlich gegen einen Genossen gewandt, der in weiten Kreisen der Arbeiterschaft als Revolutionär und als tätiger Revolutionär bekannt ist, der nicht hier ist, um die Angriffe gegen sich richtigzustellen. Es ist nicht richtig, wenn

---

<sup>13</sup> Otto Schneider, KAPD, Dresden.

<sup>14</sup> Wilhelm (Willi) JELINEK (1889–1952). Geboren den 25. Dezember 1889 in Ludwigsdorf (poln. Charbielin); Metallarbeiter in Zwickau, Vertreter des Westsachsens zu dem II. Kongress der KAPD in August 1920, wurde er 1921 Mitglied der AAU-E und Redaktor der Zeitschrift *Proletarischer Zeitgeist*. Ab 1933 und nach 1945, Jelinek spielte eine wichtige Rolle als Anarchosyndikalist unmittelbar nach der Machtergreifung (1933) durch Hitler und auch später nach Mai 1945. Wilhelm Jelinek organisierte zusammen mit anderen Anarchisten und Anarchosyndikalisten 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ, später DDR) einen Treffpunkt für freiheitliche Sozialisten, genannt die „Zwickauer Richtung“. In jener Zeit gab er das *Rundschreiben Zwickau* heraus, das später von Willy Huppertz fortgeführt wurde. Frühere Mitglieder der *Anarchistischen Föderation* (AF), unter anderem Fritz Heller, beteiligten sich bei der Informationsstelle und dem Rundschreiben. Zwischen 1945 und 1948 waren anarchistische Gruppen in der SBZ so gut organisiert, dass sie westdeutschen Anarchisten unter anderem finanzielle Hilfe bieten konnten. Im November 1948 wurde ein Treffen in Leipzig für libertäre Gruppen organisiert. Jelinek, der die Konferenz mit geplant hatte, wurde, wie alle anderen Teilnehmer, am 10. November von Mitarbeitern der Abteilung K 5 der Volkspolizei und der sowjetischen Geheimpolizei MGB verhaftet. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn am 26. Februar 1949 wegen „antisowjetischer Agitation“ und „illegaler Gruppenbildung“ zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren. Zur Strafverbüßung kam Jelinek in die SMT-Justizvollzugsanstalt Bautzen, die 1950 Zuchthaus der DDR wurde. Unter bislang ungeklärten Umständen starb Wilhelm Jelinek 1952 im Zuchthaus Bautzen. Seine Mitstreiter sprachen von „politischem Mord“.

gesagt wird, daß Genosse Rühle für die Revolution tätig ist. Ein Blick in die Zeitungen der Allgemeinen Arbeiterunion Ost-Sachsens zeigt, in welcher Weise der Genosse Rühle tätig ist. Diese Tätigkeit entspricht der heutigen Stagnation in der Revolution. Diese Tätigkeit ist viel versprechend für die Zukunft. Die Zukunft wird erst lehren, welche Minus-Arbeit in Ost-Sachsen geleistet worden ist. Ost-Sachsen wird in einer Zeit, die kommen wird, an erster Stelle stehen. Genosse Rühle war auch nicht ein Mitunterzeichner des erwähnten Aufrufs. Rühle hat sich gegen die dort hervorgehobenen Tendenzen gewandt.

Dann zur Tätigkeit des erweiterten Hauptausschusses! Da will ich die 3. Internationale und den Ausschuss von Ost-Sachsen aus der Partei berühren. Niemals kann der Hauptausschuss die Berechtigung haben, derartig schwerwiegende Fragen, die eine Erschütterung der ganzen Organisation eventuell nach sich ziehen können, eigenmächtig zu erledigen, einen Bezirk aus der Partei auszuschließen, ohne einen Vertreter. Und einen Vertreter für die 3. Internationale zu ernennen, dazu ist einzig und allein der Parteitag berechtigt.

Leider sagen die Vertreter der meisten Bezirke zu allen Massnahmen des Hauptausschusses ja und amen. (*Oho!*) Vielen Genossen die innerhalb der Bezirke eine führende Rolle spielen, fehlt ein guter Teil Selbstbewusstsein.

Genosse MANNSFELD:

Ich stelle fest, dass kein Mitglied des Geschäftsführenden Hauptausschusses es für notwendig hält, auf die Angriffe zu erwidern. Es ist natürlich bequem, so ein paar unbequeme Mahner reden zu lassen, wenn man sich der Mehrheit der Delegierten bewusst ist. Dem Delegierten von Ost-Sachsen bestreite ich überhaupt das Recht, im Namen einer Mitgliedschaft zu sprechen, denn die Mitgliedschaft von Ost-Sachsen, die er vertritt, ist verschwindend gering. Von der K.A.Z. ist ebenso wie vom Geschäftsführenden Hauptausschuss wenig objektiv und sehr einseitig gearbeitet worden. Des Weiteren beanstandete ich, dass der damalige erweiterte Reichsausschuss sich das Recht angemaßt hat, den Genossen Rühle aus der Partei auszuschließen. (*Zuruf: Er war ja nie darin!*) - Machen wir uns doch keine Kinkerlitzchen vor! Schon die alte sozialdemokratische Partei betrachtet jede Person zur Partei gehörig, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt. Wenn Sie allerdings die Mitgliedschaft von einem kleinen Wisch in der Brieftasche abhängig machen, dann wirft das allerdings ein sehr bezeichnendes Licht auf die Geistesverfassung der Genossen, die sich Vertreter der revolutionären Organisation des deutschen Proletariats nennen. Weiter beanstandete ich, dass die Abstimmung damals durchaus nicht nach der Mitgliederzahl in der Sitzung vorgenommen worden ist, die dort vertreten war. Der Genosse Rühle hat niemals irgendwie gegen das Programm der K.A.P.D. verstecken, sondern hat sie nach Kräften unterstützt und gefördert, wie er sich überhaupt in den Dienst unserer Organisation über seine Kraft hinaus gestellt hat. Dais er natürlich gegen die Parteien im historisch überlieferten Sinne war, das war sein gutes Recht. Auch unser Parteiprogramm war dagegen. Und er war der allererste, der erklärte, es ist eine Dummheit und schädigend für die Bewegung, wenn wir uns wiederum auch den Namen einer Partei geben. Da waren es gerade die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe, die jetzigen Träger des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die erklärten: Name ist Schah und Rauch. O, sie wieten damals schon sehr gut, wie wichtig auch prinzipiell ihnen dieser Name ist. Und heute auf dieser Tagung wollen sie es zur Tat werden lassen, dass die K.A.P.D., die den Namen Partei schon trägt, auch in ihrer Taktik und in ihren Prinzipien eine Partei wird. Den Fehler hat Genosse Rühle gemacht, dass er die Partei verließ.

Wir werden uns bemühen, dafür zu sorgen, dass das Programm der K.A.P.D. heiliggehalten werde, dass nichts daran geändert wird, dass wir weiter daran festhalten, dass die Revolution keine Parteisache, sondern eine Angelegenheit der gesamten proletarischen Klasse ist. - Nun noch eine Charakteristik des Geschäftsführenden Hauptausschusses. Nachdem Ost-Sachsen aus der Partei ausgeschlossen war, konnte man nunmehr einen Schritt weitergehen, und man ging ihn. Man entsandte die Vertreter des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die geimpften Referenten der Partei in die Wirtschaftsbezirke hinein, um sie zu beeinflussen. Bei uns in Mitteldeutschland tauchte auch so ein lieber Genosse auf, der uns klar machte, dass wir eine Resolution zur Einheitlichkeit der Partei annehmen müssten. Der Bezirk lehnte das aber ab.

Genosse OELSCHLÄGER<sup>15</sup> - Nord:

Im großen und ganzen schließt sich der Bezirk Nord den Ausführungen von Genosse Hempel an. kann für Böswilligkeit sein, wenn man den Satz der Zentrale, daß der Wahlmodus ganz gleichgültig ist, anders versteht, als er gemeint war, nämlich daß es egal sein kann, auf wie viel Mitglieder ein solcher Arbeiterrat kommt. Der Genosse Mannsfeld glaubt, daß er allein der Gralshüter unseres Parteiprogramms sein kann. Ähnlich tat der Genosse Jellinek, der meinte, daß alle anderen Delegierten nicht wüssten, was sie zu vertreten hätten. Der Genosse Mannsfeld glaubt, dadurch, daß keine andere Meinung in dem Bezirk zur Geltung kommt, kann die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats gefördert werden. Gerade das Gegenteil ist richtig. Durch das Aufeinanderprallen der verschiedenen Standpunkte wird die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats und damit die des einzelnen Genossen gefordert. Nur dadurch können sie zu einem bestimmten und festen Standpunkt kommen. Und ein einheitlicher Standpunkt muss hier für die Gesamtpartei in Frage kommen. Der erweiterte Zentral-Ausschuss hat die politische Stellung des Genossen Rühle beurteilt und sich nicht darum gekümmert, ob Genosse Rühle gerade ein Mitgliedsbuch hat. Der Ausschuss ist gerade durch die politische Stellungnahme des Genossen Rühle zu dem Standpunkt gekommen, die er nicht zur Partei gehöre. Wenn eine Organisation vorhanden ist, muss auch ein Ausdruck dieser Organisation vorhanden sein. Es dürfen nicht verschiedene Parolen in die Massen und in den Kampf des revolutionären Proletariats geworfen werden. Um dieser Einheit und der Revolution willen, um des Kampfes willen, muss eine Einheit schon erzielt werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Standpunkt des Hauptausschusses allemal richtig ist. Grundsätzlich muss nur eine Einheitlichkeit vorhanden sein. Die Wirtschaftsbezirke können schon selbständig handeln.

Genosse MERGES:<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Hugo Oehlschläger, KAPD, Kiel. Mitglied der Essener Richtung in Mühleim nach der Spaltung der Partei im März 1922. Er war bis 1922 Mitglied der Roten Hilfe, dann VRUK.

<sup>16</sup> August Merges (1870-1945). Geboren am 3. März 1870 in Malstatt-Burbach bei Saarbrücken, Sohn eines Fleischers; lernte Schneider. Während der Wanderschaft wurde er Mitglied der SPD und arbeitete später hauptamtlich als Ökonom des Gewerkschaftshauses in Alfeld. Ab Juli 1911 war er Expedient, später Redakteur an der SPD-Zeitung »Volksfreund« in Braunschweig. Merges war Anhänger der Linken in der SPD und gehörte zum »Braunschweiger Revolutionsklub«, Mitbegründer der Spartakusgruppe in Braunschweig. Dort im November 1918 Vorsitzender der Regierung des Rates der Volkskommissare. Er nahm nur kurz am Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 in Berlin teil, blieb aber Mitglied der USPD. Merges wurde 1919 im Wahlkreis Hannover-Braunschweig in die Nationalversammlung gewählt. Bei der Konstituierung der Nationalversammlung in Weimar hielt er eine scharfe Rede gegen die Reichsregierung Ebert-Scheidemann. Bereits Ende Februar 1919 legte er sein Mandat in der Nationalversammlung nieder und schied aus der Regierung in Braunschweig aus. Nach Einmarsch der Truppen des Generals Maercker Mitte April 1919 tauchte Merges unter und lebte eine Zeitlang illegal. Er schloß sich der KPD an, stand aber nach dem II. Heidelberger Parteitag im Herbst 1919 in Opposition zur Zentrale unter Paul Levi. Merges trat aus der KPD aus und führte die Mehrheit der Braunschweiger KPD Mitte 1920 in die KAPD. Im August 1920 reiste er mit einer Delegation der KAPD zum II. Weltkongreß der Komintern

Der Genosse Mannsfeld irrt sich, wenn er glauben sollte, daß der Geschäftsführende Hauptausschuss immer in allen Fragen konform gegangen ist, und daß nie in ihm eine Kritik oder etwas Ähnliches stattgefunden hat. Ich habe, wenn ich es für notwendig hielt, rücksichtslos diejenige Opposition gemacht, die ich für richtig hielt, ganz besonders im Falle Rühle, wo ich es nicht für richtig hielt, daß man ihn auch mit dieser Resolution, die an sich keinen direkten Ausschalt darstellte, als außerhalb der Partei stehend betrachtete. Dies hielt ich nicht für ganz glücklich und angebracht, weil der Genosse Rühle selbst nicht anwesend war. Das habe ich auch besonders betont. Ich habe auch bemerkt, daß ich die Empfindung nicht ganz los werden könne, als wenn man zunächst das Opfer Rühle bringen wolle, um dadurch die Aufnahmewürdigkeit in Russland besser erlangen zu können. Im Hauptausschuss hat sich auch wiederholt folgendes abgespielt: zunächst, als wir von Moskau zurückkamen, war man ganz zufrieden. Das zweite Mal werde schon etwas heftiger gegen uns opponiert, da waren wir ziemlich anrühlich, daß wir das Wort Feigling und Ähnliches schon verdient hatten. Und zum dritten Mal wurde es ganz klobig; da hatten wir geradezu gemeingefährlich gehandelt. Ich habe nicht verfehlt, dem entgegenzutreten. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, daß wir jederzeit, wenn es notwendig war, auch unsere Meinung vertreten haben. Ich habe aber selbst gesehen und gehört, wie ausgiebig und aufreibend die Arbeit des Geschäftsführenden Hauptausschusses ist, und dass trotz meines oppositionellen Standpunktes ich die Empfindung gewonnen habe, dass die ehrlichste Absicht bei den Genossen im Hauptausschuss zweifellos vorhanden ist. Das enthebt uns natürlich nicht der Aufgabe, da, wo er vorbei haut, zu kritisieren. Wir sind nicht um der Person willen da, sondern um der Sache willen. Und wenn der Genosse Mannsfeld hier so sehr für den Genossen Rühle eintritt, so kommt es mir so vor, als ob er den Autoritätsglauben noch nicht losgeworden ist. *(Sehr richtig!)* Seine Ausführungen machen den Eindruck, als wenn er an die allein seligmachende Kraft des Genossen Rühle glaubt. Es ist die Stärke unserer Partei, so klein wir sind, dass wir jeden hinaus bugsieren, wenn die Genossen es für notwendig halten, ganz gleich, ob das Merges oder Rühle oder sonst wer sein mag. Dieses scheinbare Überbordwerfen aller sogenannter verdienter Genossen ist nicht unsere Schwäche, sondern die Stärke des revolutionären Proletariats. *(Bravo!)*

Genosse SCHWAB:<sup>17</sup>

Genosse Mannsfeld hat sich darüber beklagt, dass der Geschäftsführende Ausschuss

---

nach Moskau. Während des Kapp-Putsches organisierte er den Widerstand im Raum Helmstedt. In den Jahren der Weimarer Republik war er mehrmals angeklagt u. a. auf Herausgabe der Abdankungsurkunde des Herzogs von Braunschweig und wegen illegaler Waffenverstecke. Merges, der aktives Mitglied der Roten Hilfe in Braunschweig war, leitete weiterhin mit Franz Pfemfert eine kleine Gruppe von ehemaligen KAPD-Genossen, die sich Spartakusbund Nr. 2 nannte und auch Kontakte zu Erich Mühsam hatte. Nach 1933 wurden bei ihm zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und viele seiner Bücher beschlagnahmt. Am 27. Mai 1935 wurde Merges verhaftet und am 7. Oktober 1935 durch das OLG Braunschweig zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, er war u. a. in Wolfenbüttel inhaftiert und schweren Mißhandlungen ausgesetzt. Am 20. Dezember 1937 entlassen, stand er bis zu seinem Tode unter Polizeiaufsicht. Am Morgen des 6. März 1945 wurde August Merges in seinem Garten in Braunschweig tot aufgefunden.

<sup>17</sup> Alexander Schwab (5. Juli 1887 - 12. November 1943) [*Sachs, Albert Sigrisf*], studiert an verschiedenen deutschen Universitäten und ist Führer in der Freideutschen Jugend. Als Freiwilliger zieht er 1914 in den Krieg und kehrt als Pazifist zurück. Er tritt 1918 dem Spartakusbund bei und ist einer der Mitbegründer der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die er 1922 verlässt. Schwab arbeitet als Journalist und Schriftsteller und wirkt von 1929 bis zu seiner Entlassung 1933 als Pressechef der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-versicherung in Berlin. Im Mai 1933 wird er ein halbes Jahr inhaftiert. Er baut 1934 gemeinsam mit Franz Jung, eine Wirtschaftskorrespondenz für Banken, Zeitungen und Fachzeitschriften auf. Er arbeitet aktiv in der Reichsleitung (Karl Schröder, Bernhardt Reichenbach, Peter Utzelmann) der Roten Kämpfer mit, verfasst Rundschreiben und reorganisiert einzelne Gruppen. Im November 1936 wird Schwab erneut festgenommen. Er nimmt im Prozess vor dem Volksgerichtshof die gesamte Verantwortung für die illegale Arbeit auf sich. Ende November 1937 wird Schwab zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg, Sonnenburg und den Emslandlagern verbüßt. Er stirbt am 12. November 1943 im Zuchthaus Zwickau.

diese Angriffe hier so an sich hat vorbeiplätschern lassen, ohne darauf zu antworten. Hätte aber ein Genosse vom Geschäftsführenden Hauptausschuss gleich auf die Angriffe von Genosse Mannsfeld geantwortet, dann hätte er sicherlich gesagt: da sieht man wieder die Bonzenwirtschaft, kaum wagt jemand ein Wort zu sagen, gleich bekommt er eins auf den Kopf. (*Sehr richtig!*) Also wie man es macht, ist es natürlich falsch! Der Geschäftsführende Hauptausschuss muss zunächst einmal die Meinungen der Delegierten in möglichst breitem Ausmass hören und sich diejenige Zurückhaltung auferlegen, die der ganze Aufbau unserer Partei von den Genossen an dieser Stelle erfordert. Genosse Mannsfeld hat auch der Berliner *Kommunistischen Arbeiterzeitung* vorgeworfen, dass sie die Dinge schief und verkehrt darstelle, mit Beispielen hat er das aber nicht belegt. Die Berliner *Kommunistische Arbeiter-Zeitung* ist allerdings nicht ein Diskussionsorgan für alle Strömungen innerhalb der Parteien, sondern ist das Organ für die Meinung der Berliner Organisation. Die Berliner Proletarier würden dem Redakteur höllisch auf die Finger klopfen, wenn er die Spalten dieses Blattes allen Strömungen öffnen würde. Auch hat der Genosse Mannsfeld nichts sachlich Greifbares gegen das Flugblatt vorzubringen, das sich mit der grundsätzlichen Einstellung Ost Sachsens befasste. Es dürfte ihm auch schwer fallen, etwas Greifbares gegen dieses Flugblatt zu sagen, das nach reiflichster Erwägung mit bestem Willen das Gemeinsame in der Haltung der Mehrheit der Partei und Ost-Sachsens herausuchte, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Genossen von Ost-Sachsen zu überzeugen versuchte, dass innerhalb der Mehrheit der Partei nicht der Bonzenhochmut einzelner, sondern sehr wohl überlegte Gründe das Feld behaupten. Es mögen vielleicht einzelne Missverständnisse des ostsächsischen Standpunktes in diesem Flugblatte enthalten gewesen sein, denn es war nicht immer leicht verständlich, was man eigentlich in Ost-Sachsen wollte. (*Sehr richtig!*) Aber es war ganz unpolemisch geschrieben. Die Gedankengänge von Ostsachsen bedeuten in Wirklichkeit die Rückentwicklung von der proletarischen Solidarität zum Individualismus. (*Sehr gut!*) Nachdem wir, uns in den selbstverständlichen Gedanken der proletarischen Solidarität, der einheitlichen Front derer, die auf dem Boden des Programms stehen, eingelebt haben, in die Haltung, dass die Minderheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, sofern man programmatisch einig ist, war es schon wirklich nicht leicht, die Autonomievorstellungen für jeden einzelnen Wirtschaftsbezirk und jede einzelne Ortsgruppe und jede einzelne Fabrik, die in Ost-Sachsen herrschten, halbwegs zu verstehen. Eine Erörterung über den Genossen Rühle ist für die Verhandlungen hier nicht förderlich. Bezeichnend für den Genossen Rühle ist, dass er in einer der letzten Nummern des Dresdner Blattes *«Die Revolution»*<sup>18</sup> es sich geradezu als Verdienst anrechnet, nicht eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen zu sein. Das heißt nichts anderes als: ich, Rühle, bin immer der kluge Mann gewesen, der sich nirgends festgelegt hat, der sich nie mit irgendeiner Gruppe solidarisch gefühlt hat, sodass er auch ihre Dummheiten nicht mitgemacht hat, ich bin immer Rühle geblieben und habe immer rechtzeitig den Moment gefunden, die anderen laufen zu lassen und meinen eigenen Kopf zu behalten. Wenn der Genosse Mannsfeld den Berliner Genossen vorwirft, sie hätten bei der Gründung der Partei mit dem Wort «Partei» ganz gut gewusst, was sie damit wollten, so ist das unerhört und bedeutet nichts anderes, als dass die Berliner Genossen damals in betrügerischer Weise nur den Namen «Partei» hineingeschmuggelt hätten, um dann das Weitere sich vorzubehalten. Er glaubt dann auch, dass muss die Einheitlichkeit der Partei gefordert habe, weil die 3. Internationale sie gefordert hat. Will er die Uneinigkeit der Partei, weil die 3. Internationale die Einheitlichkeit fordert? Es scheint die Eigentümlichkeit des Genossen Mannsfeld und derer zu sein, die hinter ihm stehen, dass sie auf jeden Fall es unbedingt anders machen müssen, als die 3. Internationale es macht. So ist er offenbar auch der Meinung, dass der Wunsch der 3. Internationale, dass irgendjemand aus der

---

<sup>18</sup> *Die Revolution*, Dresden, 1920-1921, Organ der Rühlschen Tendenz.

Partei ausgeschlossen werden rege, für den Betreffenden nun eine Art Freibrief sein soll, dass er sich alles in seiner Partei erlauben darf. Der Entschluss gegen den Genossen Rühle und seine parteizerstörenden Tendenzen etwas zu tun, ist uns schwer geworden. Es ist hier ja auch gesagt worden, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss so langsam in der Beziehung vorgegangen wäre. Er musste hier natürlich den Anschein vermeiden, hier deshalb gegen jemanden vorzugehen, weil die 3. Internationale es wünscht. Es darf aber nicht jemand deswegen, weil er von Moskau angegriffen wird, hier unter dem Schutze dieses Angriffs Zwiespalt in der Partei treiben.

Genosse STÖRZING:

Die Ausführungen, dass wir Delegierte in den Ausschusssitzungen willfährige Elemente für den Geschäftsführenden Ausschuss sind, können wir nicht so hinnehmen. Ich habe an diesen Sitzungen mehrmals teilgenommen und muss sagen, der Hauptausschuss ist dort an sich gar nicht zur Geltung gekommen. *(Sehr richtig!)* Ich habe auch dort versucht, den Genossen Rühle zu halten, musste mich aber überzeugen lassen, dass die Arbeit des Genossen Rühle die Partei dahin bringt, dass sie in sich zusammenfällt und der Revolution nicht dienen kann. Wenn hier bedauert worden ist, dass der Genosse Rühle sich hier nicht verteidigen kann, so hebe ich hervor, dass er auf der erweiterten Ausschusssitzung dazu Gelegenheit hatte, er es aber abgelehnt hat, obwohl ihn der Genosse Hellwig noch extra dazu aufgefordert hatte. *(Sehr richtig!)* Er erklärte einfach dem Genossen Hellwig, er müsste nach Frankfurt zu einer Versammlung. Er stellte also eine öffentliche Versammlung höher als die Arbeit innerhalb der Partei. Demnach musste so gehandelt werden, wie gehandelt worden ist.

Genosse HEMPEL [JAN APPEL] :

Der Genosse Rühle und auch der Genosse Mannsfeld scheinen unser Programm so auszulegen, den wir uns organisieren sollen in der K.A.P.D., um uns sofort wieder aufzulösen. *(Sehr richtig!)* Ein Blödsinn sondergleichen! Das Blatt *Die Revolution* in Dresden hat auch unseren Standpunkt und unser Programm verlassen. *(Sehr richtig!)* Es steht darin nämlich wörtlich, dass man über den bewaffneten Aufstand hohnlächelt, und man preist die Waffe des Generalstreiks als erste und ausschlaggebend. Dagegen sagt unser Programm, dass die Bewegung des Proletariats und die Revolution ihren Höhepunkt im bewaffneten Aufstand finden. Man will eben auf der anderen Seite der letzten eisernen Konsequenz aus dem Weg gehen und möglichst versuchen, einen anderen Weg zu finden, der nicht so hart und so schwer ist. Diese Genossen sind eben letzten Endes Pazifisten und nichts anderes. *(Sehr richtig!)* Daraus ist das ganze Verhalten von Genosse Rühle zu erklären, dass er sich in Moskau nicht durchsetzen konnte, dass er den Auseinandersetzungen im Geschäftsführenden Hauptausschuss fern blieb und dass er, als die roten Truppen an der Grenze standen und wir uns vorbereiteten, aktiv einzugreifen, an den Hauptausschuss schrieb: was macht Ihr für Dinge, Ihr seid wohl Putschisten usw.! Das zeigt klar und deutlich, wohin es führt, wenn man sich nicht binden lassen will, wenn man für sich in Ost Sachsen, im letzten Bezirk die Revolution machen will und niemand über sich entscheiden lassen will, weil man zu feige und zu flau und zu weich ist. *(Sehr gut!)* Diesen Leuten sollen wir keine Träne nachweinen, sondern froh über sie sein, dass sie weg sind wie über so manchen anderen, der geglaubt hat, nicht den schweren Weg der Revolution gehen zu brauchen, wie Wolffheim und Laufenberg, wie über die U.S.P.D.-Leute, die den parlamentarischen Weg gewählt haben, wie über die Sozialdemokraten, die sich der Bourgeoisie verkauft haben, weil sie Angst haben, den schweren Kampf, den bewaffneten Aufstand letzten Endes durchzuführen. über diese Dinge laut uns nicht langer reden; es ist unser nicht würdig, über Leute, die jetzt

schon gefallen sind, die jetzt schön die letzten Konsequenzen aufgegeben haben, noch stundenlang zu reden. (*Sehr richtig!*)

Dann legen wir entschiedenste Verwahrung dagegen ein, dass uns Genosse Mannsfeld einer Unehrlichkeit bezichtigt.

Genosse ERDMANN [Emil SACH]:<sup>19</sup> Ich werde noch ausgiebige Gelegenheit haben, unter Punkt 8 dem Genossen Mannsfeld zu antworten. Hier stelle ich nur fest, dass es eine Unwahrhaftigkeit ist, zu sagen, ich habe auf der Bezirkskonferenz in Mitteldeutschland eine Resolution eingebracht, die dann abgelehnt wurde. Diese Resolution wurde von dem Genossen Franz (Hans) UTZELMANN<sup>20</sup> eingereicht und fand eine Majorität bei den Delegierten. Der Genosse HELLWIG erklärte dann, es entspreche nicht der proletarischen Demokratie, dass jeder Genosse, der nur wenig Stimmen vertritt, genau solches Stimmrecht hat wie derjenige, der schließlich 1.000 oder noch mehr Stimmen hinter sich hat. Auf Grund dieser Stimmenzahl wurde dann diese Resolution abgelehnt. Im Übrigen hat diese Bezirkskonferenz in Mitteldeutschland nach hartem Gefecht das Fundament gegen die Wirrköpfe Rühlischer Richtung gelegt. Ich persönlich bedaure, dass man mit Rühle nicht schon früher Schlussgemacht hat. Wir hätten in Ost-Sachsen dann nicht dieses Fiasko erlitten, und wir hätten uns im Bezirk nicht zu zerschmettern lassen brauchen von diesem Pazifisten, der von proletarischer Revolution, von proletarischem Wesen absolut gar keine Ahnung hat.

*Es wird hierauf ein Schlussantrag gegen vier Stimmen angenommen.*

Genosse R A S C H (*Schlusswort*):

Ich möchte vor allen Dingen feststellen, dass kein Vertreter des Geschäftsführenden

---

<sup>19</sup> Emil Sach (1890?-1960?). Die Frühzeit des Berliner Arbeiters Sach ist unbekannt, er war bis 1918 in der SPD, kam 1919 zur KPD und gehörte dort mit der übergroßen Mehrheit der Berliner Mitglieder und Funktionäre zur linken Opposition. Unter dem Pseudonym Erdmann wurde er einer der Führer der KAPD, Organisationsleiter und Kassierer. Er begrüßte z. B. als Mitglied des Hauptausschusses der KAPD deren außerordentlichen Parteitag im September 1921 in Berlin. Sach wurde zusammen mit Karl Schröder aus der KAPD ausgeschlossen. Danach zählte er kurze Zeit zur »Essener Richtung« der Partei. Er starb wahrscheinlich in Leverkusen.

<sup>20</sup> Franz Peter Utzelmann. Geboren am 1. Mai 1896 in Berlin; Tischler, seit 1913 in der SPD. 1915 zur Kriegsmarine einberufen, kam zur Matrosendivision in Wilhelmshaven, im März 1917 nach Flandern, 1918 wegen »nicht einwandfreier Gesinnung« nach Kiel. Im November 1918 aktive Teilnahme am Matrosenaufstand, Mitte November bei der Volksmarinedivision in Berlin. Mitglied des Spartakusbundes und der KPD, an den Januarkämpfen 1919 beteiligt. Mit der Mehrheit der Berliner Kommunisten gehörte er zum linken Parteiflügel und wurde 1920 einer der Mitbegründer der KAPD, in der er führende Funktionen ausübte. Redakteur in Halle, in Mitteldeutschland beim Aufbau der KAPD und der AAU tätig, war er unter dem Pseudonym Kempin KAPD-Leiter bei der März-Aktion in den Leuna-Werken. Deshalb am 21. Juni 1921 vom Sondergericht Halle wegen »Hochverrates und Rädelsführerschaft« zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Durch eine Amnestie 1922 freigelassen, trennte er sich von der KAPD und schloß sich der KPD an, bis 1924 Angestellter in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin. 1926 trat er aus Protest gegen die Politik der Partei aus der KPD aus und schloß sich 1928 der von Paul Levi geführten Sozialwissenschaftlichen Vereinigung (SWV) an, er trat in die SPD ein, wurde 1932 aber wieder ausgeschlossen, da er am Aufbau der »Roten Kämpfer« beteiligt war. Ab 1930 war er Handelsvertreter. Nach 1933 illegale Arbeit für die SWV und für die »Roten Kämpfer«. Am 26. November 1936 verhaftet und am 7. März 1938 vom Kammergericht Berlin zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis Juni 1940 im Zuchthaus Brandenburg, nach seiner Freilassung arbeitete er als Betriebsführer. 1945 Abteilungsleiter im Haupt-Berufsamt des Magistrats von Groß-Berlin. Mitglied der KPD/SED, im Dezember 1945 Redakteur beim Berliner Rundfunk. Utzelmann hatte enge Kontakte zur SMAD, kritisierte aber offen die Politik der Sowjetunion und der SED-Führung. Im Sommer 1948 Mitarbeiter der DWK, als Hauptdirektor Kontrolle der Holzindustrie für die Länder Brandenburg und Mecklenburg wurden ihm wegen seiner SED-Feindschaft Korruption und Amtsmißbrauch vorgeworfen. Aus der SED ausgeschlossen, war er von Mai bis November 1949 in Untersuchungshaft, dann flüchtete er im März 1950 nach West-Berlin. Im Oktober 1950 in Abwesenheit vom Landgericht Eberswalde wegen »Devisenvergehens« zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er engagierte sich in West-Berlin in der neugegründeten SWV und dem »Bund Freiheit und Recht«. Peter Utzelmann starb am 8. Mai 1972 in West-Berlin.

Hauptausschusses auf irgendeine Bezirkskonferenz gegangen ist, ohne vom Wirtschaftsbezirk dazu aufgefordert zu sein, ein Referat dort zu halten, dass ich es aber für selbstverständlich halte, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss auf den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke vertreten sein muss, um eine Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Partei ständig zu geben und dadurch die enge Fühlungnahme der Wirtschaftsbezirke untereinander herzustellen. (*Genosse Mannsfeld: Und der geistige Vater aller Resolutionen zu werden!*) Weiter liegen die Dinge so, dass in den einzelnen Wirtschaftskonferenzen fast jedesmal jemand von uns ein Referat hatte, dass aber die Genossen zu allen strittigen Fragen selbständig ihre Tagesordnung hatten und niemandem von uns eingefallen ist, irgendwie Beschlüsse den Genossen aufzuoktroieren. Der Geschäftsführende Hauptausschuss hat nur das ausgeführt, wozu er beauftragt war, einerseits durch den Parteitag, andererseits durch den erweiterten Zentralausschuss, der aus je einem Delegierten eines jeden Wirtschaftsbezirks besteht, sodass also, wenn der Geschäftsführende Hauptausschuss angegriffen wird, damit auch die Delegierten aus jedem Wirtschaftsbezirk angegriffen sind, die eben dort die Meinung ihres Wirtschaftsbezirks in der erweiterten Zentralausschuss-Sitzung vertreten haben. Wir sind lediglich das ausführende Organ des erweiterten Zentralausschusses, also somit der zentrale Ausdruck derjenigen gewesen, die dort ihre Meinung als Vertreter der Wirtschaftsbezirke kundgetan haben. In Bezug auf den Ausschluss des Genossen Rühle möchte ich feststellen, dass ein direkt persönlicher Ausschluss gar nicht erfolgt ist, sondern infolge der Tätigkeit, die unter Leitung Rühles Ost-Sachsen geübt hat, ist an den Vertreter Ost-Sachsen die Aufforderung von der erweiterten Zentralausschusssitzung gestellt worden, sich darüber zu erklären, ob er den Beschlüssen der Partei nachkommen will und ob er den Beschlüssen des Parteitags Folge leisten will. Darauf hat der Vertreter Ost-Sachsens eine verneinende Erklärung abgegeben. Wer sich den Beschlüssen des Parteitags und dem Programm usw. nicht fügen will, steht naturgemäß außerhalb der Partei, denn sonst konnte ebenso gut auch ein S.P.D.-Mann Mitglied der Organisation sein. Ich glaube, dass damit wohl genügend diese Dinge geklärt sind. Ich will aber noch hinzufügen, dass die Frage der politischen Arbeiterräte damals deswegen in Angriff genommen wurde, weil die Situation so kritisch stand, dass jeden Moment ein revolutionärer Kampf ausbrechen konnte. Und ausgerechnet gerade diejenigen Vertreter, die im Munde führen, dass Revolution keine Parteisache ist, machen nun uns Vorwürfe, weil wir eine Parole herausgaben, um die revolutionäre Bewegung nicht zu einer Parteisache werden zu lassen! Wenn nämlich eine derartige Parole zu den revolutionären Kämpfen nicht herausgegeben wird, wenn in einer solchen Situation die Arbeiterschaft ihre Organe nicht innerhalb der Betriebe aufgestellt hat, dann muss unbedingt die revolutionäre Bewegung in den Rahmen des Parteischemas hineingeraten. Es wäre dann eine Bewegung irgendeiner bestimmten Parteirichtung gewesen und nicht die der Arbeiterschaft als Klasse. Ich verstehe nicht, dass man hier auf dem Parteitag noch jemanden eine Vorlesung darüber halten muss. (*Sehr gut!*) Ich hätte geglaubt, dass jemand auf Grund des Parteiprogramms und auf Grund seiner eigenen Stellungnahme, dass die Revolution keine Parteisache ist, zum mindesten diesen Beschluss des Geschäftsführenden Hauptausschusses als den seinigen angesehen hätte. (*Sehr richtig!*) Man sieht also, dass nicht das sachliche Argument oder eine bestimmte politische Richtung von den Genossen vertreten wird, sondern dass es eine haltlose politische Richtung von den Genossen vertreten wird, sondern dass es eine haltlose politische Naivität sondergleichen darstellt, derartige Dinge hier in die Tagesordnung zu werfen. Weitere Aufklärungen will ich mir jetzt ersparen. Wir werden noch unter Punkt 8 einige Ausführungen machen, die höchstwahrscheinlich dazu angetan sein werden, auch den Klärungsprozess innerhalb unserer Reihen zu fördern.

*Stellvertretender Vorsitzender Genosse HELLWIG:*<sup>21</sup>

Wir haben jetzt über den Antrag Mannsfeld abzustimmen, dass die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die nicht im Besitz von Mandaten sind, nur zu den Tagesordnungspunkten der Geschäftsführung das Wort erhalten sollen.

Genosse MÜHLE :

Das ist ja eine Unmöglichkeit. Wenn wir über die Taktik der Partei, über die Internationale, über die Union, über die Räte und die Arbeitslosenfragen reden, so ist es ganz selbstverständlich, dass auch alle Mitglieder des Hauptausschusses und des erweiterten Zentralausschusses zu diesen Dingen reden müssen, um eben das zu verteidigen, was sie getan oder nicht getan haben.

Genosse OELSCHLÄGER:

Ich bin für den Antrag, soweit er besagt, dass die Vertreter des Hauptausschusses nur dann sprechen dürfen, wenn ihre Politik und ihre Geschäftsführung angegriffen wird.

*Der Antrag wird gegen drei Stimmen abgelehnt.*

Genosse SCHNEIDER stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, dass seine vorherigen Ausführungen über den Genossen Rühle auf Wahrheit beruhen.

*Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.*

Genosse HART:

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat alle vorliegenden Mandate geprüft und festgestellt, dass 21 Vertreter der Wirtschaftsbezirke anwesend sind, und zwar Berlin mit 7 Delegierten, Eberswalde mit einem, Spandau-Osthavelland mit einem, Mitteldeutschland mit 2, Ost-Sachsen mit einem, Groß-Thüringen mit einem, Sachsen-Anhalt mit einem, West-Sachsen mit einem, Harz und Hohenstein mit einem, Niedersachsen mit 2, Nord mit 2, Ost- und Westpreussen mit einem, außerdem der Geschäftsführende Hauptausschuss und der Genosse Merges als Mitglied des engeren Hauptausschusses, dann zwei Vertreter der revolutionären Erwerbslosen, die Referenten, ein Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion, einige Vertreter der Jugend und zwei Genossen als Delegierte der Berliner Unterstützungskommission. Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor, dass nur die Mandate gültig sein sollen, deren Inhaber in dem Wirtschaftsbezirk wohnen, von dem sie delegiert worden sind. Das war der Mandatsprüfungs-Kommission zu prüfen nicht möglich. über diesen Antrag müsste Beschluss gefasst werden.

Die Mandatsprüfungs-Kommission kann daher etwas Positives über die Gültigkeit der vorliegenden Mandate noch nicht berichten.

*Stellvertretender Vorsitzender Genosse HELLWIG:*

Ich halte es noch für angebracht, dass die Delegierten nicht nur den Mandatsauftrag, sondern auch ihre Mitgliedskarte als Ausweis mitzuführen haben, aus der sich das Notwendige ergibt, damit es nicht wieder eines schönen Tages heißt: ich bin ja gar nicht Parteigenosse gewesen, Ihr könnt mich nicht ausschließen. Also das miete die Mandatsprüfungs-Kommission noch nachholen,

---

<sup>21</sup> KAPD, Leipzig, Mitglied der GHA.

indem sie die Mitgliedskarten von den einzelnen Delegierten einfordert.  
(Zustimmung)

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Wie Ihr wisst, haben wir eine allgemeine Einladung an die ausländischen Bruderparteien ergehen lassen. Es ging uns daraufhin vom Verband der proletarischen Jugend Deutsch-Österreichs folgendes Schreiben ein:

[?????]

Dann ist noch ein Genosse aus Schweden angemeldet von den schwedischen Jungsozialisten, die mit uns sehr stark sympathisieren und Gegner eines Parlamentarismus sind. Holland ist auch angemeldet.

Genosse ERDMANN [Emil SACH]:<sup>22</sup>

Delegierte von dem Bezirk Rheinland und Westfalen und Pommern werden aller Wahrscheinlichkeit nach heute oder morgen noch eintreffen. Ferner haben sich angesagt schon der Genosse Schröder - Berlin und die holländischen Genossen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird wohl ein Vertreter vom Exekutiv-Komitee erscheinen. Wir haben einen Brief zugestellt bekommen, den wir wohl im Laufe des Tages hier erhalten werden, in dem der Genosse bittet, ihm den Tagungsort usw. mitzuteilen. Wir haben alle ausländischen Parteien eingeladen, soweit wir die Adressen hatten. Wir können feststellen, dass wir schon während dieser 10 Monate der Partei sehr viele Zustimmungserklärungen bekommen haben, unter anderem von der spanischen Partei, von den Jungsozialisten, von der dänischen Partei, von Bulgarien, Ungarn. Es liegt auch ein Brief von der Jugend Österreichs vor, in dem sie mit uns sympathisieren. Es würde zu weit führen, alle diese Briefe vorzulesen. Jedenfalls können wir sagen, daß der K.A.P.-Geist nicht nur in Deutschland sich ausbreitet, sondern daß er überall das Fundament der aktiven revolutionären Bewegung bildet und unserer festen Meinung nach auch siegreich werden wird.

*Vorsitzender Genosse RASCH* verliest hierauf das Schreiben von der Kommunistischen Partei der Schweiz.

(Mittagspause von 1 bis 2 Uhr.)

NACHMITTAGS-SITZUNG, 2 UHR

POLITISCHE LAGE

*Referent Genosse SCHWAB:*

Genossen und Genossinnen! Wer über die politische Lage bei uns und in dieser Zeit sprechen will, müsste ein schlechter Marxist sein, wenn er nicht sein Thema ganz von selbst erweitern würde zu einem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage, denn mehr als je sind heute beide Dinge miteinander verschmolzen, voneinander abhängig; und mehr als je lässt sich die Politik nicht verstehen, wenn man nicht den wirtschaftlichen Untergrund gerade der heutigen politischen Lage und Kräfteverhältnisse verstanden hat.

---

<sup>22</sup> Emil Sach (*Erdmann* or *Erd*) (1890?-?) survived Nazism, and remained a militant. As of 1952, he was publishing his own periodical in Leverkusen, *Stim und Faust. Vervielfaeltigte Manuskripte Werktaetiger Menschen*, nos. 1 (May) and 2 (June) ['Brain and Fist. Duplicated manuscripts of working people']. See: IISG, Archief Cajo Brendel, map 136.

Ich knüpfe an die Frage an, die in der letzten Zeit hauptsächlich die politische Öffentlichkeit beschäftigt hat, nämlich an die Kriegsentschädigungsfrage, an die Frage, wie die Kosten des Krieges, die Verwüstungen des Krieges, wie alle die Kosten, die durch die Kriegsfolgen noch im Laufenden entstehen, nun verteilt werden sollen auf alle die Gruppen, die am Kriege teilgenommen haben. Die Einzelheiten dieser Debatte in der letzten Zeit, wie sie in der Öffentlichkeit dargelegt worden sind, geben natürlich noch lange nicht das richtige und entscheidende Bild. Ich will trotzdem mit diesen Einzelheiten beginnen, weil man von hier aus die gesamte Situation am besten aufrollen kann.

Man streitet sich also, d. h., die Geschäftsführer der verschiedenen Bourgeoisien, die aus dem Kriege hervorgegangen sind, streiten sich darum, wer den Schaden tragen soll und in welcher Form. Es konzentriert sich alles, zunächst einmal äußerlich betrachtet, auf die deutsche Bourgeoisie. Sie soll bezahlen, sie soll für die Entschädigungen, für die Wiederherstellung sorgen. Und so hat man versucht, einen Betrag festzustellen, der der Gesamtbetrag der Schuld sein soll, die die deutsche Bourgeoisie bezahlen, d.h. also, irgendwoher nehmen soll. Die deutsche Bourgeoisie ihrerseits hat in einem früheren Zeitpunkte der Verhandlungen angeboten, 100 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Jetzt ist festgestellt, daß sie 226 Milliarden Goldmark bezahlen soll. Dann streitet man sich weiterhin darum, in welcher zeitlichen Einteilung auf Jahre hinaus diese Beträge gezahlt werden sollen und in welcher Form, denn so viel ist sicher, daß solche Beträge, wie sie da in Frage kommen, nicht in Bargeld gezahlt werden können. So viel Bargeld, also so viel Gold, wie die deutsche Bourgeoisie bezahlen soll, wird gar nicht jährlich gefordert; und die Produkte unserer mit Hochbetrieb arbeitenden Reichsdruckerei können ja natürlich eine Bezahlung in Wirklichkeit nicht darstellen, denn diese Papierzettel haben ihre Gültigkeit auch nur unter einem gewissen sehr starken staatlichen Zwang und Druck in Deutschland noch eine gewisse Gültigkeit, eine sehr beschränkte Gültigkeit. Aber international haben sie nur noch einen sehr geringen Wert. Und wenn etwa die deutsche Reichsdruckerei entsprechende Beträge, wie die Entente sie verlangt, nun in Papier drucken lassen würde, so wäre dieses Papier schon gar nichts mehr wert. Die Frage ist also, wie viel soll von diesen Beträgen gezahlt werden in Gold, wie viel in Fertigfabrikaten, wie viel in Rohstoffen?

Dann streiten sich selbst die Bourgeoisien der Entente, des westlichen Kapitals noch untereinander darüber, wie viel jede von ihnen bekommt, in welcher Reihenfolge, welche die ersten Zahlungen garantiert bekommt und wer warten muss usw.

Diese ganze Diskussion erregt nach außen hin bekanntlich den Schein eines ernsthaften, mit politischen Momenten durchsetzten Wirtschaftskampfes zwischen diesen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie. Und gewiss muss man zugeben, dass natürlich zwischen diesen Gruppen gekämpft wird, d.h., so gekämpft wird, wie wenn in der Privatindustrie eine Reihe von Direktoren Großer Gesellschaften sich an einen Tisch setzen und nun einmal feststellen wollen, ob und wie sie ihr Geschäft künftig gemeinsam machen werden. Dann wird natürlich auch um die Beteiligungsziffern gekämpft, mit denen man von vornherein in den Vertrag hineingeht; und jeder sucht dabei, möglichst billig wegzukommen. Aber es bleibt bei allen diesen Auseinandersetzungen der selbstverständliche Wille der Direktoren dieser Gesellschaft, und es bleibt auch der selbstverständliche Wille der Geschäftsführer der großen Kapitalsgruppen doch, doch natürlich letzten Endes einig zu werden und das gesamte Geschäft, das sich machen lässt, eben nach irgendeinem Maßstab, der festgestellt werden soll, untereinander aufzuteilen. Und diese ganze Entschädigungsfrage, diese ganze Kriegsentschädigung oder Wiederherstellung oder Reparation oder wie man das nennen mag, ist ja nichts anderes als ein großes, bisher getrennt laufendes, nun künftig auf gemeinsamer Rechnung zu übertragendes Geschäft der englischen,

französischen, italienischen, deutschen usw. Bourgeoisie. Und das jetzige Stadium ist das Stadium der Vorberatungen über die Einzelheiten des Vertrags, wie man sich nämlich künftig in das Geschäft teilen wird. Es ist das normale und typische Bourgeoisie- und Kapitalgeschäft, nämlich die Ausschlichtung irgendwelcher Notlage, irgendwelcher Schwierigkeiten dadurch, dass aus den werktätigen Massen, aus den proletarischen Massen heraus neue Werte herausgeschossen und herausgeholt werden sollen. Dabei haben natürlich die verhandelnden Direktoren der Großfirmen Englands, Frankreichs, Deutschlands, in gewissem Abstand Italien und Japan, ihre Schwierigkeiten, zurechtzukommen. Diese Schwierigkeiten kann man an zwei entscheidenden Punkten, glaube ich, konzentrieren, nämlich einmal daran, dass die französische Bourgeoisie es sehr eilig haben muss, weil sie in einer ungeheuer bedrängten und schwierigen Lage ist, dass auf der anderen Seite die deutsche Bourgeoisie zwar den besten Willen hat trotz aller Protestbeteuerungen, das Geschäft zustande zu bringen, die Gemeinsamkeit der Interessen zu wahren, aber so rasch, wie die französische Bourgeoisie es nötig hätte, nicht mit ihren Zahlungen nachkommen kann, die sie in Aussicht stellen soll. Denn die französische Bourgeoisie steht sehr nahe vor einem ökonomischen und staatspolitischen und staatsfinanziellen Zusammenbruch. Sie muss als ein typischer bürgerlicher Staat eine ganze Menge von Geldern bezahlen, mit ihrem Staatsapparat aufrechtzuerhalten. Auch das ist ja allen diesen Staaten gemeinsam, dass sie einen Apparat, eine Institution darstellen, getrennt von der Masse des Volkes, eine Institution, die geschaffen ist, um die Interessen der Bourgeoisie, die Interessen ihrer bestehenden Kapitalgewalt zu schützen vor allen Unbotmässigkeiten, die das ausgebeutete Volk bereiten konnte, und dass dieser Staatsapparat natürlich noch ausgefüllt werden muss von irgendwelchen Menschen, die Großen Kapitalisten selbst stecken ja nicht in dem Staatsapparat, sie sind je nicht selbst die Beamten, sondern sie bleiben hinter dem Apparat stehen und dirigieren ihn, ziehen ihn an ihren Fäden von ihrem Aufenthalt hinter den Kulissen auf. In dem Staatsapparat selbst aber müssen natürlich irgendwelche Menschen tätig sein, die Beamten, das ganze Heer der Verwaltungsbeamten, Justizbeamten, Armeen, Polizei, Unterrichtsbeamte usw. Dieses ganze Heer von Beamten ist nun durch die Folgen des imperialistischen Krieges in allen Staaten noch ungeheurer angeschwollen, weil überall die individualistische Art des Kapitals, zu wirtschaften, irgendwie zusammengezwungen werden muss unter einen staatlichen Apparat, um den Krieg überstehen zu können, sodass überall eine ungeheure Zunahme der Verwaltungsbürokratie entstanden ist. Ferner sind überall noch zu bezahlen die Pensionen, die Renten, die je, auf den einzelnen, die einzelne Witwe oder auf den einzelnen Kriegsbeschädigten berechnet, Bettelpfennige sind, die aber in dieser Anrufung zu Millionen doch den Staatsapparat natürlich schwer belasten.

Und so müssen alle diese Staaten und mit in der schwersten Weise der französische Staat dafür sorgen, dass dieser ungeheuer angeschwollene Staatsapparat doch irgendwie auch materiell weiter erhalten wird, denn es genügt ja nicht, dass diese Menschen in den alten Illusionen weiterleben, dass sie dem Staat dienen müssen, und dass jeder Staatsbürger Pflichten gegen den Staat hat usw., sondern sie müssen ja auch irgendwie existieren können. Und so steht die französische Bourgeoisie vor der schweren Aufgabe, aus einer sehr stark mitgenommenen, in ihrer Produktionskraft sehr herabgesetzten Volkswirtschaft ungeheure Beiträge aufzugringen, um diesen Staatsapparat weiter zu halten. Sie steht ferner vor der schweren Aufgabe, sich irgendwie frei zu machen von dem Druck, den ihre Verschuldung der englischen Bourgeoisie gegenüber ausübt. Das Verhältnis zwischen der französischen Bourgeoisie, wenn sie überhaupt halbwegs selbständig bleiben will, wenn sie sich nicht irgendwie die gesamten Wirtschaftsmaßnahmen vom englischen Kapital und zugunsten des englischen Kapitals diktieren lassen will, dass sie dann ihre gesamten Kräfte auf das äußerste regen muss und bei jedem Schritt ihrer Politik auf das sorgfältigste darauf

achten muss, ob dieser Schritt, den sie jetzt zu tun vor hat, nicht irgendwie geeignet ist, sie von den englischen Fesseln loszumachen. Daher war ja auch der Sturz des letzten französischen Kabinetts, des Ministeriums Leygues<sup>23</sup> nicht etwa nur hervorgerufen durch irgendwelche Nachgiebigkeit dieses Ministeriums gegenüber der deutschen Bourgeoisie, die bezahlen soll, sondern er war mindestens ebenso stark hervorgerufen durch die ungenügende Kraft der Vertretung der französischen Interessen gegenüber dem englischen Kapital, die man dem Ministerium Leygues vorwarf. Dieser ganze Komplex von Fragen muss von Frankreich, wie gesagt, sehr rasch gelöst werden, so rasch, dass Frankreich auf die Zahlung selbst schon gar nicht mehr warten kann, sondern bezeichnender Weise bei den Pariser Verhandlungen das Hauptgewicht darauf legen musste, dass man doch irgendetwas erfinden muss irgendeine Vertragsform, irgendeine Verpflichtungsform, irgendwelche Papiere, die ausgetauscht werden, auf die hin dann Frankreich überhaupt erst einmal etwas gepumpt bekommt, auf die hin es einen Vorschuss bekommt für die Zahlungen, die ja die deutsche Bourgeoisie doch erst später, doch allmählich erst im Laufe der Zeit leisten kann. Das ist der eine Kernpunkt dieser Lage.

Der andere ist der, dass die deutsche Bourgeoisie so rasch nicht mitkommen kann, so rasch nicht mit ihren Zahlungen nachkommen kann, wie die französische es für die Erhaltung ihrer Existenz eigentlich haben müsste. Ein sehr genauer Kenner unserer gegenwärtigen deutschen kapitalistischen Wirtschaft, Walther Rathenau, ein Mann, dem alle Informationen seit seiner Jugend aus erster Quelle zur Verfügung standen, hat in den letzten Tagen ausgerechnet, dass die Zahlungen, die die Pariser Abmachungen von Deutschland verlangen, gar nichts anderes bedeuten können, als den 14-Studentag für Deutschland, dass sie nicht anders aufzugringen sind, als wenn die deutsche Arbeitszeit im großen Ganzen von 8 um weitere 6 auf 14 Stunden erhöht wird. Er hat das belegt im Berliner Tagesblatt. Wir haben noch einen Teil davon in der *K.A.Z.* abgedruckt. Er hat es belegt mit Zahlen, gegen die man, ich glaube, gar nichts einwenden kann. Rathenau hat es natürlich nicht gemacht, um uns Argumente in die Hand zu liefern. Er hat das aus ganz anderen Gründen gemacht, die ich hier nicht zu streifen brauche. Aber richtig bleibt seine Berechnung trotzdem.

Nun hat gewiss die deutsche Bourgeoisie nichts dagegen, für das Proletariat einen 14-stündigen Arbeitstag einzurichten. Warum nicht! Aber sie weiß natürlich, dass sie nur im Laufe der Zeit dazu gelangen kann, dass man ihr eine ganze Zeitlang frei Hand lassen muss zu den vorbereitenden Massnahmen, die über Mittagspausen von einer halben Stunde, über Schichtverlegungen, über andere Massregeln hinweg dann endlich allmählich zu diesem Resultat erst führen können. Die deutsche Bourgeoisie weiß, dass, so sehr auch das deutsche Proletariat in seiner Masse heute noch langsam, politisch unbegabt und von den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien geblendet und eingefangen ist, es trotzdem eine starke Verlängerung der Arbeitszeit, ich will nur sagen, auf 11 oder 12 Stunden erkennen würde als ein Zeichen seiner wirklichen Lage, dass ein solches Vorgehen dann plötzlich den ganzen Schleier von Betrug, der um die Augen des deutschen Proletariats gewoben ist, zerreißen müsste, dass an dem einen Zeichen die deutschen Arbeiter sehen würden, wo sie stehen, und dass sie dann Widerstand leisten müssen. Das weiß die deutsche Bourgeoisie, und so sucht sie, aus dieser Stellung zwischen Baum und Borke natürlich irgendwie herauszukommen. Zu diesem Zweck macht sie diesen gesamten Entrüstungsrummel, den wir erlebt haben. Das sind ja alles kleine Mätzchen, über die wir uns gar nicht weiter aufzuhalten brauchen. Ich werde nachher im anderen Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen.

---

<sup>23</sup> Georges Leygues (1857-1933), französischer Ministerpräsident und Außenminister vom 24. September 1920 bis zum 16. Januar 1921.

Nun, um aus dieser Klemme herauszukommen, bemüht man sich also mit vereinten Kräften, zu einer Formel für die Entschädigungsfrage zu gelangen. Wenn ich sage, mit vereinten Kräften, so denke ich dabei natürlich nicht nur an die offiziellen Verhandlungen, die wir alle in der Presse haben verfolgen können - diese offiziellen Verhandlungen sind ja immer -, wie alle offiziellen Verhandlungen im bürgerlichen Staat, doch nur eine Kulisse, doch nur ein mehr oder weniger ernst zu nehmendes und meist eben nicht sehr ernst zu nehmendes Theater, das aufgeführt wird, während auch hier ebenso wie im Parlament und wie überall sonst im bürgerlichen Staat die entscheidenden Dinge hinter diesen Kulissen vor sich gehen. Man kann sich von vornherein denken, es ist aber auch durch ganz bestimmte Tatsachen und Nachrichten belegt, dass die entscheidenden Verhandlungen über die Entschädigungsfrage tatsächlich stattfinden zwischen den Leuten, die wirklich über den Wirtschaftskörper verfügen auf beiden Seiten. Das sind ja praktisch gar nicht die Ministerien. Die Ministerien können ja gar nicht über den Wirtschaftskörper verfügen. Sie können wohl bis zu einer gewissen Greuze durch Steuern das und jenes im Laufe der Zeit herausholen. Aber das ist ein Weg, der durch die Verlotterung der ganzen Finanzen während des Krieges in allen Staaten mehr oder weniger schwer oder beinahe ungangbar geworden ist, während die wirklich Verfügungsberechtigten und Verfügungskräftigen ja auf beiden Seiten die Rohstoffbesitzer, das Grossfinanzkapital und die Großindustriellen sind. Und so ist die wichtigste Nachricht neben den offiziellen in der letzten Zeit die gewesen, dass Stinnes sich in Paris aufgehalten hat. Was er da gemacht hat, mit welchen Vorschlägen er hingefahren ist, mit wem er gesprochen hat, mit welchem Resultat er, wenn überhaupt schon, zurückgekommen ist - darüber hat man natürlich nichts gelesen, denn die entscheidenden Dinge gehen eben nicht durch die bürgerliche Presse. Aber er ist da gewesen, und das genügt, um nun auch bewiesen zu haben, dass man von vornherein annehmen musste, dass private Verhandlungen über die Entschädigungsfrage zwischen den großen Wirtschaftsmächten Deutschlands und der Entente stattgefunden haben.

Dabei darf ich ein paar Worte über Stinnes sagen. Dann gerade Stinnes es ist, der nach Paris gefahren ist, beruht natürlich nicht darauf, dass er als der berühmte Mann des deutschen Großkapitalist, als der modernste sozusagen, als der Mann, der eben Mode ist, hinfahren musste, sondern es beruht tatsächlich darauf, dass er die ausschlaggebende Stelle in der heutigen deutschen Gesamtwirtschaft innehat. Und das ist so gekommen: diese ausschlaggebende Stellung war früher in den Händen des Grossfinanzkapitals, in den Händen der Großbanken, in erster Linie in den Händen der Deutschen Bank und der anderen D-Banken, die mit ihr zusammenarbeiten. Diese deutschen Banken haben während des Krieges ihr Geschäft sehr reichlich wahrgenommen. Sie haben den Krieg finanziert, vor allen Dingen die Kriegswirtschaft und haben dabei unendliche Geschäfte gemacht. Aber sie haben sich davon allzu sehr in Anspruch nehmen lassen und haben darüber die Gestaltung der zukünftigen Dinge etwas zu sehr außer Acht gelassen. Und so ist es gekommen, dass heute nicht mehr die Großbanken die entscheidende Macht auf dem deutschen Wirtschaftsgebiet in der Hand haben. Ich will damit nicht sagen, dass sie nichts mehr zu sagen hätten. Sie haben noch sehr viel mitzureden. Aber sie haben nicht mehr den ausschlaggebenden Punkt in der Hand. Sie haben nämlich übersehen, dass die Zerstörung des Krieges notwendigerweise die Zerstörungen an Material, an fabrizierten, in der Kriegswirtschaft aufgenommenen Rohstoffen, unbedingt dazu führen musste, dass mit Kriegsabschluss eine ungeheure Knappheit an Rohstoffen in der ganzen Welt vorhanden sein musste. Sie haben übersehen, dass diese Tatsache zu einer ausschlaggebenden und überragender Machtstellung des Rohstoffbesitzers nach dem Kriege führen musste. Dies hat Stinnes zur rechten Zeit gesehen und hat zur rechten Zeit, anstatt sich allzu sehr mit der Finanzierung der Betriebswirtschaft zu beschäftigen, seine Rohstoffgrundlagen, seinen Rohstoffbesitz ausgedehnt, und zwar nicht nur dadurch,

dass er neue Rohstoff-Felder, neue Kohlenfelder usw. an sich hat, sondern dadurch, dass er für diese Rohstoffe auch gleich die Absatzgebiete, die Absatzindustrie angliederte, sodass er einen Gesamtwirtschaftskörper in die Hand bekam, innerhalb dessen alle Reibungen, wie sie sonst zwischen Rohstoffverkaufen und Rohstoffkäufen üblich sind, wegfallen mussten. Er hat nahezu alle Reibungen, die sonst das Wesen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft ausmachen, für den ganzen großen Körper, der in seiner Hand ist, ausgeschaltet. Und während so mit Naturnotwendigkeit das wirtschaftliche Schwergewicht durch den Krieg selbst ohnehin schon auf die knapp werdenden Rohstoffe gerückt wurde, wurde diese Tatsache noch weiterhin verstärkt, multipliziert dadurch, dass die gesamte Bevölkerung, man kann beinahe sagen, der ganzen Erde ihre Kaufkraft verloren hat, in ihrer Kaufkraft wenigstens abgenommen hat. Dadurch ist die Machtstellung des reinen Industriekapitals, des industriell fabrizierenden, herstellenden Kapitals heute sehr stark eingeschränkt. Die besten und sichersten Geschäfte macht heute der, der den Rohstoff in der Hand hat und der zugleich die Handelsorganisation in der Hand hat. Rohstoff und Handelsorganisation sind vereinigt in der Hand von Stinnes, der ja ursprünglich überhaupt gar nicht Fabrikant, sondern Händler gewesen ist und seiner ganzen Art nach noch heute Händler, Kaufmann geblieben ist. Diese Gewichtverschiebungen nun bringen es natürlich mit sich, dass die französische und englische Bourgeoisie im Grunde genau weiß, dass sie die Beträge, die sie braucht, nicht aus der deutschen Finanz-Bürokratie herausziehen kann - aus der nur zu einem geringen Teil -, sondern dass sie in Wirklichkeit sich nur retten kann durch ein gemeinsames Geschäft mit Stinnes und ihm ähnlichen Gruppen, denn es gibt noch eine Reihe von kleineren Gruppen, die ebenso gearbeitet haben wie Stinnes.<sup>24</sup>

Und so kommt es, dass die entscheidenden Verhandlungen fraglos jetzt in Paris geführt worden sind und auch weiter auf ähnlichem schlechtem Wege geführt werden. Ein Stück davon können Sie aus der Rede des deutschen Außenministers, des berühmten Herrn Dr. Simons,<sup>25</sup> erraten, dem der Sprung vom Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Außenminister der deutschen Revolution mit demokratischen Allüren und Mätzchen gelungen ist. Herr Dr. Simons hat in Stuttgart eine schöne Rede gehalten, in der er erklärt hat, das ganze Problem ließe sich überhaupt nur regeln, wenn die Grundlage der Abmachungen verbreitert würde, sowohl nach Westen hin wie nach Osten hin, wenn nämlich im Westen Amerika irgendwie in die Regelung hineingezogen wird und man im Osten zu einer Gemeinsamkeit der Auffassungen über die Ostpolitik, d.h. also über die Politik Russland gegenüber gelangt; nur dann könnte man überhaupt über diese ganzen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Damit sind wir an einen sehr wesentlichen Faktor der gegenwärtigen Lage erinnert, das ist Amerika. Die amerikanische kapitalistische Wirtschaft steht gleichfalls heute vor einer ungeheuren Krise. Die amerikanische Arbeitslosigkeit wächst ständig. Das amerikanische Kapital ist im breitesten Masse dazu übergegangen, ebenso wie das deutsche, durch eine Art von technischer Nothilfe, durch Werkpolizei, durch das Hineinsetzen von Bewaffneten und von Spitzeln in die Industrie, durch Bewaffnung bürgerlicher weißer Garden die Arbeiterschaft niederzuwerfen. Es ist alles richtig. Trotzdem muss natürlich gesagt werden, daß das amerikanische Kapital heute wohl

---

<sup>24</sup> Hugo Stinnes (1870-1924).

<sup>25</sup> Walter Simons (1861-1937) war Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation in Versailles und trat zurück, weil er den Versailler Vertrag ablehnte. Danach war Simons leitender Geschäftsführer des Vereins Deutscher Industrieller. Vom 25. Juni 1920 bis zum 4. Mai 1921 war er parteiloser Außenminister im Kabinett Fehrenbach, der eine Regierungskoalition aus Zentrum, DDP und DVP führte. Simons vertrat als Außenminister das Deutsche Reich bei der Konferenz von Spa im Juli 1920 und der Konferenz von London im März 1921.

noch der verhältnismäßig gesundeste, sagen wir, der am wenigsten angekränkelte Körper unter den kapitalistischen Körpern der Welt ist, weil das amerikanische Kapital noch sehr starke Ausdehnungsmöglichkeiten hat, denn das Kapital kann nur leben, wenn es sich ausdehnen kann, wenn es ständig neue Gebiete, ständig neue Konsumenten hat, ständig neue Rohstoffgebiete in seine Machtsphäre hineinziehen kann. Diese Möglichkeit hat das amerikanische Kapital noch in ziemlich erheblichem Masse, namentlich in der Richtung nach Süden, nach Südamerika hin. Und so ist das amerikanische Kapital in der Lage, sich an den europäischen Schwierigkeiten nun entweder zu beteiligen oder auch nicht zu beteiligen, d.h., sich zu beteiligen dann wenn ihm vorteilhafte Bedingungen geboten werden. Die deutsche Bourgeoisie hatte bereits angefangen, derartige vorteilhafte Bedingungen zu bieten. Es ist bereits sehr erhebliches in die deutsche Wirtschaft hineingezogen worden; und es schwebten noch Verhandlungen über eine sehr starke Ausdehnung dieser Beziehungen. Es haben sich amerikanische Industriegesellschaften usw. seit dem Friedensschluss hier in Deutschland niedergelassen und haben sich mit deutschen Kapitalisten zusammengetan, um Deutschland nicht allein zu einer englischen Kolonie, sondern mindestens ebenso sehr auch zu einer amerikanischen Kolonie werden zu lassen, um die billigen deutschen Arbeitskräfte hier auszunutzen und dadurch die Konkurrenz der deutschen Arbeitskräfte auszuspielen gegen die amerikanischen Arbeitskräfte, dadurch die Arme frei zu bekommen, den Atem frei zu bekommen zu einem Angriff und zu einem verstärkten Angriff auf das amerikanische Proletariat, dessen Lohnhöhe dem amerikanischen Kapital sehr unbequem ist. Diese ganzen Anfänge einer kapitalistischen deutsch-amerikanischen Freundschaft zum Zwecke der Ausbeutung des deutschen Proletariats und der deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten haben einen sehr starken Stoß zweifellos durch die Pariser Abmachungen zwischen England, Italien, Frankreich und Japan bekommen, denn diese Abmachungen haben vorgesehen, daß weder das Deutsche Reich noch irgendeine einzelstaatliche Behörde, noch irgendein Unternehmen, das unter Aufsicht des Reiches oder der Staaten oder der Gemeinden steht, Anleihen in Amerika machen dürfte, ohne die besondere Genehmigung der betreffenden von der Entente einzusetzenden Stellen. Das war ein Sich dazwischenschieben zwischen dieses deutsch-amerikanische Geschäft. Auch dieses Geschäft sollte über englische Rechnung laufen. Es gibt noch eine Reihe von Bestimmungen in diesen Pariser Beschlüssen, die zum Teil wenigstens darauf berechnet sind, das direkte deutsch-amerikanische Geschäft zu verhindern und es über englische Rechnung, über Londoner Rechnung zu leiten, sodass den Hauptprofit zunächst London macht, und daß dann Amerika und die deutsche Bourgeoisie sehen können, wieviel sie davon noch abbekommen. Simons, der deutsche Außenminister, appelliert demgegenüber offensichtlich in seiner Rede in Stuttgart an Amerika und gibt dem amerikanischen Kapital zu verstehen lässt Euch doch das Geschäft nicht entgehen, lässt Euch doch nicht gefallen, daß die Engländer dazwischen kommen und für sich die Provisionen einstreichen wollen. Er sagt aber weiterhin, auch die Basis nach Osten muss ausgedehnt werden, wenn man überhaupt über das ganze Problem hinwegkommen will. Damit hat Herr Simons natürlich vollkommen recht, denn ich sagte schon einmal - und hier ist der entscheidende Punkt, um es noch einmal zu sagen -, das Kapital kann nur leben, solange es sich ausdehnen kann; es muss stets neue Konsumentenschichten in seine Kreise hineinziehen, weil es ja darauf angewiesen ist, die alten Konsumentenschichten, d.h. die Arbeitermassen, die es schon in der Gewalt hat, innerhalb seines alten Gebiets immer mehr zu verelenden, sodass diese Konsumentenschichten das dann nicht mehr kaufen können, was sie herstellen. Es muss also das, was hergestellt wird, irgendwie anders weiterhin verkauft werden. Das sind die einfachen Notwendigkeiten des Imperialismus, des kolonialisatorischen Imperialismus des Kapitals, wie es so unübertrefflich Rosa Luxemburg in ihrem Buch über die Akkumulation des Kapitals geschrieben hat.

Nun liegen die Dinge heute so, daß das einzige Gebiet, das noch offen liegt in großem Maßstabe, in dem sowohl im großen Maßstabe Rohstoffe geholt werden können, wie auch im großen Maßstabe neue Konsumentenschichten herangeholt werden können, die die Waren zunächst einmal abnehmen, um dann selbst weiter in diesen kapitalistischen Geist hineinzukommen - das einzige Gebiet, das dafür offen steht heute, ist der gesamte Osten, ich sage ausdrücklich: der gesamte Osten, beginnend an der russischen Grenze und sich erstreckend ja nun bis China hinein. Dort von Osten her, von Amerika, Japan her wird dieses asiatische Gebiet natürlich gleichfalls kapitalistisch angebohrt und berannt. Aber von hier, von Deutschland aus gesehen, ist also der nächste Teil dieses Gebietes, natürlich Russland. Daß es der russischen Revolution gelungen ist, ein ungeheures Landgebiet, ungeheure Rohstoffe und große Menschenmassen, Arbeitermassen, Konsumentenmassen herauszureißen aus dem gesamten Zusammenhang der kapitalistischen Weltwirtschaft, der kapitalistischen Weltwirtschaft dieses Glied ihres Gesamtsystems hin wegzuoperieren, das hat dem Weltkapitalismus die entscheidende Wunde geschlagen, an der es krankt. Und so muss das Weltkapital immer wieder von neuem seine Blicke nach Osten hin richten und immer wieder von neuem nach Mitteln suchen, wie es in dieses Gebiet wieder hineingelangen kann. Dazu sind alle Mittel recht, wie wir wissen. Wie wir wissen, versucht man es immer wechselnd, je nach den Jahreszeiten, je nach der Saison, möchte man beinahe sagen, mit kriegerischen oder mit sogenannten friedlichen, d.h. kapitalistischen, kolonisierenden Mitteln. Gegenwärtig ist nun gerade das Letzte die Mode. Seitdem der letzte polnische Angriff auf Sowjetrußland erledigt ist, seitdem die Friedensverhandlungen schweben, die anscheinend noch immer nicht abgeschlossen sind, auch wohl nicht so bald abgeschlossen werden - seitdem hat nun die Bourgeoisie wieder einmal auf dem anderen Weg angefangen, nämlich zu versuchen, ob nicht durch Handelsverträge irgendwelcher Art, durch die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland doch so viel an kapitalistischer Methode, an kapitalistischem Geist, an kapitalistischer Zellenbildung in Sowjetrußland hineingetragen werden kann, daß das allmählich stark genug wird, dieses kapitalistische Gift, im Sowjetrußland dann von innen heraus zu unterhohlen und in die Luft zu sprengen. Dabei weiß das Kapital der siegreichen Staaten natürlich gut, daß es für diese Art friedlicher Eroberung des russischen Marktes wie man in der Kolonisationssprache zu sagen pflegt, die deutsche Unterstützung braucht, und zwar aus mindestens zweierlei Gründen, nämlich einmal deshalb, weil die Fabrikate, die nach Rußland geliefert werden konnten, ja in Deutschland vorläufig noch sehr viel billiger herzustellen sind als in England, Frankreich oder sonst irgendwo, denn die deutschen Löhne sind die gedrücktsten. Die deutschen Löhne sind die billigsten. Der deutsche Arbeiter ist heute der Lohndrucker des gesamten Weltproletariats. Also selbstverständlich ist die Weltbourgeoisie ganz grundsätzlich bereit, ihre Rohstoffe hierher zu schicken, sie hier verarbeiten zu lassen für englische oder sonst welche Rechnung, und die Fabrikate von hier aus nach Rußland zu importieren. Da hat man billige Fabrikate, man kann auf diejenigen, die die Fabrikation, die die Industrie betreiben, noch drücken durch Staatsverträge, daß möglichst viel von dem, was daran verdient wird, nun wieder noch auf dem Wege der Steuern und der Abgaben wieder herausgeholt wird, sodass also hier gewissermaßen umsonst gearbeitet würde.

Und man braucht zweitens doch wohl die deutsche Mithilfe zu dieser friedlichen Eroberung Russlands, weil ja die Gegenleistung, die man aus dem russischen Wirtschaftskörper herauszuschlagen hofft, herauszuschlagen will für die dorthin geschickten Lieferungen, weil sie bestehen soll in der Ausbeutung sogenannter Konzessionen. Ich darf hier eben ein Wort über diese letzte Wendung der russischen Wirtschaftspolitik einfügen.

Unter dem Wort «Konzession» ist hier zunächst einmal nicht ohne weiteres das zu verstehen, was wir in der politischen Sprache eine Konzession nennen, d.h. ein Nachgeben in irgendeinem Punkt, sondern «Konzession» bedeutet hier folgendes, daß ein bestimmt abgegrenztes Gebiet, ein bestimmtes Territorium, ein Wald oder eine Kohlengrube oder ein Kaligebiet oder ein großer See, in dem man Fische fangen kann, oder irgend so etwas Derartiges in genaue Grenzen auf dem Papier eingeschlossen wird, daß man genau festlegt, wie groß dieses Gebiet sein soll, wie es abgegrenzt sein soll, und daß man dann dem betreffenden Kapitalisten sagt: hier in diesem Gebiet kannst Du das und das Gewerbe betreiben, beispielsweise hier ist ein Wald; hier kannst Du eine Papierfabrik aufmachen, Sägemühlen aufmachen usw. Oder hier ist eine Kalkgrube, die kannst Du ausbeuten bis zu den und den Grenzen, die wir Dir setzen, und auf diesem Gebiete kannst Du nach Deinen kapitalistischen Betriebsmethoden verfahren, die du hier in Westeuropa erprobt hast; das kannst Du zu einem kapitalistischen Betriebe einrichten, der eine Art von Insel innerhalb unserer werdenden russischen Wirtschaft darstellt. Diese Konzessionen sind das einzige, womit heute Russland die nötigen Einfuhren im kleineren Maßstab, die es braucht, bezahlen kann. Es hat bisher Einfuhren im kleineren Maßstabe mit Gold bezahlt. Natürlich geht das bis zu einem gewissen Grade, bis zu einer gewissen Grenze, aber dann geht es natürlich nicht mehr, weil so viel Gold nicht da ist, Wirtschaftsbeziehungen, Handelsverkehr in ganz großem Umfange, in einem Umfange, der die nötigen landwirtschaftlichen Maschinen z.B., die nötigen Einrichtungsmaschinen für Kohlengruben z.B. nach Russland liefern, könnten nur aufgebaut werden auf dem Boden, daß die Kapitalisten Westeuropas an sich den Gegenwert eben nicht in Gold, sondern aus solchen Konzessionsgebieten, aus solchen innerhalb Russlands kapitalistisch betriebenen Gebieten herausholen in Form von Holz, in Form von Holzschliffen, von Papier, von Fischen, von Platin, von irgendwelchen Erzen usw. Russland hat sich zu dieser Konzession, die nun allerdings politisch eine Konzession ist, zu dieser Form der Handelspolitik gezwungen gesehen. Wir wollen es ruhig aussprechen, es hat sich dazu gezwungen gesehen, weil das deutsche Proletariat nicht so aktiv, nicht so voll intensiv, nicht so voll revolutionärer Klarheit gewesen ist, wie es nötig gewesen wäre, weil das deutsche Proletariat, das doch wohl das nächste dazu gewesen wäre, durch seine Langsamkeit, durch sein sich gern und willig Belügen lassen mit Illusionen den Fortschritt der Weltrevolution aufgehalten hat. Und um überhaupt als Sowjetmacht, als werdende kommunistische Macht weiterleben zu können, musste Russland zu dem Vorschlag einer derartigen Wirtschaftspolitik sich verstehen.

Daran denkt der Herr Simons wenn er sagt: die Basis des Abkommens Deutschlands mit dem Westen müsste auch nach Osten hin verbreitert werden, d.h., er sagt: wir sind gern bereit, mit Euch zusammen den Osten kapitalistisch auszubeuten und unsere Arbeitskräfte dafür einzuspannen, aber natürlich müssen wir dabei auch etwas verdienen; und wir wissen ganz gut, daß Ihr uns dazu braucht. Also wird diese gemeinsame Arbeit zur Ausbeutung Russlands das eigentliche Feld sein, auf dem die Deutschen und die westliche Bourgeoisie sich finden werden. Dabei ist noch lange nicht gesagt, daß diese Politik nach Osten hin nun unbedingt eine solche Politik des

friedlichen Handelsaustausches bleiben muss. Im Gegenteil! Man muss sich klar darüber sein, daß das Kapital auch und gerade erst recht am Kriege verdient, und daß die Ausdehnung des Kapitals von jeher nicht nur eine friedliche, sondern auch eine kriegerische gewesen ist. Für das westeuropäische Kapital - und wenn nun das deutsche sich ihm freundlichst anschließen darf - gibt es kaum noch eine andere Richtung, um sich im großen Maßstabe auch kriegerisch auszudehnen, um im großen Maßstabe auch die Profite des Krieges einzuheimsen als eben wiederum Russland. Und so ist die deutsche Bourgeoisie bereit, auf dieser Grundlage sich mit der westlichen auf Frieden und Krieg zusammenzufinden, wie es trifft, wie es gerade tätig ist, wobei gerade das beste Geschäft herauskommt.

Das Entente-Kapital seinerseits wird nach meiner Überzeugung auch gar nicht bei den friedlichen Ausbeutungsmitteln stehen bleiben wollen, denn es wird sich klar darüber sein, daß in einem solchen friedlichen Kampf - man sagt immer «friedlich», weil es nicht der offene Krieg ist. Ihr versteht mich recht - in einem solchen «friedlichen» Kampfe es immer zweifelhaft ist, wer im Vorteil bleibt. Es ist ja fraglich, ob die Politik des Unterhöhlns, des Aushöhlns von Innen her gegenüber Russland wirklich gelingen wird auf dem Wege der Konzessionen. Und es ist doch sehr fraglich, ob nicht die Verelendung des westeuropäischen Proletariats viel früher zu neuen revolutionären Krisen in Westeuropa treiben muss, bevor es dem Kapital gelungen ist, auf diesem Wege von innen und unten her Russland erheblich zu schwächen. Aus dieser ganz einfachen Überlegung heraus, daß der Krieg vielleicht ein sichereres, jedenfalls ein nicht weniger profitables Mittel ist, sind zweifellos wenigstens große Teile des Entente-Kapitals der Meinung, daß die Politik der friedlichen Handelsbeziehungen nur als eine vorübergehende Episode zu betrachten wäre, und es wird auch bereits in einer Reihe von Gegenden und Staaten zu neuen Kriegsabenteuern nach Osten hingerüstet.

Dazu gehört natürlich in erster Linie wiederum Polen. Die polnische Bourgeoisie ist in einer ganz verzweifelten Lage. Die polnische Mark ist nächst der österreichischen Mark, wie ich glaube, das schlechteste Geld, das es gegenwärtig gibt. Und irgendwelche produktive wirtschaftliche Aufbauarbeit hat das Kapital in Polen bisher gar nicht leisten können. Es ist nach Polen ausländisches Kapital hineingetragen worden. Man hat Fabriken gebaut, man hat dies und jenes angefangen. Aber was für Fabriken hat man gebaut? Man hat hauptsächlich Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial gebaut, d.h. also wiederum zur Herstellung von Vernichtungswerkzeugen, weil sich das ja für das Kapital... *(an dieser Stelle ist eine Zeile des Manuskriptes nicht lesbar)* gegen die Vormacht des Proletariats in die Wege leiten will.

Von Polen aus laufen nun auch die Strahlen nach anderen Ländern hin. Polen verständigte sich in neuerer Zeit mit Rumänien. Polen wird sich sicherlich auch mit der Tschecho-Slowakei verständigen, mit der es nicht so ganz gut steht. Es hat sich verständigt mit Ungarn. Es hat zweifellos ein Geheimbündnis mit Frankreich abgeschlossen, denn die Veröffentlichungen, daß man zu keinem Bündnis gelangt sei, ist natürlich für England und für die offizielle Öffentlichkeit bestimmt. Im Grunde weiß man sicher zwischen Frankreich und Polen ganz genau, wie man sich gegenseitig unterstützen wird und was man gemeinsam vor hat.

Alle diese Dinge sind ja verhältnismäßig bekannt und einfach zu durchsehen. Ich brauche mich bei ihnen nicht sehr lange aufzuhalten. Am wichtigsten für uns ist natürlich die Frage, welche Rolle demgegenüber Deutschland, die deutsche Bourgeoisie einerseits, das deutsche Proletariat andererseits, zu spielen berufen ist. Hier glaube ich nun, daß es innerhalb der deutschen Bourgeoisie verschiedene Tendenzen oder sagen wir richtiger, zwei Grundtendenzen gibt. Die einen sind die des

eigentlich fabrizierenden Kapitals, sind die des bürgerlichen Mittelstandes, der am liebsten in aller Ruhe seinem Geschäft nachgeht und sein Geschäft wieder aufbauen möchte. In diesem Kreise wünscht man wahrscheinlich im Großen und Ganzen nicht eine neue Beteiligung irgendwelcher deutscher Geschäfte an einem neuen Krieg des Kapitals gegen Russland, sondern man hofft, darum herumzukommen. Das aber sind eigentlich nicht die Kreise, die in der deutschen Bourgeoisie die Führung und die Initiative in der Hand haben. Diejenigen, die die Führung und die Initiative in der Hand haben sind zwei andere Gruppen. Das sind die Großen Rohstoff-Monopolisten und Rohstoff Händler von der Art von Hugo Stinnes und seines gleichen auf der einen Seite und auf der anderen Seite jene Gesellschaft von ehemaligen Offizieren und Adligen und abgesetzten Fürsten und Hakenkreuzrittern aller Art und Studenten usw., diese ganze weißgardistische Bande. Von diesen beiden Gruppen kann man, glaube ich, sagen, daß sie, wenn auch nicht im gleichen Maße, doch daran interessiert sind, wenigstens die Möglichkeit eines neuen Krieges ständig auf der Tagesordnung zu halten als einen Punkt der politischen, Diskussion. Das trifft zweifellos zu für Stinnes und die Rohstoffleute, für die Leute, die an der Rüstungsindustrie interessiert sind. Es trifft das zu für alle die Leute, deren Geschäft der Krieg ist, und die sich nicht wohl fühlen in einer Welt, in der es keinen Krieg gibt, die erst in der richtigen Atmosphäre leben und ihre richtigen Verdienstmöglichkeiten haben, wenn irgendwo gegen irgendjemanden - es ist verhältnismäßig gleichgültig, gegen wen - Krieg geführt wird. Diese Leute von der Orgesch und dem Hakenkreuz-Verband und wie diese Bande alle heißen, auf der anderen Seite Stinnes und seine ihm angegliederten Gruppen, sie haben faktisch ein Interesse daran, die Kriegsmöglichkeit ständig lebendig zu halten, und die Orgesch-Leute haben sogar ein Interesse daran, den Krieg tatsächlich in Gang zu bekommen. Der inner- und außenpolitische Reflex dieser ganzen Seite der Sache war ja die Diskussion über die Entwaffnungsfrage. Ich sage: war, denn merkwürdigerweise ist die Diskussion über die Entwaffnungsfrage in den letzten Tagen aus der Presse nahezu ganz verschwunden. Es war da, wie Ihr Euch erinnert, eine große Aufregung wegen Bayern. Bayern wird unter keinen Umständen sich entwaffnen lassen. Bayern verlangt, dass die Reichsregierung unbedingt an dem Standpunkt festhält, dass man darüber auch nicht einmal diskutiert, und Bayern will unter Umständen besondere Wege gehen und was da alles gesagt worden war. Dann war der Herr von Kahr, der ja gegenwärtig als der Beauftragte der schärfsten Richtung der Gegenrevolution wohl die ausschlaggebende Macht unserer inneren Politik ist, nach Berlin gefahren, hatte da gesprochen und auf den Tisch geschlagen. Man hatte in Jena in den Sitzungen der einzelstaatlichen Minister über die Entschädigungsfrage überhaupt nicht verhandelt, wie ich bestimmt behaupten kann. Ich glaube, nur über die Entwaffnungsfrage hat man dem Herrn von Kahr sehr viel erzählt, von der nötigen Einheitsfront der Deutschen und dass er um Gottes willen nicht aus der Reihe tanzen soll. Und da ist der Herr von Kahr noch einmal aufgestanden und hat erklärt, er nehme jetzt an der Diskussion nicht mehr teil, er führe jetzt so nach Hause, und binnen 48 Stunden werde er seinen Bescheid von Bayern aus geben. Darauf sind dann die Minister besorgten und bekümmerten Herzens auseinandergespritzt. Herr von Kahr ist also nach Hause gefahren. Dann kamen jene Münchner Tage, in denen immer nur ganz dunkle Meldungen in den Zeitungen standen, die Reichsregierung hätte Bayern eine Reihe von Fragen über die Entwaffnung vorgelegt. Es war nicht gesagt, wie die Fragen formuliert waren - und in Bayern fänden dauernd Sitzungen statt, man könnte sich über die Antwort nicht ganz einigen. Es war aber nichts gesagt, was für Meinungen da aufeinanderplatzten. Und dann hieß es, ja, es wäre die Note von Bayern nach Berlin abgeschickt, man wüsste aber nicht, was darin stände. Und schließlich: ja, Bayern hätte an seinem Standpunkt festgehalten. Wenn man sich diesen ganzen Kuddelmuddel besieht, so entdeckt man dann schließlich folgendes Resultat. Bayern hat an seinem

Standpunkt festgehalten, dass die Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren eine Lebensfrage für Bayern wäre, dass ihre Existenz eine Lebensnotwendigkeit für Bayern wäre, und dass das bayrische Ministerium keinerlei Verantwortung in dieser Richtung auf sich nehmen könnte: wenn freilich die Reichsregierung da innerhalb ihrer Zuständigkeiten Anordnungen treffen wolle, so müsse sie das tun, aber die Verantwortung müsse ganz ihr, der Reichsregierung, überlassen werden. Praktisch genommen, heißt das natürlich folgendes: die Reichsregierung kann uns hier in Bayern sonst was, unser Standpunkt ist der alte geblieben, und wir haben uns mit der Reichsregierung dahin geeinigt, daß die Reichsregierung ruhig ihre Gesetze und Verordnungen und was sie sonst will, auf Papier in die Welt setzen mag, das soll uns alles nichts kümmern; die Reichsregierung mag sehen, was sie davon durchführen kann und wie sie das durchführen will, darum bekümmern wir uns weiter gar nicht: wir wissen, die Reichsregierung wird davon nichts durchführen, sie kann nichts davon durchführen. Die Reichsregierung weiß das auch, und wir werden uns also nicht mehr streiten. Wozu sollen wir eigentlich streiten! Die Reichsregierung wird die Papiere herstellen, die die Entente von ihr verlangt, und damit ist die Sache gut.

So liegen die Dinge. Und die Reichsregierung hat sich wohl oder übel eben damit abgefunden. Und der Herr Dr. Simons hat in seiner Stuttgarter Rede erklärt - und das war ein vollkommener Widerspruch in sich selbst -, er hat dort über die Entwaffnungsfrage überhaupt nichts gesagt, er hat nur insgesamt über die Pariser Beschlüsse gesagt, ja, er hätte früher erklärt, diese Pariser Beschlüsse wären nicht diskutabel, und an diesem Standpunkt hielte er fest; er ginge nach London nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß auch über die deutschen Vorschläge diskutiert würde; die Pariser Beschlüsse wären in ihrem Zusammenhang undiskutabel, und daran hielte er fest. Die Wendung «in ihrem Zusammenhang» ist ganz neu, hat man bisher nicht gehört oder wenigstens nicht beachtet. Die Wendung «in ihrem Zusammenhang» heißt natürlich, über jede Einzelheit können wir herzlich gern diskutieren, natürlich auch über die Entwaffnungsfrage, über alles, was Ihr wollt. Aber es muß doch irgendwie das Gesicht gewahrt werden; nachdem ich diesen ganzen Rummel aufgezogen habe, muß ich doch etwas sagen, also sage ich: die Pariser Forderungen in ihrem Zusammenhang sind indiskutabel und dabei bleibe ich und bin zufrieden, wenn auch über unsere Berliner Vorschläge verhandelt wird - auch!

Das Schweigen des Herrn Dr. Simons über die Entwaffnungsfrage bedeutet also, daß er heute öffentlich der Entente darüber nichts sagen will, nicht sagen möchte, daß das ein Punkt ist, den man lieber ganz unter sich behandelt. Man wird ihn auch noch ganz unter sich und in allem Frieden behandeln, und zwar, wie ich fest überzeugt bin, etwa in folgendem Sinne: die ganze Aufregung der Entente darüber, daß in Deutschland noch Waffen seien und noch Einwohnerwehren und unkontrollierte militärische Verbände usw., ist mindestens insoweit künstlich, als sie getragen wird von dem Militär, von den Generalen Frankreichs, Englands usw. und von den Politikern dort, denn ganz gewiss sind diese Leute und namentlich die Militärs bei weitem klug genug, um zu wissen, um sehr genau zu wissen, daß die deutsche Bourgeoisie an einen Befreiungskrieg gegen Frankreich jetzt nicht mehr denken kann; es mögen ein paar hundert Flugzeuge und ein paar tausend Maschinengewehre und sonst noch etwas, Minenwerfer und was weiß ich, noch irgendwo in Deutschland herum versteckt lagern - hoffen wir es meinetwegen - aber daß das, was an Kriegsmaterial noch etwa versteckt bei uns lagern mag, ausreichen sollte, um einen Befreiungskrieg der deutschen Bourgeoisie gegen die absolut überlegene materielle Ausrüstung der französischen Bourgeoisie noch leisten zu können, daran glaubt kein französischer Unteroffizier, geschweige denn ein französischer General. Wenn man also dieses Geschrei von dem Befreiungskrieg drüben nicht ganz ernst nimmt, weil, abgesehen von der Masse der

Spießher - die mag es dort vielleicht ernst nehmen -, so nimmt man es auch bei uns nicht ernst, wenigstens oben in den Spitzen. Ich bin fest überzeugt, dass der Herr Landeshauptmann - oder wie er heißt - Escherich keinen Moment an einen Befreiungskrieg Deutschlands gegen Frankreich denkt. Ich bin auch fest überzeugt, dass Ludendorff mit seiner genauen Kenntnis gerade der materiellen Grundlage der Kriegsführung schlau genug ist, um zu wissen, dass das nicht geht. Und unter diesem Gesichtspunkt wird natürlich das ganze national-bolschewistische Getue, das sich einige V.K.P.-Leute vor einiger Zeit in München geleistet haben, erst recht im ganzen Umfang seiner Lächerlichkeit enthüllt. *(Sehr richtig!)*

Aber wozu dann das ganze Geschrei? Dieses ganze Geschrei hat natürlich eben auf beiden Seiten innerpolitische Gründe. Man schreit drüben, weil man Steuern für die Armee haben muss, weil man die Notwendigkeit der Armee beweisen muss, die in Wirklichkeit gegen den inneren Feind gedacht ist, gegen das französische Proletariat. Und man schreit, weil die Kriegsindustrie arbeiten will, weil die Rüstungsindustrie Profite schlucken will und weil deshalb, wie immer, die Kriegsgefahr in der Zeitung abgemalt werden muss. Und man schreit bei uns erstens einmal aus denselben Gründen, zweitens aber auch deshalb, weil man die Gesamtstimmung kriegerisch militärisch, die militaristische Gesamtstimmung hoch treiben will, erhalten will, nicht nur für die innerpolitischen Zwecke, die ja hier auf der Hand liegen, die ja selbstverständlich sind, sondern auch um diese ganze Atmosphäre, diese ganze Luft zu erhalten, denn man sagt sich, der letzte Angriff des Entente-Kapitals gegen Russland muss irgendwann kommen, es muss sich seine Befreiung, seine kriegerische Aktion suchen. Der nächsten kriegerischen Aktion der Entente gegenüber steht die deutsche Bourgeoisie in einer schwierigen Lage. Sie möchte gern helfen, möchte auch gern sich dafür einigen an Kriegsindustrie-Profiten zuschancen lassen. Aber wenn die Gesamtstimmung ins Pazifistische, ins Friedliche versackt, wenn die Gesamtstimmung so wird, dass jeder gern nur möglichst viel Arbeit und möglichst viel verdienen und möglichst viel Ruhe haben möchte, dann ist das nicht zu machen, dann können wir nicht mit der Entente gegen Russland gehen und können irgendwelche deutschen Hilfskräfte - es braucht ja nicht ein offizielles Zusammengehen der Staaten zu sein, es können ja Freikorps sein, Materiallieferungen usw. - irgendwelche deutschen Hilfskräfte für die Entente gegen Russland, für den russischen Krieg können wir überhaupt nur mobil machen, wenn hier kriegerische Stimmung erhalten bleibt. Und so ist Deutschland gegenwärtig ein Objekt einer Stimmungsmache, durch die es eigentlich nahezu zu einem Baltikum im großen umgestaltet wird. Ich habe diesen Vergleich schon einmal gebraucht. Er erscheint mir noch heute immer richtig. Die Baltikum-Affäre, wenn wir uns noch daran erinnern, war ja auch so, dass niemand recht wusste, gegen wen eigentlich die Front der Baltikumer stand oder wenigstens auf die Dauer stehen sollte. Es war immer ein Hin und Her - für Russland, gegen Russland und für uns, wir wollen Land haben, sei es mit Russland zusammen gegen England und sei es mit den Engländern zusammen gegen die Russen, es war ein Hin und Her von Stimmung von Desperadotruppen. Dieses selbe Hin und Her der politischen Stimmung mit der fast gleichbleibenden Unterlage: Desperadopolitik, dass immer Truppen da sein müssen, wird heute in Deutschland versucht, und zwar durchaus in gemeinsamem Einvernehmen zwischen der Entente und Orgesch. Man weiß genau, daß, wenn eine kriegerische Stimmung da ist, die einmal zur Zusammenrottung von bewaffneten Banden, von freiwilligen Korps geführt hat, daß dann verhältnismäßig leicht diese Stimmung umschlägt, sich umdrehen lässt gegen einen anderen Gegner als den, den man zuerst vorgemalt hat, um

diese Banden zusammenzugekommen.

Und so bin ich überzeugt, daß mindestens als eine Möglichkeit des gesamten Verlaufs der Politik wir damit rechnen müssen, daß im Frühjahr ein neuer Angriff vielleicht zunächst nur von Polen aus, Polen, Rumänien aus, gegen Russland inszeniert wird, und daß dann die Treibereien beginnen werden, deutsche Hilfskräfte mit zu mobilisieren, industrielle Hilfskräfte und militärische Hilfskräfte, und daß dann wiederum die Frage der Transporte von Waffen und Truppen und Instruktionsoffizieren usw. durch Deutschland akut werden wird. Ich brauche nichts darüber zu sagen, daß das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit in der letzten Parallelsituation versagt hat, vollkommen versagt hat. Ich brauche auch nichts darüber zu sagen, daß wir uns vornehmen wollen, in einer ähnlichen künftigen Situation nicht wieder zu versagen.

Ein paar Worte noch über die Lage innerhalb unserer inneren Politik im engeren Sinne! Zu unserer inneren Politik gehören natürlich Bayern und diese ganze Orgesch-Sache ebenso gut wie zur äußeren Gesamtpolitik. Zur inneren Politik gehören im Augenblick die preußischen Wahlen, Genossen, über die ich kein Wort verlieren möchte, denn ich habe über die preußischen Wahlen und gegen die preußischen Wahlen in letzter Zeit so viel geschrieben, daß mir das ganze Thema der Wahlen nun erst recht so aus dem Hals heraus hängt, ich mich wirklich mit diesen Dingen nicht mehr abgeben mag. Aber zur inneren Politik und dem Gesamtbilde, das wir uns davon machen müssen, gehört natürlich auch die Frage, ob wir eigentlich von der bewaffneten Konterrevolution in absehbarer Zeit einen Angriff auf das Proletariat zu erwarten haben, mit anderen Worten, es liegt mir noch ob, kurz die Stellung der Klassenfront innerhalb Deutschlands zu skizzieren, wie sie gegenwärtig verläuft.

Hier sind die Dinge so, daß das deutsche Kapital mehr und mehr dazu gezwungen ist, seine Renten, seinen Profit zu suchen in dem Verkauf von Rohstoffen und im Handel, in der Verschiebung von Objekten von einem Besitzer zum anderen und nicht mehr in der Produktion von Bedarfsgegenständen, die niemand so recht kaufen kann, für die keine Kaufkraft mehr vorhanden ist. Ich glaube, wir sollten uns abgewöhnen, jene moralisierenden Bemerkungen über die bösen Kapitalisten, die die Produktion sabotieren. (*Sehr gut!*) Die Leute sind gezwungen, das zu tun, was sie tun. Sie folgen eben dem Gesetz ihrer Klassen und ihrer Klassennotwendigkeiten, wie wir es tun. (*Sehr gut!*) Diese Leute können nicht mehr das deutsche Proletariat, ihre Arbeitssklaven ernähren. Sie könnten es auch dann nicht, wenn sie etwa von ihrem Luxus etwas abgeben würden. Daß sie ihre Wohnungen aufteilen oder ähnliche schöne Scherze machen würden, darauf kommt es ja gar nicht an. Dabei könnten Kleinigkeiten, kleine Geschenke, kleine Almosen für das Proletariat herauskommen. Also mit dem guten oder bösen Willen haben alle diese Dinge gar nichts oder verzweifelt wenig zu tun, sondern diese Leute sind gezwungen, die Löhne herabzudrücken; sie sind gezwungen, die Arbeitszeit hinaufzusetzen; und sie sind gezwungen, denselben Profit, den sie bisher hatten, dieselbe Lebenshaltung, die sie hatten, und die sie selbstverständlich festhalten wollen - das ist selbstverständlich, das ist ein menschliches Gesetz - dann alles herauszuholen aus einer kleineren Zahl von Arbeitenden, weil die Zahl der Arbeitenden, d.h. der arbeitsfähigen Arbeitsklasse in Deutschland zu groß geworden ist für die Absatzmöglichkeiten dieses industriellen Kapitals. Sie müssen also immer neue Massen aus den Betrieben hinaussetzen. Und

nun gewiss, nachdem die Bourgeoisie diese Notwendigkeit einmal eingesehen hat und verhältnismäßig sehr rasch eingesehen und begriffen hat, geht sie selbstverständlich auch klug und planmäßig vor. Es ist ganz natürlich. Das heißt, sie macht sich klar, daß es gilt, die Arbeiterschaft, den inneren klassenmäßigen Zusammenhang der Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu schwächen und zu zerreißen. Sie macht sich ferner klar, daß dies am richtigsten und am sichersten dadurch geschieht, daß Abstufungen in der wirklichen wirtschaftlichen Lage innerhalb der Arbeiterklassen eintreten. Diese Abstufungen sind eingetreten. Ich brauche sie nur aufzuzählen. Wenn man mit der untersten Stufe anfängt, so sind es die, die bereits monatelang arbeitslos sind, die das Letzte an Kleidern, an Wäsche allmählich aufbrauchen und aufgebraucht haben, die nur noch Fetzen haben, die keinerlei Ersparnisse haben, keine Fraglichkeit der Hilfe usw. mehr haben als nur eben ihre Arbeitslosenunterstützung. Man könnte noch tiefer gehen und konnte von denen sprechen, die sich aus vielen Gründen nicht melden zur Arbeitslosenunterstützung. Dann kommt eine weitere Gruppe, das sind die, die neu in die Arbeitslosigkeit hineingeworfen worden sind, denen es etwas Neues ist, die sich noch dagegen wehren, die sich noch aufbäumen, die sich auch noch denken, es könnte anders werden, sie könnten bald wieder eingestellt werden und die daraus noch den Mut schöpfen, in einer großzügigen Weise über den letzten Rest ihrer Ersparnisse, ihrer Kleidung, ihrer Stiefel usw. zu verfügen, die so gewiss Auftriebskräfte in sich haben. Dann kommen wieder die ganz Anderen mit ganz anderen wirtschaftlichen Bedingungen, die in den Betrieben so draußen an der Kante des Stuhles sitzen, die denken: um Gottes willen, ich kann jeden Augenblick hin ausrutschen, ich muss mich um Gottes willen halten, ich muss alles tun, was von mir verlangt wird, ich darf ja den Mund nicht aufmachen, darf mir nichts merken lassen und muss also alles schlucken. Und so geht das weiter, Stufe um Stufe hinauf. Die Arbeiterschaft ist so bereits eingeteilt in die verschiedenen Unterklassen auf Grund verschiedener wirtschaftlicher Grundbedingungen. Und dem gegenüber steht die Klassenfront der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ihrerseits hat, glaube ich, nicht unbedingt ein Interesse daran, die weitere notwendige Herabdrückung des proletarischen Lebensniveaus nun unbedingt mit bewaffneter Gewalt zu erringen, denn die Bourgeoisie, soweit sie überhaupt noch an Geschäften interessiert ist, soweit sie überhaupt noch Geschäfte macht und nicht saturiert ist, hat natürlich eher ein Interesse daran, daß diese Geschäfte gut gehen können, daß eine gewisse Ruhe wenigstens innerhalb des Landes ist. Daß außerhalb des Landes Krieg ist, und daß sie in den ganzen Kriegen außerhalb des Landes auch noch verdient, ist eine Sache für sich. Aber Unruhen innerhalb des Landes sind doch für einen großen Teil der Bourgeoisie des Landes eine störende Sache. Es ist eine Sache, die das Geschäft stört. Und so glaube ich auch nicht, daß die eigentlichen Köpfe, die eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Führer der Bourgeoisie nun unter allen Umständen darauf losarbeiten, einen bewaffneten Angriff gegen die deutsche Arbeiterschaft, irgendeine Wiederholung des Kapp Putsches zu inszenieren. Dagegen haben die Leute natürlich ein Interesse daran, diese Möglichkeit als eine letzte Waffe, als eine letzte Möglichkeit, wenn alles andere versagt, in der Hand zu behalten, sie auch in der Hand zu behalten, daß man damit immer wieder einmal drohen kann. Und vor allen Dingen, sie haben sich nun einmal den Apparat dazu aufgezo-gen. Der Apparat ist da, der Orgesch-Apparat und alles, was um ihn herumhängt, ist einfach da. Man hat selbstverständlich auch eine gewisse eigene Existenzkraft in sich selbst, weil in ihm eben alle die Leute zusammengefasst sind, die am Bestehen eines solchen Apparates persönlich, wirtschaftlich und politisch äußerst

interessiert sind. Und damit bleibt die Möglichkeit offen, daß dieser bestehende Apparat denen irgendwann einmal aus den Händen gleitet, aus den Händen rutscht, die ihn sich geschaffen haben, daß er irgendwann einmal anfängt zu funktionieren aus eigenem Betätigungstrieb heraus, weil er nicht mehr zu halten ist, so wie ja auch sich wegzuräumen, weil dieser Apparat eben einmal losgehen muss aus innerer Notwendigkeit. Ich sage, diese Möglichkeit besteht, und diese Möglichkeit müssen wir uns vor Augen halten.

Genossen, nach alledem, was ich auseinandergesetzt habe, möchte ich nun nicht mehr weiterhin zu sprechen kommen auf die Aufgaben der Arbeiterschaft in dieser Lage und auf die Aufgaben unserer Partei in dieser Lage, weil das Dinge sind, mit denen dann Genosse Schröder sein Referat beginnt und auf denen er die Darlegungen der Einzelheiten der Taktik unserer Partei aufbauen wird. Ich möchte nur noch eine allgemeine Bemerkung in dieser Richtung zum Schluss machen.

So wie die Geschäftsverhältnisse gegenwärtig in der ganzen Welt und in einer konzentrierten Form gewissermaßen in Deutschland liegen, sind die Dinge so, daß nahezu ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat vorhanden ist. Man mag diese Behauptung vielleicht optimistisch finden. Ich bin gern bereit, sie noch des näheren zu begründen, nachher, wenn es gewünscht werden sollte. Ich bin überzeugt, daß es so ist aus dem Grunde - ich will es nur andeuten -, weil das Kapital rein wirtschaftlich immer wieder den Grenzen seiner Möglichkeit zurast und zueilt. Ich sage also, in dieser Lage, wo das Gleichgewicht der Kräfte, der Gesamtkräfte zwar noch nicht in seinem politischen Ausdruck, aber doch in den wirtschaftlichen Kräften zwischen Bourgeoisie und Proletariat beinahe erreicht ist - in dieser Situation kann es nur die Aufgabe einer proletarischen revolutionären Partei sein, die Initiative zu ergreifen, um den kleinen Unterschied noch auszugleichen, der zwischen den Kräften noch vorhanden ist. Nur Initiative kann diesen Unterschied ausgleichen. Initiative, revolutionäre Initiative ist heute in der Lage, das noch künstlich aufrechterhaltene, doch überall erschütterte, schwankende Gleichgewichtssystem der heutigen Welt entscheidend zu erschüttern, sodass von einem ersten Initiativsten aus dann das gesamte übrige Gebäude bereits einstürzt. Es kann nur die Aufgabe einer revolutionären proletarischen Partei sein, in dieser Situation, gegenüber all den kleinen Katzbalgereien mit der Bourgeoisie, gegenüber all diesem Hin und Her über Gewerkschaften und über die Rechte von Betriebsräten und über die Stimmenzahl in Parlamenten - über alle diese Dinge hinweg, die alle in derselben Atmosphäre bleiben, die alle in der bürgerlichen Atmosphäre der Diskussion bleiben - demgegenüber zu schaffen eine ganz andere, eine von Grund aus andere Atmosphäre, nämlich die Atmosphäre der tödlichen Feindschaft, der unversöhnlichen Feindschaft gegen das Kapital - diese Atmosphäre zu schaffen und um sich herum zu verbreiten, diese Atmosphäre der Feindschaft, die bereit ist, alles zu tun, um Konflikte zu verschärfen, die bereit ist, alles zu tun, um Katastrophen zu beschleunigen und herbeizuführen, die bereit ist, alles zu tun, um die kapitalistische Wirtschaft zu stören, zu zerstören, zu ruinieren, die bereit ist, nichts zu tun, was irgendwie die Lebensdauer dieser kapitalistischen Wirtschaft verlängern konnte, selbst dann nicht, wenn einzelne Teile der Arbeiterschaft, z.B. Arbeitslose davon einen vorübergehenden Vorteil haben würden, diese Atmosphäre, die sich keine Ausrede mehr gestattet, die also nicht etwa sagt: wir müssen revolutionär sein, um die Einheit der Nation zu retten, um die Nation zu retten, das nackte Leben des Proletariats zu retten usw. - alle diese Ausreden sind nicht mehr gestattet -, sondern eine Atmosphäre, die immer nur nackt und brutal sagt: es handelt sich für uns um den Sturz der Kapitalgewalt und um nichts anderes - diese Atmosphäre müssen wir schaffen. Wir wollen uns auch dabei nicht irre machen lassen, wenn uns manche Genossen aus anderem Lager, darunter sind auch Genossen, die es gut meinen mit der Revolution, wenn sie uns sagen: ach, das ist ja so

eintönig, ihr könnt ja immer nur dasselbe sagen, ihr musstet ein bisschen mehr Bewegung und ein bisschen mehr Unterschiede in das bringen, was ihr sagt - nein, Genossen, das darf uns nicht irre machen, denn die Eintönigkeit des Liedes, das wir singen, ist die Eintönigkeit aller großen Melodien der Weltgeschichte. Dieses Kampflied, dieses eintönige Kampflied, in dem immer wieder dasselbe und nur das eine gesagt wird, wird hinwegbrausen über das deutsche Land, das wird hinwegbrausen über die Wasser der Häfen an der Nordsee und über die Essen und die Fabrikschlünde Rheinlands und Sachsens hin und über die punze Breite der Norddeutschen Tiefebene. Und dieses Lied, dieses eintönige Lied, das sich keine Unterschiede und keine Verzierungen in den Melodien mehr gefallen lässt, sondern das nur das große Lied der Revolution ist - dieses Lied, es wird erzittern machen, nicht nur die Herzen der deutschen, auch der französischen, auch der englischen Bourgeoisie. Und wenn dieses Lied erschallt. Dann werden die Herzen der Unterdrückten der ganzen Welt schneller schlagen, und die Herzen unserer russischen Brüder werden schneller schlagen, und sie werden dort endlich einmal sagen. Nun, endlich ist es soweit, nun, endlich hören wir das, worauf wir Jahre und Jahre gewartet haben. *(Beifall)*

*Vorsitzender Genosse RASCH:* Wir treten in die Debatte ein. Genosse HEMPEL [Jan APPEL]:

Ich will an die Worte anknüpfen; Konflikte vonseiten der bewaffneten Konterrevolution in Deutschland haben wir wohl kaum zu erwarten, es besteht aber immerhin noch die Möglichkeit, daß die bewaffnete Organisation der Konterrevolution aus sich selbst heraus aus innerer Notwendigkeit oder wenn sie den Händen ihrer Auftraggeber entgleiten, zum Losschlagen kommen wird. Ich bin persönlich der Auffassung, daß man wohl kaum mit der Möglichkeit zu rechnen hat, denn die Arbeiterschaft ist schon niedergeschlagen, und zwar mit der Lüge, mit der Verleumdung, mit dem Schwindel, mit der bürgerlichen Demokratie. Diese vollbringt mehr für die Kapitalisten als die bewaffnete Macht, denn die bewaffnete Macht kann die Arbeiterschaft niederschlagen, aber nicht den Arbeitsansporn, der notwendig ist, um die Profitsucht des Kapitals zu befriedigen. Zu diesem Zwecke werden wir doch nur beherrscht. Und die bewaffnete Macht wird nur dazu gehalten, damit wir uns nicht davon frei machen. Und solange es möglich ist, mit Hilfe der Demokratie die Arbeiterschaft zu dieser Sklavenarbeit zu zwingen, solange hat man doch nicht notwendig, die Arbeiter niederschlagen, denn sie ist ja in dieses Joch durch die Demokratie geschlagen. *(Sehr wahr!)* Die ganze Geistesrichtung unserer jetzigen Zeit ist doch die: Ruhe und Ordnung. Und wer Ruhe und Ordnung nicht aufrecht erhält, also sich den Gesetzen der Demokratie nicht fügt, der bekommt die Macht der Konterrevolution zu spüren, die bewaffnete Macht oder den ganzen Staatsapparat. Also die bewaffnete Macht der Konterrevolution ist dazu da, um einmal in Reserve zu stehen, dann aber auch hauptsächlich, um uns zu zwingen, die Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wenn wir gegen diese Demokratie nicht angehen, dann haben wir die Konterrevolution nicht zu erwarten. Nur wenn wir uns gegen die Demokratie wehren, erfolgt der Angriff der bewaffneten Konterrevolution gegen uns. Solange die deutsche Arbeiterschaft sich den Bedingungen der Demokratie fügt, solange ist mit einem Schlag der Konterrevolution nicht zu rechnen, denn man hat ja dort alles erreicht. Von allen Seiten, von den Sozialdemokraten über die Unabhängigen hinweg bis zu der V.K.P.D., ja bis in die Syndikalisten hinein, wird uns vorgebetet: die Reaktion wartet ja nur darauf, daß ihr irgendeine Handlung begeht, damit sie euch niederschlagen kann. Das stimmt. Aber eines ist der Erfolg dieser ganzen Stellungnahme. Wenn man sich denn davon leiten lässt, nun, dann bleibt man eben unter der Herrschaft. *(Sehr richtig!)*

Es ist ein falsches Gerede, wenn man sagt, die warten darauf, uns niederschlagen. Nein, die warten darauf, uns niederschlagen, wenn wir uns zur Wehr setzen, wenn

wir uns befreien wollen. Die deutsche Arbeiterschaft wird immer getröstet auf den Tag, wo die Konterrevolution uns angreifen wird, auf den Sankt-Nimmerleinstag. Man sagt, die Konterrevolution wird euch niederschlagen. Nein, die Konterrevolution hat die deutsche Arbeiterschaft niedergeschlagen mit der Lüge, mit der Verleumdung, mit der Demokratie, und sie hat nicht nötig, uns noch mehr niederzuschlagen. Das müssen wir klar und scharf umrissen sagen, damit die deutsche Arbeiterschaft auch erkennt, daß sie sich nur befreien kann, wenn sie sich eben gegen die Konterrevolution zur Wehr setzt und wenn sie den Schlag der Konterrevolution hervorruft und nicht wartet auf die Initiative von der Seite, sondern selbst die Kraft erzeugt; und dann kommt es zum Kampfe. Also aus inneren Gründen wird sich von Seiten der Bourgeoisie kein Konflikt mehr entspinnen können. Ihre Reihen sind von den Kräften aus der alten Zeit, von dem alten Militär, Kapp usw. geäußert. Der Kapp Putsch fand fast bis in die Reihen der Deutschnationalen hinein keinen Anklang, weil derartiges die Arbeiterschaft nicht dazu bringt, die Bedingungen zu erfüllen, die notwendig sind, um die kapitalistische Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Der Konflikt kann nur vonseiten der revolutionären Arbeiterschaft kommen. Aber die Geschichte hat uns auch gezeigt, daß durch äußere Einwirkungen die Umwälzungen in den Ländern sich vollzogen haben. Durch die äußeren Einwirkungen des Krieges kam eben letzten Endes auch bei uns dieser Zusammenbruch. So werden wir auch damit rechnen müssen, daß auch durch äußere Einflüsse Konflikte bei uns im Lande sich entspinnen werden. Genosse Schwab hat gezeigt, daß sich ein Krieg gegen Sowjetrußland, getrieben vom Weltkapital, entwickeln wird, der sich unter der Maske der Demokratie oder vielleicht der Neutralität wiederum sich durch Deutschland gegen Rußland entspinnen wird. Sehen wir uns die beiden Exponenten, mit denen wir es in Deutschland direkt zu tun haben, näher an, England und Frankreich! Frankreich hat nicht die großen Kolonien, die es für sein riesiges Kapital haben miete; und muss sich demnach Unterlagen für seine kapitalistische Entwicklung schaffen. Das tut es mit seinem starken militärischen Arm. Mit seiner Armee hat Frankreich sich Elsass-Lothringen, dieses Kohlen- und Erzbecken einverleibt, und ihr könnt sicher sein, daß es zielbewusst danach trachtet, sich das Ruhrgebiet einzuverleiben. Dann hat es seine Hand den Polen gereicht, es strebt nach dem polnischen Kohlengebiet. Frankreich will Oberschlesien unter polnische Obhut bringen, damit es seine Industrie und sein Kapital stützen kann. Es sucht Verbindungen mit Bayern, um die sogenannte weine Kohle, die Elektrizität, die aus Wasserkräften erzeugt wird, in seinen Kreis hineinzubeziehen. Das sind alles Maßnahmen, um Frankreichs Kapital zu festigen, und weil Frankreich andere Mittel fehlen, tut es das mit der bewaffneten Macht. Und so hat Frankreich den stärksten Militarismus. Das ist das Werkzeug, mit dem das französische Kapital gestützt und entwickelt wird. Es muss danach streben, sich Gebiete zu unterwerfen, um seine Waren abzusetzen oder die Bodenschätze dort auszubeuten. Und dafür kommt Rußland in Frage. In der Beziehung arbeitet die französische Bourgeoisie ganz planmäßig. Der einzige Verbindungsweg nach Rußland, der wirklich Resultate verspricht, ist eben Deutschland mit seinen Eisenbahnen und Verkehrswegen und ist zu gleicher Zeit auch die entwickelte deutsche Industrie. Sie muss demnach dem französischen Kapital einverleibt werden. England steht etwas anders da. Es muss sich auch ausdehnen nach Rußland. England hat aber für sein Kapital eine ziemlich genügend starke Industrie, die auf Bodenschätzen, Kohlen und Eisen usw. fundiert ist. Und England hat auch große Kolonien, aus denen es sich schon jetzt stark machen kann für den wirtschaftlichen Feldzug gegen Rußland. Demnach sind die Mittel von Seiten Englands vorwiegend wirtschaftlicher und kapitalistischer Natur. Von beiden Seiten geht aber der Weg nach Rußland durch Deutschland hin. Die schärfsten Verwicklungen und vielleicht militärischen Kämpfe werden wir also zuerst vor Frankreich zu erwarten haben. Wenn England die russische Wirtschaft ausbeuten will, will es dafür ordentlichen Profit haben. Es wird genügend Konzessionen von Rußland verlangen und bekommen. Und

zu dem Zweck müssen Repressalien angewendet und ein Druck auf Russland ausgeübt werden. Dieser Druck ist schon seit drei Jahren ausgeübt worden, hat aber nicht genügend Resultat erzielt, denn die Handelsbesprechungen in London sind immer wieder abgebrochen worden. Und wirkliche Konzessionen sind noch nicht erfolgt. Russland wird von England und Frankreich zu weiteren weitergehenden Konzessionen gezwungen werden, und zwar auf dem Wege der Blockade. England wird mit wirtschaftlichen Pressionsmitteln arbeiten und Frankreich mit militärischen Benennungen, so daß Russland in eine immer größere Notlage kommt. Beide haben im ersten Verlauf der Dinge denselben Weg und dasselbe Interesse, zuerst Russland zu schwächen. Da aber ihr Weg durch Deutschland geht, haben beide auch das Interesse, die eigene Tätigkeit des deutschen Kapitals und der deutschen Industrie zu schwächen und unmöglich zu machen. Daher die Bedingungen jetzt von Paris wieder, die uns stärkere Abgaben usw. auferlegen. Dann haben beide ein gemeinsames Interesse daran, die alten Mächte in Deutschland, die den Krieg gegen sie geführt haben und die ihnen gefährlich wurden, auch niederzudrücken und sich dienstbar zu machen. So ist die Entwaffnungsfrage zu verstehen. Aber wo liegt der Konfliktstoff, der von außen her zu uns hineingetragen werden kann? Solange sie gemeinsame Interessen haben, kommen von außen keine Konflikte, sondern nur Druck. Aber so wie England und Frankreich dazu kommen, die da niedergeworfene deutsche Industrie und die da niedergeworfenen alten Mächte in Deutschland für sich zu verwenden, d.h., die Hand auf die deutsche Wirtschaft und die deutsche Macht zu legen und sich einzuverleiben, wenn es heißt: Aufteilung der Beute - dann kommen sie in Konflikt. So ist auch der Entrüstungsrummel in Deutschland zu verstehen und letzten Endes auch die Tätigkeit der V.K.P.D., die dann mit der deutschen Bourgeoisie zusammen scheinbar gegen die übermächtige Entente ist. In Wirklichkeit treten sie ein für die Interessen Englands. (*Sehr richtig!*) Die Leute in München, Graf Thomas usw. gingen schon oft mit dem Entrüstungsrummel mit. Aber dem Vorsitzenden der V.K.P.D., Levi, war es vorbehalten, der deutschen Regierung zu sagen: ihr müsst zu einem Wirtschaftsbündnis mit Russland kommen. Heute wehrt sich dagegen die Herrschaft in Deutschland. Aber wenn dann Russland zu mehr Konzessionen gezwungen ist, und wenn Russland dem Kapital erlauben muss, weil es zu sehr gedrückt ist und wir Arbeiter ihm nicht zu Hilfe gekommen sind, Russland mehr und mehr auszubeuten, dann braucht man - vor allem England - ein Übergangsland, und dann muss eben die deutsche demokratische Wirtschaft zu einem Handelsbündnis mit Russland kommen, um ertragsfähig die russische Wirtschaft auszunutzen zu können und um auch der deutschen Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen, damit sie nicht diese Ausbeutungstätigkeit stört. (*Sehr richtig!*) Die Kapitalisten und die Bourgeoisie unterschätzen durchaus nicht die Macht des Kapitals. Sie unterdrücken sie nur dadurch, indem sie dem Proletariat die Erkenntnis verschleiern. Und so arbeitet die V.K.P.D. den Dingen vor, und ihre Parole, die von der deutschen Regierung ein Wirtschaftsbündnis mit Russland fordert, wird sich einmal verwirklichen, wenn nicht vorher die Revolution eintritt; und die Anhänger der V.K.P.D. werden darüber staunen, daß ihre eigene Parole derselbe Strick war, mit dem sie gehenkt wurden. (*Sehr richtig!*) Dann wird man zähneknirschend die Ausbeutung erdulden müssen. Es gibt auch in Russland eine Strömung, die über jeden Krieg, über jede revolutionäre Aktion, über jeden Kampf, der den Aufbau der Wirtschaft stört, jammert. Das sind die russischen Wirtschaftspolitiker, die in ein Verhältnis zu dem kapitalistischen Staat zu kommen suchen, um ihre Wirtschaft aufzubauen. Diese erstreben ein Wirtschaftsbündnis mit England und Amerika an. Dazu würden dann die deutschen Kommunisten unter Levi usw. die Hand bieten, auch diesen Kuhhandel zuwege zu bringen. Ob das revolutionär ist, ist eine andere Frage, das wird dann die deutsche Arbeiterschaft beurteilen müssen, die diese Last dann mitzutragen hat. So werden sich also die Dinge entwickeln. Können wir aber damit rechnen, daß durch äußere Einwirkungen bei uns in Deutschland Konflikte hervorgerufen werden? Das kann und wird geschehen, denn wenn

Frankreich die Hand auf das Ruhrgebiet und auf Oberschlesien legt - und es muss diesen Weg gehen, denn es strebt zur Vorherrschaft -, daran wird es mit England in Konflikt geraten. Wenn Frankreich weiter danach strebt, die Eisenbahnlinien durch Deutschland in die Hände des französischen Kapitals und der französischen Machthaber zu bekommen, dann wird England sich dagegen wehren müssen, denn sonst wird ihm der Weg zum Profit versperrt. Und so werden wir erleben, dass sich in Deutschland die Kämpfe zwischen der Herrschaft von Frankreich und England entspinnen werden, falls nicht vorher das deutsche Proletariat durch diese Entwicklung einen Strich gemacht hat. Aber so stehen die Dinge. Solange allerdings Russland noch nicht vollkommen niedergekämpft ist, werden sich diese Gegensätze nicht zeigen; solange wird man immer danach streben, sich auszugleichen. Aber die Dinge können ihnen auch trotzdem über den Kopf wachsen, vielleicht kommt die Geschichte schon in der Oberschlesienfrage zum Platzen. In diesen Dingen wird dann vielleicht auch die deutsche Orgesch eine Rolle zu spielen haben unter Umständen. All das zeigt, dass aus inneren Gründen von Seiten der Bourgeoisie bei uns keine Konflikte mehr kommen werden, dass aber von Frankreich und von England Konflikte ins Land getragen werden, und zwar wegen der Vorherrschaft in Deutschland als Tor nach Russland hinein. Ich bin nicht der Auffassung, dass sich diese Gegensätze zum offenen Kampf entspinnen werden, bevor die Aktion gegen Russland durchgeführt ist. Sicher werden aber die Kämpfe sich dann offen entspinnen, wenn es sich darum handelt, an die Ausbeutung Russlands zu gehen, denn dann beseitigen beide Kapitalistengruppen, die englische wie die französische, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Verbindungsweges, und dann kommt es zu Konflikten, zum Kampf um die deutsche Wirtschaft. Dieser Kampf wird dann innerhalb Deutschlands ausgefochten werden, auf der einen Seite Frankreich unterstützt durch die Orgesch in Bayern und auf der anderen Seite England unterstützt durch Stinnes und das norddeutsche Handelskapital. Beide Gruppen in Deutschland werden dann Hilfskräfte von außen heranziehen. Darauf haben wir uns einzustellen. Das wichtigste aber ist, dass wir wissen, dass wir aus uns heraus zu den Konflikten zu treiben haben. *(Bravo!)* Wir haben nicht zu warten, bis diese Gegensätze kommen, denn dann werden wir zwischen den Mühlsteinen zermalmt werden. Das Proletariat muss aus eigenen Kräften, gezwungen durch die Notlage, sich erheben, weil wir es nicht mit ansehen können, dass unsere russischen Brüder Stück für Stück zurückgedrängt werden und damit die Weltrevolution in weite Ferne gezogen wird. Aus allen diesen Gründen müssen wir festen Willens sein und mit aller Energie, koste es, was es wolle, zu diesem offenen Konflikt zu treiben. *(Beifall)* Wir haben jetzt von der K.A.P.D. eine schärfere Kampfart anzuschlagen als bisher. *(Sehr richtig!)* Wir haben uns nicht mehr auf die Legalität einzurichten, sondern müssen mit aller Kraft zu Konflikten treiben, koste es, was es wolle. *(Beifall)*

Genosse DEMNITZ - Berlin.

In der bürgerlichen Presse konnte man fast täglich lesen, dass die Polen rüsten und immer wieder rüsten, und zwar nicht gegen Russland, sondern gegen Oberschlesien. Ich glaube, dass das geradezu ein geschickter Schachzug der Bourgeoisie ist, um die Stimmung, die sich so für einen Kampf gegen Russland nicht hervorrufen lässt, auf diesem Wege zu erreichen. Man will zum Kampf gegen Oberschlesien aufrufen, und ich befürchte sogar, dass sich dazu auch unter der deutschen Arbeiterschaft genügend Freiwillige finden werden, für diesen angeblichen Kampf gegen Oberschlesien. Und wenn dann im deutschen Volke die Stimmung gegen Polen vorhanden ist, dann wird sie zweifellos umschlagen, und man wird versuchen, die freiwilligen Verbände, die sich zum Kampf gegen Polen gefunden haben, gegen Russland zu führen. Das müssen wir der deutschen Arbeiterschaft vor Augen führen.

*Referent Genosse SCHWAB (Schlusswort):*

Ich möchte nur zwei Punkte berühren, einmal, dass ich mich über die Ergänzungen meiner Ausführungen durch den Genossen Hempel sehr gefreut habe. Ich habe ihm in keinem Punkt zu widersprechen. Ich unterschreibe vollkommen das, was er gesagt hat.

Dann noch eine Bemerkung über Oberschlesien. Es ist mir tatsächlich passiert, dass ich Oberschlesien in meinem Referat vergessen habe. Die Vermutungen, die der Genosse eben über die mögliche Entwicklung in Oberschlesien ausgesprochen hat, teile ich auch. Aber gerade das ist der typische Baltikumwitz: Freiwillige gegen irgendjemand aufzurufen und dann, wenn sie da sind, sie gegen jemand anders marschieren zu lassen. Sicher ist, dass die Interessen Frankreichs und Englands gerade in Bezug auf Oberschlesien ganz gegeneinander laufen. Während es Frankreichs Interesse ist, Oberschlesien in seine Gewalt zu bekommen und es von dem übrigen deutschen Wirtschaftskörper loszureißen und es an Polen anzugliedern, um damit die Produktionsfähigkeit und die wirtschaftliche Lage Polens aufzubessern, ist es Englands Interesse, Oberschlesien doch bei Deutschland im Zusammenhang mit dem deutschen Wirtschaftskörper zu belassen, weil der deutsche Wirtschaftskörper mit Oberschlesien ein viel besseres Geschäftsobjekt als englische Kolonie ist, als ohne Oberschlesien. Ich glaube ja heute immer noch nicht daran, dass eine Abstimmung über Oberschlesien und in Oberschlesien tatsächlich zustande kommen wird, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Interessen Frankreichs und Englands in Bezug auf Oberschlesien einander zu sehr widersprechen, als dass sie hier untereinander einig werden könnten. Diese inszenierte Komödie kann doch erst aufgeführt werden, wenn die Regisseure wissen, was überhaupt für ein Stück gespielt werden soll. Solange sie das nicht wissen, wird natürlich auch nicht abgestimmt; und das, glaube ich, wissen sie im Moment nicht. Ich glaube auch nicht, dass das oberschlesische Problem ohne kriegerischen Kampf endgültig gelöst werden kann. Die endgültig letzte Lösung wird natürlich die sein, dass das oberschlesische Gebiet zusammen mit dem mährischen Gebiet, zusammen mit dem polnischen Kohlengebiet, das wirtschaftlich und betriebstechnisch ein und dasselbe ist, zusammengefasst wird und dass auf diesem Gebiet eine der Kraftzentren und Kraftquellen der mittel- und osteuropäischen proletarischen Revolution werden wird.

*Vorsitzender Genosse RASCH*

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist somit erledigt. Der nächste Punkt wäre: die Aufgaben der Partei. Das Referat hierüber wurde mindestens 2 1/2 Stunden erfordern. Dazu haben wir heute nicht mehr die Zeit. Ich wurde daher vorschlagen, heute die Frauenfrage vorwegzunehmen. Erfolgt dagegen Widerspruch? - Wir verfahren dann dementsprechend. Ich stelle noch fest, dass zwei Vertreter von Rheinland und Westfalen jetzt anwesend sind.

*Genossin CLASSE:*<sup>26</sup> Genossen und Genossinnen! Es ist das erste Mal, dass unsere K.A.P.D. die Frauenfrage auf die Tagesordnung gesetzt hat. Es unterblieb bisher nicht deshalb, weil sie es nicht als wichtig fand, sondern weil in dieser kurzen Zeit des Entstehens sie viele andere wichtige Dinge in den Vordergrund schieben musste. Sie, die kleine Partei, stand ja mitten im politischen Leben, sie wurde überall angegriffen und musste sich wehren. Sie musste erst ihre Lebensfrage erledigen, die ihre Existenz bestimmte. Erst jetzt kann sie an diese anderen Dinge gehen, die wichtig und notwendig sind.

Wir sind uns klar, dass die Frauenfrage nicht nur von der einen Seite erledigt werden

---

<sup>26</sup>Anna Kunze (1882-1969), geboren Anna Classe, die an dem Dritten Kongress der Komintern 1921 teilnahm. Später nach Mai 1945, Mitglied der SED. Gestorben in Ost-Berlin.

kann, sondern dass sie ganz eng verknüpft ist mit der Klasse der Ausgebeuteten und diese wieder eng verknüpft ist mit der sozialen Revolution.<sup>27</sup> Und wenn wir nun wissen, dass wirkliche Kulturarbeit nur von beiden Geschlechtern gelöst werden kann, so müssen wir fragen, wie kommt es, dass große Teile der Frauen uns passiv gegenüberstehen, dass große Teile der Frauen überhaupt noch nicht erfasst und herangezogen worden sind. Wir, die K.A.P.D., haben es abgelehnt, eine Frauenorganisation besonders zu schaffen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass beide in den Kampf gehören, dass beide ausgebeutet sind, dass beide leiden, und dass keiner irgendwie eine Extraorganisation haben kann. Aber wir müssen heute auch festlegen, dass wir die Pflicht haben, mehr als bisher die Frauen zu erfassen, sie einzureihen in die großen Bataillone der kämpfenden Proletarier, dass sie nicht mehr hinten stehen. Und, Genossen, da wollen wir kurz einen kleinen Überblick geben, wieso das nicht alles so gewesen ist, wenn man mit der allgemeinen Phrase kommt: die Frauen sind nicht tauglich dazu oder sie sind indifferent. Wir stehen ja auf dem Standpunkt, dass alles der Veränderung unterworfen ist, so auch die sogenannte heilige Ehe, die Familie und wie diese Dinge alle heißen. Genossen, wenn wir nun feststellen, dass viel später die Frau erwacht ist als der Mann, viel später zu ihrer eigenen Persönlichkeit, zu ihrem Klassenbewusstsein erwacht ist, so müssen wir auf der anderen Seite bedenken, dass ihre Existenzbedingungen sie länger an die Gemeinschaft banden und sie sich nicht so früh entwickeln konnte. Die Familie ist nicht immer so gewesen wie jetzt. Alles ist der Veränderung unterworfen. Die Kultur und alles wechselten. Aber aller Wechsel der Kultur hatte immer eins gemein, nämlich die Unterdrückung der Frau. Ja, viele behaupten, mit der Unterdrückung der Frau ist überhaupt erst die Unterdrückung in die Welt gekommen. Wir sehen, dass in den Kindheitstagen der Menschheit, wo überhaupt alle menschlichen Organisationen im Urkommunismus gipfelten, die Menschen in der Gemeinschaft zusammenlebten, und dass aus dieser heraus sich nach und nach Privateigentum und Privatbesitz entwickelt hat, und dass alle diese Dinge, diese ökonomischen Verhältnisse es gewesen sind, die diese Verschiedenartigkeit der beiden Geschlechter hervorgerufen haben. Wir sehen, in den Kindheitstagen der Menschheit, wo Urkommunismus war, nicht nur immer der Mann die Vorherrschaft hatte, sondern auch die Frau eine gewisse Vorherrschaft hatte, wo das Mutterrecht bestand, d.h. in dieser kleinen Gesellschaft konnte nur die Stammutter diejenige sein, die überhaupt den Zusammenhalt in dieser ganzen Gemeinschaft darstellte. Aber nicht lange konnte die Entwicklung stehen bleiben, sondern mit der Zunahme der Bevölkerung, mit der Arbeitseinteilung wuchs auch gleichzeitig die Stellung des Mannes über die der Frau hinaus. Und diese Entwicklung, die Anfänge des Privateigentums, überhaupt des Besitzes stürzten das Mutterrecht, und Vater- und Mannesrecht trat an ihre Stelle. Und seit dieser Zeit – selbst Bebel schreibt in seinem Buche vom „*Sturz des Muttertums*“ – war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Seit der Zeit sehen wir, dass fortwährend immer mehr die Frau beschränkt wurde auf eigenartige Arbeiten, nämlich gebunden war an das Haus, an die Familie, während der Mann seine Tätigkeit nach außen verlegte. Mit dieser Zeit wurde aber die Frau immer mehr zur Sklavin des Mannes heruntergedrückt. Er verfügte über Tod und Leben über sie. Er konnte alles tun und lassen. Sie hatte ja keinerlei Beruf, sie war billig, sie war nur auf die Ehe beschränkt. Und in dieser Zeit, Genossen, in der tiefsten Unterdrückung der Frau, wo sie keinen anderen Beruf hatte, keine andere Möglichkeit hatte, sich

---

<sup>27</sup> August Bebel stellte 1879 in seiner Schrift *Die Frau und der Sozialismus* fest dass: „Die Frauenfrage ist [...] eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, [...] sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Übel.“ Und Clara Zetkin schreibt: „[Der Kampf kann] einzig und allein verwirklicht werden durch den gemeinsamen Klassenkampf der Frauen und Männer des ausgebeuteten Proletariats gegen die Vorrechte, die Macht der Männer und Frauen der besitzenden und ausbeutenden Klassen.“ [Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Dietz Verlag, Ost-Berlin, 1960, Band 2 (1918-1923), S. 243]

auszulegen, oder irgendetwas zu betätigen – in dieser Zeit sind die ersten Anfänge des Christentums. Und da können wir nun verstehen, wie heute noch viele Frauen gerade noch so fest gerade an der Religion festhalten. Das Christentum trat in einer Zeit auf, wo die Frau am tiefsten niedergedrückt war. Sie hatte nichts; und da klammerte sie sich an jene Lehre, die da aufkam von der Menschheitsbefreiung. Ich komme nachher speziell noch darauf zum Link. Ich will nur feststellen, dass in dieser Zeit das Christentum hier bei der Frau feste Wurzeln geschlagen hat bis auf den heutigen Tag.

Sehen wir uns nun die spätere Entwicklung an bis tief hinein in das Mittelalter, wo der Kapitalismus auf die Tagesordnung kam, jener Kapitalismus, der die Manneskraft nicht brauchen konnte, wohl aber die leichte oder billige Arbeitskraft der Frau, ja nicht allein der Frau, sondern der Kinder. Sie wissen ja alle von dem Kinderelend in Schlesien in Deutschland und von dem entsetzlichen Kinderelend in England. Man kann geradezu sagen: die Maschinen fräsen Kinder- und Frauenfleisch. Aber je mehr die Frau in den Produktionsprozess hineingezogen wurde, je größere Lasten ihr auferlegt wurden – und hier können wir wieder die dialektische Methode anwenden – da entsteht infolge dieser Ausbeutung, bei dieser doppelten Last ein neuer Faktor, und das ist das Bewusstsein der Frau, das Klassenbewusstsein der Frau, daß sie nicht mehr irgendwie ein minderwertiges Glied ist, sondern daß sie an dem großen Produktionsprozess mithilft und mitarbeitet. Und in dem hochentwickelten Kapitalismus sehen wir, daß die Persönlichkeit der Frau, d.h. das Klassenbewusstsein der Frau hoch entwickelt ist. Also wir können feststellen ein soziales Steigen der Frau, nur kleinere Rückschritte. Ich will nur kurz diese Dinge der Entwicklung streifen und nur feststellen, daß in der Zeit der tiefsten Niederdrückung die Frau auf nichts anderes angewiesen war als auf die Ehe, keinen anderen Beruf hatte, und daß mit dem Aufkommen des Kapitalismus, der Ausbeutung und Ausnutzung der Frauenkraft dadurch wieder das soziale Steigen der Frau bemerkbar ist.

Und wenn wir nun sagen, die Frau soll sich von den Sklavenketten befreien - und wir müssen hier unter Umständen sagen: von den doppelten Sklavenketten -, so müssen wir auch hier hervorheben, daß die Befreiung der Frau viel mehr Energie von sich aus bedarf wie die des Mannes, denn sie ja gegen Doppeltes ankämpfen, gegen die Vorurteile der Gesellschaft, des Staates, der Behörden, gegen die doppelte Moral, gegen die Unterdrückung durch den Mann und dann noch gegen die gesamte Unterdrückung, gegen die das gesamte Proletariat zu kämpfen hat. Ich sage, die emanzipierte Frau, die fortgeschrittene Frau leistet viel mehr Arbeit an sich und für die Gesellschaft als jeder Mann. Aus diesen elenden Verhältnissen muss sie wachsen, muss ihre Persönlichkeit wachsen, ihr Klassenbewusstsein wachsen, daß sie nicht irgendwie ein minderwertiges Geschöpf ist, bei dem es ganz gleichgültig ist, ob es da ist oder nicht, denn alle Kulturwerte schaffen wir Arbeiter; und wenn man jetzt sagen würde, die Frau gehört ins Haus, d.h., wenn die Frau aus dem Produktionsprozess herausgezogen worden wäre, wäre der ganze Produktionsprozess, überhaupt die ganze Ordnung unhaltbar. Also die Frau ist sich dessen bewusst, daß sie zur Kulturarbeit zur Hälfte mit ihrem Anteil beiträgt. Und wenn trotzdem immer und immer wieder gesagt wird, die Frau sei minderwertig, sie sei nicht aktiv so auf der Höhe, so können wir dem nur gegenüberhalten, daß man der Frau so viel Zeit geben müsste, sich zu befreien, wie man Zeit gehabt hat, sie zu unterdrücken. Erst unter Berücksichtigung dieses Umstandes können wir einen Maßstab anlegen, ob die Frau politisch genauso und überhaupt persönlich auf der Höhe ist und mit teilnehmen, mitfühlen und mitdenken kann an diesem großen Kampfe, in dem das Proletariat steht. Ich sage, das Verhältnis schon allein der Frau zum Mann ist so wie das Verhältnis des gesamten Proletariats zum Kapitalismus, d.h. mit anderen Worten, sie muss sich erst von dem Mann befreien, von der Unterdrückung aller Vorurteile befreien; und dann steht ihr noch dieser Kampf

bevor, den der Mann zu führen hat. Also doppelt und dreifach ist ihre Ausbeutung. In dem anderen Falle ist auch doppelt und dreifach ihre Energie, ihr Klassenbewusstsein, ihre Persönlichkeit, wenn sie sich von diesem ganzen Wust befreien will.

Nun, Genossen, wie stehen wir als Partei zu diesen Dingen? Was hat unsere K.A.P.D. für Aufgaben, um in diesen Dingen irgendwie eine Änderung zu erzielen? Welche Aufgaben haben wir in Bezug auf die Frauenorganisation, d.h. in Bezug auf ein Erfassen der Frauen, um sie in diesen großen Kampf einzugliedern? Wir sehen jetzt eine Welt im Sterben, die kapitalistische Welt, d.h., wirtschaftlich, politisch die ganzen Gärungen, die ganze Zerrissenheit, die ganzen Umwälzungen, draußen im wirtschaftlichen und politischen Leben - das alles geht nicht spurlos an den Familien vorüber. Auch hier sind die Kämpfe, auch hier sind die Auseinandersetzungen. (*Sehr richtig!*) Und viel mehr, Genossen, als mancher glaubt, werden gerade die heldischsten Kämpfe in der Familie ausgefochten; und sie werden vielleicht aus Unkenntnis und Unverständnis ausgefochten. Und wir haben die Aufgabe, hierin Klärung zu schaffen. Die K.A.P.D. muss sich hier zur Aufgabe setzen, mehr Kurse als bisher abzuhalten, nicht nur für die Frauen, denn auch bei den Männern muss mehr Verständnis für die Frau geschaffen werden. Männer und Frauen müssen sich diese Dinge einmal durch den Kopf gehen lassen und sich sagen: wieso kommt es, dass diese Dinge so sind, wieso zanken wir uns in der Familie? wieso bist Du gegenteiliger Meinung? wieso kannst Du nicht so fühlen und denken wie ich und wieso hemmst Du meinen Entwicklungsgang? wieso hemmst Du meine Parteiarbeit und dergleichen? Die Partei muss sich zur Aufgabe stellen, alle diese Fragen zu lösen, auch alle diese Phrasen die Familie ist heilig, und wir zerreißen das alles, wir wollen nur alles zerstören und auseinanderreißen und nicht aufbauen. O, zeigt diesen Leuten wer die Familie zerreißt, wer die Familienbande lockert, dass es nur dieser profitfressende Kapitalismus ist, der unsere Familien zerreißt, der keinen inneren Zusammenhang in der Familie lässt, der alle Bande lockert, weil es gar nicht anders möglich ist, da der Vater hier ist, die eine Schwester da und eine da und ein Bruder wieder wo anders. Diesen größten Pfeiler, diese Familie, stürzt der Kapitalismus selbst, denn darauf ist er aufgebaut, auf Ehe, auf Familie, auf Ausbeutung, auf Unterdrückung, auf Nachgiebigkeit und auf Anpassungsfähigkeit. Und da sagen wir, Genossen: diese Aufklärungsarbeit, diese Kurse muss die Partei mehr als bisher einrichten, sie muss alles daran setzen, nicht nur in die Breite sich auszuwachsen, nicht nur auf dieser politischen Linie zu bleiben, sondern sie muss hier Gewicht darauf legen, dass wir uns vertiefen, dass wir tief innerlich alle diese Fragen begreifen, und dass wir aus denen heraus unsere Schlüsse ziehen.

Nun, Genossen, wenn wir auch feststellen, dass der Kapitalismus selbst den größten Eckpfeiler, die Familie, zerstört, so müsst Ihr doch bedenken, Genossen, dass die Frau auf dem Lande noch nie etwas von Sozialismus und Kommunismus gehört hat, wo sie nur ihre Unterdrückung empfindet, wo sie doppelt und dreifach unter der Last seufzt und wo sie jeder Zuflüsterung Gehör schenkt. Tolstoi sagt schon: die reiche Klasse, die Gesellschaft weiß und glaubt an nichts,<sup>38</sup> und das Proletariat weiß nichts, aber glaubt alles. Und dies trifft im doppelten Masse für die Frau zu, die allen Einflüsterungen Gehör schenkt. Und wenn ich nun sage, die Partei muss mehr Aufklärungsarbeit leisten, so will ich damit nur sagen, sie muss das tiefe Wissen legen, den inneren Zusammenhang, den inneren Mechanismus des Kapitalismus klar legen, jenes tiefe Wissen, das all das, was wir wünschen, was wir erstreben, kein Traum ist, keine Utopie, keine Sehnsucht nach dem, was wir gern haben möchten, sondern dass es eine geschichtliche Notwendigkeit ist, die kommen muss und kommen wird, dass jene kapitalistische Wirtschaftsordnung Platz machen muss einer neuen Wirtschaftsordnung, nämlich dem Sozialismus und Kommunismus. Das ist in der Geschichte

begründet. Das müssen wir auch der Frau beibringen. Hat sie erst diesen Einblick in alle diese Dinge, dann sind wir überzeugt, Genossen, dass sie sich mit all ihrer Aufopferungsfähigkeit dafür einsetzen wird, und zwar mehr wie der Mann, wie ich behaupte, und dafür kämpfen wird im Interesse nicht nur ihrer selbst, sondern im Interesse des ganzen Proletariats.

Dieses Wissen müssen wir ihr bieten, nicht all das, was die Frau in den öffentlichen Versammlungen hält, was man ihr da sagt: ja, Du bist geknechtet, Du bist unterdrückt, aber hilf mit, dass wir eine andere und bessere Gesellschaftsordnung errichten; dann ist sie ganz skeptisch, sie glaubt nicht daran. Sie verzweifelt, und oft, Genossen, hat sie ein Recht zum Verzweifeln, weil ihre Männer nicht die Genossen in der Familie sind, die sie in der Versammlung und im öffentlichen Leben zu sein vorgeben (*Sehr richtig!*), weil ihre Männer in der Familie nicht so handeln, wie sie mussten. Die Frau muss verzweifeln oftmals und sagen: ich kann nicht an den Kommunismus glauben, der allen Menschen hilft, wo einer für alle ist und alle für einen; ich muss verzweifeln, denn Du bist ja ein ganz anderer in der Familie als in der Versammlung oder im öffentlichen Leben. Aber trotz alledem, wenn die Frau auch so verzweifelt ist, muss man ihr aber doch sagen, über Deine Tränen, über Deine Verzweiflung, überall Deinen Kummer wird auch das hinweggehen, all das wird Dich unter die Räder bringen, wenn Du nicht mit eingreifst. Dieses Wissen wird sie begreifen, sie wird begreifen: ob ich elend bin, ob ich zufrieden bin mit meinem Schicksal, ob ich glücklich bin, ob ich hungrig bin oder satt bin, ich muss mich einsetzen für diese Bewegung, weil es eine geschichtliche Notwendigkeit ist, weil es kein Traum und keine Sehnsucht ist. Und dieses Wissen, Genossen, muss die Partei allen Genossinnen und Genossen vermitteln. Das kann man nicht durch Vorträge an einem Abend machen, sondern dazu müssen Kurse veranstaltet werden. Darum sage ich, wenn wir Referenten ins Land schicken, dann soll man nicht immer sagen: ach, in die Provinz und auf das Land können vielleicht nur Redner geschickt werden, die irgendwie radikal oder gefühlsmäßig sprechen oder es kommt nicht darauf an, dass man gute und geschulte Redner ins Reich hinausschickt. Und ich sage, Genossen, gerade ins Reich, auf das Land müssen die besten und geschultesten Redner, die die Zusammenhänge begriffen haben, die aber auch ganz volkstümlich sprechen können. Die die Psyche des Mannes und der Frau kennen, um ihnen das plausibel zu machen. Wir müssen sehr vorsichtig sein in der Wahl der Referenten, die wir ins Reich schicken. (*Sehr richtig!*)

Nun, Genossen wollen wir einmal das Verhältnis von Mann und Frau in der Familie ergründen. Worauf basiert unsere Familie? Worauf hat der Kapitalist aufgebaut? Die Familie stützt sich auf zwei Grundpfeiler, erstens auf die Unlösbarkeit und zweitens auf das Eigentum. Diese beiden Grundpfeiler sind auch unten gelockert. Die Unlösbarkeit für ein ganzes Leben kann nicht stand halten. Wenn die beiden Personen, die zufällig das Lebensschicksal aneinander gekettet hat, einsehen, dass sie nicht zueinander passen, dass sie nicht miteinander leben können, wenn diese beiden starke Persönlichkeiten sind, werden sie sich trennen. Und ich sage, Genossen, jeder Revolutionär und jeder Kommunist hat die Pflicht, seine Ketten innerhalb der Familie zu lösen, mag das über den einen oder den anderen gehen. Revolutionär heißt, sich nicht anpassen, nicht anpassungsfähig zu sein. Wenn man sich aber anpasst, um des lieben Friedens willen oder um Mensch zu sein oder der Mensch ist gut oder er ist mitleidig oder sonst etwas - nein, Genossen, wenn mich die Familie hemmt, wenn ich für die Sache nicht arbeiten kann, habe ich die Verpflichtung, die Familie zu lösen (*Sehr richtig!*), all und jedes Verhältnis zu lösen, das mich kettet, das mich bindet, das meine Kräfte vor allen Dingen bindet, sodass ich mich nicht so in den Dienst der Sache stellen kann, wie es notwendig ist. Das gilt für beide Teile, für die Frau so gut wie für den Mann. Es gibt hier nichts einzuwerfen: was machen die Kinder? Es wird immer

einen Weg geben, wie man auch diese Frage lösen kann. Aber nicht verstehe ich die Genossen oder die Menschen, die miteinander leben, die sich einander das Leben vergiften, das Leben zur Hölle machen. Dies mag noch sein, wenn es sich nicht abspielt draußen auf dem großen Kampfe. Wir sehen so viele Genossen draußen in der Versammlung und überall als ganz tüchtige Menschen, die alles versprechen; aber sobald sie in die Familie eintreten, in dieses Joch sich hineinzwängen, dann sind sie nicht fähig oder nicht brauchbar für den Kampf. Bei diesem Verhältnis von Mann zu Frau ist immer der Mann geneigt, und zwar gerade nur auf Grund seiner wirtschaftlichen Stärke, die Frau als einen Menschen Nummer 2 zu betrachten, weil er es ist, der verdient, er es ist, der die Familie erhält. Wir können das psychologisch verstehen, daß derjenige, der die Macht hat, der die wirtschaftliche und dann auch die geistige Macht hat, ganz unbewusst oder bewusst es als ganz selbstverständlich ansieht, daß er derjenige ist, der zu bestimmen hat und daß die Frau dann ein halber Mensch ist oder gar ein Viertel Mensch; er ist der Herr der Schöpfung. Diesen Dingen müssen wir entgegentreten. Auch unseren Genossen gegenüber müssen wir in dieser Hinsicht auf die Finger sehen. Ich sage, nicht die Mitgliedskarte macht den Kommunisten, sondern der, der sich selbst als Person in der Familie und überall so einstellt für den Kampf, wie es notwendig ist. Nun, Genossen, diese bürgerlichen Dinge, diese Rückständigkeit, diese Unfreiheit und Unkenntnis müssen wir versuchen, mit Verständnis zu regeln, wir müssen für beide Verständnis haben, für den Mann sowohl wie für die Frau. Wir müssen erstens Verständnis dafür haben, daß der Mann aus seiner ganzen Entwicklung so zum Egoisten geworden ist, und daß die Frau aus dieser Entwicklung von Tausenden Jahren, durch die sie hindurchgegangen ist, auch ein Produkt ihrer Verhältnisse geworden ist. Diese Dinge mit Verständnis zu regeln, hier Änderungen zu schaffen, ist die vornehmste und wichtigste Aufgabe unserer Partei. Ich muss hier sehr viele Punkte zurückstellen, weil es zu weit führen würde, auf alle diese Dinge einzugehen. Ich kann nur kurz streifen die sexuelle Frage, die Ehe, was ein sehr wichtiger Punkt ist. Auch hier werden wir sehen, daß sich auch diese Formen ändern werden. Wenn die Existenzbedingungen der Frau gesichert sind, wenn ihre Abhängigkeit nicht mehr da ist, dann fällt dieses andere auch. Wir haben in Rußland gesehen, daß dort die Dinge mit einem Mal, vielleicht innerhalb 2, 3 Jahren in ganz andere Bahnen gelenkt sind (*Zuruf: in einem Jahre!*), aus dem einfachen Grunde: die Existenz der Frau ist gesichert, die Abhängigkeit der Frau ist beseitigt worden, nun fallen alle diese Schranken, alle diese Vorurteile; da kann sich die Frau zum Menschen entwickeln. Aber wenn wir auch hier noch so tief in allen diesen Dingen stehen, so müssen wir immer und immer wieder unseren Frauen und unseren Männern zurufen, sie sollen in erster Linie Mensch sein, d.h., sie sollen ihre Persönlichkeit, ihr eigenes Ich, ihren Menschen, ihren inneren Menschen in den Vordergrund schieben; sie dürfen sich nicht als ein Stück Ware behandeln lassen, sie müssen ihre Arbeitskraft mehr bewerten. Dann können sie in zweiter Linie Weib und Mutter sein. Aber in erster Linie müssen sie Mensch sein. Alle diese Hemmungen in der Familie müssen überwunden werden. Das gilt für beide, für Mann und Frau. Ein Revolutionär darf sich hier nicht anpassen, darf sich nicht unterordnen, sondern muss die Ketten lösen, die seine Kräfte für die Revolutionsarbeit binden.

Nun, Genossen, wir sagen immer wieder: die Sache des Proletariats steht uns hoher als diese persönliche Sache, und daran wollen wir festhalten, auch wenn wir diese Frauenfrage behandeln. Jetzt wird sich jedem von uns die Frage aufdrängen: ja, wie können wir praktisch die Frau mehr heranziehen, wie wird es möglich sein, unsere Frauen, unsere Mädchen vor allen Dingen, unsere Jugend mehr heranzuziehen, mehr für diese Aufgaben zu interessieren? da wird ja jetzt auch aus den Bezirken hier von den Delegierten manche Anregung kommen, wie das in die Praxis umzusetzen ist. Ich kann nur den Vorschlag machen, dass man die Frau mehr zur praktischen Arbeit heranzieht, ihr mehr Funktionen zuteilt, aber nicht nur untergeordnete Funktionen,

nicht nur sagen. Das ist gut für die Frau oder dieses oder jenes können Frauen machen, sondern dass man die Frau auch gleichwertig behandelt als Kameradin, als Genossin, als Mensch und den Frauen genauso verantwortungsvolle Posten und Funktionen überträgt wie den Männern. Tun wir das, Genossen, so werden wir bald dahinter kommen, dass unsere Frauen, wenn sie sehen, dass sie nicht nur untergeordnete Funktionen zu erfüllen haben, sondern ganz gleichwertige Stellen bekommen, mit viel größerer Opferfreudigkeit und Aufopferung und Pflichteifer daran gehen werden, ihre Aufgabe zu erfüllen, und zwar nicht nur, wie genügend Genossinnen bewiesen haben, in der Revolution, nicht nur in der Pflege von Kranken und Invaliden, sondern auch in Bezug auf ganz aktives Eingreifen, wenn ich auch nicht sagen will, wie unsere russischen Genossinnen. Das russische Volk an sich ist ein ganz anderer Typ wie das deutsche. Wir können da keinen Maßstab daran anlegen, was unsere russischen Mädchen drüben gemacht haben, wie sie überall praktisch eingegriffen haben. Die Deutschen sind viel zu sehr in der Knechtseligkeit erstens einmal erzogen, sie sind viel zu lasch, sie haben nicht so viel Klassenbewusstsein, sie haben nicht so viel Solidaritätsgefühl für alle, sie sind viel zu gleichgültig in allen diesen Dingen. Und das gilt noch infolge dieser tausendjährigen Erziehung noch viel mehr für die Frau. Aber trotzdem müssen wir versuchen, alle diese Dinge zu überwinden. Und da sage ich als praktisches Beispiel, dass man sie mehr zu Funktionen heranzieht und ihr wirklich alle diese Aufgaben zuerteilt in dem Bewusstsein, dass sie gleichartig dem Manne ist, und dass man da keinen Unterschied macht.

Es wird hier vielleicht nicht der Ort sein, über Aufgaben zu sprechen, die unsere Frauen im Kampfe haben. Wir müssen uns aber darauf einstellen, dass wir nicht immer in so ruhigen Zeiten leben werden, und dass die Dinge ganz anders einmal aussehen werden, und dass auch endlich einmal die Dinge kommen können, dass unsere männlichen Genossen im Straßenkampf, im Barrikadenkampf stehen. Was tun dann die Frauen? Da ist es Aufgabe der Bezirke, der Partei, hier zu organisieren, hier aufzuklären, welche Aufgaben unsere Frauen in der Aktion, im Kampfe haben. Und wir sind in Berlin schon in einigen Bezirken in Zeiten der Aktion, d.h., in Zeiten der Hochspannung uns ganz klar gewesen, was geschehen muss. Wir können alle diese Dinge hier nicht in der Öffentlichkeit besprechen, das bleibt der Organisation vorbehalten. Aber darauf will ich hinweisen, dass unsere Genossinnen wohl verwendet werden müssen in diesem Kampfe, und dass ihnen dass ganz bestimmte Aufgaben in bestimmten Ressorts zugeteilt werden müssen, nicht nur im Sanitätswesen, wozu sich eine Frau vielleicht besser eignet als der Mann, sondern es kommen auch andere wichtige Posten in Frage, wie Post- und Courierdienst. Ihr wisst, Genossen, dass dann auf alle diese bürgerlichen Institute kein Verließ ist, sondern dass wir zu allem Misstrauen haben müssen, was dann noch irgendwie auf der Gegenseite steht, dass wir diesen ganzen inneren Apparat aufrechterhalten müssen durch uns. Und da sind die Frauen zu verwenden, da müssen sie eingreifen. Sie müssen den Post- und Courierdienst übernehmen, nicht nur das Sanitätswesen. Sie müssen die Verpflegung der Mannschaften übernehmen. Sie müssen nach geeigneten Lokalen ausschauen, wo gespeist werden kann und wie viele dort gespeist werden können, wie groß die Räumlichkeiten sind. Sie müssen die Sorge für die Kinder organisieren, damit die Frauen, die in Dienst kommen, ihre Kinder in sicherer Obhut wissen. Alle diese Dinge sind Aufgabe der Frau, und es wird an uns liegen, diese Dinge zu organisieren und unsere Frauen dafür zu interessieren.

Und, Genossen, noch eine wichtige Aufgabe ist die Militärpropaganda. Wir als kleine Partei haben nicht all die Mittel, in der Beziehung so zu wirken. Aber notwendig wäre es auch hier, eine Abteilung dafür einzusetzen, die sich mit diesen Dingen beschäftigt, wie sind unsere Arbeitsbrüder und Söhne aufzuklären, die in den bunten

Lumpen stecken, die die Waffen gegen uns richten? Wie können wir unsere Frauen und Mädchen dafür interessieren, dass sie diese Grünen<sup>28</sup>, die Sipo und die Orgesch<sup>29</sup> aufklären? Nicht dieses gedankenlose Techtelmechtel - dem müssen wir auf das schärfste entgegentreten, dieser Gedankenlosigkeit von unseren proletarischen Mädchen und Frauen, dass sie mit diesen Grünen irgendwie in Verbindung stehen, mit ihnen ins Kino und in den Tanzsaal gehen, ohne zu wissen, dass man mit einem Arbeiterverräter, mit einem Arbeitermörder in Verbindung steht. Dieser Gedankenlosigkeit, dieser Gleichgültigkeit müssen wir auf das schärfste entgegentreten und unseren Mädchen immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass sie ein proletarisches Mädchen ist, eine proletarische Frau ist, die stolz auf sich sein muss, auf ihren Klassencharakter, dass es nicht mit ihrer Ehre und Würde zu vereinigen ist, mit jemandem in Beziehungen zu stehen, der gegen mich ist, der rücksichtslos meinen Freund, meinen Bruder, meinen Vater niederschießt, dass ich mit dem in keinem Freundschaftsverhältnis stehen kann.

Aber nebenbei, Genossen, müssen wir versuchen, kommunistische Literatur in die Kasernen zu schaffen, kommunistische Literatur unter die Soldaten zu werfen. Wir müssen auch versuchen, irgendwie Propaganda zu machen unter unseren Arbeiterbrüdern, auch wenn sie in diesen bunten Lumpen stecken, auch wenn sie gegen uns die Waffen richten; wissen wir doch, dass es nur Verhetzung und Verkleisterung ist. Es ist kein Zufall, dass keine kommunistische Literatur in den Kasernen ist; es ist kein Zufall, dass allen Reichswehrsoldaten verboten ist, in öffentliche Versammlungen zu gehen, um sie uns zu entfremden, um sie uns und unseren Gedanken zu Verschließen, damit sie dann in der Aktion blindlings ihre Brüder niederschießen. Und da sage ich, Genossen, alle diese Dinge sind wohl in Erwägung zu ziehen, alle diese Dinge müssen geleistet werden; und da können uns unsere Frauen und Mädchen wichtige Dienste leisten, wenn sie fest sind, wenn sie geistig urbestechlich sind, wenn sie bewusst zu uns stehen, dann können sie wohl auch drüben in das feindliche Lager gehen und dort versuchen, so gut es in ihren Kräften steht, Aufklärung zu schaffen.

Aber, Genossen, wir sehen auf der anderen Seite, dass unsere Frauen zum Pazifismus, zum Frieden auf jeden Fall neigen. Frieden wollen sie haben; und verständlich ist es aus der Psyche der Frau heraus: Sie, die das Leben gibt, will es auch erhalten. Sie will Liebe von Mensch zu Mensch tragen. e will nicht das Leben zerstören. Aus dieser Psyche heraus müssen Sie die Frau verstehen, wenn sie den Frieden will. Aber wir müssen ihr sagen: unversöhnlichen Hass müssen wir predigen, nicht die Liebe. Genossen, wir wissen, dass Kommunismus Liebe ist, und Liebe kennt keine Gewalt. Aber wir sind ja noch nicht im Kommunismus, wir sind ja noch mitten in der furchtbarsten Zeit, die je eine Menschheit durchlebt hat. Und in dieser Zeit müssen wir predigen Hass, glühenden Hass gegen diese Gesellschaft. Wir müssen den Frauen sagen: nicht Frieden, nicht irgendwie Versöhnlichkeit, solange man uns so knechtet, solange es noch möglich ist, dass da ein Leben geführt wird mit Lüge und Schwindel und Betrug, solange muss ich diese Gesellschaft hassen. Und die Frauen

---

<sup>28</sup>Die „Grünen“ oder die Sipo (Sicherheitspolizei). Die Sipo bezeichnete eine eine kasernierte und militärisch bewaffnete Polizeitruppe der meisten deutschen Länder, die 1919 von den Sozial-Demokraten Gustav Noske und Wolfgang Heine eingeführt wurde. Im Gegensatz zur herkömmlichen Polizei im Einzeldienst, die in der Regel blaue Uniformen trug, wurde die Sipo auch nach ihrer Uniformfarbe die „grüne Polizei“ genannt. Die graugrüne Uniform entsprach weitgehend der der Jägerregimenter zu Fuß der preußischen Armee. Besonderes äußeres Merkmal war der ebenfalls von den Jägern übernommene Tschako als Kopfbedeckung.

<sup>29</sup> Organisation Escherich oder Orgesch. Reichsweiter Dachverband der Einwohnerwehren mit bis zu 2 000 000. Mitgliedern, gegründet am 9. Mai 1920 in Regensburg. Die Leitung hatte Georg Escherich (1870-1941) inne, der Führer des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns. Nach der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren bis Juni 1921 wurde auch die Organisation Escherich am 24. Juni 1921 auf Anordnung der Reichsregierung aufgelöst.

werden es verstehen, wenn man ihre pazifistischen Gedanken in sachlicher Weise auseinandersetzt. Aber Ihr Männer müsst auch verstehen aus der Psyche der Frau heraus, dass sie geneigt ist für Frieden, für Erhaltung des Lebens, für keine Zerstörung. Aber wenn man ihr auf der anderen Seite das Gegenteil klar macht, wird sie das auch verstehen und diese Dinge begreifen, denn die Frau ist gar nicht so beschränkt, und nur durch diese tausendjährige Verdammung und Sperrung alles Wissens von ihr ist sie ja nur dahin gebracht worden, wo sie heute steht.

Dann, Genossen, müssen wir versuchen, der Frau beizubringen, der Kampf wird nicht friedlich sein, dieses Aufeinanderprallen, dieser Klassenkampf kann sich nicht friedlich vollziehen. Das müssen wir versuchen, unseren Frauen plausibel zu machen.

Ich sagte schon, mit dieser Frage hängt eng zusammen der Begriff Vaterland. Genossen, Ihr werdet vielleicht glauben, die Sache ist nicht so wichtig, dass man sie hier streift oder behandelt. Aber Ihr müsst immer bedenken, dass Ihr nicht nur in den Städten sitzt, Ihr müsst immer bedenken, dass die Frau eine viel stärkere Neigung hat für Vaterland und auch für einen beschränkten Umkreis. Ich will zugeben, dass schon der Patriot, der männliche Gegner ein Gegner ist, mit dem man sich schwer auseinandersetzen kann. Aber eine Patriotin wird zur kreischenden Furie, wenn man ihr sachlich auseinandersetzt, dass sie kein nationales Interesse zu vertreten hat (*Sehr gut!*), dass sie nur zu beachten hat, dass sie nur so viel verdient oder verdienen kann, wie sie unbedingt und nur sehr spärlich zum Leben gebraucht; nur so viel gibt ihr der Kapitalist. Wir müssen versuchen, an kleinen Beispielen auseinandersetzen, dass diese Vaterländer nicht auf einmal herausgewachsen sind und nicht immer so bestanden haben wie jetzt, sondern dass auch dies alles der Entwicklung unterworfen ist. Wir werden vielleicht an kleinen Beispielen auseinandersetzen, dass eine Reise zwischen Cöln und Augsburg früher so viel Wochen gekostet hat wie jetzt Stunden und dass infolge späterer Entwicklung, wie die Verkehrsmöglichkeiten bessere waren, eine postalische Organisation eingerichtet wurde, wie mit dieser ganzen Entwicklung auch die Städte untereinander ein ganz anderes Bild bekommen und dass die Städte schon allein sich bekriegten, dass sich die Städte wie Cöln, Augsburg usw. sich gegenseitig als Ausländer betrachteten und danach behandelten, dass später aus diesem Cöln, aus diesem Dresden usw. dann Preußen, Sachsen und Bayern usw. wurde, dass so die Vaterländer entstanden sind und noch entstehen werden, wenn die Entwicklung so weiter geht. An allen diesen kleinen Beispielen wird man den Frauen plausibel machen können, dass dieses Vaterland nichts weiter ist als eine Organisation zur Regelung der Ausbeutung der Proletarier. Genossen, wir haben ihnen plausibel zu machen, dass es auch gar nichts anderes bedeutet, ob sie hier in Berlin irgendwo arbeiten oder ob sie irgendwo bei einem Rittergutsbesitzer als Knecht oder Magd beschäftigt werden, wir werden ihnen klar machen, ob sie in Chicago in einer riesigen Fabrik arbeiten oder wo anders Perser Teppiche weben oder in London beschäftigt sind - das alles spielt keine Rolle, der Proletarier bekommt überall in der Welt nur so viel, wie er unbedingt zum Leben braucht. Und das andere Beispiel ist, dass die Arbeitslosen in Deutschland genauso hungern wie in dem sogenannten gesiegtten England, dass da gar kein Unterschied besteht. Genossen, ich glaube doch, dass, wenn man so die Dine auseinandersetzt, dass man immer wieder ruhig und sachlich auf diese Dinge hinweist, dass wir dann hier doch auch Licht in dieses Dunkel hineinbringen und dass wir hier doch vieles aus dem Wege räumen, was aus dem Wege geräumt werden muss, denn wir alle sind uns klar, dass die wirtschaftliche Zersetzung des Kapitalismus viel eher überwunden und bekämpft wird als diese geistige Verseuchung des Proletariats, wie diese geistige Gefangenschaft, in der jeder noch sitzt, aus der sich jeder befreien muss. Und hier, Genossen, müssen wir alle Hand

anlegen, damit wir auch hier Licht in dieses Dunkel bringen.

Dann kommt die Frage: wie steht die Frau überhaupt zur Religion? Es war eigentlich daran gedacht, auch die Religion mit auf die Tagesordnung zu setzen. Aber wir stellten uns auf den Standpunkt, dass doch jeder Kommunist und jeder revolutionäre Arbeiter mit sich selber fertig werden muss, ob er noch irgendwie an diesen Unfug glauben kann oder nicht, ob ein Zwang der Partei nötig ist, um ihnen zu sagen: Du hast Deine Pflicht auch gegen Dich selbst zu erfüllen, wenn Du an alle diese bürgerlichen Einrichtungen, an diese Verdummungsanstalten, an die sogenannte noch glauben kannst, dann sagen wir ihm, er ist gar kein revolutionärer Proletarier (*Sehr richtig!*), er kann kein revolutionärer Proletarier sein. Revolution, überhaupt Kommunismus wird sein die restlose Überwindung des Christentums. Die vollständige Überwindung alles dessen kann uns nur vorwärts bringen. Aber, Genossen, die Tatsachen lassen wir wiederum feststellen, dass die Frauen viel mehr und viel fester an der Religion hängen als die Männer, weil überhaupt Religion Gefühlssache ist. Es ist ein Fühlen, ein Glauben, und es schaltet vollständig das Denken aus. Von jeher ist die Religion Todfeindin des Wissens gewesen, Todfeindin alles Denkens. Nichts haben die Priester und die Pfaffen mehr gehört als das Denken. Genossen, weil aber die Religion Gefühlssache ist und die Frau organisch schon mehr gefühlsmäßig veranlagt ist als der Mann, auch wieder durch die ganze Entwicklung, denn die Frau war 1 1/2 Jahrtausend von jedem Beruf abgesperrt, also förmlich von dem Wissen ihrer Zeit, so neigt die Frau mehr zur Religion. Nachdem man diese Tortur anderthalb Jahrtausende betrieben hat gegen die Frau, kommt man jetzt her und schimpft über das kleine Weibergehirn, über den engen Frauenverstand. Jetzt kommen dazu noch der Hohn und der Spott. O, nein, Genossen, wir müssen verstehen, auch diese Dinge haben ihre geschichtliche Entwicklung hinter sich. Wir müssen mit vollem Verständnis auch hier unseren Genossinnen entgegenkommen und ihnen sagen, das alles nützt nichts, auch das Beten nützt Dir nichts, sondern nur Deine eigene Kraft wird imstande sein, dieses Geistesgestrüpp aus dem Wege zu räumen. Ich glaube, wir haben reichliches Material gerade in Bezug auf Religion, in Bezug auf Schule und alle diese Institutionen. Seht Euch blois solchen Soldaten an, in der Religion wird von einem Gott der Liebe gesprochen und davon: Du sollst nicht töten. Und auch auf dem Koppel des Soldaten steht: Mit Gott für König und Vaterland, und daneben stecken Handgranaten, Dolch und Revolver. Genossen, auf alle diese Kleinigkeiten müsst Ihr hinweisen. Das wird überall wirken - dass diese Dinge im Widerspruch stehen, dass sie von der bürgerlichen Gesellschaft aufoktroiert sind und Jahrtausende in die Gehirne der meisten geimpft worden sind. Jeder Proletarier ist darum verpflichtet, auch hier in Bezug auf die Kindererziehung darauf zu achten, dass die Religion auch von der Schule fernzuhalten ist, dass jeder Proletarier sein Kind aus dem Religionsunterricht herauszunehmen hat. Aber hier kann man keinen Zwang auferlegen. Wir sollen und werden keinen Zwang auferlegen. Wir appellieren aber an die sittliche Anständigkeit und die Reinheit jedes einzelnen, da sich selber dahin zu entwickeln.

Nun, Genossen, wir dürfen da auch nicht unterschätzen die syndikalistische Lehre. Auch diese ist sehr verfänglich, gerade in Bezug auf unsere Frauen, weil Syndikalismus Individualismus ist und auch Gefühlslehre ist. Sie leugnen ja manchmal die ganze Entwicklung und alles ab. Genossen, gerade dieses Gefühlsmäßige individualistische, auf die Persönlichkeit Berechnete und der die ganze Entwicklung ablehnende Standpunkt - das verfängt bei unseren Frauen. Wir müssen auch hier überall klar und deutlich unsere Grundsätze daneben stellen, ihnen sagen, wie wir stehen, dass es irgendwie einen Zusammenhang hat, dass es nicht zufällig ist, dass wir so oder so denken müssen, sondern dass wir unter bestimmten Umständen, unter bestimmten Produktionsweisen so und nicht anders denken müssen, dass

letzten Endes die ökonomischen Verhältnisse und die Produktionsweise die Ursachen sind. Und ich sage gerade: Syndikalismus, Anarchismus - allen diesen Gefühlslehren müssen wir auch entgegenwirken und unsere grundsätzliche Meinung dagegen stellen.

Genossen, ich habe bis jetzt lediglich die Hausfrau, die Frau im allgemeinen behandelt. Aber Ihr wisst, dass vor allem auch die erwerbstätige Frau in Frage kommt. Das ist schon eine fortgeschrittene Armee. Wir finden in diesen erwerbstätigen Frauen Vertreterinnen aller sozialen Schichten. Und gerade weil wir eine Betriebsorganisation haben, müssen wir ihnen auch sagen, auch sie haben große Aufgaben zu erfüllen, sie haben sich viel zu wenig um alle diese Dinge gekümmert, um die sie sich hätten kümmern müssen. (*Zuruf von Genosse Ihler*.<sup>4130</sup> *keine Zeit!*) - Keine Zeit!

Der Zwischenruf ist auch wieder typisch. Wenn es sich um Frauenarbeit handelt, heißt es, es ist keine Zeit. Der Zwischenruf beweist gerade, dass man das als nebensächlich betrachtet, und dass andere Fragen in den Vordergrund geschoben werden. (Widerspruch und Zuruf: Er meint es umgekehrt!) - Na schön! Wir wollen uns über diesen Zwischenruf nicht streiten. Aber ich sage, Genossen, gerade durch Hineinziehung der Frau in den Produktionsprozess stärkt sich die Frau und wächst ihr ganzes Klassenbewusstsein. Gerade das Solidaritätsgefühl wächst bei ihr. Und wenn die Frau ihre Persönlichkeit noch so sehr entwickelt hat, so wird sie sich bewusst sein, dass sie allein nicht imstande ist, sondern nur dicht gedrängte Massen diesen Kampf wagen können, den Kapitalismus fortzuschieben und beiseite schieben zu können. Und doch, Genossen, muss die B.O. viel mehr die Aufmerksamkeit darauf lenken. Das Verhältnis der Beamtin, der Büroangestellten zu der Fabrikarbeiterin, dass eine Arbeiterin, die eine reinliche Arbeit vollführt, vielleicht besser angezogen sein kann - dass da schon wieder sich der Dünkel über die Fabrikarbeiterin erhebt, die in Schmutz und Dreck arbeiten muss. Ich hatte vor einigen Wochen Gelegenheit, in einem großen Lohnbureau zu arbeiten - ich will nebenbei sagen: nur zwei Tage. Ich wurde gleich wieder hinausgeschmissen. (*Heiterkeit*) Gerade in diesen Angestelltenkreisen ist solch eine große Überspanntheit, solch eine große Unkenntnis von allen diesen Dingen, dass es sehr viel Arbeit kosten wird, viel mehr Arbeit als bei den männlicher Angestellten - das muss ich hier zugeben -, diese zu gewinnen; viel schwerer und größer ist hier die Aufgabe, denn diese Mädchen, gerade diese Beamtinnen, diese Puppenmädchen und diese Widergestellten, wirtschaftlich gut Gestellten, halten es unter ihrer Würde, mit einem Arbeiter, mit einem Schlosser, mit einem Tischler irgendwie eine Ehe oder sonst etwas einzugehen. Sie wollen wieder einen Beamten oder irgendjemanden aus diesem Kreise wieder haben. Sie lassen sich betören von dieser Scheinkultur, von all diesem Talmi. Sie denken, es meint es irgendjemand gut, der sie mit «äh, äh, gnädiges Fräulein» anspricht oder irgendwie mit diesen gleichen Dingen entgegnet. Alle diese Dinge müssen wir beurteilen können aus unserer Klassenlage, aus unserem Klassenbewusstsein heraus. Und wir müssen den Frauen und Mädchen ganz klar machen: das nützt Dir alles nichts, Du wirst genauso ausgebeutet wie die anderen; und wenn Du nicht mehr leistungsfähig bist und alt und krank bist, wirst Du auf die Strand geworfen. Diese Tendenz des Kapitalismus muss man diesen armen verblendeten Mädchen viel mehr zum Bewusstsein bringen. Gerade die B.O. müsste sich zur Aufgabe machen, grundsätzlich einheitlichen Lohn festzustellen, eine gleiche Bezahlung für Frau und Mann zu verlangen. Ich habe noch nie gehört, dass in der B.O. diese Frage in den Vordergrund geschoben worden ist. (*Zuruf: O ja!*) - Nein! O, was meint Ihr, was diese Forderung nach einheitlicher Bezahlung, nach gleichem Lohn für gleiche Leistungen für Unruhe und Widerspruch hervorrufen würde! Aber gerade Ihr,

---

<sup>30</sup> Fehlerdruck. Lesen: (Alfred) Ihlau.

Genossen, als B.O. müsst diese Unruhe und Widerspruch hervorrufen. Dadurch werden die Männer und Frauen auf Euch aufmerksam. Man wird Euch anpöbeln und bekämpfen. Aber Ihr müsst die Unruhe in die Betriebe hineinbringen, und man wird dann in den Betrieben und Fabriken darüber diskutieren. Es ist nicht schwer zu beweisen, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit in den Vordergrund gestellt werden muss. Ich will nicht darauf hinweisen, daß wir Frauen genauso leben müssen wie der Mann, daß wir nichts billiger bekommen, keine Kartoffeln, kein Fleisch, kein Brot billiger bekommen, wenn wir es als Frau einkaufen, sondern daß einheitliche hohe Preise sind. Aber auch auf ein anderes Moment müssen wir hinweisen, darauf, daß die Frau bisher immer ungleich und hundsmaÙig bezahlt wurde. Mir bot man ja vor ein paar Wochen an, für 2,50 M differenzierte Lohnberechnung zu machen, d.h. im Lohnbureau für 2,50 M die Stunde zu arbeiten. Und als ich mich an diesen famosen Angestelltenrat wandte, stellte er sich auf Seiten der Firma wie auf Seiten des Betriebschefs und sagte: Sie sind doch erst hier hineingekommen, wir können nur dem mehr bezahlen, der sich jahrelang hat ausbeuten lassen, aber nicht jemandem, der hier nur kaum hineinriecht. Ich musste erst den Betriebs- und Angestelltenrat darauf aufmerksam machen, daß ich nicht auf dem Boden stehe, sondern auf dem, erst muss ich leben, ehe ich etwas leisten kann. Genossen, wir, die wir im praktischen Leben stehen, wissen, wie es aussieht.

Für die Frauenfrage kommt dann auch vor allem in Betracht die Abhängigkeit auf Grund der ungleichen Bezahlung. Gerade weil der Mann mehr bezahlt bekommt, weil er sich besser halten kann, weil er der wirtschaftlich Stärkere ist, wird er auch immer und immer wieder dieses Abhängigkeitsgefühl in der Frau wach halten. Und die Frau muss, weil sie schlecht und minderwertig bezahlt wird, all ihre Kraft für alle untergeordneten Sachen hingeben. Wäsche, Kleidung und alle diese Bedürfnisse muss sie einschränken, und, was das Wesentlichste ist, sie bleibt mit ihrem Wissen zurück, sie kann sich nichts aneignen. Alle Zeit muss sie ausfüllen, um ihre Bedürfnisse nur einigermaßen zu decken.

Aber noch ein wesentliches Moment für die B.O. kommt hier in Frage. Wenn Euch von der Direktion entgegengehalten wird. Nein, das können wir unmöglich, die Firma kann das nicht bezahlen, sie geht pleite und dergleichen Dinge mehr - O, Genossen, wir haben doch kein Interesse an dem jetzt bestehenden Kapitalismus. Wir haben doch kein Interesse an dem jetzt bestehenden Kapitalismus. Wir haben wohl kein Interesse, ob sich die Fabrik rentiert oder wieviel Dividende sie abwirft, sondern wir wissen ganz genau, der Kapitalismus kalkuliert mit jeder Flamme, die umsonst brennt, mit jedem Motor, der leer läuft. Aber wir müssen dem gegenüber wieder sagen: mag doch brennen, was brennen will; geht in die Betriebe hinein und arbeitet nur immer so viel, daß man Euch nicht hinausschmeißt und an dem Wagen fahren kann, und alle andere Zeit nutzt aus für die Propaganda. Aber gerade da müssen wir sagen, daß unsere Genossen oft auf den Profit des Kapitals sehr aufmerksam bedacht sind. Die Arbeiter sind es, die sich gegenseitig darauf aufmerksam machen: Du hast ja wieder Licht brennen lassen oder Du musst mit dem Material sorgfältiger umgehen, Du musst dies und jenes machen. Der Kapitalismus konnte sich nicht so lange halten, wenn er nicht den größten Stützpunkt im Proletariat selber hätte, wenn nicht die Proletarier selber Interesse daran hätten - nicht bewusst -, daß irgendwie sparsam gewirtschaftet wird. Dem können wir entgegenstellen: fordert gleichen Lohn für Männer und Frauen, bringt die Unruhe in den Betrieb hinein, dann wird die B.O. mehr Aufmerksamkeit auf sich lenken, und es wird ein großes Diskussionsfeld werden und ein Aufklärungsfeld, und das ist mir hier das Wichtigste. Deshalb werfe ich das in die Debatte. Es wird ein Aufklärungsfeld für unsere Frauen werden.

Dann noch eins. Ihr dürft nicht vergessen, bei unseren Betriebsversammlungen,

vorwiegend da, wo Frauen und Mädchen beschäftigt sind, sie hinzuweisen: nicht nur ist unser Ziel Lohnerhöhung, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern Sturz dieser Gesellschaft. Immer wieder sind sie hinzuweisen: Du darfst Dich nicht zufrieden geben, wenn Du auch noch so anständig und das Doppelte und Dreifache und Zehnfache bezahlt bekommst. Wir müssen sie darauf hinweisen, daß auch dann die Distanz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem, wie der Kapitalist lebt, und dem wie wir leben, noch so groß ist, daß es doch noch wert und wichtig ist, ihn zu bekämpfen. Ich weiß, es wird von unserer B.O. darauf hingewiesen, aber nicht so ausgreifend und nicht so von dieser Wichtigkeit und Notwendigkeit getragen, wie es sein muss.

Gerade diese beiden Aufgaben wollte ich der B.O. anheimstellen und ihr sagen, daß sie dafür zu wirken hat in allen Provinzbezirken, überall im Reich, in der Provinz, in den Städten, auf dem Lande, wo sie nur irgendwie die Möglichkeit hat, an die Frauen heranzukommen.

Nun, Genossen, wir haben die erwerbstätigen Frauen jetzt herangeholt. Aber denkt an das große Heer der Hausfrauen, der Hausangestellten, der Heimarbeiterinnen, an die wir überhaupt nicht herankommen können, die man in keine Versammlung bekommt, die von früh bis abends Maschine treten oder sonst irgendwie beschäftigt sind. Die gönnen sich nicht die Zeit, um in eine Versammlung zu gehen. Wie kann man diese armen geplagten Menschen fassen? Wie soll man sie überhaupt ans Licht zerren? Wie soll man überhaupt zu ihnen sprechen? Da kommen wir wieder als Partei zu einem wichtigen Punkt. Das sind die Räte. Diese Frauen – Hausangestellte, Hausfrauen, Heimarbeiterinnen – werden durch die Räte erfasst werden. Wir können feststellen, daß im großen und ganzen die Frauen für Politik und Parteiprobleme überhaupt kein oder wenig Interesse haben, immer nur einige wenige, die mit glühendem Interesse alles das verfolgen, aber nicht die große Mehrheit. Aber den Räten bringt die Mehrheit Interesse entgegen, weil es eine Gemeinschaft ist, weil es schon eine Gemeinschaft in der Familie ist, in der sie leben. Und so denken wir uns ja auch die Gemeinschaft in den Räten irgendwie in einem Häuserkomplex in einer Stadt. Und gerade Frauen und Räte system – das ist eins der wichtigsten Dinge, die uns in Zukunft in der Übergangszeit beschäftigen werden müssen. Die Frau steht einmal der Politik skeptisch gegenüber, weil die Politik ihr immer als so etwas Hohes serviert worden ist, als etwas so Gelehrtes, was sie nicht verstehen kann, was kaum ein Mann begreifen kann. So ist das immer der Frau gesagt worden. Aber wenn man ihr aus allen diesen Dingen heraus erzählt, daß sie ein Interesse haben muss an einer Organisation, die ihre Kräfte frei macht, die sie nicht bindet an all diesen unnützen Kram im Haushalt, die ein Zusammenlegen des Haushalts und der ganzen Arbeit ermöglichen will, daß sie dann frei wird, daß sie sich dann erst entwickeln wird, daß sie dann erst Mensch werden kann, dann würde sie das vielleicht anders auffassen. Dieser ganze unnütze Plunder würde aufhören, und gleichzeitig würden Werte geschaffen werden, d.h. Werte bei der Frau freigelegt werden. Genossen, gerade „Frauen und Räte“ – das müsste auch einmal diskutiert werden. Gewiss, wir können oder vielmehr wir konnten an alle diese Dinge noch nicht herangehen, weil wir lebenswichtige Fragen in den Vordergrund schieben mussten, denn unsere Partei stand ja im Mittelpunkt des politischen Lebens, sie musste sich ja überall wehren. Anders ist es mit der reklamesüchtigen V.K.P.D. Sie hat einen Apparat und hat Mittel vor allen Dingen, um alle diese Dinge zu regeln. Sie geht jetzt daran, die Frauen in den Häuserblocks zusammenzufassen. Sie will versuchen, auch hier irgendwie Bresche zu schlagen. Aber immer wieder müssen wir uns davor bewahren, daß Räte und Partei nicht zusammen gehören, daß die Räte ein ganz anderes Ding sind als die Partei, und daß wir kein Interesse haben an diesen Räten, Zellen, will ich einmal sagen, wie sie die V.K.P.D. propagiert, daß wir den Frauen sagen: hütet Euch,

scheinbar auf die Räte einzugehen, und in Wirklichkeit steckt Parteiinteresse dahinter. Hütet Euch davor, denkt nicht, daß Ihr irgendwie in dieses Parteiwesen hineinkommt, sondern halten wir den Rätegedanken rein, wie er ist und aufgefasst werden muss. Dann werden auch Frauen und Räte viel inniger verbunden werden, weil diese Gemeinschaft ihrem Wesen entspricht, und wir werden auch da ein sehr günstiges Resultat erzielen.

Genossen, was uns aber vollständig fehlt, das ist Literatur hierüber. Wohl gibt es eine Menge Frauenliteratur, die sich speziell mit diesen Fragen beschäftigt. Aber Literatur, die auch Arbeiterfrauen nicht nur lesen, sondern auch verstehen können, fehlt uns vollständig. Es ist alles zu hoch, zu kompliziert, sie können in diese Dinge nicht hineinkommen. Es müssen die Fragen einfach aufgerollt werden, einfach muss den Frauen alles dies auseinandergesetzt werden, sodass sie es auch verstehen können. Und dann müssen wir einen Unterschied machen zwischen Provinz, Land und Großstadt. Überall sind da die Verhältnisse verschieden. Wir müssen uns denen anpassen. Wir müssen in Erwägung ziehen, ob wir nicht andere Propagandamittel in den Vordergrund schieben wollen, als es jetzt vielleicht in Rußland geschieht; Öffentliches Gericht oder lebendige Zeit – das sind alles noch Probleme. Sie müssen erst erörtert werden. Ich denke hier daran, weil die Frau geneigt ist, gefühlsmäßig und alles bildlich mehr aufzufassen, sie langsam in alle diese Dinge hineinzuführen, gerade diese neue Propaganda wie mit diesen öffentlichen Gerichten, wie es geplant worden ist, vorzuführen; es haftet mehr. Die Sprache hat etwas Lebendiges, und nicht nur die Sprache allein, sondern die ganzen Personen und alles wirkt da mit. Wir müssen da versuchen, uns mit dem proletarischen Theater in Verbindung zu setzen, ob es nicht möglich sein wird, auch diese Propaganda bei uns in Deutschland einzuführen, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß da große technische Schwierigkeiten oder große Unkosten entstehen werden. Aber wir müssen darüber diskutieren. Wir müssen den Willen haben, auch größere Frauenmassen heranzuziehen, sie nicht nur einmal zusammenzuhaben, vielleicht durch sensationelle Titel wie „Freie Liebe“ oder sonst etwas, wodurch sie angelockt werden. Aber letzten Endes gehen sie dann doch ganz enttäuscht von der Versammlung nach Hause, weil nur Wahlrummel oder Parteiinteressen dahinter stehen. Nein, Genossen, wir müssen aus innigem Verständnis heraus die großen Kreise von Frauen und Mädchen aufrütteln, alles, was anscheinend noch schläft, wach machen, ihnen sagen. Wir fühlen mit Dir aus diesem und jenem Grunde, wir sehen, warum du so elend geworden bist, warum Du so unterdrückt bist, und Du musst allen diesen Dingen Verständnis entgegenbringen. Wenn wir alle diese Dinge mehr in den Vordergrund schieben, wenn wir uns mehr als bisher darum kümmern werden, dann werden wir zwar nicht gleich überall die Erfolge sichtbar vor uns haben, aber langsam und sicher werden wir in der Tiefe Wurzeln schlagen und zu Erfolgen kommen. Wir wissen, daß auch dann nicht unsere soziale Frage gelöst wird, wenn es uns gut geht. Wir wissen, daß wir Alten noch junger dieser jetzigen Gesellschaft sind. Aber das kommende Geschlecht, unsere Kinder werden unser Erbe in Empfang nehmen. Und gerade in der Kindererziehung wird so unendlich viel gesündigt aus Unkenntnis und aus Einverständnis. Hier muss gerade besonders Gewicht gelegt werden auf die Erziehung der Kinder zum Sozialismus, zur Solidarität, zu allen diesen großen Gedanken, denn die Kinder sind instinktiv dafür. Jetzt leben sie ja in dieser Atmosphäre, sie können gar nicht anders sein. Aber sie richtig zu erfassen, sie richtig auf die richtige Linie hinzulenken, das soll Aufgabe und Zweck unserer kommunistischen Frau und überhaupt unserer älteren kommunistischen Genossen sein. Wenn wir diese Kindererziehung zur Solidarität, zum Sozialismus und Kommunismus planmäßig durchsetzen, dann, Genossen, werden wir auch jene große

Arbeit vollbringen, die notwendig ist, jene große Arbeit, die sich Rußland jetzt am meisten angelegen sein lässt. Gerade die Kindererziehung stellen sie in den Vordergrund. Die älteren sind nicht Kommunisten, können nicht Kommunisten sein, weil sie in dieser alten Welt kapitalistisch und bürgerlich durchseucht sind. Erst die kommende Generation wird wirklich kommunistisch sein. Und da sagen wir uns, wir müssen täglich all diese Unkultur, diese doppelte Moral, die auf uns lastet, ausmerzen, wir müssen die Keime des Kommunismus säen, täglich, stündlich, überall. Wenn wir dieses planmäßig und bewusst tun, dann werden wir auch den Aufstieg des Proletariats sehen. Einmal müssen wir den Anfang machen, einmal müssen wir doch irgendwie sagen jetzt ist der Anfang da, jetzt geht es aufwärts. Und, Genossen, dann werden wir auch allen Proletariern zurufen können: mit dem wirtschaftlichen Aufstieg wird auch der ethische Aufstieg in Parallele gehen. Und genau wie das errungen werden muss von beiden Geschlechtern, von Mann und Frau, von dem ganzen Proletariat, so werden wir auch hier allen Proletariern sagen, daß es Pflicht ist, hier einzugreifen, und daß gerade unsere proletarische Frau ein doppeltes und dreifaches Interesse haben muss, aus ihrer Unterdrückung herauszukommen und alle diese Dinge, die man hier nur streifen kann, so zu sehen und dagegen anzukämpfen. Dann wird die Frau auch ihre Kinder im Sinne des Sozialismus und Kommunismus erziehen; dann wird ein Geschlecht heranreifen, das sich nicht fürchtet vor Gott und dem Teufel, das gerade und fest steht, das kein Bonzentum aufkommen lässt, das steht zu seiner Überzeugung und zu seiner Auffassung. Und diese Dinge, Genossen, sind nicht nur Sache der Frau, sondern Sache des gesamten Proletariats, das ist nicht nur Sache unserer Partei, um vorwärts zu kommen, sondern das ist die Bewegung der sozialen Revolution und letzten Endes auch der 3. Internationale. Peitschen wir alle auf, wecken wir alle Schlafmützigen und Gleichgültigen und sagen wir: kommt zu uns und kämpft für diese Weltanschauung, helfe mit dazu beitragen, daß dieser Kommunismus aufwachsen kann, dieses große Gebäude, diese Wohnstätte für alle Menschen. Auch kann die Proletarierfrau Stein auf Stein dazu tragen, damit die Wohnstätte des Kommunismus errichtet werden kann. Dann werden wir sagen können: auch wir sind ein Stück vorwärts gegangen, wenn wir alle diese Fragen regeln nicht für uns allein, sondern im Interesse der Revolution. *(Lebhafter Beifall)*

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Es liegen zu diesem Punkt folgende Anträge vor, erstens von Niedersachsen:

«Der Parteitag wird ersucht, die Frauenfrage ganz besonders zu behandeln und dahin zu wirken, daß die Proletarierfrauen in die Reihen der revolutionären Kämpfer eingereiht werden.»

Dieser Satz ist ja schon dadurch erledigt, daß hier die Frauenfrage als besonderer Punkt auf dem Parteitag behandelt wird. Es müssen Flugblätter für die proletarischen Frauen herausgegeben werden.

Zweitens ein Antrag der Berliner Genossen, der eben erst eingereicht werden ist.

«Für einzelne Punkte der Tagesordnung, z.B. Frauenfrage, Agrarfrage, sollen nach Bedarf Arbeitsausschüsse eingesetzt werden, die nach Klärung durch Referat und Diskussion gegebenenfalls Richtlinien etc. auszuarbeiten haben zur weiteren Durchberatung und Beschlussfassung in den Wirtschaftsbezirken. Damit wird die Möglichkeit geboten, auf dem Parteitage wirklich positive Arbeit zu leisten auf den Arbeitsgebieten, die bisher durch die Umstände vernachlässigt werden mussten. Tagung der Ausschüsse möglichst außerhalb der Zeit der Gesamttagung.»

Genosse IHLAU<sup>31</sup> (Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion):

Dieses eben erstattete Referat kann ebenso gut für die Männer gelten. Unserer Ansicht nach ist die Frauenfrage unlösbar mit den übrigen Fragen der Revolution verbunden; die Frauenfrage ist keine besondere Frage. (*Sehr richtig!*) (*Genossin Klasse. Das habe ich je auch gesagt!*) Es sind glänzende Ausführungen in dem Referat gemacht worden. Besonders erhebend wer für mich das Bekenntnis einer Frau zum Hass gegen die herrschende Gesellschaft. (*Zuruf: Das ist doch nichts Neues!*) Die Genossin Klasse verlangt von der Betriebsorganisation, daß wir besonders die Frau in der Organisation bevorzugen sollen. Dafür sehe ich gar keinen Grund. (*Genossin Klasse: Nicht bevorzugen!*) Wir können der Frau keine Extrawurst braten. (*Genossin Klasse: Davon ist keine Rede!*) - Sie reden so wie alle Frauen; sie reden, und nachher haben sie nichts gesagt! (*Heiterkeit* - und *Genossin Klasse: Das ist wieder recht typisch!*) Die Betriebsorganisation sucht Aufklärung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu schaffen, und wir machen daß keinen Unterschied zwischen Frau, Mann, Lehrling usw. Wir gehen mit der Absicht um, die Frauen restlos zu organisieren, sogar die Hausfrauen. Wir müssen für die Kämpfe alles so organisieren, daß uns die Dinge nicht überraschen. Wir beschäftigen uns in der Betriebsorganisation weniger mit gewerkschaftlichen Fragen. Wenn wir aber dazu gezwungen sind mit Rücksicht auf die noch tatsächlichen Verhältnisse, so sind wir jederzeit dafür eingetreten, daß die Frauen dieselben Löhne bekommen wie die Männer. Und selbst in den Gewerkschaftskreisen, in denen ich mich noch vor einem Jahre befunden habe, haben wir diese Forderung auch immer vertreten. Also ein Vorwurf kann uns in der Beziehung nicht treffen. Wohl aber haben dann die Frauen, wenn wir diese Forderung vertraten, uns den Vorwurf gemacht, wir stellten diese Forderung, damit die Frauen aus dem Produktionsprozess verdrängt würden, wenn sie dieselben Löhne bekämen wie die Männer: Sehr viele Frauen haben sich deshalb sehr energisch dagegen gewehrt, dass sie so viel bekommen wie die Männer. Dann fordert man mehr Literatur und auch Flugblätter für die Frauen. Ich weiß nicht, was man da jetzt besonders Neues bringen soll. Seit Jahren hat sich die frühere Sozialdemokratie Mühe gegeben, durch Romane an die Frauen heranzukommen. Aber man hat herzlich wenig erreicht, die Romane sind wenig gelesen worden. Ebenso ist es mit den Flugblättern, mit diesen kleinen Dingen ist nichts zu machen. Die Frauenfrage darf man nicht aus dem großen Fragenkomplex herausnehmen. Die Frauenfrage ist von der übrigen Bewegung der Revolution gar nicht zu lösen. Das, was von der Frau zu sagen ist, trifft genau auf die Männer zu. Und man soll der Betriebsorganisation nicht den Vorwurf machen, dass sie für die Frauenagitation nichts geleistet habe. (*Genossin Klasse: Zu wenig!*)

Genosse MERGES:

Die Frauenfrage in einer derartigen Form zu behandeln wie früher die alte Sozialdemokratie, dann die U.S.P.D. und jetzt die V.K.P.D., dazu haben wir keine Zeit. (*Sehr richtig!*) Wir haben ja heute se viel Last mit den Männern, sie überhaupt zu Kämpfern heranzuziehen. Die Genossin Klasse hat zweifellos die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts richtig und großartig geschildert. Aber die meisten Frauen sind heute noch eingestellt auf Gefühlspolitik, von Gewalt wollen sie nichts wissen. Nur die

---

<sup>31</sup> Alfred Ihlau (1879-?), employed by health insurance funds in Berlin, was – with Rudolf Zimmer, Ernst Rieger (10/6/1875-1947) and Arthur Liers – a major figure of the AAU in Berlin. From 1921 on he was active in the antiauthoritarian AAUE. In 1929-31, he wrote some articles for *Der proletarische Atheist* ('The Proletarian Atheist'), organ of the proletarian free-thinkers, close to the FAUD, of which watchword was: "The Earth is our fatherland, Mankind our people!". From 1931, he became the president of the Community of Proletarian Freethinkers [Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GpF)]. In 1932, Ihlau was still politically active as founder member of the KAU. [See: Rübner 1994; and *Protokoll der Vereinigungs-Konferenz der AAUD und AAUE 24.-27. Dezember 1931 in Berlin*, Berlin: AAUE, 1932].

wenigsten von ihnen werden wir bekommen, da wir auch nur die wenigsten, die fortgeschrittensten Köpfe aus der männlichen Bevölkerung bekommen, die sich über den Rahmen der allgemeinen Verhältnisse herausbilden können. Selbstverständlich haben wir die Verpflichtung, bei jeder Gelegenheit zu bekennen und zu betonen, dass wir die Befreiung der Menschheit nicht auffassen als eine Befreiung des Mannes, sondern auch als eine des Weibes, dass wir da keinen Unterschied kennen. Gewiss kommt es zu Widersprüchen bei den Männern zwischen Worten und Taten. 9/10 der heute Anwesenden sind sicherlich eine bürgerliche Ehe eingegangen, soweit sie verheiratet sind. Die Widersprüche brauchen nicht darin zu bestehen, dass der Mann draußen etwas predigt, was er zu Hause nicht tut, sondern der Widerspruch besteht oft darin, dass die Frau zu Hause bürgerlich denkt, indem sie den Mann von den Opfern für die Allgemeinheit abhält und ihm sagt: Du bist verheiratet, Du hast Verpflichtungen übernommen, Du hast für Deine Familie zu sorgen usw. Und derjenige Genosse, der es wagt, sich über den Rahmen seiner Familie hinaus zu betätigen, der unter Umständen selbst seine Familie leiden lässt, bekommt oft selbst von Genossen und Genossinnen das Wort zu hören: er sollte mehr für seine Familie sorgen. *(Sehr richtig!)* Und das ist sehr bezeichnend. Ich habe in Russland feststellen können, dass vor der Revolution dort das russische Proletariat weiblicher Art nicht auf der Höhe der revolutionären Einstellung in seiner Mehrzahl gestanden hat. Die Revolution hat dort nicht nur den Mann, sondern auch das Weib frei gemacht und dem Weib mit der Gleichstellung vor allem auch das Selbstbewusstsein gebracht. Und ferner konnte nach der Revolution jeder seine Ehe, wenn er wollte, ohne weiteres lösen. Und nur einer Erklärung bedarf es dort jetzt, um einen sogenannten Ehebund einzugehen. Auch das ist schließlich überflüssig. Aber eine gewisse Form wollte man noch haben. Zehntausende von Ehen sind inzwischen gelöst worden, und Zehntausende von neuen Ehen in dieser einfachen Form geschlossen worden. Dadurch hat sich das Selbstbewusstsein des Weibes dort in gewaltigster Weise gehoben. Und jetzt kommt auch das ethische Moment. Der Verkehr zwischen Mann und Weib ist nicht mehr der alte; man spricht nicht mehr in zweideutigen Redensarten, man heuchelt nicht mehr wie bei uns, sondern man handelt offen und frei. Der Mann steht dem Weibe gegenüber als offenes Wesen und umgekehrt. So haben sich dort in ganz kurzer Zeit ganz andere Verhältnisse herausgebildet, und man ist dort auf ein ganz anderes Niveau gehoben worden. Das ist die Lösung. Besondere Literatur und sonstige Dinge - das ändert nichts an der vieltausendjährigen Verzeihung des Weibes. Damit kommen wir nicht vorwärts. Wir haben uns einfach darauf einzustellen, Hass zu predigen, die Beseitigung dieses Systems zu erstreben und uns auf den Endkampf, auf den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft einzustellen. Dann erst wird das möglich werden, was wir heute an Wünschen in uns tragen. Alles andere kann nichts mehr helfen. Damit will ich nicht sagen, daß wir nicht pflichtmäßig das Weib aufzurütteln und als Mitkämpferin zu gewinnen haben wie den Mann. Aber alle diese Vorschläge machen auf mich den Eindruck, als wenn man sich nicht eingestellt hat auf den baldigen Kampf, nicht auf den bevorstehenden Zusammenbruch, sondern als wenn wir in ganz friedlichen Zuständen lebten, als wenn wir recht viel ruhige Zeit hätten, um viel Versäumtes nachzuholen. Nein, Genossen und Genossinnen, viel Wichtigeres steht zurzeit bevor. Wenn wir auf diese Art und Weise in Kleinigkeiten abirren, dann verrennen wir uns in das Labyrinth der Zersplitterung unserer Bewegung. Das darf nicht geschehen. Konzentrieren wir den Kampf. Mann und Weib gehören zusammen. Mann und Weib sind Faktoren, die die alte kapitalistische Welt zu stürzen haben, und zwar nicht erst in späterer Periode, sondern so schnell wie möglich. *(Beifall)*

*Genosse KÜSTER:* Wenn man täglich im Reiche mit den in Fühlung steht, so macht man die Beobachtung, daß sie tatsächlich in den Versammlungen viel mehr Mut zeigen, als ihren Frauen gegenüber. *(Heiterkeit)* Oft sagen die Frauen ihren Männern:

gestern abends warst Du schon wieder daß und da, heute gehst Du wieder weg, was habe ich von Dir? Statt nun zu sagen: Frau, dieser Kampf, den ich führe als Funktionär in der K.A.P.D., in der Union, führe ich zur Befreiung der gesamten Menschheit, dieser Kampf ist notwendig - da sagt aber dann der Mann: Frau, sei ruhig, das nächste Mal gebe ich meinen Posten auf, dann kann ein anderer gewählt werden. Und bei der Wahl heißt es dann: meine Gesundheit erlaubt es nicht mehr oder ich bin anderweitig beschäftigt - nur weil man nicht den Mut hat, seiner Frau zu sagen: es ist notwendig, daß ich meine Kraft in den Dienst zur Befreiung der gesamten Menschheit stelle. Solchen Männern, die nicht den Mut haben, so ihren Frauen gegenüber aufzutreten, traue ich auch nicht den Mut zu, gegen die Reaktion zu kämpfen. Es trifft auch zu, daß Männer in den Versammlungen eine ganz andere Rolle spielen als zu Hause. Wir dürfen die Frau nicht als ein Glied zweiter Klasse in der Gesellschaft ansehen und müssen für eine gleiche Bezahlung von Frau und Mann eintreten.

Genosse REICHERT:

Die Genossin Klasse hat eine Fülle von Vorschlägen gemacht. Ich kann mich für diese nicht erwärmen, auch nicht für besondere Schriften, Flugblätter usw. für Frauen. Schriften und Flugblätter werden häufig nicht gelesen; und wenn sie gelesen werden und nicht in der Familie Gelegenheit zur Diskussion über das einzelne Gelesene gegeben ist, wird auch das nicht fest sitzen. Die beste Erziehung des weiblichen Geschlechts für den Kommunismus die Erziehung in der Familie. Auch der Mann kommt nur durch gegenseitigen Meinungs-austausch über das Gelesene zum Kommunismus, nicht allein durch das Lesen selbst. Vor allem muss betont werden, dass die Frau als gleichberechtigt angesehen werden muss. Die Frau muss die Genossin des Mannes sein. Der Mann darf nicht, wenn er von Seiten des Kapitals tyrannisiert wird, dies auf die Familie übertragen. Und die Frau soll sich nicht als Knecht des Mannes fühlen. Beide müssen sich gegenseitig als Genossen fühlen. Und wenn sie sich nicht verstehen können, müssen sie schließlich auseinander gehen. Aber gerade die Frau ist es, die sich an die materiellen Güter so fest klammert, sie ruft die bürgerlichen Gerichte an und will dieses Stuhlbein und jenes Tischbein aus der Wirtschaft haben, man muss sich da vor allem von dem Materialismus befreien. In vielen Fällen wäre es besser, wenn beide auseinander gingen, weil sie sich nicht verstehen. Aber leider tun sie das in den meisten Fällen nicht, sondern ziehen vor, weiter gegenseitig Sklave zu sein. Wir wollen keine Extrawurst für die Frauen braten, sie sind gleichberechtigt. Wir müssen aber dass Genossen sagen, dass sie auf den Kommunismus in der Familie mehr Wert legen, ihn nicht nur predigen, sondern auch befolgen. Hervorheben muss man auch, dass es nicht notwendig ist für den Kommunisten, sich zu verheiraten, da man auch ohne Ehe durch die Welt durchkommen kann. Bei der Agitation für den Kommunismus kann die Ehe oft ein großes Hindernis sein. Aber ist man schon verheiratet, dann schafft man selbst erst in der Familie Kommunismus, man gehe dann mit gutem Beispiel voran, denn das Beispiel ist die beste Erziehung. *(Sehr richtig!)*

Genossin FASSAUER:

Es ist hier gesagt worden, dass die Frau dem Mann hinderlich sei, dass sie ihm in den Ohren liegt, weil er zu viele Versammlungen besucht. Umgekehrt ist es noch viel mehr der Fall. Ihr alle wünscht, dass wir Frauen revolutionär sein sollen, dass wir uns tüchtig in den Kampf stürzen sollen. Aber zum großen Teil freuen sich unsere Genossen, wenn es die eigene Frau nicht tut, denn darunter leidet die Bequemlichkeit des Mannes *(lebhaft Zustimmung)*, und diese Bequemlichkeit möchte ein großer Teil unserer Männer nicht gern missen. Ich bin entschieden

dagegen, dass Frauen allein für sich Versammlungen oder Kurse abhalten. Politische Fragen sind keine Frauenfragen und keine Männerfragen. (*Sehr richtig!*) Es wird gesagt, manche Frau geniert sich vor den Männern, mag über diese oder jene heikle Frage mit den Männern nicht zusammen reden. Das ist Unsinn. Gerade dadurch, dass Frauen und Männer zusammen Schulter an Schulter kämpfen, kann man doch nur erreichen, dass die Frau sich gleichberechtigt mit den Männern fühlt. Früher, als wir noch nicht die Gleichberechtigung der Frau hatten, noch nicht das Wahlrecht hatten, da wurde im Reichstag und überall die Gleichberechtigung der Frau propagiert. Als wir aber dann die Möglichkeit bekamen, in das politische Leben hineinzugehen, mussten wir uns bei den Parteien erst unsere Position erkämpfen, da haben uns die politischen Parteien, die das große Wort im Reichstag führen, gar nicht als gleichberechtigt angesehen. Unsere Genossen müssen sich darum erst einmal daran gewöhnen, uns Frauen als gleichberechtigt zu betrachten, auch in Familienleben. Unsere Männer müssen nicht immer annehmen, daß immer die Frau diejenige sein muss, die politisch zurückstehen muss. Wenn der Mann erkennt, daß seine Frau ihm politisch und geistig überlegen ist, dann soll er sich auch nicht schämen, das der Öffentlichkeit zu zeigen und nicht darauf pochen, er nur in die Versammlungen zu gehen hat, wenn beide nicht kennen, da kleine Kinder oft hinderlich sind. Der Mann vergibt sich nichts, wenn er seine ihm geistig überlegene Frau in die Versammlungen gehen lässt und er zu Hause bleibt. Freilich, ein großer Prozentsatz der Frauen interessiert sich nicht für Politik, sondern mehr für Romane, die von Fürsten und Prinzessinnen handeln. Der Mann hat aber oft der Frau gegenüber den Hohn gespielt, wenn sie ihn um Aufklärung über politische Dinge fragte, denn er sagte dann: ach, das verstehst Du nicht, ich habe auch keine Zeit dazu. Manche Genossin hat sich dann nicht mehr getraut, den Mann le Rat zu fragen. Darum sage ich: auch die Frau hindert die Ehe sehr viel an ihrer politischen Betätigung. Das alles müssen wir begreifen. Darum muss auch die Frauenfrage besonders behandelt werden, nicht weil wir die Frauen bevorzugen wollen, sondern weil mit der Aufklärung an die Frau nicht so leicht heranzukommen ist wie an die Männer. Die erwerbstätigen Frauen sind meistens politisch weiter als die Hausfrauen, trotzdem sie nicht so viel Zeit haben wie die Hausfrauen. Sie sind an ihrer Arbeitsstätte mit vielen zusammen und fühlen den Druck des Kapitalisten, sie unterhalten sich darüber und fühlen, daß nur eine Zusammengehörigkeit, eine Geschlossenheit sie von diesem Druck befreien kann. Unsere Männer haben das eher begriffen, weil sie eher Anlass hatten, über diese ganzen Sachen zu diskutieren. Die Frau ist auch doppelt belastet, sie hat außer ihrer Erwerbstätigkeit noch nebenbei den Haushalt zu führen. Es muss ihr darum einmal etwas in die Hand gegeben werden, was leichter verständlich ist als für den Mann, der mehr Zeit zum Lesen hat. Nur so ist es zu verstehen, wenn wir die Frauenfrage besonders behandelt wissen wollen. Eine Extrawurst wollen wir damit für die Frauen nicht. Während des Krieges musste die Frau den ganzen Produktionsprozess zu Hause übernehmen. Nach dem Kriege mussten sie den Männern wieder Platz machen. Man hat nicht daran gedacht, was nun aus den jungen Mädchen werden sollte, die nun erwerbslos wurden. Es hat oft schwer gehalten, selbst Arbeiterkreise darüber aufzuklären, daß auch die Frau ein Anrecht darauf hat, leben zu können und nicht der Prostitution in die Arme getrieben zu werden. Aber man fand da wenig Verständnis bei manchen Leuten. Auch da hat man die Frau wieder nicht als gleichberechtigt angesehen. Haben erst die Frauen begriffen, um was es sich handelt, daß es um die Zukunft ihrer Kinder geht, dann sind sie meistens die Radikaleren, dann sind sie oft viel mutigere Kämpfer als zum Teil die Männer. So muss es auch sein. Dem Weibe liegt das Interesse der Kinder mehr am Herzen als dem Mann. Darum verlangen wir auch in unserem Antrage, daß wenn die Frauen revolutionär sind und sie mit den Männern auf gleicher Stufe stehen, sie auch in den Kampf als Kämpfer eingereiht werden. Sehr gern würde ich es sehen, wenn den Frauen ein leicht verständliches Flugblatt in die Hand gegeben wird.

Besonders schwer ist an die Frauen heranzukommen, die wirtschaftlich noch nicht so heruntergekommen sind. Diese freuen sich, dass es anderen noch schlechter geht, wenn sie noch ein besseres Kleid haben als die anderen, dass sie über die anderen die Nase rümpfen können. Auch hier heißt es: Hand ans Werk! Das ist nicht so leicht. Darum wünschen wir Material, um auch an diese indifferenten Menschenmassen heranzukommen und diesen durch sachliche, leicht verständliche Flugblätter klar zu machen, dass wir alle gleich sind, dass uns der Ernst des Lumpenproletariats viel lieber sein muss als jene anderen in Lackstiefeln, die vom Schweiß der Arbeiter leben, und dass die Armen nicht für ihr Elend können, sondern dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung das Lumpenproletariat erzeugt, dass die Arbeitslosigkeit die Familie heruntergebracht hat usw. Darüber denken diese Frauen nicht nach. Darum müssen wir sie dazu anregen. Wir müssen den Kampf aufnehmen, um die Frauen für den revolutionären Kampf zu gewinnen. (*Bravo!*)

Genosse OELSCHLÄGER beantragt Schluss der Debatte unter folgender Begründung:

„Der Bezirk Nord hat in seiner Bezirkskonferenz den Punkt Frauenfrage dadurch erledigt, daß er sagt: eine Frauenfrage gibt es für uns nicht. Es ist nicht angebracht, diese kleinlichen Fragen hier zu erörtern, wo für uns viel größere auf der Tagesordnung stehen.“

*Der Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt.*

Genosse MANNSFELD:

Man kann gegen das Referat der Genossin Klasse nicht viel einwenden. Aber ich habe die Empfindung, dass es doch eine Utopie bleiben wird, denn es gibt keine besondere Frauenfrage innerhalb der revolutionären Aktion, sondern die Frauenfrage sich nur mit der Ordnung des ökonomischen Verhältnisses im kommunistischen Sinne lösen. Nur ganz wenige emanzipierte Frauen werden sich klar und bewusst in das Verhältnis des Klassenkampfes hineinstellen und mit uns arbeiten. Wir haben innerhalb des Spartakusbundes in Leipzig schon versucht, die Frauenfrage besonders zu behandeln und haben verdammt traurige Erfahrungen damit machen müssen. Wir haben auch versucht, den Frauen wichtige Funktionen in die Hand zu geben. Sie haben immer und immer wieder versagt, sodass sie zum Teil schädigend für die Bewegung gewirkt haben. Und diejenigen emanzipierten Genossinnen, die mit uns den politischen Klassenkampf vertraten, haben sich zum größten Teil nur sehr ungern auf die Frauenfrage umgestellt, wenn sie es sollten, weil sie wussten, dass es eine besondere Frauenfrage bei uns gar nicht geben kann. Die Frauenfrage besonders zu behandeln, ist eine ganz überwundene sozialdemokratische Auffassung. Sie war nur ein Mittelchen, um Stimmvieh für die parlamentarische Betätigung zu gewinnen. Selbstverständlich ist es natürlich, dass jeder Genosse, der schon einmal als Klassenkämpfer und als Kommunist sich bekennt, auch daheim die menschenmögliche Stellung zu seiner Familie finden muss. Das ist aber eine ganz persönlich und individuell zu lösende Frage. Ich weiß, dass in der Beziehung von der Mehrzahl der Genossen schwer gesündigt wird, nicht aus Unkenntnis, sondern aus Gewohnheit. Die Betriebsorganisation hat sich immer und immer für die Frauenfrage eingesetzt, selbstverständlich nicht als besonders zu behandelndes Problem, sondern nur, soweit sie nutzbar gemacht werden konnte dem revolutionären Kampfe. Die Frauenfrage ist nämlich gerade ein besonders verwundbarer Punkt der Gewerkschaftsideologie; und wo ich in Betriebsorganisationen zu dieser Frage sprechen konnte, habe ich immer in Betrieben, in denen hauptsächlich Frauen arbeiteten, einen wesentlichen Erfolg im Sinne der revolutionären Bewegung zu

verzeichnen gehabt. Anders und wichtiger ist für mich die Frage des Prostituiertenwesens. Hier versuchen die Sozialdemokraten bis zur V.K.P.D. durch reformistische Maßnahmen eine Lösung herbeizuführen. Auch hier ist es unmöglich, mit irgendwelchen reformistischen Maßnahmen helfend einzugreifen. Wir stehen auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes, jener eintönigen Melodie und werden keinerlei reformistische Konzessionen machen. Kämpfen wir absolut und klar ohne jeden Aufenthalt, ohne jede Ablenkung für die Vorwärtstreibung der Revolution, damit werden wir die Frauenfrage am allerbesten lösen. (*Bravo!*)

*Genossin REIMANN:*<sup>32</sup>

Von jeher ist die Frauenfrage das Schmerzenskind der Arbeiterbewegung gewesen. Die Frauenfrage wird man erst lösen können, wenn die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau gesichert ist. Das ganze Wesen der Frau beruht ja auf der Erziehung. Man hat schon in der Erziehung den Knaben dem Mädchen bevorzugt, der Knabe musste etwas Besseres werden usw. Auf gleichen Lohn für Mann und Frau muss man dringen. Während des Krieges haben die Verbände das Verhalten der Industriellen gut geheißt, daß man bei dem Verdienst der Frau immer nur bis zu 2/3 des Verdienstes der Männer kommen durfte. Es ist unsere Aufgabe, die Frau für den Kampf vorzubereiten. Wir haben in Roland gesehen, daß die Frauen so indifferent waren, daß sie der Revolution hemmend entgegenstanden. Erst durch die in der Revolution einsetzende Aufklärungsarbeit ist es gelungen, die Frauen möglichst schnell für den Kampf in Rußland zu gewinnen. Viele Männer haben es nicht verstanden, ihre Frauen sozialistisch zu erziehen. Die Männer müssen alles versuchen, immer wieder gütlich an die Frauen heranzutreten und ihnen an kleinen Beispielen klar machen, daß die Frauen genau so berufen sind wie die Männer, den Kampf mit dem Kapital aufzunehmen. Wenn die Frauen dann noch ein Hindernis sind, dann soll man sich von ihnen trennen. Ich habe jahrelang die Verbreitung von Literatur usw. in Händen gehabt, habe aber die Erfahrung machen müssen, daß wir nichts dabei erreicht haben. Ich habe versucht, Frauen erst immer einen sozialen Roman in die Hand zu drücken, z.B. von Berta von Suttner,<sup>33</sup> und wenn es auch zuerst nur pazifistische Sachen waren, und dann andere Sachen, so bin ich weiter gegangen. In großen öffentlichen Versammlungen, in denen Frauen sind, muss eine geschulte Genossin den Frauen das Nötigste sagen. Etwas bleibt davon doch haften. Wir müssen die Frauen da erfassen, wo wir sie gerade antreffen und in jeder Weise darauf hinweisen, daß die Frau berufen ist, an dem großen Geschick der Menschheit mitzuwirken.

*Genosse MÜHLE:*

Bei diesem Punkt ‚Frauenfrage‘ hat es sich darum gehandelt, einmal die ganzen hier in Frage kommenden Probleme zu erörtern. Prinzipiell sind wir alle der Meinung, daß es in unserer Partei keine besondere Frauenfrage gibt. Aber soweit hin und wieder

---

<sup>32</sup> Else REIMANN. Geboren am 6. September 1893 in Barleben (Magdeburg) als Else Drähne, Tochter eines Malermeisters. Von 1908 bis 1913 Dienstmädchen in Magdeburg, danach Arbeiterin. 1914 trat sie der SPD bei, war später Putz- und Waschfrau. 1917 Hauptkassiererin der USPD in Magdeburg. Gemeinsam mit den Delegierten Albert Wildt und Ernst Kindl nahm sie als Gast am Gründungsparteitag der KPD 1918 in Berlin teil. Sie war 1919 Mitglied der KPD und nahm 1920 am Frauenkongreß in Mannheim teil. Nach dem II. Parteitag Oktober 1919 in Heidelberg verließ sie – als alle ihre Mitkämpfer in Magdeburg – unter dem starken Einfluß Karl Plättners die KPD und blieb bis 1923 Mitglied der KAPD, danach unorganisiert. 1945 wurde sie Mitglied der KPD, 1946 der SED, ab 1950 Stadtbezirksvorsitzende der Wohnparteiorganisation in Werder/Magdeburg. Else Reimann starb am 6. September 1975. Ihr Mann, Karl Reimann (25. 5. 1900 – 13. 2. 1950), gehörte Anfang der zwanziger Jahre der Plättner-Gruppe an. Er wurde im Dezember 1921 verhaftet und am 30. November 1923 vom Staatsgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, aber im März 1926 begnadigt und aus dem Zentralgefängnis in Cottbus entlassen.

<sup>33</sup> Bertha von Suttner (1843-1914), geborene Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau. Diese bekannte österreichische Pazifistin erhielt am 10. Dezember 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis.

einmal ein klein wenig Zeit bleibt, ist es notwendig, daß auch einmal für die Frauen etwas Besonderes getan wird, weil die Frauen als ein Block oftmals uns hindernd im Wege stehen in der Revolution. Es ist darum notwendig, den Frauen klar zu machen, daß unser Kampf notwendig ist und gerade geführt werden muss im besonderen Interesse der Frau, weil die Frauen doppelt und dreifach versklavt sind, und zwar durch die kapitalistische Wirtschaft, durch die Ehe und dann durch die Familie. Um diesen hindernden Block einmal wegzuräumen, deshalb ist es notwendig, daß man sich auch einmal mit dieser Frage besonders befasst. In der kapitalistischen Wirtschaft wird es nicht möglich sein, die Frau überhaupt zu befreien, sondern erst in der kommunistischen Gesellschaft. Wir sehen das in Rußland. In Rußland ist die Prostitution vollkommen verschwunden, oder es gibt dort nur eine Prostitution, und zwar die der Frauen in der Bourgeoisie, die nicht arbeiten wollen. Aber eine Prostitution unter dem Proletariat ist dort nicht mehr vorhanden. Zweck der ganzen Erörterung ist, diese ganze alte bürgerliche Ideologie aus den Köpfen unserer Genossen und überhaupt aus den Köpfen des Proletariats herauszuholen, damit die Frauen auch immer ein Ansporn für die Revolution sein können. Dann muss auch den Frauen gezeigt werden, daß, wenn wir zur Diktatur des Proletariats kommen, die Familie in andere Bahnen gelenkt wird, daß die Hauswirtschaft aufgelöst wird, daß die Frau dann auch wirklich erst einmal ein freier Mensch sein kann. Das ist auch eine besondere Aufgabe der Betriebsorganisation. Der Wirtschaftsbezirk Berlin wird für den Antrag Niedersachsen stimmen in Bezug auf Herausgabe eines besonderen Flugblattes.

*Referentin Genossin KLASSE (Schlusswort):*

Die Diskussion hat gezeigt, daß es notwendig war, diese Fragen einmal zu erörtern. Daraus folgt aber nicht, daß wir nun in denselben Fehler verfallen wie alle Parteien, daß wir nun eine besondere Frauenorganisation haben wollen. Ich habe ja gerade betont, daß diese Frauenfrage nur gelöst werden kann von beiden Geschlechtern im Kampfe durch die Veränderung der ganzen ökonomischen Grundlage. Aber wir wollen, daß die Frau mehr erfasst wird, wir wollen keine kommunistische Frauenbewegung, aber eine Bewegung der Frauen zum Kommunismus. Das können wir nicht allein, sondern in inniger Verbindung mit beiden Geschlechtern, mit dem ganzen Proletariat. Der Betriebsorganisation habe ich keinen Vorwurf gemacht, wenn ich gesagt habe, sie hat nicht mit genügender Aufmerksamkeit diese Frage verfolgt. Genosse Ihlau hat gesagt, wenn die Frauen gleichen Lohn gefordert haben, so ist man von der anderen Seite mit dem Argument gekommen, daß eventuell dadurch eine Existenzlosigkeit für die Frau eintritt, daß sie von den Kapitalisten hinausgeworfen werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Gedanken bei der Frau auftauchen. Jahrtausende hindurch wird die Frau schlechter bezahlt; und es tritt ja auch jetzt nicht eine gleiche Bezahlung ein. Der Kapitalist ist ja darauf eingestellt, er muss ja die Frau schlechter bezahlen, um seinen Profit noch höher schrauben zu können. Wir sehen ja, daß er den Aufschlag, den er manchmal den Männern gibt, auf Kosten der Frauen geben wird. Also diese Dinge treten ja gar nicht ein. Aber in der Agitation müssen wir diese Sachen verwerten, wir müssen diese Dinge in den Vordergrund schieben, um die Frauen und Mädchen aufzupeitschen und ihnen zu zeigen, daß sie ein Interesse haben, mit einzutreten in diesen großen Kampf. Genosse Merges sagte, die Frauen sind mehr oder weniger gefühlsmäßig eingestellt. Das trifft zu, ist aber schon organisch begründet. (*Sehr richtig!*) Aber auf der anderen Seite ist manchmal Politik und die ganze Revolutionssache mehr Gefühl; und es müsste mitunter mehr revolutionäres Gefühl dahinter stecken. Bei den Konflikten mit Schutzleuten oder mit Behörden geht die Frau oft drauf und dran. Man macht ihr ja das gerade zum

Vorwurf, daß sie nicht klug ist und daß sie nicht erwägt und kalkuliert. Und wenn gerade die Männer mitunter nicht diesen klugen abwägenden Verstand walten ließen in der ganzen Revolution, wenn sie mehr Gefühl, d.h. revolutionäres Gefühl aufbringen würden, so wäre das kein Fehler. Dann ist hier von den Widersprüchen in der Familie gesprochen werden. Ich meine, daß jeder einzelne Revolutionär die Pflicht hat, die Ketten zu lösen, die ihn oder seine Kraft binden, um sie in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Und wenn der Genosse Merges hervorgehoben hat, daß auch gesagt wird: Du müsstest besser für Deine Familie sorgen, Du vernachlässigst Deine Familie - das ist ja die bürgerliche Einstellung, dem müssen wir entgegentreten. Diese bürgerliche Einstellung finden wir ja noch weit bis in die Kreise der Arbeiter und unserer Genossen hinein, diese bürgerliche Auffassung vom illegalen Kind, vom Mädchen, das Verkehr hat usw. Wir haben die Verpflichtung, dem mit unserer grundsätzlichen Auffassung entgegentreten. Aber was wir verlangen können, ist, daß mancher Mann die Freiheit für sich in Anspruch nimmt, aber die Freiheit der Frau nicht zubilligt. Mancher Mann liebt die Untreue anderer Frauen, aber nicht der eigenen. Und da sage ich, die Freiheiten, die er für sich in Anspruch nimmt, muss er auch seiner Frau gestatten. Die Gleichberechtigung existiert vielfach nur dem Worte nach, weil, wenn sie in der Tat da wäre, das auf Kosten der Bequemlichkeit der Männer ginge, und da hat die Gemütlichkeit dann ein Ende. Und da sage ich, beschäftige ich mich mit all Dingen, wird meine Kraft für Politik und alle diese Sachen in Anspruch genommen, dann kann ich nicht gleichzeitig eine brave und gute Hausfrau sein und ein braves und gutes Weib, sondern da wird der ganze Haushalt gestört, alles kommt in Unordnung. Und da ist es immer wieder der Mann, der darauf drückt und sagt: ich wünsche doch lieber, daß Du hier im Hause die Verpflichtungen den Kindern gegenüber usw. erfüllst. Und weil alle diese Dinge so sind, können wir sie jetzt nicht lösen. Nur durch die Veränderung der ökonomischen Grundlage, durch Schaffung der Existenzsicherung für die Frau sind diese Fragen erst zu lösen. Und der Genosse Merges hat offene Türen ingerannt, wenn er meinte, daß ich diese Fragen jetzt irgendwie lösen wollte. Aber auf eins will ich aufmerksam machen, das darf nicht dahin ausgelegt werden, daß wir nichts zu tun brauchen, sondern ich sage: jeden Tag und jede Stunde sind wir verpflichtet, auf alles dieses hinzuweisen und dahin zu wirken, daß es anders wird. Gerade die Schulen sind ein Stützpfiler des Kapitalismus, wo unsere Kinder schon zu alledem, zum Bonzentum, will ich sagen, erzogen werden. Ich will nur eins anführen. Jeder Lehrer, wenn er hinaus geht, stellt den Knaben oder das Mädchen vor die Klasse und sagt: pass auf, wer ungezogen ist, den schreibe an die Tafel. Da musste jeder Proletariervater oder Mutter sagen: Du hast nicht Deinen Kameraden zu denunzieren, Du hast nicht Deinen Schulkameraden aufzuschreiben. Beim Kinde nennt man das petzen, aber später in der Fabrik ist es Verrat und Denunziation. So werden die Kinder grundsätzlich dazu erzogen. Und da sagen wir, unsere russischen Brüder waren nicht so verseucht, weil sie Analphabeten waren, weil sie all diesen bürgerlichen Sumpf noch nicht gekannt haben. Jetzt ist dieses Land guter Boden, da geht die Saat des Kommunismus eher auf wie hier bei diesen verseuchten deutschen Arbeitern. - Dann wurde gesagt, es schiene so, als wenn wir uns auf eine lange Ruhepause gefasst machten, als wenn wir gar nicht glaubten, für uns der Kampf in nächster Nähe sein könne. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir hätten uns vorzubereiten auf diesen Kampf und habe von den Funktionen der Frauen im Kampf, in der Aktion gesprochen und gesagt, daß sie dieses und jenes tun konnten, was den Bezirken noch obliegt, zu erörtern. Wir wissen und wir stellen uns auch so ein, daß hier nur diese Fragen erörtert worden sind, um

Diskussion mehr zu beleben, um überhaupt mehr die Organisation in der Bezirken zu beleben, damit Sie alle diese Fragen in die Debatte hineinziehen, um so viel wie möglich zu erfassen. Immer wieder stehen wir auf dem Standpunkt, nie soll jemand etwas Besonderes haben. Aber genau so wie wir die Jugend behandeln, die Landarbeiter behandeln, so auch die Frauen. Alles das gehört zum großen kämpfenden Proletariat, und doch sind diese Fragen einzeln zu behandeln, weil immer wieder andere Vorbedingungen vorhanden sind, weil wir immer wieder ganz verschieden an die einzelnen Kreise herangehen müssen. Meine Vorschläge sollen nicht Leitsätze sein, sondern lediglich Anregungen, um die Diskussion zu beleben, um überhaupt das ganze organisatorische Leben in der ganzen Parteiarbeit zu beleben. Dann ist gesagt, die Frau klammert sich so fest an äußere materielle Dinge bei Auflösung der Ehe. Wir wollen da nicht untersuchen, wer von beiden in der Beziehung mehr sündigt, ob Mann oder Frau. Wir kennen so und so viele Fälle wo ein Genosse mit Hilfe des bürgerlichen Gerichtsvollziehers von der Frau alle Möbel herausholen lässt.

Wir können solche Dinge auch anführen. Es werden sich da beide Seiten die Waage halten. Aber es kommt für uns nur darauf an, grundsätzlich unsere Auffassung zu allen diesen Dingen zu äußern. Dann ist gesagt worden, es sollen keine Kurse speziell für Frauen abgehalten werden. Ja, wer hat denn verlangt, daß speziell für die Frauen etwas getan werden soll? Ich habe gesagt, es soll viel mehr getan werden, es sollen überhaupt allgemeine Aufklärungskurse für die Männer zugunsten der Frauen, d.h. für beide abgehalten werden. Beide sollen zu allen diesen Fragen Stellung nehmen. Das hängt natürlich von den Bedürfnissen ab.

Wenn in einem Bezirk die Frauen das Bedürfnis haben, allein zusammenzukommen, so sehe ich gar nicht ein, warum man das nicht tun soll. Immer werden Mann und Frau Gegner sein, weil sie verschiedenartige Auffassungen haben, solange nicht die ökonomische Grundlage verändert ist, solange die Existenzen nicht gesichert sind, solange werden sie sich, rein psychologisch betrachtet, auch bekämpfen, denn der Genosse sieht immer in der Frau, namentlich in der werktätigen Frau den Gegner, den Konkurrenten. Die Sorge um die Existenz ist es, die alle Feindschaft, allen Hass auslöst unter den eigenen Brüdern. Der Genosse Mannsfeld meinte, ich hätte die Prostitution mehr in die Erörterungen hineinziehen sollen. Aber es handelt sich nicht nur hier um diese gewerbsmäßige Prostitution, nicht um das, was wir als Prostitution ansehen, was die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Diese wird letzten Endes nicht gelöst werden, solange wir noch diese Begleiterscheinungen haben. Aber was ist denn Prostitution? Prostitution ist nicht nur auf der Straße, Prostitution ist auch in der Ehe. All das, was ich gegen meinen Willen tun muss, was ich ertragen muss ist Prostitution. *(Sehr richtig!)* Und da mag mancher Genosse einmal in sich gehen, der sagt, weil ich der Mann bin und Du meine Frau bist, musst Du dies und jenes tun. Nein, sie müssen sich klar darüber werden, passen sie organisch oder körperlich nicht zueinander, haben sie genau so die Verpflichtung, das Verhältnis zu lösen, wie wenn irgendwelche wirtschaftlichen Dinge dazwischen treten. Aber was wird nachher mit den Prostituierten auf der Straße, wenn wir die Diktatur des Proletariats haben, wenn wir alle Kräfte brauchen? Es wird schwer werden, diese Mädchen zur Arbeit zu zwingen, die überhaupt gar nicht arbeiten können und gar nicht arbeiten wollen. Ihre ganze Geistesrichtung ist uns entgegengestellt. Gewiss wird eiserner Zwang und eiserne Disziplin vorhanden sein, um sie irgendwie in den Produktionsprozess einzuzwingen. Wenn wir alle diese Dinge regeln wollen, dann kommen wir auch jetzt nicht daran vorbei. Aber wenn die Dinge praktisch an uns herantreten, werden wir auch eine Lösung dafür finden. Jetzt sind das nur Probleme. Wir werden, wenn die Praxis kommt, dann auch sehen, daß die Prostitutionsfrage nur

gelöst werden kann, wenn das Besitztum, die Profitsucht usw. alles ausgeschaltet wird. Aber was wir verlangen können, ist, daß diese doppelte Moral, die auch die Arbeiter haben, bei uns ausgemerzt wird, daß wir nicht auch diese Auffassung von den Prostituierten haben, die im allgemeinen dahin geht: die Prostituierten sind schlechte Subjekte, sind Huren, sind Frauenzimmer, auf die sich aller Schmutz und alle Gemeinheit ergießen darf, und der Mann, der mit dieser Prostituierten in Beziehungen steht, geht ganz rein von ihr weg, an dem bleibt nichts haften. Wenn hier überhaupt schon von Schuld gesprochen werden soll, trifft beide die Schuld, aber nicht bloc den einen Teil, und der andere Teil geht rein davon. Diese doppelte Moral herrscht leider auch in unseren Kreisen. Wenn die Prostituierte geschlechtskrank ist, wird sie zwangsweise dem Krankenhaus zugeführt, der Mann geht leer aus, er kann 10 u. 20 Mädchen wieder anstecken, dem passiert nichts. Da müssen wir dafür sorgen, daß beide Teile zwangsweise dem Krankenhaus zugeführt werden. Hier haben wir das ungeheure Problem der Geschlechtskrankheiten. Das ist gerade eine Frage für die B.O. In einer Berliner Krankenkasse sind 9.200 erwerbsunfähige weibliche Mitglieder festgestellt worden. Nun machen Sie sich einen Begriff, wieviel Tausende im allgemeinen erwerbsunfähig sind und wieviel Tausende gar keinen Kassenarzt aufsuchen, sondern Primärärzte aufsuchen! Dieses ungeheure Elend ist noch durch das Stahlbad des Krieges begünstigt und vermehrt worden. Aber alle diese Fragen, die wir heute erörtert haben, werden wir nicht eher lösen können, bis wir die Diktatur des Proletariats haben, wo wir aufbauen können. Genossen, wir übernehmen da ein sehr trauriges Erbe von der kapitalistischen Gesellschaft. *(Sehr richtig!)* Körperlich und moralisch ist sie durchseucht, es ist ein sehr degeneriertes Menschenmaterial, mit dem wir anfangen sollen zu arbeiten. Und trotz alledem dürfen wir nicht verzweifeln und verzagen. Trotzdem wir diese vollständig verseuchte und verlotterte Gesellschaft übernehmen müssen, müssen wir an das schwere Werk des Aufbaues herangehen. Nicht gleich wird der Erfolg sichtbar sein. Aber es wird doch der Aufstieg zum Besseren kommen und genauso wie die russischen Brüder Heidenmäßiges geleistet haben und noch immer leisten, genau so wird auch uns die schwere Aufgabe nicht erspart bleiben. Aber wir müssen es tun nicht nur für uns, sondern für die gesamte Menschheit müssen wir diesen schweren Kampf aufnehmen. Und da sage ich auch: nicht Frau oder sonst etwas gesondert, sondern alles gehört zusammen in den Kampf hinein, die Aufbauarbeit zu verrichten, und dazu gehören Frau und Mann nicht gesondert, sondern im gemeinsamen Kampf. Dieses hier sollen auch nur Anregungen sein. Ich wünsche und hoffe, daß diese Anregungen in den Bezirken weiter diskutiert werden und so die Revolution vorwärts treiben. *(Bravo!)*

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Es liegt folgender Antrag nicht ausschließlich für diesen Punkt, sondern darüber hinausgehend vor:

„Für einzelne Punkte der Tagesordnung (z.B. Frauenfrage, Agrarfrage) sollen nach Bedarf Arbeitsausschüsse eingesetzt werden, die nach Klärung durch Referat und Diskussion gegebenenfalls Richtlinien etc. auszuarbeiten haben zur weiteren Durchberatung und Beschlussfassung in den Wirtschaftsbezirken. Damit wird die Möglichkeit geboten, auf dem Parteitag wirklich positive Arbeit zu leisten auf den Arbeitsgebieten, die bisher durch die Umstände vernachlässigt werden mussten. Tagung der Ausschüsse möglichst außerhalb der Zeit der Gesamttagung.“

*Genosse MANNSFELD:*

Das positive Resultat der Diskussion war, daß es für eine revolutionäre Organisation keine besondere Frauenfrage gibt. Das wäre die einzige Richtlinie, die

wir zur Frauenfrage festzulegen hatten. Deshalb wird es nicht notwendig sein, eine besondere Kommission dafür einzusetzen.

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Der Antrag führt die Frauenfrage nur als Beispiel an. Prinzipiell geht er doch dahin, daß für gewisse Gebiete Arbeitsausschüsse eingesetzt werden. Ob nun auch für die Frauenfrage ein Ausschuss eingesetzt werden soll, ist eine spätere Unterfrage.

*Genosse MANNSFELD:*

Für die Arbeitsablösung durch Kommissionen bin ich auch. Nur für die Frauenfrage halte ich eine besondere Kommission für unnötig.

Es wird hierauf der Antrag einstimmig angenommen.

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Nun handelt es sich darum, ob wir einen Ausschuss zur Aufstellung von Richtlinien für die Frauenfrage einsetzen wollen.

*Genosse HEMPEL [JAN APPEL]:*

Wir beantragen, für die Frauenfrage einen Arbeitsausschuss einzusetzen, wenn auch dieser Arbeitsausschuss nur das ausspricht, was das Ergebnis dieser Debatte war. Das Ergebnis der Aussprache hier muss zusammengefasst werden von einem Arbeitsausschuss, der das dann später dem Parteitag zur Beschlussfassung vorlegt.

*Genosse MANNSFELD:*

Wenn wir eine Frage in der Diskussion erledigt haben, haben wir gar keine Ursache, sie noch durch Kommissionen beraten und niederschlagen zu lassen. Eine besondere Kommission ist hier unnötig.

Der Antrag auf Einsetzung eines Arbeitsausschusses für die Frauenfrage wird hierauf mit Stimmengleichheit abgelehnt.

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Dann kommt der Antrag von Niedersachsen:

„Der Parteitag wird ersucht, die Frauenfrage ganz besonders zu behandeln – das ist erledigt – und dahin zu wirken, daß die Proletarierfrauen in die Reihen der revolutionären Kämpfer eingereiht werden. Es müssen Flugblätter für die proletarischen Frauen herausgegeben werden.“

Das Letzte ist abhängig von der materiellen Lage der Partei.

*Genosse DEBNITZ*

Ich bitte, nur den mittleren Satz anzunehmen. Das wäre ein positives Resultat der Aussprache.

Genosse LEUTKUSS<sup>34</sup>

Auch der mittlere Absatz betreffend die Einreihung der Proletarierfrauen in die Reihen der revolutionären Kämpfer ist als erledigt zu betrachten, da darüber kein Zweifel in der Debatte entstanden ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Es wird hierauf der Antrag in folgender Form angenommen

„Der Parteitag wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Proletarierfrauen in die Reihen der revolutionären Kämpfer eingereiht werden.

„Es müssen Flugblätter für die proletarischen Frauen herausgegeben werden.“

Genosse STÖRZING bittet, zu den morgigen Verhandlungen die Unionsmitglieder der Ortsgruppe Gotha ohne den üblichen Eintrittspreis zuzulassen.

Genosse ERDMANN [Emil SACH] bittet, den Antrag abzulehnen, weil man bei 200-300 Genossen absolut keine Kontrolle hätte, auch könnten die Genossen, die in Arbeit stehen 2 M Eintrittsgeld aufbringen. Die anderen Genossen könnten dasselbe Verlangen stellen. Auch würde die Tür in einemfort auf und zu gehen bei dem großen Andrang, sodass überhaupt nicht recht verhandelt werden konnte. Die Unionisten könnten zusammengerufen werden, und es könnte ihnen ein Vortrag gehalten werden.

Es wird beschlossen, am kommenden Vormittag den Genossen der Allgemeinen Arbeiterunion freien Eintritt zu gewähren.

Genosse STÖRZING fordert noch auf, am morgigen Abend eine deutsch-völkische Versammlung zu besuchen. Die Ortsgruppe Gotha habe beschlossen, überall in öffentlichen Versammlungen zu erscheinen und in die Debatte einzugreifen.

Es werden hierauf die weiteren Verhandlungen auf morgen 9 Uhr vertagt.

(Schluss: 7 1/4 Uhr.)

Vorsitzender Genosse RASCH:

Ich erkläre den Parteitag wieder für eröffnet.

Vom Exekutiv-Komitee der 3. Internationale ist folgendes Telegramm eingegangen:

„An den Kongress der K.A.P.D.

„Die Exekutive der Kommunistischen Internationale entbietet dem Kongress ihren Gruß. Wir hoffen, daß die Beschlüsse des Kongresses und die darauf folgenden Handlungen jene Sympathie, der die Führer der K.A.P.D. der einheitlichen Organisation der Weltrevolution, der Kommunistischen Internationale gegenüber Ausdruck gaben, mit Taten dokumentiert werden.

„In diesem kritischen Augenblick, in dem die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, den Höhepunkt des Elends der auf die Straße geworfenen Arbeitermassen und die mit gespannten Kräften betriebene Organisierung der gegenrevolutionären Kräfte die

---

<sup>34</sup> Wahrscheinlich : Nautkuss.

Herankunft der erwarteten revolutionären Situation andeuten, wäre es ein Verbrechen, die einheitliche Front der revolutionären – nur der revolutionären Parteien nicht zu errichten. Die um teuren Preis, um den Preis des Todes der Besten des deutschen Proletariats, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, erworbenen Erfahrungen mögen Euch erinnern, daß es ohne einheitliche Leitung keinen entscheidenden revolutionären Erfolg geben kann. Entsagt allem kleinlichen Sektierertum und strebt dahin, daß der wohlorganisierten Gegenrevolution das ganze revolutionäre Lager des Proletariats einheitlich gegenüberstehe. Die deutsche proletarische Revolution steht wieder vor entscheidenden Stunden, und es steht bei Euch, die schlagkräftige Kampffront aller Kommunisten Deutschlands zu schaffen.

„Es lebe die Kommunistische Internationale!

„Es lebe die Einheit aller Kommunisten Deutschlands! „Es lebe die Weltrevolution!

„Es lebe Sowjet-Deutschland!“

*(Rufe: Unerhört!)*

Wir kommen zum Punkt: Die Aufgaben der Partei, a) Allgemeines, b) 3. Internationale, c) Allgemeine Arbeiterunion, d) Räte.

Mit Rücksicht darauf, daß der Genosse Pfemfert bezüglich der Internationale auf einem anderen Standpunkt steht als die Gesamtheit der Partei, wird auf Antrag von Genossin Reimann beschlossen, Genosse Pfemfert als Koreferenten zuzulassen.

*Referent Genosse SCHRÖDER:*<sup>35</sup>

Genossen, wir sind nicht hier um der Öffentlichkeit willen, sondern wir sind da um der Revolution willen. Wir sind auch nicht da um einiger Leute willen, die etwas von uns hören wollen, sondern wir sind hier, um unseren Leuten, denen, die denken wie wir, die mitten in dem Kampfe stehen wie wir, über die Dinge, die sie beschäftigen, etwas zu sagen. Ihr werdet darum verstehen, daß, wenn wir von den Aufgaben der Partei sprechen, wir davon absehen können, alles und das Letzte zu berühren, sondern daß in der Hauptsache, wie ja das auch schon die Einteilung der Punkte auf der Tagesordnung andeutet, wir uns darauf beschränken müssen, die wichtigsten Probleme, die augenblicklich unsere Mitgliedschaften beschäftigen, hier zu erörtern.

„Die Aufgaben der Partei“ sind eigentlich in ganz wenigen Worten dargelegt. In der Hauptsache dreht es sich nur um das eine, darum: Steigerung des Klassenwillens, Auslösung des Klassenwollens der Proletarier. Das ist der Kernpunkt, die Aufgaben, die wir haben, als Revolutionäre, die glauben, an der Spitze zu stehen und allen Proletariern sagen zu können, was sie tun sollen für den Dienst der Revolution. Aus diesem grössten Gesichtspunkte heraus, eben aus dem einzigen Gesichtspunkte des Kampfes für die Revolution heraus, ergeben sich im Einzelnen aus unseren augenblicklichen Kämpfen heraus hauptsächlich drei große Fragen.

Die erste ist, man möchte beinahe sagen, die Tagesfrage unserer Partei, das ist der Kampf gegen den Neukommunismus. Die zweite Aufgabe ist die größere, wichtigere, weitreichendere, das ist der Kampf um die 3. Internationale. Und die dritte Frage ist die Auseinandersetzung mit der Union, die Klärung über das Verhältnis von Partei und Union, das Begreifen von Union und Partei untereinander.

---

<sup>35</sup> Karl Schröder, Hauptvertreter der KAPD.

Zusammenhängen mit dem Kampfe gegen den Neukommunismus natürlich zwei Fragen, die uns schon immer intensiv beschäftigt haben. Das ist die Frage des Parlamentarismus und die Frage des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Und im Zusammenhang mit der größeren Frage der Union und Partei steht die Frage der Räte und da hauptsächlich die Frage des Zusammenarbeitens und Zusammenkampfens mit den Vertretungen, mit den Räten der Arbeitslosen. Ich sage noch einmal, Genossen, das alles konzentriert sich in der einen größeren Aufgabe: Dienst an der proletarischen Revolution; und dieser Dienst ist die Auslösung des Klassenwollens, die Stärkung des Klassenwollens der Proletarier.

Wir haben bereits unser Programm, Genossen, und wir sehen kaum einen Grund, irgendetwas Wesentliches an diesem Programm zu ändern. Nicht, dass nicht berechtigt wäre die Forderung, über die Agrarfrage etwas Ausführlicheres im Programm zu sagen. Ich persönlich wäre z.B. der Ansicht und werde das nachher bei Gelegenheit der Union begründen, dass aus unserem Programm bereits jetzt die ausführliche Erörterung des Programms der Union verschwinden kann. So gut wie aus dem Programm der Union eine besondere ausführliche Auseinandersetzung über die K.A.P.D. verschwinden muss, so kann aus unserem Programm die Erörterung des Programms der Union verschwinden. Wir können uns in diesem Punkte in unserem Programm bedeutend kürzer fassen, den Rätegedanken betonen, den Unionsgedanken, und haben es dann nicht nötig, wie bisher, dass die Hälfte unseres Programms das Programm der Union entwickelt, das sie nunmehr als existierendes Faktum selbst zu entwickeln hat. Sie hatte damals, als unsere Partei sich das Programm gab, als unsere Partei ihren Willen dokumentierte, restlos für die Auslösung von Union, von Betriebsorganisationen, von Räteorganisationen einzutreten – da war die Union noch nicht so weit, dass sie selbst das Programm sich gegeben hatte, daher in unserem Programm die ausführliche Erörterung der Unionsgedanken. Ich sage: dies und noch einiger andere konnte wohl bereits einige kleine Programmänderungen bedeuten. Aber alle diese Dinge sind nicht wesentlicher Natur. An den Grundgedanken unseres Programms werden wir nach wie vor mit äußerster und mit betonter Schärfe festhalten und festhalten müssen.

Die Auseinandersetzung über die politische Lage gestern hat ergeben – und ich knüpfe daran an –, dass wir in der Krise – ich lege den Ton auf das «der» – in der Krise des Kapitals stehen. Alle Dinge sind in ein labiles Gleichgewicht, wie man sagt, gekommen, d.h., alle sind im Gleiten begriffen; ein Stois genügt, sie weiter gleiten zu lassen. Sie sind alle unsicher geworden. Die großen Angriffs- und Abwehrkämpfe des Proletariats werden nicht mehr aufhören. Das Kapital ist in einer Weltwirtschaftskrise, die an jenen Punkt anlangt, wo sie die Auslösung der Weltrevolution notwendig im Gefolge hat, einer Weltrevolution, die nicht mehr zum Stehen kommen kann, die nur dann zum Stehen kommen kann – und das ist eine Phantasterei-, wenn die Proletarier dem Kapital gestatten, dass Zehner von Millionen – ein Bürgerlicher hat 15 Millionen ausgerechnet, es werden viel mehr sein müssen – gewillt sind, tatenlos sich zugunsten des Kapitals, zur Auffrischung seines Blutes töten zu lassen. Das wird nicht geschehen und kann nicht geschehen. Dafür ist die Revolution, dafür sind die Proletarier zum Selbstbewusstsein gekommen, dafür lebt Ihr alle, und seid Ihr hier, und Ihr seid der lebendige Beweis dafür, dass das nichts werden kann und werden darf.

Zwei Mächte sind es, Genossen, die die Revolution bedingen. Das eine ist die große wirtschaftliche Krise. Diese Krise hat nicht nur Deutschland bereits an den Rand des Abgrunds gebracht. Österreich ist einen Schritt weiter. Italien, Frankreich liegen in schweren Wehen, England nicht minder. Ihr seht, die Weltwirtschaftskrise

greift über bis in die großen asiatischen Agrarstaaten. Sie wird dort ebenfalls ihre Folgen zeigen. In Asien mit seinen 800 Millionen Einwohnern, der Hälfte der Menschheit, werden größere Fragen noch entschieden werden müssen, Menschheitsfragen, wie sie erst jetzt fern für uns am Horizont auftauchen. Ihr werdet verstehen, wenn diesen großen asiatischen Fragen Russland an der Grenze Asiens und Europas schon jetzt eine ganz besondere Bedeutung beiliegt. Ich sage also, das eine Moment ist die Größe der Krise.

Das zweite Moment ist ein geistiges Moment, d.h.: stehen wir in einem Augenblick, der durch Krieg und Revolution mit größerer Gewalt, größerer Plötzlichkeit kam als es vorher geschehen konnte, ehe die Gegensätze in dieser Schärfe und diesen Folgen aufeinanderprallten - dann haben die großen Massen der Proletarier nicht Schritt halten können mit dem Zusammenbruch des Kapitals, d.h., sie haben den Zusammenbruch des Kapitals als solchen nicht vollkommen überschauen können. Daraus, dass die Proletarier nicht imstande sind, überall in allen Ländern in ihrer ganzen Masse die Aufgabe zu begreifen, die sich aus diesem Zusammenbruch des Kapitals ergibt, ergeben sich unzählige Hemmungen, der Revolutionsaufhalt, ergeben sich die sogenannten Zersplitterungen der einstmaligen großen Parteien, ergeben sich zahllose Gegensätzlichkeiten und Kämpfe der Proletarier untereinander, ergibt sich jenes große Problem, wie ist der Geist des Proletariats loszulösen, aus den Fesseln der bürgerlichen Ideologie? Die Langsamkeit der revolutionären Entwicklung ist geradezu bedenklich durch diese geistige Bannung des Proletariats in die bürgerliche Ideologie.

Daraus erklären sich, Genossen, in der Hauptsache auch die größeren taktischen Gegensätze zwischen den Parteien und speziell zwischen den Parteien in Deutschland. Die einen - ich spreche jetzt erst die Dinge in größeren Zügen aus - wollen möglichst die ganze Masse für sich haben. Sie gehen darauf aus, möglichst Tagesgewinne zu erzielen. Sie gehen darauf aus, Gegensätze zu verkleistern, Gegensätze zu überbrücken. Sie wollen den Gewinn auf dem Präsentierteller. Die anderen sagen: es gibt nichts als einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, nicht verkleistern, rücksichtslos den einen klaren proletarischen revolutionären Standpunkt betonen; jedes Verwischen von Gegensätzen, jedes Überspringen irgendwelcher Gegensätzlichkeit hat keinen Wert sondern führt zu Katastrophen und ist Opportunismus. Der Kampf um den Opportunismus nimmt immer in großen Phasen revolutionärer Erhebungen die allerschärfsten Formen an. Und wir sagen mit Recht unserer Auffassung nach, daß der Kampf gegen den Opportunismus - und in Deutschland ist es der Kampf gegen den Neukommunismus und damit weiterreichend der Kampf gegen die Thesen der 3. Internationale -, daß dieser für uns der momentan wichtigste ist, den wir zu führen haben.

Genossen, ich sagte schon, daß in der Durchsuchung des Proletariats mit bürgerlicher Ideologie in der Hauptsache die Widerstände liegen, die den Fortgang der Revolution hindern, denn das ist klar, nicht daran scheitert der Fortgang der Revolution, daß die Masse nicht groß genug wäre, Revolution zu führen. O nein, ein einziger Blick auf die Masse der deutschen Arbeiter, die zum mindesten 20 Millionen beträgt, sagt, daß 20 Millionen bei 60 Millionen Einwohnern heute ein Faktor ist, der, in die Waagschale geworfen, den Sieg bringen muss.

Es kann auch nicht daran liegen, daß etwa die kapitalistische Wirtschaft stark genug ist, sich auf die Höhe zu bringen. Der Referent von gestern hat auseinandergesetzt, daß diese Wirtschaft am Ende ihres Lateins ist. Alle beiden Dinge, die die Möglichkeit böten zu einer Weiterentwicklung des Kapitals, die eine Berechtigung dafür darböten, zu sagen: nun, die Proletarier können noch nicht kämpfen, sie müssen noch anders kämpfen wie einfach vor 30, 40 Jahren, als sie sich selbst nicht begriffen hatten als es erst noch des Beispiels der kapitalistischen Organisation, des kapitalistischen Wesens bedurfte und als sie ins Parlament hineingingen. Wir haben nichts zu sagen gegen die damalige anfängliche Taktik, die Position auszunutzen, damit die Proletarier den Kapitalismus in seinem Wesen begreifen lernten. Und wenn, sage ich, diese Dinge nicht wären, dann läge die Berechtigung vor für den Opportunismus, auch heute zu sagen, die Proletarier müssen noch anders kämpfen.

Genossen, wir haben seit Jahr und Tag ununterbrochen für den Gedanken des Alleinstehens der Arbeiter in der westeuropäischen Revolution und natürlich speziell für uns in Deutschland gesprochen. Was bedeutet das, Alleinstehen der Proletarier? Es bedeutet, dass in Westeuropa die Proletarier nur sich selbst als Klasse befreien können, dass sie ganz und gar allein ohne irgendwelche Hilfe irgendeiner anderen Klasse, auch nur indirekte Hilfe irgendeiner anderen Klasse, vorwärts kommen können, dass diesen Standpunkt verwischen, Verrat, Verbrechen an der Revolution heißt. In Deutschland ist es so nicht, wie die Russen glauben, nicht, wie Lenin schreibt, nicht, wie der Spartakusbund glauben machen will mit seiner Taktik, wie er es beweist durch seine Taktik im Parlament, dass wir imstande sind, noch irgendeinen Keil in die Bourgeoisie hineinzutreiben, sie zu düpieren und Gewinne für das Proletariat auf diese Weise herauszuschlagen, sondern umgekehrt, Genossen - und das muss mit größerer Schärfe betont werden - einzig umgekehrt ist die Gefahr doch in Deutschland, dass es dem Bürgertum noch ununterbrochen gelingt, einen Keil in die Proletarier hineinzutreiben, wie die Tatsachen beweisen. (*Sehr richtig!*) Das andere, dass die Proletarier die Bourgeoisie spalten können, sie sich die Mühe geben, Gruppen, die vollkommen bis zum letzten Augenblick der Revolution mit dem Bürgertum verbunden bleiben werden, zu gewinnen, heißt Illusionen wecken, die nicht erfüllt werden können, ist eben Opportunismus. Selbstverständlich werden im letzten Zusammenbruch des Kapitals, in den letzten ganz größeren Kämpfen Schichten des Bürgertums, besonders Schichten, die nur rein ideologisch mit dem Bürgertum zusammenhängen, also kleine Beamenschichten usw., zu den Arbeitern stoisen. Das ist erklärlich. Aber vordem werden sie mit aller Reservation sich gegenüber dem Proletariat verhalten. Sie werden nur dass mit dem Proletariat liebäugeln, wo sie Parteien des Proletariats finden, die diesem bürgerlichen kapitalistischen Opportunismus dienen. (*Sehr gut!*) Niemals werden sie mit dem klassenkämpfenden Proletariat gemeinsame Sache machen, weil sie es ihrer ganzen Klassenart nach nicht machen können.

Genossen, es ist weiter von uns gesagt worden, dass wir auch deswegen allein stehen, weil auf unserer Seite nicht die Bauern stehen. Ganz abgesehen, davon, dass wir in Deutschland nur 5 Millionen Bauern haben, sind von diesen 5 Millionen der große Prozentsatz Besitzer, wenn auch Kleinbesitzer von Eigentum, Leute, denen es verhältnismäßig gut geht und die so stark in der Eigentumsideologie des Kapitals befangen sind, dass sie noch ungleich schwerer als irgendwie andere ideologisch gebundene Schichten wie die Beamten, die ich nannte, für das Proletariat gewonnen werden können. Und der geringe Prozentsatz, den die Landproletarier bilden, die meistens nur Saisonlandarbeiter sind und dann wieder wechseln, um als

Industrieproletarier zu arbeiten - diese Leute können zwar eine Hilfe bilden, aber sie beweisen nichts gegen den Satz, dass das Proletariat in Deutschland seinen Kampf als Klasse ganz allein zu führen hat.

Und weiter kommt hinzu, Genossen, diese Proletarier Deutschlands stehen zum größten Teil (*jetzt besonders*) unbewaffnet der riesigen Macht des Kapitals gegenüber, der riesigen militärischen Macht, der riesigen politischen Macht des Kapitals, nicht der ökonomischen.

Also, Genossen, daraus ist ganz klar zu ersehen, dass für uns, wie es unser Programm betont, der wesentliche Gesichtspunkt der ist: wie ist das Proletariat zum Selbstbewusstsein zu bringen? Diese Hemmungen ideologischer Natur, die es nicht zur Revolution kommen lassen, gilt es zu überwinden. Daher legt unser Programm den Kernsatz auf die Selbstbewusstseins Entwicklung der Proletarier.

Genossen, worin besteht besonders diese Macht des Kapitalismus? Sie besteht in der geistigen Beherrschung und damit auch in der organisatorischen Beherrschung der Proletarier. Wir haben einen langen Prozess in den einzelnen Ländern Westeuropas wie in Frankreich, in England. einen noch viel längeren, in Deutschland einen kürzeren, aber sehr starken Prozess zur Entwicklung einer sogenannten nationalen Kultur. Die Macht des Kapitals durch diese Art Kultur, die es verbreitet durch die Schulen in der Lehrbucherziehung, durch ihre Presse, durch die Kirchen, durch das Militär selbst, durch die Fortbildungsschule, kurzum durch den ganzen Entwicklungsgang, durch den sie die einzelnen Glieder ihrer Gesellschaft hindurchgehen ist unglaublich stark, ist so stark, daß tatsächlich heute noch die größten Schichten der Proletarier in bürgerlichen Ideologien, in der Ideologie des Eigentums denken. Selbst in unseren eigenen Reihen sind noch Genossen, die, wenn sie auf bestimmte Fragen zu sprechen kommen, wie gestern auf die Frage der Familie, auf die Frage der Ehe, sich von dieser bürgerlichen Ideologie nicht zu trennen vermögen. (*Sehr richtig!*) Ihr als die tapfersten und festesten und fortgeschrittensten Kämpfer werdet daran allein die Gewalt dieser Macht begreifen, die das Kapital über uns hat. Die Proletarier denken eben in Ideologien statt in Realitäten ihrer Klasse. (*Sehr gut!*)

Daraus, Genossen, folgt das zweite, daß das Kapital über uns die urgeheure Macht durch Organisation hat. Und beide Dinge, die Überlieferung, die nationale Kultur, die uns eingepflichtet ist vom ersten Schultage an, von dem Gebet, das die Mutter mit dem Kinde abends spricht, die uns entgegentritt in den Organisationen wie Kirche, Schule, setzen sich fort in den Organisationen sogenannter sozialistischer Parteien, in den Organisationen der Gewerkschaften. Und in diesen Organisationen, diesen kapitalistischen Organisationen, in diesen Fleisch gewordenen Ideologien des Kapitalismus - wer regiert dort? An der Spitze dieser steht die sogenannte bürgerliche Intelligenz, da stehen die Leute, die eigentlich die Vertreter der kapitalistischen Ideologie sind. Wir brauchen nur die Geschichte der sozialdemokratischen Partei uns durch den Kopf gehen zu lassen, um zu wissen, wer dort führte, um zu wissen, daß es Leute waren, die sozialistische Bildung verbreiteten und selbst auf das tiefste in den kapitalistischen bürgerlichen Ideologien steckten (*Sehr gut!*), die von Klassenwollen, von einer kommenden klassenbewußten Kultur des Proletariats nicht den geringsten Schimmer haben konnten, zumal sie vollkommen auch getrennt in ihrer Lebensweise vom Proletariat arbeiteten.

Nun, wir sagen, daß alle diese Dinge ein revolutionärer Entwicklungsprozeß sind, daß die Einsicht des Proletariats darin, daß es in der kapitalistischen Ideologie steckt, ihm nicht an einem Tage kommt. Und Ihr alle müsst gestehen, daß die Einsicht darin, daß die Selbstbewußtseinsentwicklung der Proletarier das Problem

der Revolution in Westeuropa ist - daß diese Einsicht vielleicht ganz vereinzelt früher von diesem und jenem einmal angedeutet wurde, der eine oder der andere sagte irgendwie, man muss mit dem Beamtentum, mit dem Bürokratismus aufräumen, das Führertum muss hinweg, daß das aber in der Klarheit, in der Selbstverständlichkeit, wie es heute ausgesprochen wird, erst ein Produkt des letzten großen weltrevolutionären Prozesses ist.

Genossen, ich sagte, daß besonders die alten Organisationen ein Hindernis auch zur Fortführung in der Revolution sind. Wir haben die stärkste Organisation des Kapitals in seinem Staat. Ich will nur andeuten, ohne das zu entwickeln, daß für uns dieser Staat die Ausbeutungsmaschine, die herrschende Maschine gegenüber dem Proletariat ist, daß er für uns nichts zu tun hat mit der sogenannten ausgleichenden Gerechtigkeit, mit einem Apparat, in dem sich die Gegensätze ausgleichen sollen, in dem sich die Krete in der Diagonalen des Programms einstellen sollen, sondern wir empfinden für uns aus unserem Klassenbewußtsein heraus, daß der Staat die personifizierte Gewaltherrschaft über das Proletariat ist, in dem das Proletariat absolut rechtlos ist.

Mit diesem Staat hängen zusammen die Organisation und die Form des Parlamentarismus und die Organisation der alten Parteien und Gewerkschaften. Ich darf vielleicht hier an dieser Stelle auch das einfügen, was uns alle so viel beschäftigt, das Problem von Masse und Führer, das hiermit zusammenhängt.

In der alten Klassengesellschaft, im kapitalistischen Staat, ist das Eigentum, der Eigentumsbegriff der grundlegende Gedanke. Der Individualismus in seiner höchsten Potenz, in der allerhöchsten Steigerung ist das Ziel des Kapitalismus. Dem steht nicht gegenüber, daß das Kapital sich zur Ausbeutung, zur Unterdrückung des Proletariats in Völker- und Weltwirtschaftssyndikaten zusammenschließt. Das sind Selbstverständlichkeiten. Aber sein eigentliches ausgeprägtes Produkt ist der Individualismus, die sogenannte höchstgesteigerte Persönlichkeit. Die Weltanschauung der Persönlichkeit - das ist ideologisch für den Bürger das Höchste. Wenn er von seinen Heroen spricht, von seinen Mythen, von seinem Bismarck, dann spricht er von der Weltanschauung, die diese Leute als ihr Eigentum in sich hineingefressen hatten. Die große Persönlichkeit, der Heros kann verschieden aussehen. Es kann der Milliardär sein, es kann auch zeitweise der geistig große Mann der Weltanschauungen, der Philosoph sein. Das ist verschieden. Ich sage aber: der Individualismus ist der Typ des Kapitalismus.

Wir sind in unserem Klassenwollen am Anfang einer neuen Periode. Am Anfang, Genossen, wie es am Ende aussehen wird, können wir nur in der Phantasie erfassen. Ganz ausmalen kann es niemand. Und darin allein zeigt sich auch unser Bedingtsein, eben daß Revolution, daß Klassenentwicklung nichts einfach zu Sagendes ist, sondern ein Prozess, in dem die Aufhellung des Geistes ein bedeutendes Stück mit ist. Genossen, ich sage, wir stehen am Anfang eines neuen Weges, d.h. am Anfang jenes Weges, wo das Individuum in der Masse nicht untergeht, aber in der Masse lebendig wird mit dieser Masse, d.h., wo das Individuum als einzelnes, als eine große Persönlichkeit aufhört zu existieren und wo anfängt, die Klasse ein geschossenes Stück einer ganzen kämpfenden Masse, eine Art ganz besonderes Ganzes zu werden. Wir sprechen von der sogenannten sozialen Bindung, die alle einzelnen Menschen, alle einzelnen Glieder der Gesellschaft einigt. Wenn ich sage, wir stehen am Anfang dieses Prozesses, Genossen, so werdet Ihr begreifen, dann es so gemeint ist, daß bei uns, die wir den eigentlichen Vortrupp dieses Wollens und Denkens bilden, anfängt die Auflösung des Individualismus, die Auflösung der sogenannten bürgerlichen großen Persönlichkeiten vor sich zu gehen. In unseren Reihen ist eins der Probleme - Ihr wisst, das Führerproblem, das Problem

des überragenden Einzelnen in voller Schärfe gestellt und ist im Anfang seiner Lösung begriffen. Wir alle können uns noch nicht ganz und gar ausmalen, wie einmal, wenn alle Kräfte einer ganzen Klasse, später erst, in der klassenlosen Gesellschaft die gesamten Kräfte der Menschheit gelöst sind und alles ineinander, durcheinander als ein Ganzes von Kraft flutet - wie das aussehen wird. Das wird nicht eine Erschlagung der einzelnen Kenntnisse des Einzelnen sein, das wird nicht eine Unterdrückung der einzelnen Fähigkeiten und Talente des einzelnen Genies sein, nein, es wird eine Auslosung aller dieser Kräfte, eine unendlich größere Auslosung deswegen sein, weil alle ökonomischen Hemmungen verschwunden sind, weil alle die, denen heute keinerlei Möglichkeit gegeben ist, diese Dinge in sich und aus sich heraus zu entwickeln, sie dann in voller Freiheit werden entwickeln können. Genossen, es ist nur anzudeuten. Aber hieraus wird Euch das eine klar, daß unsere Richtung von vornherein sich auf den Gesichtspunkt nicht des Individuellen, sondern des sozialen, der Bindung zwischen Masse und Führer einzustellen hat.

Wie kämpften bisher die Massen und die Führer? Die Masse - ein Objekt, ein Brettstein, den man fügt, oben ein Führender oder eine führende kleine Schicht, die die Hintersich Stehenden vergewaltigte. Entscheidend für den Kampf, für diese Führung war dann das, daß die Führer das, was hinter ihnen stand, ganz kapitalistisch als ihr Eigentum ansahen. Und wenn heute einzelne sogenannte Sozialisten kommen - ich habe das so oft in Versammlungen beim Spartakusbund gehört, wenn von Radek und sonst wem die Rede war - wenn sie kommen und sagen: der Mann ist doch sicherlich ein Sozialist, denn was hat er für den Sozialismus gelitten! Er hatte jahrelang im Gefängnis gesessen, er hat jahrelang außer Landes gelebt, alles hat er geopfert - Genossen, so besagt das gar nichts, sondern es besagt nur die Verständnislosigkeit gegen dem sozialen Klassenwollen überhaupt. (*Sehr gut!*) Es besagt, daß ein Mann für eine Sache leidet. Das tut der Kapitalist auch. Auch der Kapitalist, der verdient hat, der Schieber, der Verbrecher, der ganz und gar auf den Eigentumsgedanken eingestellt ist, er leidet, er lasst sich jahrelang einsperren, er lasst sich für sein Eigentum hängen. Genossen, das ist also kein Beweis dafür, daß man Sozialist ist, daß man proletarisches Klassenwollen hat, wenn man für eine Sache leidet. Es kommt darauf an, zu leiden, zu kämpfen, alles zu tun von selbst, als Pflicht des Klassenwollens, alles zu tun, nicht für sein Eigentum, sondern aus dem ganzen Strom der Entwicklung seiner eigenen Klasse heraus.

Wenn wir damit, Genossen, den Parlamentarismus berühren, der eben die Verkörperung dieses Verhaltens von Führer und Masse ist, nur hervorgegangen aus dem Prozess der kapitalistischen Entwicklung, untrennbar mit Parteiwesen verbunden, der diese Dinge geradezu zur Gottheit emporhebt, dann können wir uns hier in unserem Kreise darauf beschränken, zu sagen, daß der Parlamentarismus darum ein für allemal abzuweisen ist, weil er eine Lähmung der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats bildet. Alles andere zu sagen, scheint mir vollkommen übrig zu sein. Wenn wir den Kampf jetzt führen, den Tageskampf gegen dieses Parlament, wenn wir alle Argumente von einst, von früher, von jetzt zusammentragen, um ihn zu enthüllen und in seiner ganzen Nacktheit bloßzustellen, dann wissen wir darüber vollkommen Bescheid. Wir wollen es nur den anderen noch sagen. Und deswegen, sage ich, erübrigt es sich, darauf einzugehen. Als interessant mag an dieser Stelle nur folgendes gesagt sein: die österreichischen Genossen haben das Wesen des Parlamentarismus ausgezeichnet begriffen. Der Genosse Pfemfert hat ein Flugblatt herausgegeben, das ist ein Abdruck dessen, was diese Genossen über den Parlamentarismus zu sagen haben, eine so schlagende, treffende proletarische Widerlegung des Parlamentarismus, wie keiner von uns sie besser geben kann. Das war im August, irre ich nicht, 1920. (*Genosse Pfemfert: Nach der Wahl in Deutschland!*) Ich will das nicht vorlesen, weil Ihr was

gegen den Parlamentarismus zu sagen ist. Diese Leute, die das wissen, gingen auf Befehl der Exekutive darauf wählen. (*Hört, hört!*) Das ist blanker Verrat. Männer, die das getan haben, die dies sagen können über Parlamentarismus, daß er absolut und für immer für uns abgetan ist, und dann nachträglich zum Wählen auffordern und selbst wählen gehen - solche Männer sind ganz einfach schwere Verbrecher, wie sie die bürgerliche Gesellschaft aufzuweisen hat. Aber das nur nebenbei.

Wir wenden uns nun zu der weiteren Frage der alten Organisationen, der Parteien und Gewerkschaften. Man wird vielleicht einwenden: wenn die Gewerkschaften und Parteien diese und diese Form haben, eine bestimmte Organisationsform, kann denn eine Form konterrevolutionär oder revolutionär sein? Diese Frage ist uns vom Spartakusbund immer erneut an den Kopf geworfen worden, wir trieben Organisationsspielerei, mit einer Form kann man die Dinge nicht ändern. Nun, Genossen, so einfach ist das nicht. Gewinn, es gibt Organisationsspielerei. Aber wenn es Organisationen gibt, die das Selbstdenken der Massen verhindern, wenn es Organisationsformen gibt, die nicht zulassen, daß die Massen zum Selbsthandeln und Selbstdenken kommen, dann sind diese Formen konterrevolutionär, und sie müssen zerschlagen werden, um Formen Platz zu machen, die ganz und gar dieser Auslösung des Selbstdenkens und Selbsthandelns dienen. Das allein würde schon vollkommen das Wesen der Gewerkschaftsform als konterrevolutionär entlarven und die Zertrümmerung dieser Gewerkschaftsform zur Notwendigkeit machen.

Die alten Parteien, die alte sozialdemokratische Partei insbesondere bis zum Kriege, war ganz und gar eine Führerpartei, ganz und gar eingestellt auf das Prinzip der Gängelung der Massen, ganz und gar darauf eingestellt, daß Zentralen zu befehlen haben und Mitglieder zu gehorchen haben. Und diese Form der alten Partei ist für uns, Genossen, das Verächtlichste, das Bekämpfungswerteste, das Liederlichste, das wir uns denken können. In diesem Sinne - wir haben das auch geschrieben - heißt Parteimann sein, den Mut aufbringen zur Borniertheit, zur Trivialität, heißt, den Mut aufbringen, aus Menschen Maschinen zu machen, heißt, den Mut aufbringen, das Menschliche im Menschen zu töten. Diese Parteien sind für uns nur zu zerstören durch rücksichtsloses Zuschlagen.

Einen noch ausgeprägteren Parteicharakter, Charakter einer alten Organisation, tragen die Gewerkschaften. Genossen, die Gewerkschaften bilden einen kleinen Staat für sich, aufgebaut nach dem Prinzip: der Führer oben, die Zentrale regiert die Massen unten. Wer einmal sich die Statuten der Gewerkschaften durchgelesen hat, der wird vielleicht selbst erschreckt sein über das raffinierte System zur Ertötung der Denkfähigkeit und des Sprechrechtes des unten stehenden Proletariats. Diese Gewerkschaften sind aufgebaut nach Berufen. Sie bringen die Klassenzersplitterung in das Proletariat hinein. Kurzum, wozu Worte verlieren über das Wesen dieser Institutionen. Sie sind heute die Kulissen des Kapitals, sie sind maskierte Organisationen des Kapitals, Agenturen des Kapitals. Sie sind in der Tat schlimmer als die Orgesch. Was noch schlimmer ist, werde ich allerdings noch zu sagen haben.

Genossen, nun sagt man, diese Gewerkschaften soll man von innen heraus revolutionieren, und schlägt zu diesem Zweck vor, die sogenannte Zellentaktik. Man soll in die Gewerkschaften hineingehen und dort versuchen, die Führer zu stürzen und Kommunisten an die Stelle zu bringen; dann wird die Gewerkschaft zum revolutionären Instrument werden und ein Instrument zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Das heißt also, man hält diese ganze Struktur der Gewerkschaften für fähig, überhaupt dem Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft zu dienen. Man will die Spitzen wechseln, man will die Führer entfernen, man will die Gewerkschaften als Ganzes erhalten. Man will sie dann umbilden zu

Industrieverbänden. Was heißt das, Genossen? Das heißt, aus einer Organisation, die ganz und gar konterrevolutionären Charakter trägt, sodass sie eben das Selbsthandeln und Selbstdenken verhindert, will man Industrieverbände machen, d.h., einen noch verstärkteren konterrevolutionären Apparat, denn eine Industrieorganisation ist nur die Zusammenfassung verschiedener einzelner Berufsorganisationen, die Zusammenschmiedung einzelner Führercliquen zu einer Art Völkerbund im kleinen zur weiteren Unterdrückung und Ausbeutung der Proletarier.

Genossen, wenn diese Zellentaktik Erfolg hat, dann kann sie zunächst nur den einen Erfolg haben, daß in den Gewerkschaften Radau vor sich geht, daß in den Gewerkschaften deswegen Radau vor sich geht, weil sich die Führer, die oben sitzen, nicht gefallen lassen wollen, daß man sie von den Futterkrippen und von ihrem Königsthron entfernt. Das kann auf die Dauer natürlich erreicht werden in einem langen, zähen Kampfe. Wir sehen allerdings diesen Kampf als einen jahrelang dauernden und oft vergeblichen. Wir haben das erlebt in der Revolution. Ich sage also, in einem jahrelangen Kampfe kann es erreicht werden, daß man an die Spitze der Gewerkschaften andere Führer bekommt. Damit ist an dem System, an der Struktur dieser Organisation nichts geändert. Im Gegenteil, diejenigen Führer, die einst aus den Proletariern heraus mit dem Willen zur Revolution in die Gewerkschaften gingen, sind Glieder dieses Systems geworden, gegen das sie nicht mehr ankämpfen können, denn das System ist stärker als jede einzelne Person.

Praktisch wehren sich die Gewerkschaften dagegen, daß man sie von innen heraus revolutionieren will. Was tun sie? Sie werfen Kommunisten hinaus. Mit dem Hinauswurf der Kommunisten beginnt das Geschrei der Kommunisten über die Zerschlagung und Zersplitterung der Gewerkschaften. (*Sehr gut und Heiterkeit*) Genossen, dieses Geschrei ist für unser Empfinden echt, d.h., es ist keine Demagogie, wenn die Kommunisten schreien: wir sind die Hinausgeschmissenen, man will die Gewerkschaften zersplittern, denn sie wollen sie ja wirklich nicht zersplittern, sie wollen sie ja erobern, sie wollen ja Führer in diesen Gewerkschaften werden. Also, wenn die U.S.P.D. und die S.P.D. schreien über die Gewerkschaftszersplitterer, über die Kommunisten als Gewerkschaftszersplitterer und wenn die Kommunisten schreien über die U.S.P.D. und die S.P.D. als Gewerkschaftszersplitterer, so haben sie beide recht, das Geschrei der Kommunisten ist das Geschrei der betrogenen Betrüger, die einen Betrug verüben wollen und selbst betrogen dann hinausfliegen. Das ist ein unglaublich widerliches und klägliches Schauspiel, das die Proletarier hier vor ihren Augen tagtäglich seitenlang in der Presse mit anhören und mit erleben müssen, für mein Empfinden eines der allerwiderwärtigsten Schauspiele, das die Proletarier sich hoffentlich nicht allzu lange mehr gefallen lassen werden. (*Sehr gut!*) Wenn nun diese Leute hinausgeworfen sind - und das steigert auch ihren Wutschrei -, dann wissen sie nicht, was sie anfangen sollen. Sie haben zwar bisher eine kleine Agentur, einen sogenannten Ausschuss, internationalen Ausschuss der roten Gewerkschaftsinternationale oder so, glaube ich, ein paar Leute, die man eingesetzt hat zum Konzentrieren des Nachrichtenwesens, das über Gewerkschaften existiert, Material zusammenzutragen, sich zu orientieren über die Bewegung in den auswärtigen Ländern, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen den Kämpfenden. Aber es ist das keine Zusammenfassung kämpfender Proletarier. Nein, man will ja nicht eine besondere Gewerkschaftsinternationale schaffen, denn man erkennt ganz richtig, daß eine wirkliche Gewerkschaftsinternationale, d.h., eine Internationale, die sich auf den Betrieben, auf der Masse der kämpfenden Arbeiter in den Betrieben aufbaut - daß eine solche Internationale, die sich dem Rätegedanken annähert, der Tod dieses Opportunismus, der Tod des alten Parteiwesens, der Tod einer alten Partei-Internationale sein wird. Diese Absicht hat man nicht. Man fordert deshalb auf, in den

Gewerkschaften zu bleiben und dort auch in der Internationale zu revolutionieren. Nun, Genossen, weil man kein Programm hat, kein positives Programm, wenn man hinausgeworfen ist, weil man von der Negation lebt, weil man nicht Proletarisches, keine Klassenorganisation des Proletariats entgegensetzen hat, deshalb schreit man: Gewalt! Wir sehen ja klar, daß wir die einzigen sind, die diesen Dingen etwas Positives entgegensetzen haben. Seit es Betriebsorganisationen gibt, seit es den offenen Kampf gegen die Gewerkschaften von den Betrieben aus, von den Massen der Proletarier ausgeführt, gibt, ist einmal die Teilnahme am Parlament absolute Sabotage an der Revolution und ist andererseits der Anfang mit jener Organisation gemacht, die eben dem Klassenwollen der Proletarier Ausdruck verleiht.

Genossen, in diesem Rahmen einer solchen Klärung zwischen Masse und Führer, einer solchen Klärung über die alte und die neue Organisation, in einen solchen Zusammenhang gehört auch das Problem von Zentralismus und Föderalismus und Autonomie hinein. Ich habe das Empfinden, daß bei dem Kampf um Zentralismus und Föderalismus in der Hauptsache um Worte gestritten wird. Es gibt niemanden unter uns, gar keinen Proletarier auch in den anderen Organisationen, der nicht den Zentralismus, den Kadaverzentralismus der militaristischen Bürokratie ablehnt. Dieser Zentralismus ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Er hat seine letzte Spitze im Staat, zunächst im Klassenstaat, vielleicht etwas weiter im Völkerbund, im Weltwirtschaftssyndikat. Er ist die Schändung des Menschen, die Schändung des Menschengesistes. Mit ihm kann niemand etwas zu tun haben ist aber entstanden nicht an einem Tage, sondern als ein geschichtlicher Prozess, als ein Prozess, in dem der Kapitalismus sich die Ausdrucksform auf Grund seiner ökonomischen Verhältnisse verschaffte, die ihnen gemeinsam waren.

Der Föderalismus hat eigentlich seine Wurzeln in einer früheren Produktionsweise. In der Hauptsache war er zu Hause im Mittelalter. Wir haben einen ausgesprochenen Föderalismus, eine ausgesprochene Autonomie einzelner Bezirke, einzelner kleiner Herzogtümer, Fürstentümer usw. Sie hatten jeder ihr kleines Militär, ihre Steuern usw. und ihren Schlagbaum gegenüber dem nächsten kleinen Land. Dieser Föderalismus ist dann im Kampf gegen den Zentralismus ausgespielt worden als das Wort, das dem Proletarier zeigen sollte, daß er Gegner des Zentralismus ist.

Dieses Wort hat sehr doppeldeutigen Sinn vielfach angenommen. Wenn man jemand fragt, er möchte erklären, was er unter Föderalismus versteht, so ist er meistens nicht dazu imstande oder er sagt ganz allgemein: unter Föderalismus verstehe ich, daß die Menschen möglichst Freiheit haben, daß sie untereinander durch Verträge auskommen, daß möglichst jeder einzelne sich frei entwickeln kann, daß von oben nicht regiert wird, daß man kein Fürstentum haben soll in dem Sinne, daß oben regiert wird, auf den Knopf gedrückt wird und zentral die Masse vergewaltigt wird. Kurzum, er bringt durchweg nur Negationen von dem vor, was ihm am Zentralismus nicht passt. Genossen, damit wird dieser Streit um Föderalismus und Zentralismus zu einem einfachen Wortstreit. Wer das Wort Zentralismus hört, fährt wie von der Tarantel gestochen auf und wirft dem anderen das Wort «Föderalismus» entgegen. (*Heiterkeit*) Das kann so nicht fortgehen. Ich glaube, daß das bei uns bereits überwunden ist. Der Kampf des Proletariats ist reiner Klassenkampf. Aus diesem reinen Klassenkampf heraus bilden sich die Formen, die das Proletariat braucht, um diesen Klassenkampf führen zu können. Und aus diesem Kampf heraus bildet sich das, was wir heute Überorganisation nennen, was seinerseits in einer geschichtlichen Entwicklung begriffen ist; und eine gute und endgültige Erläuterung dessen zu geben, was Räteystem ist, ist unmöglich. Es ist nur allgemein das zu sagen: im Räteystem kristallisiert sich das Klassenwollen der Proletarier. Im Räteystem wird das Selbstdenken und Selbsthandeln und das Selbstbewußtsein der Proletarier in die

Wirklichkeit hinübergeleitet. Während in einem Augenblick, in dem das Kapital seinerseits seine alte Organisationsform, wie den Staat, bereits durch seine fortschreitende Produktion internationaler Natur zersprengt, wo es bereits zu anderen Formulierungen seines Zentralismus, seiner Organisation kommt, wie etwa im Völkerbund, wie etwa im Weltwirtschaftssyndikat, das uns bevorstehen kann, wenn die Proletarier nicht vorher den Kapitalismus stürzen - ich sage, wie dieses Kapital seinerseits seine alte Organisationsform sprengt oder sie in einer weiteren Richtung entwickelt, die den alten entspricht natürlich, so ist das Proletariat heute besonders durch Krieg und Revolution aus dem Stadium heraus, daß es überhaupt noch leben kann in den alten, ihm vom Kapitalismus Überlassenen und von ihm mit benutzten Organisationsformen. Daher unser absoluter Hass, unser Kampf gegen diese Organisationsformen des Kapitalismus, gegen die alten Parteien, gegen die Gewerkschaften. In diesem Prozess beginnt das Proletariat, sich eigene Formen, eigenen Ausdruck seines Klassenwollens zu schaffen. Das begreifen die Proletarier noch nicht ohne weiteres. Sie sprechen noch davon, daß man froh sein kann, starke Organisationen wie eine starke Partei der U.S.P.D. oder eine starke Partei der V.K.P.D. zu haben; und sie sagen nicht, daß gerade diese das eigentliche Hindernis der Revolution sind. Sie sehen nicht, daß es für sie gar keinen anderen Ausweg mehr gibt, als die Formen zu finden, die ihrem Klassenkampf entsprechen. Sie können die Waffen nicht mehr brauchen, sie können nicht mehr in den Fesseln leben, in denen sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so stark geschmiedet waren. Und in dem Augenblick, wo er in das Bewusstsein der Proletarier übergegangen ist als ein Prozeß der Entwicklung ihres Klassenwollens - in dem Augenblick muss mit äußerster Schärfe die Scheidewand betont werden zwischen jeder irgendwie noch mit Fehlern alter Organisation behafteten Partei oder Gewerkschaft oder was es sei, und der Herausarbeitung und der Kristallisierung der reinen proletarischen Organisationsform, eben des Rätessystems.

Es mag noch gesagt sein, dass man sich hüten soll, nun auch das Rätessystem bereits wieder als ein ideologisches Spielwort, als einen Popanz anzusehen, mit dem man nun operiert, ohne sich immer ganz genau klar darüber zu sein, dass Rätessystem ein Wort ist - ein sehr schlechtes Wort nebenbei -, dass Rätessystem, Räteorganisation, Rätegedanken vieldeutige Dinge sein können, dass man sich immer und in jedem Augenblick erneut darüber Rechenschaft abzulegen hat, ob das, was als Räte existiert, wirklich Räte, eben Ausdruck der proletarischen Klasse sind.

Genossen, damit ergibt sich, dass für uns Zentralismus und Föderalismus, beides überholte Dinge sind. Es sind beides Dinge, die auf dem bürgerlichen Boden gewachsen sind, alle beide.<sup>59</sup> (*Sehr richtig!*) Das eine ist nur die Negation des anderen, es ist nichts Positives. Wir stellen ihm das Rätessystem entgegen. Und hier wird auch ganz deutlich, dass wir zwar nicht mit Zentralismus zu tun haben, aber alles zu tun haben mit der Zusammenschweissung und festen Bindung jedes einzelnen Proletariers in ein Ganzes. Wenn man das Zentralismus nennt, dann wollen wir den Zentralismus. Wir wollen den Zentralismus des Rätessystems, wir wollen die soziale Bindung, wir wollen die Kristallisierung des Massen Bewusstseins im sozialen Denken. Alle die, die hinauspringen aus diesem Prozess, die nicht wollen, die nur negieren den Zentralismus an sich, haben unserer Auffassung nach nicht den Rätegedanken begriffen. (*Sehr richtig!*) Sie haben nicht begriffen, dass die Klassenentwicklung des Proletariats nicht zum Individualismus führt, nicht zur Auflösung der proletarischen Klasse in lauter Einzelpersonen, sondern dass sie führt zu einem untrennbaren, unauslöschlichen, ganz und gar disziplinierten und zusammengeschiedenen Stück der proletarischen Klasse und späterhin der ganzen proletarischen Klasse.

Damit erübrigt sich auch, noch etwas oder viel zu sagen über die sogenannte Autonomie. Genossen, es ist ebenfalls zum Schlagwort geworden. Autonomie - was will man? Wenn heute von Autonomie gesprochen wird, so soll das heißen, wir in Braunschweig, wir in Sachsen, wir in Hannover, wir in Königsberg, wir wollen autonom sein, wir wollen uns nichts aufoktroieren lassen von irgendjemanden, wir wollen aus der Struktur unseres Bezirks heraus alles selber machen. Wie sieht das praktisch aus, Genossen? Ich will nicht davon sprechen, dass, wenn man die Autonomie - und man müsste das - auf die Spitze treibt, man jedem einzelnen Mitglied volle Willensfreiheit erlauben jeder kann das machen, was er will. Das sieht jeder als absurd an. Und in dieser Konsequenz wollen die Verteidiger der Autonomie das nicht zugeben. Es gibt einen Menschenschlag, und das ist ein Menschenschlag der untergehenden bürgerlichen Kultur, eine dichte Schar, die am Ende der kapitalistischen Epoche steht. Und diese Leute sprechen es ganz offen aus - und ich habe einige von ihnen in die V.K.P.D. hineingehen sehen -: es kommt gar nicht darauf an, dass man vom anderen verstanden wird, wenn man sich selbst versteht; was ich sage, das ist ein Gefühl, das bin ich, ich drücke mich so aus, das genügt mir, ich bin autonom; wenn man mich nicht versteht, schadet es nichts, das ist gerade gut, wenn man mich nicht versteht. (*Heiterkeit*) Ihr seht, das ist die Auflösung, das ist die geistige Verwesung des Kapitalismus. Diese Form von Autonomie in unsere Klassen Entwicklung hineinzutragen, bedeutet eine schwere Schädigung begehen. Wenn aber jemand unter Autonomie versteht, eben die Selbstbewußtseinsentwicklung der Proletarier zu fordern, wenn er darunter versteht, möglichst nicht den Proletarier zu unterdrücken, sondern ihn zu erlösen aus allen Fesseln, dann ist das selbstverständlich. Aber praktisch, wie sich das jetzt in einzelnen Bezirken abspielt, wie es sich im Kampfe zwischen der ganzen Partei und einzelnen Bezirken abspielt, kommt es auf nichts weiter hinaus, als auf eine totale Lähmung des Klassenkampfes, auf eine Zersplitterung, auf die Bildung eines ganzen Sackes voll kleiner und kleinster Zentralen. Denn praktisch ist es so, daß in jedem Bezirk dann noch ein kleiner König sitzt und, wenn nicht im Bezirk, dann in einer kleinen Gruppe oder sonst wo, und er regiert dort. Und weil es ihm nicht gar, den ihm ein anderer etwas sagt, bringt er seinen Willen seinen paar Proletariern bei - ganz kapitalistisch - und sagt ihnen dann gleichzeitig - und das ist demagogisch -: die oben wollen Euch vergewaltigen; und er vergewaltigt sie. Genossen, ich sage, das ist alles unnütz, da ist nicht begriffen, was Räte-system ist, da ist nicht begriffen, was Klassenentwicklung ist; und vor allen Dingen ist nicht begriffen, daß Klassenentwicklung ein historischer Prozess ist, ein revolutionärer Prozess, der nicht von heute auf morgen vor sich geht, sondern einer langen Entwicklung bedarf. Ich werde darauf ja noch näher bei der Union zu sprechen kommen.

Also, Genossen, das unterscheidet uns ja auch so stark von den Syndikalisten. Das ist der eigentliche Punkt, daß die Syndikalisten in diesen Fragen nicht historisch zu denken verstehen, sondern daß sie bürgerlich, ethisch und damit verbunden natürlich pazifistisch denken.

Genossen, überlegt einmal: wenn ich mit Menschen von den ostsächsischen Freunden gesprochen habe, dann fühle ich ihnen mehr nach - sie können es oft selbst nicht aussprechen -, ich sage, mit Freuden versuche ich ihnen nachzufühlen, daß es ihnen ganz ernst ist um die Befreiung des Proletariats aus aller Ideologie, daß sie ringen, wie mache ich das, um sein Bewusstsein für diese Dinge

zu entschleiern? Aber Genossen, sie verfallen dann auf den Utopismus, sie verfallen darauf, dem einzelnen zu sagen. sieh einmal, das ist sehr einfach, so und so sieht die Räteorganisation aus, das ist die Räte-Internationale, so wird die klassenlose Gesellschaft aussehen, und dann wird die Persönlichkeit eine vollkommen freie sein, das brauchst Du nur zu propagieren, dann ist es gut. Genossen, das ist Negation, das ist vollkommen unhistorisch gedacht und vollkommen falsch. Das ist gedacht: wie Leute, sagen wir einmal, wie Tolstoi dachte sehr richtig!, das ist syndikalistisch gedacht, d.h., dadurch, daß man den Gedanken der klassenlosen Gesellschaft, der Gedanken der frei entwickelten Menschenseele predigt, dadurch, daß man das sagt, glaubt man bereits, den Menschen gewinnen zu können, glaubt man, ihm bereits das Klassenbewußtsein, die Entwicklungsform dieser Klasse dargeboten zu haben. Das ist falsch. Man muss darauf sehen, daß er in dem Prozess des revolutionären Geschehens dieses Bewusstsein aus sich heraus entwickelt. Das kann ihm niemand beibringen. Es wird keiner unter Euch sitzen, der heute nicht sagt, daß er schlauer ist als vor zwei Jahren, daß er unendlich vieles zugelernt hat und besser sieht, als er es einst sehen konnte. Dem, den Ihr ändern wollt, den Ihr vor Euch habt am Rockknopf und eintrichtern wollt das Klassenwollen - dem könnt Ihr zunächst nur Worte bieten. Der Entwicklungsprozeß in ihm, um ihn, der in eins fließt, bringt ihn dann erst zur Lösung seines Selbstbewußtseins, die kann man nicht auf der. Präsentierteller darbringen. Und wenn man nun jemanden mit schaffen will durch reden zu einer freien Menschenseele, zu einer freien Persönlichkeit, dann glaubt man - und das ist ganz und gar bürgerlich -, die Menschen ändern zu können durch predigen. (*Sehr richtig!*) Das ist falsch. Das ist eines der Grundprobleme, der Grundprinzipien des Marxismus, und die müssen begriffen sein, wenn man nicht in Utopismus versinken will.

Also, Genossen, es kommt alles darauf an, das Bewusstsein der neuen Organisation innerhalb der Proletarier zu entschleiern. Und wir können ihnen sagen, daß in diesem großen Prozess der Bewusstseinsentschleierung des Proletariats sich die K.A.P.D. gebildet hat innerhalb der Revolution, ganz und gar ein Kind der Revolution. Sie ist die erste Partei, die erste politische Organisation auf der Welt, kann man sagen, die in den Mittelpunkt ihres Programms die Selbstbewußtseinsentwicklung der Proletarier stellt, die begriffen hat, daß der Kommunismus nicht daß ist, wenn das Bürgertum gestürzt ist, sondern die eine tiefere Auffassung vom Kommunismus hat von dem Kommunismus, der eben die Freiheit des Proletariats, die es mit jedem einzelnen Gliede kämpfend nur gewinnen kann, propagiert.

Genossen, unsere K.A.P.D. ist entstanden aus einem Prozess der Klärung innerhalb der einstigen K.P.D. Wir haben unglaublich schwere Zeiten hinter uns. Ihr alle wisst, und ich sage Euch nichts Neues, wenn ich das sage, daß der Spartakusbund, in dem wir einst die Mehrheit bildeten, mit einer Skrupellosigkeit, die immer wieder vor aller Welt ausgesprochen zu werden verdient, uns entfernt hat aus einer Organisation, die uns gehörte (*Sehr gut!*), uns den Apparat geraubt hat, auf Grund dessen er die Macht, die Gelder in der Hand hatte, einen Apparat, der ganz und gar uns gehörte. Es war das jener Augenblick, in dem der Spartakusbund - sagen wir es einmal offen - den Glauben an die Revolution verloren hatte. (*Sehr richtig!*) Wenn heute noch die

V.K.P.D. und alle diese Leute von Revolution sprechen, so ist das alles Geschäft, es ist nichts Ernstes mehr dabei. Sie glauben an die Kraft der Proletarier, sie glauben nicht an die proletarische Revolution. Sie glauben an Umwälzungen. O, sie kennen ihren Marx sehr gut. Aber daß die proletarische Klasse sich selbst befreien kann, daß sie sich selbst befreien muss und dass die Proletarier das können, das glauben sie nicht. Sie glauben nur, dass sie das können, und sie wollen das nicht.

Nun, Genossen, aus diesem Kampf des Spartakus will ich doch noch einmal an eins erinnern, weil es mir gerade vorliegt und uns auf diesem Kongress auch unterbreitet ist; und das soll hier doch deswegen gesagt sein, weil wir auf diesem Parteitag oft einzelne Punkte herausgreifen müssen, da wir nicht mehr alles sagen können, was bezeichnend für den Geist ist, aus dem heraus es geschehen ist. Und dieser Geist hat dem Spartakusbund folgendes Dokument eingegeben. Er schrieb gelegentlich der Beschuldigung, dass wir mit Kapp-Offizieren verhandelt hatten:

«Die Haltung der Kommunistischen Arbeiterpartei in den vergangenen Wochen war folgende – das schreibt er an die Internationale:

1. Sie hat die Verbindung mit den Kapp-Offizieren hergestellt und dadurch die Gefahr von Lockspitzeln provozierter Kapp-Putsche hervorgerufen.
2. Sie hat in Verbindung mit diesen Kapp-Offizieren wiederum Konzessionen an den Nationalbolschewismus gemacht.
3. Sie vertritt individuellen Terror und die individuelle Sabotage.
4. Sie sieht ihre vermeintliche Aufgabe in der Bekämpfung der, der Kommunistischen Internationale angeschlossenen K.P.D. mit allen, auch terroristischen Mitteln.»

Genossen, das verdient hier noch einmal in Erinnerung gebracht zu werden auf diesem Kongress.

Wir wollen nun sagen, als wir uns aus der K.P.D. lösten, da war zweifellos die volle Klarheit dessen, was wir sind, noch nicht bei allen Mitgliedern vorhanden. Es war noch teilweise der Geist der reinen Opposition, es war der Geist des Kampfes gegen eine Cliques-Wirtschaft, gegen eine zentrale Misswirtschaft, die in Korruption unterzugehen drohte. Dieser Charakter aber als K.A.P.D. arbeitet sich immer schärfer heraus. Schon in den allerersten Publikationen der K.A.P.D. ist gesagt, dass der Kampf um drei Dinge ginge, einmal gegen das Führertum, gegen diese Zentrale des Spartakusbundes, dass die Frage der Spartakuszentrale keine Frage der persönlichen Verärgerung sei, sondern dass sie und ihre Erledigung die Erledigung des alten zentralen Cliques-Wesens eine prinzipielle Frage allerersten Ranges sei. Und es war weiter gesagt, dass der Kampf gegen den Parlamentarismus und der Kampf in der Gewerkschaftsfrage die bedeutungsvollste Rolle spielte. Wir selbst, Genossen, haben uns den Vorwurf besonders gefallen lassen müssen, Syndikalisten zu sein. Wir gestehen offen, wir haben vor dem Syndikalismus gar keine Bange. Im Gegenteil, wir haben dem Syndikalismus der vergangenen Jahrzehnte sehr vieles zu danken. Die Idee des Generalstreiks, der Kampf gegen das Bonzentum, der Kampf gegen Parlamentarismus usw., der Kampf für die Sabotage usw. sind Dinge, die dem Syndikalismus hoch anzurechnen sind, dafür eingetreten zu sein. Ich entsinne mich noch daran, dass wir als erste in Berlin hinausgeschmissen wurden, ehe Wolffheim und Laufenberg auf dem Tapet standen, hinausgeschmissen wurden aus der K.P.D. besonders wegen eines Artikels, der nicht

einmal über die Sabotage der einzelnen handelte, sondern von der Sabotage der Produktion, nicht von der Sabotage der Produktionsmittel, sondern von der Sabotage der Produktion. Dafür wurden wir hinausgeschmissen. Das war ein Teil der Gründe angeblich. Dafür wurden wir hinausgeschmissen, dass wir den Arbeitern sagten, sie sollten für den Kapitalismus so wenig wie möglich schuften. Überlegt das einmal, Genossen, das war der Spartakusbund! Ich füge noch hinzu, damals sagte Levi in der Versammlung der Berliner Funktionäre, daß der Appell an die Arbeiterschaft, für den Kapitalismus so wenig wie möglich zu schaffen, deswegen auf unfruchtbaren Boden fallen würde und ein ungeeignetes Mittel im Klassenkampf sei, weil das unpsychologisch wäre, denn der Arbeiter, der einmal arbeitete hätte Freude an seiner Arbeit und machte sie gern. So wurde gegen uns gekämpft, Genossen! Wir haben ihm gesagt, daß er in seinem Leben von der Arbeit, die ein Arbeiter zu machen hat, wahrscheinlich niemals etwas gespürt hat. Aber so wurde damals gekämpft!

Nun wurde besonders der Kampf dann durch Radek innerhalb des Spartakusbundes gegen den Nationalbolschewismus aufgenommen. Wir müssen noch heute gestehen, Genossen, daß wir mit Herzensbedauern die Hamburger Genossen Laufenberg und Wolffheim haben enthaupten müssen. Sie waren uns, solange sie gegen den Spartakus in unseren Reihen kämpften, ausgezeichnete Genossen. Sie haben für die Revolution alles getan. Sie haben viel zur revolutionären Theorie beigetragen. Sie haben viel zur Klärung der Arbeiterschaft beigetragen, und sie haben eben die wertvollsten Dienste im Kampfe gegen Spartakus uns geliehen. Wir mussten sie in dem Augenblick entfernen, als sie die Linie einer proletarischen Klassenkampfpolitik zugunsten einer geläuterten Nationalpolitik verliehen. Wir haben sie nicht abgestoßen, weil Spartakus das wollte, weil die Internationale das wollte. Wir wollen das hier öffentlich sagen, Genossen! Im Gegenteil könnte man höchstens sagen, wir haben sie gerade als tapfere Kämpfer gegen diese Leute solange wie möglich zu halten versucht. (*Zuruf: Zu lange!*) Aber in dem Augenblick, als sie, sage ich, den Weg einer sogenannten geläuterten Nationalpolitik einschlugen, waren sie für den proletarischen Klassenkampf verloren. Ich sage, daß der Genosse Laufenberg als alter Zentrumsman, als Mann einer Partei, in der alle Gegensätze vom Arbeiter bis zum Aristokraten nebeneinander existieren - daß ihm vielleicht ein Bild der Fortentwicklung der deutschen Nation in der Tat vorschwebt, an der das Proletariat als herrschende und den Vortrupp bildende Klasse in der Hauptsache kämpft und interessiert ist, aber die gleichzeitig den Ausgleich mit allen anderen Kräften der Nation sucht. Das ist ein altes, großes, demokratisches, nationales, kulturelles Ideal. Und in dem Sinne können wir heute deutlicher als früher jemals feststellen, daß eigentlich Laufenberg trotz aller Kenntnis der marxistischen Theorie, die er für diese Gedanken mit verwertet, letzten Endes im national-deutschen Bürgertum stecken geblieben ist. (*Sehr richtig!*) Und das konnten wir in unserer Partei nicht verwinden, und wir mussten diesen schmerzvollen Schnitt vollziehen. Ich glaube, daß in dieser Frage unsere Partei taktisch sehr richtig vorgegangen ist. Ich hörte vorhin einen Zwischenruf, der besagte, daß es schade war, daß sie nicht früh genug hinausgeworfen wurden. Nein, Genossen, ich sage, zwei so starke Köpfe, besonders Laufenberg mit einer ausgeprägten Theorie, einem starken Willen, einer großen Suggestionskraft auch für Proletarier - solche Leute kämpfen in den Arbeitern und mit Arbeitern zunächst, deren Dinge muss man ausreifen lassen. Schlägt man einer solchen Theorie vornherein auf den Kopf, so wird sie ihre dreifachen Köpfe wieder hinstrecken. Sie musste vollkommen in ihren Konsequenzen ausreifen. Währenddessen und in der Zeit, wo das war, mussten die Proletarier, ohne sich verwirren, sich selbst klar über diese Dinge werden. Von Berlin kann sagen, daß Berlin durchaus klar sah. Man holte die Genossen Laufenberg und Wolffheim, man ließ sie sprechen, man annoncierte ihre Broschüren der Zeitung, sie waren jedem zugänglich. Ohne dass man die Möglichkeit zur offenen Sabotage der Organisation bot, bot man die Möglichkeit zur Klärung der Mitgliedschaft. Und in verhältnismäßig leichter Weise

gelang dann trotz der Stärke dieser Personen, die noch dazu im Lande umherreisten und überall für sich agitierten - gelang es der Partei, mit einem Achselzucken sich plötzlich von zwei starken Menschen zu befreien. Das soll uns eine andere Partei alten Stiles nachmachen (*Sehr gut!*) so bedauernswert es ist, dass man es tun musste.

Weiter, Genossen! Wir haben einen zweiten schweren Schnitt vollziehen müssen, und das war der Schnitt mit dem Genossen Rühle. Ich sage, wenn in dem Punkte gegenüber den Hamburgern unsere Genossen richtig in der Taktik gehandelt haben, d.h. die Theorie haben ausreifen lassen, so glaube ich, dass sie in der Frage des Genossen Rühle nicht ganz richtig gehandelt hat. Ich glaube, dass man nach der Rückkehr des Genossen Rühle aus Moskau die Dinge bereits vollkommen klar übersehen konnte und ganz offen und klar mit dem Genossen Rühle in aller Öffentlichkeit sprechen musste. Das hätte ich für meine Person für besser gehalten. Man hat die Sache einige Wochen hingezogen. Es ist darüber - wir wollen das unter uns sagen - viel Verärgerung entstanden. Man hat den Genossen Rühle auch in die unangenehme Abwehrlage gedrängt, in der er verhältnismäßig wenig zu seiner Verteilung in der Presse noch ton konnte usw. Es ist ein hin und her gewesen. Aber eins war deutlich, dass der Genosse Rühle zweifellos den Boden unseres Programms zu verlassen begann. Eins war von vornherein klar, dass er mit seiner Resolution, die sich gegen die Partei als solche, gegen die K.A.P.D. richtete, dass er mit gewissen Briefen, die doch ziemlich deutlich aussprachen, dass eigentlich die K.A.P.D. nur da ist, um zugrunde zu gehen - dass da, aber auch einige Dinge vorher, jedenfalls eine Linie vor), die zur Verneinung der Partei über kurz oder lang führen musste. Nun will ich das eine zugeben, dass der Genosse Rühle doch als alter Marxist unter diesen Kämpfen, die nun gegen ihn entbrannten, sich noch zu weiteren Schritten verleiten ließ, die er sonst vielleicht nicht so ohne weiteres getan hätte, d.h., er ist tatsächlich bei dem blanken Utopismus gelandet (*Sehr richtig!*); und das ist doch sehr bedenklich für jemand, der als alter revolutionärer Marxist immerhin den Gedanken der revolutionären Entwicklung, des revolutionären Prozesses begriffen haben müsste. Es dreht sich darum, dass der Genosse Rühle die Räte-Ideologie entwickelt, diese Räte-Ideologie abspielt vor den Proletariern, ihnen den Gedanken der Einheitsorganisation plausibel macht, als wäre es ein Gedanke, der heute Wirklichkeit sein konnte, und dadurch die Proletarier zweifellos zum Kampf gegen jede politische Organisation, also auch zum Kampf gegen die K.A.P.D. veranlasst. Den persönlichen Motiven will ich nicht nachgehen, wieweit etwa durch Verärgerung gegen den Hauptausschuss, durch kleine Übergriffe des Hauptausschusses und dergleichen diese provozierende Form hervorgebracht worden ist. Aber es ist Tatsache, dass man eine Ideologie abrollt, das Ende erfasst, dieses Ende den Proletariern propagiert und damit einfach die Partei zertrümmert. Das sind keine Vorwürfe, das sind ganz einfache Tatsachen. Ich glaube, dass die Partei sich in dem Kampfe gegen Genosse Rühle klar sein muss. Wir müssen ein paar Worte darüber reden, weil es ein heftiger und schwerer Kampf in unserer Partei ist, der vielleicht noch nicht ganz zu Ende ist. Aber er muss auf diesem Parteitag zu Ende gebracht werden. Ich will nur sagen, in diesem Kampfe, der nun gegen Rühle entbrannt ist und der rücksichtslos bis zu Ende geführt werden muss - in diesem Kampfe müssen wir uns ganz klar darüber sein, was für uns die politische Organisation überhaupt bedeutet. Und wenn diese Frage auf diesem Parteitag geklärt ist, die Frage der Notwendigkeit der K.A.P.D., dann werden wir von diesem Parteitag nach Hause gehen können und sagen: wir haben ein vollkommenes positives Resultat erzielt, und wir können geläutert und gestärkt in den Kampf zurückkehren.

Genossen, wir wenden uns zur weiteren Frage. Das ist zunächst nunmehr die Frage des Wesens unserer Partei überhaupt.

Genossen, was ist unsere Partei, und was soll sie sein? Soll sie Zersplitterung in die Arbeiterschaft bringen? Soll sie Auflösung bringen? sie trennen? Sie soll alles das nicht. Wir sagen es in einem einzigen Wort: unsere Partei soll Dienerin am Rätegedanken sein. Es gibt zwei Sorten von Menschen wohl noch heute in unserer Partei. Die einen sagen, man soll den Kampf so führen, dass man die Parteien überhaupt alle verneint, auch eigentlich die K.A.P.D. Die anderen sagen man soll den Gedanken der Partei so scharf und so stark betonen, dass sie geradezu die Diktatorgewalt über die B.O. hat. Genossen, ich sage, in beiden Dingen wohnen die allerersten Gefahren. In den einzelnen Köpfen unserer Genossen wird die Gefahr groß, dass sie sich wieder altem parteischablonenmässigem Denken nähern. In einzelnen Köpfen wird die Parteiengröße zu stark. Sie sehen nicht mehr das Ganze der Revolution. Sie fangen an, die Partei und die Revolution zu verwechseln. Sie sehen nicht mehr, dass die Partei nur der Hebel der Klassenrevolution sein soll. Sie spielen eben bewusst oder unbewusst mit dem Gedanken, dass die Partei mal an die Spitze -wie, das malen sie sich nicht aus kommen wird. Genossen, hier liegt eine ungeheure Gefahr, d.h. jene Gefahr, dass unsere Partei jemals auch nur auf den Glauben kommen könnte, sie will an die Regierung, sie will regieren. *(Sehr gut!)* Genossen, ich warne Euch hier an dieser Stelle auf das allerdringendste davor. Spielt nicht einmal mit dem Gedanken, spielt nicht einmal soweit mit dem Gedanken, dass Ihr sagt, es kann einmal ein Punkt eintreten, da ist niemand da, und wir werden die Regierung übernehmen müssen. Wir sind keine Regierungspartei, weil wir keine parlamentarische Partei sind, weil wir keine Führerpartei sind; und das Proletariat als Klasse regiert anders als durch eine Partei oder eine politische Organisation. Genossen, wir müssen uns dessen wieder vollkommen bewusst werden, dass wir nicht nur jetzt als Hauptaufgabe haben, das proletarische Klassendenken zu lösen, sondern dass nach dem Siege, d.h. nach dem äußeren Siege, nach der Eroberung der Macht, wobei nebenbei gesagt, es sehr leicht vorkommen kann, dass zunächst einmal erst Gewerkschaften oder V.K.P.D. oder sonst etwas regieren werden -dass nach der Eroberung der Macht für unsere Partei eigentlich erst die Hauptaufgabe einsetzt, was sie tun kann für die Klassenbewusstseinsentwicklung, d.h. die Hauptaufgabe, die darin besteht, über die Entwicklung des Rätegedankens zu wachen, der Hebel der weiteren organisatorischen und geistigen Entwicklung der proletarischen Klasse zu sein; umgekehrt, wie manche Genossen denken, die Räteorganisation hat darüber zu wachen, dass die Diktatur immer nur von den Räten ausgeübt wird. Nein, Genossen, das ist falsch. Eine Organisation kann nicht über sich selbst wachen. Darüber, dass die Räte-Organisation nicht eine Bürokraten-Räte-Organisation wird, dass die Räte nicht zur Rätebürokratie werden, darüber hat unsere Partei -Partei, sage ich -weiter zu wachen. Darüber hat der zusammengefasste, klarste Vortrupp der Revolution und der weiteren Entwicklung zu wachen, daß hier nicht eine Form des Bürokratismus - ob sich die dann Räte nennt, ist ganz gleichgültig -, ein neuer alter Zentralismus wieder entwickelt.

Also, Genossen, wir haben ins Auge zu fassen, daß unsere Partei als Dienerin des Rätegedankens immer nur der Hebel des Klassenseinwollens sein darf. Darin begrenzt sich ihre weitere Aufgabe.

Aber wenn ich das hier an dieser Stelle zunächst sage, so werde ich weitere Ausführungen darüber machen, wenn wir auf das Verhältnis von Partei und Union zu sprechen kommen. Wir müssen uns zunächst zu etwas anderem wenden.

Weil unsere Partei nun dies ist und dies will, darum steht sie in Gegensatz zu allen anderen Parteien. Sie ist in der Tat keine Partei im alten Sinne aus diesem ihrem Wesen heraus und steht im heftigsten Gegensatz insbesondere zum sogenannten Neukommunismus. Genossen, dieser Neukommunismus ist die Verkörperung des

Opportunismus in der Arbeiterbewegung Europas. Der Neukommunismus ist für uns der Sumpf, in dem die Revolution unterzugehen droht. Der Neukommunismus ist für uns jene Führerschaft, die den Mangel an eigenem revolutionären Willen mit dem Nichtwollen der Massen zu entschuldigen sucht. Wir sagten auch in Moskau, daß wir nicht in Deutschland und wahrscheinlich in ganz Westeuropa jene klare Scheidelinie zwischen den Menschewiki und dem Bolschewismus haben werden, sondern daß sich auf der Mittellinie der Sumpf des sogenannten Neukommunismus bildet, in dem die Revolution vollkommen unterzugehen droht. Für uns ist der Neukommunismus die Anknüpfung an alle alten vorrevolutionären sozialdemokratischen Methoden. Für uns ist der Neukommunismus jene Partei der alten Spartakuszentrale und der jetzigen V.K.P.D., die vom Kapp-Putsch an über den russischen Vormarsch auf Warschau und Ostpreußen zu, über den Elektrizitätsarbeiterstreik weg, den Borsigstreik bis zu den größeren Kämpfen in Hamborn, bei Löwe, in der Kali-Industrie und Magdeburg immer und überall bewusst die Arbeiter betrogen hat. (*Sehr richtig! und bravo*) Für uns ist der Neukommunismus jene Partei der Kontrolle der Produktion, jene Partei des offenen Briefes, der Parlamentsreden des Levi, die Kapitalisten für ein Bündnis mit Rußland zu gewinnen sucht, der Reichs-Gewerkschaftszentrale, die jetzt ein Rundschreiben erlassen hat, in dem nicht mehr von Räten, nichts mehr von Diktatur des Proletariats überhaupt steht. Dieser Neukommunismus ist für uns die Korruption, der Sumpf, der absolut verächtlichste und bekämpfungswerteste Sumpf, den es nur gibt. (*Sehr richtig!*) Wenn die Gewerkschaften schlimmer sind als die Orgesch, dann ist die V.K.P.D. schlimmer als die Gewerkschaften (*lebhafteste Zustimmung*) weil sie bewußt mit der revolutionären Phrase die Revolution verrät.

Genossen, einige Beispiele! Wenn die VKPD von der Reichs-Gewerkschaftszentrale einen Aufruf herauslässt, dann hat sie hier den Rätegedanken vollkommen preisgegeben. Sie klammert sich nur noch an die gesetzlichen Wate. Wenn sie im offenen Brief den Proletarier für Forderungen zu fangen sucht, dann ist das nichts weiter, was sie auch offen ausspricht, daß für sie der Massenbetrug der Hebel der Massenbewegung ist, d.h. dadurch, daß man den Massen sagt: dafür müsst ihr kämpfen, glaubt man, sie in die Kämpfe hineinzuhetzen und sie für den Kommunismus reif zu machen. Dass zu diesen Kämpfen für den Kommunismus aber vorher der feste Wille des Proletariats vorhanden sein muss - davon kein Wort mehr! Und das alles, Genossen, geschieht, obwohl diesen Leitern beult ist, was sie tun, denn sie haben einst schon anders sprechen können. Radek, der eigentlich Inspirator dieser opportunistischen Politik der Spartakus-Zentrale, der auch die 3. Internationale in ihrer opportunistischen Politik auf dem Gewissen hat - dieser Mann sagt: 4 Millionen - damals waren es 4, jetzt sind es 7 Millionen - 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder sind ein Beweis dafür, dass die Gewerkschaften notwendig sind. Und dann kommt die Folgerung, dass man hinein um sie zu revolutionieren. Genossen, dass Millionen Menschen, die mit allen Mitteln des Stimmenfanges zusammengetrieben sind in diesen Gewerkschaften, geködert mit Lebensversicherungsplänchen und dergleichen (*Sehr gut!*) - dass diese Leute dort sind, ist nicht der Beweis für die Notwendigkeit der Gewerkschaften, sondern ein Beweis dafür, dass es noch an Selbstbewusstsein mangelt bei den Proletariern, die Gefährlichkeit der Gewerkschaftsstruktur zu erkennen. Man weiß das bei den Neukommunisten, man handelt anders.

Die V.K.P.D. erlaubt es sich denn auch heute bereits, mobil zu machen gegen die Aufnahme sogar der Syndikalisten und Unionisten in die Gewerkschaftsinternationale. Sie macht mobil mit der Begründung oder mit den Worten, dass man in diese Internationale niemand aus Deutschland ohne die Zustimmung der deutschen V.K.P.D. aufnehmen darf. Ich glaube, wir brauchen über diesen Quatsch gar kein Wort mehr zu verlieren, ebenso wenig wir über die Kontrolle der Produktion uns mit dem einen Wort

begnügen können, dass auch hier das Prinzip ist. Massenbetrug als Hebel der Massenbewegung, denn es gibt keine Kontrolle der Produktion ohne die Eroberung der Macht, ohne die Übernahme der Produktion.

Non, Genossen, wir haben den Charakter dieser V.K.P.D.-Politik in der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung* in einem Artikel ganz brutal und in voller Nacktheit aufgezeichnet, so nackt und so brutal, dass selbst einige unserer Genossen mit etwas zarteren Seelen (*Heiterkeit*) davon sich unangenehm, sagen wir einmal, berührt gefühlt haben. (*Sehr gut!*) Ich unterbreite gerade diese Worte zur Charakteristik der V.K.P.D. noch einmal hier dem versammelten Parteikongress der K.A.P.D. aus Deutschland hier in aller Öffentlichkeit, damit es aufbewahrt bleibt und damit man sagen ob hier nicht restlos der Charakter einer Politik sich enthüllt, die nicht proletarische Politik ist, sondern die die Politik von Geschäftsrevolutionären ist. Genossen, ich gehe einer Schritt weiter. Ich sage, um es in seiner ganzen Nacktheit zu sagen; und wir müssen alles nackt und klar sehen - die Menschen wie Scheidemann und Ebert sind ungefährlicher als die Zentral-Clique der V.K.P.D. (*Sehr gut!*), denn die Menschen wie Ebert und Scheidemann sind immerhin Stücke des Proletariats. Ebert und Scheidemann mögen Bluthunde genannt werden; sie haben vieles getan, was nie vergessen wird; und das Proletariat wird wissen, was es mit ihnen anzufangen hat, wenn es soweit ist. Aber, Genossen, diese Leute sind Stücke des Proletariats, wenn auch faul gewordene Stücke, zu Kleinbürgern gewordene Stücke mit der ganzen Brutalität, die den Proletarier, der zum Kleinbürger wird, dann erfasst, wenn er regiert, aber Stücke des Proletariats. (*Zuruf: Gewesen!*) Aber diese Leute, die nichts mit dem Proletariat, weder aus ihrem Bedürfnis heraus noch aus ihrer geistigen Anlasse heraus zu tun haben, die nichts weiter zu tun haben mit dem Proletariat, als dass sie als sogenannte geschulte Marxisten den Ablauf einer geschichtlichen Periode übersehen zu können glauben - diese Leute, die alles vom Kapitalismus übernommen haben, jede Methode, jede Geschäftsschiebung, alles - diese Leute, die außerhalb des Proletariats stehen und es vermöge ihrer Beherrschung der Theorie verstehen, dem Proletariat sich als die Führer anzubiedern - diese Leute sind gefährlicher als Ebert und Scheidemann, die sich irgendwann immer noch einmal als die Stücke des Proletariats in ihrer Nacktheit enthüllen, während diese lange zu verschleiern wissen werden, daß sie gar nichts mit Proletariern zu tun haben. Darum, weil das einmal gesagt werden muss und weil wir gerade in diesem Punkte, in dieser Frage ganz klar sein müssen - und das ist hier der Punkt, an dem die Revolution hängt, an dem der Bestand der Union, an dem der Bestand der K.A.P.D., der Bestand der proletarischen Revolution hängt - und weil in diesem Punkte wir nicht die geringste Konzession machen dürfen, lese ich die Stelle vor, die das kennzeichnen soll:

„Die Politik der V.K.P.D. ist die Politik eines Unternehmerkonzerns zur Geschäftsführung und Ausbeutung der Revolution.

„Sie ist die Politik einer Führerclique, denen jeder Wechsel der Gesinnung, jedes Mittel des Massenfangs recht ist, wenn er den Interessen dieser Clique dient.

„Die V.K.P.D. ist die Verbindung zweier Unternehmergruppen, die sich fanden auf dem Boden des parlamentarischen Opportunismus.“

Das Geschäftsblatt der V.K.P.D. ist die „*Rote Fahne*“. Ist die „*Freiheit*“ der „*Lokalanzeigen*“, so ist die „*Rote Fahne*“ der leibhaftige Bruder, die leibhaftigste Auferstehung des „*Berliner Tagblatts*“ im Jargon der Geschäftsrevolutionäre.

Was wäre nötig, um der proletarischen Revolution zu dienen?

Es wäre nötig – unter Berücksichtigung der Geschlossenheit und Stärke des Kapitalismus, unter Berücksichtigung der Entwicklung des Proletariats durch die Erfahrungen des Krieges und der Revolution – eine eindeutige, ehrliche, prinzipielle, revolutionäre Taktik. Es wäre nötig eine Taktik, die grundsätzlich von unten auf die Proletarier zu wirklichen Kommunisten werden lässt, die sie befähigt, im gegebenen Moment selbständig und in voller Klarheit stürmend voranzugehen.

Eine solche Taktik, die die Gefahr einer völligen Versumpfung der Revolution überwindet, verlangt in erster Linie rücksichtslosen Bruch mit allen vorrevolutionären sozialdemokratischen Methoden. Sie verlangt Bruch mit dem Prinzip der Führerautokratie, Bruch mit dem Parlamentarismus, Bruch mit den Gewerkschaften. Sie verlangt klarsten, unermüdlichen Kampf für die Räte. Sie verlangt Einstellung der Gesamtpolitik auf den Gesichtspunkt der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats als Klasse.

Aber was tut die V.K.P.D.!

Sie erhebt den Kadavergehorsam gegenüber den «Führern» zum Prinzip. Sie schafft in proletarischen Organisationen das Vorbild einer militaristischen Bürokratie.

Sie schändet und sabotiert die Entwicklung revolutionärer Räte.

Sie tritt ein für Erhaltung der Gewerkschaften. Sie beteiligt sich mit einem Übermaß von Aufwand am Schwindel des Parlamentarismus. Der Massenbetrug ist für sie der «Hebel der Massenbewegung».

Was ist widerlicher als jene Worte in der «*Roten Fahne*» vom 18. Januar, die zur Wahl auffordern.

Es wird den Unabhängigen nicht gelingen, die Arbeiter durch das Gerede vom schärfsten Kampf im Parlament vergessen zu lassen, daß sie sich weigern, den zehnmal wichtigeren Kampf draußen gegen Not, Hunger, Obdach-, Arbeits- und Rechtlosigkeit, gegen die bewaffnete Reaktion, gegen Unternehmerwillkür und Profitgier geschlossen zu führen. Die Arbeiter werden wählen gehen und diesen Saboteuren des Einheitskampfes die Antwort geben, die sie verdienen, indem sie nicht Hilferdinge und Scheidemänner, sondern revolutionäre Kommunisten ins Parlament entsenden. (*Aha!*)

Hier in diesen Worten enthüllt sich restlos der Charakter einer Politik, die in der Tat «an dem morschen Boden des kapitalistischen Zerfalls kleben bleibt», die sich wesentlich in nichts anderem von der alten sozialdemokratischen Politik mehr unterscheidet als in der äußerlichen «Aufmachung», in der Gerissenheit der Geschäftstaktik. Oder hat sie etwa im Ernst das Recht, zu wettern über Bürokratie; zu wettern über Diktatur der Gewerkschaften, über Sabotage der Räte, über Massenbetrug? Ja, kann man nicht sagen, daß die Politik der offenen Sozialverräter eine (natürlich konterrevolutionäre), aber ehrlichere und gradlinigere gewesen ist, als die dieser Clique, die 10 Mal ihren Standpunkt wechselte, nur immer die Stirn besitzt, zu behaupten, daß sie recht hat?

Eine solche Politik ist die zur Virtuosität gesteigerte Parlamentspolitik. Ist eine Politik, die den Unternehmerkonkurrenten skrupellos zu ruinieren gedenkt, eine ganz und gar kapitalistische Politik, die absolut nichts zu tun hat mit den

wirklichen Interessen der Proletarier, sondern nur ihrer Vergewaltigung durch neue «Herren» dient unter einem zeitgemäßen Firmenschild und zeitgemäßer Reklame.»

Das ist ein Teil dieses Artikels, Genossen, der brutal einmal den Charakter der V.K.P.D. enthüllt. Ich kann von diesen Dingen nicht einen Schritt abgehen. Für mich enthüllen sie das Wesen der V.K.P.D. in ihrer Art.

Nun, Genossen, verlassen wir diese V.K.P.D. Sie verdient es nicht, daß man sich mehr mit ihr beschäftigt, als daß man den Charakter dieser Politik aufdeckt.

Aber folgenschwerer als die V.K.P.D.-Politik erweist sich ja für uns die Politik der 3. Internationale überhaupt. Wir wenden uns damit zu dem Kampf um die 3. Internationale.

Genossen, Ihr werdet verstehen, wenn ich selbstverständlich darauf verzichte, hier ein Bild des Werdens, der Notwendigkeit usw. der 3. Internationale zu entwerfen, der Bedeutung der 3. Internationale. Diese Dinge bedürfen nicht mehr der Erläuterung auf unserem Parteitag, sondern ich begrenze mich darauf, die Politik unserer Partei in der Frage des Anschlusses als sympathisierende Organisation darzulegen. Ich persönlich bekenne, daß ich diese Politik für richtig halte und gewillt bin, sie mit allen mir zur Verfügung stehenden geistigen Mitteln zu verteidigen.

Genossen, es ist natürlich selbstverständlich zu unterscheiden zwischen der Politik Rußlands und der Politik der 3. Internationale. Andererseits ist jedem klar, daß die Politik der 3. Internationale bisher in der Hauptsache die Politik des russischen Sowjetstaates mit gewesen ist. Für uns ist selbstverständlich die 2. Internationale nichts Diskutables mehr. Wenn die 3. Internationale sich zuerst in Rußland bildete, weil dort die Revolution zuerst auf Grund ganz besonderer Verhältnisse siegte, und wenn das russische Proletariat seit Jahr und Tag an der Spitze der Weltrevolution kämpft und ungeheuerliche Opfer gebracht hat, dann entbindet das uns trotzdem nicht von der Untersuchung über den Charakter der Politik der 3. Internationale, wie sie sich in den Leitsätzen des zweiten Kongresses widerspiegelt.

Genossen, vom russischen Staat aus gesehen, muss Rußland eine Politik treiben, die den russischen Staat rettet; das ist gar kein Zweifel. D.h., Rußland hat durch Krieg, durch lange Revolutionen, durch Kämpfe mit der Konterrevolution ungeheuerliche Wunden empfangen. Es muss an den Wirtschaftsaufbau heran. Dazu braucht Rußland Frieden. Dazu braucht Rußland landwirtschaftliche Maschinen; dazu braucht es unter Umständen auch Austausch mit gelernten Arbeitern usw. Infolgedessen ist es klar, daß sich bei den russischen Staatspolitikern eine Politik herausbildet, die die Politik der Internationale, des kämpfenden revolutionären Proletariats in Einklang zu bringen sucht - ob bewußt oder unbewußt - mit diesen Notwendigkeiten der russischen Verhältnisse. Also den Rußen kann nicht daran liegen, daß etwa in Deutschland die Revolution - Radek sprach das vor einem Jahre ganz offen aus - so rücksichtslos sofort vorgeht, so klar sieht durch einen entschlossenen, vorgeschrittenen Trupp, daß dies etwa den absoluten Bruch mit dem Versailler Frieden von Anfang an bedeutet, sondern daß eine Politik getrieben werden müsse, die zunächst es dahingestellt sein lässt, ob der Vertrag von Versailles zerbrochen wird oder nicht, sondern die ein Lavieren bedeutet in der Revolution, die zunächst die großen Massen in Deutschland zu gewinnen sucht und unter Umständen dafür eintritt, wie ja der Spartakusbund im März-Putsch auf Grund Radekscher Inspirationen zur Erklärung kam, loyale Opposition zu treiben gegen eine demokratische Regierung, die nicht Diktatur des Kapitals bedeutet. Das war Radek, der aus diesen Worten sprach, derselbe Radek,

der die Broschüre jetzt gegen den Spartakusbund in den höchsten Tönen schreibt und diese Kapp-Putschpolitik und alles beschimpft. Dabei hat er sie auf dem Gewissen. Also ich sage, es ist womöglich das Spiegelbild hervorgerufen, daß eine andere Regierung, eine Regierung von Gewerkschaftlern zunächst, von U.S.P.D.-Leuten, vielleicht auch mit einigen K.P.D.-Leuten zunächst einmal kommt, die dann lavierend sich dem Versailler Vertrag gegenüber verhält, um Rußland nicht erneut mit den revolutionären Verwicklungen in Deutschland ohne weiteres in eine Katastrophe, die seinen Wirtschaftsaufbau weiter hindert, zu verwickeln. Diese Dinge haben sich natürlich im Laufe der Zeit seit einem Jahre, seit Radek das alles sagte, wieder etwas verschoben. Aber es ist doch die Linie dieser Politik.

Genossen, wenn nun die russische Exekutive - und die russische Exekutive ist heute gleichbedeutend noch mit der 3. Internationale - sich zur Taktik der 21 Leitsätze bekennt, dann liegt darin vor allen Dingen der Wunsch, erst in den anderen Ländern, in England, Italien, Frankreich, Deutschland die große Masse für Sowjetrußland zu interessieren, mit der Ideologie der 3. Internationale zu fangen und dann diese Massen als Bollwerk gegen den Kapitalismus zu benutzen, um ihn zu verhindern, noch einmal einen offenen Krieg gegen Rußland führen zu können. Der Appell Rußlands, der 3. Internationale an die Arbeitermassen Englands, Italiens, Deutschlands, Frankreichs soll so wirksam sein, daß die Regierungen dieser Länder es sich nicht gestatten können, im offenen Angriff gegen Rußland vorzugehen. Diese Taktik hat ihre Folgen schon insoweit gehabt, als z.B. die englischen Arbeiter es immerhin in etwas verhindert haben, daß England ganz offen seine Truppen gegen Sowjetrußland ausrüstet.

Nun, Genossen, mit dieser Politik ist untrennbar verbunden eine verflachende Auffassung der Revolution, der Weltrevolution, der Revolution überhaupt. (*Sehr richtig!*) Es kommt zu dem neukommunistischen Sumpf. Das ist für uns nicht das, was wir wollen. Wir wollen den Kommunismus, wir wollen das Klassenwollen der Proletarier, wir wollen die Auslösung der reinen Klassenorganisation des Proletariats. Da kann es uns nicht darum gehen, große Massen zunächst zu gewinnen, unklare Massen, die man als Stimmvieh in die Waagschale wirft, sondern uns geht es darum, von unten heraus den revolutionären proletarischen Willen zu entbinden und dann mit dem Siege womöglich schon eine Gesellschaft zu haben, die das erfüllt, was Rußland noch nicht erfüllt, denn Rußland ist kein kommunistischer Staat! Das mag gesagt sein. Ich sage, wir fassen die Dinge tiefer, und wir sehen vor allem in dieser Taktik, die die 3. Internationale treibt, auch eine große Gefahr. Wir sehen eben die Gefahr darin, daß einmal die Folgen dieser Leitsätze auf Rußland selbst zurückschlagen werden. Wie sie zurückschlagen, Genossen, das haben wir gesehen beim Vormarsch der Rußen, wo die V.K.P.D. in der Auswirkung und Ausbeutung der Radekschen Politik, der opportunistischen Politik der 3. Internationale, geradezu zum Predigen der Neutralität kam (*Sehr richtig!*), während die K.A.P.D. die einzige war, die zur aktiven Solidarität auffordern konnte. Die Gefahr liegt weiter darin, daß innerhalb unserer Revolution für den Kommunismus selbst nichts getan wird, sondern daß, selbst gesetzt den Fall, daß der Opportunismus zur Regierung einmal käme, daß auf diese Weise nicht der Klassenkampf in der Härte und Schärfe der absoluten Trennung gegenüber allen bürgerlichen Schichten durchgeführt werden kann, sodass nur die Gefahr besteht eines erneuten Vordringens der Reaktion überhaupt, einem erneuten Unterliegen der Revolution, damit eines furchtbaren Aderlasses nicht nur in Rußland, in Deutschland, überall und damit auch ein Zurückschlagen der Klassenrevolution auf weiß Gott wie lange. Genossen, ich sage, mit der Politik

der Sowjetmacht zur Erhaltung Rußlands ist diese flache Auffassung der Revolution zunächst verbunden. Wir sagen aber, diese flache, verflachte Auffassung der Revolution muss nicht notwendig mit der 3. Internationale verbunden sein.

Nun hat sich die Partei entschlossen, als Sympathisierende der 3. Internationale beizutreten. Genossen, sie ist dazu aus folgenden Erwägungen gekommen:

1) Sie sieht in der 3. Internationale einen historischen Prozess, eine Entwicklung; und sie sieht auch in der 3. Internationale einen Fortschritt – ob so oder so. Ich sage, sie sieht nicht einen Fortschritt in der Politik, die jetzt die 3. Internationale treibt. Aber sie sieht in der Bildung, daß überhaupt eine 3. Internationale auch mit russischer Hilfe zustande gekommen ist, einen Fortschritt. Sie sagt, daß der Kampf für Sowjetrußland, die aktive Unterstützung Sowjet-Rußlands in jeder nur möglichen Weise dokumentiert werden muss, daß der Fall Sowjetrußlands die Konterrevolution auf der Welt zu den unglaublichsten Taten ermutigen wird, zu einem furchtbaren Blutbade nicht nur innerhalb Rußlands, sondern innerhalb der Welt an dem Proletarier. Sie sagt weiter, daß, wenn Rußland auf dem Kongress der 2. Internationale seine ganze Macht als Sowjetmacht, als kämpfendes proletarisches russisches Volk in die Waagschale wirft, es das zu Recht tut, daß es ein Recht dazu hat, alles dies anzuführen. Sie sagt, daß die Russen ein Recht haben, aus ihrer Erfahrung heraus ihre Erfahrungen beizusteuern für diesen Kampf um die 3. Internationale. Das alles sagt die K.A.P.D. ohne weiteres. Andererseits sagt sie, daß den Leitsätzen verschiedene Dinge zugrunde liegen, die für uns nicht akzeptabel sind. Fälle davon habe ich angeführt. Der eine ist der, daß die Rußen ihre Staatspolitik hineinragen in die 3. Internationale. Wenn es auch verständlich ist – wir greifen es an. Der andere ist der, daß sie diese Erfahrungen hineinragen in die 3. Internationale und glauben, die Revolution würde nach ähnlichen Methoden und ähnlichen Mitteln verlaufen und geführt werden können als hier. Weiter. Sie konnte hineinragen oder nicht hineinragen vielmehr ihre Unkenntnis über die revolutionären Verhältnisse im Westen. Niemand hatte sie grundsätzlich mit der Opposition im Westen bekanntgemacht. Niemand war in Moskau, der grundsätzlich den Charakter der proletarischen Opposition im Westen vertrat und vertreten konnte. Das fiel schwer in die Waagschale. Weiter kam noch hinzu bei der Bildung dieser Leitsätze ein doktrinäres suchen, um jeden Preis marxistisch zu denken und zu handeln, während man auf diese Weise den Marxismus verflachte. Nun, Genossen, diese Dinge sind alle wie Selbstverständlichkeiten in die Waagschale geworfen, alle wie Selbstverständlichkeiten hineingekommen in den Prozess der Entwicklung der 3. Internationale. Weil diese Leitsätze nun existieren, weil sie das Hineingehen in das Parlament vorschreiben, weil sie verlangen, daß man innerhalb der Gewerkschaften revolutioniert und damit geradezu verlangt, daß die Union sich selbst kastriert, denn wenn sie sie auch scheinbar existieren lassen wollen, wenn die Union ihre Kraft anspannen soll, auch in den Gewerkschaften zu arbeiten, nicht für sich schließlich Mitglieder zu gewinnen, sondern sie innerhalb der Gewerkschaften zu lassen, dann heißt das einfach ihre eigene Existenz untergraben, und das kann keine Organisation – ich sage, weil das alles so ist, sind diese Leitsätze, die eben den Neukommunismus in Deutschland bedeuten, den Sumpf, für uns unbedingt und für immer undiskutabel und unannehmbar.

Nun aber weiter, Genossen! Dessen urgeachtet war für uns die 3. Internationale nichts Fertiges. Sie war nicht das, was die alten Parteien sind. Sie war und ist nicht das, was die alten Gewerkschaften sind, sie ist kein großer, starker, ihrer ganzen Struktur nach bereits verknöchertes Apparat, Organisationen, wie es die alten

Gewerkschaften usw. sind, sondern sie ist ein ganz junges Gebilde, an dem mitzuarbeiten die Pflicht der gesamten kämpfenden Proletarier ist. Das Proletariat hat zum ersten Mal auf der Welt eine große auswärtige Politik, einen Faktor, an dem es die Kraft seines Klassenwollens in Bezug auf internationale Solidarität und internationalen Maßstab treiben und internationale Politik treiben kann. Das ist ein junges Gebilde. Und die Proletarier arbeiten an ihm, und es ist nicht verknöchert, den nur die Zertrümmerung der 3. Internationale und die Gründung neuer Organisationen, die Gründung einer 4. Internationale etwas verspräche, sondern diese 3. Internationale, zumal bei der Existenz Sowjetrusslands, verlangt heute noch unbedingt eben auch wegen Russlands den Kampf um sie selbst. Kennen wir diesen Kampf nicht führen als einen Kampf innerhalb der 3. Internationale, so werden wir ein großes Vergehen an der Revolution begehen, wollten wir nicht jede Position ausnützen, die uns gegeben ist, um die 3. Internationale zu kämpfen.

Genossen, wenn wir nun den Paragraphen benutzen, der dort in den Leitsätzen vorliegt über den Anschluss als Sympathisierende, so gibt es meiner Auffassung nach bisher nur zwei Einwände dagegen, und zwar der eine Einwand der -ich gehe natürlich nicht auf das eine ein: was von Russland kommt, ist schlecht - das eine ist das, man treibt Zellentaktik, die wir ja eben ablehnen. Und das zweite ist die opportunistische Taktik, die wir auf das schärfste bekämpfen.

Nun, Genossen, ich glaube, es wird sich aus dem Vorhergegangenen ergeben haben, was Zellentaktik ist. Zellentaktik ist Parlamentarismus; Zellentaktik ist eine Taktik, die die alten Parteien treiben müssen, wie sie die V.K.P.D. treibt, wie sie auch in den Gewerkschaften getrieben wird. Zellentaktik ist eine Taktik, die aus ihren Prinzipien heraus nicht zur Schaffung neuer Organisationen, neuer Formen zur Auslösung des proletarischen Klassenwollens kommt, sondern aus ihrem Prinzip heraus innerhalb der alten Welt reformieren und umwandeln will. (*Sehr gut!*) Das ist Zellentaktik, d.h., diese Zellentaktik z.B. in den Gewerkschaften wird ein wesentliches Glied der Taktik, der Prinzipien - diese Taktik hängt mit den Prinzipien zusammen- so kämpfender Parteien. Ist das hier der Fall? Ich habe mich auch immer wieder gefragt, wir kämpfen nun sozusagen innerhalb der 3. Internationale, d.h., wir haben einen Vertreter, einen Delegierten dort, und der soll unsere Dinge dort zusammenschließend sich mit der Opposition innerhalb der 3. Internationale besser verbreiten. Wir können dort internationale Beziehungen anknüpfen. Wir können dort Beziehungen anknüpfen zu den russischen Räten. Wir haben Tausende Möglichkeiten, ich will sie gar nicht ausmalen. Man soll es nicht überschätzen, aber man soll es auch nicht unterschätzen. Aber treiben wir damit Zellentaktik? Genossen, geben wir einen einzigen Punkt unseres Programms Preis? Geben wir irgendetwas von unserem Programm! auf? Ich sage. nichts! Im Gegenteil! Ich sage, daß wir seitdem den Kampf auf breiterer Grundlage und in verschärfterem Grade führen können. (*Sehr richtig!*) Ob das der 3. Internationale passt, ob das den Neukommunisten passt, kann uns sehr kalt lassen. Wir haben nicht einen Augenblick Russland darüber im Zweifel gelassen, daß dieser Kampf erst recht entbrennt. Der Bericht der Delegation vor dem Exekutiv Komitee war ein einziger heftiger Angriff gegen den Opportunismus der 3. Internationale. Ich sage, daß wir dort als Sympathisierende stehen, d.h., daß wir eine Gelegenheit auszunutzen haben, um dort hin zu kommen. Das ist die Ausnutzung irgendeiner Position, die keinen Schaden, sondern Nutzen bringt, weil sie nicht die Aufgabe irgendeines einzigen Prinzips verlangt. Wer da Angst hat, daß dadurch die Klarheit des Kampfes der Proletarier innerhalb der K.A.P.D. verschleiert wird, daß dadurch nicht mehr deutlich der Unterschied betont wird, dem möchte ich beinahe sagen, daß er sich an das Wort von Levi entsinnen müsse und an die Backpfeife, die er vom Exekutiv-Komitee bekommen hat, als ihm entgegengehalten wurde, die Proletarier, die solche Unterschiede machen mussten, wie die feinen Unterschiede in der U.S.P.D. alle sind,

werden auch die Unterschiede zwischen sympathisierender und vollberechtigter Organisation begreifen.

Genossen, das ist keine Sorge, sondern wir haben dafür zu sorgen, dass wir alle Positionen, die uns gegeben sind, ohne Preisgabe unserer Grundsätze, die ganz und gar nicht einen Schritt zum Opportunismus bedeuten – dass wir die ausnutzen. So nur kann man kämpfen. Man kann nicht einfach utopistisch kämpfen, indem man auch die 3. Internationale ausmalt als eine Räteinternationale, wie man sie gern haben möchte und wie sie heute nicht sein kann, sondern die als revolutionärer Prozess von den kämpfenden Proletariern geschaffen werden muss, sondern indem man um diese Internationale mit allen uns gegebenen Mitteln kämpft. Ich kann keinen Verrat und vor allen Dingen keinen Opportunismus darin sehen.

Genossen, ich glaube, doch ein paar Worte darüber sagen zu müssen, weil es ja das Streitobjekt ist, dass die 3. Internationale eine Resolution über die Anerkennung über die K.A.P.D. verfasst hat. Diese Resolution wird Euch allen bekannt sein. Ich brauche sie nicht noch einmal zu verlesen. Diese Resolution besagt, dass die Internationale es wünscht, dass wir uns der V.K.P.D. anschließen. Wie ich eben aus dem Telegramm, das vorhin angekommen ist, ersehe, sagt die 3. Internationale dort, es wäre ein Verbrechen, wenn man die Sektiererei über die Notwendigkeit der einheitlichen Front stellt. Das ist schlimmste und ekelhafteste Demagogie. Die K.A.P.D. lehnt absolut und niemals die einheitliche Front der Proletarier ab, aber eben die einheitliche Front des kämpfenden klassenbewussten Proletariats und nicht die einheitliche Front, wie sie der offene Brief der V.K.P.D. herzustellen wünscht und die einheitliche Front, über die täglich, stündlich ganze Zeitungsseiten von Levi Kanonen abgeschossen werden, um sie den Proletariern als die einheitliche, revolutionäre, proletarische Front plausibel zu machen. Genossen, diese Resolution spricht den Wunsch aus, dass wir uns mit der V.K.P.D. vereinigen sollen. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass wir das nicht tun werden, denn es ist der 3. Internationale gesagt, dass wir gar nicht daran denken, sondern dass wir diesen Kampf scharfer aufnehmen werden als bisher. Sie spricht noch verschiedene Wünsche und Hoffnungen aus. Aber zwei Bedingungen stellt sie. Die eine ist die, wir sollen die Aufrufe der Exekutive abdrucken. Ich sehe keine Gefahr darin. Im Gegenteil, ich sehe darin eine Notwendigkeit. (*Sehr gut!*) Das müssen wir tun, das haben wir bisher auch so getan. Dann erst ist uns die Möglichkeit des richtigen Kampfes gegen den Opportunismus der 3. Internationale gegeben. Wir werden sie abdrucken und kritisieren. (*Sehr gut!*) Sie verlangt die Teilnahme an revolutionären Aktionen, die brüderliche Unterstützung. Genossen, wie sollten wir das ablehnen! Wie sollten wir einen Opportunismus darin sehen, dass wir sagen: wir sind bereit zu revolutionären Aktionen. Wir sind so bereit zu revolutionären Aktionen, dass wir sie vorschlagen. Wir haben in dem Antwortbrief auf den offenen Brief der V.K.P.D. sofort gesagt: jawohl, Eure revolutionären Aktionen sind Wahlmanöver, ist Schwindel, ist Betrug, ist Massenfang, ist nicht Ernst; es gibt hier konkrete Situationen zu einer revolutionären Aktion; wir sind bereit, sofort mit unserer ganzen Kraft einzutreten in die aktive Solidarität mit den Hambornern, mit den Löwe Arbeitern usw.; und in diesen Prozess müssen wir eingreifen mit den Mitteln und auf den Wegen, die uns gegeben sind. Und dieser Weg, als Sympathisierende anzuschließen, war ein Weg irr Kampf um die 3. Internationale. Dass unser Ziel unverrückt dabei bleibt, die Räte-Internationale, die kommunistische Internationale aus dieser Internationale werden zu lassen, ist ganz selbstverständlich. Wir sind die ersten gewesen, die gesagt haben, die Unionen sollen jetzt auf die Gewerkschaftszentrale hingehen und dort den Kampf beginnen; die werden dort vielleicht schon eher, als uns das möglich ist, in Vorhand sein; sie sind beteiligt an der Herstellung der Richtlinien, die sich die Gewerkschaften-Internationale geben wird; dort ist die Gefahr, dass man sie zur Partei-Internationale machen will, dass man sie unterkriegen will; wie stellt Ihr

Euch dazu? Genossen, ich sage Euch, die Antwort ist bis heute ausgeblieben (*hört, hört!*), obwohl wir sofortige Antwort entsprechend der Schwere der Situation verlangten. Nun, solche Aktionen zu unterstützen - nein, das ist selbstverständlich. Revolutionäre Aktionen zu unterstützen, ist Pflicht und werden wir niemals verleugnen. Wir verwischen auch damit gar keine Unterschiede.

Nun mag jemand die Sorge haben. ja, diese Revolution ist ein ganz verzwicktes Ding, sie ist das Werk von Füchsen, die uns hineinlegen. Ja, Genossen, selbst einmal den Fall genommen, sie auszuschweißende das Werk eines Fuchses, und sie ist ein Ding, das wirklich ihrem Verfasser keine Ehre machen wird - sie verschleiert, hebt hervor, sie ist demagogisch, sie ist innerlich nicht ganz wahr - alles zugegeben! Aber kann uns das schrecken? (*Zuruf: Nein!*) Kann uns schrecken, dass man sie einspannen will als Sporn gegen den Opportunismus, dass alle russischen Tendenzen nationaler Natur sogar mitspielen für Russlands Erhaltung usw.? Alles klar! Ja, dann kann ich den revolutionären Kampf nicht hindern, vor allen Dingen nicht in der Gewerkschafts-Internationale, die jetzt erst beginnt, sich selbst ihr Programm zu geben. (*Sehr gut!*) Diese rote Gewerkschafts-Internationale, zu der die Union ihrer ganzen Struktur nach gehört, nämlich als Klassenorganisation, als Betriebsorganisation - von dieser roten Gewerkschafts-Internationale aus wird erneut und heftiger trotz aller Widerstände der Kampf obendrein im Zusammenhang mit den russischen Gewerkschaften der linken Richtung geführt, werden ihm (loch weitere und gleiche folgen in schwererem Ausmaße, als er durch uns als sympathisierende Organisation innerhalb der 3., sagen wir, Partei-Internationale geführt werden kann.

Genossen, ich will darüber gar nicht viele Worte verlieren. Ich sage, es kommt nur darauf an, dass jemand den Beweis erbringen kann, den plausiblen, für Proletarier verständlichen Beweis, dass die K.A.P.D. sich etwas in ihren Prinzipien vergeben, dass sie sich als sympathisierende Organisation angeschlossen hat, den Beweis dafür, dass das Opportunismus ist. Kann er den Beweis dafür erbringen, dann soll zugestanden werden, dass wir uns auf falschem Wege befinden. Ich kann diesen Schritt nur als den einzig richtigen halten, auf dem wir weitergehen müssen und weiter kämpfen werden. Werden wir herausgeworfen aus der 3. Internationale - gut, Genossen! Man hat uns entgegengehalten, dass dann die Partei in Trümmer geht. Auch das glaube ich nicht. Die 3. Internationale, d.h. von Russland aus, ist ihrerseits in einer schwierigen Lage. Sie sieht bereits die Untätigkeit und Tatenlosigkeit der V.K.P.D. Sie ahnt mehr, als dass sie überall im einzelnen feststellen kann, die Gefahren, die ihr durch den Parteitag von Tours drohen. Ihre Haltung gegenüber der Levis jetzt in der V.K.P.D., ihre Versuche, die alte Spartakus-Zentrale abzusägen und statt dessen «Proletarier», eigentlich Russen, sagen wir einmal, an die Stelle zu bringen, um einen etwas revolutionären Kurs einzuschlagen, die Haltung gegenüber dem italienischen Parteitag in Livorno - alles das sind zweifellos Anzeichen dafür, daß die 3. Internationale sich doch bewußt ist, daß die Möglichkeiten jedenfalls einer ähnlichen Ausartung eines Opportunismus gegeben sind. Und insofern, sage ich, wird sie mit dem Hinausschmiss der Linken, also uns - und dann kämen ja noch andere nach wieder in der Gewerkschafts-Internationale usw. - da wird sie sich wahrscheinlich zunächst abwartend verhalten müssen. Man kann nicht wissen. Es ist sogar unwahrscheinlich meiner Auffassung nach, ohne daß ich prophezeien will, daß sie uns hinauswirft, auch wenn sie gesagt hat: provisorisch, und sie hofft, daß wir uns in einigen Monaten vereinigen werden.

Nun, Genossen, wenn wir hinausgeworfen werden, so ist das eine Stärkung unserer Kraft. (*Sehr gut!*) Wenn wir hinausgeworfen werden um dieses Kampfes willen, den wir führen, um unserer Prinzipien willen, wenn wir gezeigt haben, daß wir jede, aber auch jede revolutionäre Position auszunutzen verstehen, und man uns dann hinauswirft,

dann ist zweifellos unsere Position innerhalb der Weltrevolution eine außerordentlich gestärkte. Damit will ich nicht sagen, daß wir wünschen, hinausgeworfen zu werden. Wir werden so kämpfen, wie wir gekämpft haben ohne Wünsche und Hoffnungen, sondern ganz einzig aus dem Interesse der. Revolution nun zuerst hier in Deutschland heraus.

Genossen, ich kann wohl diese Frage verlassen. Ich wende mich zu der nächsten, die außerordentlich wichtig ist. Das ist die Frage der Räte. Ich brauche Euch nicht zu entwickeln, was Räte bedeuten. Ich sagte Euch vorhin, daß sie zunächst Kampforgane, Klassenkampforgane sind, die sich im historischen Prozess herausbilden und daß später die Räteorganisation jede Organisation ist, in der die Politik und die Wirtschaft in eins fließen. Die Räte-Organisation der klassenlosen Gesellschaft - wir können sie uns nur in der Phantasie vorstellen - ist dann die Vollendung. Aber diese Räte, ein Produkt in Deutschland der Revolution und aufgenommen als Parole und als Kampfobjekt mit voller Kraft durch den einstigen Spartakusbund unter Rosa Luxemburg, diesen Spartakusbund, der tatsächlich auch keine Partei war, sondern ein Mund, ein Sprachrohr, durch das der Klassen schrei der Proletarier herausstellt - ich sage, diese Räte verkamen, versumpften durch die Sabotage der U.S.P.D., dann vor allem gründlich durch die Sabotage der Spartakus-Zentrale, dann der V.K.P.D.; und man ist heute soweit, daß man als Räte dem Proletariat die sogenannten gesetzlichen Räte anzuschmieren beliebt. Ihr werdet nichts mehr in den Zeitungen der V.K.P.D. darüber finden, daß die gesetzlichen Betriebsräte keine Räte sind, sondern Schwindel. Von wirklichen Räten ist dort nicht mehr die Rede. (*Sehr richtig!*) Man hat die Parole der Räte noch bis zu dem Augenblick schwankend, unklar immer weiter versackend aufrecht erhalten, bis man damals gelegentlich wohl nach dem Elektrizitätsarbeiterstreik, als man sah, daß die K.A.P.D. das Übergewicht in den Räten erhielt, gänzlich herausging und heute sich ausschweigt über die Räte. (*Genossin KLASSE: Und heute ihre Mitglieder ausschließt, die Räte sind!*) Ja, Genossen, diese Räte-Organisation ist eben die proletarische Organisation. Die gesetzlichen Räte sind Schwindelräte, sind Kulissen des Kapitals, die Räte vortäuschen wollen und das Ganze verschleiern. Ich sehe einmal ganz davon ab, etwa zu entwickeln, in welche Paragraphen diese Räte eingespannt sind, was sie tun sollen, den Wirtschaftsfrieden erhalten usw. - das läßt uns gleichgültig -, weil alle es wissen. Aber man wirft uns vor vom Spartakusbund, daß wir diese Betriebsräte darum verwerfen, weil sie nach dem Gesetz gewählt sind. Welch ein Wahnsinn, Genossen! Wir verwerfen diese Leute nicht, weil sie nach dem Gesetz gewählt sind - das ist uns ganz gleichgültig -, sondern wir verwerfen diese Leute, weil sie konterrevolutionär sind und auf Grund dieses Wahlverhältnisses es sein müssen, weil sie dem Proletariat den wirklichen Rätegedanken verschleiern, weil sie ihm etwas vortäuschen, daß es da wäre, was nicht da ist. Und wenn nun einmal zufällig ein K.P.D.-Mann in den gesetzlichen Räten wirklich ein bisschen revolutionär ist, dann handelt er eben nicht darum falsch, weil er revolutionär ist, sondern weil er durch Teilnahme an diesen Räten die Illusion der Proletarier noch aufrechterhält, weil er den Schwindel dieser Räte den Proletariern, die um wirkliche Räte kämpfen, ebenfalls vorzumachen beliebt. Daher ist unser Kampf gegen die gesetzlichen Räte ein Kampf gegen eine gefährliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, wie es die Gewerkschaften darstellen (*Sehr gut!*), weil eben hier auch das Wart, die so unglaublich folgenscher ist und selbst ernstere Proletarier, die lange schon gekämpft haben, in ihren Bann zu ziehen gewusst hat.

Genossen, also sage ich, diese Parteien haben einen absoluten Verrat an den Räten begangen; und unsere Hauptaufgabe ist, über der klaren Parole dessen, was Räte sind, ununterbrochen hütend zu stehen, nicht müde werden, sie zu propagieren, nicht müde werden, Tags aus Tag ein zu reden, zu sprechen, zu handeln, den

Proletariern zu sagen, daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann, daß Räte nur aus den Betrieben, aus den Massen der kämpfenden Proletarier hervorgehen können, daß Räte reine Klassenorganisationen sind, daß Räte und Parlament Todfeinde sind, daß Räte und Bürokratie durch einen Abgrund, durch eine Welt getrennt sind. Heute ist es so, daß die politische Lage von uns die Propaganda der Wahl von Aktionsausschüssen, von revolutionären Räten, sagen wir auch, politischen Arbeiterräten - wir sagen das deswegen (nicht), weil politische Arbeiterräte leicht die Reinheit des Ganzen verderben können, weil sie schon zu viel missbraucht worden sind - ich sage, daß das propagiert werden muss als eine unserer Hauptaufgaben.

Da nun schon Ansätze zu Räten bestehen - ich spreche noch nicht von Unionen, sondern von Ansätzen von Räten - bei den Arbeitslosen, so ist auf Grund der gesamten wirtschaftlichen und politischen Situation es die Pflicht der K.A.P.D., auf die unbedingte Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu dringen und diese Solidarität durch die Verbindung der von ihnen geschaffenen Aktionsausschüsse mit den revolutionären Räten der Arbeitslosen herzustellen. Das ist eine der Hauptaufgaben des Augenblicks. Ich denke, daß darüber noch gesondert bei dem Arbeitslosenproblem verhandelt werden wird.

Wenn wir von Räten sprechen, dann sind wir von selbst natürlich bei der Frage der Unionen. Und damit kommen wir neben der Frage des Ausschlusses als Sympathisierende, die ein Kampfobjekt geworden ist, zu einer Frage, die bald noch ein viel schwereres, folgenschwereres Kampfobjekt ist als die Frage der 3. Internationale in Bezug auf diesen einen Punkt als Sympathisierende. In dieser Frage sehen - das müssen wir offen aussprechen - auch die meisten Genossen in unserer Partei nicht ganz klar. Wir stellen uns folgendes vor: es ist mir hier zur Aufgabe geworden - und ich will das auch tun -, zu entwickeln die Notwendigkeit der politischen Organisation, warum wir nicht daran denken, nicht einen Augenblick, die politische Organisation, die K.A.P.D. aufzugeben, wobei ich von vornherein sage und ein für allemal sage, daß Übergriffe vorgekommen sind, und daß die gerügt werden müssen und damit *ad acta* gelegt sein mögen. Hier dreht es sich um das Problem, der Notwendigkeit der politischen Organisation, die sich, wie wir glauben, in der K.A.P.D. verkörpert, überhaupt aufgerollt wird.

Nun, Genossen, wir sagen, es gibt Fanatiker in der Union und Fanatiker in der Partei. Fanatiker in der Union gibt es, die sagen: die Union ist das, was die Zukunft der Proletarier bedeutet; sie wird die Einheitsorganisation bringen, sie ist Gegnerin aller Parteien; sie muss Gegnerin sein, also auch der K.A.P.D. Sie hat mit der K.A.P.D. gar nichts zu tun. Und da sie eben Einheitsorganisation sein soll, so verstehe ich nicht, wie man so wahnsinnig sein kann und dann doch immer noch wieder eine politische Organisation auf das Tapet bringt. Wenn doch eben die Union Einheitsorganisation ist, was soll sie dann noch mit einer besonderen politischen Organisation anfangen? Kurzum, wir haben in der Union die sogenannten absoluten Parteiverneiner. Natürlich ist die Union der Auffassung - auch das steht im Kern ihres Programms -, die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats genau wie die K.A.P.D. zu fordern.

Der andere Genosse, der Fanatiker der Partei, sagt: die Union hat der Partei zu gehorchen, die Union hat - und das ist auch in der Presse ausgesprochen wordenden Gedanken der Einheitsorganisation nicht zu propagieren! Der Gedanke der Einheitsorganisation ist ein verfrühter, er steht heute und morgen nicht auf der Tagesordnung. Diese Leute möchten am liebsten eine Diktatur der Partei über die Union ausüben. Nun ist erklärlich, Genossen, aus diesen Kämpfen heraus - und die müssen ganz klar erfasst werden - bei der Abwehr von Angriffen auf beiden Seiten oft über das Ziel hinausgehauen wird; das ist so erklärlich wie etwas. Derjenige, der mit

Gewalt die Partei betonen will, in die Ecke getrieben und in Wut geraten, lässt sich an Dingen hinreißen und sagt, wie es in der Union aussieht, daß das faul ist, und dann führt er Beispiele an; und dann sagt er, das könnt Ihr dort in der Fabrik sehen, das ist Schwindel. Und umgekehrt sagt der andere: seht Euch doch einmal die und die Partei an, was ist denn das! Ein Haufen, doch nur ein paar Männkens, unklar; und so will man diesen Problemen auf den Leib rücken! Genossen, aus diesen kleinlichen Dingen müssen wir vollkommen heraus. Wir müssen dieser ganz größeren Frage der Revolution, der Notwendigkeit der Union und der Notwendigkeit der politischen Organisation alle Einseitigkeit abstreifen. Wir müssen sie zu fassen versuchen in einem Kopf, indem wir nämlich die Revolution als Ganzes zu begreifen versuchen.

Wir suchen, uns das zu erklären. Was ist die Union? Die Union ist eine Betriebsorganisation. (*Sehr gut!*) Sie ist eine Klassenorganisation. Sie ist eine Räteorganisation. Sie ist also der Anfang - ich habe schon zu schroff gesagt: Räteorganisation - ich will sagen, sie ist der Anfang einer Räteorganisation. In ihr gewinnt das proletarische Klassenwollen Gestalt. Sie ist die Kristallisation der Umwälzung des Produktionsprozesses auf das Proletarische hin, zunächst noch stark ideologisch. Die Ideologie unserer Revolution wird teilweise der Ökonomie vorausgenommen, weil einmal die Verhältnisse reif zum Umsturz sind, aber noch nicht umgestürzt sind, aber auf Grund dieser Verhältnisse eine stark revolutionäre, rein proletarische Ideologie bereits hat werden können, wie sie sich eben in der K.A.P.D. ausdrückt. So sage ich, sie ist der Anfang der Räteorganisation, denn Räteorganisation - das ist das Wesentliche, Genossen, und ich bitte, das zu beachten - Räteorganisation kann nur eine Organisation sein, die im Zusammenhang, im Zusammenklang, konnte man auch sagen, mit dem Produktionsprozess steht, also eine Betriebsorganisation eben, zusammengefasst dann in der allgemeinen Arbeiterunion.

Nun, Genossen, mit dem Wachsen des Proletariats als Klasse wächst die Union; und die Union - das sollen sich alle in der Partei gesagt sein lassen - kämpft politisch und wirtschaftlich zugleich. Es nützt gar nichts mehr, in der Partei etwa zu sagen oder sich auch einen Augenblick nur zu verschleiern, die Union kämpft wesentlich mit ökonomischen Kampfmitteln, das ist nicht wahr. Die Union kämpft wirtschaftlich und politisch. Und wenn sie mit dem Streik kämpft, kämpft sie auch mit der Waffe. Je, die K.A.P.D. braucht diese Leute, die in den Betrieben stehen, um mit der Waffe zu kämpfen. Also sie kämpft ökonomisch und politisch zugleich. Das muss klar sein.

Genossen, sie kämpft mit größerer Energie für die Einheitsorganisation. Das kann man nicht wegdekretieren, da das Ziel der Union die Einheitsorganisation ist und sein muss, denn wenn sie eine Klassenorganisation ist, wenn sie eine Betriebsorganisation, eine Organisation aus dem Produktionsprozess ist und wenn sie eine Räteorganisation werden will, dann muss sie die Einheitsorganisation propagieren. So gut, wie der Sozialismus die klassenlose Gesellschaft propagiert, so gehört dazu ihre Einheitsorganisation. Dies wegdekretieren, heißt, sich gegen Windmühlenflügel stemmen, d.h., sich lächerlich machen. Also das ist aus einer Parteiengruppe heraus gesagt, die nicht die ganze Revolution begreifen will. Ich sage, sie dieses Ziel propagieren, wie sie atmet.

Nun allerdings eins - und das mag hier leicht eingeschoben sein -, diese Einheitsorganisation ist ein Ziel, diese Einheitsorganisation ist nicht da; sie ist nicht heute da und nicht morgen da; und diese Union ist selbst noch keine Einheitsorganisation, versteht Ihr mich, Genossen? (*Rufe: Ja!*) Ich sage, dass die Einheitsorganisation des Proletariats das Ziel der Betriebsorganisation ist, die Einheitsorganisation im Räteystem ist auf Grund des verwandelten Produktionsprozesses, auf Grund der vollständig veränderten ökonomischen

Grundlage, auf Grund sogar der letzten großen Einigung zwischen politischen und wirtschaftlichen Räten - und das wird nach der Diktatur noch rasende Kämpfe setzen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Räten - auf Grund aller dieser Dinge ist sie erst ein Ziel. Die Genossen verwechseln Räte-Einheitsorganisation damit, dass sie eine Organisation bilden wollen, in der alle sind. Das ist keine Einheitsorganisation. Da laufen den Genossen eben die Lause über die Leber, möchte ich sagen.

Nun seht Ihr, das Ziel, wiederhole ich, ist die Einheitsorganisation, die Räte; und bis dahin ist ein revolutionärer Prozess.

Also, wenn die Union ihrerseits sagt, dass die politische Organisation zu verschwinden hat, dann ist das, von der anderen Seite aus gesehen, genauso lächerliches Dekretieren, als wenn die Partei dekretieren will, der Einheitsorganisationsgedanke hat zu verschwinden. Die Union kann nicht die politische Organisation wegdekretieren. Sie wird einen heftigen Kampf gegen die Parteien alten Stiles führen. Aber ob sie die politische Organisation totreden will - damit wird sie sie nicht tot bekommen.

Nun drohen aber der Union in ihrer Entwicklung eine Reihe Gefahren. Die erste Gefahr ist vor allen Dingen die, dass in flauen Perioden, wenn es mit der Revolution langsam geht, wenn auch Aktionen gewesen sind und wenn wieder eine Abhebung eintritt, dass sie dann überschwemmt wird mit einer Fülle von Elementen, die gute Kämpfer waren, aber die die Klarheit des Kopfes noch sehr vermissen lassen. Sie kamen teilweise aus Verärgerung über den von den Gewerkschaften wieder verhauenen Streik usw., sie kamen aus Verärgerung über alle Parteipolitik, und nun suchen sie das Allheil hier usw. Ja, man kann sagen, Mystiker, Ethiker aller Sorten, aller Farben, alles wird und kann die Union in solchem Augenblick überschwemmen. Die Union, die natürlich die Bedingung knüpft: Austritt aus den Gewerkschaften, kann für die Diktatur als selbstverständliche Voraussetzung - ich meine anders, als es andere Gewerkschaften je getan haben und die sich auch absolut unterscheiden - ich sage, sie kann doch nicht jedes Mitglied so auf Herz und Nieren prüfen; und es kann der Union passieren, die heute vielleicht einen sehr revolutionären Ausschuss hat, dass nach solchen Aktionen oder nach solchen Überfluten mit unklaren Köpfen die ganze sogenannte Ausschuss-Zentrale weggefegt ist und darin lauter ideologische Spießbürger sitzen. (*Sehr gut!*) Diese Gefahr ist sehr groß und ist an einigen Orten bereits eingetreten. (*Sehr richtig!*) Dieser Gefahr entgeht die Union nicht. Sie wird diese Gefahr erst zu bestehen haben. Und ich sage, dass die Union den ersten fürchterlichen Nasenstüber dann bekommen wird, wenn eine erste große Aktion eingetreten ist.

Eine zweite große Gefahr ist die Bildung von sogenannten politischen Fraktionen in der Union. Es ist das der verzweifelte Ausweg der Genossen, die wie Rühle ganz klar bis heute erkannt haben, dass eine politische Organisation notwendig ist. Und ich möchte das den Genossen aus Ost-Sachsen auch gerade sagen, der Genosse Rühle hat immer gesagt, dass eine politische Organisation nötig ist (*Sehr richtig!*); so klar sieht er doch. Und ich glaube, dass er nicht sehr glücklich sein wird, durch seinen Zerfall mit der K.A.P.D. nun gezwungen zu sein geradezu, die politische Partei in der Union zu bilden, denn was bedeutet das anderes als die Bildung einer politischen Partei in der Union (*Sehr gut!*), dass man sich sehr nett als Gruppe bezeichnet usw. Als Gruppe kann man überhaupt nicht gelten, sondern man muss Aussprachen untereinander haben, man wird einen Ausschuss machen, man wird Verbindungen suchen, kurzum, man hat mit einem Ruck die politische Organisation mitten darin. Genossen, es ist eine kolossale Gefahr, denn in dem Augenblick, in dem sich in der Union politische, sagen wir,

K.P.D.-Geist-Fraktionen bilden, bilden sich auch andere Fraktionen, denn wohl oder übel wird man doch die Leute, die eben im revolutionären Zusammenklang stehen, wenn man überhaupt solche Gruppen bildet, doch irgendwie näherbringen müssen untereinander; sonst kann man überhaupt nicht kämpfen; und damit ist die Bildung von allen möglichen Fraktionen, von V.K.P.D-Fraktionen gegeben. Die sind schon da. Die V.K.P.D. wird aus ihrer Zellentaktik heraus versuchen, solche Fraktionen zu bilden. Es werden sich noch weiter syndikalistische, alle kläglichen Fraktionen bilden, die dann gegenseitig aufeinander loshauen und einen einheitlichen Kampf ganz außerordentlich erschweren. (*Genosse MANNSFELD: Wollen diese Fraktionen die Union erobern oder zertrümmern?*) - Davon rede ich ja gar nicht, weder von Zertrümmerung noch von Eroberung. Ich sprach davon, dass, weil alle die Leute politische Fraktionen K.A.P.D.-Geistes, sagen wir einmal, bilden müssen, sich gezwungen sehen zu bilden, damit sich selbstverständlich weitere Fraktionen anderer Natur bilden. (*Sehr richtig!*) Wie dieser Prozess vor sich gehen wird, das sollen die Genossen nur abwarten. Er wird ihnen im Kampf keine Forderung, sondern ein fürchterliches Hindernis sein. (*Zuruf: Das ist Zertrümmerung der B.O.!*) Das ist die zweite Gefahr. Mich lässt das kühl, ob von hier oder von da geschimpft wird. Für mich dreht es sich darum, ganz offen auszusprechen die verschiedene Struktur der verschiedenen Dinge und die Klarheit einigermaßen darüber zu schaffen, wie wir kämpfen müssen zwischen diesen Dingen und um diese Dinge.

Eine dritte Gefahr, und die wird allerdings aus der Revolution überhaupt nie verschwinden, ist aber in der Betriebsorganisation besonders stark, das ist die Gefahr des Utopismus, d.h. eben aus der Propaganda der Union heraus als Einheitsorganisation. Es wäre doch wunderbar, wenn alle Arbeiter nun einig wären in einer Organisation von Betrieben aus. Kurzum, man verliert sich selbst in die Phantasie, in die beglückende, gebe ich zu, in die zauberhafte Phantasie dieser schönen herrlichen Einheitsorganisation und glaubt, sie ist da, und arbeitet, als wäre das alles schon so, und als wäre das nicht ein Entwicklungsprozess, in den man hineinarbeitet. Man arbeitet so, daß man die Klassenorganisation des Proletariats nicht von unten aus entwickelt, aus den Köpfen herausströmen lässt und fluten lässt, sondern daß man die Ideologie einer Organisation erfasst und sie gerade wie alles andere von oben oktroyiert. (*Sehr gut!*) Das ist totale Verkennung der Dinge und letzten Endes totale unhistorische Auffassung, geringe Schulung im Denken, im Erfassen revolutionärer Prozesse, das, was wir den Syndikalisten immer zum Vorwurf machen.

Nun kommt noch etwas Schwereres hinzu, daß man in dem Augenblick, wo man es so macht, wo man, möchte ich sagen, die Zauberhaftigkeit des Bildes beschwert - daß man da den Kampf abschwächt, daß man dem Traum zu viel Raum gibt, dem Wunsch, und daß die Härten und Schärfen des Klassenkampfes abgeschwächt werden. Bei den Syndikalisten sehen wir das, daß sie vielfach aus diesem Ethischen, aus dieser Überzeugung heraus, aus dieser utopischen Überzeugung heraus, daß sie keine guten Kämpfer sind. Dayan ist gar keine Rede, das wollen wir gar nicht. Aus dieser unhistorischen Einstellung heraus ergibt sich gerade dies, daß sie neigen zum Pazifismus; und die Gefahr des Pazifismus ist für die Union - das sage ich Euch heute riesengroß. Sie ist bereits da. (*Sehr richtig!*) Und der Pazifismus ist an und für sich schlimmer als die Konterrevolution, denn er ist Lähmung des Klassenkampfes. Der andere spornt den Klassenkampf vielleicht noch an. Dieser lähmt ihn total.

Das ist die dritte Gefahr, und diese Gefahr ist begründet einmal in der Schnelligkeit der Revolution, d.h., es konnte nicht jeder Proletarier bereits geschult sein; es hat nicht jeder die Erfahrung. Dann strömen plötzlich die hinzu, die tags zuvor noch außen standen. Andererseits hat sie umgekehrt gerade wieder ihre Gefahr in der

Langsamkeit, in der Qual des Prozesses. Der Proletarier, der bis auf das Äußerste ausgepowert, gequält, verelendet, abgestoßen von dem widerlichen Parteigezänk aller Art, abgestoßen von allem Phrasentum und allen Versuchen, ihm noch einmal die Möglichkeit eines schönen Bildes zu eröffnen - der wird den Wunsch, die Ideologie mit der Realität verwechseln und wird dann falsch kämpfen. Das sind die drei großen Gefahren.

Nun sagen wir umgekehrt, Genossen, ist das die Union, was ist dann die K.A.P.D.? Nun, die K.A.P.D. ist keine Partei. Das brauche ich nicht zu begründen. Nehmt mir es nicht übel, Genossen, auch wenn der Genosse Pfemfert nachher unendlich viel gegen die Partei zu sagen haben wird, gegen diesen oder jenen Übergriff. Gerade weil ja die anderen das vorbringen werden, habe ich also keine Veranlassung, mit besonderer Schärfe etwas zu betonen, was noch viel schärfer von anderen betont werden wird. Also ich sage, weil in diesem und jenem im Kampfe vorbeigehauen ist und weil manche die Gefahr, als kämen wir doch zum Bonzentum, als bilde sich doch bereits eine kleine Cliquenwirtschaft bei uns heraus - weil sie die Übertreibungen verallgemeinern, der ganzen K.A.P.D. zur Last legen und auf die K.A.P.D. losschlagen - so sage ich, das ist etwas Übertriebenes, wir können mit ganz gutem und reinen Gewissen immer noch sagen, wir sind keine Partei im alten Sinne, denn wir haben nichts mit Parlamentarismus, nichts mit Opportunismus zu tun. Die K.A.P.D. ist ein Kind der Revolution. Ihr haften manche Schäden des plötzlichen Entstehens der Revolution an. Dass sie Reinigungsprozesse durchmacht, das ist klar. Und sie ist ein Kind der proletarischen bewussten Revolution. (*Sehr gut!*) Durch sie sind zum ersten Mal die Proletarier ihres Klassenbewußtseins sich vollkommen bewußt geworden. Und weiter ist die K.A.P.D. eine reine politische Organisation. Ich bitte, das nicht zu vergessen. Sie hat politischen Charakter. Sie ist also keine Räteorganisation. Auch das muss einmal ganz klar gesagt werden. Es gibt immer noch Genossen, die des Glaubens sind, wir können aus unserer Partei eine Räteorganisation machen. Das ist eine Täuschung. Erstens, eine Räteorganisation - das habe ich vorhin an der Darlegung dessen, was Einheitsorganisation ist, erläutert - eine Räteorganisation kann das nicht gleich, aber die Partei als solche, als Hebel der Auslösung des Klassenwollens. Die Partei kann immer nur in ihrem Aufbau dem Rätecharakter, sagen wir einmal, sich annähern. Sie kann sich also entgegen allen anderen Parteien ein Organisationsstatut schaffen, in dem mehr als überall jeder zu seine» Rechte kommt usw. Das werdet Ihr ja genau verstehen. Das kann sie. Aber eine Räteorganisation kann sie nicht sein, denn sie ist keine Betriebsorganisation, sie hängt nicht zusammen mit dem Produktionsprozeß. Sie kann immer nur einen Teil des Rätegedankens verkörpern. Sie kann rücksichtslos den Kadaver-Zentralismus abstreifen. Sie ist in einer ununterbrochenen Selbstverständigung mit sich begriffen. Aber zwischen dem, was man Räte-Utopie nennen würde, will ich einmal sagen, und dem, was man Diktatur nennt, wird sie als Kampfpartei, als kämpfende Organisation immer einen Mittelweg halten müssen. Es wird nie aus der Welt verschwinden - Genossen, nehmt mir es nicht übel -, daß einmal in einer Organisation, sagen wir einmal Klasse, diktatorisch gearbeitet wird, nicht unbedingt muss, aber wird. Das wird aus keiner Organisation verschwinden. Wir müssen das begreifen, das nicht ganz verschwinden kann. Es wird auch aus der politischen Organisation nicht der Wunsch verschwinden, restlos jede zentrale Form zu zertrümmern, wie wir das heute in unserer Organisation haben. Dieser Wunsch schlummert auch noch überall. Ich sage, beides sind wieder in ganz ähnlicher Weise wie bei Zentralismus und Föderalismus Verwechslungen, die hier vorgehen. Als Kampf-Organisation muss die Partei versuchen, in ihrer Organisation, soweit wie möglich, den Bürokratismus, den Parlamentarismus, den Kadaver-Gehorsam und alles dies abzustreifen und sich zu nähern der. Form - der Form! - des Räte-Wesens. Dem Inhalt kann sie sich nicht ganz nähern, weil sie dann Betriebsorganisation sein muss. Im Übrigen muss sie einen Mittelweg gehen.

Die Partei ist wohnbezirksweise aufgebaut. Und genau so wie z.B. das Entstehen revolutionärer Wellen nicht immer an den Betrieb gebunden ist, sondern zunächst die Proletarier sich zusammenfinden, die Klasse bewußt sich zusammenschließt, so ist die Partei wohnbezirksweise aufgebaut. Also auch hierin der Beweis, daß sie nicht an den Produktionsprozeß gebunden ist.

Wir kommen nun zu den eigentlichen Aufgaben diesen, was uns die Partei sein soll und ist. Die Partei hat in jedem Augenblick am klarsten, am schärfsten und am rücksichtslosesten den Ausdruck der jedesmaligen revolutionären Situation mit Wort und Tat zu geben. Sie ist also das politische Gehirn, der Kopf der Klassenrevolution. In ihr vereinigen sich die Proletarier, vollkommen bewußt, vollkommen klar und in vollständigem Bewusstsein dafür, daß sie nicht Selbstzweck sind, sondern Mittel zum Zweck, im vollständigen Bewusstsein dafür, daß ihre Hauptaufgabe die Auslösung des Selbstbewußtseins, die Auslösung der Räteorganisation ist - diese Leute finden sich in ihr zusammen. Diese ihre Kenntnis bieten diese vorgeschrittensten, festvereinten, in engstem Zusammenhang vereinten Proletarier immer überall, ob mit oder ohne Willen der Masse, ganz gleich, ihrerseits als die Parole der bestimmten revolutionären Situation dar. Das ist ihre Pflicht. Sie müssen natürlich auch mit der Tat selbstverständlich ebenso dafür einzutreten bereit sein. Eine solche stahlharte, ganz reine, ganz klare Zusammenfassung von Arbeitern, ein politisches Gehirn, das weiß Ich wiederhole es immer wieder -, daß es Mittel zum Zweck ist, daß es lösen soll nur die Räte - eine solche Zusammenfassung muss rücksichtslos; aus ihren Reihen alles entfernen, was ihren Grundsätzen und Prinzipien widerspricht (*Sehr gut!*), was sie in ihrem Rahmen auch nur ein bisschen hemmen könnte, denn dieses bisschen kann den Ausschlag geben zum Verfall der ganzen Organisation. Genossen, ich sage, eine solche politische Organisation ist eine unbedingte Notwendigkeit, und zwar eine so unbedingte Notwendigkeit eben um der Revolution willen, um der Union willen, um Räteentwicklung willen, daß sie nicht heute und morgen verschwinden wird, sondern daß sie meiner Auffassung nach überhaupt nicht eher verschwinden wird, ehe nicht politische und wirtschaftliche Räte in Gemeinsamkeit die klassenlose Gesellschaft aufbauen werden, bauen werden in ihr. Also, Genossen, nicht eher, ehe nicht Politik und Produktion in eins laufen! Im Gegenteil - und das habe ich vorhin schon gesagt - hat nach der Eroberung der Macht eine der Hauptaufgaben der Partei einzusetzen, klar aufzuzeichnen, daß die Räte sein müssen und nicht Räte-Bürokratie werden müssen. Ihre Aufgabe wird es sein, dann Programm und Parolen zu geben für den Kampf, der kommen wird zwischen den politischen und wirtschaftlichen Räten, denn die politischen

Räte werden, weil es eine Weltrevolution ist, weil auch, wenn Deutschland stark wird, noch nicht die Klassenrevolution erledigt ist, weil auch ein Deutschland und Russland zusammen mit dem Kapitalismus anderwärts zu kämpfen hat, weil sie hier nicht bloß in ihrer ganzen Reinheit den ganzen Kommunismus verkörpern kann, sondern immer nur annähernd. In diesem großen Streit, in diesen großen Kämpfen dann - und die werden schwerer sein als in Russland, viel schwerer, weil die deutschen Proletarier in größerem Masse auch viel weiter geistig fortgeschritten sind (*Zuruf: Eigenbrötler!*) - ja, auch das - da wird erst recht die Partei, die politische Organisation, dieser klare, kristallklare Kopf nötig sein.

Genossen, so wird diese politische Organisation eine unbedingte Notwendigkeit unseres Kampfes sein. Das kann uns natürlich absolut nicht irgendwelche Auffassung, die in der Union herrscht, wegdekretieren. Wir haben unsere Existenzberechtigung dadurch allein schon zu erweisen, dass wir der Union sagen, dass wir ihr Programm und ihre Entstehung und Entwicklung besser verstehen als sie selbst. Wir als der Kopf, als die Zusammenfassung des klarsten Teiles, der sich

ganz rein hält, ganz klein, ganz rein - es ist nicht nötig, dass sie ganz klein ist, aber ich sage: ganz rein diesem Kopf ist der Gedanke der Räteentwicklung, ihm ist das Werden der Betriebsorganisation zur Einheitsorganisation hin als geschichtlicher Prozess klarer, als es den vielen Kämpfenden, die nach und in den Kämpfen zur Betriebsorganisation stoisen, sein kann. Das ist der Sinn der politischen Organisation, und die gibt es nur so oder in der Union. Und in der Union zerstört sie die Union. Darum ist die politische Organisation unbedingte Notwendigkeit.

Ihr werdet verstehen, Genossen, das mag manche vor den Kopf stoisen, der sich gewünscht hätte, dass wir vielleicht propagieren könnten, die politische Union ist drauf und dran, sich hier zu revidieren scheinbar. Ich habe es immer für falsch gehalten, dass die Union in ihrem Programm jetzt in Leipzig eine unnötige Verbeugung vor der K.A.P.D. macht. Sie hatte zu sagen, dass sie die Einheitsorganisation erstrebt. Und wenn sie noch einen Schritt darüber hinausgehen und zeigen wollte, dass sie so klar ist, wie der klarste Teil der Proletarier ist, so hätte sie einfügen müssen: wir erkennen aber in diesem revolutionären Prozess, der vor sich geht, an, dass eine Zusammenfassung von fortgeschrittensten Proletariern in einer politischen Organisation eine Notwendigkeit sein wird. *(Sehr gut!)* Das hätten sie doch wohl sagen können. Und wenn sie es nicht sagten, wird sie es später einmal sagen. Darauf kommt es ja auch gar nicht an. Aber ich habe es für einen Fehler gehalten, dass sie unnötig eine Verbeugung vor der K.A.P.D. machte, vom Programm der Union aus gesehen. Es kommt nur darauf an, dass eine politische Organisation notwendig ist.

Nun, Genossen, ich sage, das mag manchem unangenehm sein. Aber ich sage, dass die Union in ihrem ersten Programm und programmatischen Erklärungen diesen Gesichtspunkt theoretisch einst hatte. Sie hat ausgesprochen, dass sie auf das heftigste die alten Parteien bekämpfe. Sie hat ausgesprochen, dass die Partei nur Mittel zum Zweck sein darf. Sie hat ausgesprochen, dass der Hauptzweck die Auslosung des Rätegedankens ist. Und heute in diesem bitterbösen Kampfe manchmal zwischen einzelnen Stellen der Union und einzelnen Stellen der K.A.P.D. schießt sie ihrerseits weit über das Ziel und ist bei der absoluten Parteiverneinung, wobei sie alles mit in einen Topf wirft, angelangt. Und ich sage, damit ist sie bei Utopismus und Pazifismus angelangt, und das ist sehr bedauerlich, das kann ihr alle Kampfkraft nehmen.

Das kann uns aber nicht hindern, Genossen, unsere Partei rein und klar zu erhalten. Was ihren Grundanschauungen widerspricht, das muss rücksichtsloser als bisher heraus. *(Sehr richtig!)* Wie man das macht - es sind hier auch Fehler vorgekommen -, ob man hier vielleicht mehr von der Gesamtheit der Mitglieder aus ringen muss um die Reinigung - das will ich alles dahingestellt sein lassen, das sind praktische Fragen; die wollen wir in der Organisationsfrage erledigen. Mich interessiert nur das Problem als Ganzes. Hier heißt es für uns, innerhalb der Partei restlose Klarheit schaffen, und zwar besonders über diesen Punkt der Notwendigkeit, denn fangen wir an zu bröckeln, ob wir überhaupt notwendig sind oder nicht, nun, Genossen, dann haben wir eine eiternde Wunde, an der wir sehr bald an Blutvergiftung zugrunde gehen. *(Sehr gut!)* Das hat keinen Wert. Und wir sind so unendlich wichtig. Um der Union willen sind wir so wichtig, dass wir uns nicht aufgeben dürfen.

Genossen, ich sage, die Gefahren der Partei - ich habe das einzeln vorweggenommen - sind die, dass sie zurückfällt in das Wesen einer alten Partei. Das geschieht noch nicht dadurch, dass, wie gesagt, ein Hauptausschuss einmal Übergriffe macht. Haut ihm auf die Finger! Jagt sie weg, die da oben! Holt Euch andere! Macht, was Ihr wollt! Das macht gar nichts, sondern die Gefahr ist erst dann groß, wenn die Partei in parlamentarische Bahnen gelangt. *(Sehr richtig!)* Damit wird sie zur alten Partei. Alle Parteien alten Stils

müssen parlamentarisch sein. Der Spartakusbund wurde in dem Augenblick, in dem er zur alten Partei wurde, eine parlamentarische Partei, und er rutscht auf dieser Bahn immer weiter. (*Sehr gut!*)

Nun, Genossen, parlamentarisch in diesem Sinne heißt für mich nicht blois ins Parlament gehen, sondern parlamentarisch teilnehmen an den gesetzlichen Räten; und wenn das nicht herauskommt - auch da scheint es noch manche Stellen zu geben, die in den gesetzlichen Räten sitzen und glauben, sie gehörten dann schon zur Union oder gar zur K.A.P.D. - wenn das nicht herauskommt, dann ist es faul: zu parlamentarischen Dingen rechne ich etwa Unterstützung solcher Dinge wie der offene Brief usw.; Ihr versteht! Im allerweitesten Sinne ist das alles parlamentarisch.

Nun, Genossen, das ist eine große Gefahr der Partei und, wie Ihr seht, ist diese Gefahr so groß, dass auch in der eigenen Partei wie vom Genossen Pfemfert auch bereits angenommen wird, dass unsere Partei dadurch, dass sie sympathisierend mit der 3. Internationale ist, parlamentarisch wird, opportunistisch wird, Zellentaktik treibt usw. Nun, Ihr werdet alle darauf zu antworten wissen. Ich habe bei der 3. Internationale das gesagt, was dazu zu sagen war.

Dann, Genossen, ist eine weitere Gefahr, dass die Partei - so sagte ich im Anfang, ich wiederhole nur noch einmal bei der Zusammenstellung hiermit dem Gedanken einer Parteidiktatur spiele. Wem von Euch ist nicht schon einmal durch den Kopf gegangen: wenn wir die Macht in der Hand haben! Und da verwechselte er sich und die Partei mit dem Kommunismus; und dass war er beim Parlamentarismus angelangt. So gut wie die V.K.P.D. offen schreibt in ihrer Zeitung und erst recht in ihren Zirkularen, die sie herumgehen lässt, dass der Kampf gegen die V.K.P.D., der Kampf gegen eine Partei ist, durch die man mit allen Methoden einen Haufen zusammengetrommelt hat - das ist der Kampf gegen den Kommunismus. Ich entsinne mich auch auf solche Worte in Russland: der Kampf dagegen ist der Kampf gegen den Kommunismus. Also die Gleichstellung von Partei und Kommunismus! Denn das spielt dass mit: wenn wir zur Regierung kommen, dann die Parteidiktatur. Nun, Genossen, ich will sagen, der Gedanke muss auch - ich glaube er ist nicht ernst bei uns, aber er spielt so manchmal mit - der Gedanke klar erfasst werden; dann ist er weg. Denn allein auf Grund der Klassenverhältnisse in Westeuropa, allein auf Grund der zahlenmäßigen Feststellungen ergibt sich, dass wir eine Parteidiktatur in diesem Sinne, wie sie eben aufgefasst wird, bei uns nicht haben und nicht halten können. Und hätten wir sie, dann brähe sie zusammen in aller kürzester Frist. Wir können uns nur stützen auf die große Masse der Proletarier; und diese Proletarier werden wir bewaffnen müssen, und sie sind selber die gräte Sicherheit mit, dass eine Clique allein an der Regierung sein kann.

Eine dritte Gefahr ist dann die Enge des Parteistandpunktes, dass man nicht begreifen will, dass die Union etwas anderes ist, dass man es nicht fassen kann, dass die Union die Einheitsorganisation propagieren muss. Genossen, an Euch ist es, der Union zu zeigen, was Einheitsorganisation ist, ihr zu zeigen den Utopismus, den sie noch mit diesen Worten verbindet. Das ist Eure Aufgabe, keine Angst zu haben, dass die Union, was sie tun muss, die Einheitsorganisation propagiert. Klarheit über diese Dinge heißt vollständig zu übersehen und reif sein für die Aufgaben der Revolution. Gebt Ihr ihnen das Programm, dann wird es gut sein!

Also, Genossen, die Union kann sich beglückwünschen, dass die Partei noch da ist. Dass sie dankbar zur Partei aufblickt, das ist Unsinn. Das wird immer weniger sein. Die Kämpfe werden immer heftiger werden. Die Union kann nicht in Dankbarkeit zur

Partei aufblicken. Die Union wird aus ihrer Wurzel, aus ihrer Tendenz heraus sagen müssen: ich bedaure im höchsten Grade, dass noch Partei nötig ist. Es ist aus dem innersten Wesen der Union heraus gesagt, was gesagt werden muss, die Partei hat zu beweisen, wie nötig sie ist. Und dass kommen wir auf den Punkt, Genossen, über den einige noch stolpern und den sie vielleicht in der Diskussion aufgreifen werden. Ich fürchte nur, es wird ein Missverständnis sein. Nämlich man streitet sich immer darüber, ob die politische Organisation oder die Union das Primäre ist, d.h., das Voraufgehende, das Wichtigere ist. Das ist ein unnützer sinnloser Streit, weil es zeigt, dass man die Revolution als Ganzes nicht begreift, sondern dass man in einer Organisation so eng steckt, dass man aus dieser Enge heraus das Ganze nicht mehr erfassen kann. (*Sehr gut!*) Genossen, die Union - das sagt Ihr selber - ist und wird einmal die Räteorganisation, weil sie auf dem Produktionsprozess aufgebaut ist. Ihr arbeitet ja dafür, dass die Räteorganisation herauskommt. Das ist Euer ganzes Bestreben, dieser Klassenentwicklung zum Siege zu verhelfen. In diesem Sinne wird also einmal - einmal! Und ich sagte schon vorher: in der klassenlosen Gesellschaft - die Union das beherrschende Prinzip sein, d.h., die zunächst als Klasse und zunächst als klassenlose Gesellschaft geeigneten Menschen, arbeitenden Menschen - ein unendlicher Prozess. Aber aus diesem Geiste heraus, aus dieser langen Sicht heraus kann man theoretisch sagen - und die Union wird es sagen, denn es entspricht auch ihrer Theorie, muss es mehr tun als bisher - wird man sagen, dass die Union das Element ist, das bleibende Element ist, und die politische Organisation ist etwas, was einmal vorübergehen wird, d.h., wenn die politische Organisation Hebel ist und nur Hebel ist, dann ist sie nicht Zweck, sondern das Mittel zum Zweck der Herbeiführung dieser Einheitsorganisation im Räteystem in der klassenlosen Gesellschaft. Ihr versteht! Wer es nicht versteht, soll nachher polemisieren. Ich sage, aus dieser weiten, weiten Linie, die die Union in ihrem Programm entwickelt, ergibt sich das Primäre, wenn man so sagen soll, der Prinziporganisation. Daran ist gar nichts zu deuteln.

Aber etwas ganz anderes ist es, wenn wir jetzt mitten im Kampfe hier stehen. Wir sehen die politische Situation, wie sie uns geschildert wird, und sagen: der Kampf für die politische Organisation, für den Bestand der politischen Organisation, sie reif zu machen für die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben - der ist jetzt so unendlich wichtig, der ist das Wichtigste und muss für uns im Vordergrund stehen. Dann kann man wohl wieder sagen, die Betonung der politischen Organisation ist in diesem Moment das Primäre. Ihr versteht, Genossen, das sind Streitereien. Diese Streitereien sind zu erklärlich aus der revolutionären Entwicklung unserer Zeit, indem nämlich nicht zufällig die Union und die K.A.P.D. aus der Revolution entstanden sind. Und beide wechseln sich heraus zu eigenen Aufgaben. Und je klarer beide ihre Linien erkennen, desto heftiger die Diskussion. Und da noch nicht alle ganz klar das erkennen, so wird noch ein langer, aber sehr fruchtbringender, wenn vernünftig geführt, Erfolg aus diesen Diskussionen herauskommen.

Genossen, ob dieser oder jener Mensch, der die Bedeutung des Ganzen begriffen hat, nun der Union sein Herz schenkt oder der anderen, der politischen Organisation mehr, das ist bedauerlich. Es wird in der politischen Organisation allerdings darauf gesehen werden müssen, daß die Klarheit dessen, was seine Organisation ist, restlos sich in ihm ausprägt - das ist selbstverständlich -, genau wie die Union darauf sehen wird. Aber das ist eine Tatsache, der eine hat mehr für dieses, der andere mehr für jene Neigung. Ich sagte vorhin, wir müssen sehen, daß Dinge, die nicht unter einen Hut zu bringen sind, auch nicht vergewaltigt werden sollen und unter einen Hut gebracht werden oder sich gegenseitig zerschlagen und gegenseitig das Maul verbieten, sondern sie haben beide Platz in einem Kopf, der die Revolution, die Klassenrevolution des Proletariats als Ganzes begreifen kann.

Diese Auseinandersetzungen sind die ersten meines Wissens, die wir auch in der Zeitung in ausführlicher Form niedergelegt haben. Sie sind sicherlich nicht vollständig; das wissen wir alle. Es ist alles beschränkt. Ich würde viel ausführlicher viel mehr Punkte noch hinzugefügt haben, wenn uns ein bisschen mehr Zeit im Kampfe bliebe, einmal einige Wochen, um nur etwas ausführlicher arbeiten zu können. Es ist dies nur ein Anfang zu einer Diskussionsgrundlage über diese weittragenden Probleme. Die Auseinandersetzungen werden nicht verschwinden. Sie werden jetzt erst in voller Stärke hoffentlich auftauchen. Verschwinden werden sie überhaupt erst mit dem Ende der Revolution und mit der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft.

Das ist das, was ich über die Union und über die Partei zu sagen habe. Und ich kann jetzt nunmehr Schluss kommen. Es wird Euch auch bereits schon sehr lang geworden sein, und doch ist es lange nicht genug, es miete viel mehr noch gesagt werden.

Also, Genossen, wir haben als K.A.P.D., als Partei vor allen Dingen und in erster Linie die Unversöhnlichkeit, die erbarmungslose Auszuschnäuzenden des Klassenkampfstandpunktes von Klassenkampforganisationen gegenüber allem Opportunismus, gegenüber allen anderen politischen Organisationen, Gewerkschaften usw. zu betonen. Wir haben immer dasselbe zu wiederholen. Wir wollen nicht sein wie die Bürger, die Intellektuellen des Bürgertums, die gern immer etwas Neues hören wollen und die von einem Artikel und dergleichen Dingen nur dann befriedigt sind, wenn wieder etwas Neues darin steht. Wir sollen immer wieder die revolutionäre Situation selbstverständlich prüfen. Aber wir sollen nicht müde werden, auch immer und immer dasselbe, dieselben Kernmomente zu wiederholen. Und wenn jene Leute vom Spartakusbund uns vorwerfen, damit wäre unsere Politik eintönig, sie wäre nicht abgestuft genug, sie ginge nicht in alle Feinheiten dann sagen wir: die Feinheiten ihrerseits sind die Feinheiten von Geschäftstaktikern (*Sehr gut!*), unsere Taktik ist ungleich klarer und sehr, sehr abgestuft ganz wie Revolution, aber sie ist ganz und gar aus dem Geist proletarischer Klassenrevolution heraus abgestuft.

Genossen, nun noch einen ganz kurzen Umblick! Was haben wir bisher erreicht? Ich glaube, Genossen, es hat keinen Sinn, davon zu sprechen, stolz zu sein; und es hat keinen Sinn, viel zu loben und dergleichen. Ich möchte aber doch hier auf dem Parteitag einmal sagen: ist es nicht und wird es nicht von allen Kämpfenden als etwas ganz Grandioses angesehen, der Kampf, die Existenz der Partei und die Existenz der Union! Wenn Ihr denkt, wie auch in Euren Köpfen die Welt dieses Kampfes, den wir jetzt führen, vor zwei Jahren sich noch spiegelte, wie wir heute dastehen mitten kämpfend im internationalen Proletariat, wie man im Auslande heute unseren Kampf aufnimmt, wie heute englische Arbeiter, wie Arbeiter in Frankreich, in Amerika, in Russland, vor allem auf unsere Prinzipien sehen, um unsere Prinzipien zu ringen anfangen, dann, sage ich, erfüllt uns doch das Bewusstsein, zu glauben, wenigstens alles versucht zu haben, alles getan zu haben im Dienste der großen proletarischen Revolution. (*Sehr richtig!*) und diese große proletarische Revolution verlangt von uns, Genossen, einen starken Idealismus, der nichts zu tun hat mit jenem bürgerlichen Idealismus, der nichts zu tun hat mit dem Gewäsch und dem Geschwätz, mit dem man heute redet «zurück zu Goethe». Wir schätzen Goethe als einen größeren Menschen, als ein Genie. Aber wir glauben, Goethe keinen Gefallen zu tun, wenn wir ihn herausholen aus der kleinbürgerlichen Atmosphäre seiner Zeit (*Sehr gut!*) und ihn zu einem Proletarier oder zu einem Geist umschaffen wollen, der den Proletariern proletarische Kultur vermitteln könnte. Damit haben wir nichts zu tun. Wir bedauern, dass große proletarische Kultur noch nicht da ist, dass auch kaum Ansätze - ganz geringe Ansätze je, aber sonst kaum Ansätze vorhanden sind. Wir wünschten, sie

waren grösser, gewaltiger, sie wären bereits eine Verkörperung unserer Ideologie. Die Verhältnisse erlauben es nicht. Es mag ein Historiker begründen, warum und wieso nicht. Das interessiert uns hier nicht. Aber wir sehen eine proletarische Kultur ganz anderer Formation auftauchen, als sie sich in den Klassikern etwa des Bürgertums aufgebaut hat. Wir haben nichts damit zu tun. Wir sind sogar des Glaubens, dass die Empfehlung des Studiums von Goethe für den kämpfenden Proletarier zum Nachteil ausschlagen wird für seinen Klassenkampf. *(Sehr gut!)* Genossen, es muss das alles so scharf wie möglich meiner Auffassung nach gesagt werden.

Nun, sage ich, der proletarische Idealismus, unser proletarischer Idealismus gipfelt darin, dass wir den Klassenkampfgedanken auf das schärfste betonen. Er gipfelt darin, dass wir begreifen lernen, dass der Klassenkampf die Klassensolidarität in sich fasst; und er gipfelt weiter darin, über die Verbindung von Klassenkampf und Klassensolidarität hinweg wir hineinschreiten in die klassenlose Gesellschaft, die erst die Lösung für alle bringt, die uns erst das, was wir alle wünschen, nämlich die Brüderlichkeit aller Menschen untereinander, meinetwegen die Liebe aller Menschen untereinander, bringen kann.

Also, Genossen, wenn wir umschauen, sehen wir einen schweren Kampf, ich glaube, aber einen aussichtsvollen Kampf. Und wenn wir alle noch Schlacken haben in diesem Kampf und keiner von uns davon frei ist - wir ringen ja alle nur, wir wollen ja alles abschütteln und können nicht alles abschütteln, und das Fernste können wir nur beschreiben, ausmalen - ich sage, wenn wir Schlacken und alles haben - wir wollen darum nicht müde werden, wir wollen in dem Kampf des Tages uns immer wieder unser eines großes Ziel vor Augen halten: Lösung, Entbindung des reinen proletarischen Klassenwollens. *(Lebhafter Beifall)*

Vorsitzender Genosse RASCH: *Folgender Antrag ist eingegangen:*

„Eine Kommission zu wählen, die beauftragt wird, ein Antworttelegramm oder Schreiben an das Exekutiv-Komitee der 3. Internationale zu entwerfen und es dem Kongress vorzulegen.“

Genosse MÜHLE:

In dem Schreiben vom Exekutivkomitee sind verschiedene Illusionen, unter anderem die, daß wir in der V.K.P.D. aufgehen sollen. Um diese Illusionen restlos zu zerstreuen, sollten wir ein Antwortschreiben an das Exekutiv-Komitee richten.

*Der Antrag wird einstimmig angenommen und als Redaktions-Kommission gewählt die Genossen MÜHLE, HAPP, NAUTKUSS und SCHWAB.*

Hierauf tritt die Mittagspause von 1 - 2 Uhr ein.

### Nachmittags-Sitzung, 2 Uhr

Koreferent PFEMFERT:

Genossinnen und Genossen, wenn wir in unserer K.A.P.D. Diskussionen haben, wenn Gegensätze aufeinanderprallen, wenn die Meinungsverschiedenheiten mitunter einen scharfen, krassen Ausdruck annehmen, so handelt es sich bei uns nicht darum, wie bei den übrigen Parteien, daß der eine oder der andere Recht behält oder Recht bekommt, sondern daß das zur Klärung der Gedanken und der Situation beiträgt. Diesem Standpunkt entspricht auch Euer Beschluss, daß Ihr mich, obwohl ich kein Delegiertenmandat habe, als Koreferent zu dem Punkt 3.

Internationale zugelassen habt.

Genossen, dieses Referat zu diesem Punkt zu halten, überhaupt zum Punkt «3. Internationale» zu sprechen, ist keinem in unserer Organisation, glaube ich, anfangs so schwer geworden wie mir. Als die Internationale im März 1919 ihre ersten Beschlüsse fasste, ihre Grundlinien, die Richtlinien, die sie verfolgen wollte, da war es eine revolutionäre Idee, da war es gedacht als der Zusammenschluss des revolutionären Weltproletariats, nicht nach Parteigruppierung allein, nicht nach, den Strömungen, Richtungen, Gegensätzen taktischer Art, sondern nur nach dem einen Grundsatz, die Organisation aufzubauen als Zusammenfassung des Weltproletariats, das für die Diktatur des Proletariats kämpft. Aus dem Grunde war es selbstverständlich, daß wir auf unserem Gründungskongress sogar erklärten, bedingungslos in diese Internationale einzutreten, daß wir damals auf unserem Gründungsparteitag beschlossen hatten, und ihr ohne jeden Vorbehalt anzuschließen.

Genossen, wir hatten dann den zweiten Kongress. Es erschien vor dem zweiten Kongress Lenins Buch «Kinderkrankheiten». Dieses Buch war es schon vor dem Kongress, das uns zwang, Stellung zu nehmen zu einer Sache, zu der wir Stellung zu nehmen bisher abgelehnt haben und wo wir jene, die von außen her wie Kautski sich anmaßen, hineinzureden in die Arbeit, in den Kampf des russischen Proletariats, ihn zu sabotieren - daß wir diesen als Verräter, als Gegenrevolutionär, als Antibolschewisten kennzeichneten und kennzeichneten, denn das Wort Bolschewismus, das wir damals aufgegriffen hatten und mit dem wir uns mit Stolz bezeichneten, war der Ausdruck der Solidarität, die gewillt ist, zu kämpfen und nicht zu reden für einen organischen papiernen Zusammenschluss. Und bei der Diskussion, die dann einsetzte, erklärte ich im August 1920. «die Dritte Internationale hat der Bund des revolutionären Weltproletariats zu sein. Ist die Dritte Internationale der Bund des revolutionären Weltproletariats, dann wird sich dieses Proletariat eins fühlen mit ihr, ganz gleich, ob es schon formell angeschlossen ist oder nicht. Tritt die Dritte Internationale jedoch auf mit der Vollmacht der Zentralgewalt eines Landes, dann trägt sie den Todeskeim in sich und wird die Weltrevolution hemmen. Die Revolution ist die Angelegenheit des Proletariats als Klasse; die soziale Revolution ist keine Parteisache! Sowjetrussland geht zugrunde ohne die aktive Hilfe aller revolutionärer Kämpfer. Alle wirklich klassenbewussten Arbeiter - hierzu gehören z.B. unbedingt auch die Syndikalisten - sind bereit, aktiv zu helfen. Die Dritte Internationale würde verbrecherisch, gegenrevolutionär wirken, wollte sie - im Interesse einer Partei! - etwas tun, was geeignet wäre, das heilige Feuer brüderlicher Solidarität, das für Sowjetrussland - noch immer nicht: für die Dritte Internationale als Organisation an sich! - in den Herzen aller Proletarier glüht, zu löschen.»

Ich nannte das verbrecherisch, denn - Genosse Schröder hat sehr richtig betont, dass wir uns frei halten müssen von Illusionspolitik - das Wort «Dritte Internationale» hat heute auch in den Massen besonders einen illusionären Klang, und es ist eine Identifikation mit dem kämpfenden Sowjetrussland unwillkürlich in den Köpfen der Arbeiter, sodass wir, wenn wir gegen die Dritte Internationale als Parteiinstitution, als eine auf parteidiktatorischem Boden stehende, eine Schablone für die Weltrevolution, von oben dekretierende Organisation kämpfen, es sehr leicht haben, unseren Kampf gegen dieses auszumünzen in einen Kampf gegen Sowjetrussland, auszumünzen in Antibolschewismus. Dagegen, Genossen, dass man ausgemünzt wird als Antibolschewist, hat selbst Lenin nichts tun können, denn, wie Ihr wisst, prangt das schwarz-weiß-rote Plakat in ganz Deutschland, wo aus den nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik unverfälschte Zitate von ziemlicher Grosse gegeben wurden, die dadurch nun die antibolschewistische Propaganda unterstützten. Kein Mensch mit fünf Sinnen wird aber dem Genossen Lenin antibolschewistische Ideen nachsagen. Ich

glaubte, diese Trennung: international - Sowjetrepublik, zu Beginn meiner Ausführungen machen zu müssen, um Euch bei dem, was gesagt werden muss nach meinem Dafürhalten, nicht in dem Gefühl zu lassen, dass es geschieht unter Verkennung der schweren Kämpfe Sowjetrusslands, unter Verkennung der Notwendigkeit der aktiven Hilfe, unter Verkennung, dass wir in der Solidarität auch taktisch Rücksicht zu nehmen haben, obwohl wir uns manchmal im Innern fragen müssen, ob wir vor der Geschichte die Rücksicht, die wir walten lassen werden, verantworten können. Genossen, ich stehe da in diesem Punkte betreffend Dritte Internationale auf dem Standpunkt der Gesamtorganisation und insbesondere auf dem Standpunkt des Genossen Schröder, den er formuliert hat in seiner sehr guten Schrift *«Vom Werden der neuen Gesellschaft»*. Dort hat Genosse Schröder von den 21 Punkten über die Dritte Internationale gesagt - und damit ich nicht einzelne Sätze heraus reine, werde ich eine Schlusspartie, die besonders in Betracht kommt, Euch vorlesen. Er stellt da klar logisch für Proletarier die Räteorganisation als das Ziel, und er sagt:

*«Der Weg des Sozialismus kann aber nur gehen in der oben gekennzeichneten Richtung auf restlose Gemeinwirtschaft und restlose soziale Ausdrucksform. Und in dieser Entwicklung bildet sich zunächst als Kampfinstrument eine Dritte Internationale mit Exekutiv-Komitee. Sie darf sich ihrerseits nicht einrichten im Geiste der alten Organisationen, im Geiste der alten Parteien, wobei in keiner Weise sich die Methode ändert gegenüber der des Kapitalismus, sondern höchstens als Objekt etwas anderes ausgespielt wird als das Proletariat. Von den gleichen Bedingungen umgrenzt wie die Parteien, d.h. vom Rätegedanken überhaupt, muss sie sich bewusst sein, dass das Wesentliche ist: Aufbau im Geiste der neuen Organisation. Die wahre Internationale wirkt nicht durch Diktatur einiger Heroen, durch die Parteiführer als Einpeitscher. Das hindert nur. Wichtiger ist z.B. die Schaffung von Verbindungen und Beziehungen der wirklichen Räte der Länder usw. Nur so darf die Einstellung sein, nur so ist die Gefahr zu überwinden, dass, wenn auch nur eine Zeitlang anstelle eines kapitalistischen Syndikats eine angeblich sozialistische Aktiengesellschaft sich einsetzt, was ungleich Schlimmeres bedeutet für die physische und psychische Ausnutzung des Proletariats, als je vom Kapitalismus aus geschehen könnte. Es geht nicht um die Aufrichtung einer zentralisierten Weltwirtschaft für Größenwahnsinnige, sondern um die von unten aus werdende und gewollte wirtschaftliche und geistige Föderation, um den Kommunismus.»*

Das ist der Standpunkt des Genossen Schröder noch heute, denn - darauf komme ich nachher noch zu sprechen - Genosse Schröder macht in seinem Referat irgendwo einen Knick, er macht irgendwo eine Abbiegung, wo er von der Logik im Stiche gelassen wird. Das ist nach dem heutigen Referate und nach allem, was Genosse Schröder sonst zur Klärung des Rätegedankens gearbeitet hat, die logische Folgerung, denn Genosse Schröder und Genosse Rühle sind völlig identisch in der Auffassung vom Wesen der Partei, von. Wesen der Organisation, von den Aufgaben der Partei. Und wenn Genosse Schröder es auch im Augenblick bestreitet, so möge er nur nachlesen die von ihm sehr gebilligte Schrift *«Die Revolution ist keine Parteisache»*, wo das alles steht, gesagt von Otto Rühle. Der Genosse Schröder hat uns das nicht gesagt, Mon um der Diskussion und dem Koreferenten irgendwie Wind aus den Segeln zu nehmen, nein, das ist sein Standpunkt, der Knick, den er macht, und die Folgerungen, zu denen er kommt, wo der Knick ist, hat, glaube ich, der Genosse Schröder selbst noch nicht erkannt.

Genossen, wir hatten dann unseren zweiten Kongress. Dieser zweite Kongress hatte uns schon aus der Kinderkrankheit die heftigsten, wüstesten Beschimpfungen und Verleumdungen des Exekutiv-Komitees gebracht. Wir tagten in der Zeit, als die Genossen Merges und Rühle auf dem Wege nach Moskau zum Kongress waren. Wir tagten, und angesichts der Beschimpfungen des Exekutiv-Komitees und angesichts

der Tatsache, dass wir zu dem Punkt «Dritte Internationale» zwar noch nicht die 21 Punkte und die Resolution beschließen, fassten wir auf diesem Parteitag eine Resolution und Beschlüsse, und wir beschäftigten uns auf unserem Parteitag ausschließlich mit dieser Frage der Dritten Internationale. Dieses Thema brauche ich hier vor Euch nicht zu berühren. Das ganze Thema «Dritte Internationale» wäre gar nicht nötig gewesen, einem Koreferenten zu übertragen, wenn nicht die autonome Einstellung Berlins in Frage käme, dass die K.A.Z. ein Berliner Organ für Berliner Mitglieder ist und als solches jede Kritik über die Dritte Internationale zu unterbinden hat, wenn sie sich auch nur auf den Standpunkt der «Freiheit», der doch gewiss nicht revolutionären «Freiheit» des Hilferding gestellt hatte, der vor Halle alle Meinungen selbst die, die Hilferding am schärfsten ohrfeigte, zu Worte kommen ließ, während bei uns in der K.A.Z. das nicht möglich war. Sie ist zwar ein Organ der Berliner Parteimitglieder. Aber da unsere Presse ja nicht so an allen Orten verbreitet ist, so geht die K.A.Z. ins Reich, sie geht Überall hin, sie wird überall, wo wir keine eigene Presse haben, gelesen. Und der autonome Standpunkt der Redaktion oder der Berliner Mitglieder in dieser Frage scheint mir etwas zu sehr nach Syndikalismus schlimmster Art zu riechen und ist gar nicht mit unseren identifiziert. (*Heiterkeit und Zuruf. Das Gegenteil!*) Es ist behauptet worden hier auf der. Parteitag, die K.A.Z. sei ein Organ der Berliner Genossen, die Berliner Genossen vertreten die und die Auffassung. In Charlottenburg z.B. vertreten sie eine andere Auffassung. Und selbst wenn nur ein Genosse in dieser prinzipiellen, wie ich glaube, für das Wohl und Wehe und die Existenz der Partei wesentlichen Frage Stellung zu nehmen hat, so hat die Redaktion kein Recht, die zu unterdrücken.

Und wir sind nirgendwo, in keiner Frage von unserem Programm abgewichen, soweit wir nicht abweichend nennen, wenn man bei theoretischen Klärungen einen Gedanken, der im Programm ist, logisch fortzuführen gedenkt. Wenn jemand dagegen etwas schreibt, so hat er das Recht dazu. Aber das ist kein Abweichen vom Programm, das ist ein entwickeltes Programm. Wir behaupten, wir stehen auf dem Boden dieser Resolution:

„Der ordentliche Parteitag der K.A.P.D. erkennt in der Kommunistischen Internationale die Vereinigung der revolutionären Arbeiter aller Länder, die um die Diktatur des Proletariats kämpfen, an.

„Die K.A.P.D. wird kämpfen nach den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale, soweit sie basieren auf der Anerkennung des Klassenkampfes, der proletarischen Diktatur und des Rätegedankens.

„In ihrer Taktik bestimmt sich ihre Haltung nach der Einschätzung der revolutionären Situation in Deutschland.

„Sie lehnt daher einen Eingriff der geschäftsführenden Organe der Kommunistischen Internationale in innere Angelegenheiten der Partei grundsätzlich ab. (*Lebhafte Zustimmung*)

„Die K.A.P.D. erstrebt den Zusammenschluss aller revolutionärer Proletarier Deutschlands zur gemeinsamen Aktion und ist grundsätzlich bereit, auf dem Boden dieser ihrer Grundsätze eine im Kampf sich bildende Aktionsgemeinschaft mit den kämpfenden Proletariern über die Köpfe des Instanzen- und Führerklüngels hinweg zu schaffen.

„Die K.A.P.D. wird sich mit einer Adresse an die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Bruderparteien des Auslandes wenden und

gleichzeitig Bericht geben von der revolutionären Situation in Deutschland und Richtlinien für die Organisationsgrundlage der Kommunistischen Internationale unterbreiten, die der augenblicklichen Bedeutung der revolutionären Kämpfe in Deutschland für die Fortführung der Weltrevolution entsprechen.“

Genossen, diese Resolution wurde von uns fast einstimmig mit Ausnahme von zwei oder drei Hamburger National-Bolschewisten angenommen. Diese Resolution besagt, dass wir uns mit einer Adresse an die Bruderparteien wenden und dass wir Richtlinien für die Grundlagen der Internationale unterbreiten wollten. Daraus geht schon hervor, dass wir die Dritte Internationale noch nicht als das kannten, als was sie sich auf dem zweiten Kongress gezeigt hat. Wir haben diese Resolution, diese Selbständigkeitserklärung, diese Erklärung, dass wir grundsätzlich nur mit Proletariern kämpfen, dass wir grundsätzlich eine Führer-Internationale ablehnen, denn das besagt die Resolution. Wenn das Parteitags-Protokoll, das nicht gedruckt ist, Euch vorgelegt wird, könntet Ihr nachsehen, dass dieser Kampf über diese Frage «Dritte Internationale» in einer Einmütigkeit, mit ganz wenigen, kleinen Differenzen durchgesprochen, durchgekämpft wurde, und dass es da gar keine Möglichkeiten gab, davon abzuweichen. Wir haben uns so viel Mühe mit diesem Punkt gemacht, dass wir eine Resolution, die in der Hitze angenommen worden war, zurückgezogen haben. Diese Resolution wurde dann ausgearbeitet, und dann, Genossen gingen wir nach Hause.

Es kam der zweite Kongress, es kamen die 21 Punkte, die Leitsätze, die zeigten, dass hier K.A.P.D. und Führer-Internationale Feuer und Wasser waren, die nicht zusammenkommen konnten. Und nun, Genossen, stehen wir heute - das war der zweite Parteitag - auf diesem Parteitag vor einer vollendeten Tatsache, dass die K.A.P.D. mit dieser Internationale sympathisiert, wobei mit der Sympathie wieder das Spiel getrieben wird, dass man identifiziert Sowjetrussland-Proletariat und Führer-Internationale-Spartakus-Anhänger.

Denn darüber ist kein Zweifel, dass es nichts anderes ist als V.K.P.D.-Geist und dass diese Internationale in ihrer Struktur, ihrem ganzen Aufbau nach, der ganzen Zusammensetzung nach, in der, wie uns Genosse Schröder sogar erklärte, außer den Russen nur Leute sitzen, die nicken - dass es bei dieser ganzen Zusammensetzung ja gar nicht möglich war und möglich wäre, die Internationale umzukrempeln. Aber der Punkt «Internationale» ist dasselbe, was Genosse Schröder hier mit Recht von der Einheitsorganisation sagte, es ist das Ziel. Aber es ist eine Illusionspolitik, wenn man heute, wie die Einheitsorganisatoren es bei der A.A.U. machen, es als das heute sofort Notwendige bezeichnet. Die Vorbedingungen einer wahren revolutionären Internationale sind, dass das Proletariat sich im eigenen Lande erst einmal irgendwie zusammengefunden hat auf dem Boden, auf dem unsere K.A.P.D. glaubt, dass allein die Zusammenfassung der revolutionären Proletarier geschehen kann. Und es ist eine Einheitsorganisation dasselbe, wie das Spielen mit der Einheitsorganisation, wenn man es heute so hinstellt, als sei die Dritte Internationale schon heute möglich. Die Dritte Internationale hat ihre 21 Punkte herausgebracht. Unsere Genossen Rühle und Merges kamen zurück. Und nun kann ich den Genossen Rühle bei dem Thema «Dritte Internationale» nicht auslassen, denn er war ja der Delegierte mit dem Genossen Merges, der dort war. Wie weit sie beide persönlich da formal auf dem Parteitag oder der Partei vorgegriffen haben, das spielt keine Rolle. Sie haben beide geglaubt, es mit ihrer Pflicht nicht vereinbaren zu können, dort zu bleiben, nachdem ihnen die 21 Punkte, die Leitsätze gegeben waren, nachdem sie dort die Kinderkrankheit des Genossen Lenin genossen hatten, nachdem sie Rücksprache genommen hatten; und sie sind zurückgekommen. Aber, Genossen, es ist falsch, wenn man jetzt sagt, Genosse Rühle ist zurückgekommen und hat jetzt gegen die Dritte Internationale gekämpft. In

dem Bericht über Moskau, den er uns gegeben hat, steht ausdrücklich:

*«Der Verlauf des Kongresses hat unserer Taktik Recht gegeben. Die in den für uns in Betracht kommenden Fragen – Aufbau der Partei, Parlamentarismus, Gewerkschafts-Politik – gefassten Beschlüsse dokumentieren den unverhülltesten Opportunismus. Sie sind Beschlüsse im Sinne des rechten Flügels der U.S.P., Beschlüsse, die selbst für die Auffassung Däumigs, Curt Geyers, Koenens, usw., in der Parlaments – und Gewerkschaftsfrage eine Vergewaltigung bedeuten. Soll und kann sich aber die K.A.P.D. mit der U.S.P. auf den gleichen Boden der gleichen Kongressbeschlüsse stellen? Man muss diese Frage bejahen und sich die Konsequenzen ausdenken, um die ganze Ungeheuerlichkeit und absolute Unmöglichkeit eines Anschlusses der K.A.P.D. an diese Dritte Internationale zu ermessen. Damit ist nicht gesagt, dass wir uns einer organisatorischen Einigung der kommunistischen Arbeiter und einem internationalen Zusammenschluss des revolutionären Proletariats widersetzen wollten. Mitnichten! Nur meinen wir, dass die Zugehörigkeit zu einer wirklich revolutionären Internationale nicht durch papierne Kongressbeschlüsse und die Gewogenheit der Instanzen entschieden wird. Sie entscheidet sich von selbst durch den Kampfwillen und die revolutionäre Aktivität der Massen in der Stunde der Entscheidung. Sie ist das Werk des großen Läuterungs- und Reife-Prozesses der Revolution, der alles Halbe und Falsche ausscheidet und nur das Echte und Ganze gelten unt. Dieser Entscheidung darf die K.A.P.D. zuversichtlich entgegensehen, denn sie wird sich der historischen Aufgabe, die ihrer wartet, gewachsen zeigen.»*

Das sagt Otto Rühle, der Parteiertrümmerer, am 20. Oktober 1920! Genossen, daraus seht Ihr, dass die Einstellung des Genossen Schröder mit dem Genossen Merges – Rühle in der Frage «Dritte Internationale» dieselbe Einstellung war, die wir auf unserem zweiten Kongress hatten. Was aber ist inzwischen geschehen?

Wir stehen heute vor der Tatsache, dass wir angeschlossen sind, vor der Tatsache, dass wir einen Vertreter im Exekutiv-Komitee haben. Der Einwand, es schadete nichts, kann erst dann diskutiert werden, wenn wir untersucht haben, wie ist folgendes möglich: unsere Organisation hat nach dem Kongress die 21 Punkte erlitten, die Beschimpfung des Exekutiv-Komitees erlitten, sie hat gesehen, dass plötzlich durch die Taktik von Moskau, die staatsnotwendige Taktik von Moskau, eine Zertrümmerung des Proletariats in der ganzen Welt vor sich ging. Halle kam, und unser Geschäftsführender Ausschuss hat es noch nicht für nötig erachtet, sofort einen Parteitag zusammenzuberufen, um ein Leuchtfeuer für das Proletariat zu geben, worum es geht. Die Internationale hat mit ihren 21 Punkten in Deutschland den Sumpf verbreitert, hat einen Wirrwarr in Deutschland geschaffen und die Revolution – darüber sind wir uns alle einig – gehemmt. Die Dritte Internationale hat die Spaltung von Spartakus, die Politik des Spartakusbundes gegen uns, all diese inneren Kämpfe der Arbeiter auf dem Gewissen. Sie sagt heute noch in einem Begrüssungstelegramm, sie sieht es als ein Verbrechen an, wenn wir gegen die Einheitsfront stehen und uns nicht vereinigen. Ich möchte es hier speziell für die Herren von der V.K.P.D. sagen, wir haben die Einheitsfront nirgends zu brechen gesucht, und wir sind die, die für die Einheitsfront kämpfen. Das geht schon daraus hervor, dass wir ja keine Partei als Selbstzweck sind, die Konkurrenzmanöver mit Lügen, mit Verleumdungen gegen andere Parteien nötig hat, die den andere Parteien, der V.K.P.D. Levis, Däumigs das Lügen überlassen, weil sie überzeugt ist, dass die geschichtliche Entwicklung über derartigen Kleinkram hinweggehen wird und dass die Idee der K.A.P.D. – nicht die K.A.P.D. als Selbstzweck, wie der Genosse Schröder ganz klar ausgeführt hat, sondern der Gedanke der K.A.P.D. – siegen wird, auch wenn keine K.A.P.D. existiert.

Und nun, Genossen, haben wir Halle erlebt. Wir haben erlebt, dass unser Geschäftsführender Ausschuss mit dem erweiterten Ausschuss beschließt, Delegierte nach Moskau zu senden. Diese Delegierten haben in Moskau mit dem Exekutiv-Komitee verhandelt. Sie haben - ich weiß es nicht von ihnen, ich weiß es sonst - dort eine energische Sprache geführt. Aber was hat diese energische Sprache denn eigentlich für einen Erfolg gehabt? Sie hat den Erfolg gehabt, dass wir eines Tages in der *K.A.Z.* mit der Überschrift überrascht wurden. die *K.A.P.D.* gehört zur Dritten Internationale, und dass wir gleichzeitig dann lasen, es versinke Lenins Buch *«Kinderkrankheiten»* vor dieser Tatsache (*Heiterkeit*) und dass wir dann lesen konnten, dass jetzt unsere Vertreter in Moskau die Pflicht hätten, auf den Hinauswurf der *V.K.P.D.* zu drängen. Genosse Schröder hat mit Recht gesagt, dass wir uns vor Illusions-Politik hüten müssen, und dass wir klar und realer die Dinge schauen müssen. Wenn wir die Dinge schauen, dann sehen wir doch, dass *V.K.P.D.* dasselbe ist wie Dritte Internationale, aus demselben Geist, aus derselben Einstellung heraus, weil die Russen auch aus ihren Staatsnotwendigkeiten, wie Genosse Schröder sehr schön gesagt hat, die Dritte Internationale benutzen für ihre staatsnotwendigen Arbeiten. Sie haben den Glauben an den schnellen Fortschritt der Weltrevolution eingespart, und sie suchen jetzt in den verschiedenen kapitalistischen Ländern parlamentarische Organisationen, die ihnen den Russen, bei ihren Verhandlungen mit den kapitalistischen Regierungen einen Hinterhalt geben. Genosse Schröder hat sehr klar gesagt, dass es ihnen nicht einmal erwünscht ist, es liegt ihnen nichts daran, dass eine revolutionäre Politik getrieben wird, Sie wollen lavieren. Er hat gesagt, die Exekutive macht eine Politik, die gleichbedeutend ist mit der Regierungspolitik. Diese Tatsachen unterschreiben wir. Jetzt aber, Genossen, sind wir beim Knick der Reden, die für die Sympathie gesprochen haben.

Es wurde gesagt, nicht nur vom Genossen Schröder, dass wir jetzt die Aufgabe haben, dahin zu wirken, dass diese Internationale, die die Staatsnotwendigkeiten Russlands vertritt, in unserem Sinne nicht nur umgekrempelt wird, sondern dass wir in Russland unseren Tendenzen zum Siege verhelfen wollen. Genossen, das ist unmöglich, ohne dass wir gegen Russland das tun, was man uns vorwirft, nämlich Antibolschewismus, nämlich einen Kampf gegen Sowjetrussland, denn wir sind uns darüber klar, dass wir so, wie wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, in unserem Lande, in Westeuropa die Politik nicht nach der Schablone zu machen, die durch die russische Regierung zugeschnitten wird, auch kein Recht haben, den Russen Vorschriften zu machen; und wir haben kein Recht, den *K.A.P.D.*-Geist in Russland zu propagieren; das ist eine Angelegenheit der russischen Proletarier. (*Heiterkeit und Rufe: Ach! Weltrevolution! International! Das ist der Knick! die Logik! - Heiterkeit*) Genossen, ich glaube, die Logik ist insofern auf meiner Seite, als ich mit dem Genossen Schröder sage, die Dritte Internationale ist ein Instrument der russischen Regierungsgewalt. Wir müssen glauben, dass Lenin und die russische Regierungsgewalt schon am besten wissen, wie ihr Instrument ist. Wir wissen, dass sie alle, die gegen dieses Regierungsinstrument sind, feindlich stehen. Wenn wir die feindlichen Strömungen gegen das russische Regierungsregiment, gegen das russische Regierungssystem in Russland formieren und stärken, dann sind wir gegen die russischen internen Angelegenheiten, und dann begehen wir das, was für uns nicht in Frage kommen kann, was wir ablehnen, dann begehen wir einen Eingriff in die Autonomie (*Rufe: ach! und Widerspruch*) nicht in national-bolschewistischem Sinne. (*Widerspruch und Zwischenrufe*) Dann begehen wir das, was wir uns von den Russen verbitten. (*Zuruf: 21 Punkte*) - Die Russen haben die 21 Punkte angenommen, um einen möglichst breiten Sumpf zu haben erstens, und zweitens, um die Parteidiktatur, die sie im Lande errichtet haben, die für uns nicht in Frage kommt, im Lande aufrechtzuerhalten und zu stützen moralisch mit dem Zusammenschluss. Wir können gegen die Parteidiktatur in Russland nur dann kämpfen. Wir haben nur die

Parteidiktatur abzulehnen. Aber wir können, wir dürfen nicht eingreifen und die Politik stützen, die gegen die Regierungspolitik ist, weil wir überzeugt sind, dass die Russen in ihrem Lande wissen müssen und wissen, was richtig ist.

Nun kommt das Exekutiv-Komitee und gibt unseren Delegierten - die dritte Garnitur - eine Resolution, von der Genosse Schröder vorausgesetzt hat, dass Sie sie kennen. Aber ich halte es doch für nötig, daß ich sie vorlese. Die Resolution, angenommen am 28. November 1920, sagt:

*„Nachdem das Exekutivkomitee die Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands noch einmal in Anwesenheit der Parteiabgeordneten einer eingehenden Prüfung unterzogen hat, beschließt es:*

*„Wir betrachten die sich gegenwärtig bildende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands als einzige vollberechtigte Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland.*

*„Wir fordern alle Genossen aus der K.A.P.D. nochmals auf, sich dieser Vereinigten Kommunistischen Partei anzuschließen und in ihr ihre Anschauungen zu verfechten. Das Exekutivkomitee erwartet von den Organisationen der K.A.P.D., daß sie am gemeinsamen Kongress der K.P.D. und der linken U.S.P.D. in Berlin (4. Dezember 1920) teilnehmen werden.*

*„Das Exekutiv-Komitee erklärt noch einmal, daß die Taktik der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands hauptsächlich in der Gewerkschaftsfrage und in der Frage des Parlamentarismus falsch ist und fordert die Genossen aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auf, sich der internationalen proletarischen Disziplin und den Beschlüssen des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen.*

*„Um die Vereinigung aller kommunistischen Elemente Deutschlands zu erleichtern und den besten proletarischen Elementen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands entgegenzukommen, gibt das Exekutivkomitee seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands zeitweilig als sympathisierende Partei mit beratender Stimme in die Kommunistische Internationale aufzunehmen.*

*„Diese Aufnahme verpflichtet die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands unter anderem, in ihren Zeitungen regelmäßig alle Aufrufe und Bestimmungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu veröffentlichen.*

*„Ferner wird der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands durch diese Aufnahme die Verpflichtung auferlegt, die Kommunistische Partei Deutschlands in ihren revolutionären Aktionen zu unterstützen. Das Exekutivkomitee hofft, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sich schon im Lauf der nächsten Monate der Kommunistischen Partei Deutschlands anschließen wird.*

*„Das Exekutivkomitee beauftragt das engere Büro, einen diesen Beschlüsse begründenden Brief an die deutschen Arbeiter zu veröffentlichen.“*

Bei der Veröffentlichung dieses Beschlusses hat unsere K.A.Z. - und damit komme ich auf die Gefahr, in der wir uns befinden, zu sprechen - einen Anschluss gemacht, was die Verpflichtung anlangt. Unsere K.A.Z. schreibt zu der

## Veröffentlichung: „Alle revolutionären Aktionen“

Hier ist ein Punkt, wo ich bitte, jetzt wirklich unvoreingenommen die Sache zu überprüfen. Genossen, was heißt es: alle revolutionären Aktionen der V.K.P.D. zu unterstützen? Das heißt, wir glauben nicht, daß die V.K.P.D. revolutionäre Aktionen macht. Aber die Möglichkeit besteht ja, daß die Ereignisse die V.K.P.D. plötzlich in die Lage setzen, die revolutionären Aktionen, die da sind, als Partei auszunutzen; und dann ist die revolutionäre Aktion der V.K.P.D. auf die Errichtung der Parteidiktatur gerichtet, die damit beginnen und Schröder und alle an die Wand zu stellen. (*Zuruf: Aber Revolution!*) – Pardon, Revolution an sich war auch der Kapp-Putsch, indem er die bestehenden Verhältnisse stürzen wollte. Das ist aber etwas anderes. Revolution an sich ist eine bürgerliche Ideologie, eine bürgerliche Vorstellung. Wenn die V.K.P.D. mit dem Ziel, die Parteidiktatur Levi, Däumig zu errichten, kämpft, so ist das eine gegenrevolutionäre, gegen das Proletariat als Klasse gerichtete Revolution. Es gibt gar keine Möglichkeit, daß wir revolutionäre Aktionen unterstützen, und der Genosse Schröder hat es mit erfreulicher Klarheit gezeigt, daß das Gefährlichste, was in Deutschland existiert, die Neukommunisten sind, daß sie gefährlicher sind als Orgesch usw. Und diese Gefahr besteht ja nicht nur darin, daß sie den Sumpf jetzt verbreitern und erhalten, daß sie mit revolutionären Phrasen arbeiten, um reaktionäre Parteipolitik, reaktionäre Parteidiktatur zu machen, sondern das Ziel, das diese Organisation hat, das Ziel der Parteidiktatur ist deshalb konterrevolutionär, weil wir uns alle darüber einig sind, daß in diesem Land der Parteigegensätze, in diesem Land der Parteien eine Parteidiktatur die Niederlage der proletarischen Revolution vielleicht auf Jahrzehnte zur Folge hat und daß diese Parteidiktatur der V.K.P.D. gerichtet sein muss gegen die K.A.P.D. und gegen alle proletarischen Organisationen sonst, ob sie revolutionär oder nicht revolutionär sind, daß diese Parteidiktatur der Reaktion, der Bourgeoisie nur willkommen sein wird. Deshalb kann die Möglichkeit der brüderlichen Unterstützung für uns gar nicht in Frage kommen, weil wir für die Klassendiktatur kämpfen und weil wir der Klassendiktatur zum Siege verhelfen wollen. Und im übrigen, Genossen, wenn wir schreiben, wir wollen die brüderliche Revolution brüderlich unterstützen – wie ist das gleichzeitig zu identifizieren mit unserer Forderung: wir wollen die V.K.P.D. durch unseren Vertreter aus der Exekutive in Moskau entfernen lassen, wenn wir diese Partei, die mit Recht in der Exekutive nichts zu tun hat, entfernen wollen? Was die Dritte Internationale ist, hat in aller Klarheit und Eindeutigkeit Genosse Schröder gesagt. Und noch schärfer als Schröder hat früher Genosse Gorter<sup>36</sup> in seinem letzten Aufsatz über diese Frage formuliert. Er sagt:

*«Die Dritte Internationale hat die opportunistische Taktik gewählt. Die furchtbare Folge dieser Taktik besteht, wie ich schon in Moskau auf der Sitzung der Dritten Internationale ausgeführt habe, darin, daß sie die deutsche und dadurch die Weltrevolution in den Sumpf führt. Denn es ist ausgeschlossen, daß die großen Massen nicht wirklich kommunistischer Elemente, die jetzt in die Dritte Internationale eintreten, ja die formlich mit allen Mitteln hineingetrieben werden – Sinowjew in Halle, Clara Zetkin in Tours –, daß diese die Revolution zum Siege führen. Entweder Niederlage oder Stillstand, Sumpf, ist die erste Folge dieses Eintretens. Niederlage jedenfalls die letzte. Was Deutschland insbesondere betrifft,*

---

<sup>36</sup> Herman Gorter.

*spielt diese Taktik Lenins und der Dritten Internationale den Kapitalisten geradezu in die Hände. England will Deutschland lange Zeit schwach halten, damit es alle ausländischen Märkte erobere, die Deutschland früher hatte. Frankreich will den produzierten Reichtum Deutschlands stehlen. Die deutschen Kapitalisten wollen das deutsche Proletariat auspowern. Dies alles kann aber nur gelingen, wenn in Deutschland der Sumpf herrscht, d.h. die proletarische Revolution nicht siegt. Die Taktik Lenins, die alle möglichen «linken» und Zentrums--Sozialdemokraten in die Dritte Internationale führt, fordert diesen Zustand. Und die Folge der Versumpfung der deutschen Revolution ist die Versumpfung überall. Das ist die Lage, in der wir jetzt leben. In den größten Ländern werden die sozialdemokratischen Parteien einfach mit einem Schlag umgeändert in kommunistische. Und die Gewerkschaften werden nirgends umgewandelt, nirgends wirklich revolutioniert. Nur die Führung soll etwas geändert werden! Der Kongress in Tours, wo 3/4 der französischen kommunistischen Partei, vor kurzer Zeit noch sozial-patriotisch, plötzlich kommunistisch wurde, ist ein deutliches Symptom des Kurses, den wir segeln. Mehrere dergleichen Kongresse werden noch folgen. Nirgends in der ganzen Welt also findet in den politischen und ökonomischen Organisationen ein großer Kampf in der Arbeiterschaft um die wirklich prinzipiellen Fragen: Gewerkschaft oder Betriebsorganisation, Parlamentarismus oder kein Parlamentarismus in der Revolution, statt.*

*„Die Dritte Internationale wird ein Sammelsurium, ein chaotischer Haufen von allerlei Elementen. Sie ist dies schon.*

*„Wie sie jetzt ist, führt sie also nicht zum Siege, sondern zu den schwersten Niederlagen. Und von diesen Niederlagen trägt schon jetzt die Dritte Internationale und ihre Führung die Verantwortlichkeit.“*

Und Genosse Gorter schließt:

*„Die Taktik Lenins und der Dritten Internationale, die Zellenbildung, das Bestehenlassen der Gewerkschaften und des Parlamentarismus, werden das Weltproletariat, an erster Stelle das deutsche, in den neuen Kämpfen, die jetzt heraufkommen, zu gewaltigen Niederlagen, zu Reihen von Niederlagen führen. Das Weltproletariat, dadurch belehrt, wird dann einsehen, dass eine andere, tiefere Taktik, die marxistisch-revolutionäre, die die Arbeiterbewegung von Grund aus ändert, notwendig ist. Dann wird die Stunde der K.A.P.D. gekommen sein.“*

Genossen, wenn Ihr vorurteilslos seid, so werdet Ihr zugeben, dass Genosse Gorter alles das bestätigt, was ich gesagt habe. (Oho!) Genosse Gorter ist nur der Ansicht, dass man hineingehen müsse trotzdem als sympathisierendes Glied (aha!), um in der Dritten Internationale diese Dritte Internationale in unserem Sinne umzumodeln. Genossen, dass das Illusionspolitik ist, das hat zum mindesten der Schlusspunkt des heutigen Begründungstelegramms des Exekutiv-Komitees gezeigt. Außerdem hat es die Stellung gezeigt, die jetzt augenblicklich die Rote Gewerkschaft einnimmt, die revolutionäre Arbeiterorganisation der Welt. Nämlich am 1. Mai sollte aus dem Roten Gewerkschaftskongress eine revolutionäre Gewerkschafts-Internationale werden. Es haben sich in Berlin die internationalen Syndikalisten gefunden. Sie haben einstimmig beschlossen, zu diesem Kongress zu gehen, mit:

*«Genossen und Genossinnen, Mitglieder der Union, sendet zum Kongress solche Delegierten, die die einheitliche Revolution restlos anerkennen.»*

Die Syndikalisten haben damit geantwortet, soweit in Deutschland solche sind, dass sie überhaupt nicht hinfahren. Was ist diese Einladung hier anderes als wieder ein Keil, der hineingetrieben wird in die revolutionäre Organisation, damit nur nicht die Revolution, die dort nicht mehr erwartet wird, diese revolutionäre Einheit, sondern dass der Sumpf breiter wird. In der roten Gewerkschafts-Internationale wird dasselbe Spiel sich wiederholen wie in der Partei-Internationale, wo die Organisationen in aller Welt zertrümmert werden, wo die revolutionären Kämpfer beschimpft, verleumdet, verspottet werden als Wirrköpfe, Phantasten usw. und wo der Sumpf triumphiert.

Genossen, ich komme zum Schluss. Ich möchte nur noch auf eins hinweisen. Es ist, wenn die Frage «Dritte Internationale» besprochen wird, die Frage Partei, K.A.P.D., die Frage politische Organisation unbedingt zu berühren, denn wir unterscheiden uns ja von der Dritten Internationale, wie sie ist, nicht dadurch, dass uns irgendwie die Nase eines Menschen nicht gefällt oder irgendetwas, sondern dass wir prinzipiell den ganzen Aufbau dieser Partei-Internationale als unvereinbar betrachten mit dem Wesen der revolutionären Form, die aus der Revolution geboren ist und die nicht Schröder oder irgendeiner spintisiert oder ausgeklügelt hat. (*Zuruf: Wie sieht die aus?*) - Genossen, es ist falsch, wenn Ihr mir den Vorwurf macht, wie ich aus dem Zwischenruf glaube zu entnehmen, dass wir spintisieren. Ich glaube, Genosse Schröder wird mir nicht nachsagen, dass ich das hier tue, um zu spintisieren, um etwa Spezialtouren zu machen, wie Genosse Schröder, wenn er kämpft, wie wir alle kämpfen um die Ausarbeitung des Rätegedankens, absolut nicht spintisiert und absolut nicht etwas Besonderes ausklügelt, sondern wir suchen den Ausdruck, die Sprache, das Gefühl des revolutionären Proletariats zu verstehen aus dem Proletariat, und versuchen, es zu deuten. Diese Deutung kann manchmal vorbeigehen, aber sie ist keine Spintisiererei, kein bürgerliches Sichhinsetzen und Ausklügeln, ausklügeln von neuen Kampfsystemen. Die A.A.U., die K.A.P.D. sind, wie Schröder ausgeführt hat, ausdrücklich Produkte, Erzeugnisse der Revolution und nicht irgendeines Menschen.

Aber, Genossen, ist denn der Genosse Rühle - und ich komme zum Schluss darauf und halte es für meine selbstverständliche Pflicht als Kamerad und Freund des Genossen Rühle - irgendwo von unserem Programm abgewichen? Hat er irgendwo sabotiert? Hat er irgendwo die politische Organisation verneint? (*Zuruf: Die Partei!*) - Genosse Rühle hat die Partei nicht verneint. (*Zuruf: Er war ja nicht einmal Mitglied! - Heiterkeit*) Genosse Rühle ist unser Mitkämpfer gewesen und ist unser Mitkämpfer nicht auf Grund der Tatsache, dass er bei der Überschwenkung, bei dem Hinauswurf des Spartakusbundes, wo er illegal lebte, zu dem Schreiber hingegangen ist und gesagt hat: nun übertrag einmal meine Karte. Erstens hat er seine Karte bei dem illegalen Leben nicht mit, und zweitens braucht er auf diese Formalitäten nicht zu sehen, denn die alte Idee verlangt nur, dass er arbeitet im Dienste der Sache. Die Erklärung im «Kommunisten» hat nicht Rühle gegeben, dass er nicht Mitglied war, denn diese Erklärung ist ja auch geboren aus dem Geiste, den wir bekämpfen, dass man das Mitgliedsbuch als die Tatsache der Zugehörigkeit betrachtet. Rühle war gar nicht in Dresden und hat die Erklärung nicht gegeben. Auf unserem zweiten Kongress spielte das Thema Otto Rühle eine wesentliche Rolle, weil das Exekutiv-Komitee gefordert hatte, dass Laufenberg, Wolffheim und Rühle abgeschüttelt werden sollten. Damals, Genossen, lag euch vor und ich brachte zu diesem Thema die Resolution ein, die besagte:

*«Der Parteitag der K.A.P.D. weist die Zumutung des Exekutiv-Komitees der Dritten Internationale, den Genossen Otto Rühle aus der Partei auszuschließen, mit Entrüstung zurück. Der Parteitag erklärt sich mit dem Genossen Rühle solidarisch und spricht dem Exekutiv-Komitee überhaupt das Recht ab, sich in die inneren Angelegenheiten der K.A.P.D. einzumischen. Der Parteitag erblickt in dieser*

*Einmischung eine unerhörte Propaganda für den Spartakusbund.»*

Diese Erklärung wurde abgegeben, nachdem Rühles heutiger Standpunkt, der Standpunkt nämlich der K.A.P.D. am Gründungstage dargelegt wurde. Rühle sagte da auf die Frage: was konnte die Opposition tun?:

*«Diese Opposition macht den Abmarsch ins Lager der Gegenrevolution mit. Was konnte sie tun? Was tat sie? Sie sammelte sich und schloß sich zu einer politischen Organisation zusammen.»*

Er fragte dann: musste das sein? Und er antwortete:

*«Die politisch reifsten, revolutionär entschlossensten und aktivsten Elemente haben die Aufgabe, die Phalanx der Revolution zu bilden. Sie können diese Aufgabe nur erfüllen als Phalanx, d.h. in geschlossener Formation. Sie sind die Elite des revolutionären Proletariats. Sie gewinnen aus der Geschlossenheit wachsende Kraft und zunehmende Tiefe der Erkenntnis.*

*„Sie werden als Avantgarde des Proletariats den Schwankenden und Unklaren sichtbar als Wille zur Tat. Im entscheidenden Moment bilden sie das magnetische Zentrum für alle Aktivität. Sie sind eine politische Organisation, aber keine politische Partei, keine Partei im überlieferten Sinne: Der Name, „Kommunistische Arbeiterpartei“ ist der letzte äußerliche – wie bald entbehrliche! – Rest einer Tradition, die leider nicht wie mit einem Schwamme weggewischt werden kann aus einer gestern noch lebendigen, heute überholten politischen Ideologie der Massen. Aber auch dieser Rest wird noch weggewischt werden. Die Organisation des kommunistischen Vortrupps der Revolution wird keine übliche Partei sein dürfen bei Strafe ihres Untergangs. Bei Strafe der Wiederholung des Schicksals, dem jetzt die K.P.D. verfällt. Die Zeit der Parteigründungen ist vorbei, weil die Zeit der politischen Parteien überhaupt vorbei ist.»*

Genossen, diese Sätze und die ganze Broschüre lag auf dem zweiten Kongress unseren Delegierten vor. Ich habe sie außerdem vorgelesen. Alle waren der einstimmigen Meinung. Ich freute mich besonders, daß Genosse Rasch das unterstrichen hatte: wir sind alle mit diesem Standpunkt einverstanden.

Was hat sich dann ergeben? In der Frage der Dritten Internationale ist nicht nur die U.S.P. zerspalten und aus der Bewegung ein breiter Sumpf geworden, sondern sie arbeitet systematisch daran, uns zu zertrümmern. Und so ging die Hetze gegen Otto Rühle leider von unserer Partei aus. Man hat Genosse Rühle in eine Partei, in eine neue Stelle nach der anderen hineingesetzt. Und als er von Rußland kam, wollte er – und Genossen, achtet darauf! – als Delegierter unserer Partei, ohne ein Mitgliedsbuch zu haben – schreckliches Verbrechen! – da verlangte er sofort, den Berliner Mitgliedern Rechenschaft zu geben. Das wurde mit dem Hinweis, er soll etwas ermüdet und angestrengt, damals verhindert. Er schrieb sofort einen Bericht in Berlin. Dieser Bericht sollte auf Veranlassung des erweiterten Ausschusses gedruckt werden. Er ist so wenig gedruckt worden wie das Protokoll unseres zweiten Parteitages, das stenographisch aufgenommen worden ist, obwohl hier keinerlei technische Schwierigkeiten bestanden. Dann ist Genosse Rühle angegriffen worden. Er sagte, daß er an die Berliner Mitglieder, an die er gleich herantrat, nicht herankommen konnte. Dann war in Berlin eine öffentliche Mitgliederversammlung von Gesamtberlin. Ich war des Morgens noch mit Genosse Rühle in Wolfsthal. Wir nahmen morgens Abschied. Er hatte in Dresden eine große Versammlung und fuhr um 10 Uhr weg. Ich fuhr um 7 Uhr nach Berlin. Als ich nach Berlin kam, hörte ich, am Abend haben die gesamten Mitglieder in Berlin eine

Versammlung, in der Otto Rühle den Bericht geben soll. Otto Rühle hatte, als ich von ihm Abschied nahm, von dieser Versammlung, die am Abend des Tages stattfinden sollte, noch nichts erfahren gehabt, was ich durch Briefe, die ich besitze vom Geschäftsführenden Hauptausschuss, durch die Poststempel, durch das Datum des Briefes beweisen kann, daß er es gar nicht gewusst haben konnte. Und als ich in die Versammlung kam auf Bitten Rühles, um eine Erklärung abzugeben, da lag auf dem Tisch schon sein politischer Leichnam, wie man glaubte, da wurde darüber schon zu Gericht gegessen. (*Zuruf: Unsinn!*) Ich erzähle das ja nicht, um alten Brei aufzuwärmen, sondern ich will Euch zeigen, in welche Einstellung Genosse Rühle hineingehetzt wurde. (*Zuruf: Das glaubst Du ja selbst nicht!*) Nachdem er sich Wochen vorher darum bemüht hat und nachdem sein Protokoll nicht gedruckt war, trotzdem der Geschäftsführende Ausschuss es verlangt hat - dass er da in eine Stellung hineingehetzt wurde, wo er sich sagte - ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, der eine wird sagen mit Recht, der andere mit Unrecht, ich für meine Person sage mit Recht - wo er sich also sagte: in Berlin hat man mich verhindert, dass Du referierst, in Berlin hat man mich verhindert, dass Dein Bericht an die Mitglieder kam; in Berlin hat man an demselben Tage, wo Du anderswo zu sprechen hast, dich vor den Mitgliedern zu kompromittieren gesucht, indem man Dich als Feigling hinstellt, der sich drückt und nicht kommt, indem man Dich viel zu spät einladet, dass Du die Einladung überhaupt gar nicht bekommst. Er hat sie zufällig um 10 Uhr bekommen. Er hätte aber nur nicht da zu sein brauchen. Er war auf einer Tournee und sprach jeden Tag. Aus dieser Einstellung heraus kam gar nicht überraschend die Erklärung, dass der Genosse Rühle sich mit seiner Tätigkeit, die sich auf dem Boden des Programms der K.A.P.D. immer, auch heute noch bewegt (*Zuruf: wie ich es auffasse!*) nein, nicht wie ich es auffasse. Ihr müsst doch eigentlich beweisen, wo die Punkte sind, wo er irgendetwas in der Abwehr, in der Hetze, in die man ihn hineingehetzt hat, geantwortet hat oder gegen hat, was mit der Organisation nicht vereinbar wäre. Seine Arbeit für die Organisation restlos durchzuführen, ist er jeden Tag bereit, wo sie es verlangen. Dadurch hat er das Wesen des Mitkämpfers gezeigt, den er für die Sache arbeitet, mit der er verwachsen ist. Ihr könnt ihm nicht nachweisen, dass er irgendwie ein Gegenrevolutionär wäre. Genosse Rühle ist der Mitkämpfer der proletarischen Organisation, für die er kämpft und sein Kampf ist unser Kampf.

Und nun, Genossen, komme ich zum Schluss. Das Thema, «Dritte Internationale» dürft Ihr nicht so betrachten: es kann nichts schaden, wenn wir darin sind und hinausgeworfen werden. Die Exekutive wird jede Gelegenheit benutzen, um die Illusionen, die der Name «Dritte Internationale» in den Gehirnen der Arbeiter erweckt, auszunutzen gegen die K.A.P.D., um uns in den Sumpf zu locken. Ich glaube nicht, dass wir in den Sumpf hineingehen. Aber wir sollen die Gefahr, in die wir uns begeben haben, in der wir stehen, nicht unterschätzen, dass der Geschäftsführende Ausschuss es nicht für nötig gehalten hat, einen Parteitag vorher erst zu dieser Frage Stellung nehmen zu lassen, sondern dass er uns vor die vollendete Tatsache stellt. Die sagt zwar, dass die Kritik urbarmherzig sein darf. Allerdings, sie sagt es, unterbindet aber die Kritik, indem sie keine Aufsätze annimmt, die gegen die Redaktionsmeinung sind. Die Gefahr dürfen wir nicht unterschätzen, dass diese Zersplitterungsarbeit der Dritten Internationale sich jetzt auch gegen uns richten kann. Während wir früher ein festes Gefüge waren, auf das die Welt blickte, sind wir jetzt durch diese Sympathie mit dem Opportunismus, ob wir es wollen oder nicht wollen, schon rein in den Gedanken der Massen verschwistert und verschwägert. (*Heiterkeit*) Und, Genossen, die Tatsache, dass man erklärt, Lenins Buch ist versunken, dass man erklärt, dass man den Glauben erweckt, wir konnten die V.K.P.D. von der Dritten Internationale abschneiden und uns an die Stelle setzen - daß man diesen Glauben erweckt, das ist Illusionspolitik. Wir kämpfen für die Weltrevolution am besten, wenn wir unser Programm, unsere Ideen gegen die Dritte Internationale,

gegen die V.K.P.D., den Rätegedanken, dem diese Internationale feindlich, todfeindlich gegenübersteht, hoch halten; dann sind wir Todfeinde der Führer der Internationale, und wir haben mit ihr und ihren demagogischen Kniffen nichts zu tun. (*Vereinzelt Bravo!*)

*Vorsitzender Genosse RASCH:*

Es liegt ein Antrag vor, die Redezeit für die Diskussion auf 20 Minuten zu beschränken.

*(Genosse MANNSFELD: Unglaublich!)*

*Antragsteller Genosse MÜHLE :*

Das ist nicht urglaublich, sondern ganz selbstverständlich. Wir haben einer ganz verschwindenden Minderheit das Recht hier eingeräumt, ein Koreferat zu halten. Nun sollen aber auch möglichst viele Genossen zu diesem Punkt sprechen. Es geht aber nun nicht an, dass diese Genossen auch noch Referate von einer oder 1 1/2 Stunden halten. Es sind auch noch andere wichtige Punkte der Tagesordnung zu erledigen.

*Genosse HEMPEL (Jan Appel):*

Es handelt sich hier um die schwerwiegendsten Fragen, die heute hier geklärt werden müssen: Partei und Union, nicht allein um die Dritte Internationale. Deshalb sollte man die Redezeit nicht beschränken.

*Der Antrag auf Beschränkung der Redezeit wird abgelehnt. Vorsitzender Genosse RASCH:*

Ein Vertreter der jungsozialistischen Partei Schwedens ist hier als Gast erschienen. Im Auftrage des Parteitages begrüße ich ihn freundlich.

DER VERTRETER VON DER SCHWEDISCHEN JUNGSOZIALISTEN PARTEI :<sup>37</sup>

Im Namen der schwedischen jungsozialistischen Partei danke ich Euch herzlichst für die Einladung zu Eurem Kongress. Mit dem größten Interesse haben wir die deutsche Erhebung gegen das Kaisertum begrüßt, sind wir ihr geistig gefolgt. Unsere Herzen waren ganz und voll bei Euch, Kameraden, die Ihr Euch gegen die Millionenmacht verfluchter

---

<sup>37</sup> In Schweden spaltete sich 1908 der radikale Flügel der Jungsozialisten von der Sozialdemokratischen Partei ab. Diese Gruppe, deren prominentester Vertreter Hinke Berggren war, gründete daraufhin die Jungsozialistische Partei, die außerparlamentarisch wirksam und stark anarchistisch geprägt war. Unter dem Einfluss der Gruppe entwickelte sich auch die 1898 gegründete Zeitschrift "Brand" zu einer immer deutlicher anarchistischen Zeitschrift. Brand erscheint heute viermal pro Jahr und ist eine der ältesten anarchistischen Zeitschriften der Welt. 1910 gründete sich in Schweden die vorwiegend anarchosyndikalistisch geprägte SAC, die "Zentralorganisation schwedischer Arbeiterinnen" (Sveriges Arbetares Centralorganisation). Zur Gründung der SAC kam es vor allem aufgrund der Enttäuschung vieler Arbeiterinnen mit der zurückhaltenden Vorgangsweise des schwedischen Gewerkschaftsbundes (Landsorganisationen, LO) während des schwedischen Generalstreiks 1908. Die SAC orientierte sich am Syndikalismus der damaligen Confédération Générale du Travail (CGT) und der Industrial Workers of the World (IWW). Letztere hatten eines ihrer legendärsten Mitglieder in dem aus Schweden stammenden Joe Hill (geb. Joel Emmanuel Hägglund), der nach einem höchst zweifelhaften Mordverfahren 1915 in Utah hingerichtet wurde. Die SAC war - trotz ihres irreführenden Namens - immer stark föderalistisch geprägt. Der deutsche Anarchist Augustin Souchy, der während des Ersten Weltkriegs ins schwedische Exil flüchtete, war lange in der SAC engagiert. In den 1920er Jahren zählte die Organisation beinahe 40.000 Mitglieder und wurde zu einem nicht zu ignorierenden Faktor im politischen Leben des Landes. In den 1950er Jahren, als der deutsche Syndikalist Helmut Rüdiger zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb der SAC aufstieg, kam es zum Bruch mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), die der SAC einen zunehmend reformistischen Kurs vorwarf.

Kriegsverbrecher, gegen diese Feinde der Menschheit und wirklichen Kultur erhoben und sie verjagt habt. Aber mit der größten Sorge und Betrübniß haben wir dann wahrgenommen, dass die Revolution, die zu einer wirklichen Revolution hatte werden können, mehr und mehr in einen bloßen Regierungswechsel umgewandelt wurde, zu einem Umtausch vor. Herren verwandelt und nicht zur Abschaffung der Herren, mit ihrer Tyrannei benutzt wurde, die immer durch den Staat repräsentiert wird. *(Sehr gut!)* Anstatt jegliche Ausbeutung und Knechtung durch Staat und Kapitalismus zu beseitigen, wurden diese aufrechterhalten. Die einfache traurige Wahrheit ist, dass durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie, durch ihre Parlamentstätigkeit, ihre Zentralisation, Organisation, ihren Autoritätsgeist, ihre Vaterlandsdudelei und ihren militaristischen Wahnsinn die deutschen Arbeiter von der unvorbereiteten Revolution überrascht wurden. Es mangelte ihnen die Erziehung, in dem großen Augenblick der Revolution diese auf die Bahnen der sozialen Revolution zu leiten. Was wir in allen Ledern brauchten, ist die soziale Revolution, die Eroberung der Staatsgewalt durch eine politische Partei und die Etablierung der sogenannten Diktatur des Proletariats. Was dann in der Tat die Diktatur einer Clique und einer Bürokratie durch die Partei bedeutet, ist verwerflich und hat gar nichts mit Freiheit und Befreiung von Knechtschaft und Ausbeutung, d.h. mit wahren Sozialismus und Kommunismus zu tun.

Die Arbeiter müssen sich selbst befreien. Der Sozialismus darf nie Herrschaft, er muss immer die Beseitigung von Herrschaft bedeuten. Am allerwenigsten darf der Sozialismus Parteierrschaft, Zentralismus bedeuten. Und nie und nimmer kann der Sozialismus die Errichtung eines neuen Staates, einer neuen Staatsbürokratie und damit eine neue Ausbeutung durch den Staat bezwecken. Der Sozialismus kann nie etwas anderes bedeuten, als dass kein Mensch das Recht hat, einen anderen Menschen auszubeuten und zu beherrschen. *(Sehr richtig!)* Die soziale Revolution ist das Mittel, um dies zu verwirklichen. Wenn eine Revolution dies nicht verwirklicht, dann ist eine solche Revolution verfehlt, mögen in ihr auch Ströme kostbaren Arbeiterblutes vergossen worden sein. Blut ist gewiss ein ganz besonderer Saft, aber nie und nimmer heiligt das Blut an sich eine Sache, niemals kann das vergossene Blut oder die Gewaltsamkeit einen Beweis für den Wert oder Unwert selbst bilden oder beweisen, dass diese Sache streng radikal und richtig, einen Fortschritt für die Freiheit, den Sozialismus, die Kultur ist. *(Sehr gut!)*

Die soziale Revolution besteht in der Abschaffung der Ausbeutung und Vernichtung der Staatsgewalt mittels der direkten Aktion der Arbeiter. Deswegen soll die Staatsgewalt nicht erobert, sondern zerstört werden. Auf allen Gebieten des Lebens muss man danach streben, schon jetzt die Staatsorganisation zu ersetzen, durch die freiheitlichen kommunistischen Organisationen einer neuen Gesellschaft. Aber der Kommunismus ist doch nur eine Form. Diese Form muss gefüllt werden. Der Inhalt, mit welchem diese Form gefüllt werden muss, soll nicht Zwang, sondern Freiheit sein. Deshalb muss der Kommunismus freiheitlich sein, um irgendeinen Wert zu haben.

Wir schwedischen Jungsozialisten waren glücklich, Kameraden, Euch als Vorkämpfer und unbeugsame Vertreter des freiheitlichen Kommunismus zu begrüßen. National, wie international haben wir eine große und wichtige Arbeit zu leisten. Gegen allen Opportunismus und Autoritätswahn, für die geistige Körnung wollen wir kämpfen. Der größte Sozialist Deutschlands, der unvergessliche Rebell, Johann Most, hat an einer Stelle in seinen Schriften gesagt, dass, je mehr ein Mensch glaubt, desto weniger weiß er, und je weniger er weiß, desto mehr glaubt er an himmlische und irdische Autoritäten. Wir Jungsozialisten erkennen die Wahrheit dieser Worte und verehren Most und seinen Jünger Baer als die Staatssozialisten, die von der Presse in den Himmel gehoben werden, während die wirklich aufopfernden und großen Männer der

Tat von dem Schindluder Presse verleumdet, beschmutzt und verfolgt werden. Unsere Partei, die jungsozialistische Partei Schwedens, ist keine staatspolitische Partei. Wir wollen alle Anhänger der sozialen Revolution sammeln zur gemeinsamen Propaganda für die Organisierung der sozialen Revolution. Wir sind nicht Staatssozialisten, sage ich, sondern wir erstreben eine Gesellschaft, gegründet auf dem Gemeinschaftseigentum nach den Prinzipien des herrschaftslosen Kommunismus.

Das Mittel zu diesem Zweck ist für uns die soziale Revolution. Die Revolution betrachten wir als einen bewussten Willensakt des sozialistischen Proletariats, das bewusst die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft vernichtet und diese ersetzt durch neue Organe, die einer neuen reorganisierten sozialistischen Gesellschaft entsprechen. Wir meinen, dass der Zusammenschluss der Arbeitermassen oder auch nur einer Arbeiterminorität notwendig ist, um eine Revolution durchzuführen. Deswegen erblicken wir jetzt unsere Hauptaufgabe in der ideellen und praktischen Vorbereitung der sozialen Revolution.

Wir sind Staatsfeinde, aber wir sind nicht Staatsfeinde, wie es etwa die sogenannten radikalen Sozialdemokraten sind, die den heutigen Staat bekämpfen, den Staat aber an und für sich stärker machen wollen und dadurch die Freiheit ermorden, damit er, wie sie verheißen, in 50, 300 oder 1.000 Jahren einmal abgeschafft werden soll. Nein, die Gesellschaft muss von Anfang an auf der Grundlage von Solidarität und freiheitlicher Übereinkunft aufgebaut werden. Die Kommunen bilden die ersten Einheiten, die zusammenwirken, um eine neue Lebensform gegenüber der alten kapitalistischen Welt zu schaffen.

In der Frage des Militarismus und Krieges arbeiten wir für die vollständige Abrüstung und den internationalen Frieden auf sozialistischer Grundlage. Militarismus und Krieg sind von der kapitalistischen Eigentums - und Produktionsordnung bedingt und verschwinden in einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft. Der revolutionär-sozialistische Kampf ist auch immer ein antimilitaristischer Kampf.

Den Parlamentarismus verwerfen wir gänzlich, weil erstens der Parlamentarismus das Leben der kapitalistischen Gesellschaft verlängert, zweitens der Parlamentarismus nie die Arbeiter frei machen kann, die Befreiung der Arbeiter ihr eigenes Werk sein muss, weil drittens den Sozialismus im Parlament zu predigen dasselbe ist, wie Perlen vor die Säue werfen (*bravo! und Heiterkeit*) und viertens die finanziellen Kosten des Parlamentarismus eine ungeheure und verbrecherische Vergeudung von Arbeitergeld sind, fünftens weil der Parlamentarismus selbst seine besten Vertreter korrumpieren, sechstens weil die Resultate des Parlamentarismus für die Arbeiter gleich null sind und siebentens der Kapitalismus sich nie beugen wird vor einem ihn wirklich schädigenden Parlamentsbeschluss.

Wir bekämpfen die Gesetze und Gefängnisse, weil dieser ganze Komplex nichts anderes ist als die Gewalt der privat-kapitalistischen Gesellschaft in ein unterdrückendes System gebracht und das Gegenteil von Recht und Ordnung bilden. Das theologische Christentum und die Kirche bekämpfen wir, weil sie sich stützen auf den Autoritätsglauben, die Gedanken trübend und die Gefühle der Empörung gegen Ausbeutung und Unterdrückung erstickend.

In Schul- und Erziehungsfragen kämpfen wir stets für die frei von jedem Staate und Pfaffentum unabhängige Schule, erbaut nach den Prinzipien unseres unvergesslichen Märtyrers Franzisco Ferrer.

Die Schweden sind ein kleines Volk. Die Bodenfläche des Landes ist zwar fast so groß wie die Deutschlands. Aber die Einwohnerzahl beträgt nur etwa 5 1/2 Millionen. Das zeigt am deutlichsten, dass es Staat und Kapitalismus sind, die unabhängig von Bevölkerungsdichte und Landesgrenze soziales Elend erzeugen, dass es auch in Schweden gibt. Der Reformismus ist vorherrschend. Schwedens jungsozialistische Partei hat seit ihrer Gründung im Jahre 1908 - früher war die Bewegung eine Oppositionsbewegung innerhalb der sozialdemokratischen Partei - gegen den Opportunismus angekämpft. Im Anfang unklar, ist unsere Bewegung jetzt rein und klar, frei kommunistisch, und unsere Front richtet sich gegen die kapitalistische Gesellschaft, aber auch gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist gespalten. Die bolschewistische Fraktion, die sich parlamentarisch betätigt, ist sehr opportunistisch. Sie führt gegen uns eine Schmähpapaganda, weil wir es wagen, die russische Regierung zu kritisieren. Wir unterscheiden zwischen der russischen Regierung und der russischen Revolution. Die russische Revolution verteidigen wir, aber wir beklagen die Konsolidierung nach rechts und kritisieren als Revolutionäre diese Maßnahmen der russischen Regierung.

Unsere Bewegung hat eine jetzt stark und kampffähig gewordene syndikalistische Bewegung geschaffen, die, das hoffen wir, ein Mittel werden soll, um die freie kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen. Mit freudigem Herzen gehen wir erneuten Kämpfen entgegen. Während der letzten Wahlen sind wir aktiv antiparlamentarisch tätig gewesen mit dem Resultat, dass wir einen großen Erfolg errangen. Neulich hat im Parlament ein Abgeordneter gesagt, dass die wirkliche Volksstimmung nach der letzten Wahl eine antiparlamentarische ist. Wir verstehen aber auch, dass noch viel Arbeit notwendig ist, um die Abneigung gegen Staat und Parlament zu einer wirklich bewussten und revolutionären im Sinne des freien Kommunismus zu machen.

Ich begrüße im Namen der schwedischen jungsozialistischen Partei den Kongress der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands und überbringe Euch die solidarischen Grüße unserer Bewegung. Mögen die Beschlüsse vom Geiste der Freiheit getragen sein! Es lebe die soziale Revolution! (*Beifall*)

Genosse ???

Der Genosse Schröder hat mich beauftragt, zu sagen, dass er es in Konsequenz unseres Programms unserer Prinzipien und Taktik es für unumgänglich notwendig hält, dass jedes Mitglied der K.A.P.D. auch aus den Gewerkschaften auszutreten hätte.

Die VERTRETERIN DER SCHWEIZERISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI<sup>38</sup>

Genossen und Genossinnen! Die Grüße der schweizerischen kommunistischen Partei

---

<sup>38</sup>Wahrscheinlich Rosa Grimm-Schlain (27.1.1875–12.11.1955), geboren in Odessa (Russisches Kaiserreich), aus einer begüterten jüdisch-bürgerlichen Kaufmannsfamilie. Studentin in der Schweiz. Doktor der Geisteswissenschaften und Schriftsteller; 1908 mit Robert Grimm, dem Chefredaktor der «*Berner Tagwacht*», verheiratet. Sie studierte mit Unterbruch 1893-1904 und in Bern. Nach einer Scheidung mit seinem Gatten (1916) zog sie nach Zürich, wo sie in der Buchhandlung der Sozialistischen Jugend arbeitete. Im Sommer 1919 wirkte sie auf der Redaktion des Basler *Vorwärts* mit. Rosa Grimm gehörte dem linken Flügel der SP an und gründete 1921 die KP der Schweiz mit. Sie war Schweizer Delegierte am 3. Kongress der Komintern im Juli 1921 in Moskau. Im Lauf der 1920er Jahre fuhr sie wiederholt in die Sowjetunion und 1930-31 hielt sie sich dort als Mitarbeiterin der Editionsabteilung der Komintern auf. Im selben Zeitraum setzte sie auch ihre Mitarbeit beim *Vorwärts* fort. Sie schrieb über Frauenfragen und den Marxismus, verfasste Theaterkritiken. Zu Beginn der 1930er Jahre äußerte sie sich kritisch über die Sowjetunion, blieb aber ein loyales Parteimitglied. 1943 trat sie wieder zur SP über. (Brigitte Studer, «Rosa Grimm (1875-1955)», in *Auf den Spuren weiblichen Vergangenenheit*, Chronos Verlag, Basel 1988, S. 183-198.)

habt Ihr gestern durch das Schreiben erhalten. Ich will heute nur noch ein paar Worte hauptsächlich zu der Frage der Internationale sagen. Ich stehe im Gegensatz zu Genossen Pfemfert auf dem Standpunkt, dass unter den Parteien, die angeschlossen sind oder sympathisieren mit der Dritten Internationale, nicht eine autonome Nichteinmischungstaktik Platz haben soll, sondern im Gegenteil wir haben alle das volle Recht, einander die Wahrheit zu sagen und das, was wir gegenseitig über die Bruderpartei im anderen Lande denken, frei auszusprechen. Die schweizerische kommunistische Partei und viele andere Parteien verfolgen die Taktik und die Kämpfe der K.A.P.D. in Deutschland mit Spannung und Sorge. Jede oppositionelle, aus den niedrigsten Schichten des kämpfenden Proletariats erwachsene Bewegung musste immer die Augen auf die K.A.P.D. gerichtet haben, weil wir alle in ihr diese unbeugsam, radikal, rücksichtslos revolutionäre Partei des kämpfenden Proletariats gesehen haben. Es wird ein Freudentag für die ganze Internationale der Tag sein, an dem in Deutschland, die wirkliche aktive revolutionäre Einheit geschlossen wird. Das sagen meine Genossen aus der Schweiz. Damit meinen sie nicht, dass etwas zusammengewurschtelt wird auf einem Programm, auf einem Statut, auf dem Papier künstlich. Nein, die revolutionäre Einheitsfront muss auf Aktionen gegründet sein. In diesem Sinne ich die Meinungen, die hier über die Taktik der Dritten Internationale geäußert wurden, kritisieren, obwohl ich vielleicht als mehr rechtsstehend vom Genossen Schröder gekennzeichnet werde. Genosse Pfemfert und Genosse Schröder sagten, die Internationale hätte einen Zusammenschluss aller Richtungen und Parteien und überhaupt des kämpfenden Proletariats, das auf dem Boden der Diktatur steht, zu sein. Das war und ist die Dritte Internationale. Sie will tatsächlich alle Arbeiter vereinigen, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätessystems stehen. (*Rufe: Aber wie!*) Nun sagt aber Genosse Pfemfert, die Dritte Internationale habe mit ihrer Taktik, mit ihrer Opportunität die Parteien zertrümmert, hauptsächlich in Deutschland. Jawohl, aber die rechten Parteien, nicht die linken, die radikalen; diese will die Dritte Internationale vereinigen. Die Dritte Internationale war immer bestrebt, die Führer, die die Massen durch die Netze der Organisation gefangen gehalten haben und heute noch gefangen halten, vor den Massen zu diskreditieren. Bei Euch, Genossen in der K.A.P.D. wird oft und viel über die Führer geschimpft. Aber die Dritte Internationale ist es, die die Führer durch ihre Taktik und durch ihre unbarmherzige und scharfe Kritik wirklich vor den Massen diskreditiert und die Massen immer mehr und mehr von diesen Führern wegführt. Die Dritte Internationale wollte am Anfang die Massen gewinnen, die links orientiert sind, aber die noch in den rechten Parteien stecken. Das ist ihr gelungen. (*Zuruf: Ich gratuliere! - Heiterkeit*) Nun konnten alle Ungläubigen glauben, dass die Dritte Internationale dadurch in den Sumpf geraten ist (*Zuruf: ist sie auch!*), dass sie dadurch opportunistisch geworden ist. Das hat sich als nicht richtig erwiesen. Die Taktik der Dritten Internationale in den letzten Tagen hat klar und deutlich bewiesen - das hat auch heute Genosse Schröder erwähnt, allerdings nicht unterstrichen -, dass es der Dritten Internationale daran liegt, jetzt die kleinen Minoritäten, die radikalen Gruppen in allen Ländern zu unterstützen und ihnen einen Rückhalt zu geben. Das hat die Dritte Internationale getan z. B. in Italien, auch in Deutschland, indem sie im Gegensatz zu der V.K.P. die K.A.P.D. anerkannt hat, indem sie weiter eine sehr kleine kommunistische Partei in der Schweiz anerkannt hat im Gegensatz zu der großen einflussreichen Linken, weiter indem sie die Syndikalisten in die roten Gewerkschaften hineinlässt. Das alles tut die Dritte Internationale heute im Gegensatz zu Levi und Konsorten. Die Dritte Internationale hat alles getan, um die Arbeiter, die mit ihrem Herzen bei der Diktatur und beim Rätessystem sind und bei Russland sind, zu bekommen, die Massen, die noch in den anderen Parteien stecken. Nachdem sie die bekommen hat, steht sie eben als Vortrupp überall in allen Ländern und unterstützt diese kleinen Minoritäten, die tatsächlich die radikalsten, die revolutionärsten und aktivsten sind. Genossen, manche von Euch haben wirklich einen komischen Eindruck von dem, was jetzt in

der Welt vorgeht. Was wäre eigentlich jetzt die ganze revolutionäre Bewegung, wenn nicht die Dritte Internationale schon zwei Jahre lang die Massen der Arbeiter in allen Ländern vereinigt hatte! Was ist in diesen zwei Jahren alles vor sich gegangen! Das französische Proletariat, das bis jetzt ganz gleichgültig und stumm dagestanden hat, dieses reaktionärste Land ist jetzt erwacht. Wer hat das getan? Die Dritte Internationale! Die kommunistische Internationale vereinigt die Völker des Westens. Die entlegensten Winkel der Erde werden durch die kommunistische Internationale jetzt zu einem neuen Leben erwachen. Die große revolutionäre Arbeiterschaft der ganzen Erde steht jetzt tatsächlich im Kampfe vereinigt da. Das hat nur die Dritte Internationale durch ihre Taktik vollbracht. Wie kann man so etwas nur verkennen! Wir müssen bei der Dritten Internationale deswegen sein, weil sie die wirklich einzige ist, die in der Tat durch die Tat bewiesen hat, dass sie das Proletariat der ganzen Erde zum Kampfe, zur sozialen Revolution wirklich führt. (*Widerspruch und Zuruf: Mit den 21 Punkten!*) Den Leitsätzen haben nicht nur die rechtsstehenden deutschen Kommunisten gemacht, sondern alle kommunistischen Parteien, die dort vereinigt waren. Ich und auch meine Partei stehen auf dem Boden, dass früher oder später sich die Frage des Parlamentarismus von selbst erledigen wird. (*Rufe: Na, na! Wenn sie Ministerposten haben!*) Das beweist schon heute die ganze Richtung in der V.K.P. (*Aha!*) Gerade in der V.K.P.D. ist eine Richtung vorhanden, die nur durch die K.A.P.D. großgezogen werden kann. Das sprechen dort nicht etwa die Führer, sondern die Arbeiter in der V.K.P.D., dass ein K.A.P.D.-Geist in der V.K.P.D. herrscht. (*Sehr richtig!*) Wenn Ihr nur es dazu beachtet, dass diese Arbeiter und diese K.A.P.D.-Richtung dort tatsächlich in eine große revolutionäre Aktion ausarten, dann konntet Ihr siegreich lächeln. (*Zuruf: Das werden wir fertig bringen!*) Nur in diesem Sinne wünscht meine Partei eine revolutionäre aktive Einheit. Nur in diesem Sinne wünschen es auch alle anderen Parteien. Das ist die einzige Lösung. Das kann man aber nicht vereinfach von vornherein jede Gemeinschaft ablehnt und sich unter auf die rechtsstehenden Führer abstellt. Das kann man nur erreichen, wenn man immer und immer wieder auf diese Massen dort, die ihrer ganzen Stimmung nach vielleicht zu Euch gehören, einwirkt. Der schwedische Genosse hat unterschieden zwischen russischer Revolution und russischer Regierung. Das darf man nicht, denn die russische Regierung handelt ganz und gar im Geiste der russischen Revolution. Das sieht man gerade jetzt in diesem Moment, wo eine große Meinungsverschiedenheit über die Gewerkschaftsfrage bei Lenin und Trotzki besteht. Da hat sich gezeigt, dass diese ganze Diktatur, die bis jetzt von der russischen Regierung ausgeübt wurde, tatsächlich nur eine bittere Notwendigkeit der furchtbaren Lage des Kriegszustandes war. Und jetzt, wo man eine Atempause hat, geht die russische Regierung daran, den Sowjets wiederum die volle Macht in die Hand zu geben, sie sich selbst entwickeln zu lassen. Dass man gegen jeden Militarismus, dass man immer nur davon redet, frei und frei und frei sich entwickeln, ohne deutlich zu betonen, was das ist, ohne diese furchtbare unerbittliche Lage einzubegreifen, in der sich jetzt das Weltproletariat befindet, wo man regelrecht Krieg führen muss, ohne auf diese rein realen Tatsachen einzugehen und nur immer von freiem Kommunismus zu sprechen, wie es der schwedische Genosse tat - das scheint mir nicht mehr der wirkliche kommunistische Standpunkt zu sein, sondern mehr ein anarchistischer Standpunkt, der für die fernere Zukunft stimmen mag, aber nicht für unsere jetzige Taktik, wo wir eine Diktatur des Proletariats anstreben, und eine Diktatur ist eben etwas ganz Bestimmtes, ist eine Diktatur einer Klasse mit Gewalt und mit Militarismus. (*Zuruf: das wollen wir auch!*) Auf diese Diktatur müssen wir schauen, deswegen können wir den Standpunkt des schwedischen Genossen in keiner Weise befürworten.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Ich heiße auch die Genossin als Vertreterin der Schweizer Kommunistischen Partei

willkommen und hoffe, dass unsere Ausführungen hier auch drüben in der Schweiz Nachklänge in unserem Sinne finden werden, sodass auch die kommunistische Partei der Schweiz sich in manchen Dingen nachträglich revidieren wird.

Bevor wir in die Diskussion eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass zu diesem Punkt Anträge vorliegen, vom Unter-Bezirk Zwickau, von Mitteldeutschland, vom Bezirk Nord, Groß-Berlin, Wirtschaftsbezirk Spandau Ost-Havelland, Wirtschaftsbezirk Pommern und der Ortsgruppe Karlsruhe.

Genosse MANNSFELD:

Wenn die Ausführungen des Genossen Pfemfert eines praktischen Beweises bedurft hätten, dann ist er in der Begrüßungsansprache der Schweizer Genossin erbracht worden. Die deutsche Arbeiterbewegung war im Wesentlichen über Jahrzehnte hinaus in ihren Organisationsformen auf die ideologische Zusammenfassung des Proletariats zum revolutionären Kampfe eingestellt. Aus ihren Erfolgen und ihren Niederlagen haben wir die Erkenntnis gewonnen, dass innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung das Organisationsproblem nicht erreicht wird durch das Einsetzen für die Ideologie, durch den Kampf für die revolutionäre Zusammenfassung geistig aufgeklärter Massen, sondern dass wir uns einstellen müssen auf andere Organisationsgedanken, dass wir zur Realpolitik gelangen müssen. Und so ist unsere Erkenntnis nicht mehr, dass das Problem der deutschen Revolution eine ideologische Angelegenheit ist, sondern ausmündet in ein Realitätsprinzip. Mit dem Genossen Schröder sage ich, das deutsche Proletariat krankt an seinen ideologischen Hemmungen, und wir müssen versuchen, das deutsche Proletariat den realen Tatsachen und realen Möglichkeiten zuzuführen. Nun sind aber die Einstellungen in unserer Partei zu den Fragen der realen Möglichkeiten oder der ideologischen Zusammenfassung des Proletariats verschieden; und man ist in Berlin geschickterweise auch dazu geschritten, den Genossen Schröder, einen maßgebenden Berliner Parteigenossen, sprechen zu lassen, der auf dem linken, auf dem realistisch begründeten Flügel der Partei steht. (*Rufe: Das Koreferat war doch von der Opposition!*) Man hat von Berlin aus versucht, in den Bezirken dahin zu wirken, dass ich nicht als Delegierter zum Parteitag gesandt werde, damit ich hier nur nicht zur geistigen Klärung dieser Frage beitragen kann. Was ich sonst als Stellungnahme zu den vorliegenden Fragen von den Mitgliedern des Geschäftsführenden Hauptausschusses vornehmlich vom Genossen Rasch gehört habe, war etwas ganz anderes als die Ausführungen von Genosse Schröder; das war die alte überwundene sozialdemokratische Auffassung von der Schaffung einer großen Massenpartei aus geistig aufgeklärten und geistig bewussten deutschen Proletariern. Ich war erfreulich erstaunt, die Ausführungen Schröders gerade im Gegensatz zu finden gegen die Ausführungen, die ich auf unseren Wirtschafts-Konferenzen vom Genossen Rasch und anderen maßgeblichen Parteigenossen gehört hatte. (*Zuruf: Die Du nicht verstanden hast!*)

Schröder ist Theoretiker und meiner Ansicht nach noch nicht einmal genug Theoretiker. Er verfolgt eine ideologische Linie, von der er sich aus den praktischen Erkenntnissen, die er eigentlich gewonnen haben müsste, nicht ablenken lässt. Das hat auch der Genosse Pfemfert mit dem «Knick» richtig empfunden. Wo er hinführt, das sieht man eben nicht. Darum wirkt das ganze Referat auch auf einen so absolut gegen die Dritte Internationale eingestellten Genossen wie mich durchaus faszinierend. Ich werde versuchen, aus diesem sehr geschickt gegebenen Referat meine Gegensätzlichkeit herauszukristallisieren und verständlich zu machen.

Der Genosse Schröder warnt den Bezirk Ost-Sachsen davor, sich zu sehr von einer ideologischen Einstellung leiten zu lassen. Wir wollen uns doch über die deutsche

Arbeiterbewegung an sich klar sein. Das deutsche Proletariat ist durch seine ganze Erziehung, durch seine ganze Voraussetzung in seiner großen Mehrheit nicht reif für die revolutionäre Erkenntnis. Es wird heute ganz unmöglich sein, eine Partei auf dem Boden des Reifegrades des Proletariats zu schaffen, die in irgendeiner Weise maßgeblich wird für die Bestimmung der revolutionären Klassenkampfführung. (*Hört, hört! und Rufe: Skandal!*) Das sage ich auf Grund meiner praktischen Erfahrungen. Wir sehen es bei der V.K.P.D. Aus dieser Partei hat uns herausgetrieben diese schroffe parteimäßige ideologische Einstellung. Und im Spartakusbund erkannten wir als die Bewusstesten in seinen Reihen, dass von seinen 100.000 Mitgliedern vielleicht 10.000 wirkliche Klassenkämpfer sein würden. Und wir sehen, dass auch der Spartakusbund, als wir gehen, eingesehen hat, dass das deutsche Proletariat nicht mit so extrem politisch eingestellten Zielen zu einer Massenpartei zusammengeschweißt werden kann, sondern er musste Konzessionen an den Opportunismus und Reformismus machen. Nach diesen Tatsachen kamen wir dazu, uns auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Wir fühlten, das deutsche Proletariat ist ideologisch versumpft, ist kleinbürgerlich gestaltet bis dort hinaus. Wir können mit diesen kleinen Grüppchen aufgeklärter Revolutionärer nicht einen wirklichen Kampf um die soziale Revolution führen. (*Lebhaftes Hört, hört!*) Aus diesen Gründen gingen wir dorthin, wo das Proletariat wirklich leidet, wo es in Not war. Wir gelangten mit der Formulierung unserer Organisationsform an den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion, in den Betrieb hinein. Genossen, die Geschichte ist heute reif, die kapitalistische Gesellschaft durch die soziale Gesellschaft ablösen zu lassen. So schritten wir eben zu unserer Betriebsorganisation. Da, wo das Proletariat seine Not wirklich elementar fühlt, ist auch die breitere Masse wirklich revolutionär. (*Heiterkeit*) Mit Rühle sage ich, nur wirklich revolutionär ist der deutsche Proletarier im Betriebe.

Wenn er aus dem Betriebe geht, legt er meist mit dem Rock des Betriebes auch den Sozialismus zu Hause ab und wird ein Kleinbürger. (*Zuruf: Die Revolution ist auf der Strasse!*) -Jawohl, aber die Organisation der Revolution betreiben wir in den Betrieben, wo für sie das beste Fundament ist, und dann auf die Streiks hinaus. Schon Carl Marx sagt: jede politische Austragung findet ihr Fundament in der Ökonomie, und jede ökonomische Eruption muss eine politische Austragung auf der Straße finden. So lässt sich Politik und Wirtschaft nicht mehr trennen. Ihr seht, dass jeder einseitige wirtschaftliche Kampf sofort politische Bedeutung erlangt. Keine einseitige Organisationsform wird die Möglichkeit besitzen, zum revolutionären Endkampf zu gelangen. Sowohl Gewerkschaften wie politische Parteien in der alten überwundenen Historie unterliegen in diesem Kampfe.

Nun zur Dritten Internationale! Genosse Schröder sagt, dass er in dieser Revolution, deren Anerkennung die Dritte Internationale von uns fordert, keine besonderen Aufgaben unseres Parteiprogramms erblicken könne. Wie haben gerade die 21 Bedingungen der Internationale in der Politik der anderen Länder gewirkt? Die Schweizer Genossen schreiben in dem Brief: «In der Frage des Parlamentarismus unterziehen wir uns den Beschlüssen der Zweiten Gesellschafter-Internationale. Bis vor diesem Kongress sind wir auf Eurem Boden gestanden, doch jetzt sind wir in dieser Frage ziemlich skeptisch.» Die österreichische kommunistische Partei war vor dem Anschluss an die Dritte Internationale, vor den 21 Bedingungen bewusst antiparlamentarisch. Nach den 21 Bedingungen ist sie unter den Mantel der Dritten Internationale gekrochen und ist parlamentarisch geworden. Und Genosse Levi, der nun wirklich eine sehr sanfte Einstellung zur Dritten Internationale hat, schreibt an das Exekutiv-Komitee unter anderem: «Uns fehlt es weder an Mut noch an Material, über die Exekutive zu schreiben.» Also es heißt: unterwerfen, wenn wir uns auch nur in irgendeiner Beziehung der Dritten Internationale verpflichten.

Was hat nun die Dritte Internationale veranlasst, uns als sympathisierende Partei ihrem Körper anschließen zu lassen? Ein Teil unserer Genossen steht auf dem Standpunkt, dass das ein absoluter Erfolg der K.A.P.D. gegenüber der V.K.P.D. sei. Diesen Standpunkt vertrete ich nicht. Levi erklärt in einem Protestschreiben an die Dritte Internationale: «Die Mitglieder werden ihre Meinung gegen die Mitglieder verfechten, und die Arbeitermassen, vor denen das Schauspiel sich abspielt, werden daraus nicht den Schluss ziehen, welche wunderbaren, feingeschulten Gehirne in der Kommunistischen Internationale nebeneinander wohnen.» Und Sinowjew, der Vorsitzende der Dritten Internationale nennt die Ablehnung von Parlamentarismus und Gewerkschaft radikale Verirrungen und sagt: «Wir lassen diesen radikalen Verirrungen keinerlei ideelle Schonung angedeihen, wir schreiben gegen sie, wir agitieren, wir klären auf, wir machen ihnen keine einzige theoretische Konzession und werden das auch in Zukunft nicht tun.» Das sind die Aussichten, die bei der Dritten Internationale vorliegen. Nun zur Stellung der Genossen, die den Opportunismus der Dritten Internationale von innen heraus bekämpfen wollen. In einem so versumpften System wie der Dritten Internationale von innen heraus irgendetwas durch unsere Ideologie errichten zu können - da wollen wir uns gar keine Illusionen machen. Das ist dasselbe, wie wenn die V.K.P.D. durch ihre Zellen innerhalb der Gewerkschaften irgendetwas erreichen will. (*Hört, hört!*) Wir wehren uns gegen die 21 Bedingungen, die uns die russische Parteipolitik vorschreiben will. Wir wissen unsere besondere revolutionäre Taktik aus den besonderen Voraussetzungen des deutschen Wirtschaftsgebiets und aus unseren Erfahrungen selbst zu finden und werden uns keine andere Organisation in unsere eigenen revolutionären Angelegenheiten hineinreden lassen. Auf der anderen Seite wollen wir innerhalb der Dritten Internationale die dort vertretenen Parteien lehren, wie sie ihren revolutionären Klassenkampf einzustellen haben. Die Resolution des Exekutiv-Komitees fordert in der Hauptsache, dass wir alle revolutionären Aktionen der deutschen V.K.P. unterstützen sollen - alle revolutionären Aktionen! Gut, sagt unser Redakteur und schreibt darunter: wir sind gern bereit, alle revolutionären Aktionen der V.K.P.D. zu unterstützen. (*Zuruf: Revolutionäre!?*) Wir haben aus unserer realen Einstellung zu den Verhältnissen auch eine ganz andere Erkenntnis, was revolutionäre Aktionen sind, als die V.K.P.D. aus ihrer ideologischen Einstellung. (*Lebhafte Zustimmung*) Dann verstehe ich nicht, wie man eine derartige verfängliche redaktionelle Notiz überhaupt darunter schreiben kann, denn die Dritte Internationale sagt: die Taktik der K.A.P.D. in Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaften ist falsch. Nun haben wir die Verpflichtung zu übernehmen unter Annahme dieser Resolution, auch die sogenannten revolutionären Aktionen der V.K.P.D. zu unterstützen. Nun frage ich eins. wer hatte denn Konzessionen zu machen, die V.K.P.D. oder wir, wir, die wir doch den revolutionären Extrakt des Spartakusbundes darstellen, wir, die in unseren Reihen noch den Geist Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts lebendig haben? Ist es nicht geradezu eine ganz lächerliche Tragik, dass wir Konzessionen machen müssen? (*Widerspruch und Rufe: Welche denn?*) - Ich weiß doch, dass Ihr Euch auf den Boden dieser Resolution stellen werdet. (*Rufe: Wir werden ja die revolutionären Aktionen machen, nicht die!*) - Ich weiß, Ihr wollt sagen, wenn die Aktionen von uns nicht als revolutionär anerkannt werden, werden wir sie nicht unterstützen. Die Neutralität anlässlich des Kampfes des westeuropäischen Kapitals gegen Sowjetrußland, die Haltung der V.K.P.D. während der Märztage, die lokalen Operationen, die Kontrolle der Produktion, der offene Brief - das sind alles revolutionäre Aktionen, die von Seiten der Dritten Internationale als solche angesehen werden. (*Heiterkeit und Rufe: Haben wir die unterstützt?*) Ja, wir sehen diese Aktionen nicht als revolutionär an. (*Rufe: Na also!*) Dann haben wir keine Ursache, mit der Annahme solcher Resolution irgendein Zugeständnis zu machen, von dem wir wissen, dass wir es doch nicht halten werden. Wir haben nicht mehr nötig, irgendein Lippenbekenntnis anzugeben. (*Sehr richtig!*)

Ein Beispiel hier zu den Fragen - in den Leuna-Werken hatte sich ein revolutionärer Aktionsausschuss gebildet und die Weiterarbeit der gesetzlichen Betriebsräte, die V.K.P.D.-Leute waren, zu verhindern versucht. Dieser Aktionsausschuss hat nicht arbeiten können, weil eben die V.K.P.D. als Sektion der Dritten Internationale auf ihr Parteiinteresse gesehen und gesagt hat: trotzdem die Betriebsräte verraten und gesündigt haben, sind es unsere Parteigenossen, wir müssen sie maßgeblich wieder in die führenden Reihen aufnehmen. Da traten dann unsere Genossen aus diesem Aktionsausschuss aus, weiß sie keinerlei Konzessionen machen wollten. Und da war diese ganze Bewegung in Mitteldeutschland versaut.

Für uns ist die Dritte Internationale keine taktische Angelegenheit. Wir glauben, in ihr nicht mehr revolutionieren zu können. Wir stehen auf anderen organisatorischen und prinzipiellen Voraussetzungen. Wir stehen voll und ganz auf dem System der Räte. Wir glauben, dass auch eine politische Organisation, die nicht ihre oberste Arbeit in der Durchsetzung der Räte sieht, die sich nicht in ihrem organisatorischen Aufbau aus den Betrieben herausgliedert, heute keinen Platz mehr in der revolutionären Entwicklung hat, heute zur Partei alten überwundenen Standpunktes wird. Wenn die K.A.P.D. diesen Weg gehen wird, nun, dann werden wir sie genauso zerschlagen wollen wie die V.K.P.D., so leid es uns tun würde. (*Hört, hört!*) Heute kann sich keine Person mehr der geschichtlichen Entwicklung hemmend in den Weg stellen. Sprechen werden heute nur die unmittelbar elementar aus den Betrieben herauswuchsenden Massen.

Nun zur Allgemeinen Arbeiter-Union! Wir als Mitglieder der K.A.P.D. stehen natürlich auf dem Standpunkt, dass die politische Organisation der A.A.U. nur die K.A.P.D. kraft ihres Programms sein kann. Die ost-sächsische Richtung lehnt auch nicht die politische Organisation ab. Ost-Sachsen sagt: die A.A.U. in Ost-Sachsen hat die Partei überwunden, sie wird auch die politische Organisation überwinden, wenn die Zeit gekommen ist. Auch die Ostsächsischen Genossen stehen heute auf dem Standpunkt, dass die Zeit noch nicht gekommen ist, politische Organisation zu überwinden. Sie können aber die K.A.P.D. nicht mehr als politische Organisation ansehen. Als die K.A.P.D. noch nicht bestand, als die Opposition des Spartakusbundes noch überall zerstreut war, waren wir uns darüber einig, dass eine besondere politische Organisation zur Befruchtung des breiten Feldes der Klassenorganisation noch notwendig sei, dass man sie aber nicht besonders stellen dürfe, sondern sie in den Rahmen der A.A.U. hineinbauen müsse. (*Hört, hört!*) Wir waren dann erstaunt über die Einladung zu dem Kongress der Opposition des Spartakusbundes in Berlin, der sich dann auch zur K.A.P.D. konstituiert hat. Damals schon hegte Genosse Rühle mit seiner ost-sächsischen Gruppe starke Befürchtungen, dass diese besondere politische Organisation ihre Hauptaufgabe in der Förderung der Betriebsorganisation nicht sehen würde. Ost-Sachsen schließt sich dann nur bedingt der K.A.P.D. an. Und als der zweite Parteitag der K.A.P.D. die Bedingungen Ost-Sachsens nicht annahm, war für Ost-Sachsen die Zeit gekommen, in der K.A.P.D. nicht mehr die politische Organisation der A.A.U., die sich auf die Förderung dieser Betriebsorganisationen eingestellt hat, zu sehen und aus ihr zu verschwinden. Und wenn die K.A.P.D. immer weiter nach den spartakistischen Allüren ihre Linie nach einer besonderen politischen Partei vollendet, dann sieht die mitteldeutsche Gruppe keine andere Möglichkeit, als aus der K.A.P.D. zu verschwinden. Wir werden damit nicht die politische Organisation als erledigt ansehen, sondern unsere politische Organisation wird genau so aussehen wie die K.A.P.D. in ihrem Programm manifestiert hat. (*Hört, hört!*) Sie wird nur noch besonders hervorkehren: Vertiefung der Organisationsform auf die Betriebe. Die Frage der Zellenbildung der politischen Organisation innerhalb der A.A.U. wird ganz falsch aufgefasst. Ob die politische Organisation innerhalb oder außerhalb der A.A.U. steht, ist ganz gleichgültig. Die Unionsgenossen, die nicht gerade der K.A.P.D. angehören,

können sich auch eine politische Organisation schaffen. Dann hinderte sie bis zur Leipziger Konferenz das Programm der Union gar nicht. Genosse Schröder verglich die Fraktionen der politischen Gruppen innerhalb der A.A.U. mit der Zellentheorie der V.K.P.D. in Bezug auf die Gewerkschaften. Ost-Sachsen sagt dazu maßgeblich. «Die Berliner Richtung unter der Führung der K.A.Z. hat Popanz gemacht und viel von einer neuen Zellentheorie gefaselt.

Wir lehnen jede Zellentheorie ab, denn wir betrachten die als Zelle in der A.A.U. noch vorhandenen politischen Organisationen nicht als Keim einer neuen Aufbaubewegung, sondern als die letzten Abbaureste der in Liquidation befindlichen politischen Organisation überhaupt. Unser Ziel ist die Verschmelzung der politischen und wirtschaftlichen Organisation zur Einheitsorganisation.» Die Zellen der V.K.P.D. in den Gewerkschaften wollen entweder erobern oder zertrümmern. Die politischen Gruppen innerhalb der A.A.U. wollen nur die Unionen stärken und die neu aufgenommenen Mitglieder mit revolutionärem kommunistischem Geist durchdringen. Selbst das Programm der K.A.P.D. führt ganz folgerichtig aus: es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisationen, dass sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein. Ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Alle Kämpfe in der heutigen Situation haben einen Einheitscharakter bekommen. Und so haben wir auf dem Leipziger Kongress der A.A.U. festgelegt, dass das Ziel der A.A.U. die Einheitsorganisation ist, weil die Kämpfe, die heute geführt werden müssen, eben einen Einheitscharakter angenommen haben. Es wird die Einheitsorganisation geschaffen, was natürlich nicht von heute auf morgen geht. Heute noch brauchen wir die politische Organisation zur Befruchtung der Mitgliedermassen der A.A.U. (*Zuruf: Na also!*) Aber die politische Organisation muss ihren Selbstzweck darin sehen, eben nur sich auf die A.A.U. einzustellen, um durch die A.A.U. eine klare Basis des politischen Proletariats für seinen Klassenkampf herbeizuführen. Einen anderen Zweck hat sie nicht mehr, sie ist eine Organisation auf Liquidation. (*Zuruf: Was Du vorn aufstellst, reißt Du hinten wieder um! - Sehr richtig!*)

Genosse HELLWIG (Mitteldeutschland): Ich lege Wert darauf, als Vertreter von Mitteldeutschland hier zu sprechen. Inwieweit der Zufall bei der Delegation des Genossen Mannsfeld eine Rolle gespielt hat, weiß ich nicht. Dass aber dabei mit etwas Schiebung nachgeholfen worden ist, ist mir bekannt. Wenn unser Genosse NOWEST<sup>39</sup> von Mitteldeutschland in Bielefeld nicht zufällig im Gefängnis wäre, würde jedenfalls Genosse Mannsfeld nicht hier sein und seine Anschauungen sich auch in Mitteldeutschland nicht breit gemacht haben. Die Agitatoren in Mitteldeutschland genügen nicht, um den Anschauungen der Schule Uhle dort entgegenzutreten. Mit den Ausführungen des Genossen Mannsfeld selbst beschäftige ich mich nicht, weil sie alte Gemeinplätze waren und weil, ihm zu entgegnen, hieß, einen Leichnam totschlagen, und der Leichenschändung möchte ich mich nicht schuldig machen. (*Heiterkeit*)

Aber Genosse Pfemfert hat etwas gesagt, was mich geradezu in Erstaunen gesetzt hat. Er sagte, nachdem er diesen Knick gemacht hat, den er anderen vorwirft, wenn Levi, Däumig Aktionen unternehmen, um zur Macht zu kommen, so sind das gegenrevolutionäre Bestrebungen, und diese Aktionen wurden wir dann unterstützen. Ja, die würden wir, die müssen wir unterstützen (*Sehr gut!*); und wenn wir das nicht wollen, wurden es die Arbeiter ohne unseren Willen tun. (*Lebhafte Zustimmung*) Und wenn morgen sich wieder Aktionen von der Reaktion gegen die Mehrheitssozialisten ereignen sollten, werden wir diese Aktionen unterstützen in dem Bewusstsein, die Revolution vorwärts zu treiben. (*Lebhafte Zustimmung*) Die ganzen Ausführungen von

---

<sup>39</sup> Wahrscheinlich eine phonetische Übertragung des Namens NEUNAST, der zur Zeit Mitglied der KAPD war.

Genosse Pfemfert gipfelten darin, dass es ein großer Fehler war, dass wir uns sympathisierend zur Dritten Internationale erklärten. Ja, was sollten wir denn tun, abseits stehen? (*Zuruf: Eine vierte gründen!*) Es bleibt uns nichts anderes übrig, als eine weitere Internationale zu gründen oder uns hinter den Ofen zu setzen und über alles schimpfen, was uns nicht in den Kram passt, wie das eine gewisse Richtung besonders beliebt hat. Die beiden Genossen Rühle und Merges sollten in Moskau das vertreten, was wir wollten. Trotzdem will ich ohne weiteres zugeben, dass sie nicht leichtfertig, sondern nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Aber war das nun ein Grund, sich schmollend in den Winkel zu setzen und dann vergiftete Pfeile auf die Partei zu schießen, der nie angehört zu haben man sich dann rühmte! (*Sehr gut!*) Es kommt nicht darauf an, ob Rühle tatsächlich der Partei angehört hat oder nicht, sondern lediglich darauf, dass er glaubte, einen besonderen Trumpf auszuspielen: ich habe Euch doch geblässmeiert, ich bin ja gar nicht bei Euch gewesen. Wenn von Pfemfert gesagt wird, dass Rühle nach wie vor auf dem Boden der politischen Organisation stände, so stelle ich demgegenüber fest, dass er auf der Bezirkskonferenz in Leipzig im November ausdrücklich gesagt hat: wir in Ostsachsen sind soweit, dass wir die politische Partei entbehren können und erblicken in der A.A.U. die Einheitsorganisation und werden uns nur in der betätigen. Damit hat er die politische Partei vollständig überflüssig erklärt. Wenn er das jetzt als eine Dummheit erkennt und glaubt, sie revidieren zu müssen und jetzt durchblicken lässt in dem «Revolutionär», dass es vielleicht angebracht sei, eine neue politische Organisation zu bilden, die ganz auf dem Boden unseres Programms stehen soll – das ist doch eine Organisationsspielerei, um gewissen pathologischen Neigungen einzelner Personen fröhnen zu können, heute eine Organisation bilden und morgen sie zerschlagen, um wieder eine neu bilden zu können. Rühle ist auch nicht in die Abwehrstellung gedrängt worden. Dem Genossen Rühle ist vom Genossen Rasch Feigheit vorgeworfen worden. Damit hat Genosse Rasch nur das Kind beim richtigen Namen genannt. Dass Rühle Gelegenheit hatte, seinen Standpunkt in der Zentral-Ausschusssitzung in Berlin zu vertreten ist mir bekannt. In der Zentral-Ausschusssitzung, in der wir uns als sympathisierende Partei für Russland erklärten, war Rühle zugegen. Auch der Vertreter Ost-Sachsens stimmte dafür. Nur Merges und Rühle enthielten sich der Abstimmung, weil sie sich befangen glaubten, da sie kurz vorher aus Russland zurückgekehrt waren. Acht Tage später geht der Skandal los im «Dresdener Kommunisten» wie man so etwas machen könne, ein scharfer Strich müsse zwischen uns und der Dritten Internationale gezogen werden, Ost-Sachsen habe dagegen gestimmt, eine bewusste Wahrheitsbiegung. Urd als in der Zentral-Ausschuss-Sitzung über die Stellungnahme Rühles gesprochen werden sollte, hatte er keine Zeit, nach Berlin zu kommen. Ich habe ihn vorher darauf aufmerksam gemacht, dass er unbedingt dort seine Anschauung vertreten müsse. Er ist aber nicht in Berlin erschienen. Es würde mich nicht wundern, wenn jetzt Rühle den Brei, den er in Sachsen angerührt hat, die Genossen dort auslöffeln ließe und sich wieder in seinen Schmollwinkel zurückzöge. Das nennt man Feigheit.

Dann zur A.A.U.! Was ich in Leipzig auf der Tagung der A.A.U. von den einzelnen Vertretern gehört habe, war nicht im Geringsten das, was Genosse Schröder uns heute über das Wesen der A.A.U. vorgetragen hat, dem der größte Teil der Delegierten wohl zustimmen muss. Wir haben von Ost-Sachsen gehört: wir halten irgendwelche Versammlungen für überflüssig, wir machen alles im Betriebe, kein Betrieb hat sich irgendwelchen Beschlüssen zu fügen, wenn er glaubt, dass das nicht richtig ist. Das ist Autonomie. Das sind die Nachläufer des Kleinbürgertums. Diese Gefahr droht allerdings der Union. Die K.A.P.D. hat die Aufgabe, darüber zu wachen, dass innerhalb A.A.U. eine derartige Gefahr sich nicht ausbreitet. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass, mögen die einzelnen Betriebsorganisationen oder einzelne Gruppen der A.A.U. gegen unsere Partei Stellung nehmen oder nicht, wir durchaus nicht mit Repressivmaßnahmen antworten wollen. Wir müssen mehr versuchen, in allen Betriebsorganisationen Fun zu fassen, in

alle Betriebsversammlungen unsere Redner hineinzuschicken und den Geist der K.A.P.D. dort hineinragen und den wahren Geist der A.A.U., den Rätegedanken, wecken. Dementsprechend haben wir zu den vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen. Den Antrag von Spandau-Osthavelland sollten wir ohne weiteres annehmen, dass sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. aus den Gewerkschaften auszutreten und der Betriebsorganisation beizutreten haben. *(Sehr richtig!)* Seit dem vorigen Parteitag hat sich die Situation so zugunsten der A.A.U. geändert, dass wir heute ohne weiteres einen derartigen Antrag annehmen können. Den Antrag von Karlsruhe bitte ich abzulehnen. Das wäre ebenfalls so ein Stück Zellentheorie. Den auch ein weiterer Antrag von Zwickau, der die Art des Anschlusses an die Dritte Internationale verurteilt und als Endziel hinstellt, in der Union aufzugehen, auch abzulehnen ist, ist nach den trefflichen Ausführungen von Schröder selbstverständlich. Ich glaube, dass auch in Zwickau die Erkenntnis sich Bahn brechen wird, dass die Notwendigkeit von politischen Organisationen davon abhängt, inwieweit die Revolution vorgeschritten ist. Und Schröder hat trefflich nachgewiesen, dass bis zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft die politische Organisation notwendig ist. Die Resolution von Mitteldeutschland über die Dritte Internationale bitte ich anzunehmen. Sie ist vom Genossen Rasch verfasst, der im Bezirk Mitteldeutschland das Referat darüber hatte. Diese Resolution besagt in treffenden Worten alles das, mit dem wir uns ohne weiteres einverstanden erklären können. *(Bravo!)*

Genosse HEMPEL [Jan APPEL]- Berlin:

Durch die ganzen Ausführungen von Genosse Schröder sowie von Genosse Pfemfert geht ein roter Faden bis zu einem Knick, und diesen Knick müssen wir einmal beleuchten. Dieser Knick ist das, was wir am Syndikalismus verdammen, nämlich dass er in Wirklichkeit die Tat ablehnt. Daraus ist auch zu verstehen, dass man es ablehnt, in die Dritte Internationale hineinzugehen. Wenn man sagt, die 21 Bedingungen sind opportunistisch, so stimmt das. Aber wenn man sich nun deshalb weigert, da hineinzugehen, so erkennt man damit an, dass man nicht kräftig genug ist, dort in dieser Dritten Internationale für unsere Prinzipien zu kämpfen. *(Sehr richtig!)* Hier ist der Knick, der letzten Endes auf den Pazifismus und die Ablehnung der Gewalt hinführt. Hellwig wies schon darauf hin, dass wir die Aktionen der V.K.P.D. ablehnen sollen. Nein, wenn diese Aktion eine Revolution wird, wollen wir dass hinein, um diese Revolution durch unsere Tat und Mitwirkung über das hinauszutreiben, was sich die V.K.P.D. als Ziel gesteckt hat. Pfemfert sagt klar und deutlich: Revolution an sich ist bürgerlich. Das Wort müssen wir uns merken. Das trifft die ganze Schwere und zeigt in der ganzen Klarheit die Auffassung dieser Leute. Das ist die Auffassung des Syndikalismus, solange zu warten, bis wir die Mehrheit des Proletariats hinter uns haben. Nein, durch die Tat diese Revolution zu der Revolution zu machen, die sie sein muss, denn jede Bewegung, jede Umwälzung, jede Gewaltanwendung von Seiten der unterdrückten Klasse ist ein Fortschritt. Wir sollten also nach der Lehre von Genosse Pfemfert warten, und sollten die Revolution, die dann von der V.K.P.D., was wir ihr nicht zutrauen, in die Wege geleitet würde, bekämpfen, weil sie diese Leute in die Parteidiktatur hineinbringt. Wenn wir diese Revolution bekämpfen, bringen wir die alten Machthaber wieder ans Ruder; dann sind wir wirklich konterrevolutionär. *(Sehr richtig!)* Wenn wir das nicht tun, sondern nur beiseite stehen oder uns freuen oder warten und sagen, jetzt ist unsere Zeit noch nicht gekommen, nun, dann tragen wir sicher nicht dazu bei, dass diese Revolution in die Parteidiktatur für Levi usw. ausartet. Wir sind der Auffassung: hinein in die Kämpfe! *(Genosse Pfemfert: Sehr richtig!)* - Ja, dann sagen Sie es auch, Genosse Pfemfert, und nehmen Sie nicht einen anderen Standpunkt ein! *(Genosse Pfemfert: Du nimmst immer einen Satz heraus, konstruierst daraus einen Hampelmann und haust auf den los.)* - Jetzt wird ihm schwül bei seiner Rede! *(Heiterkeit)*

Nun zur Dritten Internationale! Pfemfert sagt, wir haben uns in die inneren Angelegenheiten Russlands nicht hineinzumischen. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir wollen der Dritten Internationale angeschlossen sein und wollen in Russland die Opposition gegen den Opportunismus stärken, der sich aus den Verhältnissen dort entwickelt hat. Nach Pfemferts Standpunkt dürften wir auch die Dritte Internationale letzten Endes nicht kritisieren. Wir wollen aber hinein in die Kämpfe und auch in die Parteikämpfe Russlands und in die Kämpfe der Dritten Internationale. Nun Flet man den wunderbaren Vergleich zwischen den deutschen Gewerkschaften und der Dritten Internationale gezogen. Die Levi-Gewerkschaften sind Institutionen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Diese zu revolutionieren, ist unmöglich. Diese Gewerkschaften werden ständig konterrevolutionär handeln müssen. Nun seht Euch die Sowjets Russlands an, die nicht von der Dritten Internationale zu trennen sind. Handeln die konterrevolutionär oder im Interesse der Revolution? Dass da drüben nicht alles so gut ist, wie wir es haben möchten, ist selbstverständlich. Aber folgende Grundfrage haben wir zu stellen: haben wir in der Dritten Internationale, in Sowjetrussland einen Boden, von dem aus die Revolution sich weiter entwickeln kann, von dem die Revolution zu einer wirklichen Revolution werden kann? Damit ist die Frage entschieden, ob wir als sympathisierende Partei der Dritten Internationale angehören können. Mein rein persönlicher Standpunkt ist der, dass, wenn die Arbeiterschaft der Welt nicht mit in die revolutionären Kämpfe eingreift, wenn die Weltrevolution nicht auf die anderen Länder übergreift, dann Sowjet-Russland gezwungen wird, in die kapitalistische Epoche zurückzugehen. *(Sehr richtig!)* Wenn wir der Auffassung waren, dass die Weltrevolution zu unterdrücken wäre, dass das internationale Kapital wieder gesunden kann, dann könnten wir uns auf den Standpunkt von Pfemfert stellen; und das würde unsere ganze Auffassung über den Haufen werfen. Genosse Pfemfert und andere sehen schon in Sowjet-Russland die ersten Anzeichen dafür, dass es kapitalistisch wird unter dem Schleier der Bolschewisten-Herrschaft. Die sagen es nur nicht, weil sie es noch nicht sagen können, denn die Taten beweisen etwas anderes. So zeigt sich allenthalben der Knick in diesen Auffassungen.

Dass die Stellung der Unionen zur politischen Organisation oder die Notwendigkeit der politischen Organisation! Die Vertreter der Einheitsorganisation lehnen letzten Endes wenn nicht gleich, so doch möglichst bald die politische Organisation ab, die lehnen jetzt die heutige K.A.P.D. ab. Und wenn man sich auf den Standpunkt Rühles stellt und ihn verteidigt, so hat man die Konsequenzen gezogen, und ich bin fest überzeugt, Genosse Mannsfeld war heute zum letzten Mal in unseren Reihen und wird abwandern. *(Zuruf: Ist nicht schade darum!)* Diese Leute haben mit der K.A.P.D. gebrochen. *(Sehr richtig!)* Sie wollen kommunistische Gruppen in die Union hineinlegen. Aber welche Folgen haben diese Zellen in der Union? Was sollen diese kommunistischen Gruppen in der Betriebsorganisation? *(Zuruf: Spalten!)* - Nein, ich will ohne weiteres ehrlich annehmen, dass sie den klaren kommunistischen Geist in der Betriebsorganisation hoch halten. Dass sind sie aber kommunistische Gruppen für ihren Betrieb zur Revolutionierung ihres Betriebes und zur Übernahme ihres Betriebes. Sie sind über die Kampfbedingungen des Bezirks nur dann klar, wenn sie auch im Bezirk zusammengeschlossen sind. Beschlüsse und Bindungen über den Bezirk erkennen sie nicht an, jeder geht auf seine eigene Faust vor, jeder ist König in seinem Betriebe! Wenn diese kommunistischen Gruppen irgendeinen Wert für die Revolution haben sollen, dann müssen sie über das Reich zusammengeschlossen sein und die Meinungen von Ost und West und Süd und Nord austauschen, damit wir klar werden, wie gekämpft werden muss im ganzen Reiche. Einen anderen Zweck hat die politische Organisation nicht. Wenn die einzelnen Gruppen demnach ihren Zweck erfüllen sollen, müssen sie klare Richtlinien und ein festes Programm haben, und das verändert sich rasend schnell bei der Entwicklung der Revolution. Wie sind wir innerhalb zweier Jahre gewachsen! Urd glaubt Ihr, wir sind am Ende? Die

Genossen, die dort als kommunistische Gruppe in der Betriebsorganisation sind, haben eine Auffassung, wie wir sie bis dahin festgelegt haben. Aber etwas Weiteres haben sie dann noch nicht. Dieses ständige Unterrichtet sein fehlt ihnen und jede Verbindung mit den anderen. Wenn man handeln will, muss man einheitlich handeln. Das oberste Gebot in der Revolution ist, dass wir einheitlich und fest und klar über alle Bedingungen der Revolution unterrichtet sind. *(Sehr richtig!)* Diese kommunistischen Gruppen in den einzelnen Betriebsorganisationen, die eine Bindung durch die Revolution nicht anerkennen, sind unfähig, sind Eigenbrötler, die nicht in die großen Kämpfe hineingezogen werden wollen und die nicht die enorme schwere Last des Klassenkampfes auf sich nehmen wollen *(lebhafteste Zustimmung)*. Also lassen wir uns nicht tauschen, dieser Knick in der Linie ist nun an dem Punkte, wo es zur wirklichen Gewaltanwendung kommt; dort gehen wir auseinander. Wer sich den Beschlüssen und der eisernen Disziplin der Revolution nicht fügt, der ist kein Kämpfer. Und nicht mit der Machtergreifung des Proletariats kann die politische Organisation verschwinden. Dieser Kern, diese Aufopferungsvollsten der Proletarier, die sich herausgerungen haben geistig durch schwere Arbeit, durch Aufbietung aller ihrer Energie, die ihr Leben letzten Endes geben wollen - dieser Kern muss bestehen bleiben. Ich gehe viel weiter als Genosse Schröder, der sagt, die politische Organisation hat darüber zu wachen, was in den Räten geschieht. Jawohl, aber sie hat noch viel mehr als Kontrollorgan späterhin zu tun, sie hat auch mit der Tat zu wachen, sie hat ständig mit der Tat voranzugehen und zu kämpfen unter Aufbietung aller Opfer. Und die Notwendigkeit einer solchen Organisation besteht solange, wie eben noch Einwirkungen des Kapitals und der bürgerlichen Ideologie bestehen *(Sehr richtig!)*, solange, wie es eben auch einen noch so verschleierte Kampf gegen die wirkliche Durchführung der Revolution gibt. Wehe dem Proletariat, welches seinen eigenen Kopf zerschlägt, den Kopf, der sich durchgerungen hat! *(Sehr wahr!)* Wehe dem Proletariat, das nicht weiß, wie es kämpfen soll! Pfemfert, Mannfeld und Rühle halten das Proletariat nur vom Kämpfen ab. *(Sehr richtig!)* Wer die Notwendigkeit der politischen Organisation aus Eigenbrötelei oder Feigheit ablehnt - hinaus mit ihnen aus unseren Reihen! *(Sehr richtig!)* Reiner Tisch muss gemacht werden, denn besser ein Kern, der nicht gehemmt wird von denjenigen, die nicht kämpfen wollen, die noch unter der Einwirkung der bürgerlichen Ideologie stehen. Mit Wurm in uns können wir nicht kämpfen. Auch in Russland konnte sich das Proletariat nur halten, weil ein eiserner entschlossener fester Kern da war, der geschmiedet wurde Jahrzehnte lang seit der Revolution von 1905. Wäre dieser Kern nicht da gewesen, wäre die russische Revolution zerschlagen worden. *(Sehr richtig!)* Seht, in welcher Not man dort gestanden hat! Und sie haben dort nicht den Mut verloren. Lässt uns die Lehren aus dieser Geschichte, die mit Blut in die Geschichte eingeschrieben sind, beherzigen und danach handeln! *(Sehr richtig!)* In Deutschland hat das Proletariat deshalb nicht gesiegt, weil es nicht wusste, wohin, weil es sich gängeln lässt von diesem oder jenem. Deshalb brauchen wir den festen Kern, der sich mehr und mehr in der Organisation bildet und zu dem die große Masse Vertrauen hat. Und das Kennzeichen dafür, dass unsere Organisation die revolutionäre politische Partei ist, die nur allein den Weg richtig geht - das Kennzeichen dafür ist, dass wir für die Räteform eintreten und uns abgewandt haben von jeglicher Mitarbeit am bestehenden System und herausgegangen sind aus den politischen Parlamenten, aus den wirtschaftlichen Parlamenten, zu denen die gesetzlichen Betriebsräte,

die Gewerkschaften, die Schlichtungs-stellen usw. letzten Endes gehören, bis zu den Stadtverordnetenversammlungen herunter. Das ist die bürgerliche Demokratie, mit der wir beherrscht werden, das ist die Ausdrucksform der kapitalistischen Herrschaft über uns. Wir haben die Klassenorganisation, die Betriebsorganisation zu gründen und zu propagieren als Vortrupp und danach zu trachten, dass in ihnen der Rätegedanke und der Gedanke der Ablehnung der bürgerlichen Institutionen hoch gehalten wird. Darüber haben wir heute zu wachen und dafür zu kämpfen, dass wir der Grundstock der kommenden neuen Gesellschaftsordnung sind. Aber kämpfen müssen wir und nicht diesen Knick machen aus Feigheit oder infolge Einwirkung durch die bürgerliche Ideologie. Nein, den geraden Weg wollen und müssen wir gehen, anders geht es nicht. (*Lebhafter Beifall*)

Genosse SCHILLER<sup>40</sup> - Berlin:

Pfemfert hat sich gegen den Anschluss als sympathisierende Organisation ausgesprochen. Er hat aber nicht gewusst, was er jetzt als politische Organisation sagen soll. (*Zuruf: Schmollwinkel!*) Es ist das Kennzeichen für diese Auffassung Negation. (*Sehr richtig!*) Pfemfert hat hauptsächlich Zitate von Schröder und Gorter gebracht, die heute noch richtig sind. Trotzdem sind wir der Dritten Internationale als sympathisierende Organisation angeschlossen. Das beweist, dass es möglich ist, trotz der Leitsätze des zweiten Kongresses, dass unsere Organisation mit ihren Grundsätzen in der Dritten Internationale ist. Wo haben wir Konzessionen gemacht? Wenn bewiesen werden soll, wir waren vielleicht den Weg des Opportunismus gegangen - bitte, einen Beweis!

Die Dritte Internationale, die nicht Führerdiktatur sein wird, die den Rätegedanken predigen und durchführen wird, ist das Ziel. Die B.O. ist auch erst der Anfang der Räteorganisation, und die Dritte Internationale, die heute ist, ist eben der Anfang. (*Sehr richtig!*) Die Innenrevolutionierung, die Zellentaktik lehnen wir nicht so allgemein ab. Und der einzige Weg, den wir gehen können, ist, dort zu wirken, wo der Anfang ist. Würden wir uns auf den Standpunkt Pfemferts stellen, dann könnten wir immer weiter reden für die kommunistische Internationale, wie wir sie uns denken. Dort ist aber der Platz, weil die Auffassungen dort noch unentwickelt sind; und die Geschichte wird beweisen, dass dort unsere Auffassungen sich entwickeln werden trotz aller Levis usw., weil unsere Auffassung eben die geschichtliche Berechtigung hat. Da die Schweizer und Österreicher sich den Befehlen von Moskau gefügt haben, spricht doch nicht gegen die Dritte Internationale, sondern gegen die Rückgratlosigkeit der Schweizer und Österreicher. (*Sehr gut!*) Es ist notwendig, dass die V.K.P.D. zum ersten Mal beweist, sie nicht nur Grundsätze hat, sondern dass sie dafür in der Dritten Internationale kämpft. (*Lebhafte Zustimmung*)

Genosse ADAM [Adam SCHARRER]:<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup>Paul Schiller (1887-1984), delegate of Berlin to the 2<sup>nd</sup> Conference of the Free Youth Organisation on 6<sup>th</sup> December 1908; during the war leading figure of the Freie Sozialistische Jugend (Free Socialist Youth). In September, 1920 the Free Socialist Youth changed their name in Communist Youth Association of Germany (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands). Opposition of the last one became the 'Communist Workers' Youth' (KAJ) when it split from the KPD (October 1920). See: *Protokoll der Reichskonferenz der Opposition der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands, 28. und 29. August 1920*, Verlag der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands, 1920, Schiller's report and intervention, pp. 9-13, 14-16. He left the KAPD to join the KPD in 1924. After 1945, member of the SED in Berlin.

Die Ausführungen von Genosse Pfemfert über unser Verhältnis zur Dritten Internationale beweisen, dass er mit dem Proletariat und dem Kampf, den wir führen, absolut nicht verwachsen ist. Man will die Organisation, die das Bürgertum mit dem Proletariat verbindet, versuchen zu erobern. Im Bewusstsein dessen, dass die Revolution die proletarische Klasse lostrennt, haben wir die Betriebsorganisation gegründet. Wir sind uns dessen bewusst, dass große Massen aus dem gewerkschaftlichen Rahmen früher oder später hinausgedrängt werden, dass sie gezwungen sind, diesen Rahmen von innen heraus zu sprengen und dass sie den Weg zur Revolution, wenn auch vielleicht vorher noch unbewusst, beschreiten müssen. In den Betriebsorganisationen soll den Massen die Möglichkeit gegeben werden, nun aus innerem Triebe heraus das wirklich durchzusetzen, was sie denken; und die K.A.P.D., die das Selbstbewusstsein fördern will, soll ihnen den Weg zeigen. Die anderen haben nicht das Rückgrat gezeigt, den Klasseninteressen in Deutschland Rechnung zu tragen, und haben in einer geschichtlichen Situation die Unreife der Massen gezeigt. Wir müssen diesen Kampf durchfechten. Und wenn wir jetzt als sympathisierende Organisation der Dritten Internationale angeschlossen sind, so ist die Frage der Resolution eine zweite Frage. Ob der Wortlaut der Resolution richtig ist oder nicht, darüber kann noch gesprochen werden. An dem geschichtlichen Gang der Dinge ändert das absolut nichts. *(Sehr richtig!)* Unbedingt richtig gestellt werden muss, dass man die Dritte Internationale geflissentlich mit dem russischen Staat in eine Linie zu bringen versucht, je nachdem, wie man es gerade gebrauchen kann. Die Hauptsache ist, ob man es versteht, gerade die Initiative des deutschen Proletariats auszulösen. Wir können das nur, wenn wir fest bleiben und Rückgrat behalten und uns nicht einlullen lassen durch irgendwelchen Einigkeitsrummel. *Erst Klarheit und dann Einheit!* sagt Karl Liebknecht. Es ist gesagt worden, die Taktik gegenüber dem Genossen Rühle wäre nicht richtig gewesen. Ich sage, nicht der Hauptausschuss hat sich dazu bequemt, gegen den Genossen Rühle frühzeitig genug vorzugehen, sondern die Arbeiterschaft der K.A.P.D. hat die Initiative ergriffen und hat den Hauptausschuss auf die Socken gebracht, dass er endlich einmal reinen Tisch macht mit dem Genossen Rühle. *(Vorsitzender Genosse Rasch: Sehr richtig!)* Genosse Schröder sagte, unsere Partei dürfe sich nicht von der Illusion leiten lassen, dass sie jemals an die Macht käme. Das stimmt, der Charakter unserer Partei. ist der, da die Revolution vorwärts getrieben wird. Aber was dann, wenn die Proletarier von der Revolution überrascht werden und eine Parteidiktatur des Spartakusbundes besteht? Darüber müssen wir uns klar werden, was dann zu tun ist.

---

<sup>41</sup> Adam Scharrer (13 Juli 1889 in Kleinschwarzenlohe (Mittelfranken) - 2. März 1948 in Schwerin). Adam Scharrer besuchte ab 1895 die Volksschule, nebenbei musste er die Gänse hüten. Anschließend absolvierte er eine Schlosserlehre und war nach eigenen Aussagen bis zu seinem vierzigsten Jahre als Schlosser in vielen Städten Deutschlands tätig, u.a. in Nürnberg, Pirmasens, Stettin, Braunschweig, Hamburg, Dessau, Wandsbek und Kiel. Auch nach Österreich, in die Schweiz und nach Italien kam der Arbeitssuchende. 1915 heiratete er Sophie Dorothea Berlin, die 1923 starb. Er versuchte dem inzwischen entfachten Ersten Weltkrieg zu entgehen, wurde dann aber im Januar 1916 als Artillerist an die russische Front entsandt. Inzwischen hatte er Kontakt zu revolutionären Kriegsgegnern aufgenommen. Zwischendurch fand er als Rüstungsarbeiter in Essen, danach in Berlin Arbeit. Gemäß seiner politischen Haltung trat er gegen Ende des Krieges dem „Spartakusbund“ bei, nahm am Streik der Munitionsarbeiter in Berlin teil, und ging 1920 schließlich dort zur KAPD, in der er eine leitende Position einnahm. Lernte Scharrer in den Krisenjahren der Weimarer Republik mit Arbeitslosigkeit und wechselnden Tätigkeiten (Metallarbeiter, Korrektor) umzugehen. Seine erste, anonym veröffentlichte Erzählung *Weintrauben* führte 1925 zu einem Prozess wegen „literarischen Hochverrats“. Er verließ die KAPD um 1929. Sein politisches Engagement führte nach dem 30. Januar 1933 dazu, dass die Nationalsozialisten ihn steckbrieflich suchten, er musste zunächst in Berlin untertauchen und noch im selben Jahr in die Tschechoslowakei emigrieren. Ein Jahr später kam er auf Einladung des Schriftstellerverbandes der UdSSR in die Sowjetunion, kurze Zeit hielt er sich in der Ukraine auf, kehrte aber bald in die Nähe Moskaus zurück, wo er in einer Autorenkolonie lebte. Unter anderem lernte er in dieser Zeit den bayrischen Schriftsteller Oskar Maria Graf kennen. Nach dem Ende des Krieges zog Scharrer nach Schwerin (sowjetische Zone) und fand dort vorübergehend eine Arbeit als Dezernent in der Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, gründete ferner mit anderen zusammen den dortigen Kulturbund, dessen Leiter der Literatursektion er schließlich wurde. Scharrer starb 1948 an den Folgen eines Herzanfalls in Schwerin. Scharrer gilt als einer der ersten „Arbeiterschiftsteller“ in Deutschland. So wird sein Werk „*Vaterlandslose Gesellen*“ (1930) als proletarische Antwort auf Remarques „*Im Westen nichts Neues*“ angesehen.

Die Politik des Genossen Pfemfert läuft darauf hinaus, nun nicht etwa vorwärts zu stürmen, sondern sich umzudrehen und auf die bestehende Parteidiktatur loszumarschieren. Wir haben dann die Aufgabe, diese Leute, die dann da oben sitzen, hinwegfegen zu lassen und die revolutionäre Initiative aus den Massen auszulösen und dann eventuell auch ein Stück von der Parteidiktatur zu übernehmen, denn Parteidiktatur oder Klassendiktatur kann nur heißen: Diktatur der klassenbewussten revolutionären Arbeiterschaft oder: Diktatur der gesamten Arbeiterschaft, die dann praktisch eine Diktatur der Bourgeoisie bedeuten würde infolge der ideologischen Einstellung der Arbeiterschaft. *(Sehr richtig!)* Es müssen dann auch diejenigen ausgeschaltet werden, die vielleicht gewollt oder ungewollt in ihrer Ideologie darauf ausgehen, nun demokratische Illusionen da hineinzutragen. Weil wir wissen, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Revolution selbst das Klassenbewusstsein nur steigern kann, haben wir jede revolutionäre Aktion auszunützen; und die beste Propaganda ist die Tat selbst. *(Sehr richtig!)* Und wenn wir durch einen keinen Trupp revolutionärer Arbeiter Erfolg haben, so haben wir keine Veranlassung, nun zu brüllen «Klassendiktatur», das würde bedeuten, nun Tür und Tor jedem öffnen, der sich als Arbeiter ausgibt; die Weißgardisten sind ja auch Proletarier. *(Sehr gut!)* Die Dritte Internationale wird immer mit dem deutschen Spartakusbund verwechselt. Das ist die Einstellung der Russen, die Einstellung der Dritten Internationale, vorwiegend begründet in den Erfahrungen gerade der russischen Revolution. Dadurch, dass eben die russischen Genossen wirklich die Erfahrungen ihrer Revolution verwerteten und den Klassenverhältnissen in Deutschland nicht Rechnung trugen, ist die Dritte Internationale eben zu einem falschen Schluss gekommen. Die Russen sind die Dritte Internationale, und das andere, was drum und dran hängt, können wir mit mehr oder weniger Ausnahmen, aber mit der bestimmten Ausnahme des deutschen Spartakusbundes nicht als einer, Bestandteil der Kommunistischen Internationale betrachten, sondern wir betrachten sie als irgendwelche Handlungsreisende, die in dem Moment gerade hier in Deutschland gewesen sind und sich durch Schlauheit oder irgendwelche Geschäftstricks da hineingeschmuggelt haben, dass aber gar kein deutscher Proletarier überhaupt beauftragt hätte. Wir sind uns bewusst, dass die Scheidung der Dritten Internationale von diesen Elementen das Werk der K.A.P.D. sein muss. Dies kann nur durchgeführt werden, wenn wir auf diesem Wege fortschreiten, wenn wir in der Lage sind, die deutschen Proletarier zu vertreten, und Leute nach Russland geschickt werden, die diesem Klassenwollen entsprechen und denen die deutschen Arbeiter dann das Vertrauen schenken, in diese andere Dritte Internationale. Wer das ist, ist gleichgültig. Aber diese Parteidiktatur und diese Filiale, die aufgemacht worden ist und den historischen Verhältnissen gar nicht entspricht, zu zertrümmern, bewusst zu zertrümmern, das ist der Weg, der praktisch zur Dritten Internationale führt.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Es ist noch folgender Antrag vom Vertreter der A.A.U. eingegangen:

«Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können seine Mitglieder, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen.»

Genosse OELSCHLÄGER - (Nord).

Die Ansichten des Bezirks Nord decken sich im großen und ganzen mit den Ausführungen von Genosse Schröder. Wir stehen auf dem Standpunkt der proletarischen Demokratie, d.h., dass auch Minderheiten hier zum Ausdruck kommen

sollen. Deshalb haben wir nichts gegen das Auftreten des Genossen Mannsfeld. Seine Ausführungen haben bewiesen, dass der Standpunkt der Minderheit in diesem Fall absolut nichts schadet. Er hat nur Negationen vorgebracht, absolut nichts Positives. Die Haltung der Berliner K.A.Z. bei Aufnahme in die Dritte Internationale billigen wir auch nicht. Zu dem Ausschluss des Genossen Rühle haben wir weder für noch gegen Stellung genommen. Aber da dem Hauptausschuss irgendwelche Dinge zu unterschieben, halte ich für sehr verfehlt. Wir haben stillschweigend uns auf den Standpunkt der Zentrale gestellt und keine Stellung gegen den Beschluss des erweiterten Zentralausschusses genommen, weil er vom letzten Parteitag gewählt ist und somit das Vertrauen dieses Parteitags hat. Die Stellungnahme der Genossen Rühle und Merges billigen wir deshalb nicht, weil sie den Kongress in Moskau vorzeitig verlassen haben und damit unterlassen haben, gemäß ihrem Mandat ihre Stellung zu allen Fragen klarzulegen. Nicht unsere Stellungnahme zur Internationale ist ausschlaggebend, sondern maßgebend ist, was wir in der nächsten Zeit durchzuführen gedenken. Das Schwerwiegende liegt nicht außerhalb des Landes, sondern vorläufig im Lande. Die Ausführungen Mannsfelds brachten nichts Sachliches, sondern nur Persönliches. Das entspricht keiner proletarischen kommunistischen Weltanschauung und Auffassung, sondern einer bürgerlichen. Das verträgt sich absolut nicht mit unserem Standpunkt. Die proletarischen Massen denken anders als die Genossen Mannsfeld und Pfemfert. Unseren Antrag zur Internationale ziehen wir zugunsten des Antrags Mitteldeutschland zurück. Den Standpunkt des Bezirks Spandau-Osthavelland zur Schreibweise der K.A.Z. nehmen wir nicht ein. Die Entwicklung in Deutschland zu behandeln, halten wir für wichtig. Die Fragen der Internationale und Russland haben unserer Meinung nach noch zu viel Raum in der K.A.Z. eingenommen. Den Antrag Zwickau zur Internationale verwerfen wir selbstverständlich.

Zur Union haben wir folgenden Antrag gestellt, der sich mit den Ausführungen des Genossen Schröder deckt:

«Der Parteitag der K.A.P.D. sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats in der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Sie verpflichtet die Mitglieder zu reger Propaganda für die Betriebsorganisation, erklärt jedoch, dass der Zeitpunkt des Verschwindens der Parteien nicht durch Resolutionen und Reichskonferenzbeschlüsse bestimmt werden kann, sondern eine Frage der historischen Entwicklung ist, dass die Parteien absterben werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben. Dieser Augenblick wird erst eintreten, wenn der proletarische Staat beginnt, sich in die kommunistische Gesellschaft umzuwandeln. Der Parteitag erklärt, alle Bestrebungen, die auf Auslösung der Partei in der jetzigen Zeit hinzielen, mit aller Energie zu bekämpfen.»

Unseren Antrag, der den Austritt aus den Gewerkschaften obligatorisch macht, ziehen wir zugunsten des Antrages von Genosse Ihlau zurück. Der Genosse Mannsfeld beklagte sich über den Einfluss von Berlin. Ich traue jedem Delegierten hier zu, er sich seine eigene Meinung selbst bilden kann. Aber wenn Berlin die Mehrheit der Partei hinter sich hatte, würden wir uns diesen Beschlüssen dieser Mehrheit fügen, denn wir folgen denen, die der Vortrupp der Revolution sind. Wir halten es für eine unerbittliche Notwendigkeit der Revolution, dass die Einheit vor allen Dingen gewahrt werden muss, selbst wenn wir die Genossen Mannsfeld und Pfemfert verlieren sollten.

Es wird hierauf folgender Geschäftsordnungsantrag von Berlin angenommen:

„Der Geschlossenheit der Diskussion wegen bitten wir, bis zur Beendigung dieses Punktes zu tagen.“

*Es wird weiter beschlossen, gegen 8 Uhr eine halbe Stunde Pause zu machen und dann weiter zu tagen.*

Vorsitzender Genosse RASCH:

Ich habe mich auch in die Rednerliste eintragen lassen zu einigen Richtigstellungen. Die Delegation, die nach Russland entsandt worden ist, um den Anschluss als sympathisierende Partei dort vorzutragen, ist nicht vom Hauptausschuss nach Moskau entsandt worden, sondern vom erweiterten Zentralkomitee, das heißt von den Vertretern der verschiedenen deutschen Wirtschaftsbezirke. Ich stelle das ausdrücklich fest, damit nicht die Meinung entsteht, dass von wenigen Personen des Geschäftsführenden Hauptausschusses die Delegation entsandt worden ist.

Dann sagte Genosse Pfemfert, dass keine technischen Schwierigkeiten vorgelegen, das Protokoll des letzten Parteitag drucken zu lassen. Der Genosse Pfemfert wollte die Drucklegung des Protokolls ereignen, so, dass sich die Partei verpflichtete, 3.000 Exemplare abzunehmen. Der Genosse Pfemfert hatte vielleicht 5.000 Exemplare drucken lassen, von denen er dann 2.000 auf eigene Rechnung verkauft hätte. Ein Vorteil wäre für die Partei dabei nicht entstanden, sondern sie hätte 5.000 Exemplare bezahlen müssen und hatte nur 3.000 erhalten. Und deshalb wurde von der Drucklegung Abstand genommen.

Dann wurde behauptet, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss versucht habe, seine Meinung innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke durchzudrücken. Ich stelle demgegenüber fest, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss nur in den Wirtschaftsbezirken vertreten war, von denen er aufgefordert worden ist, ein Referat zu übernehmen. Ich will das extra protokollarisch feststellen, um den Betreffenden das Wasser für ihre Agitation noch außen hin abzugraben, die damit eben operieren, weil ihnen sachliche Argumente fehlen. In Mitteldeutschland ist der Anschluss an die Dritte Internationale als sympathisierende Partei mit 19 gegen 10 Stimmen, also mit einer 2/3-Mehrheit angenommen worden, sodass der Genosse Mannsfeld als Vertreter des Mitteldeutschen Bezirks nicht die Ansicht der überwiegenden Mehrheit dieses Bezirks hier zum Ausdruck gebracht hat. Er hat somit sein Mandat überschritten, das ihm von Seiten des Wirtschaftsbezirks gegeben wurde. Ich habe in der Wirtschaftsbezirkskonferenz von Mitteldeutschland noch gesondert fragen lassen, ob die Vertreter für den Parteitag auch die Beschlüsse des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland auf dem Parteitag vertreten oder auf ihre Kandidatur zum Parteitag verzichten wollen. Der Genosse Mannsfeld hat darauf die Kandidatur nicht abgelehnt, wollte also damit zeigen, dass er gewillt ist, auch diesen Beschluss Mitteldeutschlands hier zu vertreten. (*Hört, hört!*) Er hat also das nicht gehalten, was dort versprochen war.

Auch auf der Bezirkskonferenz des Bezirks West-Sachsen war ich anwesend. Auch dieser Bezirk hatte in seiner überwiegenden Mehrheit den Beschluss gefasst, als sympathisierende Partei zur Dritten Internationale zu gehören. Darauf haben diejenigen, die diesen Standpunkt nicht einnahmen - es waren hauptsächlich Funktionäre der A.A.U. - die Konferenz verlassen. Wie nun nachträglich dieser Antrag von Zwickau zustande gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich möchte diese Dinge feststellen, damit klargelegt wird, wie jene Vertreter die Interessen derjenigen Mitglieder ihres Bezirks hier vertreten, die immer von der Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats reden und danach ganz anders handeln.

Vom Geschäftsführenden Hauptausschuss waren die Genossen Schwab und meine

Wenigkeit auch zu dem Haller Parteitag der U.S.P.D. entsandt worden, damit wir politisch informiert sind. Dort wünschte der Genosse Sinowjew eine Aussprache mit uns. Die Genossen Rühle und Pfemfert, die auch anwesend waren und an die diese Aufforderung zuerst erging, kamen zu mir und erklärten lässt Euch nicht auf eine Aussprache mit Sinowjew ein, denn wir haben derartig wichtiges Material in unserer Aktentasche, das wird in der nächsten Zeit veröffentlicht, und dann ist die Dritte Internationale in den Augen aller Proletarier gerichtet und kein Proletarier wird sich mehr mit der Dritten Internationale identifizieren. Ich erklärte: wenn dieses Material so wichtig ist, müsst Ihr als Mitglieder der K.A.P.D. uns dieses Material sofort geben, damit wir darin Einsicht nehmen können. Das lehnten diese beiden Genossen ab. (*hört, hört!*) In den nächsten Tagen erschien dann dieses wichtige Material in der «*Aktion*». Es war der Aufruf der Sozialrevolutionäre. (*Genosse Pfemfert: Stimmt gar nicht! Ein Teil!*) Ich nehme wenigstens an, dass es das war. Wenn es anders sein sollte, dann täte es mir überaus leid, dass es noch nicht veröffentlicht werden ist. Ich will hier nur feststellen, welche Kampfmethodologie in unseren Reihen geübt wird von jenen, die glauben, in Erbpacht genommen zu haben, über die K.A.P.D. zu wachen.

Anlässlich des Haller Parteitages sprach in einer Versammlung, einberufen von der K.A.P.D. Ortsgruppe Halle, Rühle. Es kam dort derselbe Standpunkt zum Ausdruck wie heute bei Mannsfeld, dass der Kampf, in dem das westeuropäische Proletariat steht, kein politischer Kampf ist, dass die Revolution in Westeuropa keine politische Revolution ist, sondern dass sie im Gegenteil eine ökonomische werden wird. Daraus resultiert auch die Begründung des Pazifismus, des Syndikalismus, denn wenn die Revolution eine ökonomische wird, dann muss man sie mit ökonomischen Mitteln bekämpfen und nicht mit den Mitteln des Aufstandes, das wäre die notwendige Folge davon. Rühle sagte weiter, infolge der geistigen Einstellung des Proletariats ist eine Schaffung einer revolutionären Partei in Deutschland unmöglich, wir können mit solchen kleinen aufgeklärten Grüppchen keinen revolutionären Kampf führen. Das bedeutet also, dass man überhaupt ablehnt, die Gedanken der Revolution durch die Tat wie auch durch Worte zu predigen, weil es ja doch zwecklos ist. Und als dann am 20. August alles auf des Messers Spitze stand, als das deutsche Proletariat die russischen Brüder, die an der ostpreußischen Grenze standen, in ihrem Kampfe zu unterstützen hatte, als wir als alleinige Organisation die Parole der Aktivität, der Solidarität herausgaben, dass schrieb Rühle einen Brief, als dieser Aufruf der Partei in der *K.A.Z.* abgedruckt war: wer sitzt dort in der Redaktion? Dort sind Putschisten, die bringen die Partei um Kopf und Kragen. Er schwamm also ganz in dem Fahrwasser der Pazifisten. Weiter sagt Genosse Rühle. wenn der Arbeiter aus dem Betriebe geht und in seiner Stube auf dem Sofa sitzt, dann ist für ihn die revolutionäre Frage erledigt; nur solange, wie er in dem Betriebe ist, denkt er revolutionär. Genosse Rühle weiß anscheinend nichts von der Not des Proletariats, das sich hauptsächlich ausdrückt, wenn er nach Hause kommt und seine Familie nichts zu beißen und zu brechen hat. Er stellt sich den Proletarier als Kleinbürger mit einem Schreibergarten vor. Es ist tatsächlich zu bedauern, dass man sich hier auf dem Parteitag herum solche Dinge zu sagen. Man müsste tatsächlich glauben, dass alle diese Richtungen gar nicht von den Proletariern ausgehen, sondern von Leuten, die den Proletarier nur vom Hörensagen kennen. (*Lebhafte Zustimmung*). So sehen wir denn auch z.B. in Ost Sachsen, dass infolge derartiger Tendenzen die A.A.U. dort vor der Spaltung steht, und zwar dadurch, dass man eine derartige politische Organisation in die A.A.U. hineinpflanzt.

Ich hoffe, dass die K.A.P.D. zu klar sieht und dass die Delegierten der Übrigen Wirtschaftsbezirke mit Ausnahme des Genossen Mannsfeld und des Zwickauer Delegierten einmütig die Auffassung haben werden, wie sie in dem erweiterten Zentralausschuss zum Ausdruck gekommen ist. Ich hoffe, dass Sie die

entsprechende Resolution annehmen werden.

Genosse SPINNRAD<sup>42</sup> (Rheinland):

Als wir damals in Essen die A.A.U. gründeten, ließen wir uns nicht träumen, dass dieses Gebilde solche Konfusion hervorrufen würde. Wir haben damals die A.A.U. gegründet zu dem einzigen Zweck, um mit unserer kommunistischen Propaganda in die Betriebe eindringen zu können, weil wir in der illegalen Zeit nicht mit unserer kommunistischen Propaganda in die einzelnen Betriebe eindringen konnten. Es trat auch klar zutage, dass bei einer geschickten Agitationsweise die A.A.U. ungeahnte Dimensionen annehmen könnte. Der Spartakusbund war damals noch nicht zu einer reinen Auffassung gekommen; es hieß damals einmal: gegen die Gewerkschaften, und dann wieder: wir müssen in die Gewerkschaften hinein. Es war von dieser Partei nichts Konsequentes zu erwarten. Große Schichten der Proletarier, die sich im Spartakusbund organisiert hatten, befanden sich mit dem Spartakusbund in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage gar nicht in Einklang. Wir hatten nun in unserem engeren Bezirk von diesen Wirrnissen und Streitfragen innerhalb der A.A.U. bisher gar nichts oder wenig gehört. Erst nach der Leipziger Tagung traten diese Gegensätze mit aller Schärfe hervor. Leider ist zu konstatieren, dass sich die Delegierten von West-Deutschland samt und sonders auf die Parole einstellten: die Einheitsorganisation. Wir wollten bei unserer Gründung der A.A.U. alle revolutionären Elemente zusammenfassen, die vollständig mit der gesamten bürgerlichen Auffassung gebrochen hatten, um als reine Klassenkämpfer sich ausleben und auswirken zu können. Von diesem Standpunkt ist man leider abgegangen, und man ist auf Stimmen- und Mitgliederfang ausgegangen. Nach diesem reinen Klassenstandpunkt wird heute nicht mehr gefragt. Und so werden wir in aller Kürze konstatieren können, dass sich innerhalb der A.A.U. Schichten breit machen, die alles andere sind als Vertreter des Klassenkampfes. Und wir als K.A.P. haben alle Ursache, diese Bewegung innerhalb der A.A.U. sorgfältig zu beobachten (*Sehr richtig*) und, wenn es nicht anders geht, Stellung gegen die A.A.U. zu nehmen (*Hört, hört!*), auch dann, wenn es den Überbonzen nicht recht sein wird. (*Hört, hört! und Sehr gut!*) Denn leider macht sich in der A.A.U. das Bonzentum in der schlimmsten Form breit. Gewiss sollen wir keine Parteipolitik treiben, sondern wir sollen uns Elle als Kommunisten innerhalb der A.A.U. zeigen; und wenn wir dem Kommunismus in die Cage der Mitglieder der A.A.U. einhämmern, dann haben wir unsere Pflicht erfüllt. Wie steht es aber heute in dieser Beziehung? Alles, was nur irgendwie mit der K.A.P.D. in Verbindung steht, wird von diesen Leuten dort schon von vornherein abgelehnt. Wenn man heute mit einer Aktenmappe irgendwo als Referent in der Versammlung der A.A.U. erscheint, wird man von vornherein schon als Bonze angesehen. (*Heiterkeit*) Es wird einem gleich gesagt: Genosse, du bist ja ein ganz guter Kerl, aber Deine Aktenmappe kannst Du nächstens zu Hause lassen. (*Heiterkeit*) Das sind hysterische Leute, die seiche Dinge sprechen, und gegen solche Hysteriker muss man Stellung nehmen. Das lässt nur ein typisches Beispiel dafür, wie weit sich die Sinne in der Beziehung verirrt haben. Ich muss auch hier die Organisationsspielerei etwas streifen. Der Streik in Hamborn unseligen Angedenkens hatte solch große Chancen auf Erfolg, dass wir damals alle dachten, dass aus diesem Streik etwas Brauchbares für die Revolution zu machen gewesen wäre. Leider wurde die Stimmung innerhalb des revolutionären Proletariats in Rheinland und Westfalen von der berühmten V.K.P.D.-Zentrale in Berlin, Münzstree, das Genick gebrochen. Das hätte für unsere Genossen ein Ansporn sein müssen, in der Agitation jetzt restlos ihren Mann zu stehen. Das war ein Propagandamittel, wie es uns so leicht nicht mehr geboten wurde. Leider hat man das versäumt und versuchte nun, diese schon von vornherein abgewürgte Aktion neu

---

<sup>42</sup> Spinnrad, Essen, wahrscheinlich Peter Spinnraths (Ruhr), der war Mitglied des *Vollzugsrats* in Essen, März 1920. [Ehrard Lucas, 1978].

zu beleben. Einige radikale Personen versuchten nun von Seiten der Union in Verbindung mit einigen Syndikalisten, diese Aktion auf die Spitze zu treiben, man rief den Generalstreik aus mit dem Erfolge, dass diesem Aufruf leider nicht nachgekommen werden konnte. Das sind Organisations- und Revolutionsspielereien. Wenn diese Schandtät der Rätezentrale der V.K.P.D. restlos agitatorisch ausgenutzt worden wäre, dann hätte man für die Sache der Revolution viel mehr tun können als so. Nicht genug damit, man provozierte auch noch in anderer Beziehung wieder eine solche Bewegung und improvisierte mit einem kleinen Konsortium von hergelaufenen Leuten einen Generalstreik in Düsseldorf mit dem Erfolg, dass auch dieser ins Wasser fiel. So etwas darf nicht sein. Die Union ist zu ganz anderen Aufgaben da alle kleinen Streiks zu inszenieren, sondern sie hat sich restlos darauf einzustellen, dem Endkampf vorzubereiten zur Überwältigung der kapitalistischen Gesellschaft. Das hat man heute ganz aus den Augen verloren, man will sich in jeder Form betätigen.

Ihr werdet Euch wundern, dass die A.A.U. bisher so wenig Erfolge im Bergbau gehabt hat. Es besteht dort die Gelsenkirchener Richtung, die freie Arbeiterunion, die heute unter den Fittichen der V.K.P.D. steht. Diese freie Arbeiterunion hat von Anfang an auf dem Programm der Betriebsräte gestanden. Nachdem dort aber der Generalstreik beschlossen worden war, sagte der Vertreter dieser Organisation, sie von der Gelsenkirchener Organisation der freien Arbeiterunion, würden sich dem Streik mit allen Mitteln entgegenstellen. Daraufhin sind viele Gruppen der Schachtorganisation heute dabei, sich der A.A.U. anzuschließen. Einige Zechen haben diesen Weg schon gemacht. Aber das Verderben ist, diese sich nicht mit dem Programm einverstanden erklären können. Auch dann noch nicht, wenn sie sich der A.A.U. angeschlossen haben, wollen sie nicht von ihren Betriebsräten ablassen; und das darf nicht sein. Trotzdem werden diese Gruppen in die A.A.U. aufgenommen. Weiter sind die Syndikalisten von Mühlheim a. R. schon längere Zeit zu der A.A.U. übergetreten. Auch diese Leute haben bisher von ihren gesetzlichen Betriebsräten noch nicht abgelassen. So können wir heute konstatieren, dass ein Konglomerat von Leuten sich in der A.A.U. breit macht, die nie auf einer gemeinsamen Basis stehen, und jede Gruppe nimmt für sich autonom ihre Auffassung von dem Statut in Anspruch. Wenn man da nicht mit eisernem Besen Ordnung schafft, wird die A.A.U. über kurz oder lang in sich zusammenbrechen. Der Weg dieser Leute, die heute das Heft in der A.A.U. in der Hand haben, ist nicht der richtige, und wir werden den Kampf mit diesen Leuten aufnehmen müssen. Leider hat die A.A.U. noch keine einheitlichen Satzungen in Deutschland. Einheitlich ist man wohl der Auffassung, dass die Parteiverneinung immer mehr und mehr Platz greift, aber nicht Parteiverneinung allerwege und die Propagierung der Einheitsorganisation, sondern man stellt sich bei uns auch die Propagierung der Einheitsorganisation so vor, dass die Genossen der K.A.P.D. in die A.A.U. restlos übergehen können, dass sie der politischen Organisation Ade sagen sollen. Ist damit die Einheitsorganisation geschaffen? Es ist uns gesagt worden, Ost-Sachsen wäre der vorgeschrittenste Trupp des Proletariats, sie hätten dort die politische Partei überwunden. Gibt es bei Euch in Ost-Sachsen keine V.K.P., keine U.S.P., keine S.P.D., keine Deutschnationale Partei mehr? Oder habt Ihr Eure Einheitsorganisation darin erreicht, wenn außer der K.A.P. alle anderen Parteien ruhig bestehen können? Wir stehen vollständig auf dem Standpunkt des Genossen Schröder, dass die Propagierung der Einheitsorganisation unsere Hauptaufgabe sein muss innerhalb der A.A.U. Aber uns heute schon auf den Standpunkt zu stellen, dass die politischen Parteien zu verschwinden haben, ist ein Unding. Solange die bürgerliche Gesellschaftsordnung noch besteht und der politische Kampf nicht von wirtschaftlichen Organisationen betrieben werden kann, wird es auch noch politische Parteien geben. Dass die Genossen in der A.A.U. meinen, dass die politischen Parteien ein überwundener Standpunkt waren, das zeugt von der Kurzsichtigkeit dieser Leute. Die A.A.U. ist noch lange nicht, was sie eigentlich sein soll. Sie ist heute noch keine revolutionäre Organisation, kein Instrument des Klassenkampfes, sondern sie soll erst

von den Kommunisten zu solchem Instrument gewacht werden, denn alles, was bisher die A.A.U. gemacht hat, dass sie das schon ist, als was sie sich ausgibt. Wir werden uns darauf einigen können, dass wir die Ansichten des Genossen Schröder als Gemeingut der Partei betrachten. Alle anderen Ansichten, so die von Ost-Sachsen können ruhig draußen bleiben. Es ist nicht unsere Absicht, als Partei einen maßgebenden Einfluss innerhalb der A.A.U. auszuüben. Wir müssen nur darüber wachen und eine Gewähr in Anspruch nehmen, dass wir die Mitglieder der A.A.U. als Klassenkämpfer erziehen, das sind sie bis heute noch nicht.

Genosse NAUTKUSS<sup>43</sup> (Nord-Sachsen).

Wir haben bei uns mit den Anhängern der Einheitsorganisation zu kämpfen. Genosse Pfemfert hat gesagt, durch die Dritte Internationale ist die Revolution gehemmt worden, indem sie die Spaltung in die Parteien hineingetragen hat. Das ist dasselbe, was die U.S.P. und die Gewerkschaften fortwährend jammern. Ich sage, dass dadurch die Dritte Internationale eine historische Aufgabe vollzogen hat, denn die Arbeitermassen fangen jetzt an zu denken und sich zum Selbstbewusstsein erwacht. Das können wir besonders in Braunschweig auch konstatieren, Die Braunschweiger Kommunistenzeitung, die Niedersächsische Arbeiterzeitung, übt in den letzten Nummern sehr scharfe Kritik an Levi und Konsorten. Sie bekämpft die Zentrale der V.K.P. mit denselben Argumenten, mit denen wir bisher den Spartakusbund bekämpft haben. Die kommunistische Zeitung von Niedersachsen schreibt, dass die Dritte Internationale gewusst hat, was sie tat, als sie die K.A.P. als sympathisierendes Mitglied aufnahm, denn sie hat erkannt, dass der Spartakusbund oder die V.K.P. nicht so aktiv ist, wie sie sein sollte. Wir sind, sagt sie, deshalb von der Dritten Internationale aufgenommen worden, weil wir der revolutionäre Teil sind, weil die Zentrale der V.K.P. beim Kapp Putsch, in den Augusttagen und jetzt bei den Besprechungen der Verhandlungen in Paris vollständig falsche Parolen ausgegeben hat und wir, die K.A.P. die richtigen Parolen ausgegeben haben. Wir sehen, dass da schon die Kritik dort hineingetragen worden ist. Pfemfert verfallt in dieselben Anschauungen und in dasselbe Gejammer.

Merkwürdig waren die Ausführungen des Genossen Mannsfeld über Rühle. Warum hat Rühle auf dem Gründungsparteitag der K.A.P. nicht gleich die Einheitsorganisation gepredigt und gesagt, dass die Partei nicht notwendig wäre, dass sie in der Union aufzugehen hätte? Er hat sich nach Moskau delegieren lassen und seine wahre Überzeugung verschwiegen. Er hat da schon unehrlich gehandelt.

Die Dannenberg-Richtung <sup>44</sup> in Braunschweig propagiert auch die Einheitsorganisation. Sie hat einen großen Aufruf erlassen und will den Eindruck hervorrufen, als ob sie eine große Organisation hinter sich hat. sie nennt sich «sozialistische Industriearbeiter-Union Deutschlands». Sie hat sich auch eine Generalexekutive für das ganze Reich geschaffen. In diese ist die ganze Konferenz hineingewählt worden, die in Braunschweig vertreten war. (*Heiterkeit*) Auf dieser Konferenz waren nur 23 Genossen aus Braunschweig und 3 Genossen aus dem Bezirk Braunschweig (*Heiterkeit*), die aber das nicht anerkannt haben. Die ganze Exekutive besteht nur aus dem Anhang Dannenbergs. Man hat dort einen besoldeten Beamtenapparat erst geschaffen und geht nun mit amerikanischem Bluff in die Welt hinaus, als wäre sie eine große Organisation im Reich, um dort Dumme zu finden, die

---

<sup>43</sup>Franz Pfemfert in seinem Bericht über dem KAPD Kongress gibt den Namen von DANTGUSS. (*Die Aktion*, Heft 11/12, 19. März 1921, S. 159).

<sup>44</sup> In 1919 the German-American Karl Dannenberg (1877-?), a long-time member of the IWW and a representative of the IWW minority tendency [Workers' International Industrial Union (WIIU)], tried to organize a IWW branch in Braunschweig. He was at first member of the AAUD, and then expelled from the AAU for parlamentarist tendencies. Its organ was *Die Fackel*.

nachher die Mittel für sie aufbringen. Die Generalexekutive setzt sich aus einem Mitglied von jeder Industrieabteilung zusammen. Es bestehen nun über 20 Industrieabteilungen. 23 waren auf der Konferenz. Also hat jeder einen Posten erhalten. (*Heiterkeit*) Die Union in Braunschweig hat Dannenberg ganz energisch abgeschüttelt. Das ist nur dadurch gelungen, dass die Partei sich energisch um diese Sache gekümmert hat. Dannenberg steht jetzt vollständig mit seinem Anhang

allein und versucht jetzt, im Reiche Dumme zu finden, die das Geld für sie aufbringen. Es sind keine Revolutionäre, denn sie lehnen den Kampf mit der Waffe ab. Sie wollen nur mit der Wissenschaft kämpfen. Wir in Braunschweig stehen auf dem Standpunkt, dass wir mit der Wissenschaft und auch mit der Waffe kämpfen müssen. (*Sehr gut!*)

*Es tritt hierauf eine halbstündige Pause von 7.40 - 8.10 ein. Abend nach 8 Uhr*

Genosse DREBETZKI<sup>45</sup> (*Osthavelland*):

Es ist hier bemängelt worden, da die Union mit der K.A.P.D. in Differenzen geraten ist. Wo das vorgekommen ist, mag auf den Aufbau der Betriebsorganisation zu Anfang nicht so großes Gewicht gelegt worden sein. Wir haben in Spandau-Osthavelland in der ersten Zeit auch nicht solch großes Gewicht darauf gelegt. Als aber nachher allerhand Strömungen hineinkamen, gingen wir anders vor und nahmen die Mitglieder nicht gleich in die A.A.U. auf, sondern machten denen, die eintreten wollten, erst zur Pflicht, das Programm der A.A.U. zu legen und nach vier Wochen zu erklären, ob sie sich mit dem Programm einverstanden erklären können. Wir haben nicht all und jeden aufgenommen, um nicht irgendwelche Wirrköpfe und allerhand Strömungen hineinzubekommen. Daher besteht auch bei uns ein sehr gutes Verhältnis zwischen A.A.U. und K.A.P.D. Genosse Rühle ist mir als Feigling bezeichnet worden. Ich kann dem nur zustimmen. Im Auftrage einiger unserer Mitglieder, die dachten, dass wir sie von der Bezirksleitung über Rühle nicht richtig informierten, habe ich den Genossen Rühle gebeten, in einer Versammlung in Spandau-Osthavelland zu erscheinen. Er hat auch zugesagt. Kurz vor der Versammlung habe ich ihn nochmals schriftlich aufgefordert, zu erscheinen. Der Genosse Rühle ist aber nicht erschienen. Ein paar Tage später traf ich ihn. Er ging mit einer Handbewegung darüber hinweg. Das ist für ihn charakteristisch.

Nun zu unserem Antrag:

«Die Schreibweise der K.A.Z. zu revidieren dahingehend, dass den Mitgliedern eine bessere Aufklärung geschaffen wird über unsere Opposition gegen die Auswirkung der proletarischen Diktatur in Russland unter Staatsautorität. Der Parteitag sieht darin die ebenso in gleichlaufendem Referat die Stabilisierung der K.A.P.D.»

Es ist gesagt worden, dass die K.A.Z. nicht so viel Platz hätte, sich damit zu beschäftigen. Wenn aber die K.A.Z. über Russland schreibt, müssen wir unseren Mitgliedern auch klar machen, was unter Staatsautorität zu verstehen ist und was unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen ist. Das können meistens die Mitglieder nicht auseinanderhalten, sie verstehen genau dasselbe darunter. Darum ist über diesen Gegensatz Aufklärung zu schaffen.

Genosse SCHWAB - Berlin:

Aus der Gesamtdiskussion verstehe ich den Antrag von Spandau-Osthavelland so, dass

---

<sup>45</sup>Pfemfert in seinem Bericht über dem KAPD Kongress gibt den Namen von GREWITZY. (*Die Aktion*, Heft 11/12, 19. März 1921, S. 159).

die Spandauer Genossen einen schien Diktatur des Proletariats und scheint sich mit einer Reihe von zur Frage der Parteidiktatur und zur zum Ausdruck gekommen sind. (*Sehr richtig*). Auf diese allgemeinen Dinge möchte ich gleich ganz allgemein und grundsätzlich eingehen. Die Frage, in welcher Form die Diktatur des Proletariats sich bei uns in Deutschland ausgestalten wird, lässt sich von vornherein nicht eindeutig bis in alle Einzelheiten beantworten. Aber ich glaube doch, dass man die Grundlinien der künftigen Entwicklung doch wohl etwas schärfer und deutlicher sehen kann, als es sicher von sämtlichen Rednern getan worden ist. Ich bin nämlich überzeugt, dass die schweren politischen Fragen, die das Proletariat zu Ibsen hat, keineswegs leichter werden von dem Moment an, wo das Proletariat in irgendeinem günstigen Moment die Macht übernommen hat, sondern dass sie darin zunächst noch schwerer werden (*Sehr richtig!*), weil nämlich dann die ganze Verantwortung für das politische Schicksal des gesamten Proletariats der proletarischen Diktatur zufallen wird. Die Aufgaben werden dann zu einem sehr großen Teil wirtschaftlicher und allgemein gesellschaftlicher Natur sein, sie werden zu einem sehr starken Teil und noch auf lange Zeit hinaus auch rein politisch sein. Schröder hat von den Notwendigkeiten gesprochen, eine auswärtige Politik von dieser deutschen Diktatur des Proletariats aus zu treiben und diese auswärtige Politik natürlich auch mit den nötigen politischen Machtmitteln zu unterstützen. Aber mindestens ebenso großes Gewicht ist zu legen auch für lange Zeit auf die innerpolitischen Notwendigkeiten, die diese Diktatur zu erfüllen hat. Vielleicht ist sogar in einem verschärfteren und erschwerteren Maßstabe als in Russland der Kampf des siegreichen Proletariats gegen die zunächst einmal unterdrückte Bourgeoisie und ihre gesamten Mitläufer militärisch, bäuerlich, kirchlicher Art usw. zu führen. Zu den politischen Mitteln hierfür gehört der Apparat der proletarischen Gerichte, Revolutions-Tribunale, der gesamte innenpolitische Verwaltungsapparat, die rote Armee. Das sind alles Dinge, die nur von politischen Räten, nur von einer politischen Macht ausgeführt und durchgeführt werden können. Und wenn man dann unterscheiden möchte zwischen Staatsautorität und Diktatur des Proletariats, so weiß ich wirklich nicht genau, wo eigentlich in den konkreten Tatsachen dieser Entwicklung dieser Unterschied liegen soll. Denn was ist der Staat? Die Institution einer Klasse zur Unterdrückung der anderen Klasse, eine besondere Repressionsgewalt, eine vom Volksganzen losgeloste Institution; und eine solche politische Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen wird auch das deutsche Proletariat zur Unterdrückung der Bourgeoisie und aller konterrevolutionärer Regungen auf lange Zeit hinaus brauchen. (*Sehr richtig!*) Das ist eine Staatsautorität und nichts anderes. Und eine Staatsautorität hat sich zu stützen schließlich letzten Endes auf die Gefängnisse und die bewaffnete Macht. Gewiss werden die einzelnen Glieder dieser Staatsautorität anders aufgebaut sein als die der allen. Die rote Armee wird von Grund aus mit anderem Geiste erfüllt sein, auch organisatorisch anders gestaltet sein als die bisherige weine Armee des bürgerlichen Staates. Aber eine Staatsgewalt wird vorhanden sein. Wenn wir uns das vor Augen halten, so muss man doch auch sehr bedenklich werden gegen die Propaganda der Einheitsorganisation. Da gehe ich weiter als andere Diskussionsredner bisher. Wenn man gesagt hat, dass die Einheitsorganisation des Proletariats letzten Endes erst verwirklicht sein wird als Organisation der in einer klassenlosen Gesellschaft produzierenden Menschheit, so entbehrt damit der Begriff «Einheitsorganisation» nahezu jeden besonderen Inhalt. Diese Propaganda für eine Einheitsorganisation ist dann ihrem faktischen Inhalte nach, ihrem konkreten Ziele nach nichts anderes als die Propaganda für die kommunistische Gesellschaft. (*Sehr gut!*) Dan wir Propaganda für die kommunistische Gesellschaft machen wollen, darin sind wir uns alle einig und auch mit der Union einig. Wenn man daneben noch eine besondere Propaganda für die Einheitsorganisation macht, so kann nichts anderes dahinterstecken, als dass man eben den Worten «Einheitsorganisation» irgendeinen anderen Inhalt unterschiebt, irgendeine

nebelhafte Zusammenfassung des Proletariats schon vor der kommunistischen Gesellschaft, schon im Laufe des Kampfes in irgendwelchem Stadium - darüber besteht die Meinungsverschiedenheit, in welchem -, indem es schon nicht mehr nötig sein wird, politische Organisation und wirtschaftliche, gesellschaftliche Organisation getrennt zu haben. Ein solches Stadium des Kampfes, in dem das möglich wäre, sehe ich nicht vor dem Endstadium. *(Sehr richtig!)* Und so bin ich der Ansicht, dass die Propaganda für die Einheitsorganisation, die im Programm der A.A.U. steht, künstlich züchtet eine Illusion beim Proletariat. Dass diese Illusion bei den Arbeitern vorhanden sein muss, verstehe ich ganz gut aus dem Widerwillen heraus, der sich jedes gesunden Menschen einmal bemächtigt, wenn er eine Zeitlang in politischen Kämpfen gestanden hat, der da sagt: was sollen diese ganzen Streitereien, im Grunde genommen sind wir ja einig, als strömen wir in eine Einheitsorganisation zusammen. Diesen Gedankengang verstehe ich ganz gut. Aber damit ist nicht gesagt, dass er richtig wäre. *(Sehr richtig!)* Das ist ein notwendiges Ergebnis eines sehr qualvollen Kampfes, der jeden einmal befällt, und dann kommt einmal die schwache Stunde, wo man die Klarheit lieber beiseitelässt zugunsten einer schönen phantastischen Idee. Aber es darf nicht die Aufgabe und das Programm der A.A.U. sein, auf diese Illusion irgendwie einzugehen, sondern es muss ihr Programm werden, diese Illusion zu beseitigen nicht zugunsten irgendeiner bestimmten politischen Partei, sondern zugunsten einer klareren Einsicht in die Notwendigkeiten der Weiterentwicklung des politischen und wirtschaftlichen gesellschaftlichen Kampfes. Nun sagt man, die Union ist je heute schon der Anfang einer Einheitsorganisation, denn sie kämpft je heute schon zugleich politisch und wirtschaftlich. Das ist je richtig, die Union kämpft und sollte viel mehr, als sie es faktisch tut, politisch und wirtschaftlich zugleich kämpfen. Das ist aber nie ganz scharf formuliert worden. Wenn sie Wert darauf legt, dass es so ist, so wird damit einmal der Unterschied festgehalten gegenüber der Art des wirtschaftlichen Kampfes, wie ihn die Gewerkschaftler verstehen, in deren Sprache wirtschaftlicher Kampf nichts anderes bedeutet als der Kampf um einen Tarif, um eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter, um eine Reform wirtschaftlicher Art. Dass wir dieser Art des wirtschaftlichen Kampfes ein für allemal abgeschworen haben und der wirtschaftliche Kampf auf diese Ziele nicht beschränkt sein darf, so verstehe ich natürlich sehr gut, wenn die Union erklärt wir sind keine reine wirtschaftliche Organisation. Und auch weil heute wirtschaftliche Kämpfe, sofern sie irgendwie über das kleinste Man hinausgehen, in politische Kämpfe übergehen, so ist es natürlich auch richtig von der Union, zu sagen, sie kämpft wirtschaftlich und politisch zugleich. Aber nun daraus die Folgerung ziehen zu wollen, dass die Union bereits der Anfang der Einheitsorganisation sei, die vor der kommunistischen Gesellschaft zu verwirklichen wäre, das scheint mir denn doch falsch, denn der erste von mir angeführte Grund ist allerdings etwas ernster. Es gibt Verteidiger der Einheitsorganisation im heutigen Stadium, die sagen: da heute ernsthafte wirtschaftliche Kämpfe sofort in politische umschlagen müssen, ist es notwendig, eine Organisation zu schaffen, die auf beiden Gebieten kämpft. Dieses Argument übersieht vollkommen, der politische Kampf ja seine Stetten noch außerdem hat, dass die politischen Kämpfe infolge der wirtschaftlichen Kämpfe ja lange nicht der einzige Kampf politischer Art ist, den die Arbeiterklasse zu führen hat, sondern dass es daneben rein politische Kämpfe gibt, die auch auszufechten sind schon innerhalb der Arbeiterklasse selbst zwischen den nun einmal bestehenden politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ein anderes Argument dagegen bringt uns sachlich weiter, das davon ausgeht, dass man bisher unter wirtschaftlichen Kämpfen reformistische Verhandlungen verstanden hat, die man nicht mehr will. Dieser Kampf, den die Union zu führen hat, ist ein politischer Kampf auf dem wirtschaftlichen Felde. Den Unionisten kommt es nicht mehr

darauf an und kann es nicht mehr darauf ankommen, innerhalb des kapitalistischen Systems kleine augenblickliche vorübergehende Vorteile zu erringen. Aber für die Machtergreifung des Proletariats ist es von ausschlaggebender Wichtigkeit, dass eine Organisation vorhanden ist, die ihr Augenmerk darauf richtet, die Produktion zu unternehmen. Und den Vorgang der Übernahme der Produktion kann man schließlich einen wirtschaftlichen oder einen politischen Kampf nennen. Einer solchen Tatsache gegenüber versagt diese Unterscheidung eigentlich vollständig. Es ist ein politischer Kampf auf dem wirtschaftlichen Felde. Politisch ist der Kampf insofern, als die Übernahme der Produktion nur mit Unterstützung politischer Machtmittel möglich ist, nicht durch wirtschaftliche Mittel, nicht durch Streiks, die nur Phasen des Kampfes sein können. Der entscheidende Akt der Besitzergreifung der Produktion ist ein Akt der Gewalt. Das Kapital wird herausgeworfen, und die Arbeiter setzen sich in die Betriebe. Die Aufgabe der politischen Partei ist dementsprechend, den Akt der Gewalt vorzunehmen dort, wo der Verwaltungskörper, wo der politische Machtkörper sitzt, im Verkehrswesen, im politischen Verwaltungsgebäude, in dem politischen Verbindungsglied über das Land hinaus und in der Armee. Das sind die rein politischen Aufgaben, die die politische Partei in dem Kampf der Entscheidung durchzuführen hat. Daneben muss es diese Organisation geben, die mit politischen Mitteln die Produktion in die Hand nimmt und dann zugunsten der Wirtschaft des Proletariats umgestaltet. In diesem Sinne ist die Union eine politisch wirtschaftliche Organisation.

Und in ihren Schulungskämpfen muss sich die Union darauf einstellen, diese Dinge vorzunehmen. Ich verstehe sehr gut, dass unsere russischen Genossen so großen Wert darauf legen, die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. Wenn das Heckert, Brandler und diese ganzen Konsorten tun, so hat das andere Gründe, das ist ihr Geschäft, und in dem Geschäft möchten sie gern bleiben. Aber die russischen Genossen haben gute Gründe, wenn sie dabei auch einen falschen Weg einschlagen. Sie haben die Überlegung: wie soll die proletarische Macht in Deutschland sich halten, wenn der Produktionsapparat nicht in den Händen des Proletariats ist? Wie soll er sich halten, wenn das Proletariat keine Organisation hat, die dieser Aufgabe gewachsen ist? Dass die Gewerkschaften für diese Aufgabe ganz ungeeignet sind, brauche ich nicht besonders zu sagen. Diesen Gründen gegenüber müssen wir aber innerhalb der Union mehr Gewicht als bisher darauf legen, die klaren Richtlinien des Kampfes der Union herauszuarbeiten. Darum wird sie auch darauf achten müssen, dass die Neigung zum Betriebs-Egoismus vermieden und überwunden wird. Der Betriebsorganisation, die im Übrigen eine für den Kampf absolut vorzügliche Form ist, haftet doch der Nachteil an, einen gewissen Betriebs-Egoismus zu erzeugen, eine gewisse syndikalistische Einstellung, die da sagt, das ist unser Betrieb, wir haben für die Interessen unseres Betriebes zu sorgen. Es wird Aufgabe der K.A.P.D.-Genossen innerhalb der Union sein, auf alle diese Dinge künftig viel stärker zu achten als bisher und die revolutionären klaren Gesichtspunkte der K.A.P.D. dort durchzudrücken. Der Parteitag wird sich auch darüber einig sein, dass es für uns heißt, in die Union hineinzugehen und unsere Gesichtspunkte in ihr zu propagieren. Manche Unterlassungssünde ist in der Beziehung eilig zu korrigieren. *(Sehr gut!)*

Nun zu der Frage wie eigentlich unsere Partei sich zu ihrer eigenen Rolle innerhalb der Diktatur einstellen soll. Man hat erklärt, die Verpflichtung die wir der Dritten Internationale gegenüber übernommen haben und die ich auch gut heiße, dass wir alle revolutionären Aktionen der V.K.P.D. brüderlich zu unterstützen hätten, konnte uns in eine ganz verteufelte Lage bringen, wenn die V.K.P.D. doch tatsächlich einmal eine revolutionäre Aktion unternähme und siegte. *(Heiterkeit)* Wie absolut

töricht, demokratisch unhistorisch ist der Gedanke, dass gegenüber solchen Situationen noch ein unterschriebenes Papier noch irgendwelchen Wert haben soll! Wenn die Gefahr einer durch Parteibewaffnung unterstützten Diktatur, einer auch gegen uns gerichteten Diktatur tatsächlich eines Tages drohen sollte, wer kann dann meinen, dass wir uns an die Verpflichtungen gegenüber der Dritten Internationale erinnern würden! Aber rein Format liegt die Sache so, die selbstverständlich nicht gut - wir die revolutionären Aktionen der V.K.P.D. brüderlich zu unterstützen haben, sondern dass selbstverständlich auch die V.K.P.D. unsere revolutionären Aktionen brüderlich zu unterstützen hat. (*Genosse Pfemfert: Wo steht das?*) - Auch das ist unhistorisches Denken, wenn Sie fragen, wo das steht. (*Heiterkeit*) Ich glaube auch, dass so ein unterschriebenes Papier nicht existiert. Nehmen wir also einmal an, dass eines Tages die V.K.P.D. im Besitz der politischen Macht wäre. In dem Moment würde natürlich in Deutschland Tod und Teufel los sein, es würde alles drunter und drüber gehen, und es würde die Parteidiktatur keineswegs vom ersten Tage an die Zügel so fest in der Hand haben, dass wir nicht mehr den Mund auf tun könnten. Da werden wir dann unseren Mund auf tun, und da wird eine revolutionäre Aktion vorhanden sein, und da werden wir diese revolutionäre Aktion brüderlich unterstützen, so brüderlich, dass es viel revolutionärer wird, als es dem Spartakusbund angenehm sein wird. Diese Leute dort werden sich natürlich mit allen Schlichen und Kniffen dagegen wehren. Aber wir wären nicht die kommunistische Arbeiterpartei, wenn wir nicht darauf eingestellt waren, im Laufe des Kampfes durch die Klarheit unserer Parole und durch das Vornransein unserer Leute auf der Straße die Dinge an uns zu reißen; und das ist das Entscheidende. Revolution wird ja heute doch nicht mehr so gemacht, dass man wirklich eine Million beisammen hat schon geordnet beisammen, sodass es losgehen kann, sondern entscheidend ist heute die Bildung von Kraftpunkten, von Kraftzentren, Zentren der Klarheit und der stahlharten Kraft, von denen in den geeigneten Momenten, wo die Menschen zugänglich sind und ohnehin in Bewegung sind, die Kräfte ausstrahlen. Wenn wir uns das klar vor Augen halten, dann verliert auch das Schrecknis der bewaffneten Diktatur der Spartakuszentrale sehr erheblich sein grausames Aussehen. (*Sehr richtig!*) Denn bevor es dazu kommt, werden wir uns eben nicht nur gegen die Konterrevolution der Bürgerlichen, der Militärs, des Großkapitals, sondern auch gegen die verschleierte Konterrevolution der Spartakuszentrale mit derselben Macht wenden; und dann wollen wir einmal sehen, wer bei diesem Rennen gewinnt! Und ob dann in einem solchen Moment irgendwelche Verträge von früher aus dem Schranke geholt werden (*Heiterkeit*) - na, darüber brauche ich wohl kein Wort mehr zu verlieren. Das bekannte alte Wort vom Serenissimus ist ja bekannt, wie man ihm sagt. Deine Untertanen machen Revolution, fragt Er. ja, dürfen sie denn das? (*Heiterkeit*)

Hieran schließt sich an das Problem der roten Armee, des zunächst gegenwärtig ein rein theoretisches Problem ist. Wir werden aber rechtzeitig unser Augenmerk darauf richten müssen, in diesem Punkte Klarheit zu gewinnen und diese auch zu verbreiten in dem Sinne, dass die rote Armee nicht eine Parteigarde werden darf, sondern dass sie das organisierte revolutionäre Proletariat umfassen muss. Eine Reihe von sehr schweren Problemen knüpfen sich hieran, weil man sich nämlich dann auch darüber klar werden muss, wie weit eigentlich das revolutionäre Proletariat reicht und wo das unzuverlässige Proletariat anfängt. Aber wir werden grundsätzlich darauf bestehen müssen, dass nicht eine Parteigarde die militärische Grundlage der Diktatur des Proletariats darstellen darf, weil wir ja überhaupt die Parteidiktatur grundsätzlich verwerfen.

Damit komme ich zu der Frage, was eigentlich unsere Partei selbst von dem

Gedanken der Parteidiktatur, wenn sie nämlich uns in die Hände fiel, zu halten hat. Da erscheint es mir etwas zu viel verlangt zu sein von einer politisch kämpfenden Organisation, wenn man von vornherein, wie der Genosse Schröder es tut, sagt: wir dürfen auch nicht einmal mit dem Gedanken spielen, dass wir jemals die Macht übernehmen wollten. *(Sehr gut!)*

Psychologisch mag es richtig sein. Aber so empfindlich und so jüngerlich dürfen wir nicht sein. Wir sind doch der Meinung, dass unsere Vorstellungen vom Verlauf der sozialen Revolution die richtigen sind und zur Herrschaft gelangen, und die richtige Stoßkraft für den politischen Kampf überhaupt kann sich nur entfalten in der Form des Kampfes um die Macht. Dabei meine ich nicht die Übernahme der Staatsgewalt durch unsere Partei in der Form einer Parteiliquen-Diktatur, in der Form einer Diktatur des Geschäftsführenden Hauptausschusses *(Heiterkeit)* oder irgend so etwas Derartiges. Aber wir müssen uns ganz anders, viel stärker, als es aus den Ausführungen des Genossen Schröder hervorging, als organisierte politische Kampforganisation darauf einstellen, mit allen Machtmitteln unseren richtigen Gedanken im Verlauf der sozialen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. *(Sehr gut!)* Denn wenn wir das nicht tun, so werden wir damit die anderen nicht davon abhalten, ihrerseits die politischen Machtmittel zu verwenden. *(Sehr gut!)* Und wenn man sich die konkreten Vorgänge des künftigen Kampfes einmal vor Augen stellt, dann wird man aufhören, so zu warnen, als sei es eine Sünde und ein Verbrechen für Leute, die Politik treiben, irgendwie an die Macht zu denken. Wir dürfen nicht nur propagieren, wir dürfen auch mehr tun. *(Sehr richtig!)*

Genosse Pfemfert hat in seiner Zeitschrift in einem Antrage ausgesprochen, dass die Redaktion der Zeitungen geleitet werden soll von einer Reihe von 4- 6 handarbeitenden Proletariern, denen Intellektuelle nur als Berater und Mitarbeiter zu Verfügung stehen, und zwar soll diese Redaktions-Kommission häufiger wechseln, damit beglichst zahlreiche Genossen die praktischen Arbeiten der Redaktionen kennen lernen. Das ist en sich richtig und verständig, damit schon die Proletarier nicht den Intellektuellen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Ich würde auch mit Vergnügen für jede Nummer der Zeitung mit einer solchen Kommission zusammenarbeiten. Aber ein entscheidender Punkt spricht dagegen. Es ist ohnehin schon schwer, mit unserer Zeitung den aktuellen Ansprüchen noch halbwegs nachzukommen. Da die Zeitung kein Geld hat, muss sie sowieso schon etwas nachhinken. Es ist daher richtiger, die Dinge so zu hend haben wie bisher, dass nämlich die Arbeit eben faktisch von ein paar Leuten gemacht wird, die so bewandert sein müssen, dass sie fix arbeiten können. Würden wir so arbeiten wie Genosse Pfemfert vorschlägt und wie es an sich ganz vernünftig ist, würde die Zeitung immer so veraltet herauskommen, dass die Mitglieder damit nichts anfangen konnten. Diese rein praktischen Dinge darf man dabei also nicht ganz vergessen.

Genosse SCHNEIDER (Ost-Sachsen): Der Bezirk Ost-Sachsen ist hier wiederholt genannt worden. Richtiger müsste man dafür «Stadt Dresden» sagen. Diese betreffenden Dinge gehen nicht von Ost-Sachsen, sondern von Dresden aus, und zwar nur von einigen Genossen. Solange die K.A.P.D. besteht, ist auch schon ein Kampf gegen sie von Genossen Rühle geführt worden. Ich kann es auch sehr wohl begreifen, dass Genosse Rühle in Moskau absolut nicht den Versuch gemacht hat, den Anschluss der K.A.P.D. an die Dritte Internationale zuwege zu bringen. Das Wette doch eine Stärkung der K.A.P.D. bedeutet, und das wollte er nicht, sondern er wollte der K.A.P.D. so schnell wie möglich den Todesston versetzen. Nach dem Gründungsparteitag erklärte Rühle in Dresden, die K.A.P.D. wäre nicht das, was die Proletarier von ihr erwartet hätten, er würde sich aber vorläufig in ihren Dienst

stellen, da gegenwärtig nichts anderes vorhanden wäre. Er forderte die Anwesenden in der öffentlichen Versammlung nicht auf, in die K.A.P.D. einzutreten, sondern in die Betriebsorganisation. Wir haben ihm sofort nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt, dass er dort unbedingt an diesem Kongress hätte teilnehmen müssen, selbst wenn es bloß den Zweck gehabt hätte, den Genossen dort den Standpunkt der K.A.P.D. klarzumachen. (*Genosse Merges: Das war nicht möglich!*) Man hätte doch dort den Genossen aus Österreich, der Schweiz usw. die früher auf dem antiparlamentarischen Standpunkt standen, das Rückgrat stärken können, damit sie sich nicht von den 21 Thesen ins Boxhorn jagen ließen. Nach der Rückkehr aus Moskau trieb Genosse Rühle eine wüste Hetze gegen Sowjetrußland. Wir haben ihn deswegen auf das schärfste bekämpft. Er ließ sich aber nicht davon abbringen, sondern erklärte, es müsse dem Proletariat gesagt werden, wie es in Rußland stehe. Die bürgerlichen Zeitungen sind mit Freuden darüber hergefallen und haben erklärt: seht, seht, selbst ein Rühle sagt es, dass es unmöglich ist, so zu regieren, wie in Rußland regiert wird. Und als die russische rote Armee an der preußischen Grenze stand und Rühle dem Hauptausschuss vorwarf, sie seien Putschisten und wüssten gar nicht mehr, was sie wollten, erklärte Rühle bei uns in Dresden, dass wir einen Rednerkursus angesetzt hatten: es hat keinen Zweck mehr, Rednerkurse abzuhalten, die Zeiten sind vorbei, wir müssen Leute haben, die wissen, was sie anzufangen haben, wenn es gilt, die Macht zu übernehmen (*Vorsitzender: Das ist bezeichnend für ihn*), die preußischen Genossen werden mit der russischen roten Armee in den nächsten Tagen, vielleicht in den nächsten Stunden dazu übergehen, dem deutschen Proletariat unter die Arme zu greifen. Das war an demselben Tage, an dem er Berlin Putschismus vorwarf. Genosse Rühle hat erklärt, dass er prinzipiell vorläufig gegen die K.A.P.D. sei, den auch die politische Organisation sich heute bereits überlebt habe, nur noch nicht in allen Teilen des Reiches. (*Heiterkeit*) Wir stehen auf dem Standpunkt, dass es nicht möglich ist, innerhalb der Betriebsorganisation den Kampf so erfolgreich durchzuführen, wie es im Interesse des Proletariats notwendig ist. Es hat sich bei uns eine kommunistische Gruppe innerhalb der Union konstituiert. Diese hat beschlossen, keine öffentlichen Versammlungen mehr abzuhalten, sondern nur noch Betriebsversammlungen. Wie will man da die Arbeiterschaft aufklären, die nicht in diesen Betrieben steckt, die auf dem Lande ist? Infolge aller dieser Sachen ist der schärfste Kampf innerhalb der Betriebsorganisation ausgebrochen. Innerhalb von Ost-Sachsen haben wir jetzt drei verschiedene Abteilungen der A.A.U. Die eine steht auf dem Standpunkt Rühles, die andere lehnt die Gruppenbildung in der Arbeiter Union ab und erklärt, überhaupt keine Partei zu brauchen, es genüge die Union. Und die dritte hat nach wie vor den «*Kampfbruf*» als ihr Organ. Diese drei Abteilungen treten gesondert zu ihren Versammlungen zusammen. (*Hört, hört! und Zuruf: Autonomie!*) Was das für ein Chaos ist, wird jeder begreifen. Nach dem Elektrizitätsarbeiterstreik schrieb Genosse Rühle, dass diese ganze Aktion verpuffen musste, weil man zum Generalstreik aufgefordert hatte, man hätte nur zur passiven Resistenz auffordern sollen. (*Hört, hört!*) Und als die Zittauer Genossen sich bei ihrem Generalstreik an die Dresdner Genossen um Hilfe wandten, wurde diese abgelehnt. Auch beim Kapp-Putsch verweigerten sie eine Bewaffnung der Arbeiterschaft, sie setzten sich in der ganzen Zeit ins Vereinszimmer und schickten von Fall zu Fall eine Abordnung hinaus, wie es eigentlich stände. Und Genossen, die sich daran beteiligt hatten, suchte man abzuschütteln, indem man erklärte, dass diese nicht im Auftrage der Partei handelten. (*Zuruf: Unkontrollierbare Entstellung!*) Im ganzen Industriebezirk Pirna waren damals sämtliche Fabriken bewaffnet. (*Genosse Mannsfeld: um Ebert und Scheidemann in den Sattel zu heben!*) - Nein, die Kämpfe mussten weiter getrieben werden, auch Ebert und Scheidemann mussten um Teufel gejagt werden. Aber wir wurden in all diesen Sachen von Dresden nicht unterstützt.

Genosse IHLAU:

Ich werde als Vertreter der A.A.U. mich nicht in die internen Angelegenheiten der Partei mischen, sondern nur auf die Ausführungen gegen die A.A.U. eingehen. Die Dinge liegen so, dass man wohl das allgemeine Programm der B.O. anerkannt hat, in der Praxis aber mit der B.O. zu wenig zu tun hatte. (*Oho!*) Ich stehe noch auf dem Boden der Partei und billige absolut nicht die Ausführungen, die die Verneinung der Partei aussprechen. Die A.A.U. steht insbesondere nach dem Programm von Leipzig nicht auf dem Boden der Zellenbildung. In Berlin ist die Hälfte der Parteigenossen der K.A.P.D. Mitglieder der B.O., in Halle ist es ebenso. Es liegt in der Natur der Sache, dass erst jemand zur B.O. kommt und dann vielleicht den K.A.P.D.-Geist in sich aufnehmen kann. Ein großer Teil kommt aus Verärgerung zu uns, sie erkennen, dass mit den Gewerkschaften nichts anzufangen ist. Wenn alle Parteigenossen, die heute noch in den Gewerkschaften stecken, und die, die in der K.A.P.D. sind, ihre Energie in der B.O. entfaltet hätten, dann stände es auch anders um die K.A.P.D., denn hätten wir in Leipzig nicht nötig gehabt, den Punkt 9 unseres Programms zu schlucken, der das sagt: Die Einheitsorganisation ist das Ziel der A.A.U.; alle Bestrebungen werden darauf zu richten sein, dieses Ziel zu erreichen, ohne die Existenzberechtigung der politischen Parteien anzuerkennen.» (*Genosse Hempel: Weiter lesen!*) Ich stelle mich nur auf den Boden des Programms der A.A.U., das in Leipzig beschlossen werden ist. Wenn das Programm der A.A.U. kein anderes ist und wenn die K.A.P. es nicht verstanden hat, innerhalb der Betriebsorganisation ihren Ansichten zum Durchbruch zu verhelfen und wenn die K.A.P.D.-Mitglieder in den Gewerkschaften geblieben sind, so können Sie mir keine Schuld vorwerfen. Wenn die K.A.P.D. sich größere Mühe gegeben hätte, brauchten wir den Punkt 9 nicht zu schlucken. Ich will den Punkt weiter vorlesen:

« ...ohne die Existenzberechtigung der politischen Parteien anzuerkennen, denn die geschichtliche Entwicklung drängt zu ihrer Auflösung... »

Wenn ich so folgern darf wie bei den Gewerkschaften, dann nehmt Ihr meinen leisen Verdacht auch nicht übel! (*Zuruf: Unerhört!*) Von der A.A.U. ist hier ganz deutlich erklärt, wir gegen die K.A.P.D. keinen Kampf führen, die Ziele und Kampfweise der A.A.U. gemein hat. Und hier in der Partei heißt es: «Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die K.A.P.D. innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten.» War es da noch nötig, auf einem Parteitag einen Antrag zu stellen, durch den die Mitglieder erst dazu verpflichtet werden? Und wenn dann noch gar Berlin, der Felsen der Partei, beantragt, der Austritt aus den Gewerkschaften ist für die Mitglieder der K.A.P.D. obligatorisch, ohne zu sagen, dass sie verpflichtet sind, bei uns einzutreten, dann wundert Euch nicht, dass solche Stimmung kommt, die die Einheitsorganisation frühzeitig propagiert. Ihr seid selbst Schuld daran. Schimpft selbst nicht überhebend auf die B.O.! Man verärgert unsere Betriebsorganisationsmitglieder. Das Parteiorgan von Rheinland und Westfalen «*Der Klassenkampf*» schreibt wörtlich: «Die Parteireferenten gehen sogar soweit, dass sie erklären: wenn die A.A.U. nicht will, wie wir wollen, muss sie zerschlagen werden, und auf den Trümmern werden wir neu aufbauen.» Dadurch werden unsere Leute verärgert. Umsonst ist die Verbeugung vor der K.A.P.D. nicht in unser Programm hineingekommen, sonst hätte man die K.A.P.D. mit den übrigen Parteien in einen Kessel geworfen. Ihr seid selbst Schuld daran, dass so wenig Sympathie für die Partei noch besteht. Ihr habt es versäumt, Eure eigenen Parteigenossen zur Betriebsorganisation zu erziehen und diese in die Betriebsorganisation hineinzuworfen, damit sie das bleibt und wird, was sie eigentlich sein muss. (*Sehr gut!*) Man benahm sich aber bei jeder passenden und

unpassenden Gelegenheit so, dass es aussah, dass die K.A.P.D. die Diktatur über die Betriebsorganisation haben will. In dieser Beziehung sei man in Zukunft etwas vorsichtiger.

Zur Dritten Internationale hat unsere Leipziger Tagung in zwei ganz kurzen Sätzen Stellung genommen. Danach ist auch selbst vom Standpunkte der Union der Antrag Zwickau unannehmbar, der die Art des Anschlusses der Partei an die Dritte Internationale verurteilt. die A.A.U. lehnt selbstredend die betreffenden 21 Punkte ab. Zur roten Gewerkschaftsinternationale haben wir noch keine Stellung genommen, weil uns die Einladung noch nicht zugegangen ist. In der «*Aktion*» heißt es. Mitglieder der Union sendet zum Kongress solche Delegierte, die die einheitliche revolutionäre Front in den gewerkschaftlichen Verbänden restlos anerkennen.» Danach glaube ich, dass wir eine Beschickung des Kongresses wahrscheinlich ablehnen werden, denn es wäre ein Selbstmord von uns, wenn wir als Unionisten nach Moskau gehen und erklären: jawohl, wir werden jetzt in den gewerkschaftlichen Verbänden die Revolutionierung auf dieser Grundlage vornehmen.

Der Antrag Spandau-Osthavelland ist von mir im Einverständnis mit einigen Wirtschaftsbezirken dahin geändert, dass sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten haben. Wir wollen aber, da sich der Gedanke der B.O. noch nicht restlos durchgedrungen hat, eine Ausnahme machen, indem wir Frauen der Parteimitglieder, die weiter keine Beschäftigung als den Hausstand haben, noch ausgenommen wissen wollen. Wir sagen also: ausgenommen hiervon können sein - nicht unter allen Umständen - Mitglieder, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Recht bezeichnend ist der Antrag der Karlsruher Gruppe, der einen Zwang nicht ausgeübt haben will und dann sagt: Mitglieder der A.A.U. dürfen nicht zugleich Mitglieder der Gewerkschaft sein.» Das ist ein Muster von Unklarheit.

Der Antrag Nord sagt in seinem ersten Satz:

„Der Parteitag der K.A.P.D. sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats in der kommenden kommunistischen Gesellschaft“.

Da möchte ich die Worte. «in der kommenden kommunistischen Gesellschaft» gestrichen haben, denn die B.O. ist tatsächlich heute schon die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats. In dieser Änderung bitte ich, dem Antrag zuzustimmen.

Ich kann mit der Bitte an die Partei schließen, dass sie zu beweisen hat der B.O. gegenüber, dass sie nötig ist.

Genosse HAPP<sup>46</sup> (Nord):

Die Diskussion hat gezeigt, dass wir es hier auf dem Parteitag nicht mehr mit zwei Richtungen, mit der Richtung Rühle und der ihr entgegengesetzten, zu tun hatten, sondern mit drei. Die eine Strömung vertritt der Genosse Mannsfeld, die andere entgegengesetzte der Genosse Hempel, und dazwischen steht die Auffassung des

---

<sup>46</sup> Karl (or Carl) Happ (pseudonym: *Carl Schlicht*), Hamburg, well-known KAPD official from 1920 to 1933. [See Klockner 1984 and 1986.] Since the beginning of the building of the KAP/AAU in Hamburg, he was – as mentioned on the radical paper – an editor-publisher of the local KAZ. Probably of Jewish origin, he disappeared under the Nazism. According to the Association of Yad Vashem Friends in Netherlands, Karl Happ (17/3/1879-2/7/1943) would be born in Strelno, Mogilno, province of Posen [Prussian province from 1848 to 1918]. After 1933 he took refuge in the Netherlands, but was arrested in aftermath of Nazi raids in Amsterdam; he was sent to the extermination camp of Sobibor, where he was immediately murdered.

Genossen Schröder. Die Differenzen rühren nicht erst von heute her, sondern ihr Ausgangspunkt liegt weit zurück, da, wo der Unterschied während des Krieges zwischen der Gruppe Arbeiterpolitik auf der einen Seite und der Gruppe Spartakus oder Internationale auf der anderen Seite zum Ausdruck gekommen ist, dort, wo auf der einen Seite das organisatorische Moment als ein wesentlicher Faktor in der Revolution betont worden ist, und wo auf der anderen Seite jene Nichtbeachtung der organisatorischen Form in die Erscheinung getreten ist. Der ganze Vortrag des Genossen Schröder und die praktische Nutzanwendung, die er daraus gezogen hat, ganz besonders im Verhältnis zur Dritten Internationale ist ein großer Widerspruch in sich. Man hat den Streit in der deutschen Revolution auf die Formel: Partei- oder Klassendiktatur gebracht. Eine unglücklichere Formulierung kann es nicht geben. Glücklicher würde man formulieren: Führer oder Massendiktatur. Rosa Luxemburg sagt: das Proletariat kann nicht früh genug zur Macht kommen. Wenn Genosse Schröder mit seiner Bemerkung, dass wir nicht mit dem Gedanken der Parteidiktatur spielen dürfen, sagen will, dass die K.A.P.D. die Aufgabe hätte, die Politik der verpassten Gelegenheit zum System zu erheben und dass vielleicht erst die berühmten 51 % des Proletariats revolutionär organisiert sein müssen, ehe die Klassendiktatur Wirklichkeit werden kann, dann ist das ein formaler, durchaus unhistorischer Standpunkt, der dem Standpunkt der formalen Demokratie durchaus analog ist. Zwei Aufgaben sind von der K.A.P.D. zu erfüllen. erstens die Auslösung des Selbstbewusstseins des Proletariats und zweitens: in jeder Stunde, in jeder Aktion, die ausbricht, die Pflicht um Schuldigkeit zu tun, ohne zu fragen, ob die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats schon weit genug entfaltet ist oder ob die bevorstehende in jeder Aktion sie soweit auslösen wird, dass wir den Sieg schon im Voraus in die Tasche haben können. Der Genosse Leviné<sup>47</sup> hat in seiner Verteidigungsrede vor Gericht gesagt: „wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub“. Diese Worte schienen die ganze Tragik in sich. Wir sind die Vorhut des Proletariats, die die Mission unter Umständen erfüllen muss, unter die Raden der Geschichte zu kommen bei Erfüllung ihrer revolutionären Pflichten. Wenn der Genosse Schröder die Frage stellt: Partei- oder Klassendiktatur, und sich auf den Boden der Klassendiktatur stellt, dann nimmt er eben die Einheit der Klasse vorweg, oder aber wir können nichts anfangen mit dieser theoretischen Formulierung für den praktischen Tageskampf. (*Sehr richtig!*) Aber das Wesentliche ist, dass aus dieser Einstellung auf die Klassendiktatur das Bündnis mit der Dritten Internationale in sich einen Widerspruch trägt. (*Genosse Schröder: Unser Programm steht auf dem Standpunkt der Klassendiktatur, nicht nur ich!*) Wenn die K.A.P.D. auf dem Standpunkt steht, dann hätte sie doch nicht das Recht, vom Standpunkt dieses Programms aus jene Verpflichtungen einzugehen, dann ist es richtig, was der Genosse Pfemfert sagt, dass K.A.P.D und Dritte Internationale wie Feuer und Wasser sind, und dass keinerlei Berührungspunkte zwischen beiden zu finden sind, weil sich die Parteidiktatur und die Klassendiktatur gegenüberstehen. Unsere Aufnahme in die Dritte Internationale wird im Allgemeinen von der Partei durchaus optimistisch bewertet. Der Genosse Schröder hat darauf hingewiesen, dass der sogenannte Opportunismus der kommunistischen Internationale fundamentierte ist in den bestehenden Staatsnotwendigkeiten der russischen Sowjetrepublik. Wenn dem so ist, dann ist der erfolgreiche Kampf gegen den Opportunismus in der

---

<sup>47</sup> Eugen Leviné (1883-1919). Von der Berliner KPD-Zentrale wurde Leviné im März 1919 nach München geschickt. Dort hatte sich nach dem Mord an Ministerpräsident Kurt Eisner die Stimmung radikalisiert, die Ausrufung einer Räterepublik stand bevor. Leviné sollte die Führung der Münchner KPD und die Redaktion der Parteizeitung *Münchner Rote Fahne* übernehmen. Im April 1919 wurde er Anführer der zweiten, kommunistischen Münchner Räterepublik. Nach der blutigen Niederschlagung der Revolution in München am 2. Mai tauchte er zunächst unter, wurde aber am 13. Mai verhaftet und Anfang Juni in München vor Gericht gestellt. Aus seiner Verteidigungsrede vor Gericht stammt der bekannte Satz: „*Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub.*“ Am 4. Juni 1919 wurde er wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am folgenden Tag erschossen.

kommunistischen Internationale davon abhängig, dass sich die Staatsnotwendigkeiten der russischen Sowjetrepublik grundlegend verändern; und das heißt, in dem Augenblick, wo die deutschen Proletarier sich anschicken werden, den letzten Schlag gegen die Bourgeoisie zu führen, in diesem Augenblick wäre die Situation eingetreten, die den erfolgreichen Kampf gegen den Opportunismus in der kommunistischen Internationale zur Voraussetzung hat. Deshalb teile ich jenen Optimismus zu dem guten Glauben der russischen Genossen, dass man sie überzeugen kann, dass wir die richtigen sind, und nicht die anderen; nicht ich sehe in der Politik unserer russischen Genossen durchaus den konsequenten Ausdruck für die Notwendigkeit, die einmal besteht. Unsere russischen Brüder haben das Recht, diese Politik zu betreiben, solange sie von denen, auf die sie drei Jahre werten, immer und immer wieder schmachvoll im Stiche gelassen worden sind. Aber wir haben uns zu fragen, ob das, was im Bösen gegen uns nicht gelungen ist, jetzt im Guten vollbracht werden soll. *(Sehr richtig!)* Trotzdem aber werden Illusionen genährt, dass es gelingen könnte, die russischen Genossen zu belehren, dass die K.A.P.D. die Organisation ist, die die Bedingungen der westeuropäischen Revolution klar und deutlich erkannt hat. Diese Hoffnungen müssen schon jetzt zu Anfang zerstört werden. Die Politik der russischen Genossen stellt einen Interessenkampf dar, und man hat dort ein Interesse daran, unbequeme Kritiker auf irgendeine Art und Weise zum Schweigen zu bringen. *(Wie denn?)* - Das zeigt die Revolution und auch das Begrüßungstelegramm hier. Daraus ergibt sich für mich grundlegend etwas anderes, als für den Genossen Pfemfert. Nicht die Frage, was die kommunistische Internationale denkt und mit uns vor hat, ist das Wesentliche, sondern das, was wir mit der deutschen Revolution und mit der russischen Revolution vorhaben. Die Pflichten, die wir der russischen Revolution und dem Weltproletariat schulden, scheinen mir näher zu stehen als andere Erwägungen. *(Sehr gut!)* Nicht aus taktischen Erwägungen heraus pflichte ich unserem Eintritt in die Dritte Internationale als sympathisierende Partei bei, sondern aus der einfachen Tatsache heraus, dass Sowjet-Russland das revolutionäre Feuer ist, nach dem die Proletarier aller Länder schauen, trotz aller Halbheiten und historischen Bedingtheiten der Dritten Internationale, die für Westeuropa unbrauchbar sind und zu Niederlagen führen müssen. Und wir haben die Pflicht, dem Proletariat zu sagen: Moskau, dort geht die neue Sonne auf, und wir haben dem russischen Proletariat unsere unverbrüchliche Solidarität durch unseren Anschluss zu bekunden. *(Sehr gut!)* Mag Sowjet-Russland den Arm des deutschen Proletariats, den Arm der K.A.P.D. zurückstehen - wir haben unsere Pflicht getan, wir sind endlich einmal aus jenem Stadium der platonischen Liebeserklärungen herausgekommen. *(Sehr gut!)* Wir sind bereit, unverbrüchlich uns einzusetzen für die russische Revolution als deutsches revolutionäres Proletariat. *(Beifall)*

Genosse JELLINEK<sup>48</sup> (West-Sachsen):

Erfreulich ist es, dass wir auf dieser Tagung eine so große Anzahl von guten Theoretikern gehört haben. Aber ob diese guten Theoretiker auch gute Praktiker sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Das System, das zufällig den Namen Rühle oder Ost-Sachsen führt, glaubte man hier mit persönlichen Verunglimpfungen gegen die Person Rühles abzutun. Solche Kampfweise kennzeichnet die Urheber selbst. Zu bedauern ist, dass ein großer Teil der Ausführungen nur rein persönlicher Natur gewesen ist. Über unseren Antrag Zwickau ist leider bisher sehr wenig gesprochen worden, obwohl er nicht ganz unwichtig ist. Wes werden die

---

<sup>48</sup>Willi Jelinek (25/12/1889–1952), metalworker, Zwickau, delegate from Western Saxony to the Second Congress of the KAPD in 1920, then member 1921 of the AAU-E and editor of *Proletarischer Zeitgeist*; he died from very suspicious death on March 24, 1952 into a East-German prison (Bautzen).

Proletarier den Betrieben sagen, wenn sie alles das, was die Exekutive beschließt, in unserer Zeitung lesen! Sie werden sagen, die Leute in der Zeitung wissen selber nicht, was sie wollen, denn auf der einen Seite nehmen sie einen Standpunkt ein, den sie auf der anderen Seite durch Aufnahme eines Beschlusses der Exekutive vollständig negieren. Das ist mit Recht in dem Antrage als Selbstmordversuch gekennzeichnet. Unser zweiter Antrag sagt zum Schluss: wir erachten es endlich an der Zeit, die alten Merkmale einer Partei abzustreifen und das Endziel, in der Union aufzugehen, in den Vordergrund der Organisationsarbeit zu stellen. Dieser Teil des Antrages ist gerade aus der Situation in unserem Bezirke heraus entstanden. Die Stimmung hier heute ist selbstverständlich eine andere. Wir haben in unserem Bezirk von jeher in Opposition gegen die Zentrale des Spartakusbundes gestanden und haben so trübe Erfahrungen mit den Organisationen gemacht, den wir alle Ursache haben, vorsichtig und bis zu einem gewissen Grade misstrauisch zu sein gegenüber der Leitung, die momentan der Hauptausschuss bildet. Es war auch von unserem Bezirk der Antrag gestellt worden, den Namen «Partei» fallen zu lassen. Er ist aber abgelehnt worden. Es kommt ja auch nicht auf den Namen an, sondern mehr auf den Inhalt. Aber heute müssen wir feststellen - und ein Teil der Ausführungen beweist es - dass wir doch auf dem Wege zu einer alten überlebten Partei sind. (*Rufe: Beweise!*) Wir haben in dem Antrag auch gesagt, dass wir nach wie vor auf dem Boden des Programms stehen. Ein grösser Teil der Redner hier aber, die im Sinne des Hauptausschusses, also im Sinne der Mehrheit gesprochen haben, haben den Boden des Programms bereits verlassen. (*Widerspruch*) Auf der Konferenz in West-Sachsen, auf der Genosse Rasch anwesend war, war es so, dass die Redner, die auf Seiten des Genossen Rasch standen, sich erst kurz vorher vom Kolporteur das Programm der Partei gekauft hatten; bis dahin kannten sie es nicht. (*Zuruf: das liegt aber an Euch!*) Das sind die Wortführer, die jetzt eine schärfer zentralisierte Partei haben wollen. Wir machen Opposition auf Grund des Programms. Vieles ist aber hier gesagt worden, was dem Programm entgegengesetzt ist. Unser Bezirk will auch jeden Versuch, das Programm zu verlassen, von vornherein unterbinden. Aus diesem Geiste heraus sind unsere Anträge zustande gekommen.

Nun zur Union! Die Entwicklung der A.A.U. in West-Sachsen hat vielleicht einen anderen Gang genommen wie in anderen Bezirken, weil bei uns gerade die Union aus der Bergarbeiter-Union hervorgegangen ist. Wir hatten erst einen Kampf mit dieser Bergarbeiter-Union zu bestehen. Aber es ist uns gelungen, diese Bergarbeiter-Union in eine Allgemeine Arbeiter Union umzuwandeln. Es hat das einen harten Kampf gekostet. Wir können es aber als einen großen Fortschritt bezeichnen, dass jetzt der Wirtschaftsbezirk West-Sachsen der Union die Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsräten strikt ablehnt. Das ist das Resultat unserer Arbeit. In Bezug auf die Einheitsorganisation stehen wir momentan nicht auf dem Standpunkt, dass alles in der A.A.U. aufzugehen hat. Aber das Ziel der Entwicklung der K.A.P.D. müsste es sein. Diese Auffassung haben wir schon seit dem Gründungsparteitag. Wir brauchen politische Organisation. Wir haben nicht etwa die Tendenz von Ost-Sachsen grundlegend abgelehnt. Aber eine derartige Kartellbildung wie in Ost-Sachsen müssen wir für unseren Bezirk ablehnen, weil es bei uns nicht möglich ist. Das Aufgehen in der A.A.U. ist auch nicht etwa so aufzufassen, dass das nun heute oder morgen geschehen musste oder auch in einigen Jahren. Aber es kann einmal die Möglichkeit dafür kommen. Anhänger der V.K.P.D., der U.S.P.D. oder S.P.D. werden gar nicht in die Union hineingehen. Ich stehe noch nicht auf dem Standpunkt, dass sich die Partei, die politische Organisation erübrige, weil die Betriebsorganisation noch nicht in allen Bezirken Fun gefasst hat. Deswegen ist eine politische Organisation immer noch notwendig. Aber man darf der Entwicklung kein Hindernis in den Weg wegen. Die

Braunschweiger Industrie-Organisation lehnen wir selbstverständlich ab als K.A.P.D.-Mitglieder und als fortgeschrittene Revolutionäre. Wenn es hier wegen der Stellung von Ost-Sachsen zu einer Spaltung kommen sollte – ich sehe übrigens in dieser Frage keinen Spaltungsgrund –, dann werden Sie noch oft vor diese Frage gestellt werden, dann werden Sie noch oft eine Reinigung vornehmen müssen.

Genosse MERGES (*zu einer Richtigstellung*):

Obleich ich die Politik des Genossen Rühle seit seiner Rückkehr aus Moskau nicht mehr decken kann, soweit er die Partei insbesondere verneint, halte ich es doch im Interesse der Wahrheit für notwendig, hier zu erklären, dass die Behauptung des Genossen Schneider nicht auf Wahrheit beruht, dass der Genosse Rühle schon mit dem Gedanken nach Moskau gegangen sei, um der Dritten Internationale nicht beizutreten. Ich habe nicht mal Derartiges vorher vor Moskau von dem Genossen Rühle gehört. Nur als wir dort die Leitsätze bekamen, sind wir uns alle beide ohne weiteres gleichmäßig einig geworden, dass sie für uns indiskutabel sind, und dass wir auf diesem Kongress nach Lage der Sache nichts zu suchen hatten. Ich würde heute in derselben Situation genau so handeln. Der Genosse Rühle hat von jeher den Standpunkt vertreten, dass ihn der Name «Partei» gewissermaßen anekelt. Wir waren uns jedoch darüber klar, dass wir zurzeit noch keinen entsprechenden Namen haben, um dies auszudrücken, was wir wollen, dass wir jedoch versuchen müssen, zu einem anderen Ausdruck zu kommen, um den Namen «Partei» nicht im alten Sinne geiten zu lassen und dass wir vor allen Dingen die Illusionen, die an den Namen „Partei» sich knüpfen nach parlamentarischen Begriffen, restlos aus dem Proletariat auszumerzen sind. Wenn er weitergegangen ist, dann muss er das selbst verantworten.

Genosse Koreferent Pfemfert (*Schlusswort*):

Genosse Rasch hat vorhin über die Drucklegung des Parteitags-Protokolles gesprochen. Nach Rücksprache mit Genossen Rasch und Genossen Erdmann hat Genosse Rasch sich, wie er Ihnen bestätigen wird, davon überzeugt, dass er sich geirrt hat. Ich habe nicht gesagt, ich würde das Protokoll drucken lassen, wenn die Partei 3.000 oder so und so viele Exemplare abnimmt und für 5.000 zu bezahlen hätte, sondern ich habe zu dem Genossen Rasch gesagt, als er mir sagte, das Parteitagsprotokoll könne nicht gedruckt werden, weil wir kein Geld haben, dass ich dann das Protokoll drucken lassen würde, und die Partei bezieht zum Druckpreise so viel Exemplare, wie die Organisation braucht, weil ich zwar auch kein Geld habe, aber die Kreditmöglichkeit. Ich habe also nichts weiter getan, als der Organisation den Kredit, den sie nicht hatte und den ich zufällig habe, zur Verfügung gestellt habe.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Ich muss bestätigen, dass ich vorhin auf Grund eines irrtümlichen Berichts eines Genossen den Genossen Pfemfert zu Unrecht angegriffen habe. Ein Genosse hatte eine Aussprache mit dem Genossen Pfemfert irrtümlich aufgefasst. Ich möchte das hier im Interesse der Ehre des Genossen Pfemfert ausdrücklich feststellen.

Genosse PFEMFERT:

Der Kampf um die wahre Dritte Internationale hat seinen Anfang genommen. Sind wir gezwungen, in diesem Kampf noch eine Weile isoliert zu stehen, so wird auch das ertragen werden müssen. Nur absolute Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Unermüdlichkeit führen zu jenem höheren Ziele, das die K.A.P.D. sich gestellt hat.

Sie wird nicht allein stehen in diesem Kampfe. Ihre Gedanken kommen auch in den anderen Lägern zum Durchbruch. Und nur in diesem Gedanken ist eine Verwirklichung sozialistischen Seins möglich. Die K.A.P.D. wird alles darauf einstellen, dass die kommenden Kämpfe von wirklichen Räten geführt werden und dass «der Wille der Masse zum Ausdruck kommt und nicht der Wunsch der bewährten Führer und Instanzen». Das, Genossen, ist die Quintessenz eines Leitartikels unseres offiziellen Organs, der K.A.Z., unter der Überschrift: Die K.A.P.D. zur Moskauer Erklärung. Diesen Standpunkt hat der Genosse Schröder in seinem Referat heute aufrechterhalten. Der Genosse Happ hat recht, wenn er von drei Richtungen bei uns sprach. Und er hat ganz recht, dass er die Richtung Schröder mit der Richtung Pfemfert in Fragen der Internationale identifizierte. Aber nicht mit Namen hätte er sie nennen dürfen, sondern hätte sagen müssen: das ist die Richtung des Programms. Wenn man gegen den Genossen Schröder gekämpft hat in Bezug auf Partei und Klasse, so hat man gegen das Programm gekämpft, das der Genosse Schröder vertritt und das ich vertrete. Und der Knick, den ich dem Genossen Schröder vorwarf, ist bei dem Genossen Happ zu einem ganzen *salto mortale* geworden, um erstens alles das zu sagen, was wir gesagt haben und dann uns Illusionspolitik vorzuwerfen. Die Ergänzung zu einem Referat wurde sofort nach mir von der Genossin aus der Schweiz gegeben. Sie hat mit den Ausführungen, die sie gegen meine Ausführungen machen zu müssen glaubte von ihrem Standpunkte aus, alles das bestätigt, was ich in meinem Referat vorher gesagt habe. Wir wollen uns doch hier nicht um theoretische Dinge streiten. Es ist das Wort Lenin gefallen. Lenin hat über die Aufgaben der Dritten Internationale folgendes gesagt, was Sie in der Dezemberrnummer «*Aktion*» finden:

«Die nächste Zukunft wird uns lehren, ob die Dinge schon reif sind zur Schaffung einer neuen marxistischen Internationale. Sollte es der Fall sein, dann wird unsere Partei mit Freuden in eine solche von Opportunismus und Chauvinismus gesäuberte Dritte Internationale eintreten. Wenn nicht, so wird das nur beweisen, dass zu einer solchen Säuberung noch eine mehr oder weniger lange Revolution nötig ist. Als dann wird unsere Partei in der alten Internationale der äußerste linke Flügel, bis in den verschiedenen Ländern die Grundlage zur Schaffung einer wahrhaft revolutionären Internationale geschaffen ist.»

Der Genosse Schröder und alle, die gegen meine Ausführungen polemisiert haben, sagen je dasselbe. Wir sind uns darüber einig, die Dritte Internationale ist ein Instrument der Staatsregierung Russlands, das benutzt wird zugunsten der russischen Politik. Die Ausführungen von Genosse Hempel machen mir immer sehr viel Freude, weil er ein Proletarier ist, der ungeheuer geistig arbeitet. Ich freue mich, wenn er mein Gegner ist. Er hat etwas anders gekämpft als der Genosse Rasch, der mir den Vorwurf gemacht hat, ich sei nie Proletarier gewesen. (*Genosse Rasch: Das ist nicht der Fall.*) Ich nehme das gar nicht tragisch. Marx, Engels, Lenin, Schwab, Schröder, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht - sie waren alle keine Industrie Proletarier. Es handelt sich darum, dass man im Dienste des Proletariats kämpft. Die Kernfrage, die wir hier zu stellen haben ist die: ist die K.A.P.D. das, was sie unserem Programm nach sein muss, Mittel zum Zweck oder Selbstzweck? Die Diskussion über die Stellung der K.A.P.D. zur Union zeigt gerade, dass sie in vielen Köpfen, z.B. im Kopfe des Genossen Schwab bereits anfängt, Selbstzweck zu werden und dass das Programm der K.A.P.D. darauf hinausläuft, das Proletariat als Klasse zu erfassen, dass das Programm schon aufgegeben wird, wenn es auch nur in den ersten Stadien aufgegeben wird.

Der schweizerischen Genossin danke ich, dass sie die Bestätigung dafür gegeben

hat, dass die Dritte Internationale das Gegenteil von dem will, was sie besagt. Die Genossin hat gesagt, die Dritte Internationale will überall das revolutionäre Proletariat, die kleinen Gruppen sammeln. Im Gegenteil! Dittmann und Konsorten, die ja identisch sind mit Däumig und Levi, sind nicht in sie hineingegangen, weil ihnen diese zu revolutionär war, sondern weil sie als Oberbonzen nicht noch höhere Bonzen über sich haben wollen. Und wenn sie dasselbe nachplappern, was wir gegen die Kommunistische Internationale sagen, können wir uns nicht dagegen wehren. Schließlich sagen auch manchmal irgendwelche ganz rechtsstehende Leute dasselbe, was wir sagen. Bloß wo und weshalb sie es sagen, und was sie dem, was sie sagen, wollen, darauf kommt es an. Das ist doch eben Illusionspolitik, dass wir vergessen. Dritte Internationale ist Kinderkrankheit von Lenin und V.K.P.D. ist alles ein und dasselbe, Parteidiktatur als Selbstzweck, als Ziel. Und augenblicklich steht die Parteidiktatur im Dienste einer Staatsautorität, und gegen diese Parteidiktatur wenden wir uns, wenn sie uns im Lande aufgezwungen wird. Nun ist mir, ausgerechnet mir, vorgeworfen worden, ich sei Pazifist, weil ich in meinen Ausführungen erklärt habe, dass, wenn die V.K.P.D. eine revolutionäre Aktion zu ihrem Zweck der Parteidiktatur macht, wir dann sie nicht brüderlich unterstützen würden, denn von diesem Augenblick kämpfen alle Massen als Stoßtruppen der K.A.P.D., der Union um diese vermeintliche Revolution zu dem Ziel zu führen, das wir erreichen wollen. Das ist keine brüderliche Solidarität, sondern das ist die Todfeindschaft. Wir werden nicht beiseite stehen im Schmollwinkel, und wir denken nicht daran, Pazifismus zu machen. (*Genosse Hempel: Revolution an sich ist bürgerlich!*) Vorhin habe ich schon gesagt, eine Revolution, ein Umsturz irgendwelcher Verhältnisse braucht noch nicht die soziale Revolution zu sein. Der 13. März war auch eine Revolution gegen die Scheindemokratie von der rechten Seite.

Der Berichterstatter Referent Genosse SCHRÖDER (*Schlusswort*):

Es wird immer wieder auf unseren Tagungen von den Theoretikern in der Partei gesprochen. Ich sage, dass wir in der Partei keine Theoretiker haben und in unserer Partei keine Theoretiker haben können. Hätten wir sie, würden wir sie zum Teufel jagen. Wenn unsere Leute fähig sind, das zu formulieren, was die hinter ihnen stehenden Proletarier wollen, so ist das eine Fähigkeit, die sie ausnutzen sollen im Auftrage der hinter ihnen stehenden Kreise, die sie aber in keiner Weise entbindet von der Teilnahme am Kampf. Sie haben ununterbrochen praktisch mitzukämpfen. Und aus diesem Sinne heraus haben wir keine Theoretiker.

Es wird der K.A.Z. vorgeworfen, dass sie die Frage der Dritten Internationale auffallend ungefähr als einen Sieg der K.A.P., als ein Ereignis behandelt haben, das man in die Welt hinaus jubeln müsste. Ich sage: wer nicht versteht, dass das ein so großes Ereignis für die K.A.P.D. gewesen ist, dass es auf die erste Seite gehört, der hat den Gedanken der Dritten Internationale auch überhaupt nicht begriffen.

Es ist gesagt worden, dass die V.K.P.D. geradezu die Dritte Internationale wäre. Das ist falsch. (*Sehr richtig!*) Die Dritte Internationale ist nicht die V.K.P.D., wenn sie auch die Leitsätze der Dritten Internationale akzeptiert hat. Sie ist so wenig die Dritte Internationale, dass selbst diese opportunistische Dritte Internationale sich heute mit der V.K.P.D. in den Haaren liegt, und zwar sehr hart, was sich noch steigern wird. Zu dieser Dritten Internationale gehören aber, wenn auch einzelne schlechte Vertreter und Ölgötzen dort sitzen, auch die kämpfenden Proletarier in den anderen Ländern, und diese kämpfenden Proletarier dort stehen nicht alle auf der gleichen Entwicklungsstufe wie die V.K.P.D. oder die K.A.P.D. oder sonst wer. Wir haben da nur zu betonen, dass aus diesen Gruppen dort auf Grund der

dortigen Verhältnisse das Beste entstanden ist, was die Verhältnisse erlaubten, entstehen zu lassen. Wir werden sie kritisieren, wir werden sie zu fördern suchen, aber wir werden das so gut verstehen müssen, wie wir folgendes verstehen: hätte es in Russland eine K.A.P. gegeben und gab es in Deutschland vor zwei Jahren noch keine K.A.P.D., dann hätten wir als kämpfende Proletarier in Deutschland es wohl sehr übel empfunden, wenn eine K.A.P.D. dort, der Geist von dort uns als konterrevolutionär angesehen hätte, die wir glauben, das beste Revolutionäre, was unsere Verhältnisse uns boten, auszuführen. Die Opposition in Russland unsererseits zu unterstützen und ihr mit allen Mitteln beizuspringen, mit ihr zusammen zu kämpfen, das ist nicht etwa, wie man sagt, Landesverrat, sondern eine unbedingte Notwendigkeit, die sich einfach ergibt aus der Notwendigkeit der Internationalität des Klassenkampfes heraus. (*Sehr gut!*)

Die Leipziger Tagung hat bedauerlicherweise diese Verbeugung, wie wir sagen, vor der K.A.P.D. gemacht. Wir haben in der K.A.Z. schon gegen den Beschluss Stellung genommen. Wir haben aber damit nicht gesagt, dass sie das nicht tun sollte, sondern vielmehr gefordert, sie müsste in ihrem Programm ausdrücken, dass sie die Notwendigkeit der politischen Organisation an sich anerkennt. Das hätte in das Programm hineingehört. (*Zuruf: Das ging noch nicht durchzusetzen!*) Aber darum ist erneut zu kämpfen.

Entschieden zurückgewiesen werden muss, dass hier niemals für die B.O. gesprochen worden sei. Mit einer inneren Gewalt ist hier um die B.O. gerungen worden, von der man auf der Tagung in Leipzig nichts hat merken können. Es ist gut, dass unsere Partei mit dieser Klasse an die Frage der B.O. herangeht. Ich habe in meinem Referat ja gesagt, dass die Existenznotwendigkeit der Partei sich allein schon aus solchen Dingen ergibt, dass sie der B.O. beweist, dass sie das Programm der Betriebsorganisation, das Wesen der Räteorganisation, die Auslösung der Räteorganisation besser versteht als die dort in den Betriebsorganisationen sich allmählich konzentrierenden Proletarier. Wir sagen, dass die B.O. heute in sehr schweren Wehen liegt und noch schwereren Wehen entgegen geht; und wir müssen nun allerdings ihr helfen. Aus der Konsequenz dieser Anschauung heraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass wir in der Tat mehr als bisher kämpfend für die B.O. eintreten müssen. (*Sehr wahr!*)

Genosse Pfemfert hat mich in Schutz genommen vergnüglicherweise. Ich sage dazu nichts, sondern ich stelle die Artikel der K.A.Z. seit dem Anschluss an die Dritte Internationale den Artikeln in der «*Aktion*» gegenüber, und dann werden die Dinge für sich sprechen. Es dreht sich um die konkrete Frage, ob der Anschluss an die Dritte Internationale als notwendig anerkannt wird, als Konsequenz aus unserer ganzen Politik, aus unserem Programm heraus oder nicht. Diese Frage muss hier zum Abschluss gebracht werden. Der Genosse Happ hat drei Richtungen unterschieden. Ich halte nicht sehr viel davon. Wenn wir schon einmal Richtungen unterscheiden wollen, dann sind in der Tat Abstufungen vorhanden, und zwar folgende: die erste ist die der absoluten Parteiverneinung. Diese wird von dem Genossen Mannsfeld vertreten. Wenn er die Konsequenz daraus noch nicht gezogen hat, dann wird er es nach dieser Tagung wohl tun. Die zweite Richtung ist die, die unser Programm vertritt und die aus der Konsequenz unseres heraus bestimmte Weiterentwicklungen ziehen möchte. Und eine, dritte wäre die, die allerdings in verschärfter Form den Gedanken einer Parteidiktatur vertritt oder zu vertreten beginnt. Ich nehme diese Dinge gar nicht tragisch. Es ist so, Genossen, dieses Spielen mit der Parteidiktatur nehme ich nicht tragisch, sondern ich sage, es ist die Konsequenz einmal der theoretischen Stärkung unserer Partei überhaupt, dass sie fest und sicher fuhr und zweitens die Konsequenz der Schwere der Situation, in der wir stehen. Die Wucht, mit der die einzelnen fühlen, wie der Zusammenbruch sich nähert, das schwere

innere Erleben, mit dem man die Katastrophe herankommen sieht, bringt notwendig das Gefühl einer Verstärkung dieses Gedankens der kämpfenden und siegenden K.A.P.D. in den Vordergrund und lässt dann leicht das verwechseln mit dem Gedanken einer Art Parteidiktatur. Ich glaube, das ausgesprochen, genügt allein, um entsprechend unserem Programm den Spuk dieser Art verschwinden zu lassen.

Genosse Happ sagt, Rosa Luxemburg habe ausgesprochen: das Proletariat kann niemals früh genug zur Herrschaft kommen. Rosa Luxemburg schreibt in diesem Artikel gegen den Reformismus: das Proletariat wird Anläufe machen, zurückgeschlagen werden, siegreich sein; kommt es zur Herrschaft, so können Reformisten sagen, es käme zu früh zur Herrschaft; das Proletariat kommt niemals zu früh zur Herrschaft. Das ergibt sich und ist bedingt durch die Verhältnisse, aus denen heraus es überhaupt in diesen Kampf erst gerissen werden kann. Dieselbe Rosa Luxemburg sagt in dem Programm des Spartakusbundes, dass das Proletariat nur in seiner überwältigenden Mehrheit die Macht übernehmen wird. Ich sage, das ist kein Widerspruch in sich, sondern das ist aus der theoretischen Einsicht Rosa Luxemburgs heraus gesprochen, die ganz wohl unter Übersicht der westeuropäischen Verhältnisse sagt, dass eine Parteidiktatur in dem Sinne, vor der uns die Opportunisten graulich machen wollen, gar nicht möglich ist, sondern wie in München, wie in Ungarn Ansätze des Proletariats schwer zurückgeschlagen, unterdrückt wurden, so wird die Möglichkeit einer Diktatur des Proletariats erst gegeben sein, wenn eine große überwältigende Masse von Proletariern dahintersteht, d.h. nicht, dass die übergroße Mehrheit der Proletarier nun schon diesen Kampf bewusst will, sondern die übergroße Mehrheit der Proletarier soweit ist, dass sie mit dem kämpfenden Teil des Proletariats gewillt ist, gemeinsame Sache zu machen.

Unsere Einstellung muss die sein, in jedem Augenblick die höchste Aktivität zu entfalten, die höchste Intensität auszulösen und nichts zu versäumen, was der Selbstbewusstseinsentwicklung der Proletarier dient. Das sind die eigentlichen bedeutenden Gesichtspunkte unseres ganzen Programms.

Genosse Schwab sagte, dass die Union nicht den Gedanken der Einheitsorganisation eigentlich propagieren dürfte und dass sie ihr Programm in dieser Richtung auch verändern musste. Für mich ist die Union Anfang der Klassenorganisation des Proletariats. Sie kämpft wirtschaftlich und politisch, d.h., sie kämpft mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln. Nun ist die Einheitsorganisation nicht ein bewusstes Ziel der Union, nicht in dem Sinne, wie einstmals die sozialdemokratische Partei die klassenlose Gesellschaft propagiert hat.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Wir müssen unterbrechen, denn es ist in 5 Minuten ein halb 12 Uhr. Ich möchte es nicht verantworten, dass wir hier unter Umständen ausgehoben werden, wegen der Überschreitung der Polizeistunde. Wir werden also morgen die Debatte fortsetzen.

*(Schluss: 11 1/2 Uhr.)*

### **Dritter Tag, vormittags 9 Uhr**

Vorsitzender Genosse RASCH:

Ich erkläre den Parteitag wieder für eröffnet.

Referent Genosse SCHRÖDER (*Fortsetzung des Schlusswortes*):

Es ist schwer, genau an den Punkt anzuknüpfen, an dem ich gestern abends stehen geblieben bin.

Es ist unter anderem gesagt und geschrieben worden, dass die K.A.Z. ein großer Vorwurf trifft, in dem Artikel zur Dritten Internationale geschrieben zu haben, Lenins Buch über die Kinderkrankheiten versinke. Der Betreffende, der das sagt, hat diesen Satz nicht zu Ende gesagt, er hat nicht alles gesagt, was in diesem Artikel um diesen Satz herumsteht. Es steht dort: der Genosse Lenin - ich führe es etwas weiter aus, als es dort steht - hat einst ein Buch geschrieben über die Kinderkrankheiten; dieses Buch ist geschrieben aus der Stellung eines kämpfenden Revolutionärs heraus, der Genosse Lenin als russische Autorität, als eine Person, die aus den Prinzipien, aus den Verhältnissen der russischen Revolution heraus als Autorität angesehen und ausgespielt wird - dieser Genosse Lenin ist auf Grund von bestimmten Berichten, die ihm gegeben worden sind aus Westeuropa über die K.A.P.D., veranlasst worden zu schreiben gegen bestimmte Erscheinungen, die im Laufe der Revolution in Westeuropa eingetreten sind. Dass die Informationen, die der Genosse Lenin über die K.A.P.D. bekam, die damals sehr klein war, nicht viel Theoretisches aufzuweisen hatte, sondern mehr einfach praktisch als Opposition arbeitete - dass diese Instruktionen über die K.A.P.D., über die Union verleumderischer Natur waren, dafür kann der Genosse Lenin nicht. Als er das Buch schrieb, kämpfte er in ehrlicher Weise gegen gewisse Erscheinungen der westeuropäischen Revolution. Und als eine Delegation für uns in Russland war, da gestand schon der Genosse Lenin, dass er noch nicht so alt wäre, wenn er über das Wesen und Sein der K.A.P.D., über die westeuropäischen Verhältnisse anders aufgeklärt würde, um nicht auch ein anderes Buch zu schreiben. Das war gewiss kein Zeichen von Geistesenge, sondern von Geistesweite. Und wenn der Genosse Lenin jetzt in Moskau in langen Gesprächen, in einem Gespräch, in dem er die Zeit, die ihm zur Verfügung stand, weit überschritt, bittend und sagte, doch noch da zu bleiben, um mit uns um diese Dinge zu ringen, uns am Rockknopf festhaltend sagt, ihn ganz aufzuklären, ihm alles auseinanderzusetzen und wenn dann der Genosse Lenin am Schluss sagt: ich kann noch nicht sagen, ob der Weg so oder so sein wird, vielleicht kann der Weg, den die Unionen gehen, der richtige sein in Westeuropa, wir werden es abwarten, die Taten werden uns überzeugen - ich sage, ein Mann, der so ringt, der ganz klar sich als revolutionärer Kämpfer dadurch erweist, dass er nicht doktrinär auf dem Standpunkt dieser oder jener Leitsätze steht, sondern als im Fluss der Revolution stehend sich sagt, diese Leitsätze können auch anders werden auf Grund anderer Verhältnisse, wir können zur Änderung dieser Leitsätze kommen - von diesem Genossen kann man sagen, dass es Wahnsinn ist, ihm nun in ununterbrochener Folge und nicht nur ihm, sondern der russischen kämpfenden proletarischen Partei dieses Buch ununterbrochen um die Ohren zu schlagen. Man soll in der Revolution ganz klar unterscheiden. Aber man soll auch vergessen können, d.h., man soll nicht, weil ein Mensch früher so war, ihm das sein Leben lang ununterbrochen vorwerfen, wenn er sich geändert hat. Wenn wir das nicht wollten, dann müssten wir unzähligen Proletariern, die erst 1914 kriegsbegeistert mit gingen, ihr Leben lang das nicht vergessen und sie hindern, in unsere Partei zu kommen, weil sie damals anders waren als heute (*Genosse Pfemfert: Aber nach dem Buch «Kinderkrankheiten» kommt die Revolution aus demselben Geist und dieselben Bedingungen!*) - Ich spreche jetzt von dem, was dort in der K.A.Z. geschrieben ist. Und da ist ganz klar, dass aus diesem Geiste heraus das ausgesprochen werden muss, dass wir nun nicht in ununterbrochener Folge als Objekt des Kampfes überhaupt auf dieses Buch losschlagen, sondern dass die Dinge für uns mehr und mehr in den Hintergrund zurücksinken gegenüber dem Positiven, was wir jetzt zu tun haben.

Dann noch etwas zu dem Genossen Ihlau! Ich fürchte, dass die Union eine Richtung einschlagen wird, die sie fern halten wird von dem Kongress der Gewerkschafts-Internationale. Ich halte das für eine unglaubliche politische Dummheit, für eine solche Dummheit, dass die Union Jahr und Tag darunter wird zu leiden haben. (*Zuruf: Politische Ehrlichkeit!*) Man überlege sich einmal folgendes: die Union will eine wirtschaftlich und politisch kämpfende Organisation sein, sie will, ohne ihre Prinzipien zu verletzen, im revolutionären Kampfe jede Position, wo sie nicht dem Opportunismus Konzession zu machen braucht, ausnutzen. Jetzt wird eine Gewerkschafts-Internationale einberufen. Das, was dort bisher als internationales Bureau oder wie es sich nennt, existiert, von den Russen eingesetzt, das ist noch keine Gewerkschafts-Internationale. Ich will nicht über den Wert dessen sprechen, was man darunter versteht - ganz gleich! Dieser Kongress der roten Gewerkschafts-Internationale, der jetzt erst zusammentritt, wird sich erst die Richtlinien geben. An diesen Richtlinien mitzuarbeiten, ist die revolutionäre Pflicht der Union, auf einem Kongress, auf dem Arbeiter der Betriebe Vertreter von Betriebsorganisationen, also von Klassen-Organisationen der Proletarier sind. Dahin gehört die Union ihrer ganzen Struktur nach. (*Zuruf: Eingeladen?!*) - Die allgemeine Arbeiter-Union muss hingehen, und wäre sie nicht eingeladen. Aber sie ist eingeladen worden. In der offiziellen Bekanntmachung in der «Roten Fahne» ist an die Union ebenfalls die Einladung gerichtet wie an die Syndikalisten usw. Die offizielle Einladung spielt jetzt üblich gar keine Rolle. Die Union scheint sich zweitens daran zu stören, dass man in dieser Einladung, in diesem *pronunciamento* Wünsche ausspricht; man wünscht, dorthin sollen nur Leute kommen, die gewillt sind, in allen wirtschaftlichen Organisationen revolutionierend zu wirken. Daraus ziehen Sie die Folgerung, es sollen nur Leute kommen, die in den Gewerkschaften arbeiten wollen, d.h., man will die Union auflösen und sie in die Gewerkschaften als revolutionierende Mitglieder zurückführen. Ich gestehe eins, im Vergleich zu dem, was einst die Exekutive der K.A.P.D. zu bieten wagte, nämlich ehe sie überhaupt zugelassen wurde, auszuschließen allein, ist dies bereits ein weiterer Schritt zur Vernunft, den die Exekutive angenommen hat. Sie stellt gar keine Forderungen mehr, sie wünscht aus ihren Gründen heraus, dass man nur solche Vertreter schickt. Man muss doch verstehen, von was für einem internationalen Podium aus das geschieht. Das ist nicht nur an Deutschland gerichtet, sondern das gilt den Proletariern aller Länder; und da wünscht sie aus ihren Prinzipien heraus, dass die und die Organisationen so und so ihre Vertreter dorthin senden mögen. Wenn die Union daraus eine Forderung macht, so ist das eben falsch, und es scheint die Furcht doch zu sein, dort nichts auszurichten zu können, weil man glaubt, dort vielleicht nicht zu siegen. Deswegen will man den Kampf nicht aufnehmen. Das ist ganz und gar unrevolutionär und unserem Prinzip gar nicht entsprechend gedacht. Wenn man auch nicht weiß, ob man irgendwo siegen wird, deswegen muss man den Kampf doch aufnehmen, weil wir immer hoffen und alles tun wollen, um zu siegen. Also ich sage: es ist, wenn die Union es ablehnt, dorthin zu gehen und mitzuarbeiten, wobei ihr keinerlei Bindungen gegeben sind, und sie nach dem Kongress, wenn er Beschlüsse fasst, die ihren Bestand gefährden, die nicht vereinbar sind mit ihren Prinzipien, ohne weiteres ja nicht hineinzugehen braucht, und die Union dann jetzt aus Richtungen heraus, die einfach alles, was von Russland kommt, als eine Art Parteikommunismus abtun wollen und gar nicht das Ringen um die Dritte Internationale dabei sehen - dann, meine ich, ist das eine phänomenale Dummheit, die sie schwer büßen wird. Ich hoffe, sie wird doch hingehen.

Dann war von den sogenannten drei Richtungen die Rede. Ich will das etwas schärfer präzisieren. Ein Wort zuvor noch! Wir standen vor einem Jahr in einer Periode, in der wir den Kampf gegen alles, was Partei alten Stiles war, in der schärfsten Form zum Ausdruck bringen mussten. Je, zur Begründung der K.A.P.D., zur Formulierung ihrer Richtlinien, zur Durchbildung der ganzen Mitgliedschaft war diese verschärfte

Betonung der Ablehnung des alten Parteiedankens eine unbedingte Notwendigkeit. (*Zuruf: War? Und heute?*) Die propagandistische Notwendigkeit war restlos den Mitgliedern einzuhammern, dass die Parteien alten Stiles rücksichtslos zu bekämpfen und zu zerschmettern sind, dass wir nicht zur proletarischen Revolution kommen, wenn nicht mit rücksichtsloser Gewalt hier gerne wird. Wir stehen heute in einer Situation, in der bei der Masse unserer Parteimitglieder dieser Gesichtspunkt vollkommen klar ist. Wir stehen aber weiter in einer Situation, in der aus der Union heraus und auch aus einzelnen Teilen der Partei heraus die Dinge sich zu überkampeln beginnen, d.h., die Ablehnung des Parteiwesens alten Stiles führt zu dem Gegenteil, zur Ablehnung der politischen Organisation überhaupt; und in einem Augenblick, in dem der Partei diese Gefahr droht, dass ihr Bestand angetastet wird, auch der K.A.P.D.-Bestand als politische Organisation, in dem Augenblick ist es verständlich, wenn mit verschärfter Gewalt der Kampf für die Existenznotwendigkeit einer politischen Organisation wie der K.A.P.D. aufgenommen wird. Aus diesen Dingen heraus sind die wechselnden Aufgaben, man konnte sagen, propagandistische Aufgaben begrifflich und daher eine Reihe Auseinandersetzungen auf diesem Parteitag, die eben in schärferer Form diesen Standpunkt hervorkehren. Hier hin rechne ich die Ausführungen des Genossen Hempel, ausgezeichnete Ausführungen, ganz und gar beseelt von dem Geist der Notwendigkeit unserer politischen Organisation als des Gehirns und der kämpfenden Faust der Revolution. Ich fühle mit dem ganzen Herzen dem Genossen Hempel nach, wie er auch im Hinblick auf den Kampf der Bolschewiki mit unerbittlicher Gewalt die Notwendigkeit der politischen Organisation gegenüber allem anderem als das Primäre in den Vordergrund schiebt. Das ist absolut nichts, was mit unserem Programm nicht übereinstimmt. Und wenn aus dem Zusammenhang heraus etwas scharf, möchte ich sagen, ein Anklang an Parteidiktatur alten Stiles oder so etwas herausgezogen werden sollte, so ist das ganz falsch und aus diesem Kampf heraus zu verstehen. Ebenso verstehe ich das, was der Genosse Schwab sagt, wenn ich auch zugestehen muss, dass mir das, was er vorbringt im wesentlichen eine mehr politische Kombination zu sein scheint, so eine bestimmte rein politische Situation zugespitzte Ausführung des Ganzen sehe ich auch darin nichts als notwendiges Vorwärtsschreiten in der Überlegung über unsere theoretischen und praktischen Aufgaben. Aber eins scheint mir - und das ist der dritte Standpunkt - geradezu ins Bedenkliche zu gehen. Das ist der Standpunkt des Genossen Happ. Dieser Standpunkt dokumentiert sich ganz einfach in den Worten: weil wir für eine Klassendiktatur eintreten, was unser Programm fordert, deswegen hätten wir in Russland diese Resolution nicht annehmen können, deswegen hätten wir nicht als Sympathisierende für die Dritte Internationale erklären soll Das ist sehr bedauerlich. Daraus folgt ganz einfach: wenn wir das nicht können, wenn wir auf dem Standpunkt der Klassen-Organisation stehen - wann können wir es dann? (*Zurufe des Genossen Happ*) - Ja, Du erschrickst vor Deinen eigenen Schlussfolgerungen - Dann können wir es nach Deiner Auffassung, wenn wir auf dem Standpunkt der Bolschewiki - und spielt hier auch der Bolschewismus den Streich - die Verhältnisse Russland, wie sie jetzt sind - bei uns sind sie anders - dass wir nur Grund einer ähnlichen Parteidiktatur, wie die Bolschewisten sie in Russland ausüben, unsererseits eine solche Bindung, sagen wir einmal, eingehen können. Das ist die einfache Folgerung aus diesen Dingen. Er sagt dass sich dann aus diesen Verhältnissen heraus der Opportunismus in Russland ergibt. Ich sage, dass gerade umgekehrt sich aus diesen Verhältnis heraus der Opportunismus in Russland in der Internationale nicht zu ergeben braucht, und gerade die K.A.P.D. kämpft ja seit über einem Jahre für, die Russen zu belehren, dass sie die opportunistische Politik, sie treiben, ganz unnötigerweise treiben und dass diese opportunistische Politik für sie zum Schaden ausschlagen wird. Der Opportunismus ist nicht in den russischen Verhältnissen begründet, sondern er ist aus falschen Voraussetzungen und falscher Übertragung russischer Verhältnisse auf Westeuropäische zu Leitsätzen der Dritten Internationale kristallisiert; und diese Leitsätze anzugreifen mit dem Ziel, sie restlos

umzumodeln, eine Aufgabe der K.A.P.D., gehört mit dazu, weswegen wir in der Dritte Internationale stehen und kämpfen wollen, denn das will ich dem Genossen Pfemfert sagen, wir stehen in der Dritten Internationale eben nicht, weil wir glauben, dass die Dritte Internationale nicht mehr zu ändern ist, sondern wir sehen sie bereits in vollkommener Änderung begriffen, ob man das bestreitet oder nicht; und man hier als Beispiel anführt, was die Schweizer Genossin sagt, oder ob das so ein Beweis dafür sein sollte, wie es aussieht in der Dritten Internationale - das besagt gar nichts, das heißt eben Dinge, die einmal gesagt sind, niemals vergessen, sie starr sehen, sie nicht in Fluss sehen. Wir glauben, dass diese Dinge in Fluss begriffen sind, dass die Dritte Internationale zu ändern ist, dass es unsere Pflicht ist, jede Position auszunutzen und rücksichtslos auszunutzen durch den Zusammenschluss auch der Opposition, durch den Anschluss an die Opposition in Russland; und das sehen wir nicht als Landesverrat oder Einmischung in fremde Angelegenheiten an, sondern diese Angelegenheit ist eine Klassenangelegenheit, eine internationale Klassenangelegenheit. Wir haben die Pflicht, uns in diese russischen Verhältnisse einzumischen. Genosse Happ sprach dann von der sogenannten doppelten Einstellung, die wir haben müssen. In unserer Presse findet er immer und immer wieder, dass das Leitmotiv unserer ganzen Politik das doppelte ist, die Auslösung der höchsten Aktivität, ohne den Gedanken der Selbstbewusstseinsentwicklung nur einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren. Dafür kämpfen wir. Das ist ja unser Programm. Das hat der Genosse Happ hier nicht neu entdeckt. Das sind Selbstverständlichkeiten, wobei ich allerdings eine Einfügung machen möchte. Ich wünsche, dass das Wort «Selbstbewusstseinsentwicklung» nicht auch schon anfinde, zu einer Art abgedroschenem Schlagwort zu werden (*Sehr gut!*), zu einem Wort, das man in seinem wirklichen Wert nicht mehr erkennt. Was in Ostsachsen usw. passiert aus dieser Einstellung auf die sogenannte Selbstbewusstseinsentwicklung, das sehen wir daran, dass sie die Selbstbewusstseinsentwicklung verwechseln mit dem Selbstbewusstsein der einzelnen Person, d.h., mit dem übertriebenen autonomen Gefühl der einzelnen Persönlichkeit. (*Sehr gut!*) Das muss aufhören. Wir müssen jetzt anfangen, diesen Begriff schärfer und klarer zu formulieren. Wir werden gut tun, uns mehr und mehr daran zu gewöhnen, diese Selbstbewusstseinsentwicklung auszusprechen als die Klassenentwicklung, als die Klassenbewusstseinsentwicklung. Dann ist die Gefahr vermieden, dass wir unter Selbstbewusstseinsentwicklung wieder zum Individualismus kommen und nicht zur sozialistischen Auffassung, eben zur Klassenbewusstseinsentwicklung.

Man kann sich natürlich in alle möglichen politischen Kombinationen darüber einlassen, was eintreten wird, wenn die Macht errungen wird. Ich gestehe offen, man braucht dabei gar nicht zimperlich zu sein. Für meine Person stehe ich, wenn wir in einer Lage waren wie die russischen Bolschewiki in Russland gewesen sind, würde ich genau wie diese für die Parteidiktatur, wie sie in Russland ist, mit eingetreten sein. (*Genosse Pfemfert: Hört, hört! - sehr richtig!*) Wir wollen nicht zimperlich sein und uns ganz ruhig und offen sagen: wenn im Laufe der Revolution Situationen eintreten, in der der Kampf geführt werden muss und wir auch in eine schiefe Lage irgendwie kommen könnten, dass sie um der Möglichkeit einer schiefen Lage willen oder eines schiefen Ansehenwollens von ein paar Leuten, die von der Seite über die Reinheit wachen - dass wir um dieser schiefen Lage willen nicht den Kampf selbst aufgeben dürfen, sondern ihn führen müssen. Und aus diesem Gesichtspunkt heraus können sich natürlich alle möglichen Kombinationen ergeben. Wenn wir z.B. die politische Macht erringen - bloß eine Kombination!-, dann kann es sein, dass wir allein überhaupt nichts machen können, wenn wir etwa in der allernächsten Zeit sehen, wir sind viel zu wenig, um etwa das Ganze leiten zu können. Es wird also nur eine ungleich größere Masse sein. Wir können sagen, wenn wir heute aktive Parolen herausgeben, dass etwa hinter unserer kleinen Zahl, sagen wir, rund eine halbe Million Proletarier bereitstehen würden. Je nach der politischen Situation, nach der

Zeit, in der wir hervortreten, ist aber die Möglichkeit gegeben, dass mit der Erringung der Macht bereits unsere Parolen eine solche Gewalt haben, dass hinter uns dann im Kampfe drei, vier, fünf Millionen Leute stehen. Danach werden sich die Aufgaben, die konkreten Tagesaufgaben unserer Partei einzustellen haben. Das sind Selbstverständlichkeiten. Andererseits aber dürfen wir aber nicht das Beispiel, das die Bolschewisten in Russland gegeben haben, mit unseren Verhältnissen vergleichen. Die Bolschewiki hatten in Russland ganz andere ökonomische, politische Verhältnisse, unter denen sie kämpften. Ich glaube, dass wir in Deutschland nicht eher an die Macht kommen werden, bis nicht die Parteidiktatur, die dann eintreten konnte, sich mit der Klassendiktatur deckt, d.h., dass der fortgeschrittenste Teil des Proletariats soweit von den anderen Proletariern gedeckt wird in ihrem Kampfe, dass man von einer Parteidiktatur gar nicht sprechen kann. *(Sehr richtig!)* Nun, sage ich, soll man hieraus als Selbstverständlichkeit keine Abweisung des Kampfes nach der Eroberung der Macht und dergleichen schließen, aber nicht dazu kommen, allzu sehr mit diesen Gesichtspunkten zu spielen. Und wenn Genosse Schwab darauf kam, dass die Diktatur des Proletariats der bewaffneten Macht bedarf, dann schränkte er das vorhin dahin ein, dass er ganz recht sagte, wir können uns ganz unmöglich auf eine Parteigarde stützen, wir müssen uns wahrscheinlich auf den größten Teil der bewaffneten Betriebe stützen. Das ist ganz kühl, nüchtern aus der Erwägung heraus, dass man eben nicht existieren kann, dass wir in Westeuropa nicht zu einer reinen Parteidiktatur, wie sie etwa in Russland ist, kommen können. Nur eins, Genossen! Das alles ist verständlich und vollkommen begreiflich. Wir werden uns nicht in die Haare bekommen über die Dinge, was die Partei nach der Eroberung der Macht tun soll. Aber eins - da hört für mich wenigstens der Spaß auf. Wenn ich solche Dinge wie bei Genosse Happ höre, dann wird bei mir der Gedanke wach, dass man um gewisser Erwägungen politischer Natur willen, rein taktischer Natur willen an den Grundprinzipien unserer K.A.P.D. an den Grundprinzipien des ganzen Geistes, aus dem heraus wir kämpfen, anfängt zu rütteln. *(Zuruf: Nein, nein!)* Wenn man nur sagt, wir sollen uns dabei nicht so ängstlich haben, ob wir uns die ganz rein oder so erhalten wollen, so kann das leicht missverstanden oder doppelt verstanden werden. Wir können uns nie ganz rein erhalten in dem Sinne, dass wir nicht ununterbrochen abstoßen müssen, uns reinigen müssen, uns selbst verständigen müssen usw. Aber wir müssen uns, was unsere programmatische Einstellung betrifft, ganz klar und ganz rein gegenüber dem Gedanken der Parteidiktatur verhalten. Unter einzelnen taktischen politischen Erwägungen darf uns der gesamte Gesichtspunkt unseres großen Zieles, die Klassendiktatur des Proletariats, nicht einen Augenblick verloren gehen. *(Sehr gut!)* Mag nach dem Siege dieser oder jener von uns aus irgendwelchen Möglichkeiten heraus für uns verloren gehen, das wird nicht hindern, dass unsere Partei als politische Organisation weiter existiert und weiter die Aufgaben, die Fortsetzung der Aufgaben zu erfüllen hat, die sich jetzt aus ihrem Programm heraus zunächst nur theoretisch sehen lassen. Sonst würden wir die Partei mit der Regierungspartei, mit dem Kommunismus verwechseln. Wir werden bestehen bleiben, wie die russische bolschewistische Partei in Russland bestehen bleibt und am praktischen jetzt bereits zu sehen ist, wie innerhalb dieser Partei der Kampf gegen die führenden Parteigenossen, die staatspolitischen Parteigenossen aus der Partei heraus beginnt. Es ist hoch interessant, diese Dinge in Russland zu beobachten, wie bereits aus den Gewerkschaften heraus und unter einer Parteidiktatur in Russland, die sehr schwer ist und die nur der ernststen Opposition Raum gibt, nicht den Narren *(Sehr richtig!)* - ich sage, es ist sehr schwer dort - nur dann, wenn man etwas zu sagen hat, kann man sprechen - aber trotzdem wird gerade der Kampf von den Betrieben, von den Arbeitern in den Betrieben, von den Gewerkschaften aus der Partei heraus geführt zu werden beginnen um die Prinzipien eigentlich, die sich aus unserem Programm heraus ergeben, um die Räte, um die Einheitsorganisation. *(Sehr gut!)* Das ist Folgerung aus dem Kampf der Gewerkschaftsleute um die Eingliederung zunächst in den Staatsapparat usw. Ich bin mit dem Genossen Schwab vollkommen damit einverstanden, wenn er um der

Klarheit willen am liebsten den Begriff «Einheitsorganisation» auch aus der Union verschwinden sehen möchte. Er sagt, dass man sich nur ein etwas nebelhaftes Bild unter der Einheitsorganisation als Ziel vorstellen kann. Das will mir nicht ganz richtig erscheinen. Ich meine, dass der Begriff der klassenlosen Gesellschaft von einem etwas schleierhaften Bilde umgeben ist. Er ist abgebraucht durch die alte Sozialdemokratie. Er muss von uns mit neuem Inhalt gefüllt werden. Für uns deckt er sich letzten Endes mit dem Begriff Einheitsorganisation. Aber die Einheitsorganisation beginnt anders als eben die Propaganda der klassenlosen Gesellschaft, für uns sofort eine konkrete Handlungsweise zu verlangen, d.h., die Einheitsorganisation als die Räte-Organisation, die als Vollendung die klassenlose Gesellschaft bedeutet, liegt heute aus dem Prozess der Revolution heraus vor uns als konkrete Aufgabe, nämlich als Schaffung von Räteorganisationen, Auslösung von Betriebsorganisationen. Hier gewinnt die Forderung der Einheitsorganisation eben der Räte bereits ein praktisches momentanes Ziel. Und diese Zielrichtung sagt uns, dass die Partei unter Klärung des Begriffs Einheitsorganisation soweit gehen soll, dass nicht nur die Union, wenn sie den Begriff geklärt hat, sondern geradezu die Partei selbst zeigen soll, dass sich aus Konsequenz ihres Programms die Forderung dieser Einheitsorganisation ergibt und dass sie konkret dafür eintritt mit jedem Tag, indem sie für die Auslösung von Betriebsorganisationen und Räteorganisationen kämpft. Und des propagiert die Partei nicht nur, sondern des tut sie einfach schon jeden Tag und solange sie existiert. Mit scheint das so zu sein, dass, unbeschadet dessen, wie im Augenblick der Eroberung der Macht die Situation aussieht - aber eins ist klar: wir als politische Organisation haben mit dem Siege des Proletariats darauf zu dringen, dass die politischen Räte gewählt werden, dass die wirtschaftlichen Räte gewählt werden. Es wird sich eine politische Räteorganisation, eine wirtschaftliche Räteorganisation aufbauen. Und wir haben als Partei, abgesehen von dem, was sonst noch nebenbei an Tagesaufgaben passiert, unbedingt darauf zu dringen, dass diese politischen Räte als Räte ihre Aufgabe erfüllen. Sie haben ununterbrochen für die Reinigung dieser Räte zu sorgen mit Worten und Taten, mit allem, was wir tun können, denn praktisch wird die Sache so sein: in den Räten wird wahrscheinlich mehr V.K.P.D. und sonst etwas sein als K.A.P.D. Deshalb besteht unsere Partei als politische Organisation. Deswegen hat sie die Aufgabe, mit aller Kraft zu verhindern zu suchen, dass die Räteorganisation gleich zu einer Räte-Bürokratie erstarrt. Und in dem weiteren Prozess erwachsen ihr neue Aufgaben. Ob diese unter Umständen darin bestehen, eine Parteidiktatur, die dann von der V.K.P.D. usw. dann eintreten könnte, zu stürzen, ob ihr die Aufgabe erwächst, bloß mehr propagandistisch zu vertreten die Lehre: Zusammenlegung der politischen und wirtschaftlichen Räte - das wird alles von dem Augenblick und der Situation und der Zeit abhängen, in der wir stehen werden; darüber können wir uns nicht unterhalten. Wir müssen diese Räte mit K.A.P.D.-Geist durchdringen. Wenn wir jetzt in diesen Kämpfen hier stehen, dann ist für uns ganz klar, dass wir uns unsere politische Organisation nicht nehmen lassen. Wir werden so scharf wie möglich dafür kämpfen. Wir müssen, wenn wir so kämpfen wollen, rücksichtslos aus unseren Reihen jeden hinausweisen, der sich der Parteiverneinung nähert. *(Zustimmung)* Wir können nicht anders existieren. Wir lassen uns die Partei, unsere politische Organisation deswegen nicht nehmen, weil wir uns den Kampf um die Revolution nicht nehmen lassen wollen. *(Lebhafte Zustimmung und Sehr gut!)* Wir wollen uns nicht selbst enthaupten. *(Sehr gut)* Das ergibt als Folgerung zunächst, dass wir diese Leute aus unserer Organisation hinauswerfen müssen. Wie schwer uns das wird - ich will es nicht aussprechen. Wer so viel durchmacht wie unsere Partei, wer weiß, welche Erschütterungen auch das wieder nach sich ziehen wird, wer sich ganz klar darüber ist, dass nach diesem Parteikongress wieder mit verschärfter Gewalt die Auseinandersetzung zwischen K.A.P.D. und Union beginnen werden und zu Ende geführt werden müssen, der wird begreifen, wie schmerzvoll uns dieser Schnitt sein muss. Aber ich sehe keine Möglichkeit, wir müssen es tun. Und dann bin ich der Auffassung, dass die Frage der Dritten Internationale eine so schwerwiegende Frage

der politischen Aktivität unserer Partei, der politischen positiven Leistung unserer Partei ist, dass sie zum Angelpunkt der ganzen weiteren Fortsetzung werden wird. Infolge der Zusammenfassung der Opposition in der Dritten Internationale enten wir den Kampf um diese Dritte Internationale jetzt propagandistisch in unserer Presse nicht abschwächen, sondern mehr erweitern. Wenn einzelne Parteigenossen der Ansicht sind, jetzt konnte die Sache mit der sympathisierenden Partei aus unseren Zeitungen am besten verschwinden, dann sage ich. jetzt geht erst der Kampf um die Dritte Internationale auch in unserer Propaganda los. (*Sehr richtig!*) Darum ist die Frage, wie wir als Sympathisierende stehen wollen oder nicht, von so eminenter Bedeutung. Und wir müssen ganz scharf die Genossen, die in diesem Kampfe nicht ganz mit uns stehen, fragen, ob sie sich den Parteitagsbeschlüssen in dieser Frage fügen wollen oder nicht. (*Sehr richtig!*) Das ist von schwerwiegender Bedeutung. Aber auch das muss sein. Dabei spielt gar keine Rolle, ob wir wieder aus der Dritten Internationale hinausgeschmissen werden. Dann werden wir ohne Verärgerung, ohne uns in Kleinlichkeiten zu verlieren, genau so kühl und nüchtern und rücksichtslos um die Dritte Internationale weiter kämpfen. Wir werden den Kampf erst aufgeben und um etwas anderes führen, wenn die Dritte Internationale ein vollständiger Haufen versumpfter Zweiter Internationale werden wird. Daran ist kein Gedanke. Dafür sorgen die kämpfenden Proletarier, die jetzt erst in allen Ländern auf den Plan treten. (*Zuruf: Verhältnisse!*) Wir werden natürlich die Russen und die russischen Führer nicht umkrepeln. Aber wir sind im Prozess der Entwicklung selbst ein Stück der Änderung der Verhältnisse; und diese Verhältnisse werden die Leute umkrepeln und haben sie schon umgekrepelt.

Wir müssen weiter die Folgerung ziehen, dass wir mehr als bisher trotz der Opposition der Union, wenn sie auch nicht will, uns der Union widmen. Und die Minimalforderung in der Beziehung ist, dass kein Mitglied unserer Partei mehr in den Gewerkschaften sein darf. (*Sehr richtig!*) Ich kenne das folgende taktische Beispiel: ein Genosse ist 54 Jahre, ganz von unserem Geist durchdrungen. Er muss in der Gewerkschaft sein, denn sonst verliert er seinen Posten. Er sagt: ich habe eine große Familie, ich lebe dann im Elend, ich kann nicht mehr auf die Streik, ich muss dann aus der Partei ausscheiden. Sie sehen die Schwere der Situation. Es gibt viele solcher Fälle. Uns kann die Schwere dieser einzelnen Situation nicht hindern, hier ganz klar die Linie zu ziehen. Ob sich Möglichkeiten ergeben können, in irgendeiner Form als sympathisierende Mitglieder oder sie zu Diskussionen einzuladen und dergleichen, mit ihnen zu arbeiten, die Verbindung mit ihnen nicht zu verlieren, ist eine andere Frage. Aber die Frage der Parteimitgliedschaft als des erschlossensten, klarsten Teils, als das Gehirn der Revolution und des schlagenden Schwertes - diese kann nicht mehr existieren, wenn in ihren Reihen Leute sind, die noch den Gewerkschaften angehören.

Damit bin ich am Schluss. Ich hoffe, dass der Parteitag ein wirklich positives Ergebnis in all diesen Fragen haben wird.

Jetzt nur ein paar Worte für meine Person, und zwar sage ich sie nicht um meiner Person willen, sondern aus dem Prinzip heraus. Ich sage, wir sollen das, was wir vertreten, auch ganz vertreten. Und weil ich weiß, dass auch in unserer Partei immer noch, natürlich als Übergangserscheinung bei einzelnen, Autoritätsglauben in gewissem Grade vorhanden ist, und weil viele immer noch bei vielen Sachen sagen, da machen es doch einzelne, das schadet nichts, wenn man nur das Ziel nicht aus dem Auge verliert, so sage ich doch, wir wollten auch in allem mit der Tat für diese Dinge eintreten. Als wir begannen zu kämpfen, war in unserer ganzen Partei nur ich, der schrieb, wenn wir jetzt zurückblicken, dann haben wir heute wenigstens 8 ausgezeichnete schreiben könnende Leute in unserer Partei. Als wir zu

kämpfen begannen, da hatten wir vielleicht 2, 3 Organisatoren größeren Maßstab, die aus der Erfahrung heraus Dinge bewältigen konnten. Heute haben wir einen ganzen Stab allertüchtigster Kerle; und immer wieder steigen sie von unten aus den Betrieben heraus auf. Wer gesehen hat von unserem Gründungsparteitag an bis heute, wie sich das Bild entschleiert, wie die Köpfe herauftauchen, der wird begreifen. Und da sage ich, in einem solchen Augenblick müssen wir das tun, was wir vertreten, und ich für meine Person werde den Anfang machen. Ich habe bereits alles, was bisher mit solcher verantwortlichen, sagen wir, autoritären Funktion verbunden war, niedergelegt und gedenke absolut und ganz nur in die Reihen der Mitglieder zurückzusteigen und nur hier im Bezirk von unten auf wieder neu zu lernen, mit den Mitgliedern zu arbeiten. Es ist für mich - nehmt es mir nicht übel, ich bin eben Mensch - das größte Opfer, das ich der Partei bringe; ich sage ruhig: Opfer. Ich hoffe, dass es der größte Dienst ist, den ich der Partei leiste. Sie wird es mit einsehen und dann werde ich zufrieden sein. (*Bravo!*)

Vorsitzender Genosse RASCH:

Von den bulgarischen Links-Kommunisten ist folgendes Telegramm eingegangen:

«Wir schließen uns Eurer taktischen Stellung an. – Eurer Tagung Brudergrüße. – Die K.A.P.D. wird der Organisator, die Stütze und Führerin der Opposition innerhalb der Kommunistischen Internationale sein im schärfsten Kampf gegen Opportunismus und Parlamentarismus. (*Bravo!*)

Exekutive der Links-Kommunisten mit Organ „*Iskra*“: Gantschew.<sup>49</sup>

Sie sehen daraus, wie unsere taktische und politische Einstellung überall schon zu wirken beginnt.

Ferner schickt uns der Genosse PANNEKOEK-Holland folgenden Gruß:

«Ich benutze diese Gelegenheit, um den Genossen der K.A.P.D. meine besten Wünsche zum Parteitag zu schicken. Durch die Diskussion und die Aufstellung der taktischen Prinzipien, die Sie als erste in Westeuropa, mitten im schwersten Klassenkampf durchführen müssen, leisten Sie die Pionierarbeit für den westeuropäischen Kommunismus. Durch Ihre Organe bringt die K.A.P.D. Aufklärung, taktisch wie theoretisch, die der ganzen internationalen Bewegung zugute kommen wird. Daher verfolgen wir Eure Arbeiten mit dem größten Interesse und wünschen Ihnen den besten Erfolg.

«Mit kameradschaftlichem Gruß: Ant. PANNEKOEK.»

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über folgende beide Anträge:

---

<sup>49</sup> Ivan Gantschew – born in Vidin in October 1877 – had been a member of the Bulgarian Social Democracy since 1898. He had studied Chemistry in Germany. From 1907, he was a socialist journalist in Sofia for the *Rabotnitcheski Vestnik*. He had been an important leader of the trade-union movement in Bulgaria: in 1911, together with Kolarov (1877–1950) and Dimitrov (1882–1949), he was a delegate to the Seventh International Conference of Social-Democratic trades-unions in Budapest; in 1913 he was a delegate to the Balkan trade-union conference in Vienna. He had to participate in the Balkan War of 1912–13 as officer. In 1919, he led the left-tendency of the BKP, the newly-formed Communist Party. In Sofia – together with Georgi Petrov (Barzev) – he founded the paper *Iskra* (1920–21), organ of the Left-Communists (*Levite Komunisti*). From mid-1922, he published the 'leftist' periodical *Revoliutsionnata Istina* ('Revolutionary Truth'). Nevertheless, he was reintegrated into the BKP after June 1923, following the putsch against Stambolijski, and became the editor of the legal journal of the party, *Lach* ('Rays') (1923–5). His periodical rapidly gravitated towards the opposition and he was expelled. By 1924, he had probably also joined the independent cultural 'leftist' group which published *Nashi Dni* ('Our days'). In April 1925, he was killed in a Sofia police-station. See Arabadzhiev 1964, Blagoev 1963 and his entry in *Entsiklopediya Balgariya* 1978–88.

Antrag von Zwickau:

«Der Parteitag verlangt eine Revidierung betreffs des Zugeständnisses, welches die letzten zwei Delegierten in Russland gemacht haben, wegen der Aufnahme der K.A.P.D. als sympathisierende Organisation der Dritten Internationale. Wir verurteilen aufs schärfste, dass alle Beschlüsse der Exekutive der Dritten Internationale in unserer Presse veröffentlicht werden müssen.»

Dann über einen Antrag Mitteldeutsch. - Nord - Berlin, der aus Anträgen von Mitteldeutschland und Nord zusammengesetzt ist:

«Der Parteitag billigt den Anschluss an die Dritte Internationale als sympathisierende Partei unter den beiden bekannten Bedingungen. Er macht es der gesamten Partei wie jedem einzelnen Genossen zur Pflicht, nunmehr auch innerhalb der Dritten Internationale mit aller Schärfe und revolutionären Disziplin den unerbittlichen Kampf gegen jede Reform des illusionistischen Opportunismus und Reformismus weiter zu führen.

„Sollte die Dritte Internationale an die K.A.P.D. irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden.“

Dieser letzte Antrag wird mit 23 Stimmen angenommen, zwei Stimmen (West Sachsen) waren für den ersten Antrag abgegeben.

Vorsitzender Genosse RASCH teilt mit, dass der Wirtschaftsbezirk Stettin Pommern, der nicht vertreten ist, durch Schreiben erklärt habe, er für den Anschluss als sympathisierende Partei sei.

Genosse MANNSFELD:

Wir, der Delegierte Westsachsen und der eine Delegierte des Bezirks Mitteldeutschland, haben aus folgender Erwägung für den ersten Antrag gestimmt: wir haben mit Befremden Kenntnis genommen vom Inhalt der Resolution des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale. Getreu dem Rätegedanken und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die auf dem zweiten Kongress der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gefasst worden sind, verzichten wir in aller Form auf die Ehre, vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale provisorisch als sympathisierendes Mitglied anerkannt zu werden. Wir Vermögen in den Thesen, und den Leitsätzen der Kommunistischen Internationale sowohl wie in den Parteiegebilden, die von ihr anerkannt und gefordert werden, nur Hindernis für den Zusammenschluss des revolutionären Weltproletariats und damit Hindernis für die Entwicklung der Revolution in Westeuropa zu erblicken. Die Vorbedingung für eine internationale Vereinigung der Arbeiter ist die Bildung einer geschlossenen revolutionären Kampffront in den einzelnen Ländern. Diese Front kann nicht eine Parteifront sein. Sie muss auf dem Boden des Räte-Systems durch die Betriebsorganisationen geschaffen werden. Und ebenfalls nach dem Räte-System muss eine Internationale aufgebaut werden, die nicht opportunistische und die mehr als eine dekorative Angelegenheit sein soll.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Wir kommen dann zur Abstimmung der unter 4 c (3 c?) vorliegenden Anträge. Die

Anträge von Nord und Groß-Berlin und Spandau-Osthavelland sind zurückgezogen und dafür ist folgender Antrag gestellt worden.

«Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können Mitglieder sein, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen.»

Der Antrag von Pommern ist darin ebenfalls einbegriffen und fällt fort.

Ein Gegenantrag von Karlsruhe liegt in folgender Form vor:

«Die Partei steht nicht auf einem starren Paragraphenstandpunkt, erwartet aber von allen Mitgliedern, dass sie überall, wo die Verhältnisse es gestatten, aus den Gewerkschaften aus – und in die A.A.U. eintreten. Ein Zwang kann nicht ausgeübt werden.»

Der dann noch folgende Absatz kann hier auf dem Parteitage nicht zur Abstimmung gelangen, da er die A.A.U. betrifft.

Weiter liegt ein Antrag vom Wirtschaftsbezirk Nord vor:

«Der Parteitag der K.A.P.D. sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats in der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Sie verpflichtet die Mitglieder zu reger Propaganda für die Betriebsorganisation, erklärt jedoch, dass der Zeitpunkt des Verschwindens der Parteien nicht durch Resolutionen und Reichskonferenzbeschlüsse bestimmt werden kann, sondern eine Frage der historischen Entwicklung ist, dass die Parteien absterben werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben. Dieser Augenblick wird erst eintreten, wenn der proletarische Staat beginnt, sich in die kommunistische Gesellschaft umzuwandeln. Der Parteitag erklärt, alle Bestrebungen, die auf Auflösung der Partei in der jetzigen Zeit hinzielen, mit aller Energie zu bekämpfen.»

Genosse MANNSFELD beantragt, über diesen Antrag in zwei Abstimmungen abzustimmen, und zwar über den ersten und zweiten Absatz, der beginnt von: „dieser Augenblick wird erst eintreten usw.“. Gegen diesen zweiten Absatz müsse er stimmen, könne aber dem ersten Teil zustimmen.

Nachdem sich Genosse HEMPEL gegen die getrennte Abstimmung über diesen Antrag ausgesprochen hat, wird über diesen Antrag insgesamt zuerst abgestimmt, weil er grundsätzliche Dinge enthält.

Dieser Antrag wird mit 23 gegen zwei Stimmen angenommen.

Vorsitzender Genosse RASCH teilt mit, dass der Wirtschaftsbezirk Stettin Pommern und Nordwest, die nicht vertreten sind, auf dem Boden dieses Antrages stehen.

Es wird weiter der Antrag vom Bezirk Nord – Spandau-Osthavelland – Berlin mit 24 gegen eine Stimme angenommen der besagt:

«Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können Mitglieder sein, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen.»

*Der Antrag von Karlsruhe ist damit abgelehnt.*

*Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.*

Genosse HAPP bemerkt persönlich gegenüber dem Genossen Schröder, dass er, HAPP, selbstverständlich auf dem Boden des Parteiprogramms stehe. Genosse PFEMFERT erklärt persönlich, dass er den Satz: «*die Revolution ist keine Parteisache*» als die Quintessenz des Parteiprogramms betrachte; und auf dem Boden des Parteiprogramms kämpfe er im Namen der K.A.P.D. für die Entwicklung des Gedankens in den Köpfen der Arbeiter: „*die Revolution ist keine Parteisache, sondern eine Sache der Klasse des Proletariats als Klasse*“.

### **Arbeitslosen-Frage.**

Referent Genosse ADAM [Adam SCHARRER]:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schwab hat in seinem Referat die politische und die wirtschaftliche Lage gezeichnet und ist zu dem Schluss gekommen, dass das Gleichgewicht der Klassen soweit durch die Entwicklung nun hergestellt wäre, dass, wenn eine revolutionäre Partei in einer gegebenen Situation die Initiative ergriffe, es vielleicht möglich wäre, durch diese Initiative dieses Gleichgewicht nun vollständig zu machen und den Anstoß zu geben, das Gleichgewicht der bestehenden Klassen zu stören, was vielleicht dann zur Folge hat, dass diese Erschütterung so weitgehende Folgen haben konnte, dass eine Wiederherstellung desselben in Frage steht. Wenn wir uns heute als kommunistische Arbeiter-Partei der Arbeitslosenfrage zuwenden, so können wir es meiner Ansicht nach nur grundsätzlich von diesem Gesichtspunkte aus tun.

Es haben in der Zeit der Revolution fast alle Arbeiter-Parteien Stellung zur Arbeitslosenfrage genommen. Die Stellung der Mehrheitssozialisten ist in kurzen Sätzen die, die im «*Vorwärts*» in einer ganz kleinen Notiz veröffentlicht worden ist, dass das Problem der Arbeitslosigkeit das Problem wäre, wie es möglich ist, jedem einzelnen Arbeit zu verschaffen.

Damit sind diese Leute am Ende ihres Lateins. Sie stellen fest, dass die Arbeitslosigkeit herrscht, und auch weiter fest, dass vor der Hand keine Möglichkeit besteht, sie zu beseitigen. Sie stellen auch weiterhin fest, dass die Arbeitslosigkeit ein krankhafter Körper innerhalb der Arbeiterbewegung ist und dass die Arbeitslosigkeit von radikalen Elementen ausgenutzt werde zur Störung der gesunden Arbeiterbewegung. Dann ist auf dem Parteitag der V.K.P.D. auch zu der Arbeitslosenfrage Stellung genommen worden. Diese Stellung dort unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der, die die Mehrheitssozialisten einnehmen. Ich werde noch ausführlich darauf zurückkommen.

Es ist selbstverständlich, dass die momentane Krise nicht verglichen werden kann mit einer Krise der kapitalistischen Entwicklung in der aufsteigenden Linie. Früher war die Arbeitslosigkeit nur eine Folge der momentanen Überfüllung auf dem Warenmarkt, die durch eine Überproduktion hervorgerufen wurde. Die Arbeitslosigkeit konnte da aber immer wieder dadurch eingedämmt werden, dass der Gedanke an die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft bei der Arbeiterschaft so stark

war, dass der Gesichtspunkt gar keine Kraft gewinnen konnte, die Arbeitslosenkrise auszunutzen. Der springende Punkt war immer der, dass die Entwicklung in aufsteigender Linie begriffen war und dass dem kapitalistischen System in seiner Grundeinstellung doch immerhin noch die Möglichkeit gegeben war trotz allem, die Proletarier mit den nötigsten Gebrauchsgegenständen in ihrer übergroßen Zahl zu versorgen. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen wurden die Kräfte zur Vernichtung der Produktion gebraucht und weiter zur Vernichtung derjenigen Kräfte, die die Produktion erzeugten. Diese Vernichtungs-Tendenz hat wieder eine weitere Verschärfung der Krise dadurch herbeigeführt, dass Werte zerstört wurden, so dass eine Umstellung in die frühere Wirtschaft gar nicht mehr möglich war.

Beim formalen Ende des Krieges war nun das Bestreben der Kapitalisten, einen Weg zu finden, der die Arbeiterschaft davon zurückhielt, die kolossale Macht zu erkennen, die die großen Arbeitermassen haben, die von der Arbeitslosigkeit ergriffen wurden. Schon von diesem Zeitpunkte rührt dieser Aufteilungsprozess in den verschiedenen wirtschaftlichen Schichten her. Man ging dazu über, die Arbeiterschaft aus den Betrieben hinauszuschmeißen, man hat ihr große Entschädigungssummen angeboten, ihr für 3-4 Wochen Lohn gezahlt. Man ist die Arbeiterschaft verhältnismäßig billig aus den Betrieben los geworden. Die Arbeiter gingen mit dem Bewusstsein nach Hause: Du hast jetzt für so und so viel Wochen zu leben, die Arbeitslosenunterstützung war damals noch verhältnismäßig so, dass die nötigen Lebensmittel gekauft werden konnten, und der Gedanke war doch immer vorherrschend: es wird über kurz oder lang etwas besser werden, denn die Arbeiterschaft war in ihrer Ideologie noch immer von dem Glauben befangen, dass diese kolossale Vernichtung nun zur Folge haben müsste, dass alles ersetzt werden würde. Es mangelte an Maschinen und Gebrauchsgegenständen aller Art, und man redete der Arbeiterschaft vor, dass nun die Wirtschaft in eine Bedarfswirtschaft umgestellt werden würde und dass in allernächster Zeit so viel Arbeit vorhanden sein würde, dass jeder Arm und jeder Kopf gebraucht werden müsste zur Wiederherstellung dessen, was vernichtet worden ist.

Die Arbeitslosigkeit stieg kolossal, und die Wirkung dieser kolossalen Arbeitslosigkeit war wiederum selbstverständlich, dass die Konsumfähigkeit der arbeitenden Schichten weiter herabgedrückt wurde. Wir können nur konstatieren, dass irgendeine Änderung in dieser herabgehenden Linie nicht eingetreten ist. Wir wissen genau, dass die Arbeitslosenfrage nicht innerhalb des kapitalistischen Staates gemildert werden kann. Wir wissen, dass die Arbeitslosen in ihrer großen Masse die Verwirklichung der kapitalistischen Anarchie in ihrer krassesten Form sind, dass sie nun schon die Wirklichkeit der Theorie bedeuten, dass wir an dem Punkte angelangt sind, wo der Kapitalismus an seinen eigenen inneren Widersprüchen zusammenbricht. Sozialismus oder Untergang in der Barbarei! Die Arbeitslosen in ihrer großen Masse bedeuten schon ein Stück dieser Barbarei. Das Reichsarbeitsblatt schreibt über die Arbeitsverhältnisse am 30. Januar:

«In dem Bilde, das die Arbeitsmarktlage zurzeit bietet, haben sich die düsteren Züge vermehrt und verschärft. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat sich erheblich vermehrt. Sie belief sich ohne Familienangehörige am 1. Dezember auf 349.382, am 1. Januar auf 408.671. Das bedeutet eine Vermehrung um 59.386, also um 17 %»

- in einem Monat! Das ist die Zahl derjenigen, die tatsächlich nur Unterstützung

beziehen. Es wird dann weiter ausgeführt, dass die Zahl der Unterstützungsempfänger etwa 1/4 aller Erwerbslosen bedeutet und dass alle anderen, also 3/4 der gesamten Erwerbslosen aus irgendwelchen Gründen keine Unterstützung beziehen. Man kommt hier zu dem Schluss, dass, wenn man die Kurzarbeit mit zwei Millionen in Deutschland hinzurechnet, die teilweise schlechter gestellt sind als die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen dadurch, dass sie für die wenigen Tage in der Woche doch Kleidung und Licht und auch etwas bessere Nahrung gebrauchen - dass also die Masse, die von dieser Krise in den Abgrund gerissen zu werden droht, mit ihren Familienmitgliedern usw. die Zahl von 6 Millionen in Deutschland bereits erreicht hat.

Wir müssen uns nun vor Augen halten, Genossen, wie ist es möglich, dass eine derartige Zahl von Arbeitern, die außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geworfen ist, ihre Kraft nicht erkennt und sich nicht umkehrt und nun von außerhalb den Kampf gegen diejenige Maschine aufnimmt, die sie hinausgeschleudert hat? Wir dürfen nicht verkennen, dass das, was die Arbeiterschaft dazu zwingt, ein sehr gewaltiger Faktor ist. Damals, als man die Arbeiterschaft loskaufte aus den Fabriken und hinausschmiss, war man sich vollständig darüber klar, dass man nun einen Apparat gebrauchte, der die Arbeiterschaft nun in ihrer gesamten Einstellung aufteilt. Und wie damals 1914 die Übermittlung der kapitalistischen Ideologie auf das Proletariat die Gewerkschaften übernommen hatten, so haben auch heute die Gewerkschaften die Aufgabe übernommen, unter den Arbeitslosen dafür zu sorgen, dass diese nicht etwa auf den verdammten Gedanken kommen könnten, nun ihrerseits organisatorisch einen Faktor zu bilden, der gegen die kapitalistische Wirtschaft ausgespielt werden könnte. Man hat die Arbeiterschaft mit den Erwerbslosen eingeteilt in Arbeiter, die bei angestrengtester Arbeit im Akkord arbeiten, die noch ein verhältnismäßig gutes Einkommen haben. Die zweite Gruppe sind die Lohnarbeiter, die nun aber wieder in 5 u. 6 verschiedene Lohnklassen geteilt sind. Es kommen dann die Kurzarbeiter, die nun an der Schwelle sitzen und von dem Gedanken beherrscht werden, sich nun ja nicht zu rühren, damit sie nicht noch weiter herabsinken. Und denjenigen Arbeitern, die draußen sind, gibt man Erwerbslosenunterstützung, oder vielmehr einen Teil davon, während die übrigen dem vollständigen Untergang ausgeliefert sind und nicht bloß von der kapitalistischen Wirtschaft und dem kapitalistischen System ausgestehen sind, sondern auch vollständig im Stiche gelassen und ausgeschlossen werden von den Organisationen, die eigentlich berufen sind, die Solidarität der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Und jede Bewegung, die nun ihre Berufsinteressen in den Hintergrund zu schieben droht, wird als eine Durchbrechung der gewerkschaftlichen Disziplin gebrandmarkt. Wir wissen, dass man die Gewerkschaften funktionieren lässt als eine Zerreißmaschine der proletarischen Solidarität im Interesse des Kapitals, dass man das um zu fälschen versucht, wenn jemand diese Zerreißmaschine zertrümmern will und nun wirklich auf Grund der Verhältnisse die Klassensolidarität herstellen will. Und wenn die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, dass sie nur dadurch gezwungen werden, im Gänsemarsch durch diesen Apparat zu marschieren und jeder an seinem Platz Halt zu machen hat und bei Strafe seines Untergangs als Sklave an dem Schraubstock arbeiten muss - wenn sie nun erkennen, dass das nicht das Richtige ist, sondern dass nur eine Umkehr und ein Rebellieren gegen diesen Apparat die Voraussetzung für die Errichtung der proletarischen Diktatur ist, so wird das als eine gewerkschaftliche Disziplinbrechung gebrandmarkt. Das sind Momente und das ist ein Apparat, der eine Kraft entwickelt hat und besitzt, die wir wirklich nicht unterschätzen dürfen. Dadurch ist einerseits die Solidarität der Arbeiterschaft vollständig durchbrochen und andererseits macht man diejenigen, die nun unten herausmarschieren, die nun schon verlassen und abgetan sind als überflüssig, auch von den Gewerkschaften - die werden bei Strafe ihres Untergangs, bei Strafe des Hungertodes nun zu Lohndrückern direkt gezwungen. Trotzdem muss man immerhin

noch sagen, dass die Arbeiterschaft und auch die Masse der Erwerbslosen in Deutschland noch ein ganz gehöriges Stück Solidaritätsgefühl aufgebracht haben, dass sie sich noch nicht missbrauchen ließen. Es ist schon vielfach versucht worden, durch irgendwelche Parolen die Arbeitslosen einzufangen. Es dreht sich bei dem Kampf um die Sympathie der Arbeitslosen nicht etwa darum, dass irgendjemand den Arbeitslosen etwas Besseres bringt - es ist nur mit revolutionären Phrasen überkleistert. Und wenn die V.K.P.D. den Arbeitslosen vorredet, dass die Eroberung der Gewerkschaften dazu beitragen würde, die Vorbedingungen für die proletarische Diktatur zu schaffen, so ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass, wenn der Apparat in andere Hände übergeht - ob nun aufgebaut auf Berufsgruppen oder Industriegruppen oder auf verschiedenen Berufsverbänden - er als diese Zerreinigungsmaschine, wenn er überhaupt existieren will, in den anderen Wänden genau so weiter funktionieren wird. Deswegen ist es unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass jede Parole von der Eingliederung in den Produktionsprozess eine bewusste Fälschung ist, dass auch da der Massenbetrug an erster Stelle steht, dass von einem Produktionsprozess in den heutigen Formen absolut nicht gesprochen werden kann, sondern dass das, was wir vor uns sehen, und wofür die Masse der Arbeitslosen schon ein Beweis ist, doch nur als ein Auslösungsprozess bezeichnet werden kann.

Die Gewerkschaftsbürokratie und alle jene, die nun einmal auf parlamentarischer und gewerkschaftlicher Grundlage fundiert sind, gehen immer von dem Grundsatz aus, dass die Organisation in ihrem eigenen Interesse erhalten werden muss. Sie müssen davon ausgehen, und das kommt überall zum Ausdruck: baut diese Organisation noch aus, verstärkt die Schlagkraft dieser Organisationen noch. Und man kommt zu dem Schluss, dass diese Schlagkraft der Organisation eventuell einmal gegen die Kapitalisten sich richten könnte. Und allen denjenigen gegenüber, die nun erkannt haben, dass die Klassensolidarität oberstes Gebot ist, macht man alle Anstrengungen, um sie wieder einzufangen, um sie wieder hineinzubekommen in die Reihen der Berufsgruppen. Das ist das Leitmotiv jener Gewerkschaftler aller Schattierungen, um diese, wenn sie einmal so eingeklemmt sind zwischen diesen beiden Stühlen, ohne weiteres tot zu machen.

Auch da wird systematische Arbeit geleistet. Man weiß genau, dass jene 15 Millionen, die vor der Hand überflüssig geworden sind, man nicht mit einem Male opfern kann, sondern dass man da ein System einrichten muss. Das ist so, wie ich schon erwähnte, dass man die Arbeiterschaft zerreinigen muss, unten hinausmarschieren lassen und immer denjenigen Teil, der momentan im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft überflüssig geworden ist, absterben lässt - da kräht kein Hund und kein Hahn danach -, und der übrige Teil marschiert wieder oben hinein. Es ist selbstverständlich, dass die kapitalistische Entwicklung dem Abgrund zurast und jener Punkt eintreten muss, wo sie an ihren eigenen Widersprüchen zusammenbricht. Die Maschine kann aber noch sehr lange funktionieren, wenn es nicht gelingt, das Klassenbewusstsein der Arbeiter aufzupeitschen und den Arbeitern die Augen zu öffnen von dem, was tatsächlich vorgeht.

Es hat sich im Laufe der Zeit auch unter den Arbeitslosen und hauptsächlich unter den Arbeitslosen Berlins eine starke Strömung bemerkbar gemacht, die gegen ihre arbeitenden Genossen, die dieses System noch stützen, rebellieren. Man hat durch allerhand Parolen die Arbeitslosen viel zu lange hingehalten. Man hat verstanden, in einer revolutionären Situation alle diejenigen, die noch irgendwie als Ableger jener Zerreißmaschine funktionierten, hinwegzufegen. Man hat verstanden, dass auch die gesetzlichen Magistratsräte dazu beigetragen haben, um immer wieder jenen Prellbock

zu bilden, der die Arbeitslosen an der aktiven Solidarität mit den Arbeitern hindert. Sie haben sich Aktionsausschüsse gewählt, politische Arbeiterräte, und sie haben den Kampf aufgenommen einerseits gegen die Gewerkschaften und andererseits auch - ob das nun richtig ist oder nicht, wir wissen, dass das nicht zum Ziele führt - die Arbeitslosen erkannten aber da, was ihnen im Wege steht - als damals die gesetzlichen Betriebsräte zusammenkamen, um über die Frage der Arbeitslosen in Berlin irgendwie Beschlüsse zu fassen, da sind die Erwerbslosen eingedrungen und haben eben den gesetzlichen Betriebsräten gedroht, wenn sie nicht bald nun wirklich Farbe bekennen, wohin sie sich schlagen, so werden sie nichts unversucht lassen. Man hat auch damals in dieser historischen Versammlung die Arbeitslosen abzuwimmeln verstanden. Man konnte doch keinen Kampf, was in seinen Grundlinien richtig ist, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen heraufbeschworen. Man hat aber wohlweislich verschwiegen, wen die Ursache trifft, dass die Arbeitslosen letzten Endes gezwungen sind, gegen ein System und gegen die Träger dieses Systems zu rebellieren, die dieses System als ein solches hinstellen, das die Arbeiter vorwärts bringen könnte.

Die Arbeitslosen haben sich dann politische Arbeiterräte gewählt und haben die Parole ausgegeben im Verein mit der K.A.P.D., dass man nun endlich dazu übergehen müsse, die praktische Solidarität mit den Arbeitenden in den Betrieben herzustellen. Auch die V.K.P.D. hat damals die Parole nach Wahlen von politischen Arbeiterräten ausgegeben. Es sind damals in unserer Partei auch Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, ob nun das das Richtige wäre oder ob die Parole der Aktionsausschüsse die gegebene wäre. Dass der Name nichts zur Sache tut, werde ich Ihnen in ganz kurzen Ausführungen beweisen. Die Wahl von politischen Arbeiterräten wurde von den Arbeitslosen zuerst aufgenommen und hat gegen den Willen der Gewerkschaft auch in den Betrieben Wurzel gefasst. Die Arbeitslosen und die Arbeitenden in den Betrieben sind zusammengelassen und haben sich zu einer Vollversammlung zusammengeschlossen. Bei einzelnen Genossen bestand die Befürchtung, dass die politischen Arbeiterräte nun auch Diskutierklubs werden könnten, wie man sich das in Wirklichkeit von der V.K.P.D. gedacht hatte. Man wollte der Arbeiterschaft, weil die Verschleierung durch die gesetzlichen Betriebsräte und die Verschleierung durch die Gewerkschaften nicht mehr zog, auch in der Weise doch entgegenkommen und wollte ihr auch noch politische Arbeiterräte geben, damit sie nun endlich einmal ihren Willen hat und endlich einmal ruhig ist. Die Arbeitslosen haben das nun falsch aufgefasst. Die Parole in Bezug auf politische Arbeiterräte, die mit einem fürchterlichen Tamtam in Szene gesetzt worden ist, hat das Resultat gehabt, dass die erste Vollversammlung aus 67 Genossen unserer Partei, 28 Genossen von der V.K.P.D. und 17 Genossen von der U.S.P.D. bestand. Das war natürlich eine gefährliche Zusammensetzung. Die Arbeitslosen und auch die Arbeitenden in den Betrieben waren nun absolut nicht etwa der Meinung, dass man nun in den Bahnen weiter wandeln musste, sondern sie sind sich darüber schlüssig geworden, dass der Kampf für die Arbeitslosen in erster Linie ein Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen das System ist. (*Sehr gut!*) Diesen Kampf haben sie aufgenommen. Und da hat man bezeichnenderweise in ganz kurzer Zeit entdeckt, dass die Parole der politischen Arbeiterräte, die von Seiten der V.K.P.D. herausgegeben war, nicht die richtige wäre, weil die Arbeitslosenräte, die zusammengeschlossen waren mit den Arbeitern der Betriebe, wenigstens zu einem kleineren Teile, nun nicht etwa das taten, was man von ihnen verlangte, sondern weil sie wirklich gezwungen waren, revolutionär zu handeln. Und da hat man gesagt, dass die politischen Arbeiterräte und die Aktionsausschüsse vor der Hand noch gar keine Aufgabe hätten, der politischen Situation gar nicht entsprechen, und man hat mit dieser Begründung eingestanden, dass man sich in dieser Beziehung geirrt hätte. Und man hat dann von der V.K.P.D. die Genossen vor die Alternative gestellt: entweder tretet Ihr jetzt wieder aus diesem Rätekongress, aus dieser Vollversammlung aus oder Ihr werdet von der Partei ausgeschlossen. Das war das, während man mit großem Tamtam damals auf

dem Parteitag der V.K.P.D. versprochen hatte, nun mit allen Mitteln die Arbeitslosen zu unterstützen. Und wie wirklich sich Arbeiter gefunden hatten in dem Betriebe, wie das Band der Solidarität nun schon Wurzeln gefasst hatte, da ist man zu dem Schluss gekommen, dass man die Gewerkschaften doch nicht zerstören, sondern dass man diesen Zerreißungsapparat doch erobern wollte. Und die Konsequenz davon war, dass man eben die politischen Arbeiterräte zurückziehen und sich wieder einstellen musste auf die Tagesfragen, dass man die Arbeitslosen selbstverständlich nicht im Stiche lassen konnte, sondern man miete nun gewissermaßen irgendwie ihr Los zu erleichtern suchen, man musste eine Einheitsfront herstellen. Man kommt zu dem Schluss, dass dieses Elend nur gemildert werden könne, wenn die Arbeiterschaft sich zusammenfinde auf Grund des offenen Briefes.

Das ist in kurzen Zügen die Bewegung der Arbeitslosen, die nun gegen das System schon rebelliert haben, die nun schon erkannt haben, dass sie auf dieser Grundlage zweifellos verurteilt sind, dem Hungertod entgegenzugehen.

Wenn wir nun vom Standpunkte unserer Partei dieses eintönige Lied singen müssen und auch singen wollen, so müssen wir uns fragen, welche Stellung nimmt unsere Partei zu diesem Arbeitslosenproblem, das nun auch in Amerika, in England und überall brennend wird? In den Vereinigten Staaten beträgt die Zahl der Arbeitslosen 36 %, in Kopenhagen war eine große Demonstration von 25.000 Menschen. In Rumänien sind 80 - 100.000 Arbeitslosen. In England ist die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrisis auch bis ins Unerträgliche gesteigert. Also die Weltkrise im internationalen Ausmaße! Keine Hilfe für die Arbeitslosen! Die Arbeitslosen verurteilt zur Passivität, im Stiche gelassen im Interesse irgendwelcher Organisationsnutzener, die nun den Arbeitslosen einreden, dass ihr Schicksal nun einmal so begründet wäre. Was haben wir nun den Arbeitslosen zu sagen?

Meiner Ansicht nach muss der Gedanke unter den Arbeitslosen vollständig zum Verschwinden gebracht werden, dass in dieser kapitalistischen Epoche von irgendwelcher Seite ihnen irgendwelche Änderung gebracht werden kann. (*Sehr richtig!*) Wir verstehen wohl, dass auch große Teile der Arbeitslosen noch irgendwie dadurch gefangen werden können, dass man zur Arbeitslosenfrage Stellung nimmt, dass man da Positionen in den Reichstag einbringt, dass man in den Stadtverordnetenversammlungen irgendwelche Radauszenen inszeniert. Aber es hat sich ja schon in Berlin gezeigt, dass auch das seine Grenzen hat. Und die U.S.P.D. hat nun einmal da den Kommunisten den Gefallen nicht getan und hat den Antrag in Lichtenberg abgelehnt. Man hat sich damit einverstanden erklärt und hat gesagt - und das wird sich auch weiterhin so entwickeln -: ja, wir in der Kommune sind jetzt am Ende unseres Lateins, wir erkennen an, dass der Antrag richtig ist, aber er muss nun eben an das Reich überwiesen werden. Wie sich das Reich dazu stellt, das wollen wir erst einmal sehen. Also es ist alles Gimpelfang übelster Art. Irgendeine Minderheit versucht, ihre günstige Stellung, die sie durch die Minderheit hat, auszunutzen und geht nun dazu über, immer die Schuld auf die Mehrheitssozialisten zu schieben und auf die Unabhängigen; und wenn die Unabhängigen einmal auf diesen klugen Einfall kommen, nun das doch nicht zuzulassen, sondern auch für den Antrag zu stimmen, dann sagt man: ja, das stimmt ja, na nun müssen wir eben weiter an das Reich gehen. Der Gedanke ist selbstverständlich richtig, bloß muss man den Mut haben, den Arbeitslosen gleich von vornherein zu sagen, dass das, was man aufführt, eben nur ein Komödienspiel ist, und dass ihnen nicht geholfen werden kann.

Wenn wir nun schon zu dem Grundsatz kommen, dass die Arbeitslosen in der heutigen Epoche der kapitalistischen Entwicklung zu Tode verurteilt sind, so muss

unsere Partei ihre ganze Propaganda -und es wird ein Stück von ihrem Programm sein- und ihre Stellung danach einrichten. Meiner Ansicht nach erwachsen der B.O. die größten Aufgaben. *(Sehr gut!)* Im Interesse der Klarheit müssen die Massen der Erwerbslosen zu der Erkenntnis kommen, dass sie sich umdrehen und den Kampf aufnehmen, dass sie infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke schon den Kampf aufnehmen müssen. Wir können hier nur die Tat dem entgegenstellen. Ich glaube bestimmt, wenn die Betriebsorganisation nun all diesen Schwindel entlarvt und alles aufdeckt und all diesen Schwindel an den Pranger stellt und ihrerseits nun dazu übergeht und in den Betrieben die Parole der Arbeitslosen zu der Ihrigen macht und in den Betrieben den Arbeitslosen zeigt, dass schon ein Teil der Arbeiter in den Betrieben vorhanden ist, der mit den Arbeitslosen zusammen zu kämpfen gewillt ist, so werden wir ein ganzes Stück vorwärts kommen. Die Betriebsorganisationen müssen nun überall die Arbeitslosen zusammenfassen. Sie müssen überall in den Betrieben die Arbeiter aufklären, dass diese Zerreinigungsmaschine sie sehr bald hinausschleudern wird. Sie müssen ihrerseits die Arbeitslosen vollständig in den Betrieben vertreten und so die Solidarität praktisch in die Betriebe hineintragen.

Auch unsere Partei hat sich darüber klar zu werden, wie sie nun ihrerseits draußen auf die Arbeitslosen einwirken kann. Ich möchte noch vorwegschicken, ich halte es für verkehrt, irgendwie dem Gedanken Raum zu geben, dass wir nun diesen Erwerbslosenkongress auf der Grundlage über das ganze Reich zusammenfassen, der immer, wenn er zusammentritt, seinen Bankrott erklärt, aber wieder zurückkehrt und den Arbeitslosen dann wieder etwas vorredet und in ganz kurzer Zeit wieder zusammentritt und erneut erklärt, dass er am Ende seines Lateins ist. Ich glaube nicht, dass wir nun, wenn wir die Arbeitslosen zu organisieren versuchen, genau in denselben Fehler verfallen dürfen, vielleicht auf der Grundlage der politischen Arbeiter-Räte. Ich denke - und die Genossen werden alle auf dem Standpunkt stehen, und ein anderer Standpunkt ist gar nicht dass die Lösung der Arbeitslosenfrage selbstverständlich nur die sein kann, dass die Arbeitslosen einen Faktor bilden, der die Vorbedingungen für die proletarische Diktatur schafft. Und diese Vorbedingungen können nur geschaffen werden durch die aktive Solidarität der Arbeitslosen mit den Arbeitenden in den Betrieben. *(Sehr gut!)* Und wenn man sich so vielleicht von dem Gedanken leiten lässt, dass allein die organisatorische Stärke der Arbeitslosen genügen könnte, sie zusammenzufassen als Arbeitslose, weil die Erkenntnis der Arbeiter in den Betrieben nicht in der Masse mitschreitet, so werden auch wir zu diesem Schluss kommen müssen, dass wir dann die Arbeitslosen zu politischen Erwerbslosenträten zusammenfassen müssen. Wir würden diesen Weg also nur rein organisatorisch beschreiten und auch organisatorisch fortsetzen und die wirklichen realen Verhältnisse hinter uns zurücklassen; und wir wären dann auch gezwungen, wenn der Erwerbslosenkongress der politischen Arbeiterräte zusammentritt - ganz gleich, ob er nun den Kampf gegen die wirtschaftlichen Räte führt oder nicht-einzugestehen, dass er am Ende seines Lateins wäre.

Die Frage kann also für uns nur die sein. Es müssen, wie schon gesagt, die Arbeitslosen praktisch durch die Tätigkeit in den Betrieben von den anderen Arbeitern vertreten werden. Die Betriebsorganisation muss die Arbeitslosen zusammenfassen und muss in allen Betriebsversammlungen darauf dringen, dass die Arbeitslosen zu den Betriebsversammlungen zugelassen werden. Die Partei als solche muss auch in ihren Bezirken die Arbeitslosen zusammenfassen. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit diesen klaren, eintönigen, nüchternen, aber wahren Tatsachen die Arbeitslosen vielleicht in ihrer gesamten Masse noch nicht erfassen können. Wir sind uns aber dessen bewusst, dass, wenn es uns gelingt, einen Vortrupp zu schaffen, wenn unsere Genossen ihrerseits zur Aufklärung beitragen, wenn sie überall in die Arbeitslosenversammlungen, in die Arbeitsnachweise den K.A.P.D.-Geist hineintragen und so eine organisatorische

Vorarbeit leisten, dann im gegebenen Moment, wie die Zusammensetzung der Vollversammlung in Berlin zeigt, die Arbeitslosen tatsächlich einen Faktor auf dieser Grundlage für die Revolution bilden werden.

Weiterhin müssen wir dazu übergehen, nun praktisch überall zu versuchen, die Parole der Aktionsausschüsse oder der politischen Arbeiterräte in die Tat umzusetzen. Wir müssen immer und immer wieder darauf hinweisen, dass die Frage der Arbeitslosigkeit nur gelöst werden kann durch den Sturz des kapitalistischen Systems. Und wir müssen immer wieder die Arbeitslosen auffordern, nun ihrerseits den ersten Schritt zu tun und jene wirtschaftlichen Magistratsräte zum Teufel zu jagen. Die Arbeitslosen müssen sich zusammenschließen. Und unsere Partei hat die Aufgabe, ebenso auch die Betriebsorganisation, nun mit allen Mitteln den Parolen der Aktionsausschüsse zum Durchbruch zu verhelfen, damit eben in jeder Situation, die sehr bald und jeden Tag eintreten kann, den Arbeitern voranleuchtet die aktive Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen in ihren Aktionsausschüssen. Darüber müssen wir uns heute grundsätzlich klar werden, dass sich unsere Partei dafür grundsätzlich einsetzen muss und niemals wieder davon ablassen kann.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, Genossen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland und in den übrigen Ländern noch Dimensionen annehmen kann, die wir vielleicht heute noch gar nicht übersehen können. Wir können heute auch noch nicht übersehen, welche Kraft eventuell jene hemmenden Elemente noch entwickeln können. Aber ein wichtiger Punkt scheint mir auch darin zu liegen, irgendein Mittel zu finden, damit wir rücksichtslos von Seiten der Partei den Kampf um die Gewerkschaften entlarven. Ich muss da etwas abschweifen. Wir müssen uns aber darüber klar werden. Man hält es vielleicht für überflüssig, darüber überhaupt noch zu reden. Im Grunde genommen ist das auch richtig. Aber gerade die Arbeitslosen richten ihre Blicke noch viel auf die K.P.D. Und wenn heute der Kampf in der Presse um die Eroberung dieser Zerreißmaschine, dieser Gewerkschaften tobt, so müssen wir auch grundsätzlich nicht bloß auf diese Lüge hinweisen, dass dadurch, dass diese Maschinen in einen anderen Besitz übergehen, nichts geändert wird, sondern wir müssen auch grundsätzlich auf die Liage hinweisen, dass das überhaupt von denjenigen Leuten, die das tatsächlich propagieren, selbst gar nicht geglaubt wird. Wir wissen alle, dass gerade die Gewerkschaften die Verbindung zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat sind. Wir wissen alle, dass der Fluch der proletarischen Revolution hindurch geht durch das Volksganze, dass die Wirtschaft infolgedessen erschüttert wird und dass die Wirtschaft doch das Fundament des Staates bildet und das dann zur Wirkung hat, dass auch der Glaube an die bestehende Gesellschaftsordnung erschüttert wird und dass die Gewerkschaften, wenn wirklich nun diese Gegensätze auseinanderreißen, wenn wirklich dieses Volksganze zerrissen wird, schon deswegen zerrissen werden müssen, weil sie in diesen Riss hineinstürzen müssen. Wir wissen auch genau, dass niemals diese Institutionen in der Revolution einen Kompromiss eingehen. Wir müssen klipp und klar auch den Arbeitslosen sagen, dass die Gewerkschaften deswegen gar nicht erobert werden können, weil die Gewerkschaften Demokratie und Diktatur gegenseitig vereinigen, dass sie deswegen nur auf wirtschaftlicher Basis stehen, innerhalb des kapitalistischen Staates kämpfen können und dass dadurch die Opposition in den Gewerkschaften stets gezwungen wird, entweder sich zu unterwerfen oder tatsächlich die Spaltung zu vollziehen. Und wenn sie das nicht will, wenn sie die Gewerkschaften nicht spalten will, so muss sie selbstverständlich auch zugeben, dass sie dann keine ernsthafte Opposition in den Gewerkschaften treiben kann. (*Sehr gut!*) Sie muss also in der Praxis, wenn sie diesen Apparat erhalten will, diesen Apparat benutzen gegen die Revolution, damit sie ja zu revolutionären Situationen keine Stellung zu nehmen braucht. Und eine revolutionäre Partei, die nun wirklich vorgibt, der Vortrupp des

Proletariats zu sein, kann selbstverständlich nicht in irgendwelcher Verbindung mit irgendwelchen bürgerlichen Elementen stehen. Deswegen muss auch den Arbeitslosen in dieser Richtung ganz klarer Wein eingeschenkt werden. Die Leute wissen ganz genau, dass, wenn sie zu einer revolutionären Aktion Stellung nehmen müssen, sie gegen die Gewerkschaften Stellung nehmen müssen. Aber sie haben immer wieder im Auge, den Arbeitern vorzureden, sie wollen die Gewerkschaften erobern. In Wirklichkeit wissen sie aber ganz genau, dass sie die Gewerkschaften gar nicht erobern können, dass dieser Riss eintreten muss, und sie scheuen sich nur, sich jetzt zu kompromittieren, nachdem sie sich vorher festgelegt haben. Sie wissen, dass ihre Zeit gekommen ist, sie wissen, dass über kurz oder lang die Arbeiterschaft zur Aktion weiterschreiten muss und dass sie das gegen die Gewerkschaften tun wird. Jede Partei, die den Kampf wirklich führen will durch Aktionsausschüsse, durch die Räte, die die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen betont, kann den Kampf nur führen mit den Räten gegen die Gewerkschaften. (*Sehr richtig!*) Es muss auch klipp und klar ausgesprochen werden, dass man alles versucht, die Arbeitslosen immer und überall einzufangen mit irgendwelchen Versprechungen, während man selbst nicht an diese glaubt, die letzten Endes nur darauf hinauslaufen, dass man immer wieder die Schuld anderen zuschieben will, dass man immer wieder sagt: seht, wir wollten ja, wir sind diejenigen, aber die anderen wollen nicht! Und dass man noch nicht den Entschluss aufgebracht hat, sich nun wirklich abseits der kapitalistischen Geisteswelt zu stellen und den Kampf in erster Linie gegen diejenigen Gebilde aufzunehmen, die in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft entstanden sind und die nun aus Selbsterhaltungstrieb konterrevolutionär wirken müssen, wenn sie nicht zerstört werden wollen, weil sie ja die Basis zwischen Kapital und Arbeit, diese Verhandlungsbasis brauchen, um leben zu können.

Das wollte ich noch einfügen, um darüber Klarheit zu schaffen, dass wir niemals leichtfertig darüber hinweggehen sollen, dass wir stets und ständig auch hier diese eintönige Melodie gegenüber den Arbeitslosen spielen und dass wir den Arbeitslosen als eine kleine revolutionäre Partei nur das eine bieten können: wir müssen unsere Genossen verpflichten und werden sie verpflichten, und sie werden es auch sich heraus tun, nun sich praktisch an die Seite der Arbeitslosen zu stellen.

Die erste Frage ist die, zu organisieren, um die Arbeitslosen durch Aktionsausschüsse mit den Arbeitenden zu verbinden. Die zweite Frage ist, überall in den Betriebsversammlungen das auf die Tagesordnung zu bringen. Dann müssen die Erwerbslosen mit den Arbeitern in den Betrieben zu Vollversammlungen zusammengeschlossen werden. An jedem Ort und überall müssen die Vorbedingungen auf der Grundlage der Partei geschaffen werden, damit wir im gegebenen Moment nun auch wirklich die Verbindungen über die Stadt, über den Bezirk hergestellt haben.

Ich habe das hier schon in einer Nummer der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung* in kurzen Zügen niedergelegt. Vielleicht kann nachher eine Kommission gebildet werden, die sich mit allen diesen Fragen befasst und eventuell Richtlinien ausarbeitet. Ich möchte also grundsätzlich dazu sagen: während in der heutigen kapitalistischen Epoche die Arbeitslosigkeit ins Riesenhafte steigt, während diese als ein Stadium der kapitalistischen Entwicklung selbst angesehen werden muss, während die Arbeitslosen verlassen sind von dem bürgerlichen Klassenstaat und auch von denjenigen Institutionen, die im Interesse der Selbsterhaltung nun konterrevolutionär handeln müssen, müssen wir dazu übergehen, den Versuch zu machen, die Arbeitslosen zu einem Faktor der Revolution zu machen.

Die gesetzlichen Erwerbslosenräte machen jetzt überall da, wo die Arbeitslosen sie

schon hinweggefegt haben und wo die Arbeitslosen auf dem Standpunkt stehen, dass die Erwerbslosenfrage nicht eine Frage einer Partei ist, sondern dass die Erwerbslosenfrage in dieser Richtung der Kampf der gesamten Arbeiterschaft um ihre Befreiung ist - überall da, wie auch in Berlin, wo die Erwerbslosen tatsächlich das stärkste Bollwerk gegen die Gewerkschaften bilden - versucht man, gegen den Willen der Gewerkschaften nun Stimmung zu machen gegen die politischen Arbeiterräte. Überall, in allen Erwerbslosenversammlungen tauchen jene Leute auf, die nun von den politischen Arbeiterräten verlangen, sie sollen einen Bericht über ihre Tätigkeit geben. Nun, Genossen, stellt euch das mal in der Praxis vor! Welche furchtbare Demagogie liegt in diesen Worten! (*Sehr richtig!*) Die Arbeitslosen müssen jede Illusion von sich streifen und versuchen, sich organisatorisch zusammenzufinden und die Solidarität mit den Arbeitenden herzustellen. Sie haben sich schon überzeugen lassen, dass, wenn sie provoziert werden, wenn sie irgendwie Verschlechterungen in ihren Bezügen erfahren, es genügt, wenn sie sich zusammentun, wenn dieses Klassenbewusstsein erwacht, um die Bourgeoisie zu veranlassen wie früher, diesen und jenen Brocken hinzuwerfen. Die Arbeitslosen haben erkannt, dass dieser Zusammenschluss und dieses Bestehen, das Schonvorhandensein als ein revolutionärer Faktor viel früher der Bourgeoisie jene Brocken abgezwungen hat, die sie ihnen hinwirft, um dadurch zu erreichen, dass sich die Arbeitslosen gegenseitig in einen Kampf stürzen. Die Arbeitslosen sind nun schon vorgeschritten zu diesem revolutionären Stadium und haben das schon erkannt. Sie befinden sich in einer wunderbaren Disziplin. Sie haben sich durchgerungen und haben mit zusammengebissenen Zähnen zu ihren Räten gestanden und müssen zusehen, dass die Arbeiter in den Betrieben ihnen noch nicht einmal helfen. Die V.K.P.D. sagt, nun stellen wir einen Antrag, und der politische Arbeiterrat zeige, was er für die Erwerbslosen bis jetzt schon geleistet hat. Und hinterher spricht man selbst aus, dass die Arbeitslosenfrage nicht eine Frage ist, die gelöst werden kann innerhalb des kapitalistischen Staates, sondern nur durch die Zusammenarbeit der Erwerbslosen mit den Arbeitenden im Betriebe. Das ist kein revolutionärer Standpunkt, sondern auch ein konterrevolutionärer (*Sehr richtig!*), deswegen, weil auch das von den Gewerkschaften gefordert wird: was habt Ihr denn für die Arbeiterschaft schon geleistet? Die wirklich revolutionäre Einheit, die sich aufbaut, hat zuerst diejenigen zu stürzen, die dem Proletariat hindernd im Wege stehen, d.h., wenn die Erwerbslosen und die Arbeitenden sich aufraffen und wirklich einen Kampf aufnehmen wollen, dann werden sie erst einen Kampf bestehen müssen mit derjenigen Schicht, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat steht, mit derjenigen Schicht, die sich früher selbst aus ihren eigenen Reihen entwickelt hat und die den Apparat dazu missbraucht, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Die politischen Arbeiterräte werden nachher selbst Rechenschaft ablegen über ihre Tätigkeit. Sie haben auch an die Dritte Internationale dahingehend einen offenen Brief gerichtet.

Ich möchte zum Schluss sagen: Genossen, die Arbeitslosenfrage ist für uns diese eintönige Frage, die auch so eintönig behandelt werden kann, über die man stundenlang reden kann und bei der man zu dem eintönigen Schluss kommt: die Arbeitslosenfrage ist die Frage, in der unsere Partei verkörpert ist, die Arbeitslosenfrage zeigt uns am klarsten die bestehende Situation, sie zeigt uns, dass die Vorbedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse die proletarische Diktatur ist. Und um die Vorbedingungen der proletarischen Diktatur zu schaffen, ist es nötig, dass die Arbeitslosen mit den Arbeitenden in einer Front stehen. Das muss weiter getrieben werden. Wir dürfen uns nicht von dem Gedanken leiten lassen, dass die Revolution ein einmaliger Akt ist. Wir wissen genau, dass, wenn heute ein revolutionärer Akt einsetzt, die Arbeiterschaft in Westeuropa nicht mit einem Schlage zur Macht kommen wird und dass diese Instrumente, die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien mit ihrem Apparat noch eine Stärke in sich haben, die jedes Mal nach der Aktion in die Erscheinung tritt, und dass wir deswegen den Gedanken bei den Erwerbslosen und den

Arbeitenden wachrufen müssen: wenn Ihr schon gegen die Bourgeoisie kämpfen wollt, so ist die erste Aufgabe, dass Ihr durch Eure Organe den Kampf aufnehmt gegen diejenigen, die euch in jedem Kampfe in den Arm fallen. Und wenn wir auch wissen, dass sie vielleicht in den Hintergrund gedrückt werden, wenn wir auch wissen, dass bei Ergreifung der politischen Macht, bei einer revolutionären Situation, bei einer Rebellion die Arbeiterschaft an die Macht kommen kann, so dürfen wir doch nicht vergessen, dass in dieser ganzen Periode, in diesem ganzen Prozess, der vielleicht Jahre in Anspruch nehmen kann, auch die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Parteien vielleicht ein Prozess ist, der sich sehr lange ausdehnen kann und dass unsere Kraft einerseits eingestellt werden muss auf die geistige Beschaffenheit der Arbeiterschaft, die dahingehend geweckt werden muss, dass nicht bloß in einer revolutionären Situation, sondern auch in Zeiten der Stagnation, wenn es nicht möglich ist, den Kampf gegen die Bourgeoisie aktiv zu führen, immer und immer mit allen Mitteln diesen Parteien und diesen Institutionen Abbruch getan werden muss, die die Arbeiterschaft an der Solidarität hindern. Das ist ein Stück von unserem Programm, und auf diesem Wege müssen wir fortschreiten.

Wenn es uns gelingt, Genossen - und ich bin fest davon überzeugt auf Grund der Zusammensetzung, dass die Arbeitslosen in einer revolutionären Situation unserer Parole folgen -, den Arbeitslosen tatsächlich zu zeigen, dass wir, weil wir die Wahrheit bekennen und ihnen nichts bieten können, ihnen diese Illusion rauben, dass ihnen in diesem kapitalistischen Staate geholfen werden kann, ihnen auch sagen, dass alles Geschrei nichts nützt, dass der Kapitalismus gar nicht anders handeln kann, weil er doch selbst vom Selbsterhaltungstrieb getrieben wird - wenn wir das den Arbeitslosen sagen, so wird es vielleicht momentan eine Ernüchterung bei der großen Masse wachrufen. Aber wenn wir ihnen zu gleicherzeit durch die Tat in den Betrieben beweisen, dass unsere Genossen für die Arbeitslosen eintreten, so werden wir auch die Masse der Erwerbslosen hinter uns bekommen, denn die beste Propaganda ist die Tat. Und wenn wir die Erwerbslosen heute hinter uns bekommen, so tun wir es nicht deswegen, um ein Anhängsel zu haben, um Stimmenfang zu treiben, wir tun es nicht aus den Motiven heraus, aus denen es die anderen Parteien tun, damit sie irgendwie eine große Schar um sich haben, die ihre Parolen befolgt und in Wirklichkeit bloß ihre konterrevolutionäre Position stärkt, sondern wir tun es deswegen, um den Gedanken wachzurufen: wenn Ihr den Kampf aufnehmt auf der Grundlage der kommunistischen Arbeiterpartei und der Betriebsorganisation, so werdet Ihr dadurch am besten Eure eigenen Interessen vertreten; wenn Ihr kämpft für Eure Räte und für die aktive Solidarität, für den Zusammenschluss der Arbeiterschaft auf dieser Grundlage, so werdet Ihr dadurch den Weg gehen, der zur wirklichen Vereinigung der Arbeiter auf der Grundlage der Klassensolidarität führt. Und wenn Ihr das tut, dann werdet Ihr in der Lage sein, den Kampf siegreich durchzuführen und Euch zu befreien. Wenn Ihr für die Räte kämpft, kämpft Ihr in erster Linie für Eure eigene Befreiung und für die Befreiung der ganzen Menschheit; und das ist ja das Programm der K.A.P.D. (*Bravo! und Sehr gut!*)

### Diskussion

Genosse FROMM (*als Vertreter der Arbeitslosen*):

Ich spreche im besonderen Auftrage der Arbeitslosen Berlins und habe den Auftrag, die Arbeitslosenbewegung in Berlin von ihrem Anfangsstadium bis zu dem heutigen Standpunkt Ihnen zu unterbreiten.

Im Sommer vorigen Jahres setzte die Rebellion unter den Erwerbslosen von einigen

klassenbewussten Arbeitslosen ein, die auf dem Standpunkt standen, dass ihnen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr geholfen werden kann. Die praktische Auswirkung unserer grundsätzlichen Einstellung im vorigen Sommer ging davon aus, dass die gesetzlichen Erwerbslosenräte eine Verteilung von Kartoffeln vornahmen, die sie selbst als bezahlte Erwerbslosenräte vornahmen. Die Erwerbslosen Berlins sagten sich, das ist nicht Pflicht der Erwerbslosenräte, die Arbeitslosen waren selbst dazu berechtigt, diese Lebensmittel zu verteilen, um dadurch einigen Erwerbslosen eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Dies lehnten die gesetzlichen Vertreter ab. Dadurch entstand der Kampf gegen die gesetzlichen Räte. Die Erwerbslosen wählten sich seinerzeit einen Aktionsausschuss.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Der Parteitag hat die Aufgabe, grundsätzlich zu der Frage der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Er kann sich aber nicht damit beschäftigen, wie in einem Wirtschaftsbezirk sich die Dinge im Kleinen abgespielt haben. (*Sehr richtig!*) Ich möchte bitten, darauf Rücksicht zu nehmen.

Genosse FROMM :

Uns liegt hauptsächlich daran, den Machinationen des Reichserwerbslosen - Ausschusses entgegenzutreten, dass die Erwerbslosenbewegung in Berlin sich in Händen von unlauteren Elementen befinde. Der Reichserwerbslosen Kongress hat über die Berliner Arbeitslosenbewegung Dinge verbreitet, denen gegenüber wir die Wahrheit hier feststellen wollen. Eine Demonstrationsbewegung in Berlin setzte dann einstimmig die wirtschaftlichen Räte ab und wählte einen Aktionsausschuss. Die Vertreter in den gesetzlichen Erwerbslosenräten waren so von der Bürokratie durchsetzt, dass sie nicht einmal der Stimmung der Erwerbslosen Rechnung trugen, sondern sich sagten: wir haben unsere Existenz in diesen wirtschaftlichen Vertretungen und scheren uns nicht um die Stimmung der Erwerbslosen, sondern bleiben auf unserem Posten. Selbst unsere eigenen Genossen sind uns in dieser Beziehung entgegengetreten. Dann setzte eine eifrige Gegenaktion von Seiten der reformistischen Parteien ein. Aber mit der kleinen Schar, die sich der Aufgabe voll bewusst war, dass wir vor allen Dingen die Ideologie der Erwerbslosen auf den Klassenkampfcharakter einstellen müssen, ist es uns gelungen, die Machinationen vor allen Dingen der V.K.P.D. zu durchkreuzen. Diese Reformisten offerierten den Erwerbslosen großen Forderungen, um sie einzufangen, um die Wahl von wirtschaftlichen Vertretungen abermals vorzunehmen. Es ist ihnen bis heute nicht gelungen, die Erwerbslosen in diese Illusion noch einmal einzusiegeln, dass ihnen von Seiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in irgendeiner Weise geholfen werden konnte. Sie verlangt, dass wir die Erwerbslosen zu einer Demonstration aufrufen sollten, um ihren Forderungen in der Stadtverordnetenversammlung Nachdruck zu verleihen. Wir lehnten es grundsätzlich ab, uns für eine Sache herzugeben, die in dem Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unerreichbar ist. (*Sehr gut!*) Die Erwerbslosen waren mit dieser unserer Stellungnahme voll und ganz einverstanden. Die Agitation der V.K.P.D. ging nun dahin, dass wir nicht in der Lage seien, den Erwerbslosen in irgendeiner Weise zu helfen. In einer Versammlung stellten wir dann die Erwerbslosen vor die Frage: seid Ihr mit uns oder gegen uns? Wollt Ihr betteln oder kämpfen? Das Ergebnis war, dass die Erwerbslosen mit unserem Vorgehen einverstanden waren. Der Redner schildert weiter die Berliner Verhältnisse, wird dann vom Vorsitzenden gebeten, grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen und fährt dann fort. grundsätzlich müssen wir den Klassenkampfcharakter in die Köpfe der Erwerbslosen einhämmern, um sie von der Illusion zu befreien, dass ihnen jemals in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geholfen werden kann.

Vorsitzender Genosse RASCH teilt mit, dass folgender Antrag eingegangen ist:

«Zur Ausarbeitung von Richtlinien für gemeinsame Arbeit von Partei und Arbeitslosen beantragt der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin eine Kommission zu wählen.»

Genosse NAUTKUSS (Niedersachsen):

Es handelt sich darum, dass wir aus den Erwerbslosen ein Instrument des Kampfes für den Kommunismus machen. Deshalb müssen wir den Erwerbslosen immer und immer wieder sagen, dass mit kleinlichen Mitteln, wie Erhöhung der Unterstützung usw. ihnen nicht geholfen werden kann. Wenn wir ihnen dies vorspiegelten wie die Gewerkschaftsvertreter und auch die V.K.P.D., so appellierten wir nur an den Egoismus der Arbeitslosen und lenken sie vom großen Problem ab. Zweitens müssen wir die Arbeitenden immer wieder darauf aufmerksam machen, dass, wenn sie sich mit den Erwerbslosen nicht solidarisch erklären, die Erwerbslosen eine Gefahr für sie bedeuten, denn der Kapitalismus benutzt doch die Erwerbslosen als Lohndrücker. Also aus rein wirtschaftlichen Gründen sollten die Arbeitenden sich mit den Erwerbslosen in allen Fragen solidarisch erklären. Aber auch eine politische Gefahr kann hier entstehen. Wenn wir es nicht verstehen, die Erwerbslosen für die Revolution durch klare Parolen zu gewinnen, kann das leicht in das Gegenteil umschlagen: die Erwerbslosen können auch unter Umständen Gegenrevolutionäre werden. Es besteht unter den Arbeitern oft die Anschauung, dass die Revolution vorwärts getrieben werden könnte, wenn das Elend sich immer mehr und mehr vergrößerte. Das ist nur bedingt richtig. Wir haben das z.B. nach der Revolution gesehen. Wer stellte denn da das Hauptkontingent für die gegenrevolutionären Formationen? Es waren hauptsächlich Erwerbslosen, die keine andere Möglichkeit mehr sahen, ihr Leben zu fristen. (*Sehr richtig!*) Die Gefahr besteht vielleicht heute noch im größeren Masse. Wenn vielleicht der Kampf von der internationalen kapitalistischen Gesellschaft gegen Russland aufgenommen wird, so können die Erwerbslosen, die keine andere Möglichkeit mehr sehen, dass ihnen geholfen werden kann, sehr leicht eingefangen werden in diese gegenrevolutionären Formationen, um sich dort ihre Existenz zu sichern, denn der Ertrinkende greift nach dem Strohalm. Darum müssen wir ihnen immer das Ziel klar vor Augen halten: nur durch den Kommunismus kann ihnen geholfen werden und nicht durch kleinliche Mittel. Wir müssen dann die Arbeitslosen von diesen gesetzlichen Arbeitslosenräten befreien und sie im revolutionären Sinne zusammenfassen in Bezirke und dann darüber hinaus im ganzen Reich.

Da um 1 Uhr eine öffentliche Versammlung stattfindet, wird hierauf die Verhandlung auf den nächsten Tag 9 Uhr vertagt.

(Schluss: 12 3/4 Uhr.)

#### **Vierter Tag, Freitag, den 18. Februar 1921, vormittags 9 Uhr.**

Vorsitzender Genosse Rasch eröffnet den Parteitag wieder. Es wird die Diskussion über die Arbeitslosenfrage fortgesetzt.

Genosse NEUMANN:<sup>50</sup>

---

<sup>50</sup> Harry Neumann (1889?-?), a KAPD leader, member of the Rote Hilfe Deutschland (RHD), then of the 'Vereinigte Unterstützungskommission' (VRUK) built by the KAPD in June 1921 to help the victims of the repression. In 1922, with Hugo Fichtmann he was in charge of the unemployed movement set up by the KAPD. With this last one, he led 1922 a short-lived 'split' (?) of the KAPD: the Union of the revolutionary workers ('Union revolutionärer

Es ist zu bedauern, dass dieser wichtigen Frage eine solche Interesselosigkeit seitens unserer Delegierten entgegengebracht wird. Gestern schon war bei dieser Frage ein Teil der Delegierten gar nicht anwesend. Dieses Problem muss viel ernster behandelt werden, denn unsere Partei steht im Reiche noch gar nicht auf dem revolutionären Standpunkt. In Berlin haben wir es soweit gebracht, dass alle Mitglieder, die noch im reformistischen Fahrwasser bezüglich dieser Frage segelten, diese Kleinkrämerei der V.K.P.D. und der Gewerkschaften aufgegeben haben. Unsere revolutionäre Bewegung der Arbeitslosen hat zwei Seiten. Einmal müssen die Arbeitslosen zu einer einheitlichen Front organisiert werden mit der Absicht, eine Aktion mit den Arbeitenden hervorzurufen. Und dann ist scharf Stellung zu nehmen gegen alle Reformisten und Opportunisten, die die Arbeitslosenbewegung dazu benutzen, um nicht allein Parteipolitik zu treiben, sondern die revolutionäre Bewegung sozusagen in den Sumpf zu führen. Das kann man besonders von der V.K.P.D. sagen. Die V.K.P.D. hat ohne Zweifel die Dritte Internationale veranlasst, uns einen Brief zu schreiben und aufzufordern, die Einheitsfront sozusagen mit der V.K.P.D. zu bilden. Aber wie können wir das tun, wenn die V.K.P.D. alles Mögliche tut zusammen mit den Gewerkschaften, mit den gesetzlichen Betriebsräten, um die revolutionäre Bewegung zu hintertreiben! Wenn in Berlin ein Anstoß da war, dass die Arbeitslosen und die Arbeitenden einen Kampf, einen Generalstreik herbeiführen konnten, der eventuell sich zu einer großen Aktion entwickeln konnte, so war es immer die V.K.P.D., die das hintertrieben hat, die unsere Bewegung sabotiert hat. Das ist so weit gegangen, dass sie sich auf Schleichwegen indirekt mit dem Magistrat verbunden hat, damit sie unsere revolutionäre Organisation dort ruinieren konnte. Die V.K.P.D. bildet nicht in den Gewerkschaften die Keimzelle, nein, sie verbindet sich mit den Gewerkschaften und den gesetzlichen Betriebsräten und sagt: wir können es nicht zulassen, dort eine revolutionäre Bewegung der Arbeitslosen besteht. Mit dieser Arbeitslosenbewegung wollen wir zwei Ziele verfolgen, wir wollen einerseits den revolutionären Geist der Arbeitslosen stärken und andererseits die Reaktion aller Körperschaften, die noch nicht auf dem revolutionären Boden stehen, bekämpfen. Unsere Partei geht in der Beziehung noch immer sehr langsam vor. Unser Programm hatte von Anfang an schon die Feindschaft den Gewerkschaften erklärt. Aber gestern ist hier beschlossen worden, dass unsere Mitglieder aus den Gewerkschaften auszutreten und in die Union einzutreten haben. Es kommt auch noch vor, dass Mitglieder von uns im Mieterbund, in Wohnungsgenossenschaften, im nationalen Bund der Kriegsbeschädigten usw. sind. Das sind nicht neutrale wirtschaftliche Organisationen, wie es immer heißt, nein, alle diese Organisationen haben ein politisches Ziel: die heutige kapitalistische Gesellschaft direkt oder indirekt zu unterstützen und die Arbeiterschaft von dem revolutionären Ziel abzulenken. Da müssen wir ganz drastisch vorgehen und unseren Mitgliedern sagen: Ihr habt zu wählen, entweder so oder so, heute gibt es keine neutrale wirtschaftliche Organisation mehr, und wenn Ihr für die Revolution kämpfen wollt, so müsst Ihr aus allen diesen Organisationen austreten. Es ist lächerlich, dass wir über solche Selbstverständlichkeiten hier noch Beschlüsse fassen müssen. In Berlin haben wir alle Arbeitslosen, die überhaupt in der Sache denken und fühlen, hinter uns, obgleich die Magistratsbehörden mit den Gewerkschaften und den gesetzlichen Betriebsräten und der V.K.P.D. die Arbeitslosen wieder von dem revolutionären Gedanken losreißen wollten. Jetzt wollen sie wieder eine Wahl für wirtschaftliche, bezahlte Räte machen. Wir hoffen, dass die Arbeitslosen hier wieder dasselbe machen werden wie früher, dass sie die Urnen durchs Fenster werfen, die Zettel zerreißen und veranlassen, dass die Bonzen fliegen und dass überhaupt keine Wahl stattfindet. Das ist das beste Mittel, um zu zeigen, dass die Arbeitslosenbewegung eine revolutionäre geworden ist. Im Reich sieht es anders aus als in Berlin. Mit Ausnahme von Hannover sind die

---

Arbeiter'), strong of approximately 80 members [*Lageberichte...*, Rep 77, Titel 1809, Nr. 5].

Arbeitslosen im Reich noch reaktionär organisiert. Wenigstens sollte man im Reich versuchen, die Arbeitslosen in die Arbeiter-Union hineinzubekommen, das ist so gut wie die politischen Räte, und wir sind dann sicher, dass die Arbeitslosen nicht mehr in das reformistische Fahrwasser geraten. Wir bezwecken aber mit der Organisation der Arbeitslosen nicht, eine Konkurrenzorganisation gegen die Reichsorganisation der Erwerbslosenräte zu schaffen und womöglich einen Kongress einzuberufen. So dumm sind wir nicht, zu glauben, dass die Erwerbslosen auf revolutionärem Wege allein das Problem der Arbeitslosigkeit lösen können. Wir organisieren sie nur, damit sie Fühlung mit den Arbeitenden in den Betrieben bekommen sollen und einen Einfluss auf die Arbeitenden ausüben sollen, damit diese sich solidarisch mit den Arbeitslosen erklären und darauf dringen, dass, wenn ein Anstoß zu irgendeiner Aktion kommt, sie zusammen mit den Arbeitslosen handeln sollen. Deshalb würden wir die Idee eines Reichskongresses der Arbeitslosen auf revolutionärer Basis verwerfen. Aber andererseits muss man im Reiche Propaganda auf unserer Grundlage machen. Wenn dann in allen Teilen des Reiches die Arbeitslosen auf unserem Standpunkt stehen, können die Vertreter aus dem Reich zusammentreten, damit eine einheitliche Arbeit in allen Bezirken vor sich geht. Die Arbeitslosen brauchen keine bezahlten Bonzen. Selbsthilfe ist bei ihnen das beste Mittel. Sie sollen sich zu Hunderten und Tausenden zusammenscharen und zu dem Dezernenten gehen und ihre Sache persönlich vortragen und mit der Faust auf den Tisch klopfen. Aber was die allgemeinen Ziele der Arbeitslosen anlangt, so müssen sie dazu revolutionäre Vertreter haben, und das können nur die politischen Räte sein. Die politische Rätebewegung ist bereits von der V.K.P.D. erstickt worden zu einer Zeit, wo durch den Zusammenschluss der politischen Räte mit der K.A.P.D. und der Union wirklich die Arbeiterschaft zu einer revolutionären Tat erweckt werden konnte, wo aber auch wir einen großen Fehler begangen haben, nämlich den, dass wir es zugelassen haben, dass man politische Räte in den Betrieben wählte, wo noch die gesetzlichen Betriebsräte waren. (*Sehr richtig!*) Das ist ein Wahnsinn. Wir müssen die Arbeiterschaft vor die Alternative stellen: entweder revolutionäre politische Räte oder andere, gesetzliche Räte. Solange die Arbeiterschaft noch für gesetzliche Betriebsräte im Betriebe ist, ist die Sache hoffnungslos.

Der Zweck, warum wir hierhergekommen sind, ist der, Euch nahe zu legen, dass, wenn Ihr in Eure Bezirke zurückgeht, Ihr darauf dringt, dass dort die Arbeitslosenfrage auf Basis der Berliner Bewegung eingestellt wird, dass dort ähnliche Richtlinien akzeptiert werden, wie wir sie haben, dass man in allen Bezirken darauf dringt, dass die wirtschaftlichen, bezahlten Räte abgesetzt werden und dass die Arbeitslosen aufgeklärt werden, dass die revolutionären Vertreter nicht dazu da sind, die Kleinkrämerei mit Magistrat und Behörden zu treiben, dass das eine Sache der Arbeitslosen selbst ist, dass die Arbeitslosen nur eingestellt werden müssen für die eventuelle Aktion zusammen mit den Arbeitenden, dass darauf gedrungen wird, dass auch die Arbeiter-Union, wo sie besteht, die Arbeitslosen in die Hände nimmt, damit sie nicht mehr die Opfer der Opportunisten und Reformisten werden. Wenn wir das überall einheitlich tun, wird sich auch ein ersprießliches Resultat zeigen. Die Arbeitslosensache darf nicht

nebensächlich behandelt werden. Nein, es ist eine große Hauptsache, weil sie ein Faktor des revolutionären Kampfes ist. (*Bravo!*)

Genosse STERZING<sup>51</sup>(*Gotha*):

Als Vertreter von Groß-Thüringen erkläre ich mich mit den Ausführungen des

---

<sup>51</sup> Emil Sterzing, Gotha, Mitglied der KAPD.

Referenten und des Genossen Neumann einverstanden. Wir billigen voll und ganz den offenen Brief nach Moskau in Bezug auf die Arbeitslosen.

*Referent Genosse ADAM [Adam SCHARRER] (Schlusswort):*

Ich habe schon darauf hingewiesen, wie man immer wieder den Arbeitslosen einredet, dass es doch irgendwie einen Ausweg für sie geben könnte. Da muss noch erwähnt werden, dass man jetzt versucht, die Arbeitslosen nach kapitalistischen Ländern auswandern zu lassen. Aber auch in diesen Ländern ist die Krise mehr oder weniger vorgeschritten, und es würde das nur eine Rettung für eine ganz kurze Zeit bedeuten. Das wäre so, wie wenn man in einem brennenden von einem Zimmer zum anderen rennt, bis man dem Feuertode ausgeliefert ist. Es kommt hier noch hinzu, dass man die Arbeitslosen dort der allerkrassesten Rechtlosigkeit preis gibt, dass sie dort vollständig abgeschnitten sind von denjenigen klassenbewussten Proletariern, die ihnen in ihrem eigenen Lande wenigstens einen Stützpunkt gewähren und dass sie dort draußen nur als Lohndrucker und als vollständige Sklaven verwendet werden, die bedingungslos der Willkür der Sklavenhalter ausgeliefert sind. Man will sparen dadurch, dass man versucht die Gehälter abzubauen. Das wird eine Schwächung der Konsumenten zur Folge haben. Man wird in kurzer Zeit irgendeinen Weg gefunden haben, um die Arbeitslosenunterstützung vollständig zu entziehen. Man schlägt dafür natürlich einen langsamen Weg ein. Man will die Zerreißmaschine etwas mehr in Funktion setzen. Man gibt immer so viel zu, wie eben die Situation momentan ertragen kann. Durch die Kohlenlieferung, die wir vor allem an Frankreich vornehmen müssen, wird die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern steigen. Wenn wir alle diese Zusammenhänge klar aufweisen, sehen wir die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft. Wir müssen darauf hinweisen, dass die einzige Lösung, wenn auch langsam, aber sicher Erfolg hat, und das ist die Lösung, die man in Russland gefunden hat. Wir müssen dem gesamten Proletariat zeigen, dass, wenn die Russen in Ruhe gelassen werden, sie die Möglichkeit haben, dass etwas geschaffen wird, das dem übrigen Proletariat einen solchen Anschauungsunterricht bieten wird, dass es sagen wird: auf diesem Weg müssen auch wir fortschreiten. Man wird sehen, dass das die Befreiung der Menschheit ist. Das kann aber nicht dadurch geschehen, dass man eine Bourgeoisie mit einem proletarischen Staat verbindet, sondern die Vorbedingung für diesen Sieg ist die proletarische Diktatur. Und dann wird die Frage so entschieden werden, dass es nicht heißt: Untergang in der Barbarei, sondern über die Diktatur des Proletariats zum Kommunismus! (*Bravo!*)

Es wird hierauf folgender Antrag des Wirtschaftsbezirks Niedersachsen (*Hannover*) einstimmig angenommen:

„Die Arbeitslosen in allen Städten sollen aufgefordert werden, revolutionäre Räte zu wählen, die nach Bezirken zusammengefasst werden sollen zwecks Aktionen mit den revolutionären Räten aus den Betrieben. Die revolutionären Räte der Arbeitslosen werden angehalten, die legale Tätigkeit der gesetzlichen Räte als reformistisch und opportunistisch zu bekämpfen. Der Kampf der revolutionären Räte gilt dem Sturz der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der Diktatur des Proletariats.“

### Jugend-Frage

Referent Genosse SCHILLER:

Genossen, die Jugendfrage auf der Tagesordnung des Parteitages zeigt an, dass die Partei nach den inneren Auseinandersetzungen über Wolffheim und Laufenberg, über

Rühle die Hände frei bekommen hat zu praktischer revolutionärer Arbeit. *(Sehr gut!)* Die Revolution erfordert, dass die Partei mit allen ihren Kräften zugreift um die Jugendarbeit in die Hände zu nehmen neben der Arbeit unserer Jugendgenossen selbst. Das Vorspiel für diesen Punkt zeigt eigentlich an, dass wir eine ganz falsche Einstellung zur Jugendfrage haben. Die Jugend lasst Euch sagen, dass die Partei, die Genossen hier, Ihr selbst, jeder einzelne und die Verantwortlichen in den Ortsgruppen ihre Pflicht nicht getan haben und Ihr sollt es heute hören, dass Ihr dazu berufen seid, selbsttätig einzugreifen, dass Ihr dazu befähigt sein müsst, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dazu ist notwendig, dass Euch das an die Handgegeben wird, was Ihr für die Jugendarbeit braucht. Es kann nicht so sein, wie wir es zum Teil erleben in der Frage der Betriebsorganisation, dass Genossen erklärt haben: davon verstehe ich nichts. Wir fordern in der Partei, den jemand nach dem Programm ebenso bewandert ist in der Frage der B.O. wie in allen Fragen der Partei. Und so sagen wir, wie ein Genosse unserer Partei revolutionär kämpfen muss unter den Erwerbslosen, so muss er auch seinen Mann stehen für die Jugendarbeiten. *(Sehr richtig!)* Genossen, ich sage Euch, es - rat tief blicken - und es ist nicht nur in unserer Partei so, ich glaube sogar in unserer Partei haben wir die besten Aussichten, Verständnis für uns zu finden. In anderen Parteien finden wir diese Tatsache noch viel schlimmer, da hat man überhaupt kein Verständnis. Geht in die Betriebe, die Erwachsenen werden immer sagen: was verstehst Du davon, wenn der Jugendliche einmal wagt, den Erwachsenen auf seine Rückständigkeit hinzuweisen. *(Sehr richtig!)* Wir fordern von Euch, von jedem Delegierten, der hier ist, dass er das, was er hier hört, nicht nur berichtet, sondern in Ermangelung von anderen Kräften selbst jetzt dafür sorgt, dass die Jugendarbeit von Partei wegen ihren Anfang nimmt. *(Sehr richtig!)* Deshalb ist es nur meine Aufgabe, Euch das als Unterlage zu geben, was Ihr dazu braucht, ganz knapp, aber das Wichtigste, damit Ihr orientiert seid.

Das erste, was Ihr braucht, wird sein ein kurzer geschichtlicher Rückblick über die Jugendbewegung seit dem Heidelberger Parteitag. Zweitens müssen wir Euch bekanntmachen mit dem Inhalt unserer Jugendbewegung, mit Programm und Organisation. Und drittens werde ich euch zeigen, welche Aufgaben die Partei auf dem Gebiete der Jugendarbeit übernimmt.

Genossen, während des Heidelberger Parteitages fand in Weimar die Jugendkonferenz der freisozialistischen Jugend statt. Wir hatten in der proletarischen Jugend auf der revolutionären Seite nur eine Jugend, die bekannt war unter dem Namen Freie Sozialistische Jugend. Die nicht revolutionäre unter der proletarischen Jugend war die der rechtssozialistischen Arbeiterjugend. Und während in Heidelberg die Spaltung der Partei sich vollzog wegen der grundsätzlichen Fragen, die uns allen bekannt sind, musste in Weimar unter der Jugend erst der Trennungsstrich gezogen werden zwischen den Jugendlichen, die noch in rechtssozialistischen Auffassungen befangen waren, die in der unabhängigen Sozialdemokratie ihre Partei sahen. Denn das wollen wir auch aussprechen, die unabhängige Partei hat eine Jugendbewegung, die sich nicht unterscheidet von der rechtssozialistischen Arbeiterjugend in ihrer Auffassung, in ihrem Programm usw. *(Sehr richtig!)* Da die Jugend selbst auf ihrer Weimarer Tagung nicht zu gleicher Zeit wie die Partei die Auseinandersetzungen hatte, wegen dieser unklaren Situation in der Jugendbewegung selbst, musste die Auseinandersetzung erst später zum Austrag kommen. Trotzdem will ich hier sagen, zu gleicherzeit wie in Heidelberg wurde in Weimar über die Betriebsorganisation diskutiert, und man brach die Debatte sehr vorzeitig ab. Klare Stellung in der Frage wurde nicht genommen.

Nach der Gründung der K.A.P.D. erst kamen die Auseinandersetzungen über die grundsätzlichen Fragen auch in die Jugend. Auf der Mai-Konferenz der

kommunistischen Jugend, der freien sozialistischen damals noch im vorigen Jahre, entschied sich die Jugend - damit Ihr wisst, wie ungefähr der Stand der Auffassungen war - entschieden sich von den Delegierten 51 für unsere Auffassung, 66 für eine mittlere Auffassung, für die, sagen wir einmal, Berliner Auffassung, die antiparlamentarisch war, und 137 Delegierte entschieden sich für Spartakus. Wir können sagen, dass die antiparlamentarische Auffassung, also unsere Auffassung damals in der Jugend sich die Waage hielt mit der anderen Auffassung.

Mit dieser Weimarer Konferenz begann der Klärungsprozess in der Jugend selbst in den einzelnen Ortsgruppen. Unsere Genossen erkannten sofort die Situation und organisierten in der freien sozialistischen Jugend die Opposition. Und bald darauf beriefen wir eine Konferenz nach Leipzig, im August vorigen Jahres. 50 Gruppen waren da durch Delegierte vertreten. Wir gaben dort erst einmal unsere Stellung zu allen grundsätzlichen Fragen bekannt, nahmen Stellung auch zur Partei und erklärten, dass wir in der K.A.P.D. die einzige aktive revolutionäre politische Organisation in Deutschland sehen. Wir gaben da noch einen Aufruf zum internationalen Jugendtag heraus, der sich auszeichnete durch seine aktive Parole, durch seine revolutionären Parolen, die sich von den Parolen der freien Sozialisten der jetzigen kommunistischen Jugend unterschieden.

Diese Leipziger Korrespondenz der Opposition war der Anlass zum Beginn des Ausschlusses unserer Genossen im ganzen Reich aus der kommunistischen Jugend. Wir waren gezwungen - das war ja auch unsere Pflicht -, sofort die Dinge weiter zu treiben, und beriefen die Braunschweiger Konferenz der Opposition ein. Auf der waren 60 Gruppen vertreten durch Delegierte. Wir konstituierten uns als kommunistische Arbeiterjugend. Wir nahmen Stellung zur politischen Lage, zum Programm, zum Organisationsaufbau, zur Jugend-Internationale und zur Zeitungsfrage. Zur Orientierung unserer Genossen haben wir hier die *«Rote Jugend»* Nr. 4 ausgegeben. Da findet Ihr das Protokoll über diese Konferenz. Das wird Euch gute Dienste leisten, wenn Ihr Rede und Antwort stehen müsst in den Gruppen der Jugend und wenn Ihr selbst die Jugendarbeit aufbauen müsst. Wir können feststellen, dass auf dieser Braunschweiger Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeiterjugend eine einheitliche Auffassung war. Nur zwei Eisenacher Delegierte vertraten die Rühle-Auffassung und dann noch ein Hamburger die Wolffheim-Laufenbergische. Die Konferenz hat ohne weiteres die Frage gestellt, ob sie damit noch zu unserem Programm stehen. Wir sagten, das kann nicht geschehen, und man hat die Delegierten aus der Konferenz ausgeschlossen. Damit war die Frage für uns erledigt.

Von Bedeutung von dieser Konferenz ist noch folgender Beschluss, dass die Jugend erklärte: «auf Grund unseres Programms, das sich ausspricht gegen die Gewerkschaften und für die Betriebsorganisation, fordern wir den Austritt aus den Gewerkschaften und den Eintritt in die Betriebsorganisation. Ausnahmen werden nur in besonderen Fällen gemacht nach Prüfung.» Dieser Beschluss war für unsere Jugendarbeit in den einzelnen Gruppen von der Bedeutung, dass wir ausschließen konnten alle Wort-Revolutionäre, dass wir nur die in unseren Gruppen behielten, die wirklich zu unserem Programm standen, die zur Betriebsorganisation standen.

Ein weiterer wichtiger Beschluss war der in der Frage der Jugend-Internationale. Über diese Frage müsst Ihr orientiert sein, weil auch das erst eine Frage sein wird, die in der Jugend noch oft diskutiert wird. Wir haben auf der Konferenz beschlossen, dass in der Erkenntnis, dass der Kampf des Proletariats international sein muss, die Proletarier auch eine internationale Organisation haben müssen, die nur auf kommunistischer Grundlage beruhen kann, Und für die Jugend kam für uns die kommunistische

Jugendinternationale in Frage. Deshalb wurde die Frage gestellt: für oder gegen die Jugend-Internationale? Da entschied sich die Konferenz für den Anschluss an die kommunistische Jugend-Internationale. Nun war uns bekannt, dass die Jugend-Internationale als Teil der kommunistischen Dritten Internationale die Bedingungen des Moskauer Kongresses anerkennt und ihre angeschlossene Organisation zur Innehaltung dieser Bedingungen verpflichtet ist. Wir erklärten; wir schließen uns an auf Grund unseres Programms, wir werden uns nicht fügen den Beschlüssen in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage, und die Jugendinternationale soll erklären, ob sie ablehnen will die klarsten und revolutionärsten Jugendlichen in Deutschland. Wir werden sehen, ob der Kongress, der jetzt bald stattfindet, der Kongress der Jugendinternationale, der entscheiden soll, es wagt, uns abzulehnen. (*Sehr gut!*)

Aber das ist der Unterschied, wir standen vor der Frage: sollen wir ein ähnliches Verhältnis eingehen wie die Partei als sympathisierende Organisation oder nicht? Der Arbeitsausschuss schlug vor, da er unter den heutigen augenblicklichen Verhältnissen keine andere Möglichkeit sah, ein ähnliches Verhältnis einzugehen, da der vollberechtigte Anschluss selbstverständlich bedeutet hätte, auch die Verpflichtungen zu übernehmen. Die Jugend-Konferenz setzte sich darüber hinweg und erklärte: hier ist unser Programm, dazu hat die Jugendinternationale jetzt Stellung zu nehmen, wir verlangen den Anschluss als vollberechtigte Organisation. Diesen Beschluss haben wir dem Exekutiv Komitee der Jugendinternationale mitgeteilt, und die Antwort war selbstverständlich, die sie geben muss auf Grund ihrer Einstellung, auf Grund ihres Programms, dass das Exekutiv-Komitee uns als Organisation ablehnt. Wir haben das nicht anders erwartet, denn das Exekutiv-Komitee ist für uns noch nicht die Jugendinternationale. Das Exekutiv-Komitee ist eine ganz einseitig zusammengesetzte Körperschaft. Wir sagen, die Kommunistische Jugendinternationale selbst hat darüber zu entscheiden, und dem internationalen Kongress werden wir die Frage des Anschlusses vorlegen.

Aber noch eins ist hier mitzuteilen. Während an alle Organisationen, an alle möglichen Organisationen Einladungen zum internationalen Jugend Kongress ergangen sind, selbst an die rechte proletarische Jugend, die rechte unabhängige Jugend, die Jugend der Hilferdinge, der Crispian usw., hat man die kommunistische Arbeiterjugend nicht eingeladen. (*Hört, hört!*) Genossen, das haben wir sofort aufgegriffen und haben erklärt: wir klagen das Exekutiv-Komitee an, das es wagt, die revolutionärste Jugendorganisation, die im Geiste Karl Liebnecht kämpft, nicht einzuladen, aber die rechte unabhängige Jugend einzuladen. Genossen, es war von Wirkung. Die Einladung ist sofort erfolgt. Es wäre für diese Genossen sicher eine feine Situation oder, sagen wir einmal, eine sonderbare Situation auf dem internationalen Kongress gewesen, hätten sie das erklären müssen, dass man uns nicht einladet.

Genossen, wir geben uns in der Frage der Jugendinternationale keinen Illusionen hin. Wir wissen in der Partei, dass wir in der Frage der Dritten Internationale kämpfen müssen, in der Dritten Internationale ringen müssen um die Anerkennung unserer Auffassungen, weil wir eben die ersten sind im Weltproletariat, die über westeuropäische Dinge orientiert, diese Auffassung vertreten müssen. Und so geht es auch der Jugend. Wir werden in der kommunistischen Jugendinternationale um unsere Auffassungen ringen müssen. Sollte die kommunistische Jugendinternationale uns noch nicht vertragen können, nun, es ist für uns nicht schlimm, sondern für die kommunistische Jugendinternationale. Warten wir ab, sie soll entscheiden, die Genossen aus den anderen Ländern sollen entscheiden, aber nur die, die der Ausdruck des Willens der revolutionären Jugend sind und nicht irgendein Apparat, der zufällig zusammenkommt. Genossen, deshalb sage ich das so eingehend. Es gibt darüber eine entsprechende Literatur, z.B. die Internationale Jugend-Korrespondenz,

die einen Bericht darüber gibt, über den Briefwechsel usw. Also an Euch liegt es, sich zu orientieren, wer verpflichtet ist, sich der Jugendarbeit zu widmen.

Genossen, so viel Geschichtliches! Nun zum Programm und zur Organisation der kommunistischen Arbeiterjugend, denn Ihr musst ja erst einmal bereit und orientiert sein, in welchem Sinne die kommunistische Arbeiterjugend von Euch Arbeit verlangt.

Erstens einmal zur Rolle der Jugendbewegung in der Revolution! Das ist eine Frage, die eben gerade bei den alten Genossen noch nicht völlig geklärt ist. Wir sagen und müssen das überall vertreten, dass unsere Organisation die politische Organisation der Jugend ist. Wir sind die Zusammenfassung der klarsten und entschlossensten Elemente der Jugend. Die kommunistische Arbeiterjugend ist der Vortrupp der gesamten proletarischen Jugend. Und deshalb können wir nicht sein eine Zusammenfassung irgendwelcher unklarer Jugendlichen, eine zufällige Erziehungsgemeinschaft und Bildungsgemeinschaft, sondern wir sind das für die Jugend, was die Partei für die erwachsenen Arbeiter ist: die politische Organisation. Die Jugend deshalb zu alten Fragen des proletarischen Kampfes selbständig Stellung nehmen und, was wichtiger ist: sie muss sich eingliedern mit ihrer Arbeit und ihrer Organisation in die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes. Dazu zwingt sie besonders die Lage der Jugend. Und wir stellen fest, dass die Jugend genau so leidet wie die erwachsenen Proletarier unter dem Zerfall des Kapitalismus, unter der Ausbeutung. Die Jugend fühlt ebenso die Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die Not und das Elend. Es gibt da keine Unterschiede. Wenn wir gewisse Unterschiede feststellen, so nur die, dass die Jugend noch mehr ausgebeutet wird, weil die Jugend die billige Arbeitskraft darstellt, die willige Arbeitskraft, dass die Jugend, indem sie die Lehrlinge darstellt, in den Lehrlingszüchtereien wiederum weit mehr ausgebeutet wird als die Erwachsenen. Aber die Jugend leidet genauso wie die Erwachsenen, sie ist in dieselbe Lage gedrängt wie die Erwachsenen durch die heutige kapitalistische Ordnung. Und daraus ergibt sich für die Jugend der Kampf an der Seite der erwachsenen Proletarier. *(Sehr richtig!)* Deshalb muss die kommunistische Arbeiterjugend Stellung nehmen zu den politischen Parteien. Und wir haben erklärt, dass wir, die kommunistische Arbeiterjugend, die Kampfgemeinschaft eingehen mit der K.A.P.D., weil wir in ihr die aktivste revolutionärste Partei sehen. Wir haben uns bekannt zu den Kampfmitteln und Kampfmethoden der Partei gegen den Parlamentarismus, für die Räte, gegen die Gewerkschaften, für die Betriebsorganisation. Und deshalb müssen wir auch die Jugendsektionen der Gewerkschaften als Teile dieser konterrevolutionären Organisation bekämpfen.

Die Mitwirkung der Jugend nun bei der Festlegung der Grundsätze und der Taktik der Partei ergibt sich dabei ganz von selbst. Diese Mitwirkung wird geschehen, indem alle Fragen, die die Partei berühren, in der Jugend selbst behandelt werden. Genossen, das ist wichtig für Eure Jugendarbeit. Glaubt nicht, dass Ihr diese Fragen von der Jugend fern halten dass die Alten darüber entscheiden können, dass damit alles getan ist. Nein, die Jugend soll selbständig denken und handeln lernen. Deshalb hinein mit allen Streitfragen, die die Partei berühren, in den Vortrupp der Jugend, wir sagen nicht: in die indifferenten Massen. Versteht, in die politische Organisation der Jugend. Die Jugendlichen sind reif dazu. Das werdet Ihr bald selbst fühlen. Es hat sich sogar manchmal gezeigt, dass Jugendliche schneller denken konnten als mancher Alte. *(Sehr richtig!)*

Genossen, die Behandlung dieser Fragen der Jugend wird geschehen, und die Mitwirkung der Jugend an den Fragen der Partei wird geschehen auch durch die Teilnahme der Jugend an den Versammlungen der Partei selbst. Und da wollen wir

uns frei machen von dem Gedanken, dass nur das Mitgliedsbuch in diesem engeren Sinne dazu berechtigt, da wollen wir darauf sehen, dass derjenige in der Jugend zu uns gehört - ich bitte, dass Ihr mich recht versteht! -, der die Kampfgemeinschaft ausgesprochen hat, der sich fühlt als Teil der Partei. Und wenn die Jugend darauf drängt, mitzuwirken in der Partei, ohne organisatorisch angeschlossen zu sein, so müsst Ihr dafür sorgen, dass dem Rechnung getragen wird. Nebenbei bemerkt, wäret Ihr im Irrtum, wenn Ihr meint, dass sie nicht der Partei angeschlossen wäre. Sie ist als politische Organisation, indem sie der Kommunistischen Arbeiterjugend angehört, die die Kampfgemeinschaft mit der Partei eingegangen ist, eben schon ideell Mitglied der Partei. Weshalb sie nicht organisatorisch angeschlossen ist und angeschlossen sein soll zum Teil, darauf komme ich nachher.

Weiter aber ist der Jugend Gelegenheit zu geben, ihre Stellungnahme, die sie in Jugendversammlungen eingenommen hat, zu vertreten in der Partei durch ihre Vertreter, die sie in die verantwortlichen Körperschaften schickt. Aber, Genossen, wir legen hier Wert darauf, weil wir auch aus der kommunistischen Jugend hervorgegangen sind, dass wir damit aufräumen, dass die Führer die Politik machen. Wir wollen, dass die Jugend selbst entscheidet. Deshalb legen wir mehr Wert darauf, dass die Jugend in die Versammlung der Partei mit hereinkommt. Wir haben Beispiele dafür, dass es sehr gut geht.

Genossen, nun tritt an uns die Frage, die Notwendigkeit der selbständigen Organisation heran. Selbst in unseren Reihen gibt es Genossen, die das Kind mit dem Bade ausschütten und erklären: nun, wenn Ihr unsere Auffassung habt, wenn Ihr die Kampfgemeinschaft mit uns eingegangen seid, dann brauchen wir ja gar keine besondere Organisation, dann nur herein in die Partei! Die Genossen verkennen, dass gerade die Revolution erfordert, wir eine selbständige Organisation der Jugend haben müssen. Erstens einmal aus Gründen der Erziehung, aus Gründen der Heranbildung zu selbständig denkenden und handelnden Genossen brauchen wir eine selbständige Organisation. Ein praktisches Beispiel: der Jugendlichen die Partei hineingestellt, wird gar nicht die Möglichkeit haben, sich durchzusetzen, wird immer dabei an die letzte Stelle kommen. Er wird seine Fähigkeiten nicht so entwickeln können, weil die Alten mit ihrer Erfahrung, mit ihrem Wissen selbstverständlich ihm in dem Fall überlegen sind. Es ist richtig dass die Jugendlichen sich unter sich auskämpfen, sich klären. Deshalb sagen wir, aus Gründen der Erziehung ist es notwendig, dass die Jugend selbständig zusammengefasst wird, das ist im Interesse der Revolution die beste Organisationsform. Dann aber noch aus Gründen der Erfassung und Revolutionierung der Massen der Jugend in den Betrieben und Schulen und Fortbildungsschule. Genossen, stellt Euch vor, wenn die Jugendlichen nur mit dem nackten Parteiprogramm kommen als Parteigenossen, an die Jugend, an die unentwickelte Jugend, die die Volksschule verlassen hat, in den Betrieben und Schulen! Der Jugendliche soll vor die Jugend treten. Er wird am besten verstehen, wie er die Jugend packt. Und die Fähigkeiten dazu werden den Jugendlichen in der Organisation selbst gegeben.

Genossen, für uns gibt es noch einen anderen Grund, das ist die Heranbildung von Organisatoren. Der Jugendliche, der in die Partei kommt, wird nur zu einem kleinen Prozentsatz herangezogen werden zu den verantwortlichen Funktionen, zu der organisatorischen Arbeit in den verantwortlichen Körperschaften. Und in der Jugend hat er die Möglichkeit, alle diese Fähigkeiten zu erwerben, weil er gezwungen ist, jetzt selbst die organisatorische Arbeit für den Aufbau, für die Propaganda usw. zu leisten. Es gibt Gründe in großer Zahl, die nur für die selbständige Organisation sprechen. Und die Praxis allein, sage ich Euch, würde Euch sofort beweisen, dass nur eine

besondere Organisation der Jugend den Notwendigkeiten der Revolution und der Jugenderziehung gerecht wird. Und deshalb, sage ich, müssen wir alle die Bestrebungen ablehnen, dass die Jugend einfach in der Partei aufgeht.

Nun zur Organisationsform, die die Jugend hat! Da wird in unserem Programm gesagt:» die Organisationsform muss im Geiste des Rätegedankens gestaltet werden, der Mille der Mitglieder und nicht der Instanzen soll durch diesen Aufbau der Organisation zur Geltung kommen. Die von den Mitgliedern gewählten Delegierten sollen nur nach dem Willen ihrer Mitglieder entscheiden. Die in die zentralen Körperschaften gewählten Genossen müssen der Kontrolle der Mitglieder unterstehen und jederzeit abberufbar sein. Alle Mitglieder sollen durch eigenes Denken und selbständige Arbeit in der Organisation, durch Betätigung in den Arbeitsgruppen zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden. Das alles bedeutet den Aufbau von unten. Daraus folge nach dem Räteystem die zentrale Zusammenfassung nach oben.» (*Bravo!*) Ein Gedanke, den wir in unserer Organisation haben, und wir werden daran arbeiten, dass die Bestimmung von unten tiefer sich einprägt in die Jugend und dass die Jugend nun bereit und fähig ist, wirklich dem Rätegedanken jetzt Form und Inhalt zu verleihen.

Wenn Ihr so orientiert seid, wird es Euch ein leichtes sein, auf Grund Eurer Auffassung, die Ihr in der Partei habt, in der Jugend Arbeit zu leisten.

Nun zu den Aufgaben der Kommunistischen Arbeiterjugend! Sie ergeben sich wie für die Partei aus den Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes. Und jetzt in dieser Situation ist unsere Hauptaufgabe die Vorbereitung des Kampfes um die Macht. Und so ist die Jugend eingestellt. Daraus ergibt sich innerhalb unserer politischen Organisation in der Kommunistischen Arbeiterjugend die Sammlung der Klarsten und Entschlossensten. Wir sehen nicht darauf, allein eine große Masse zu haben, sondern klare Köpfe; und wir wissen, dass wir deshalb umso besser an die Masse der Jugend herankommen werden mit unseren Ideen. Und wenn wir diese Sammlung haben wollen, ergibt sich für unsere Jugend der Ausschluss aller Wortrevolutionäre und der gefühlsmäßig zu uns stehenden Jugendgenossen, die wohl dem Programm zustimmen möchten, aber nicht die Konsequenzen ziehen wollen. Es hat sich gezeigt, dass dort, wo die Jugend vor die Frage gestellt wurde, dann wirklich die Jugend erkannte, dass sie den Schritt weiter gehen musste, und der andere Teil, der wirklich halb war, der noch in alten Auffassungen stecken geblieben war, fiel nach rechts. Das ist für den Klärungsprozess in der Jugend eine notwendige Arbeit. Nicht zurückschrecken! Nicht die Jugend anders ansehen als die Partei! Nur nicht dulden unklare Elemente, die mehr eingestellt sind auf Wandern, auf Naturfreundbewegung, auf Spielerei! Wir wollen in unseren Reihen nur die jungen Revolutionäre haben. Und wer die Praxis sieht in den Gruppen - es ist möglich.

Und daher sollen wir und soll die Jugend das Gehirn sein für die proletarische Jugend, die in den Betrieben und Schulen stecken. Daraus ergibt sich auch, wenn wir innerhalb der Organisation arbeiten, die Heranziehung der Mitarbeit aller. Und wir sind dabei, etwas zu unternehmen, was die Partei erst in den Anfängen unternimmt, dass wir die Verpflichtung für die Mitarbeit so durchführen, dass die ganzen Gruppen in der Jugend eingeteilt werden in Arbeitsgruppen für die bestimmten Aufgaben, die die Revolution erfordert, die erste für die organisatorische Arbeit, für den Aufbau, für die notwendige Verarbeitung der Literatur usw. Die zweite hat sich zu befassen mit der Propaganda, agitatorische Arbeit; die dritte mit dem Aufbau der Betriebsorganisation und dann weiter die politische Gruppe zur politischen Aufklärung, aber davon sehen wir vorläufig ab. Wir legen Wert darauf, dass die Jugend eine organisatorische Gruppe, eine Agitationsgruppe und eine

B.O.- Gruppe hat für die Aufgaben, die im Interesse der Revolution die notwendigsten sind.

Nun die Arbeit außerhalb der kommunistischen Jugend, die in den Betrieben und Schulen stattfinden muss! Wir sind einzig und allein eingestellt auf die Revolutionierung der Massen der Jugend in den Betrieben. Wir wollen nicht Mitgliederfang treiben. Wir wollen sie nicht in unsere Organisation bringen, sondern uns kommt es darauf an, dass die Jugend in den Betrieben für unsere Ideen erfasst wird. Das besorgen wir durch Einberufung von Betriebs- und Schülerversammlungen - Schülerversammlungen, sage ich extra, in den Fortbildungsschulen. Es gibt alte Genossen, die können den Unterschied nicht ganz begreifen. Sie denken zuerst an die Volksschule. Wir sind eine Jugendbewegung für die Jugend, die erst nach dem 14. Jahre anfängt, also von der Volksschulentlassung an. Genossen, in den Betriebs- und Schülerversammlungen wird es die Aufgabe der Jugendgenossen sein, die revolutionäre Partei- und Jugendliteratur zu verbreiten, was auch der Verbreitung unserer Ideen dient. Die nächste Aufgabe ist dann die Organisierung der Jugend in der Betriebsorganisation, und in der Beziehung ist es für uns eigentlich leichter als für die Alten, denn die Jugend steckt noch nicht in den Gewerkschaften. Das ist sogar auf dem Reichskongress der kommunistischen Jugend festgestellt; da erklärt der Referent, der für die Revolutionierung der Jugend-Sektion eintrat: Genossen, wir müssen erklären, die Jugend ist noch gar nicht in den Gewerkschaften. Genossen, es ist für uns ein gutes Moment; und ich sage, es wäre ein vollendeter Unsinn, sie erst in diesen konterrevolutionären Apparat zu zwingen, um sie dann zu revolutionieren. *(Sehr richtig!)* Weiter ist festgestellt worden, dass, wenn wirkliche Jugendliche organisiert sind in einer großen gewerkschaftlichen Organisation, die in Berlin 10.000 Jugendliche zufällig hat, dass in die Versammlungen dieser Organisation wenig kommen. Unsere Parole, die Revolutionierung in den Betrieben, wo die Massen stecken, wird die richtige sein.

Unsere Arbeit in den Betrieben und Schulen wird vor sich gehen unter Parolen, die ähnlich denen der Partei sind, nur für die Jugend zugeschnitten. Die Propaganda für die Wahl von revolutionären Vertrauensleuten - mag man sie Jugendräte nennen oder sonst wie, wir sagen revolutionäre Vertrauensleute und Schülerräte, weil diese Organe nur die Aufgabe haben, nicht etwa die Funktionen der gesetzlichen Betriebsräte zu vollführen oder bei den Schülerräten die Funktion des Aufpassers und des Angebers für den Lehrer zu spielen - sondern diese revolutionierende Kampforganisation der revolutionären Vertrauensleute und revolutionären Schülerräte haben die Aufgabe in dieser Situation, den Kampf vorzubereiten, revolutionäre Propaganda zu treiben, Betriebs- und Schülerversammlungen einzuberufen, um nun die Massen der Jugend für die Revolution zu gewinnen. Darauf sind wir eingestellt.

Weiterhin müssen diese Vertrauensleute in den einzelnen Ortsgruppen aus den Betrieben zusammengefasst werden zu Vollversammlungen, um diese Vollversammlungen zu benutzen, die Führer der Jugend in den Betrieben, die aus den Betrieben selbst herauswachsen, jetzt politisch zu orientieren, damit sie fähig sind, in unserem Geiste zu wirken. Wir wollen auch - und es ist wichtig für unsere Genossen, dass sie das wissen -, dass, wenn revolutionäre Arbeiterräte gewählt werden, die Wahl von revolutionären Vertrauensleuten zu den Arbeiterräten stattfindet. Die Jugend gehört da ebenso hinein wie die Alten. Stemmt Euch nicht mehr dagegen! Es ist revolutionäre Pflicht der K.A.P.D., dafür zu sorgen, dass nicht nach dem Alter gefragt wird, sondern nach ihrem Mut, nach ihrer Überzeugung, nach ihrem revolutionären Willen. *(Sehr richtig!)*

Dann sollen unsere Jugendgruppen in den Orten selbständig herangehen, Flugblätter herauszugeben, die für die Jugend zugeschnitten sind. Die Jugend soll in den Betrieben revolutionäre Vertrauensleute wählen usw.

Also genau wie die Partei muss die Jugend dazu angehalten werden, selbständig vorzugehen. Wir dürfen nicht etwa sagen: wir machen das schon, wir bringen schon Flugblätter heraus. Die Jugend ist dazu da, an die Jugendlichen heran zu kommen; und das ist für die Partei keine leichte Arbeit.

Genossen, eine Frage, die wichtig ist, ist die der Stellung der Jugend zum wirtschaftlichen Kampf. Das ist auch eine Frage, ähnlich wie die in der Partei, die uns trennt von der kommunistischen Jugend. Während die kommunistische Jugend in ihrem Programm wirtschaftliche Minimalforderungen aufgenommen hat, haben wir das abgelehnt, erstens einmal weil das für uns bedeutet Opportunismus und Reformismus und weil wir sagen, das ist Lähmung im Kampfe. Dagegen lehnen wir nicht ab, in den Kämpfen, die aus den Verhältnissen heraus wachsen, Schülerstreiks, wirtschaftliche Aktionen der Jugend, an der Seite der Jugend selbst zu kämpfen, um die Aktion vorwärts zu treiben zur Revolutionierung der Jugend, um dort unsere politische Auffassung zu vertreten. Dabei ist zu sagen, dass in der heutigen Ordnung damit nichts erreicht ist, dass sie sich einstellen müssen auf den Entscheidungskampf gegen das Kapital, einstellen müssen, den Kampf der erwachsenen Arbeiterschaft in den Betrieben zu führen. Es wäre verkehrt, wenn irgendwelche jugendlichen Kämpfe in irgendeiner Form als reformistisch erklärt würden. Nein, wir kämpfen erstens einmal aus Solidarität der Unterdrückten gegen die Ausbeuter; und wir sagen, die Forderungen genügen uns nicht, wir gehen weiter und vertreten unsere weitergehende maximalistischen Forderungen, die sich ganz von selbst aus den Parteiforderungen ergeben.

Die Bildungsarbeit, die wir nun leisten müssen, soll dienen der Erfüllung unserer revolutionären Aufgaben in der Organisation, in den Schulen und Betrieben. Darauf sind wir eingestellt. Wir treiben nicht Allerweltsbildungsarbeit. Genossen, das ist eine Gefahr für unsere Alten, die glauben, nun könnten wir anfangen, sagen wir einmal, über Fragen zu reden, die man unter Allgemeinbildung nennt, Naturgeschichte, Erziehungsfragen usw. alle diese Fragen spielen für die revolutionäre politische Jugend heute keine Rolle. Heute kommt es darauf an, unsere Jugendgenossen zu befähigen, den revolutionären Kampf selbst zu führen, dass sie befähigt werden zu Propagandisten für den Kommunismus, dass wir die Fragen der Theorie des Kommunismus behandeln, der Räte, der Diktatur, die Aufgabe nach Übernahme der Macht - alle diese Fragen, die noch vor uns stehen. Und dann legen wir besonderen Wert auf die Behandlung der politischen Tagesfragen, was zur Aufklärung unserer Jugend in erster Linie dient. Das wird die Arbeit sein, die wir überall leisten können. Unsere alten Genossen sind orientiert aus der Parteipresse, aus der allgemeinen Presse. Sie wissen, was vorgeht im politischen Leben, sie sind die Propagandisten für unsere Ideen. Ihnen wird es leicht sein, die Referenten zu spielen bei der Jugend, wenn sie selbst aus ihren Reihen keine Referenten stellen kann.

Dann liegt es sehr nahe, weil die Jugend Jugend ist, dass wir der körperlichen Erziehung zu viel Aufmerksamkeit schenken. In dieser revolutionären Situation muss für den Vortrupp der Jugend die körperliche Erziehung zurücktreten. Die Jungrevolutionäre müssen sich einstellen wie die Alten auf die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes. Damit ist nicht gesagt, dass die Jugend nicht einmal wandern soll, dass sie nicht einmal einen lustigen Abend hat. Aber die Jugend wird ihre Abende so ausgestalten, wie es Revolutionären geziemt. Und deshalb sagen wir, die körperliche Erziehung muss heute zurücktreten in Anbetracht der revolutionären

Aufgaben, die die kommunistische Arbeiterjugend hat.

Nun komme ich zur Frage der Jugendinternationale. Das habe ich vorhin erledigt. Wir erklären uns für die kommunistische Jugendinternationale. Wir nehmen, damit keine Unklarheit aufkommt, eine ähnliche Stellung ein, eben wie die Partei.

Das ist in großen Zügen der Inhalt unserer Jugendbewegung. Welche Aufgaben erwachsen nun der Partei? Welche praktischen Aufgaben? Ich sagte schon, sie muss die Jugendarbeit jetzt zu ihrer Aufgabe machen. Dazu fordere ich von Euch die Mitarbeit. Wie soll die geschehen? In jeder Ortsgruppe, die besteht, in jedem Bezirk sollen unsere Genossen jetzt ja hier diese Arbeit selbst anregen und die organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen. Sagt nicht, Ihr habt genug zu tun. Diese Arbeit ist eben ein Teil der Arbeit der Partei. *(Sehr richtig!)* Sie darf nicht vernachlässigt werden. Und ich kann Euch verraten, wenn Ihr mehr Kraft im Augenblick für die Jugendarbeit widmet, Ihr spart Kraft, wenn Ihr sie aufgebaut habt. *(Sehr richtig!)*

Warum muss nun die Partei sich jetzt überhaupt dieser Aufgabe widmen? Da muss ich sagen, eine Jugendbewegung in unserem Sinne muss auf breiter Grundlage erst geschaffen werden. Wir haben all überall im Reiche - das steht fest - Vorposten. Die genügen nicht. In Ost und West, in Nord und Süd, überall sind Jugendgenossen. Wir haben Gruppen, wir haben in Danzig, wir haben in Bayern Genossen. Aber mit Unterschied. Wir haben sogar große Gruppen, die damals von der kommunistischen Jugend zu uns übergegangen sind, wo wir erst im Klärungsprozess dafür sorgen mussten, dass die anderen abgestoßen werden. Das genügt nicht. Wir brauchen eine Jugendbewegung auf breiter Grundlage im Interesse unserer Ideen, unserer Grundsätze, die wir vertreten. *(Sehr richtig!)* Und ich muss sagen, da hat die Partei schon gesündigt und Ihr alle, weil Ihr Euch nicht darum gekümmert habt. Ein nahes Beispiel, das von Gotha! Genossen, wir waren jetzt in zwei Versammlungen der kommunistischen Jugend, und sie haben Stellung genommen zum offenen Brief der V.K.P.D.; und wisst Ihr, wie die Entscheidung gestern gefallen ist. Die Hälfte war dafür, und die Hälfte hat ihn abgelehnt. Seht Ihr, Genossen, das ist ein Beweis, dass unsere Genossen noch darin stecken. Das ist keine richtige Arbeit. Gibt es eine kommunistische Arbeiterjugend mit einem eigenen Programm, mit einer Zeitung, mit Flugblättern, so ist es Pflicht, dass unsere Jugend sich selbständig organisiert; sonst geht sie unter im Sumpf und trägt nur dazu bei, die anderen da zu halten. Und die Gothaer Jugendgenossen, die Gothaer Parteigenossen haben dafür zu sorgen, ohne Rücksicht darauf, dass sie dadurch weniger werden, die Arbeit zu leisten. Die anderen, die Unklaren, die Halben kommen den Weg auch noch, aber dann, wenn die anderen geschlossen vorgehen. Und so überall, wo Jugendgruppen bestehen, die noch in der kommunistischen Jugend sind - heraus damit, selbständig zusammengefasst! Sie dürfen nicht dabei umkommen. Hier an einem Ort wie Gotha erklärt der Jugendgenosse: unsere Gruppe hat überhaupt Eure Auffassung, wir sind nur noch zusammengeschlossen, weil wir uns nicht gern trennen wollen. Also die reine Bequemlichkeit! Das ist unjugendlich. Und wenn die Jugendgenossen noch nicht so weit sind, seid Ihr dazu da, ihnen das zu sagen.

Dann: wie soll die Arbeit gemacht werden? Das ist der praktische Teil. In jeder Ortsgruppe, in jeder Bezirksleitung sogar muss ein Genosse bestimmt werden vorerst, der sich der Jugendarbeit widmet. Ein Genosse, der in der Jugend tätig ist, kann nicht in der Partei tätig sein. Versteht es richtig! Nicht etwa, dass er nicht mehr Parteigenosse ist, aber seine ganze geistige Arbeit muss eingestellt sein auf die Jugendbewegung. Die Jugend ist eine politische Organisation für die Partei. Sie braucht eine sollte Führung. Sie braucht überall Kräfte, die ganz in der Jugendarbeit

aufheben. Das hat mit dem Alter nichts zu tun. Ich muss sagen, der Älteste von Euch ist manchmal besser für die Jugendarbeit als der jüngste Parteigenosse. Also das ist eine Personenfrage. Wir wünschen, dass es Genossen sind, die nicht, wie manchmal in der Partei, immer vorn stehen wollen. Es muss einer sein, der mit Takt vorgeht, der immer sich daran gewöhnt, hinten zu stehen, als letzter zu stehen, der dafür sorgt, dass er überflüssig wird, damit die Jugend selbst die Dinge in die Hand nimmt. (*Sehr gut!*) Er hat die Aufgabe, Pionierarbeit zu leisten, denn es ist doch klar, die Jugend kann aus sich heraus, wenn sie unsere Auffassungen noch nicht hat, noch nicht selbständig handeln und denken, sie muss erst dazu erzogen werden. Man muss ihr die Möglichkeit dazu geben. Aber sobald die ersten Anzeichen dafür vorhanden sind, muss man dafür sorgen, dass sie die Arbeit selbst macht auf die Gefahr hin, dass sie sie schlechter macht. Das ist das Wichtige, sie soll aus eigenen Fehlern lernen. Also die Genossen müssen ausgewählt werden, und sie müssen freigestellt werden für die Jugendarbeit und sich ihr ganz widmen. Ihr werdet sehen, weshalb. Diese Jugendgenossen in jeder Gruppe, in den Bezirken, wo keine Jugendbewegung besteht - ich sage extra: wo keine besteht; wo eine besteht müsst Ihr nur dafür sorgen, dass sie Verbindung mit uns hat, und da, wo Fälle bestehen, wie in Gotha und anderen Orten, wo sie noch in der kommunistischen Jugend ist, dass sie Trennung da und Verbindung mit uns aufnimmt - da seid Ihr höchstens Berater, aber Ihr seid nicht von der Arbeit entbunden. Verlasst Euch nicht darauf, dass die Jugend nun allein arbeitet, sondern Ihr müsst mit Rat und Tat beiseite stehen, damit Ihr selbst mitwirkt, dass eine Einheit stattfindet zwischen Partei und Jugend. Die alte sozialdemokratische Partei hat durch ihre Bevormundung der Jugend mehr geschadet als genützt. Ich sage das, damit Ihr diese Fehler seht und sie nicht nachmacht. Es ist notwendig, dass die Genossen der Jugend die Arbeit überlassen und beizeiten verstehen, zurückzutreten, aber sich nicht ganz abwenden, sondern die Jugendbewegung zu verfolgen. Deshalb ergibt sich für Euch, die Verbindung aufzunehmen von jeder Gruppe, erstens einmal von Euch, wo keine Jugend besteht, die Verbindung aufzunehmen mit dem Reichsausschuss der Kommunistischen Arbeiterjugend, und zwar aus dem Grunde, damit Ihr erst einmal als einziges die Zeitung der Kommunistischen Arbeiterjugend lest. Dann ist ein Abonnement da. Also wir haben eine Kontrolle, ob Ihr arbeitet oder nicht. Das mindeste ist, dass Ihr die Verbindung habt, dass Ihr die *«Rote Jugend»* bezieht. Es wird sich bald zeigen, ob Ihr mehr abonniert. Das sind Pflichten, die Ihr zu übernehmen habt.

Dann werdet Ihr weiter Informationsmaterial erhalten, was ganz naturgemäß ist und was Euch die Arbeit erleichtert. Weiter werdet Ihr die Jugendpresse lesen müssen, um den Unterschied zu sehen, um bereit zu sein in der Polemik, um überhaupt Euch besser zu orientieren. Es gibt eine internationale Jugendpresse, die *«Jugendinternationale»*. Die müsst Ihr lesen. Das ist ein Organ, das Euch zeigt, welche Streitfragen in der Jugendinternationale bestehen. So wie Ihr in der Partei das Interesse für internationale Fragen haben müsst, so der Genosse, der für die internationalen Jugendfragen bestimmt wird. Der Genosse wird die Agitation unter der Jugend einleiten, die Verbindung mit den Genossen suchen müssen, die in den Betrieben stecken; die wiederum werden versuchen, die einzelnen Jugendgenossen der *«Roten Jugend»* zu übernehmen durch Propaganda in den Parteiversammlungen, in den Jugendversammlungen, die stattfinden, bei der kommunistischen Jugend, bei der gegnerischen Jugend, überall, denn wir haben auch eine rechtssozialistische Arbeiterjugend. Dann ist die besondere Agitation einzuleiten für die Unionsversammlungen der Jugend, denn ihr müsst wieder von allen Seiten an den Feind herangehen, nicht nur der Union und der Partei die Arbeit für die Union überlassen, ihr müsst wieder für die Union die Propaganda machen.

Dann ist notwendig, dass unsere Genossen durch ihre Teilnahme an den

Bezirkskonferenzen, die in der Jugendarbeit stecken, eben dafür zu sorgen, diese Verbindung bezirksweise geschaffen wird.

Also, Genossen, das Endresultat muss sein: wo eine K.A.P.D.-Gruppe ist, muss mindestens eine Jugendgruppe geschaffen werden und muss mindestens ein Genosse die Jugendarbeiten in die Wege leiten. Dann wird sich ganz von selbst ergeben, wenn Ihr Jugendgenossen habt, wenn es auch wenige sind, dass sie ihre Vertretung in die Bezirksleitung, in die Ortsgruppen der Partei zur gegenseitigen Information wählen. Es wird daraus auch finanzielle Unterstützung erwachsen. Ich sage hier wie vorhin: die Kraft, die Ihr heute in die Jugendarbeit hineinsteckt, kommt Euch zehnmal zugute, so auch bei der finanziellen Unterstützung. Die Mittel, die Ihr hineinwerft, bringen der Partei, der Revolution den Nutzen. Deshalb heran auch in dieser Beziehung! Seid nicht engherzig! Selbstverständlich müsst Ihr mit darauf sehen, dass Verantwortliche in der Jugend die Kontrolle haben usw., was ganz selbstverständliche Dinge sind.

Es ergibt sich auch aus dieser Arbeit dann, wenn Jugendgruppen bestehen, die organisatorische Zusammenarbeit, die Einordnung bei Veranstaltungen, dass sie nicht am gleichen Tage stattfinden, dass alles miteinander geht, bei der Klebearbeit, bei der praktischen Arbeit wird die Jugend mit herangezogen, sie wird die Arbeit übernehmen, ohne die Alten davon zu entbinden; das ist revolutionäre Pflicht der Jugend, das hat sie erklärt. Nehmt die Kräfte der Jugend in Anspruch, aber geht der Jugend mit gutem Beispiel voran.

*Flugblätter der Partei müssen sich immer an die Jugend wenden.*

Eine Frage, die schon Streit gegeben hat, ist das Stimmrecht der Jugend in der Partei. Wir sagen grundsätzlich: es ist ein Fortschritt, wenn der Jugendvertreter in der Partei das Stimmrecht hat. Damit wird ausgedrückt, dass die Jugend die politische Verantwortung für die Beschlüsse übernimmt, die vollzogen werden unter Mitwirkung des Jugendvertreters. Dieser Jugendvertreter übernimmt damit die Pflicht, in der Jugend dafür einzutreten, denn die Jugend hat vorher Stellung zu nehmen. Der Jugendvertreter hat in ihrem Auftrage mit gebundenem Mandat in der Partei die Meinung der Jugend zu vertreten. Es erfordert die revolutionäre Disziplin, dass die Jugend sich in die einheitliche Auffassung einordnet. Grundsätzlich praktisch, sage ich Euch, wäre es ein Fehler, das von oben her festzusetzen. Die Jugend selbst wird manchmal gar keinen Wert darauf legen. Die Parteigenossen werden sagen: seht, sie bestimmen über die Parteimittel usw. Aus praktischen Gründen legen wir gar keinen Wert auf das Stimmrecht. Also macht es praktisch so: die Jugendvertreter nehmen an den verantwortlichen Körperschaften der Partei teil und bringen die Meinung der Jugend zum Vortrag, weil sie den Auftrag dazu haben, und wirken damit auf den Beschluss der Partei ein. Und die Jugendgenossen werden gar keinen Wert darauf legen, damit nicht die Parteigenossen erklären, sie hatten gar kein moralisches Recht dazu, weil sie auch gar nicht organisatorisch der Partei angeschlossen sind. Wir betrachten also die Frage des Stimmrechts als eine untergeordnete. Aber wenn die Jugend darauf drängt - Genossen, das bitte ich zu beachten -, das Stimmrecht zu haben, dann verweigert es ihr nicht, sondern gebt es ihr aus dem Grunde, den ich vorhin angeführt habe.

Genossen, nun noch zu einigen Fragen, die hiermit in Beziehung stehen. Es ist gestern an anderer Stelle die Frage der Kindergruppen aufgeworfen worden. Das sagen wir, die Spandauer Genossen sind falsch orientiert worden. Sie, die die Kindergruppenarbeit dort haben und beherrschen, sind gar nicht gehindert, sie zu machen, wenn sie ihre anderen revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sehen die Frage

als eine praktische an. Die Jugendgenossen, die dort in der Kindergruppenarbeit gesteckt haben, haben die Jugendarbeit nicht geleistet, und da sagen wir: ehe wir Kindergruppenarbeit machen, haben wir erst die Jugendarbeit zu machen, die Arbeit, die im revolutionären Interesse die wichtigste für uns ist. Deshalb spielt die Frage der Kindergruppen für uns heute im Augenblick nicht die Rolle. Es wird praktisch ja gar nicht in den einzelnen Ortsgruppen zu Konflikten kommen. Deshalb sage ich Euch, wir lehnen die Kindergruppenarbeit heute ab von uns, weil wir alle Kräfte anspannen müssen für die Partei und für die Jugendarbeit. Selbstverständlich ist die Kinderarbeit ein Mittel, an die jüngere Jugend heranzukommen und sie in unserem Sinne zu beeinflussen. Aber das ist erst möglich für eine kleine Partei wie die unserige, die der Vortrupp der Revolution ist, wenn sie größer geworden ist. Diese praktische Aufgabe wird an uns erst später herantreten; und ich glaube, sie wird an uns erst herantreten nach Übernahme der Macht. Heute wird die Arbeit von anderen geleistet. Es ist uns gar nicht möglich, die Kräfte dafür frei zu bekommen, weil dann andere wichtige Arbeit liegen bleibt. Deshalb sage ich, lasst Euch nicht darauf einstellen, alles Mögliche zu machen, sondern das zu machen, was die soziale Revolution in erster Linie von uns fordert.

Dann muss ich etwas sagen zu einer Notiz, die in der neuesten *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung* steht unter «Vereinigung proletarischer Kinderfreunde». Das ist eine Arbeit für die Allerjüngsten, für Kinderhorte usw. Da erklärt der Aufruf, es ist die Möglichkeit gegeben, einen neutralen Boden zu schaffen, um diese Arbeit zu leisten. Wir erklären, es gibt keinen neutralen Boden. (*Lebhafte Zustimmung*) Das ist ein Satz der Rechtssozialisten, der schon zu allererst, zu Anfang der Partei-Auseinandersetzungen der gräte Feind allen Wollens der Arbeiter war. Deshalb ist das schon ein Beweis dafür, in welchen Händen die Sache steckt. Wir hätten so etwas gar nicht ausgesprochen. Dr. Nussbaum ist ein rechtssozialistischer Stadtrat in Charlottenburg, und Dr. Löwenstein ist Euch je bekannt. Es gibt keinen neutralen Boden. Und ich sage, die Arbeit selbst können einzelne Personen irgendwo leisten; das machen unsere Genossen schon, wenn sie Kin-der unterbringen sollen. Das ist eine praktische Frage, die spielt für unsere grundsätzliche Stellungnahme keine Rolle. Wir kennen keinen neutralen Boden und müssen es ablehnen, mit Rechtssozialisten und V.K.P.D.-Leuten zusammensitzen, weil selbst diese Jugendarbeit, die sich nicht auf die Jüngsten allein erstreckt, dazu benutzt wird, um engere Parteipolitik zu treiben. (*Sehr richtig!*)

Nun zum Schluss! Ihr habt gesehen, meine Ausführungen haben nur dazu gedient, das Allernotwendigste zu sagen, um Euch zu informieren über die letzten geschichtlichen Ereignisse in der Jugendbewegung, damit Ihr Rede und Antwort stehen könnt den Jugendlichen, die zu Euch kommen. Neuere Auskunft musst Ihr Euch holen von den Genossen, die die Jugendarbeit machen, aus unserer roten Presse, aus der «*Roten Jugend*», aus der Presse von der kommunistischen Jugend, ev. sogar von der rechtssozialistischen Jugend, um alle Strömungen in der proletarischen Jugendbewegung kennen zu lernen. Dann habe ich Euch bekannt gemacht mit dem Inhalt der Jugendbewegung; und da hat sich gezeigt, dass dieser Inhalt der ist, den die Partei hat, allerdings für bestimmte Jugendfragen besonders zugeschnitten. Und die praktische Aufgabe ist in einem Wort zusammengefasst: dass Ihr selbst endlich die Arbeit macht. Die Jugendarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei. Deshalb, Genossen, keine lange Diskussion! Ich glaube, Ihr könnt bessere, praktischere Vorschläge nicht machen. Uns liegt nicht daran, dass hier viel geredet wird in der Diskussion, möglichst gar nichts, sondern daran, dass draußen gearbeitet wird. (*Bravo!*)

Eine Diskussion findet nicht statt, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Folgender

Antrag des Wirtschaftsbezirks Spandau-Osthavelland wird angenommen:

Der Parteitag möge beschließen: dass in all den Gruppen, wo keine Jugendgruppen bestehen, solche zu gründen sind.

### Agrarfrage

Referent Genosse ROSAM<sup>52</sup>:

Genossen, zur Agrarfrage liegen zwei Anträge vor, einmal der Antrag vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin:

„Der Parteitag möge beschließen: dass die Agrarfrage ausführlich im Programm dargelegt werden soll. Als Material dazu werden folgende Richtlinien überwiesen: Enteignung des Großgrundbesitzes, Bewirtschaftung nach dem Räte-system, Beseitigung der Junker und Pfaffen, Verbot jeglicher Lohnarbeit bei Kleinbauern, Zusammenschluss der Kleinbauern in Produktiv-Genossenschaften.“

Dann der Antrag der Bezirkskonferenz Niedersachsen:

„Vom Parteitag wird erwartet: dass die Agrarfrage eingehend beraten wird. Die Bezirkskonferenz fordert, dass entweder im Parteiprogramm oder in einem besonderen Agrarprogramm dazu Stellung genommen wird, um an die Landarbeiterschaft und das Kleinbauerntum mit etwas Positivem herantreten zu können. Die Landarbeiter müssen für den Kommunismus gewonnen und die Kleinbauern in den Kämpfen neutralisiert werden.“

Genossen, auch ohne diese Anträge wie die Agrarfrage auf diesem Parteitage behandelt worden. Ob nun eingehend die Agrarfrage beraten werden kann - das wird heute nicht mehr gehen, da die Zeit zu knapp geworden ist und viele Delegierte abreisen müssen. Ich will versuchen, in meinem Referat ein paar Bausteine zu geben zum Aufbau von Richtlinien für die Agrarfrage. Ich werde nachher gleich begründen, warum ich für ein Agrarprogramm nicht bin. Aus dem ungeheuren Material kann ich nur einiges herausgreifen. Ich habe vorher mit dem Genossen TISSEN<sup>53</sup> und NAUTKUSS verabredet, dass sie Ergänzungen zu meinem Referat bringen werden in Fragen, die ihnen näher liegen als mir. Ich werde mich überwiegend auf theoretische Ausführungen zur Agrarfrage beschränken.

Dass die Agrarfrage in unserem Parteiprogramm nicht besonders behandelt ist, erscheint mir selbstverständlich (*Sehr gut!*), denn die Agrarfrage ist das Problem der Übernahme der Produktion durch das revolutionäre Proletariat, und dafür sind in

---

<sup>52</sup> Max Rosam.

<sup>53</sup> Tissen, oder Thyssen, oder Tüssen, Pseudonyme von Johannes Graudenz (12. November 1884 - 22. Dezember 1942). Aus einer kinderreichen Familie in Danzig stammend, geht Johannes Graudenz im Alter von siebzehn Jahren nach England und arbeitet als Kellner, Fremdenführer und Hotelleiter in verschiedenen Ländern. 1916 beginnt er seine journalistische Tätigkeit im Berliner Büro der amerikanischen Presseagentur United Press. 1920 leitet er das Informationsbüro der Gegner des Kapp-Putsches. Er gehört 1920-1921 als ein der Hauptvertreter der KAPD an. Zwischen 1923 und 1924 ist er ständiger UP-Korrespondent in Moskau und führt bis 1928 eine eigene Fotoagentur. Anschließend ist er als Korrespondent für die New York Times tätig. Ab 1932 arbeitet er als Handelsvertreter. Graudenz, der Verbindungen zu kommunistischen Widerstandskreisen hat, lernt 1940 Harro Schulze-Boysen kennen. Im Februar 1942 ist er an der Ausarbeitung und Herstellung der Flugschrift "Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk" beteiligt und gehört zu den Initiatoren der Zettelklebeaktion gegen die antisowjetische Propaganda-ausstellung "Das Sowjetparadies" Mitte Mai 1942. Er hat zudem Kontakte zu Hitlergegnern in Heidelberg. Graudenz, seine Frau und die beiden Töchter werden am 12. September 1942 verhaftet. Am 19. Dezember 1942 verurteilt ihn das Reichskriegsgericht zum Tode. Auf Befehl Hitlers wird Johannes Graudenz in Berlin-Plötzensee ermordet.

unserem Programm Punkte gegeben. Es bleibt demnach zu untersuchen, ob die Agrarproduktion derartig unterschiedlich ist von der großgewerblichen und industriellen Produktion, dass für sie besondere Richtlinien aufgestellt werden müssen, ob die Träger dieser Produktion, die Kleinbauern und Landarbeiter, die Großbauern und Großgrundbesitzer derartig verschieden sind infolge ihrer gesamten Produktionseinstellung von den städtischen Produzenten, dass für sie eine besondere Methode sowohl der Agitation für die Gewinnung zum Kommunismus, als auch der Behandlung unter der Diktatur des Proletariats erforderlich sein wird. Diese Untersuchung erfordert zuerst einmal ein Eingehen auf die Grundlagen der Agrarproduktion und eine Untersuchung der Frage, inwiefern sich die Agrarproduktion von der industriellen Produktion wesentlich unterscheidet.

Die Träger der Revolution sind in Deutschland fast ausschließlich Proletarier der städtischen Industrie. Das sollte allein schon zu denken geben, denn bekanntlich ist das Elend unter den Kleinbauern und den Landarbeitern nicht geringer als unter den städtischen Proletariern, so dass sie aus ihrer Lebenshaltung heraus ebenso revolutionär sein müssten wie das städtische Proletariat. Das ist erfahrungsgemäß nicht der Fall. Die ländlichen Proletarier, zu denen zu rechnen ist der Kleinbauer in gewissen Verhältnissen, der kleine Pächter und gewisse Schichten der Bevölkerung, die in den Landschaften wohnen, in denen eine Art gemischte agrar-industrielle Betriebsform vorherrscht, also z. B. in Teilen von Westfalen, wo der männliche Teil der Bevölkerung in industriellen Werken arbeitet, während die Frau und die Familie eine kleine landwirtschaftliche Produktion unterhält. Diese Proletarier sind erstaunlicherweise durchaus nicht revolutionär. Sie sind zwar in den Arbeiterverbänden, in Gewerkschaften aller Art organisiert, bilden dort aber überwiegend den konservativsten Teil. (*Sehr richtig!*) Es muss also etwas daran sein, dass das Besitzgefühl für Grund und Boden irgendeine Vorstellung gibt, dass er nicht Proletarier im eigentlichen Sinne ist. Das trifft auch zu. Kein, vielleicht nicht einmal ein Großgrundbesitzer ist derartig versessen auf sein Stückchen Land wie gerade der Kleinbauer und der Arbeiter, der ein Stückchen Boden zur Bewirtschaftung gepachtet und aus irgendwelchen Gründen besitzt. (*Sehr richtig!*) Diese Schicht des Proletariats ist der schlimmste Gegner der Revolution (*Sehr richtig!*), weil er um sein letztes bisschen Besitz Angst hat.

Da ist es nun erstaunlich, dass die Agrarprogramme der verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Richtungen nicht tief genug blicken und gerade diesem Besitzwillen, diesem offenen konterrevolutionären Willen dieser Kleinbesitzer Rechnung trägt, indem sie für den Fall der Diktatur des städtischen Proletariats das Privateigentum dieser Kleinbauern, wie es im Spartakusprogramm erblich heißt, unangetastet lassen. Also man enteignet das Großbürgertum, die städtischen und ländlichen Besitzer von GroßProduktionsmitteln, aber man lässt dem Kleinbauer das Gefühl, Bourgeois sein zu sollen, denn er behält als einziger im Falle der Diktatur an Produktionsmitteln. Das möchte ich vorwegschicken, um einige Ausführungen, die ich jetzt machen muss, verständlich zu machen. Ich will mich nicht auf eine lange Kritik des Agrarprogramms des Spartakusbundes oder gar auf die Richtlinien zur Agrarfrage der Dritten Internationale lange einlassen, die im Übrigen den westeuropäischen Verhältnissen so wenig Rechnung tragen wie irgendwelche von den Leitsätzen überhaupt, die aus den russischen Verhältnissen entstanden sind. Dass die Frage der westeuropäischen Revolution ganz erheblich von den unterschiedlichen Verhältnissen gerade des Bauerntums und der Landarbeiterschicht abhängt, das hat Genosse Gorter in seiner Broschüre ja überall dargelegt. Und so wie Lenins Schriften von der Kinderkrankheit ein Ausfluss dieser absoluten Außerachtlassung westeuropäischer Verhältnisse ist, genau so sind die Richtlinien zur Agrarfrage der Dritten Internationale durchaus ohne Rücksicht auf die westeuropäischen Verhältnisse

aufgestellt. Z.B. spricht man darin von einer Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die ländlichen Proletarier, d.h. man gibt den ländlichen Proletariern, den Landarbeitern, die bisher vielleicht noch Proletarier waren, einen Stoß und stößt sie in die Bourgeoisie hinein, indem man ihnen Land und Boden gibt. *(Sehr richtig!)* Man spricht z.B. im Hinblick auf den Status, dass bereits das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft ist, von den eigenen Vorteilen des Landbesitzers. Man will unter Rücksicht auf seinen eigenen Vorteil ihn veranlassen, den Betrieb rationeller zu führen und dergl. *(Zuruf: Gegen den Kommunismus!)* - Es sind offenbar Richtlinien gegen den Kommunismus. Dann kommt ein Passus vor, den das Spartakusprogramm übrigens wörtlich übernommen hat: «In den Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt - das gibt es natürlich gar nicht - dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer besteht, die danach trachtet, Land zu erhalten, kann die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer als das sicherste Mittel sich erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen.» Das heißt, man macht den Kleinbesitzer zum Mittelbesitzer und hofft dann, dass dieser revolutionär ist. Also psychologisch und taktisch ganz unmögliche Folgerungen aus den russischen Verhältnissen auf die westeuropäischen! Und das Spartakusprogramm, das sich infolge der Verschreibung an die Dritte Internationale vollständig auf dem Boden dieser Richtlinien bewegt, erzählt uns lang und breit von der Enteignung des Großgrundbesitzes. *(Zuruf: Spartakusbund hat bereits schon vorher existiert!)* - Es ist aber auf dem Vereinigungstag fast wörtlich übernommen worden. Ich habe leider einen Abdruck der neuen Ausgabe nicht zur Hand. Aber Genosse Thalheimer führte in seinem Referate aus, dass es fast keine Änderungen erlitten hat. *(Zuruf: Gegen früher!)* Dem Genossen Thalheimer sind z.B. die Einwände, die ich gemacht habe, bewusst gewesen. Er geht auf sie ein. Aber er hat immer einen Ausweg, zu sagen, warum das nicht so nötig ist. Er sagte zwar, in Deutschland steht es so, dass wenn das Industrieproletariat geschlossen auftritt, es die überwiegende Macht im Lande darstellt. Trotzdem haben wir alle Ursache, die Reserven dem Feinde aus der Hand zu nehmen, die er in Gestalt irregeleiteter kleinbäuerlicher Massen besitzt. Er meint damit, dass man das Kleinbauerntum durch Geschenke an Privateigentum für die Revolution gewinnen soll, d.h. also seinen Besitzwillen noch festigen, es noch in viel größere Angst vor der Revolution zu setzen, weil es nämlich dann noch mehr zu verlieren hat. Dass in Russland diese Taktik der Erhaltung des Kleinbauerntums und der Förderung des Mittelbauerntums richtig gewesen ist, das hat der Erfolg gelehrt. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass der russische Kleinbauer tatsächlich revolutionär war und ist, nämlich weil die Bauernbefreiung in Russland ja erst im Grunde genommen mit der Auflösung des Gemeindefreibeitens mir eingesetzt hat im Jahre 1905 mit der Agrarreform und dass im Grunde genommen der Bauer erst durch die proletarische Revolution befreit worden ist aus der Leibeigenschaft. Auf dem Papier stand die Befreiung schon lange. Im Jahre 1864 war ein Dekret erlassen worden, dass die Großgrundbesitzer die Bauern nicht prügeln dürfen. Das hatte aber natürlich nicht aufgehört. Und so ist der russische Kleinbauer wirklich erst durch die proletarische Revolution befreit worden. Er ist im gewissen Sinne immerhin revolutionär gewesen. Allerdings möchte ich seine geistige Einstellung, seine Ideologie dahin formulieren, dass es für ihn nicht ein Vorwärts zum Kommunismus gegeben hat, sondern gewissermaßen ein Rückwärts zum Kommunismus, denn im russischen Bauern ist eine lange kommunistische Tradition noch lebendig, die das deutsche Bauerntum vollständig verloren hat.

Genosse Lenin hat in einer seiner glänzenden Reden über das «Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum» Ausführungen gemacht, die zwar für Russland in jeder Weise natürlich zutreffen, denn die russische Revolution hat das bestätigt, aber wir können uns die Haltung der Bolschewiki in Fragen der Agrarpolitik, der systematischen, langsamen Enteignung des Grundbesitzes nicht zu eigen machen

für Westeuropa. Er führt allerdings ein wesentliches Argument in folgenden Worten an: «Es ist klar, dass wir in dieser Frage, in der Frage der Anwendung von Gewalt gegen die noch revolutionären Mittelbauern sagen müssen, dass wir die Kommune fordern, aber diese muss derartig beschaffen sein, dass sie das Vertrauen des Bauern gewinnt. Ehe wir dies nicht fertig bringen, dürfen wir nicht als Lehrer der Bauern auftreten, sondern müssen selbst noch vieles bei ihm lernen. Es gibt tatsächlich nichts Lächerliches, als wenn Menschen, die von Landwirtschaft mit ihren Eigentümlichkeiten nicht die leiseste Ahnung haben, sich auf das Land stürzen, weil sie etwas vom Nutzen der Kollektivwirtschaft gehört haben oder weil sie dem Städteleben müde sind und im Dorfe arbeiten wollen - wenn solche Leute die Bauern über alle jeglichen Dinge belehren zu können meinen!» Also er spricht davon, dass es falsch ist, rein städtische, industriell, technisch eingestellte Agitatoren auf das Land zu schicken, Redner auf das Land zu schicken, die nur vom technischen, industriellen Produktionsprozess etwas wissen und nun die Bauern für die Kollektivwirtschaft gewinnen wollen. Damit hat er meiner Auffassung nach recht, denn der ländliche Produktionsprozess ist grundlegend verschieden vom technisch-industriellen. Daraus ergibt sich auch ein Rückschluss auf die Psychologie dass: Bauern, die unbedingt berücksichtigt werden muss, wenn wir bedenken, dass die Ernährung des städtischen Proletariats auch während der ersten Phase der Revolution abhängig ist von der Haltung der Bauern inbezug auf ihren Willen, überhaupt zu produzieren.

Des grundlegend andere im ländlichen Produktionsprozess ist, dass die Agrarproduktion auf einem Wachstumsprozess beruht, d.h. es gibt eine ganze Menge von in diesem Produktionsprozess wirksamen Kräften, die wir nicht im Sinne der Technik rationell beeinflussen können. Wir können das Wetter nicht beeinflussen, wir können gewisse Bodenverhältnisse nicht beeinflussen, auch mit Kunstdünger und dergl. nicht. Wir können also den ländlichen Produktionsprozess nicht technisch rationell so durchgestalten wie z.B. wir irgendeinen industriellen Prozess rationalisieren können. Damit ergibt sich auch ein gewisses Anderssein des Bauern inbezug auf den rationellen kollektiven Wirtschaftsprozess. Während für den städtischen Proletarier es selbstverständlich geworden ist, dass der Großbetrieb die rationellste Produktionsform ist, diejenige Form in dem Gütererzeugungsprozess ist, die mit dem Aufwand des kleinsten Mittels den größten Nutzen erzielt, ist das für den Bauern nicht so selbstverständlich. Daher auch die Neigung vieler Bauern, sich den Anforderungen der Kriegswirtschaft z.B. entgegenzusetzen. Ich erinnere daran, was allgemein nicht bekannt ist, dass während des Krieges die Kriegswirtschaftszentrale, will einmal sagen, also die Feldzeugmeisterei, dass Bauernwirtschaften sich zusammenlegen zu einer rationelleren Betriebsform, um die Ergiebigkeit des Bodens zu steigern. Dem haben die Bauern einen großen Widerstand entgegengesetzt. Genau dasselbe wird sich selbstverständlich in der Revolution ereignen.

Wenn wir nun betrachten, dass der Bauer derartig unrevolutionär ist aus seiner ganzen Einstellung heraus, so bleibt die Frage, wie er unter der Diktatur des Proletariats zu behandeln ist. Er wird selbstverständlich die Produktion sabotieren zuerst einmal. Er produziert je heute schon nicht erheblich mehr, als er selbst verbrauchen kann. Die letzten Zahlen der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft erweisen zur Genüge, dass wir zur sogenannten extensiven Wirtschaft zurückkehren. Es ist falsch, wenn aus Agitationsgründen irgendwelcher Art behauptet wird, dass das allein an dem landwirtschaftlichen Großbetrieb liegt. Ich habe im letzten Sommer vielfach die Beobachtung gemacht, dass die Bauern nur das anbauen, was sie für sich brauchen, d.h., sie sind nämlich im Grunde saturiert, sie haben nämlich soviel an allem, was sie für eigenen Gebrauch benötigen, zum Einkauf der nötigen Saatgüter, zur

Ergänzung des Maschinenapparates, zur Anschaffung von Kunstdünger und dergl.; und das fällt ihnen bei den hohen Preisen, die sie ja verhältnismäßig willkürlich selbst gestalten können, indem sie möglichst nicht abliefern, sondern an Hamsterer abgeben - das rasst ihnen das verhältnismäßig leicht. Sie kommen mit einer viel geringeren Ausbeute aus ihrem Boden aus als früher vor dem Kriege infolge der damals gedrückten landwirtschaftlichen Preise, als es notwendig war, viel zu produzieren, um überhaupt existieren zu können. Dazu kommt weiter, dass sie durch den großen Gewinn, den sie im Kriege gemacht haben, fast durchweg vollständig schuldenfrei geworden sind, sie haben kaum mehr Hypothekenlasten wie früher, sie haben meistens nur noch eine Erste Hypothek auf ihrem Grundstück, die ja an sich selbstverständlich ist. (*Zuruf: Schiebung!*), während sie früher zwei und drei Hypotheken darauf hatten. Sie haben diese Überlast an Zinsen längst abgewälzt. Zum großen Teil haben sie ganz schuldenfreie Grundstücke. Da haben sie im Grunde genommen gar keine Veranlassung, irgendwie etwas Besonderes überhaupt zu produzieren, d.h. für die Ernährung der Städte zu sorgen. Das ist uns ja reichlich fühlbar geworden. Es ist uns immer noch viel zu wenig bewusst, dass die Ernährung der Städte heute schon fast zur Hälfte von ausländischer Zufuhr abhängig ist. Wir produzieren zu wenig, d.h. der Bauer hat es nicht notwendig, zu produzieren. Und wenn er gar gezwungen werden soll, auf dem Boden, der ihm ja durch die Proklamation von Spartakus usw. grundsätzlich als Privateigentum verbleibt, non wieder rationell zu produzieren, d.h. Überschüsse herauszuproduzieren, dann wird er sich schwer hüten und wird das sabotieren und wird vielleicht noch weniger produzieren als heute. Selbstverständlich spielt bei diesem Prozess der Entwicklung zur extensiven Wirtschaft eine erhebliche Rolle die Großwirtschaft, das Gutstum und das Großbauerntum. Ich möchte fast nicht einmal heute mehr unterscheiden zwischen Großbauern und sogenannten Rittergutsbesitzer oder Gutsbesitzer (*Sehr richtig!*), denn das Großbauerntum hat sich eben auch durch die Preisgestaltung während des Krieges und der Revolution derartig entwickelt, dass zwar der Großbauer noch manches auf seinem Hofe anfasst, es macht ihm Span zu arbeiten. Er tut es tatsächlich nur noch aus Vergnügen, denn er weiß mit dieser Zeit nichts anderes anzufangen. Aber er ist produktiv technisch, produktionstechnisch, absatztechnisch genau so gestellt wie der sogenannte Großgrundbesitzer. (*Sehr richtig!*) Und sein Verhalten ist unbedingt von dem des Großgrundbesitzers nicht zu trennen. Er gehört dem Bund der Landwirte und allen derartigen schönen Institutionen an, dem Landbund und den damit verbundenen Selbstschutzorganisationen. Genauso wie das kleine Schlösschen des Gutsbesitzers bewaffnet ist, genauso ist es der große Hof des Großbauern. Und er hat noch eine ganz besondere Technik, den Landarbeiter viel mehr zu schinden, als es der Großgrundbesitzer tut, denn er arbeitet je mit, er kann mit seinem schonen Beispiel vorangehen: ich arbeite 12 und 14 Stunden und ihr wollt bloß 8 Stunden arbeiten! Dan übrigens der Achtstundentag auf dem Lande nicht eingehalten wird, ist Euch ja allen bekannt. Es wird, glaube ich, vier Monate acht Stunden gearbeitet, d.h. die Wintermonate, dann vier Monate 10 Stunden, und vier Monate 11 oder 12 Stunden.

Mit dem Großgrundbesitzer sind wir zu den Landarbeitern gekommen. Da ist auch die sonderbare Erscheinung, dass der Landarbeiter auch nicht in dem Malle revolutionär ist wie der städtische Proletarier. Das hängt zum Teil mit Vorgängen zusammen, die hier zu schildern, glaube ich, etwas zu kompliziert ist. Ich will versuchen, davon ein Bild zu entwerfen.

Es liegt nämlich etwa in einer Art Psychologie des Produktionsvorganges.

Der Güterumlauf für den städtischen Proletarier ist ein Bild von derartiger Komplikation, dass er unwillkürlich den Drang hat, diesen Gesamtprozess in irgendeiner Form zu bewältigen, geistig sowohl wie rein körperlich, materiell, d.h. ihn zu beherrschen. Er erkennt kaum mehr die Fäden von dem, worin er tätig ist. Stellt Euch einen Analphabeten vor, der Stahlfedern produzieren muss! Er weiß effektiv nicht, wozu er sie produziert, denn er hat keine Vorstellung vom Schreiben, ihm fehlt vollständig das Verhältnis zu dem Produkt, das er herstellt oder mit herstellt. Etwas ganz anderes ist bei dem Landarbeiter. Für ihn ist der Produktionsvorgang in Verbindung mit dem gesamten Wirtschaftsprozess ein verhältnismäßig geschlossener. Er produziert das, was er mit verbraucht zum großen Teil. Er wendet diejenigen Produktionsmittel an, deren Wirkung er auch selbst sieht. Er kennt das Wesen des Düngers, er sieht ihn entstehen im Stalle, er kennt das Saatgut usw., während für den städtischen Proletarier im industriellen Produktionsprozess diese Materialien, diese Hilfsprodukte des Produktionsprozesses irgendwo aus einem Dunkel erscheinen. Er geht heran und macht irgendeine Teilarbeit, und es fehlt ihm ein organisches lebendiges Verhältnis zu seiner Arbeit. Ich bitte, diesen Punkt nicht zu unterschätzen, er ist ungeheuer wichtig in der Psychologie des Landmenschen. Er lebt nämlich wirklich in seinen Produktionsprozess. Für ihn ist die Arbeit nicht wie für den städtischen Proletarier überwiegend eine Last, sondern sie ist ein lebendiger Vorgang in seinem Gesamtleben und daher sehr schwer von seiner Gesamthaltung zu trennen. Für den städtischen Proletarier, selbst für den gelernten Arbeiter ist es häufig gleichgültig, was er tut. Er steht da und produziert. Er hat kein Verhältnis zu seiner Arbeit, weil er nicht weiß, woher sie kommt und wohin sie geht und, im Grunde genommen, was mit ihr geschieht. Es sind verhältnismäßig sehr wenige, die durch besonderen Lerneifer, durch besondere Kenntnisse wissen, welchen Teil sie im Produktionsprozess einnehmen. Und dieses vollkommen «im Dunkeln tappen» ist ja mit ein Antrieb zur Revolution. Wir haben es in Russland ja so schon erlebt, dass dort ganz spontan, ganz plötzlich, wo man sonst es nie merkte, sofort Zusammenfassungen von Menschen entstanden sind, nur zu dem Zweck, um innerlich durch Wissen, durch Kenntnis den Produktionsprozess, in dem sie nun einmal eine wichtige Rolle spielen, aber eine Rolle, zu der sie kaum ein Verhältnis hatten, nun auch einmal wirklich kennen zu lernen und sich das Wissen von dem Wert ihrer Arbeit zu verschaffen. Wie gesagt, das ist ein Punkt, der beim Landarbeiter, bei dem ländlichen Produzenten überhaupt nicht so ins Gewicht fällt. Er hat tatsächlich ein lebendiges Verhältnis zu seiner Arbeit. Und damit ist, glaube ich, auch wieder auf der anderen Seite die Gefahr, dass der Kleinbauer, der Landarbeiter die Produktion sabotieren wird unter der Diktatur, nicht so groß, denn die Produktion, die Arbeit ist für ihn ein viel stärkerer Zwang, sein Wille zur Arbeit ist erheblich größer im Grunde genommen als beim städtischen Proletarier, für den die Arbeit kein lebendiger Vorgang mehr ist. Er muss sich dieses Verhältnis nämlich erst wieder zurückgewinnen, das er einmal hatte.

Damit haben wir, glaube ich, einen wesentlichen Punkt des Unterschieds zwischen dem Landarbeiter, dem Kleinbauern usw. und dem städtischen Proletarier berührt. Und das ist auch, glaube ich, der Punkt, in dem die Agitation bis jetzt noch große Fehler gemacht hat, nämlich dass sie dieses absolute Verwachsensein des ländlichen Produzenten mit seiner Arbeit vollständig übersehen hat.

Nun noch eins! Die Einsicht des Bauern in den Gesamtwirtschaftsprozess ist vor dem Kriege verhältnismäßig gering gewesen. Er kannte seine Herstellung, seine Genossenschaften, von der er Kunstdünger und dergl. bezog, und kannte allenfalls noch den Juden in der Kleinstadt, der ihm das Getreide, das er produzierte, und

das Fleisch abnahm; und damit war für ihn der Kreis der Wirtschaft abgeschlossen. Soweit, bis zur nächsten Kleinstadt wusste er, was eigentlich vor sich ging.

Durch die Maßnahmen der Kriegswirtschaft ist heute der Bauer durchaus im Bilde und hat durchaus eine Vorstellung von dem gesamten Produktionsprozess. Auch das ist nicht zu unterschätzen, denn es hat etwas zu bedeuten, wenn man für eine Gemeinschaft, für eine neue Gesellschaftsform propagiert, ob der Betreffende eine Vorstellung von dem Stirn der Gemeinwirtschaft hat oder nicht. Ich bitte, diesen Punkt auch zu beachten.

Endlich besteht auch, überwiegend hervorgerufen durch die Maßnahmen der Kriegswirtschaft, bereits eine Einrichtung in Deutschland, die imstande ist, den gesamten Bedarf an Produkten festzustellen. z.B. die Reichsgetreidestelle ist durchaus in der Lage, zu sagen, wieviel Getreide produziert werden muss, damit die Ernährung gesichert ist. Sie ist auch durchaus in der Lage, zu sagen, welche Futtermittel usw. angebaut werden müssen, damit der Fleisch- und Fettkonsum der Gesamtbevölkerung gewährleistet ist. Aber sie ist nur nicht in der Lage, ihre Einsichten in die Tat umzusetzen. Es fehlt ihr die Macht, die Produktion zu bestimmen. Und das ist nun der Punkt, der uns auf die eigentliche Aufgabe der proletarischen Diktatur hinweist. Ich will hierzu einmal doch das Spartakusprogramm vornehmen und feststellen, dass da überhaupt von der Tatsache der ländlichen Produktion, d.h. des Produktionszwanges nicht die Rede ist. Man lässt dem Kleinbauern sein Privateigentum, d.h. man lässt es unangetastet, d.h. man garantiert es ihm, erweitert es auch noch durch Aufteilung von eingeschachtetem Großgrundbesitz. Aber in den gesamten 10 oder 12 Paragraphen kommt nichts darin vor, auf welche Art der Bauer nun eigentlich veranlasst bzw. gezwungen werden soll und muss, überhaupt nun auch diesen Boden zu bestellen, d.h. mehr zu bestellen, als er für seinen eigenen Bedarf gebraucht, die Überschussleistungen herauszubringen. Selbst den sogenannten Kleinbauernräten, die als freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden sollen oder können, wird nicht die Aufgabe gestellt, diesen Produktionsprozess in Kleinen, im Rahmen ihres Bereiches zu regeln. Also dieses Agrarprogramm ist in sehr schönes Mittel, dem Kleinbauern allerhand zu garantieren. Es wird ihm garantiert, dass er Futtermittel, Düngemittel, Saatgutzucht, Vieh, Maschinen, Geräte aller Art bekommt. Aber was er dafür leisten muss, das steht nicht darin, und das ist doch eigentlich das Wesentliche, denn das eine kommt erst vom anderen. Denn wenn nicht dafür gesorgt wird, dass das städtische Proletariat ernährt wird, dass es überhaupt alle diese Dinge, die dem Bauern geliefert werden müssen, auch wirklich produzieren kann dadurch, dass es ernährt ist - solange haben alle diese Versprechungen keinen Sinn und sind ein leeres Gerede. Ebenso ist die gesamte Landagitation sowohl des Spartakusbundes wie der U.S.P.D. und der S.P.D. aufgebaut. Sie nimmt auch gar keine Rücksicht auf die Tatsache, die nun neuerdings vorliegt, die dazu geeignet wäre, wirklich etwas für Aufklärung und Propaganda im revolutionären Sinne auf dem Lande zu treiben. Ich habe hier zwei Artikel aus der *«Roten Fahne»*, die vom Klassenkampf auf dem Lande handeln. Sie sind etwa vor 14 Tagen erschienen. Der eine beschäftigt sich mit den Kleinbauern und Kleinpächtern, der andere mit den Landarbeitern. Da wird die gewerkschaftliche Politik inbezug auf die Landarbeiter beschrieben. Der Schlusssatz heißt z.B.:

«Es ist höchste Zeit, dass die kommunistische Partei energischer als bisher sich der Landarbeiter annimmt und die Agrarfrage nicht bloß vom Standpunkte der Ernährungsfrage aus betrachtet, es gilt, die Landarbeitermassen in die revolutionäre Kampffront einzugliedern, ihre Gewerkschaften und Betriebsräte in aktive Kampforgane umzuwandeln, das

Landproletariat zusammenzufassen zur kräftigen Massenaktion für ganz bestimmte konkrete Ziele.»

Diese bestimmten konkreten Ziele sind etwas trübe ausgesprochen, nämlich Lohnverbesserungen. Das sind die revolutionären konkreten Ziele des Spartakusbundes inbezug auf die Landarbeiter. (*Zuruf: Wahlpropaganda!*) - Es ist selbstverständlich Wahlpropaganda.

Dann inbezug auf Kleinbauern und Kleinpächter werden auch Wahlforderungen aufgestellt, nämlich es wird gesagt, dass da Tausende von Morgen brachliegen, teilweise weil sie nicht bestellt werden können, eine Einsicht, die dem Spartakusbund fehlt, denn es ist nicht genügend Saatgut und nicht genügend Düngestoff da. Es heißt da: ((Weil Tausende von Morgen brach liegen, fordern wir die Beschlagnahme allen brachliegenden Ackers zugunsten der Kleinbauern.» usw. Man will also dem Kleinbauern Boden geben, den er selbst nicht bestellen kann. Er kann seinen eigenen Boden kaum mehr selbst bestellen, und man will ihn zwingen, damit er diesen Boden nun bekommt und bestellt, Landarbeiter einzustellen, ihn also aus revolutionären Zwecken nun erst einmal zum Ausbeuter zu machen. (*Zuruf: Und zur Bourgeoisie zu treiben!*) Dann heißt es: die Pachtzinsen werden sprunghaft gesteigert, wir fordern Aufhebung der Pachtzinsen für Grund und Boden.» usw. Das ist eine Forderung, die gelten kann, aber sie ist nicht durchzuführen. Es sind auch wieder illusionäre Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft zu dem Zweck, um Mitglieder zu werben. Dann heißt es: ((Die Industriekapitalisten fordern Wucherpreise für bäuerliche Bedarfsartikel, die Großagrarien für Saatgut. Wir fordern Herabsetzung der Preise» usw. Also man will dem Kleinproduzenten auf dem Lande, dem Landarbeiter günstigere Produktionsbedingungen schaffen, d.h. das einzige Mittel, das man zu seiner Revolutionierung hat, nämlich seine Verelendung mit Hilfe der bürgerlichen Gesellschaft aus der Welt zu schaffen, um so vollständig die Möglichkeit einer Revolutionierung des flachen Landes systematisch zu untergraben. Das ist die Folgerung aus diesen Forderungen.

Was nun die Wucherpreise für bäuerliche Bedarfsartikel anlangt, so hat sich in letzter Zeit eine schöne Sache ereignet, und zwar die Bildung von Syndikaten bzw. die Sichbemerkmachung bereits bestehender Syndikate für die Kunstdüngemittel, und zwar für Kali besonders und Stickstoff. Vor einiger Zeit ist es, glaube ich, bereits in der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung* geschildert gewesen, dass sich eine Stickstoff-Kreditgesellschaft m.b.H. gebildet hat, die mit dem raffiniertesten System des Großkapitals sich einen Einfluss in denjenigen ländlichen Kreisen sucht, die durch die Gunst der Preisgestaltung im Kriege sich dem Einfluss des Finanzkapitals so gut wie entzogen hatten. Diese Stickstoff-Kredit G.m.b.H. ist im überwiegenden eine Stinnes-Gründung. Es gehören ihr die stickstoffproduzierenden Kokereien an, die über den Vergasungsprozess Ammoniak und gewisse Teerprodukte als Nebenprodukt erzeugen, dann die Badische Anilin- und Sodafabrik, also die große chemische Fabrik, dann die sogenannten Bleichstickstoffwerke, die mit Hilfe von elektrischem Strom den Stickstoff aus der Luft in feste Form bringen zu Düngezwecken usw. Diese sämtlichen industriellen Betriebe stehen unter dem Einfluss von Stinnes. Die Arbeit dieser Stick-Kredit G.m.b.H. ist etwa so gedacht - das heißt, es wird in Deutschland bereits zuviel künstlicher Stickstoff produziert, die Bauern können ihn nicht gebrauchen, weil der Produktionsprozess auf dem Lande gezeigt hat, dass ein Zuviel an künstlichem Stickstoff die Erträge mindert. Aber das hat ja mit dem Profitwillen des Großkapitals nichts zu tun. Man schafft eine ganz raffinierte Einrichtung, um den Bauern so hinten herum zu veranlassen, überhaupt die Landwirte, vor allem auch die Großgrundbesitzer zu veranlassen, nun recht viel und recht bequem Stickstoff zu übernehmen. Man will nämlich im Frühjahr - da spielt also der Gemeinsinn gerade dieser Großkapitalisten eine bedeutende Rolle -

da im Herbst durch die Kohlentransporte, durch den Abtransport der Ernte usw. die Eisenbahnen überlastet sind, so dass also dann für die Transporte von Kunstdünger usw. nicht viel Möglichkeit auf der Eisenbahn übrig bleibt, den Landwirt veranlassen, die Mengen oder Mehrmengen von künstlichem Stickstoff, als er gebrauchen kann, zu seiner Bestellung abzunehmen und man kreditiert ihm die Bezahlung. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich zwar früher der landwirtschaftliche Wirtschaftsbetrieb erheblich auf Kredit aufgebaut hat, schon in Form von Hypotheken usw., dass aber durch die günstige Finanzanlage des Bauern, der heute imstande ist, alle Dinge Zug um Zug zu bezahlen und trotzdem noch genügend Reserven zu haben, das nicht mehr in Frage kommt. Aber das passt dem Finanzkapital, dem Handelsmonopolkapital nicht, und man will wieder Einfluss auf den Bauern gewinnen und veranlasst ihn, nun also Frühjahr, zu einer Zeit, wo seine Barmittel ziemlich angespannt sind - im Herbst nach dem Verkauf der Ernte hat er ja wieder genug -, nun auf Kredit, d.h. gegen Wechsel Stickstoff zu kaufen und gewissermaßen einen Teil seiner Ernte zu verpfänden. Nun kann ja die Möglichkeit eintreten - und der Kapitalist hofft es wahrscheinlich in seinem Innersten -, dass die Ernte schlecht wird und der Landwirt sich finanziell bedeutend mehr engagiert hat, als er anfangs für richtig hielt. Auf diesem ganz raffinierten Wege versucht das Kapital nun wieder, finanziellen Einfluss mindestens auf die Mittel- und Kleinbesitzer zu erlangen. Dann hat sich das Kalisyndikat veranlasst gesehen, die Preise für Kali zu erhöhen. Das hat natürlich einen Riesenskandal im Bund der Landwirte veranlasst und sofort zu der Folgerung geführt: wir müssen die Erzeugungspreise für landwirtschaftliche Produkte so erhöhen, dass die Erhöhung der Kalipreise für uns nicht fühlbar wird, d.h. die Preise der jetzt noch abzuliefernden Ernte, die noch gar nicht unter dem Einfluss der Erhöhung der Kalipreise gestanden hat, die ja erst für die zukünftige Ernte in Frage kommen, zum Teil erst für die übernächste, da die Winterbestellung für die kommende Ernte bereits vor Erhöhung der Kalipreise schon durchgeführt ist und wir in Deutschland bekanntlich sehr viel mehr Wintergetreide haben als Sommergetreide. Also man will die Erhöhung der Preise für die Ernte, die noch nicht unter dem Einfluss dieser Preiserhöhung für Kali steht, wieder durchsetzen. Also Ihr seht, dass die Preisgestaltung von sehr merkwürdigen Einflüssen abhängig ist. Und der Bauer macht mit, das heißt, er muss mitmachen. Und neuerdings tut er es gern. Der Bauer ist habgierig geworden. *(Zuruf: Das ist er immer gewesen!)* - Ja, nicht in dem Maße. Er denkt heute nur noch an Geld. Und in diesem Zusammenhang weise ich immer wieder auf den Punkt des Spartakusprogramms hin: Garantierung des Privateigentums an Produktionsmitteln, an Grund und Boden für den Kleinbauer!

Wichtig ist natürlich auch noch die Bewaffnung des flachen Landes, mit der zu rechnen ist. Die Tatsache, dass die großen Güter, die mittleren Güter, sogar die Höfe der Großbauern heute im Besitz von Waffen sind, bestreitet ja niemand mehr. Selbst die Konterrevolutionäre streiten es nicht mehr ab. Und trotz aller Entwaffnungsgesetze, trotz aller Entwaffnungskommissare usw. wird sich das nicht ändern. Ich erinnere an ein Dorf in einem ganz entlegenen Tal in Oberbayern, wo auf etwa 80 Höfen nicht weniger als 200 Militärgewehre noch vor einigen Monaten waren und noch heute sind. So werden die Verhältnisse im Lande überhaupt sein, es werden vermutlich mehr Gewehre auf dem Lande sein als einzelne Höfe. *(Zuruf: Die können wir gebrauchen!)* Und die Frage bleibt, ob die Landarbeiterschaft in der Lage ist, selbst wenn sie à la Spartakus revolutioniert werden würde, mit Hilfe von Zeitungen wie dem «Pflug» oder «Der kommunistische Landarbeiter», diese sehr dezentralisierten Waffenläger in ihren Besitz zu bringen. Und damit komme ich zu einer anderen Frage, zu einem Verhalten des städtischen revolutionären Proletariats in der ersten Phase der Revolution in Bezug auf das Land.

Die Lebensmittelvorräte in den Städten sind natürlich immer nur wenige Tage, manchmal bei günstigen Verhältnissen für einige Wochen vorhanden. Vorratssammelstellen auf dem Lande gibt es nicht. Entweder wird aus der laufenden Produktion geliefert, z.B. Gemüse und dergleichen, oder die Bauern haben ihre Läger, d.h. ihre Boden, die großen Güter zum Teil ihre Silos, ihre Trockenräume, Lagerräume für Getreide. Das Vieh wird ja meistens zum Schlachten sofort weiter verkauft. Wir haben das Verfahren, dass es Gefrierfleisch gibt, bei uns in Deutschland ja kaum. Und so wird immer die Frage sein: was kann sich das städtische Proletariat an Lebensmitteln vom Lande beschaffen? D.h., welche Machtmittel hat es, um dem bewaffneten Grundbesitzertum auf dem Lande entgegenzutreten? Und da muss ich sagen, ich kann mir im Augenblick kaum ein Bild davon machen. Eine systematische Propaganda ist da kaum möglich, so dass dagegen kaum etwas geschehen kann. Bezeichnend für die ganze Haltung des Landes ist hier ein Satz aus einer Rede des Herrn Herght,<sup>82</sup> des deutschnationalen Führers, der sagte: «Wir alle wissen, dass wir nichtmehr ohne unsere Landwirtschaft leben könne; das ist sicher. Aber sie braucht Bewegungsfreiheit. Der Landwirt kann nicht gezwungen werden, seinen Acker zu bestellen.» (*Hört, hört!*) Das ist die Haltung gegen die sogenannte Zwangswirtschaft, d.h. also, das Land brach liegen zu lassen, wen ich andere Profite haben kann, und die Profite sind ja reichlich in der Landwirtschaft vorhanden.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte unseres Programms zurückkommen, die mir vollständig zu genügen scheinen, um nicht irgendwie ein illusionäres Programm dagegen zu setzen. Wir verlangen auf wirtschaftlichem und sozialem und kulturellem Gebiete unter Punkt 3 systematische Enteignung des Privateigentums, unter Punkt 4 Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeineigentum unter Leitung der betreffenden Guts- und Ortsräte. Dem steht allerdings gegenüber, dass in diesem Blatt an unsere Mitglieder zum Parteitag gefordert wird, dass die Kleinbauern im Besitz ihres Bodeneigentums belassen werden sollen. Ich glaube, dass das nicht richtig ist. Die Enteignung des gesamten Grund und Bodens ist meiner Ansicht nach aus rein technischen Gründen ganz selbstverständlich; denn stellt Euch vor, wir haben ein Dorf, in dem meinetwegen vier Großbauern und 20 oder 50 Kleinbauern sind, deren Besitz ist untereinander so verschachtelt, dass, wenn ein Bauer 50 Morgen hat, er ungefähr 10 verschiedene Felder hat, die ganz zerstreut liegen. Wenn wir nun sagen, der Kleinbauer soll im Besitz seines Landes gelassen werden, der Großbauer nicht, so heißt das einfach, dass man nun lauter kleine Stücke dazwischen herausnimmt und die dem Nächstliegenden übergibt und so aus den Kleinbauern eben Mittel- und Großbauern macht und sie damit, wie ich schon anfangs ausführte, eben noch mehr gegen die Revolution stellt, als sie vielleicht schon sein würden, wenn man sie enteignet; denn es handelt sich ja bei den Bauern tatsächlich um den Besitz des Bodens, und als Ausfluss davon kommt eben seine konterrevolutionäre Gesinnung. Wenn man ihm seinen Besitz tatsächlich raubt, so wird er gezwungen, in der Gemeinschaft in Form von Dorf, Kommunen und dergleichen zu arbeiten, und damit hat man immerhin schon eine Form von Kollektivgenossenschaften, die sonst mit lauter kleinen einzelnen Besitzern sehr schwer zu bilden sind. Wir haben auf dem Lande schon Genossenschaften, aber diese Genossenschaften sind entweder Absatzgenossenschaften oder Einkaufsgenossenschaften, keine Genossen-schaften, die gemeinschaftlich produzieren und den Boden bestellen. lassen wir den Bauern im Besitz seines Eigentums an Grund und Boden, so wird jeder bauen, was ihm behagt, d.h., er wird so viel bauen, wie er selbst braucht und um das allernötigste an Produktionsmitteln oder an Produktionsstoffen heranzubekommen. Und so wird er immer wieder im gegenrevolutionären Lager bleiben. Ich möchte also gegen diese Forderung unbedingt Front machen, für die Kleinbauern irgendeine Extrawurst braten zu wollen in Bezug auf Enteignung von Grund und Boden.

Etwas anderes ist die Frage der Herbeiführung eines Zusammenschlusses zum Zwecke einer rationellen Betriebsart. Dazu ist natürlich zu sagen, dass wir damit zu einem Punkte kommen, der vielleicht eine Lösung gibt. Es gibt in Deutschland etwa 3-4 Millionen städtische Industriearbeiter, die aus ländlichen Verhältnissen stammen, die selbst in ihrer Jugend, vielleicht bis zum 20., 25. Jahre, zum Teil auch nicht so lange landwirtschaftliche Arbeiter gewesen sind, zum Teil kleine Besitzer gewesen sind und die unter der Zeit der ärgsten Verschuldung des Kleinbesitzes eben aufgefliegen sind und in die Städte wandern mussten und einen erheblichen Teil des städtischen Industrieproletariats ausmachen. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist, dieses ehemalige ländliche Proletariat wieder auf das Land zurückzupflanzen, und nicht in dem Sinne der Gegenrevolution, die heute schreit: Arbeiter auf das Land! usw. Und wenn die Leute hinkommen, ist keine Unterkunft da, sie werden von Haus zu Haus geschickt, und kein Bauer will sie annehmen, eben weil er nur so viel produzieren will, wie er selbst braucht, und das kann er mit seiner Familie vollbringen. Nein, sondern hier wird es sich darum handeln, die Widerstand leistenden Bauern von ihren Höfen zu entfernen, sie in Konzentrierungsläger und dergleichen zu schaffen, wie das in Russland auch geschehen ist, und an ihre Stelle diese bereits landwirtschaftlich durchgebildeten, jetzt städtisch gewordenen Arbeiter zu setzen. Dass mit der Erweiterung und mit der stärkeren Durchdringung des Landes mit maschinell Betrieb, auch ganz andere Arbeitskrete herankommen müssen, d.h. technisch geschulte, maschinell geschulte Arbeitskräfte, ist je selbstverständlich. Der Bauer wehrt sich zum großen Teil heute gegen die Anschaffung von Maschinen, weil er sie nicht zu bedienen versteht und weil er keine Kraft einstellen will, die die Bedienung der Maschinen auch wirklich versteht. Er macht sich damit offenbar in seinem Bewusstsein abhängig, und das will er nicht. Das sind so ein paar Punkte, die jetzt auftreten.

Das Wichtigste bleibt immerhin die Frage: wie ist es möglich, das städtische Proletariat während der ersten Phase der Revolution zu ernähren? Und ich muss sagen, diese Frage sieht trübe aus. Aber wir müssen uns da klar sein, wir werden mit einer ungeheuren Sabotage gerade der deutschen Bauern, des deutschen Landwirts zu rechnen haben. Auf Gutsräte, auf Zusammenfassung von landwirtschaftlichen Arbeitern zur Selbstverwaltung von Gütern ist heute noch sehr wenig zu rechnen. Und, wie gesagt, die Güter sind heute schon derartig extensiv bewirtschaftet, sie nicht sehr viel Überschüsse erzielen.

Ich möchte jetzt schließen und meine etwas unzusammenhängendes den Ausführungen vielleicht nachher noch ergänzen. Genosse TÜSSEN [THYSSEN = Johannes GRAUDENZ] und Genosse NAUTKUSS wollten noch Ergänzungen zu meinem Referat geben, und zwar in Bezug auf die praktische Agitation und gewisse Agitationsformen, mit denen sie Erfahrung auf dem Lande haben.

### Diskussion

Vorsitzender Genosse RASCH:

Genosse TÜSSEN [THYSSEN = Johannes GRAUDENZ] musste abreisen, weil er noch anderswo einen Vortrag halten muss.

Genosse HEMPEL [Jan APPEL]:

Ich stimme dem Referenten ohne weiteres bei, wenn er sagt, dass das Programm des Spartakusbundes unkommunistisch ist. Aber so fürchterlich trübe sehe ich die Lage nicht an wie der Referent, dass man nun keinen Ausweg aus den Dingen wüsste. Ich

glaube, die März-Kämpfe waren so eine Zeit, wo das gesamte deutsche Proletariat zusammen mit dem Landproletariat in vielen Gegenden in Bewegung wer. In Mecklenburg, im Lande des Ochsenkopfes, waren viele Orte und viele Dörfer in Aufruhr und haben ihre Gutsherren verjagt. In Schleswig-Holstein und in Pommern war dasselbe der Fall. Wir wissen, dass, als die roten Truppen an Ostpreußen heranrückten, die Landarbeiter darauf brannten, ihre Gutsherren in diesen Tagen zum Teufel zu jagen und sich mit den städtischen Proletariern zu verbinden. Und als in Hamburg der Generalstreik war und von der U.S.P.D. und S.P.D. schon abgebrochen wurde, kamen zu uns die Landproletarier aus der weiteren Umgebung zwei Stunden mit der Bahn gefahren und sagten: wir haben sämtliche Waffen in unseren Händen, wir wollen Euch Lebensmittel geben, wir haben schon alles organisiert und bringen Euch sofort die Sachen. Die Leute haben geweint, dass wir nicht kämpfen konnten. So war es in vielen Orten. Und wie ist das zu erklären? Überall auf dem Lande haben wir industrielle Unternehmungen. Das Kapital hat die Fabriken dorthin gelegt, um die billigen Arbeitskräfte auszunutzen. Die Proletarier dort werden schwerer ausgebeutet als die in den Städten. *(Sehr richtig!)* Sie fühlen den Druck viel mehr, weil sie neben sich die landwirtschaftliche Produktion sehen und dabei schufteten und sich schinden müssen und einsehen, dass es zu nichts führt. Diese sind letzten Endes am revolutionärsten. *(Sehr richtig!)* Sie sind zwar nicht am klarsten, aber sie sind urwüchsig revolutionär. Und wenn dann die Arbeiter in den Städten die Macht in den Händen haben und den Proletariern auf dem Lande zu Hilfe kommen, dann haben wir die Gewalt auf dem Lande erst einmal fest in den Händen, und damit ist die wichtigste Frage gelöst. *(Zuruf: Wo aber kein Landproletariat ist?)* - Solche Gegenden gibt es gar nicht. Dann haben wir vor allem die wichtigsten Gebiete, die einen Überschuss von Lebensmitteln für die städtische Bevölkerung geben können. Darauf kommt es an, dass wir in der ersten Zeit die Lebensmittel bekommen, und die bekommen wir durch die Mitwirkung der auf dem Lande befindlichen Landproletarier und Industrieproletarier; die wissen auf den Gutshöfen und den Bauernhöfen besser Bescheid wie sonst jemand; die schaffen es schon. *(Sehr richtig!)* Und dann laufen die Dinge. Deshalb brauchen wir gar keine Konzession zu machen. Die Gebiete, wo die Bauern vorherrschen, wo sowieso nicht viel herauszuziehen ist, können wir zuerst links liegen lassen. Also wir haben nicht nötig, denen vorher einen oder hinzuwerfen, denn dieser Köder bewirkt des Gegenteil, wie der Referent richtig gesagt hat. Die Dinge sehen nicht traurig aus. Wenn wir nur genügend Kraft aufbringen, dann schaffen wir es. Zuerst wird man ohne weiteres in den Ortschaften, die sich dann in den Händen der Proletarier befinden, den Kleinbauern den Besitz oder die Beackerung ihres früheren Besitzes belassen müssen, aus dem einfachen Grunde, weil sie dafür die Maschinen und die Scheunen usw. haben und auch die Arbeitskräfte darstellen; das ist eine Selbstverständlichkeit. Man rant ihnen eben das, aber stellt das nicht im Programm auf. Wenn man sich genügend gefestigt hat, dann nimmt man ihnen Stück für Stück weg und reiht sie ein. Das in das Programm aufzunehmen, ist unmöglich, denn ködern wird man sie damit nicht. In der Praxis wird es allerdings so aussehen, dass man in den Gebieten, wo man die genügende Macht hat, an ihre Stelle oder über sie sogar noch Leute aus den Städten setzt, die auch Landwirtschaft verstehen, die denn mit eingereiht werden. Wo man nicht die Macht hat, man sie stillschweigend beiseite und nimmt sie vielleicht das nächste Jahr heran. Auch dass 3-4 Millionen Proletarier in den Städten sind, die die Landwirtschaft vollständig verstehen, wird vielleicht auch erst im nächsten Jahr von Nutzen sein, nicht im ersten Moment. Dann noch eins zur Verwirklichung unseres Programms! Ich weiß aus Dörfern in Mecklenburg, in denen sich Bauern und Tagelöhner der Kopfzahl nach Waage halten, dass sich dort Ortsräte und Dorfräte in den ersten Wochen der Revolution gebildet haben. Diese hatten schon eine ziemlich starke Gewalt am Orte. Sie haben den Großbauern und Kleinbauern verdammt den Daumen auf den Regel gedrückt. So werden die Leute auf dem Lande, wenn ihnen Hilfe kommt, schon vorgehen; und wenn sie nur aus 10 Mann bestehen, die scharf

durchgreifen, so werden sie sich durchsetzen können. Durch die Hilfe der jetzt in der Industrie arbeitenden Landarbeiterschaft wird dieses alles zu verwirklichen sein, muss - nicht auf einem Schläge. Im Programm aufzustellen, wie der Spartakusbund es macht und die V.K.P.D., die Kleinbauern zu neutralisieren oder ihnen Land zu geben, das wird keinen Erfolg haben. (*Sehr richtig!*) Infolgedessen soll man nicht von seinem Programm abgehen. Die Leute vom Spartakusbund glauben, dass sie damit Zeit gewinnen, wenn man es milde ansieht. Und die Zentrale der V.K.P.D. geht hier auf Stimmenfang aus. Auch haben wir nicht nötig, diesen Kleinbauern, die doch nicht viel Überschuss abwerfen werden, auf die Beine zu helfen durch Abgabe von Industrieartikeln usw. Nein, die wollen wir ruhig sich abwirtschaften lassen. Aber wir sollen sofort unsere ganzen Mittel den Industriearbeitern auf dem Lande und den Landproletariern aus den Orts- und Gutsräten zugehen lassen, landwirtschaftliche Maschinen, Saat, Kleidung für die Leute usw., Zimmerleute zur Verfügung stellen, damit die Wohnungen dort schnell gebaut werden können. Es wird dann eine Riesenarbeit werden. Es gilt dann die schwerste und nutzbringendste Arbeit zu leisten, nämlich für Lebensmittel zu sorgen. Also lassen Sie uns unsere Hoffnung setzen auf unsere Klassenbrüder aus dem Landproletariat wie auch auf die Industrieproletarier auf dem Lande und mit denen vereint werden wir aus dem elenden Druck herauskommen können. So traurig sehe ich die Lage nicht an, dass wir keinen Ausweg finden. Schwer wird es sein, und wir werden die Revolution wahrscheinlich durchkämpfen müssen, indem wir uns den Leibriemen zuerst noch etwas enger schnallen müssen wie die russischen Proletarier. Aber so werden wir zur praktischen Lösung der Agrarfrage kommen.

Genosse NAUTKUSS:

Wir können heute in dieser Frage überhaupt keine Beschlüsse fassen, dazu ist sie zu wenig diskutiert und geklärt worden. Auch über die Anträge sollten wir keine Beschlüsse fassen, sondern sie dem Hauptausschuss als Material überweisen. Der kann aus den Wirtschaftsbezirken, wo vorwiegend die Landarbeiterschaft in Überzahl ist, Material verlangen und dann nachher ein Programm oder sonst etwas ausarbeiten. Ich betrachte die ganze Agrarfrage mehr vom praktischen Standpunkte aus. Soweit ich die Bauern kenne, sind sie der kollektiven Zusammenarbeit gar nicht so entfremdet wie die städtische Arbeiterschaft. Die Kleinbauern sind oft in Zeiten der Ernte usw. auf gegenseitige Hilfe angewiesen. Gewisse Reste des Kollektiveigentums sind noch gar nicht solange in Deutschland verschwunden. Die Kleinbauern und die Landarbeiterschaft werden wir ohne weiteres für uns bekommen, wenn wir sie richtig zu behandeln verstehen. Es ist hauptsächlich eine Frage der Praxis, wie wir an die Leute herankommen. Der Landarbeiter und der Bauer sind keine Theoretiker, sondern Praktiker. Daher müssen wir ihnen zeigen, wie nachher es in der Landwirtschaft im Kommunismus aussehen wird, und zwar müssen wir ihnen dies in ganz leicht verständlicher Form zeigen. Das können wir heute nicht beraten, dazu ist die Zeit zu kurz. Hervorzuheben ist hier noch, dass der städtische Arbeiter den Landproletariern fast gar nicht versteht. Zu den Landproletariern rechne ich auch den kleinen Bauer, der weiter nichts hat als die Produktivmittel zur Beschaffung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse; er ist oft schlechter gestellt als der Arbeiter in der Stadt. Wir behandeln die Frage allgemein gefühlsmäßig. Wenn der Kleinbauer für seine Produkte die Preise verlangt, so merken wir das an unserem eigenen Leibe und stellen uns ohne weiteres gegen ihn. Wir wissen aber, da er durch die ganzen Verhältnisse gezwungen ist, diese so zu verlangen. Wir müssen hier wie bei den Arbeitern in der Stadt davon ausgehen, dass diese Leute hier nichts weiter machen, als ihre Arbeitskraft auch so teuer wie möglich zu verkaufen. Das ist bei der Agitation zu berücksichtigen. Wir werden dann auch die Landarbeiter und gewisse Kreise des Kleinbauerntums für uns gewinnen können. Auf den Gütern Ostpreußens, Pommerns usw. haben mir Landarbeiter schon vor 15 und 20 Jahren immer gesagt: das ganze Wühlen und alles

nützt nichts, die Herren oben machen doch, was sie wollen, man müsste mit dem Knüppel dreinschlagen und die ganze Gesellschaft zum Teufel jagen, wie sie sich primitiv ausdrückten. Wir haben auch in der Revolution gesehen, dass die Landarbeiter sehr energisch eingegriffen haben. Aber wir müssen ihnen eben praktisch kommen und praktisch zeigen, was sie gewinnen werden durch die Revolution, und zwar in allgemein verständlicher Form ihnen das sagen. Wir müssen ihnen nur zeigen, wie sie dabei fahren werden. Heute ist leider nicht mehr die Zeit, weitere Ausführungen zu machen. Darum schlage ich vor, dem Hauptausschuss alles Material zu überweisen und dass nachher in der Presse Vorschläge zu machen. Dann werden wir weiter kommen. So schwarz wie der Referent brauchen wir nicht zu sehen. Die Landarbeiter auf den Gütern werden wir ohne weiteres für uns in der Aktion haben.

Referent ROHSAM<sup>54</sup> (*Schlusswort*):

Ich habe selbstverständlich nicht beabsichtigt, die Unmöglichkeit einer Agitation oder Aktion hinzustellen. Ich wollte bloß vor der Illusionspolitik warnen, die gerade in Bezug auf die Landagitation und auf die Aktion auf dem Lande von Spartakus ins Leben gerufen werden ist. Ich freue mich, dass durch meine negativen Ausführungen die Genossen Hempel und Nautkuss veranlasst wurden, zu zeigen, was noch zu machen geht und was meiner Überzeugung und meiner Erfahrung nach auch der Fall ist.

Es wird hierauf beschlossen, die vorliegenden Anträge zur Agrarfrage dem Hauptausschuss als Material zu überweisen.

Vorsitzender Genosse RASCH:

Dann liegen noch die Richtlinien der Unterstützungskommission vor. Ich bitte, hier so zu verfahren, dass in den Wirtschaftsbezirken diese zur Debatte gestellt werden und dann der erweiterte Zentralausschuss zu der Fassung usw. Stellung nimmt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung*)

Dann liegt noch der hier eben übermittelte Antrag vor:

„Der außerordentliche Parteitag der K.A.P.D. zu Gotha sieht in dem internationalen Bund der Kriegsoffer eine Organisation, die reformistische pazifistische Tendenzen verfolgt, die die Arbeiterschaft vom revolutionären Ziel ablenkt und zersplittert. Der Parteitag fordert die Wirtschaftsbezirke auf, darauf zu dringen, dass die Mitglieder aus dem internationalen Bund auszutreten haben.“

*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Genosse SCHWAB *verliert folgende Abschiedsworte von dem schwedischen Genossen, der schon abreisen musste:*

„Vor meiner Abreise will ich Euch, Genossen, sagen, dass ich mit größtem Interesse von Euren Gedanken über die Probleme der Zeit Kenntnis genommen habe. Mit Freude habe ich gehört, dass Sie sich gegen die Parteidiktatur wenden. Obwohl wir Jungsozialisten Schwedens, die die einzige wirklich revolutionäre antiparlamentarische und antistaatliche Partei Schwedens sind, unter dem Begriff «Diktatur des Proletariats» geschichtlich, neuzeitlich und in der Praxis

---

<sup>54</sup> Max ROSAM, geboren in Lissa (Posen, Preußen), in 1888. Vor 1939, lebte er in Stettin (Pommern). Während des Zweiten Weltkrieges war er deportiert nach Belzica (Lublin), Polen. Er war ermordet in 1943 in dem Belzec Lager. [See: <http://db.yadvashem.org/names/>]

(Russland) verstehen, dass es dasselbe ist wie die Parteidiktatur, glaube ich doch, dass wir bald einig werden, denn ich glaube, dass Sie, Genossen, wie wir unter der Diktatur der Arbeiterklasse den Kampf und den Sieg der Arbeiter und den Aufbau der neuen Gesellschaft von unten nach oben durch das Räte-System verstehen. Da wir Jungsozialisten in dem Kampf gegen die Bourgeoisie Gewalt nicht verneinen, ist selbstverständlich, doch meinen wir, dass geistigen und materiellen Bedingungen verschieden sind in verschiedenen Ländern. Deswegen kann es in dieser Frage der Taktik wie in anderen Fragen schon Unterschiede geben.

„Wir gehören nicht der Dritten Internationale an. Tatsache ist je, dass diese Internationale jetzt eine Partei-Internationale ist – das Wort Partei im alten Sinne des Wortes. Eine weitere Tatsache ist auch, dass diese Internationale die Gewerkschaftsbewegung zu einem Parteiwerkzeug umwandeln will. Die logische Konsequenz von diesem Standpunkt wird sein, dass der Klassenkampf in Parteikampf umgewandelt werden wird. Das Resultat wird sein, dass die Revolution eine Parteisache und nicht eine Sache der Klasse wird. Die Parteidiktatur, Staatssozialismus, Zuchthaussozialismus wird das Resultat.

„Meiner Meinung nach werden Sie nicht die Dritte Internationale von innen ummodellieren können. Doch ist Ihre Absicht gut und von der Erkenntnis wahren revolutionären Willens und Strebens getragen. Deswegen sympathisiere ich mit Ihrem Streben.

„In der Frage von der Zellenbildung in den alten Gewerkschaften stimmen wir mit Ihnen ganz überein. Wir haben deswegen eine syndikalistische selbständige Organisation geschaffen. Diese Organisation hat jetzt 30.000 Mitglieder, was in unserem kleinen Land sehr viel ist. Vom nächsten Jahr an wird eine tägliche syndikalistische Zeitung herausgegeben. Unsere jungsozialistische Zeitung *«Brand»* wird einmal pro Woche herausgegeben.

„Wir haben die russische Regierung kritisiert wegen ihrer Gewalthandlungen, wegen der Unterdrückung der anarchistischen Zeitungen *«Burewestnik»* und *«Anarchia»*.<sup>55</sup> Aber die Revolution haben wir immer und werden wir immer verteidigen. Unsere Meinung werden wir doch immer sagen. Weder eine Regierung, der Teufel oder irgendeine andere Macht wird uns davon abhalten können.

„Indem ich Euch, Genossen, für die Gastfreundschaft danke, hoffe ich, dass die Revolution in Deutschland siegen wird.“

Vorsitzender Genosse RASCH:

Die eingesetzte Kommission hat ein Antwortschreiben an das Exekutiv-Komitee der Dritten Internationale abgefasst, das Ihnen unter Nr. 25 vorliegt. Es heißt.

„Der Kongress der K.A.P.D. erwidert den Gruß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Wir haben das Herannahen einer, für die proletarische Revolution in Westeuropa entscheidenden Situation klar erkannt und die Beschlüsse des Kongresses mögen der Exekutive davon zeugen, dass es der K.A.P.D. nach wie vor bitter ernst ist mit ihrem Bekenntnis zu aktiver Solidarität mit Sowjetrussland, mit ihrem Kampf für die Arbeiterrevolution in der Welt und

---

<sup>55</sup>Im Mai 1918 waren führende anarchistische russische Zeitungen wie *Burewestnik*, *Anarchia*, *Golos Truda* u.a. aufgelöst worden.

mit ihrem Willen zum Aufbau einer wahrhaft Kommunistischen Internationale.

„Wie die K.A.P.D. vom Beginn ihres Kampfes an die proletarische Revolution über alles kleinliche Sektierertum gestellt hat, so setzt sie sich auch heute mehr noch denn je durch die unermüdliche Arbeit im Dienste des Rätegedankens für die Bildung der einheitlichen Kampffront aller revolutionären Proletarier in Deutschland ein. Dagegen sabotiert die V.K.P.D. in enger parteiegoistischer Einstellung die Entwicklung der Räte und verhindert durch ihre reformistische Massenfangpolitik die Entfaltung des proletarischen Klassenbewusstseins. Die Geschichte wird über dieses Verbrechen an der Arbeiterrevolution, an dem wir uns keinesfalls mitschuldig machen wollen, ihr Urteil sprechen.

„Wir wissen uns eins mit dem Exekutivkomitee darin, dass die Schaffung einer schlagkräftigen Einheitsfront aller Kommunisten Deutschlands bei der K.A.P.D. steht. Wir wissen aber auch, dass die einzige Möglichkeit, dieser Front einen unverfälscht proletarisch-revolutionären Charakter zu geben, in jenen Lehren der Westeuropäischen Revolution gegeben ist, die in den Grundsätzen der K.A.P.D. ihren Ausdruck gefunden haben.“

Ich lasse darüber abstimmen, ob Sie das Schreiben billigen. Wer ist dafür? - Die Gegenprobe! - *Einstimmig angenommen!*

Genossen, wir waren nun am Schluss unserer Verhandlungen. Wir haben eine reichhaltige Tagesordnung erledigt. Wir hoffen und wünschen, dass die Entschlüsse des Parteitages dazu beitragen mögen, die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und nicht nur in Deutschland, sondern weit darüber hinaus in allen Ländern vorwärts zu treiben.

Im Auftrage der Delegierten möchte ich noch unseren Gothaer Genossen unseren besten Dank für die freundliche Aufnahme und für alles, was sie im Interesse des Parteitags getan haben, danken. Die Gothaer Genossen werden für die Parteibewegung innerhalb kurzer Frist wohl eine wichtigere Rolle spielen als bisher, und sie werden auch einig und geschlossen stehen genau wie der Parteitag.

Genossen, wir werden jetzt in unsere einzelnen Wirtschaftsbezirke zurückkehren. Wir werden unsere Pflicht tun, und wir werden unerbittlich arbeiten müssen. Wir werden von überall bekämpft. Wir werden durch den Kot der Gasse gezogen. Ich sehe aber, es wird die Zeit kommen, wo das deutsche Proletariat und das Proletariat der ganzen Welt unsere Grundsätze begreifen, anerkennen und auch vertreten wird zugunsten der allgemeinen proletarischen Interessen. Wir haben einen schweren Gang vor uns, wir haben schwere Arbeit zu leisten und manch einer von uns wird bei diesem Kampf auf der Strecke bleiben. Genossen, davon müssen wir überzeugt sein, viele von uns werden das Ziel nicht mehr erreichen, sie werden im Kampf zugrunde gehen. Aber leuchtend werden auferstehen die Gedanken der K.A.P.D., die sich verwirklichen werden.

In dem Sinne schließ ich den Parteitag und bitte Euch, Genossen, mit mir einzustimmen in den Ruf, die K.A.P.D., die Dritte Internationale und die Weltrevolution, sie leben hoch, hoch, hoch! (*Der Parteitag stimmt lebhaft in das dreimale Hoch ein.*)

*Der Parteitag ist geschlossen.*

Genosse STERZING gibt noch der Erwartung Ausdruck, dass die Delegierten sich in Gotha wohl gefühlt haben und ruft ihnen im Namen der Ortsgruppe Gotha ein

herzliches Lebewohl zu.

*(Schuss: 1 Uhr.)*